



Die entwickelten Demokratien der Welt stehen am Abgrund

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 1

Wolfgang J. Koschnick 19.12.2013

Die repräsentative Demokratie frisst ihre Kinder

Das Volk vertreten die Volksvertreter jedenfalls nicht - Teil 2

Wolfgang J. Koschnick 23.12.2013

Leben wie die Maden im Speck

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 3

Wolfgang J. Koschnick 26.12.2013

Parlamentarier sind Vertreter der Parteifunktionäre

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 4

Wolfgang J. Koschnick 28.12.2013

Eine Form der milden Funktionärsdiktatur

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 5

Wolfgang J. Koschnick 01.01.2014

Berufspolitiker: Die Totengräber der Demokratie

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 6

Wolfgang J. Koschnick 06.01.2014

Der Staat als Selbstbedienungsladen der Politik

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 7

Wolfgang J. Koschnick 13.01.2014

Scheindemokratie voller leerer Hülsen

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 8

Wolfgang J. Koschnick 21.01.2014

Das große Wuseln: Hektische Betriebsamkeit als Politikersatz

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 9

Wolfgang J. Koschnick 27.01.2014

Wenn Gremien entscheiden...

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 10

Wolfgang J. Koschnick 03.02.2014

Parlamentarier im Würgegriff des Fraktionszwangs

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 11

Wolfgang J. Koschnick 10.02.2014

Parlamente als Abnickvereine

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 12

Wolfgang J. Koschnick 17.02.2014

Das Kreuz mit dem Pluralismus

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 13

Wolfgang J. Koschnick 24.02.2014

Das Schattenreich der Seilschaften in Wirtschaft, Verbänden und Politik

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 14

Wolfgang J. Koschnick 03.03.2014

Die Interessenverbände haben sich den Staat unterworfen

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 15

Wolfgang J. Koschnick 10.03.2014

Der Preis der repräsentativen Demokratie: Staatsschulden ohne Ende

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 16

Wolfgang J. Koschnick 17.03.2014

Das Urelend der entwickelten Demokratien: Die totale Staatsverschuldung

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 17

Wolfgang J. Koschnick 24.03.2014

Der demokratische Staat ist ein macht- und geldgieriges Monstrum

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 18

Wolfgang J. Koschnick 31.03.2014

Die Euro-Schuldenkrise und die Politik hilflosen Gehampels

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 19

Wolfgang J. Koschnick 07.04.2014

Im Sumpf der Subventionen

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 20

Wolfgang J. Koschnick 14.04.2014

Das Delirium Subventionorum - Gruselgeschichten aus dem Irrenhaus

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 21

Wolfgang J. Koschnick 22.04.2014

Die dunklen Schatten der totalen Reform-Resistenz auf allen Ebenen

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 22

Wolfgang J. Koschnick 30.04.2014

Zu Tode erstarrt im Netz der ewigen Neinsager

Die Rolle der Vetogruppen in Demokratien.

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 23

Wolfgang J. Koschnick 05.05.2014

In Deutschland sterben die Leut' aus...

...und die Volksvertreter schlafen vor sich hin.

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 24

Wolfgang J. Koschnick 12.05.2014

Im Land der Brunnenvergifter

Wer Fremdenhass schürt, kann Wahlen gewinnen.

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 25

Wolfgang J. Koschnick 19.05.2014

Der geschmierte Pleitegeier

Städte und Gemeinden stehen am Abgrund.

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 26

Wolfgang J. Koschnick 26.05.2014

Die lokalen Klüngel

Städte und Gemeinden in den Klauen der Bauwirtschaft.

Eine Demokratie haben wir schon lange nichtmehr - Teil 27

Wolfgang J. Koschnick 02.06.2014

Im Zwischenreich der Bundesländer

Das Elend herrscht auf allen politischen Ebenen.

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 28

Wolfgang J. Koschnick 09.06.2014

Wozu überhaupt noch Demokratie?

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 29

Wolfgang J. Koschnick 16.06.2014

Das Menschheitsideal "Demokratie" ist am Ende

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 30

Wolfgang J. Koschnick 23.06.2014



Über Wolfgang J. Koschnick

In Danzig geboren, in Bremen aufgewachsen, an den Universitäten in Kiel, Houston (Texas) und West-Berlin ausgebildet, ging der gelernte Volkswirt und Politikwissenschaftler (Diplom-Politologe) Wolfgang J. Koschnick zunächst in Deutschland und dann in den USA in den Journalismus, wo er unter anderem für den "Boston Globe" und den "San Francisco Chronicle" tätig war. Wieder in Deutschland schrieb er als Korrespondent für amerikanische und britische Zeitungen und Zeitschriften, bevor er in den 1970-er Jahren enger Mitarbeiter von Elisabeth Noelle-Neumann im Institut für Demoskopie in Allensbach wurde. Seit damals lebt er mit seiner Familie in Allensbach am Bodensee und behielt dort seinen Wohnsitz, auch nachdem er das Institut wieder verlassen hatte, um Chefredakteur von Medien- und Marketing-Fachzeitschriften in Frankfurt am Main und Düsseldorf zu werden.

Seit Ende der 1980-er Jahre lebt und arbeitet er wieder als Unternehmensberater, Journalist und Buchautor am Bodensee. Koschnick hat über 50 wissenschaftliche Nachschlagewerke aus dem weiten Feld von Marketing, Medien, Sozial-, Markt- und Mediaforschung geschrieben, aber auch eine viel beachtete Biografie des Medienunternehmers Rupert Murdoch.

entscheidungen nur noch ab, wichtige Entscheidungen werden in Hinterstuben getroffen, die politischen Institutionen sind handlungsunfähig, die Politiker taugen nichts, und der Staat ist bis über die Ohren verschuldet.

Die politische Krise ist die Folge einer strukturellen Reformunfähigkeit der Institutionen und ihrer Politiker, einer wachsenden Kluft zwischen den Bürgern und Regierungen, zwischen Wählern und Volksvertretern, zwischen Gesellschaft und Staat. Als Regierungsform stoßen die Demokratien an ihre Grenzen, weil sie nicht mehr leisten, wozu sie da sind: die Interessen aller zu wahren und ihren Völkern ein gutes Leben zu ermöglichen. Sie dienen nicht mehr dem Gemeinwohl, sondern nur noch den Interessen einzelner Gruppen.

Längst haben Oligarchien die Herrschaft übernommen

Alle entwickelten Demokratien stehen in einer ähnlichen existenziellen Fundamentalkrise, und weite Teile der Bevölkerung verachten diejenigen, die sie regieren. In der Bevölkerung vieler demokratischer Staaten wächst der Widerstand gegen die Willkür der Repräsentanten, die von vielen nicht länger als Vertreter des Volkes angesehen werden.

Die Völker der demokratischen Staaten sehen sich von Oligarchien beherrscht, die ihre eigenen, höchst eigennützigen Interessen verfolgen und sich nicht mehr um die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Interessen der Menschen scheren, die sie eigentlich vertreten sollen. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik aller entwickelten Demokratien geht in immer stärkerem Maße an den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit vorbei und richtet sich zunehmend gegen die eigene Bevölkerung.

Es mehren sich die Zweifel, ob die herrschenden Demokratien überhaupt noch handlungsfähig sind; denn die eigentliche Krise ist die Krise der repräsentativen Demokratie. Die strukturellen Schwächen dieses Ordnungssystems treten heute so krass hervor wie nie zuvor. Eine erfolgreiche Krisenbewältigung würde einen radikalen Politikwandel erfordern. Das jedoch können auf Wahlerfolge und Machterhalt fixierte, kurzsichtig orientierte politische Parteien systembedingt kaum leisten.

Das erklärt auch, weshalb dringende Reformen unterbleiben und Schulden angehäuft werden. Doch der Reformbedarf ist immens. Bisher haben alle Demokraten stets geglaubt, kein Ordnungssystem sei so fähig, sich selbst zu reformieren, wie die Demokratie. Doch der Zustand der entwickelten Demokratien unserer Zeit lehrt das Gegenteil. Das System ist in totaler Unbeweglichkeit erstarrt. Die Krise der Demokratie ist tatsächlich da.

Viele hoffen noch immer, dass Demokraten mit den Problemen einer Gesellschaft besser fertig werden als Diktatoren. Das läuft auf das Pfeifen im Walde und auf die vage Hoffnung hinaus, dass weiter gut gehen wird, was in der Vergangenheit schon nicht funktioniert hat. Es bliebe dann nur das Vertrauen, dass die demokratischen Institutionen und ihre Repräsentanten alle Probleme doch noch lösen können. Doch genau dieses Vertrauen ist verloren. Denn es sind eben diese Repräsentanten, die alle Probleme selbst geschaffen haben, die sie nun nicht lösen können.

Die demokratischen Systeme dieser Welt sind in wachsendem, wenn auch von Land zu Land sehr unterschiedlichem Maße zu Oligarchien mutiert und stehen vor dem Zusammenbruch. Es kann sich noch viele Jahre hinziehen, bis sie vollständig kollabieren. Aber der Kollaps ist unausweichlich.

Sind Demokratien ein Überbleibsel des 19. Jahrhunderts?

Um dem Kollaps zu entgehen, darf es keine Tabus geben. Auch keine Tabus beim Nachdenken über die Demokratie. Ob es eine Alternative zur Demokratie gibt, die nicht auf Diktatur oder den autoritären Staat hinausläuft, kann man erst wissen, wenn man darüber nachdenkt, ob es eine revolutionär neue, alternative politische Ordnung jenseits der traditionellen repräsentativen Demokratie gibt, die dennoch

ein Rechtsstaat bleibt, die Menschen- und Bürgerrechte wahrt und zugleich Lösungen für die demokratisch offensichtlich nicht mehr lösbaren Menschheitsprobleme verheißt.

Das bestehende politische System hat sich überlebt und passt nicht mehr ins 3. Jahrtausend. Es hat die repräsentativen Demokratien der Welt in eine strukturelle Schuldenkrise geführt, aus der es nur mit gutem Willen nach dem Motto "Ab morgen wird gespart" keinen Ausweg gibt. Mit PR-Parolen lassen sich Strukturprobleme nicht lösen.

Die repräsentative Demokratie ist eine Organisationsform des 19. Jahrhunderts. Das war eine demokratische Vertretung unter den Bedingungen gemächlicher Kommunikation, beschwerlichen Reisens, beschränkter Fortbewegungsmöglichkeiten und der Unmöglichkeit, in kurzer Zeit oder gar in Realzeit in politische Vorgänge einzugreifen. So lange darüber hinaus einigermaßen homogene Milieus - das adelige, das bürgerliche, das katholische, das protestantische, das sozialdemokratische - und damit zugleich auch homogenere Interessenlagen bestanden, funktionierte das repräsentative System ganz zufriedenstellend.

Unter den Bedingungen weltweit rasant beschleunigter Kommunikation und der Möglichkeit, rasch und gewissermaßen in Realzeit in alle Prozesse einzugreifen, günstigen und schnellen Reisens und der Auflösung einst homogener Milieus besteht wenigstens technisch die Möglichkeit für alle Bürger, rasch an politischen Entscheidungsprozessen teilzunehmen und in sie einzugreifen.

Das repräsentative System bietet dazu jedoch keinerlei politische Möglichkeit. Es ist schwerfällig, träge und umständlich und löst damit große Frustration bei den Bürgern aus. Sie fühlen sich ausgeschlossen und jeglicher Chance beraubt, ihre eigenen Geschicke und Interessen auch nur zu beeinflussen, geschweige denn in die eigenen Hände zu nehmen. Die repräsentative Demokratie alten Stils schließt ihre Bürger aus allen Entscheidungsprozessen aus.

Vor die Interessen der Bürger haben sich im Zeitalter der repräsentativen Demokratien schwergewichtige, ja schwerfällige und mehr und mehr auch handlungsunfähige Großorganisationen wie politische Parteien, Verbände, Parlamente, Bürokrationen und große Konzerne geschoben und über die Bürger erhoben, deren Interessen sie schon lange nicht mehr vertreten und die zunehmend den Interessen der Bürger entgegenstehen. Sie üben politische Herrschaft über die Bürger aus, und die Bürger wenden sich erst einmal nur von ihnen ab. Die wechselseitige Entfremdung kann in Zukunft nur wachsen.

In der alten Welt der jungen Demokratien, gingen aus dem Wettbewerb der politischen Parteien mitunter noch Lösungen hervor. Das System der parlamentarischen Demokratien basiert auf Gegensatz und Antagonismus: hie Regierung, da Opposition. Wenn die einen dafür sind, sind die anderen dagegen. Aus Prinzip und um sich für die nächste Wahl zu profilieren.

Die politischen Parteien sind der größte Klotz am Bein

In eine komplexe und sich rasant entwickelnde Welt passen solche Antagonismen nicht hinein. Sie sind reiner Schwachsinn. Die Welt besteht nicht nur aus Freunden oder Feinden. Es kommt nicht mehr darauf an, entweder dafür oder dagegen zu sein. Gebraucht werden Lösungen, die der Komplexität der Realität angemessen sind.

Die politischen Parteien sind in dieser Welt der größte Klotz am Bein der Demokratie. Sie sind die letzten Dinosaurier, die es geschafft haben, in die Moderne hinein zu überleben. Sie behindern jeden Tag aufs Neue dringend gebrauchte Lösungen und verschärfen so kontinuierlich die Krise der repräsentativen Demokratien. Sie sind Überbleibsel aus einer versunkenen Welt. Und die Parteiendemokratie ist das letzte verbliebene Naturreservat der politischen Dinosaurier in der neuen Zeit.

Da die politischen Parteien programmatisch in nahezu jeder Hinsicht übereinstimmen, so gut wie austauschbar sind und einander bei Bedarf auch mal die Themen klauen - erst war die SPD allein für den Mindestlohn, und die CDU war dagegen; dann übernahm die CDU das Thema, und die SPD weiß nun nicht mehr so recht, ob sie jetzt noch dafür oder dagegen sein soll -, liegt die politische Macht vollständig in den Händen eines Parteienkartells.

Nur nach außen hin tragen die Parteien ab und zu noch Schaukämpfe aus, die inhaltlich keine Alternativen bieten, oder lassen ihre Repräsentanten sich in Talkshows gegenseitig anschreien. Die Wahlkämpfe sind ein reiner Schwindel, der programmatische Verschiedenheit lediglich vortäuscht. Eine Inszenierung von Themen, die sich die Funktionäre der Parteien zusammen mit ihren PR-Beratern ausgewählt haben, weil sie erwarten, mit dem jeweiligen Potpourri an Pseudothemen Wahlen gewinnen zu können.

Auf sie treffen die Worte George Orwells aus "1984" über den Krieg zu:

Es ist das Gleiche wie die Kämpfe zwischen gewissen Wiederkäuern, deren Hörner in einem solchen Winkel gewachsen sind, dass sie einander nicht verletzen können. Wenn er aber auch nur ein Scheingefecht ist, so ist er doch nicht zwecklos. Durch ihn wird der Überschuss von Gebrauchsgütern verbraucht, und er hilft, die besondere geistige Atmosphäre aufrechtzuerhalten, die eine hierarchische Gesellschaftsordnung braucht.

Die politischen Parteien sind in den entwickelten repräsentativen Demokratien zu Wahlvereinen für den einen oder den anderen Kanzler verkommen, zu dauerhaften Kartellen, die Posten an ihre Mitglieder und Funktionäre verschieben.

Charakteristikum der "politischen Kommunikation" in Wahlkämpfen ist die Dominanz des Trivialen, die gnadenlose Banalisierung der Politik mit albernen Slogans wie "Wir halten zusammen", "Politik mit Herz" oder gar "SPD ist Currywurst" im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf von 2012.

Für die weitgehend austauschbaren Volksparteien haben die ursprünglichen Ziele von Wahlkämpfen - nämlich politische Alternativen aufzuzeigen - völlig an Bedeutung verloren. Die Parteien üben sich stattdessen in einfältiger Polemik gegenüber den politischen Gegnern. Sachfragen spielen in diesen Schlammschlachten keine Rolle mehr. Und das wiederum steigert die Politikverdrossenheit der Wähler.

Wahlkämpfe dienen nicht mehr dazu, die Wähler zwischen Alternativen entscheiden zu lassen. Sie sind nichts als professionell inszenierte Spiele, für die Parteiführungen ausgesuchte politische Themen aufbereitet haben, die sie für die Bevölkerung von PR-Experten auf theatralische Weise in Szene setzen lassen. Wahlen dienen nur noch dazu, den demokratischen Schein zu wahren. Entscheidungen fallen andernorts. Die Demokratie schafft sich ab oder hat sich längst abgeschafft.

Vom Kinderglauben an die Demokratie

Wer religiös erzogen wurde, bewahrt ein Leben lang seine kindlichen Vorstellungen darüber, wer Gott ist, was man tun muss, um sein Wohlgefallen zu erlangen und wie es wohl im Paradies zugeht. Diese kindlichen Vorstellungen bleiben meist mächtiger als alle späteren Einflüsse und Überlegungen des Erwachsenenlebens.

Ganz ähnlich verhält es sich mit dem Glauben an die Demokratie. Als Kinder haben wir gelernt, dass alle Macht vom Volke ausgeht, das seine Volksvertreter wählt, die dann im Parlament in großen Debatten darum ringen, Entscheidungen zum Wohle der Allgemeinheit zu treffen, Gesetze verabschieden und auch sonst viel Gutes und politisch Sinnvolles stiften.

Dieses utopische Wolkenkuckucksheim schwebt unserem inneren Auge noch immer vor, wenn wir als Erwachsene an Demokratie denken, obwohl wir inzwischen auch wissen, dass es mit der Wirklichkeit kaum noch etwas zu tun hat. Als Erwachsener macht man ganz andere Erfahrungen, aber der Grundstein, der durch den Kinderglauben gelegt wurde, bleibt unbeschädigt: Etwas Besseres als die Demokratie gibt es nicht.

Eigentlich könnte das Volk Entscheidungen auch selbst treffen und bräuchte gar nicht die Repräsentanten, die an seiner Stelle im Parlament entscheiden, aber in der Weimarer Republik hat das nicht gut funktioniert: Das Volk hat Kommunisten und Nationalsozialisten gewählt. Deshalb entschied man sich dagegen, es noch einmal selbst entscheiden zu lassen. Die Demokratie ist wohl das letzte und strengste Tabu unserer Zeit. Daran darf keiner rühren. Demokratie ist ein Wert an und für sich und das Maß aller Dinge. Man muss ihn nicht begründen. Man muss nur sagen, dass man dafür ist. Wer gegen die Demokratie ist, disqualifiziert sich selber als Rechter, als Verfassungsfeind, als Neonazi oder auch einfach nur als schlechter Mensch.

Gegen die Demokratie gibt es einfach nichts zu sagen. Da muss auch der kritischste Kritiker schweigen. Im äußersten Fall darf er vielleicht noch zaghaft andeuten, dass diese Demokratie keine wahre Demokratie ist und das Volk noch nicht genug einbezogen hat. Aber auch da muss er seine Worte genau abwägen, um ja nichts Falsches zu sagen.

Für Systemkrisen sind nicht "die Politiker" verantwortlich

Das hat schwer wiegende Konsequenzen: Wenn es in der Politik drunter und drüber geht, und das Volk sich schlecht regiert fühlt, macht es "die Politiker" verantwortlich und nicht das demokratische System, aus dem diese hervorgehen und in dem sie gedeihen. Wenn systembedingte Katastrophen den Alltag beherrschen, wird krampfhaft nach Erklärungen und nach Sündenböcken gesucht: das Finanzkapital, die Spekulanten, die Banken, die Staatsanleihen. Aber das demokratische System bleibt sakrosankt. Unantastbar.

Das ist für die Demokratien selbst eine schwere Bürde; denn wer sich Denkverbote auferlegt, setzt dem Nachdenken über Zusammenhänge enge Grenzen. Zu enge Grenzen. Er sagt sich selbst: Bis hierhin und nicht weiter darfst Du denken. Doch was, wenn die Wahrheit im Bereich des verbotenen Denkens liegt? Die bleibt dem Bewahrer des Tabus dann auf ewig verschlossen.

Die endgültige Konsequenz wagen viele Menschen auch heute noch nicht zu Ende zu denken; denn die lautet: Der jämmerliche Zustand der Politik unserer Zeit ist die Folge des Niedergangs des demokratischen Systems. Er ist ein Systemfehler, der nicht zu kurieren ist, wenn man sich weiter weigert, ihn als solchen zu erkennen. Ob man ihn kurieren kann, wenn man ihn erkennt, ist auch alles andere als sicher. Denn wenn es ein veritabler Systemfehler ist, dann liegt er definitionsgemäß im System. Kurieren lassen sich dann vielleicht ein paar Symptome, sodass sich das Siechtum des Patienten verlängern lässt. Aber der Fehler im System lässt sich dadurch nicht aus der Welt schaffen.

Es ist allerdings auch leicht nachzuempfinden, weshalb sich viele dagegen sträuben, die Krisen der Gegenwart als Systemkrisen der Demokratie zu erkennen. Demokratie ist untrennbar verknüpft mit der Achtung und Verteidigung von Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Bürgerrechten. Das macht sie so kostbar. Und niemand kann sich deren Abschaffung wünschen. Doch darum geht es auch gar nicht.

Die Systemkrise der Demokratie spielt sich auf einem ganz anderen Feld ab: den Mechanismen und Apparaturen der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung. Die Dauerkrise der konsolidierten Demokratien hat zur Herausbildung einer von der Bevölkerung losgelösten politischen Kaste geführt, die ihr eigenes Wohl mit dem Gemeinwohl identifiziert und der die Interessen und das Wohlergehen der Bevölkerung weitgehend gleichgültig sind. Die Krise der entwickelten Demokratien ist eine Krise des politischen Willensbildungsapparats. Und diese Krise hat inzwischen eine Eigendynamik entfaltet, in der sich das System gegen die eigene Bevölkerung wendet und ihr in stets wachsendem Maße Schaden zufügt.

Aus Politikverdrossenheit ist Volkszorn geworden

Es gehört heute zum guten Ton, über "die Politiker" und "die Politik" zu schimpfen und beiden Versagen auf ganzer Linie vorzuwerfen. Nicht nur an Stammtischen. Übrigens keine spezifisch deutsche Form der Folklore. In den meisten entwickelten Demokratien klingt die Klage ziemlich ähnlich.

Deshalb hat es keinen Zweck, in den allgemeinen Klagegesang über Politiker und ihre Unfähigkeit einzustimmen. Das geht am Kern des Problems vorbei. Denn es fragt sich doch, welche tieferen Ursachen die verbreitete Unzufriedenheit mit einem eigentlich doch so idealen und unübertrefflichen System und seinen führenden Repräsentanten hat. Schließlich sind die Bevölkerungen der westlichen Demokratien nicht einfach nur schlecht gelaunt.

Wie konnte es nur dazu kommen, dass der Philosoph Jürgen Habermas - ein Meister der distinktierten Diktion und Verfasser von Büchern, die kaum jemand versteht - fast wie am deutschen Biertisch proletet? "Ich beschimpfe die politischen Parteien. Unsere Politiker sind längst unfähig, überhaupt etwas anderes zu wollen, als das nächste Mal gewählt zu werden, überhaupt irgendwelche Inhalte zu haben, irgendwelche Überzeugungen."

Um über das misshandelte Geschimpfe auf Biertischniveau hinauszugelangen, bedarf es einer sorgfältigen Analyse: Wie konnte es dazu kommen, dass die Völker nahezu aller etablierten Demokratien mit der "Volksherrschaft" in ihren Ländern so gründlich unzufrieden sind? Welche Entwicklungen haben dazu geführt? Warum glauben am Ende die Völker der Welt nicht mehr daran, dass sie selbst es sind, die über sich herrschen? Warum fühlen sie sich von fremden Interessen beherrscht?

Vor einigen Jahren noch konnten die Politiker den Unmut der Bevölkerung mit dem Totschlagargument abbügeln, das sei "Politikverdrossenheit" und deshalb strikt abzulehnen. Doch der Begriff der Politikverdrossenheit führt in die Irre, suggeriert er doch, die Verdrossenheit der Leute sei die Quelle des Problems. "Die öffentliche Geringschätzung der Politik untergräbt die Fundamente der Demokratie", sprach 2004 die Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann. Das Gegenteil ist wahr: Die Politik hat das Vertrauen der Bevölkerung untergraben und missachtet. Verdrossenheit ist keine Stimmungsschwankung der Bevölkerung. Es ist die Reaktion auf die Missachtung des allgemeinen Wohls durch die gewählten Repräsentanten und ihre Politik.

Oft halfen sich die Regierungen dann noch mit ein bisschen Propaganda gegen Politikverdrossenheit, die darauf zielte, die frohe Botschaft vom fabelhaften Funktionieren der Demokratie "rüberzubringen" und das Problem durch Kommunikation von oben nach unten aus der Welt zu schaffen. Auch dies ein kreuzabsurdes Paradigma: Die Herrschenden bringen das einfältige Volk mit Hilfe von Propaganda und allerlei PR-Kunststückchen wieder dazu, den Glauben an seine eigene Herrschaft zu bewahren. Geht's noch bizarrer?

Doch heute ist selbst das nicht mehr möglich; denn die Fundamentalkrise des politischen Systems ist weiter vorangeschritten. Die Bürger würden antworten: "Wir sind politikverdrossen, weil die Politiker aller politischen Parteien uns dafür tausende von guten Gründen liefern. Nicht die Verdrossenheit ist das Problem, sondern eine Politik, die nur Verdruss bereitet."

Es ist kein Zufall, dass die demokratischen Systeme in aller Welt ein politisches Personal rekrutieren, das die Bevölkerungen dieser Länder zur Verzweiflung treibt. Tatsächlich gleichen sich die Ausdrucksformen der Politikverachtung in allen Ländern. Die Völker aller demokratischen Länder verachten ihre Politiker. Sie haben schlechte Erfahrungen mit ihnen und trauen ihnen - parteienübergreifend - nicht mehr über den Weg. Kaum noch jemand glaubt mehr daran, dass Politiker die Interessen des Volks wirklich vertreten.

Politik ohne Gemeinwohlperspektive

Die Politik hat mit dem Gemeinwohl nichts mehr zu tun. Vielmehr sind alle davon überzeugt, dass Politiker ihr eigenes Süppchen kochen. Politische Beobachter gehen heute davon aus, dass sich in den etablierten Demokratien eine vom Volk weitgehend losgelöste Kaste von Politikern gebildet hat ("die politische Klasse"), die in einer eigenen Welt betriebsamer Geschäftigkeit und hochtrabender Herablassung lebt und die sich immer unverhüllt gegen das Volk wendet, es jedoch auf gar keinen Fall repräsentiert.

Es mag durchaus sein, dass diese Kaste sich nicht als solche empfindet. Sie hat dennoch deutliche Züge einer Kaste und sie wird vor allem von der breiten Bevölkerung und anderen politischen Beobachtern als solche wahrgenommen.

Die politische Kaste in entwickelten Demokratien unterscheidet sich markant von den Kasten im hinduistischen Indien, die ein geschlossenes System darstellen, aus dem es so gut wie kein Entrinnen gibt. Die politische Kaste der Demokratien ist nach oben und unten offen. Man wird nicht in sie hineingeboren, der Zugang ist einigermaßen offen, und man hat keine Verweilgarantie, wenn man erst einmal in sie aufgestiegen ist.

Aber die wirtschaftlichen, sozialen und natürlich auch politischen Interessen ihrer Angehörigen sind weitgehend identisch und unterscheiden sich deutlich von denen der restlichen Bevölkerung. Es hat sich eine Schicht der politischen Herrschaft herausgebildet, die in vielerlei Hinsicht wieder den herrschenden Schichten vordemokratischer Systeme ähnelt.

Waren die Demokratien in ihrer Pionierzeit noch politische Systeme der Gleichberechtigten, so hat sich im Verlauf vieler Jahrzehnte in allen repräsentativen Demokratien eine dauerhafte Herrschaft der politischen Kaste als institutionalisierte Form von Über- und Unterordnung etabliert.

Die gewissermaßen urdemokratische Gesellschaft der Gleichen und vor allem Gleichberechtigten, die miteinander in einer horizontalen Sozialbeziehung standen, mutierte im Verlauf vieler Jahrzehnte zur Gesellschaft der Ungleichen und vor allem Ungleichberechtigten, die in einer vertikalen Sozialbeziehung zueinander stehen.

Das grassierende Misstrauen großer Teile der Bevölkerung kommt nicht von ungefähr; denn diese Kaste hat sich in etablierten demokratischen Systemen komfortabel eingerichtet. Nur sind die sozialen Prozesse, durch die sie ihre politische Herrschaft errichten und verfestigen konnte, wesentlich diffiziler als die relativ grobschlächtigen Prozesse, durch die Herrschaft in vordemokratischen Systemen entstand und bestand.

Die in praktisch allen etablierten Demokratien herrschende und sich kontinuierlich weiter ausbreitende Politikverachtung kann nur Gründe haben, die im System der etablierten Demokratien selbst ruhen. Das System "repräsentative Demokratie" selbst hat die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit erreicht. Und wenn sich die Verantwortungsträger weiter gegen die Erkenntnis wehren, dass der Niedergang der Herrschaftsform "Demokratie" bereits in vollem Gange ist, dann wird das Ende der Demokratie unvermeidlich sein und gewissermaßen über Nacht über alle hineinbrechen.

Götterdämmerung der Demokratie

Die griechischen Philosophen der Antike unterschieden zwei Erscheinungsformen der Demokratie: die Timokratie und die Ochlokratie. Einfach gesprochen war die Timokratie die Herrschaft der Guten und die Ochlokratie die Herrschaft der Schlechten. Und die Timokratie galt als die gutartige Form der Volksherrschaft, die Ochlokratie als ihre Entartung. Aber es war dennoch auch eine Form der Demokratie, eben die Demokratie des Niedergangs.

Hinter der Unterscheidung stand ein zirkuläres Verständnis der Weltläufe: Jede Gesellschaftsform und jede Organisationsform hat eine Zeit der Blüte und eine Zeit des Niedergangs. Der Blütezeit folgt die Zeit des Niedergangs und des Verfalls. Das ist nicht die Vorstellung: Mal läuft alles gut, mal läuft es nicht so gut. Vielmehr die Erkenntnis, dass den Zeiten der Hochblüte zwangsläufig und unvermeidlich die Zeit des Niedergangs folgt.

Das Unterscheidungsmerkmal war die Orientierung des Systems am Gemeinwohl. Dahinter stand und steht die Vorstellung, dass die Demokratie anfangs reibungslos und zum Nutzen aller funktioniert und sich im Verlauf vieler Jahre die Strukturen so sehr verfestigen und verhärten, dass am Ende eine kleine Gruppe von Herrschenden sich nur noch um die eigenen Interessen kümmert und das Gemeinwohl vernachlässigt.

So sah der griechische Historiker Polybios (200-120 vor Christus) die Demokratie als höchste Form der Herrschaft und die Ochlokratie als ihre Zerfallsform an, in der Eigennutz und Habsucht der schlechten Herrscher an die Stelle der Sorge um das Gemeinwohl getreten sind. Er bezeichnete als "Ochlokratie" - Pöbelherrschaft - die negative Variante der Volksherrschaft und als positive Variante die "Demokratie". In der antiken Staatsphilosophie drückte sich in dem Begriff allerdings eine hochmütige Herablassung der Besitzenden über die untersten und besitzlosen Klassen aus.

Grundsätzlich herrschte in der antiken Staatstheorie die Vorstellung, dass jede am Gemeinwohl orientierte Herrschaftsform ein entartetes, nur an den Interessen der Herrschenden orientiertes Gegenstück habe: Diese Analogie gilt heute mehr denn je. Und wir sind Zeitzeugen einer Entartung der modernen Demokratie, die sich immer stärker an den Interessen der politisch Herrschenden und immer weniger an den Interessen des beherrschten - und angeblich ja herrschenden - Volks orientiert.

Der Wandel von der am Gemeinwohl orientierten zur vorwiegend an Herrschaftsinteressen orientierten Politik ist ein schleichender Prozess, der für alle demokratischen Systeme charakteristisch ist und seinen Höhepunkt noch längst nicht erreicht hat. Er wird sich in künftigen Jahren noch weiter verschärfen. Das ist der Grund, weshalb große Teile der Bevölkerung aus allen Schichten sich zunehmend von der Politik abwenden: Sie empfinden deutlich, dass die herrschenden Politiker und die herrschende Politik nicht länger Diener des Gemeinwohls sind.

Vorerst ist dies noch ein sehr diffuser Unmut, der sich auf "die Politiker" und "die Politik" fokussiert. Doch das sind nur Metaphern für den tiefer gehenden Niedergang der Demokratie, den zu erkennen der alte Kinderglaube an die unendlich vielen Vorzüge der Demokratie einstweilen noch verhindert. Dass die Demokratie in eine Phase eingetreten ist, in der sich ochlokratische Oligarchien bilden, die andere Interessen als die der allgemeinen Bevölkerung vertreten, mögen sich viele noch nicht eingestehen. Es würde die Grundlagen unseres politischen Systems erschüttern; denn es liefe auf die Bankrotterklärung für das demokratische System hinaus.

Dabei ist die grassierende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den Politikern ja eigentlich viel absurder. Als ob urplötzlich - wie aus dem Nichts - sich in einem eigentlich ja hervorragend funktionierenden, idealen Gemeinwesen lauter politische Taugenichtse breit machen.

Natürlich hat es mit dem System zu tun, wenn aus ihm ein politisches Personal hervorgeht, das bei der breiten Bevölkerung nichts als Unzufriedenheit, Unmut, nackten Zorn und kaum noch zähmbare Wut auslöst. Und weil das eine bittere Konsequenz des Systems ist, ist es auch weltfremd anzunehmen, man brauche nur die eine oder andere Wahl abzuwarten, und schon werde wieder eine neue Generation von Politikern das Heft in die Hand nehmen. Genau dies hoffen viele Leute schon seit Jahrzehnten vergebens. Doch das Elend hat kein Ende.

Es kommt auch nicht mehr auf die "richtige" Partei an. Die Parteien gleichen einander und vertreten ihre eigenen Interessen, die sich deutlich von denen der Allgemeinheit unterscheiden und im Wesentlichen darin bestehen, ihre eigene Herrschaft und die Versorgung ihres politischen Personals dauerhaft zu garantieren.

Die heutigen Ochlokratien sind der vorläufige Endstand von Verfestigungs- und Verkrustungsprozessen, die aus der besonderen Form der Rekrutierung des politischen Personals in modernen Demokratien resultieren. Für Soziologen sind solche Verkrustungen gar nicht so rätselhaft. Für sie ist auch klar, dass solche Prozesse nur schwer oder auch gar nicht umzukehren sind. Man wird sich darauf einrichten müssen, dass die Verhältnisse in den ochlokratischen Demokratien nicht besser werden können. Der Niedergang hat seine eigene Dynamik - und die kennt nur eine Richtung: abwärts. Es besteht also wenig Hoffnung auf bessere Zeiten.

Wolfgang J. Koschnick 23.12.2013

In dieser Folge seiner demokratiekritischen Artikelreihe setzt sich der Allensbacher Politologe und Wissenschaftsjournalist Wolfgang J. Koschnick mit der Tatsache auseinander, dass die etablierten repräsentativen Demokratien das Volk nicht repräsentieren (können oder wollen). Die Abgeordneten spiegeln in ihrer Zusammensetzung nicht die Bevölkerung, sondern im günstigsten Fall die "gehobenen Schichten". Mehr als ein Drittel der gesamten Bevölkerung ist in den Parlamenten überhaupt nicht vertreten. Aber noch schlimmer ist: Die Abgeordneten vertreten ihre eigenen wirtschaftlichen und sozialen Interessen. Und die liegen ihnen am Herzen: Wenn es sein muss, auch gegen das Volk. Die Interessen der breiten Bevölkerung gehen ihren Repräsentanten völlig an der Rückseite vorbei.



Doch was bedeutet Repräsentation? Viele Beobachter gehen davon aus, dass Repräsentation im Parlament dasselbe sei wie Repräsentation in der Stichprobentheorie: Die Abgeordneten im Parlament sollen ein möglichst genaues Spiegelbild der Bevölkerung darstellen. Männer, Frauen, Junge, Alte, Arme, Reiche, Beamten, Angestellte, Arbeiter, Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger, Rentner, Hausfrauen, Katholiken, Protestanten, Atheisten, Heterosexuelle und Homosexuelle usw., usw. seien danach also im Parlament ebenso stark oder schwach vertreten wie in der Gesamtbevölkerung - oder sollten es im Idealfall zumindest sein.

Nach diesem Maßstab taugt die Repräsentation im Deutschen Bundestag und in den 16 deutschen Länderparlamenten überhaupt nichts und die im Europa-Parlament schon gar nichts; denn große Teile der Bevölkerung sind im Bundestag und in den anderen Parlamenten überhaupt nicht vertreten. Das ist übrigens in allen Parlamenten der Welt ebenso.

Bei einigen Berufsgruppen wie Schülern, Studenten und Auszubildenden mag das vielleicht noch hingehen, weil sie erst am Anfang ihres Werdegangs stehen, aber schon bei Arbeitslosen, Rentnern, Hausfrauen, Hartz-IV-Empfängern und allein erziehenden Müttern sieht das ganz anders aus: Je nach konjunktureller Lage sind das viele Millionen Menschen - weit mehr als ein Drittel der Gesamtbevölkerung - und im Bundestag sitzt kein einziger Abgeordneter, der ihre soziale Situation aus eigener Erfahrung kennt. Im parlamentarischen Alltag kommen sie gar nicht vor.

Ausschluss ganzer Bevölkerungsteile von den Schalthebeln der Macht

Man kann die Lücke auch in einer knappen Formel zusammenfassen: Alles in allem ist das untere Drittel der Gesamtbevölkerung in den Parlamenten durch niemanden vertreten - weder durch eine nennenswerte Zahl von Abgeordneten noch durch Parteien.

Da nimmt es nicht weiter wunder, dass bei allen wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen der letzten Jahre und Jahrzehnte stets das untere Drittel besonders nachhaltig zur Kasse gebeten wurde. Die Einkommenskluft zwischen Arm und Reich in Deutschland ist in den vergangenen zwei Jahrzehnten erheblich stärker gewachsen als in den meisten anderen Industrienationen. Das zeigte zuletzt auch eine im Dezember 2011 von der Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) veröffentlichte Studie. [1]

Ob bei Renten, Gesundheit, Bildung oder Steuern, überall wird stets den Leuten mit einem eher kleinen Einkommen in die Tasche gegriffen. Da kann man das machen. Denn die haben keine Repräsentanten in Berlin und können sich nicht wehren. Die Studie konstatiert: Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer.

In Deutschland ist diese Entwicklung besonders ausgeprägt: Die realen Haushaltseinkommen stiegen zwar jährlich um 0,9 Prozent, bei den Niedriglöhnen kamen davon allerdings nur 0,1 Prozent an, während die oberen zehn Prozent ihr Einkommen um 1,6 Prozent steigern konnten. Und die Politiker aller politischen Lager wirken bei der Umverteilung von unten nach oben tatkräftig mit - und behaupten in der Öffentlichkeit stets das Gegenteil: Sie lügen.

Die Untersuchung widerlegt die Behauptung, dass Wirtschaftswachstum automatisch allen Bevölkerungsgruppen zugute kommt und dass Ungleichheit soziale Mobilität fördert. Das Gegenteil trifft zu: "Zunehmende Ungleichheit schwächt die Wirtschaftskraft eines Landes, sie gefährdet den sozialen Zusammenhalt und schafft politische Instabilität", sagt der OECD-Generalsekretär Angel Gurría.

Personen, die sich selbst als Rentner bezeichnen, fehlen völlig im Bundestag - dabei sind sehr viele Abgeordnete im Rentenalter. 132 Bundestagsabgeordnete sind älter als 65 Jahre. [2] Aber Rentner ist keiner. Doch "da draußen im Lande" leben über 25 Millionen Rentner - mehr als ein Viertel der Bevölkerung. Im Bundestag kommen sie dennoch nicht vor.

Ganz ähnlich ist das bei Hausfrauen: Nur zwei Abgeordnete geben als Beruf Hausfrau an, in der Bundesrepublik aber leben über 15 Millionen Frauen, die sich ganz dem Haushalt und den Kindern widmen. Von den 631 Abgeordneten des 18. Bundestags sind 36,5 Prozent Frauen (230 Abgeordnete), und sie sind mit einem Anteil von rund einem Drittel deutlich unterrepräsentiert. In der Bevölkerung haben sie aber die Mehrheit. Im Bundestag schrumpft die Mehrheit zur Minderheit.

Die überwiegende Mehrheit der Bundestagsabgeordneten hat einen Hochschulabschluss: immerhin 564 von 620 Parlamentariern; rechnet man noch die Abgeordneten hinzu, die eine Universität besucht, aber ihr Studium abgebrochen haben, sind es sogar 611 Personen, also immerhin stolze 98,5 Prozent. Man kann auch sagen: so gut wie alle. Gerade mal neun Abgeordnete haben niemals studiert. Die Mehrheit der Bevölkerung hat aber keinen Hochschulabschluss: nur 6,8 Prozent haben einen. Sieht Vertretung des ganzen Volkes wirklich so aus?

Arbeiter, also Leute, die ihr Einkommen durch körperliche Arbeit verdienen, sind im Bundestag überhaupt nicht vertreten. Jedenfalls gibt kein einziger Bundestagsabgeordneter als Beruf "Arbeiter" an. In der Gesamtbevölkerung machen Arbeiter viele Millionen aus - wie viele genau es sind, lässt sich schwer bestimmen, seit die offizielle Statistik Arbeiter und Angestellte unter dem Oberbegriff "Arbeitnehmer" zusammenfasst.

Es wird ja gern argumentiert, so ein ordentlicher Akademiker sei nun einmal wortgewandt, weltoffen und versiert in vielen Dingen - hingegen sei ein einfacher Arbeiter, der am Fließband stets die gleichen Flansche zusammenmontiert oder tagaus, tagein in einem Klärbecken mit einer langen Stange herumrührt, damit das Klärgut sich gleichmäßig verteilt, eher wortkarg, verschlossen und beschränkt.

Das mag ja durchaus wahr sein. Doch es ändert nichts daran, dass genau so und nicht anders Herrschaft entsteht und sich verfestigt, nämlich durch den Ausschluss ganzer Bevölkerungsteile von den Schalthebeln der Macht.

Akademiker und eine lange Reihe ähnlicher Berufe und Sozialschichten sind in repräsentativen Demokratien eindeutig besser für die Übernahme und Ausübung von Herrschaft ausgestattet. Kein Wunder also, dass die Akademiker und gehobenen Sozialschichten vor lauter Begeisterung über die Segnungen der Demokratie geradezu überschäumen. Ihnen geht es ja sehr gut damit.

Aus dem moralischen, sozialen und politischen Dilemma, das aus dieser Erkenntnis resultiert, kommt man eigentlich nur heraus, wenn man argumentiert, dass Akademiker nun einmal die besseren Menschen sind oder wenigstens doch die besser ausgebildeten Menschen und Nichtakademiker schlechtere Menschen, auf jeden Fall aber ein Stück doofer sind, und die Vorherrschaft der Akademiker gewissermaßen von der Natur oder gar von Gott gewollt sei.

Da wird jeder akademisch Gebildete sofort freudig zustimmen. Aber gilt das auch für die vielen anderen Berufe und Schichten, die in allen demokratisch gewählten Parlamenten überrepräsentiert sind? Für Männer? Für Beamten? Für öffentliche Angestellte? Für Lehrer? Für Juristen? Für Partei-, Gewerkschafts- und Verbandsfunktionäre? Stellen die wirklich den Funktionsadel der repräsentativen Demokratien dar? Eher doch nicht.

Beamte, Angestellte des öffentlichen Dienstes und Juristen dominieren das Parlament

Angehörige des öffentlichen Dienstes sind in allen repräsentativen Demokratien sehr stark überrepräsentiert. Daneben bilden Angestellte von politischen Parteien, Fraktionen und Verbänden sowie Rechtsanwälte und Notare die größten Berufsgruppen. Überrepräsentiert sind auch bestimmte Kategorien von Selbstständigen und freiberuflich Tätigen.

Parlamente sind Organisationen, in denen Akademiker, Lehrer und Juristen und überdurchschnittlich gebildete Menschen unter sich bleiben. Ein Spiegelbild des deutschen Volkes stellen die auch zusammen auf gar keinen Fall dar.

Die Zusammensetzung der Parlamente hat sich seit 1949 markant, aber kontinuierlich verändert. Diejenigen, die heute deutlich überrepräsentiert sind, waren es in den 1950er Jahren noch nicht. Aber diejenigen, die es sind, haben ihre Position im Laufe vieler Jahre Stück für Stück ausgebaut.

Fest im Sattel sitzen heute vor allem Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes, die in der Frühzeit der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik - zum Beispiel im 2. Bundestag von 1953 bis 1957 - nur 24,4 Prozent der Abgeordneten stellten. Heute stellen sie 34,6 Prozent - über ein Drittel aller Abgeordneten.

Deutlich ausgebaut haben ihre Repräsentanz auch die Juristen: Von den 622 Abgeordneten im 17. Bundestag sind 143 Juristen. Sie machen 22 Prozent aller Abgeordneten aus. 78 sind Lehrer: immerhin auch noch 12,5 Prozent.

Die Überrepräsentation von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes ist geradezu ein Skandal. Darüber schreibt der Politikwissenschaftler Arnulf Baring

Ein Symptom dieser Entartung ist die Tatsache, dass rund achtzig Prozent unserer Abgeordneten aus dem öffentlichen Dienst, aus den Gewerkschaften kommen. Im Bundestag sitzen unter sechshundert Abgeordneten bestenfalls ein Dutzend, die wirklich etwas von Wirtschaft verstehen. Ein bürokratischer Apparat lenkt seinen Staat ohne klare ordnungspolitische Vorstellungen, ohne je die Welt gesehen, ohne je eigene Erfahrungen im Wirtschaftsleben machen zu müssen: eine drohnenhafte Herrschaftskaste.

Absurd ist es, dass die Zahl der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes seit der Wiedervereinigung kräftig sank, und zwar von 6,74 Millionen im Jahr 1991 bis auf 4,5 Millionen ^[4] im Jahr 2010. ^[5] Mit anderen Worten: Um volle 2,24 Millionen ist die Zahl der Beamten geschrumpft.

Das sind ziemlich genau 50 Prozent des gegenwärtigen Bestands und ein Drittel des Bestands von 1991. Doch an der Vertretung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes in den Parlamenten hat sich absolut nichts geändert. Sie stieg beharrlich von Wahl zu Wahl, so als ob sich da draußen im wirklichen Leben nichts geändert hätte. Von Repräsentativität kann keine Rede sein.

Wäre die repräsentative Demokratie eine Demokratie, in der die Bevölkerung in ihrer Struktur auch nur einigermaßen repräsentiert wird, so hätte der Anteil der Angehörigen des öffentlichen Dienstes zwischen 1991 und 2010 sinken müssen und auf gar keinen Fall steigen dürfen. Wenigstens wäre das so, wenn die politische Repräsentation etwas mit wirklicher Repräsentation zu tun hätte.

Aber es geht ja überhaupt nicht um demokratische Repräsentation. Es geht um politische Macht und um die Nähe zu den Futtertrögen. Und die muss um jeden Preis ausgebaut werden. Schwindet der Anteil von Vertretern einer herrschenden Schicht, so wächst natürlich die Notwendigkeit, die Machtposition im Parlament umso stärker zu festigen.

Auch dies zeigt deutlich, dass die schleichend zunehmende Verzerrung der Repräsentation nichts mit den Wechselfällen von Wahlausgängen zu tun hat: mal geht's 'rauf, mal wieder 'runter. Nein, der Anteil der Angehörigen des öffentlichen Dienstes steigt beharrlich und unabhängig vom Bevölkerungsanteil: Da haben sich mehrere soziale Gruppen nach und nach eine Machtbastion erobert und bauen sie von Wahl zu Wahl weiter aus.

Die Überrepräsentation der Angehörigen des öffentlichen Dienstes und vor allem der Beamten im Bundestag und in den Länderparlamenten ist dermaßen markant, dass fundamentale Grundprinzipien der parlamentarischen Demokratie in den Grundfesten erschüttert sind: der Grundsatz der Gewaltenteilung und der Grundsatz, dass alle Bürger die gleiche Chance haben sollten, als Volksvertreter gewählt zu werden.

Davon kann schon lange keine Rede mehr sein. Die Verbeamtung der Parlamente hat die innere demokratische Struktur der repräsentativen Demokratie ad absurdum geführt. Fast die Hälfte der Abgeordneten kommt aus der staatlichen Exekutive. Wie soll man von der Legislative noch ernsthaft

Mag sein, dass sich daran wenig ändern lässt. Die Tatsache bleibt dennoch bestehen: Die Schieflage benachteiligt eindeutig die Mehrheit der Bevölkerung. Die Verteilung politischer Macht bedient sich undemokratischer Mechanismen und schreibt Privilegien von vornherein fest.

Der amerikanische Politikwissenschaftler Elmer Eric Schattschneider fasste diese Erkenntnis in der klassischen Formulierung zusammen: "The flaw in the pluralist heaven is that the heavenly chorus sings with a strong upperclass accent."^[9] (Der Makel des pluralistischen Himmels ist es, dass der himmlische Chor mit einem deutlichen Oberschichtakzent singt.)

Wahlen sind ein aristokratisches, Entscheidungen durch Los ein demokratisches Verfahren

Da passt ins Bild, was der französische Politikwissenschaftler Bernard Manin herausgefunden hat. [10] Er behauptet, Wahlen seien schon immer ein *aristokratisches* Verfahren der Entscheidungsfindung gewesen. Dagegen seien *demokratische Entscheidungen* stets durch Los getroffen worden. So galten im antiken Athen und in Rom Entscheidungen durch Los als *demokratisch*, Entscheidungen durch Wahl als *aristokratisch*.

Auch in der Gründungsphase der amerikanischen Demokratie galt die Wahl von Amtsträgern nicht als demokratisch. Die amerikanischen Gründungsväter wollten den Einfluss des gemeinen Volks auf den Staat zurückhalten, und zwar *durch die Wahl von Repräsentanten* selbst. James Madison, einer der wichtigsten geistigen Führer der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung, postulierte, dass sich im Repräsentativsystem eine Art höherer Vernunft manifestiert. Er schrieb in den "Federalist Papers": Durch gewählte Abgeordnete "kann es geschehen, dass die Stimme des Volkes, wenn sie von seinen Vertretern erhoben wird, eher zum Wohl des Ganzen ertönt, als wenn sie aus dem Volk selber spricht, das zu diesem Zweck zusammentritt." Das Repräsentativsystem sei ein Mittel, "als Regenten Männer zu finden, die genügend Weisheit besitzen, um das gemeinsame Wohl für die Gesellschaft zu erkennen, und genügend Tugend, um es zu verfolgen".

Während die amerikanischen Anti-Föderalisten meinten, der Abgeordnete solle den durchschnittlichen Bürger auch dadurch vertreten, dass er ihm in Herkunft, Denkart und Lebensweise ähnlich ist, proklamierte Madison das *Distinktionsprinzip*: Der Abgeordnete kann und soll vornehmer, klüger, gebildeter, besser und reicher sein als der Rest. "Das Repräsentativsystem errichtete man in vollem Bewusstsein, dass die gewählten Vertreter angesehene Bürger sein würden und sein sollten, die sich sozial von ihren Wählern abhoben." Das Ziel ist erreicht: Heute sind fast die Hälfte aller Mitglieder des amerikanischen Kongresses Millionäre.

Das Prinzip der Wahl macht einen Mandatsträger nach Manin zu einem "rätselhaften Zwitter", in dem sich demokratische und aristokratische Elemente vermischen. Alle Macht geht vom Volke aus - doch gewählt wird eine Elite der Wenigen.

Zu verschiedenen Zeiten wurden Wahlen immer wieder als Einschränkung der Demokratie, als im Grunde aristokratisch betrachtet. Schließlich war der ursprüngliche Grundgedanke der Volksherrschaft weiter gefasst als das moderne "one man, one vote", nämlich als gleicher Zugang zu politischen Ämtern.

Das Verfahren, das bis in die Neuzeit eingesetzt wurde, um die radikale Idee der Gleichheit des Zugangs zu Ämtern zu realisieren, war das Los. Durch seine Neutralität und geradezu "göttliche" Unparteilichkeit befriedet das Losverfahren den Entscheidungsprozess und verhindert zudem, dass das politische Feld von Lobbyismus und Expertentum vereinnahmt wurde.

In der Gründungsphase der modernen Demokratien in Frankreich, den USA und Großbritannien geriet das Losverfahren in Vergessenheit. Die bewusste Auswahl der Repräsentanten war nun wichtiger als die Gleichheit des Zugangs zu Ämtern. Die "nicht-egalitären und aristokratischen Effekte der Wahl", so Manin, beruhen auf vier Aspekten: "Die ungleiche Behandlung der Kandidaten durch die Wähler, die durch eine Wahlsituation bedingte Unterscheidung der Kandidaten, der kognitive Vorteil herausragender Kandidaten und die Kosten der Informationsverbreitung."

In dieser Zeit stellt sich heraus, dass das klassische Losverfahren nicht zu einer ausdifferenzierten Gesellschaft passt. Manin erkennt in dem historischen Paradigmenwechsel dennoch einen Widerspruch:

Zur gleichen Zeit, als die Gründerväter die Gleichheit aller Bürger deklarierten, entschied man sich auf beiden Seiten des Atlantiks ohne die geringsten Bedenken für die uneingeschränkte Herrschaft einer Auswahlmethode, die seit langem als aristokratisch galt.

Die Wahl der Wahl habe eine nachhaltige "Kluft" zwischen den Bürgern und deren Repräsentanten gerissen. Denn "tief im Inneren des Wahlverfahrens", so Manin, "liegt eine Kraft, die dem Wunsch nach Ähnlichkeit zwischen Regierenden und Regierten entgegenwirkt." [11]

Tatsächlich bieten alle Parlamente ein Zerrbild der Sozialstruktur ihres Landes. Und je länger sie bestehen, desto stärker verzerrt sich das Bild. Die ohnehin schon überrepräsentierten Berufe richten sich in den Parlamenten ein und verstärken von Legislaturperiode zu Legislaturperiode ihre Machtpositionen. Die Parlamente sind Vertretungen gehobener und vorwiegend politischer Berufe. Je länger ein Parlament besteht, desto besser ausgebaut sind die Machtbastionen der vorherrschenden Berufe.

Das System der freien und gleichen Wahlen unterminiert die Gleichheit der Rechte

Die Verzerrung in der Repräsentation ist das Ergebnis eines Machtkampfs, der mit friedlichen und demokratischen Mitteln ausgetragen wird. Und diesen Machtkampf haben schon vor Jahrzehnten all jene Schichten gewonnen, die im Parlament überrepräsentiert sind.

Die Frage ist: Können solche Abgeordnete dennoch die Interessen der Betroffenen vertreten? Und wenn ja, wie soll das gehen? Indem sie sich väterlich der Bedürfnisse der Armen, der Elenden und der Unterdrückten annehmen? Das kann doch niemand im Ernst behaupten.

Doch die Parlamentarier behaupten das mit dem allergrößten Nachdruck. Sie meinen, nur weil sie mal gewählt wurden, vertreten sie das ganze Volk. Aber aus welcher patriarchalisch-verbohrten Gutsherren-Mottenkiste stammen solche Vorstellungen?

Das System der repräsentativen Demokratie mit seinen Wahl- und Rekrutierungsverfahren und seinen politischen Parteien trägt von allem Anfang an den Keim zur allmählichen Aushöhlung der Demokratie in sich. Von Anfang an war zu erkennen, dass die Demokratien sich im Laufe der Zeit zu Ochlokratien entwickeln müssen, in denen bestimmte Schichten ihre Herrschaft nach und nach etablieren und verfestigen.

Die im Verlauf vieler Jahrzehnte fortschreitende Entfremdung der Repräsentanten von denen, die sie repräsentieren soll(t)en, ist kein unglücklicher Zufall. Sie ist systemimmanent. Das repräsentative System frisst seine Kinder. Die Kräfte der Selbstzerstörung gehören zum System und entfalten eine starke Eigendynamik. Sie kommen nicht von außen. Auf der Strecke bleibt das Volk. Die Repräsentanten hingegen überleben als vom Volk losgelöste "politische Kaste".

Das muss man sich einfach nüchtern vor Augen halten: Die demokratischen Wahlkämpfe führen zu Kräfteverhältnissen, die der realen Sozialstruktur der Bevölkerung immer weniger entsprechen, ja ihr zuwiderlaufen. Das System der freien und gleichen Wahlen unterminiert die Gleichheit der Rechte. Das ist ein eher schleichender Prozess, der im Verlauf vieler Jahre immer deutlichere Konturen annimmt. Deshalb besteht auch keine Hoffnung auf Besserung. Der Prozess schreitet unaufhaltsam voran, und er kennt nur eine Richtung.

Das Repräsentationsdefizit aller Parlamente verschärft sich im Verlauf der Zeit beständig. Immerhin stellte selbst ein ehemaliger Abgeordneter des Bundestags fest:

Ein Parlament wird vom Volk (...) erst dann als repräsentativ empfunden, wenn in ihm alle Schichten und Berufe der Gesellschaft vertreten sind. Der Deutsche Bundestag leidet nicht so sehr an Fleiß, gutem Willen und Charakter, es fehlen aber Repräsentanten der Eliten, und es fehlen Frauen und Arbeiter.

Hartmut Klatt [12]

Das gehört übrigens auch zur parlamentarischen Folklore: Während sie dem Bundestag angehören, sind Abgeordnete meist ein unauffälliges Rädchen im Getriebe. Sie wursteln wie alle anderen auch im parlamentarischen Betrieb vor sich hin. Dann endet irgendwann ihr Mandat - aus welchen Gründen auch immer. Und gleich schreiben sie ein ätzend kritisches Buch über den Leerlauf im parlamentarischen Alltag. Politiker hängen auch im Ruhestand noch ihr Mäntelchen nach dem Winde. Wenn sie sich doch bloß vorher dafür eingesetzt hätten, am parlamentarischen Getriebe etwas zu ändern...

Leben wie die Maden im Speck

Wolfgang J. Koschnick 26.12.2013

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 3

In dieser Folge seiner demokratiekritischen Artikelreihe setzt sich der Allensbacher Politologe und Wissenschaftsjournalist Wolfgang J. Koschnick mit der Tatsache auseinander, dass die armen Parlamentarier angeblich im Dienste des Gemeinwohls so entsetzlich viel schuften müssen und dafür so erbarmungswürdig schlecht bezahlt werden. Doch das Gegenteil ist der Fall: Alle Abgeordneten haben sich im Laufe der Jahrzehnte gehörige Einnahmen aus den verschiedensten Töpfen zugeschustert und nehmen große Mühen in Kauf, um diese vielfältigen Einnahmequellen zu verschleiern. Für die Parlamentarier aller Ebenen stehen ihre eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen an der ersten Stelle. Die Interessen der Bevölkerung laufen irgendwo unter "ferner liefen".



Die Verteidiger des repräsentativen Parlamentarismus halten den Kritikern entgegen, es komme überhaupt nicht darauf an, dass die Zusammensetzung des Parlaments ein haargenaueres Spiegelbild der Gesamtbevölkerung bilde. Und damit haben sie ohne jeden Zweifel Recht. Wenigstens zum Teil.

Wenn die Proportionen an der einen oder anderen Stelle ein bisschen verrutscht sind und in den Parlamenten von der einen oder anderen Sozialschicht ein paar mehr Leute sitzen als in der Gesamtbevölkerung, ist das kein Weltuntergang und auch noch nicht das Ende der demokratischen Repräsentation.

Wenn aber in einem Parlament große Teile der Bevölkerung, die jeweils mehrere Millionen Menschen einschließen, überhaupt keinen Repräsentanten haben, stellt sich die Lage schon ganz anders dar. Dann nämlich haben diese vielen Millionen Menschen keinen Fürsprecher im Parlament. Sie kommen praktisch in der politischen Wirklichkeit der Demokratie nicht vor. Es gibt sie nicht als Faktor, mit dem man rechnen müsste. Es gibt sie zwar, aber man braucht sich als Parlamentarier nicht um sie zu kümmern. Sie sind die politischen Nichtse der Nation.

Viele politische Entscheidungen laufen ja auf eine Polarisierung hinaus: Da geht es um die Interessen der Arbeitslosen gegen die der Beschäftigten, der Beamten, Angestellten und Arbeiter gegen die der Unternehmer. Und wenn keiner da ist, der zum Beispiel die Interessen der Arbeitslosen, der Hartz-IV-Empfänger, der allein erziehenden Mütter oder der Rentner artikuliert, dann obsiegen im Zweifelsfall diejenigen, deren Interessen im Widerspruch zu denen der Arbeitslosen, Hartz-IV-Empfänger, allein erziehenden Mütter oder Rentner stehen.

Doch Abgeordnete, die im Gewande des Robin Hood daherstolzieren kommen, gehören in den Karneval. In der Politik haben sie nichts zu suchen. Da geht es um die knallharte Vertretung von Interessen und nicht um die gutherzige Fürsorge für die Armen und die vom Schicksal Gebeutelten.

Die Behauptung, die Parlamentarier verträten die Interessen der gesamten Bevölkerung, ist nichts als Augenwischerei und ein in seiner überheblichen Penetranz nur schwer erträgliches patriarchalisches Argument; denn im harten Widerstreit der Interessen kann sich im Endeffekt nur durchsetzen, wer im Prozess der Willensbildung auch stark vertreten ist.

Es ist eine zutiefst antidemokratische Sichtweise. Mit derselben Begründung, mit der man die Vertretung der Interessen von Arbeitern, Rentnern, Hausfrauen in die Hände eines Beamtenparlaments legt, könnte man die Interessen der gesamten Bevölkerung auch in die Hände von Behörden legen. Nur: Dann wäre für jedermann erkennbar, dass dies mit Demokratie nichts mehr zu tun hat. Patriarchalismus und Demokratie sind nun einmal unvereinbar.

Wenn in Parlamenten, die fest in der Hand der Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes sind, Gesetze zu verabschieden sind, in denen es um die wirtschaftlichen, sozialen oder sonstigen Interessen von Angehörigen des öffentlichen Dienstes geht, ist nicht damit zu rechnen, dass die Gesetze sich zu deren Ungunsten auswirken. Im Gegenteil.

Die Herrschaft der Beamten

Ein Beamtenparlament ist aber auch nicht gerade die geeignete Institution, die in der Lage wäre, der weiter fortschreitenden Verzahnung und Vermischung von exekutiven und legislativen Funktionen Einhalt zu gebieten. Der für Beamten charakteristische Hang zu Konformität, Vorschriftentreue, Risikoscheu und Detailversessenheit steht in krassem Gegensatz zur Flexibilität, Innovativität und Kreativität, die ein lebendiges Parlament braucht.

Zieht man die Bilanz von Theorie und Praxis der Repräsentation, so kommt man mit dem Politikwissenschaftler Udo Bernbach zu der ernüchternden Schlussfolgerung: Repräsentation ist nicht viel mehr als eine "Technik zur Besetzung von Herrschafts- und Führungspositionen" [1], auf gar keinen Fall jedoch ein Modell zur Abbildung des Volkswillens.

Befürworter des repräsentativen Systems meinen denn auch, es sei gar nicht erstrebenswert, dass jede größere Berufsgruppe durch einen oder mehrere Abgeordnete repräsentiert sei. Wichtig sei es vielmehr, dass sich im gesamten Parlament die Vielfalt der politischen und gesellschaftlichen Strömungen der Gesellschaft widerspiegele. Das lässt sich im Prinzip auch gar nicht so leicht von der Hand weisen.

Allerdings ist das auch ein prekäres Argument; denn um bloß verbreitete Strömungen der Gesellschaft ein bisschen widerzuspiegeln, bräuchte man nicht zwangsläufig den riesigen Apparat eines Parlaments mit 631 Abgeordneten. Da würden auch 50 bis 60 Leute ausreichen, wahrscheinlich sogar noch viel weniger, nämlich 4 bis 5 Leute. Denn mit wachsender Zahl der Abgeordneten wächst auch der Koordinierungsaufwand immens, der erforderlich ist, um diese große Menge von Menschen zusammenzuhalten.

So spiegeln sich im Verhältnis der politischen Parteien zueinander, wie es durch eine Wahl hergestellt wird, zweifellos die Größenordnungen der politischen Strömungen in der Bevölkerung. Wie kann es dann jedoch geschehen, dass die breite Bevölkerung selbst mit diesem Resultat der Spiegelbildlichung inzwischen unzufrieden ist? Sie fühlt sich ja von allen politischen Parteien verraten und verkauft. Ganz so einfach scheint die Chose also nicht zu sein, wenigstens nicht aus Sicht der Bevölkerung.

Doch darüber hinaus ist dies ein irreführendes und rein von der Logik her höchst zweifelhaftes Argument. Es besagt ja: Die *politischen Strömungen der Bevölkerung* werden einigermaßen getreu repräsentiert, die *gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse* jedoch nicht. Und das ist ohne jeden Zweifel korrekt.

Bundestag als Selbstbedienungsladen des öffentlichen Dienstes

Bei politischen Entscheidungen kommt es jedoch häufig nicht auf die parteipolitischen, sondern auf die sozialen und wirtschaftlichen Kraftfelder an. Wenn das Parlament über Beamtengesetze zu befinden hat und die bei weitem stärkste Berufsgruppe der Entscheider Beamten sind, dann ist nicht daran zu denken, dass andere als von höchstpersönlichen Interessen der Abgeordneten geleitete Entscheidungen getroffen werden. [2] Und daher dienen denn auch viele politische Entscheidungen den *persönlichen wirtschaftlichen Interessen der Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst*.

So hat auf dem Höhepunkt der Euro-Staatsschuldenkrise der Bundestag im Haushalt 2012 das Weihnachtsgeld für Beamten ausgerechnet zu einem Zeitpunkt erhöht, als die Neuverschuldung des Bundeshaushalts gesenkt werden sollte. Sie wurde jedoch nicht gesenkt, sondern um vier Milliarden Euro erhöht. Dafür strich die Koalition beim Arbeitslosengeld II und bei den Maßnahmen zur Eingliederung von Arbeitslosen jeweils eine Milliarde Euro. So sieht die Realität der Vertretung der Interessen des ganzen Volkes aus. Der parlamentarische Robin Hood kämpft für sein eigenes Weihnachtsgeld, nämlich das der Beamten...

Und genau das ist der springende Punkt: Bei allen Entscheidungen, die sich auf allgemeine politische Orientierungen beziehen wie etwa die Frage, ob die Bundesrepublik ihre Truppen in ein fremdes Land schicken soll, ob der Tierschutz für Haustiere gestärkt oder der Anbau von Yamswurzelgewächsen in Burkina Faso mit Entwicklungshilfe gefördert werden sollte, reicht es völlig hin, wenn im Parlament die großen Strömungen der Bevölkerung so einigermaßen repräsentiert werden - obwohl auch dies komplizierter ist, als es auf den ersten Blick scheinen mag; denn in der Regel sind die einen dafür, die anderen dagegen und der Rest ist unentschieden. Sollen diese drei "Strömungen" nun im Parlament ihre Widerspiegelung erfahren? Und wenn ja: Wem wäre damit geholfen?

Wenn das Volk keinen Krieg will und seine Vertreter doch...

Die grobe Repräsentation der verschiedenen Strömungen in der Bevölkerung ist durch die unterschiedliche Stärke der Fraktionen im Parlament ja tatsächlich auch so einigermaßen gewährleistet. Aber - Bemerkung am Rande: Auch dies ist eine Form der spiegelbildlichen Repräsentativität, wie sie durch parteipolitische Wahlen ausdrücklich hergestellt wird.

Doch selbst hier ist die Repräsentativität in einer entscheidenden Lebensfrage höchst zweifelhaft: So hat die Mehrheit des Bundestags das Mandat der Bundeswehr in Afghanistan mehrfach verlängert, als die Mehrheit der Bevölkerung längst gegen den Einsatz der Truppen am Hindukusch war. Während 70 Prozent der Bevölkerung den Krieg in Afghanistan ablehnen, stimmten im Januar 2011 stolze 72 Prozent der Abgeordneten im Bundestag einer weiteren Verlängerung zu.

420 von 579 Abgeordneten sprachen sich in der namentlichen Abstimmung für das neue Mandat aus, 116 dagegen. 43 enthielten sich. Im Vorjahr hatten 429 von 586 Parlamentariern für das damalige Mandat gestimmt, 111 waren dagegen und 46 enthielten sich. Übrigens eine Konstante der Politik: Die Politiker führen Kriege, während die Bevölkerung gegen den Krieg ist.

Auch dies ist ein deutlicher Hinweis auf eine im Laufe von Jahrzehnten gewachsene Diskrepanz zwischen dem, was Politiker für richtig halten, und dem, was die Bevölkerung meint. Die Bevölkerung kennt den Preis von Kriegen und weiß, wer ihn bezahlt. Politiker sind dem nicht so ausgesetzt. Sie demonstrieren ihre Macht, wenn sie Kriege führen, und das ist ihnen wichtiger, als viel Elend und Leid von den Menschen abzuwenden. Und sie können sich auch noch durch medienwirksame Truppenbesuche in Begleitung von Fernsehteams und Talkshowmoderatoren wichtig tun.

Politiker sind ähnlich wie Beamten und Manager eine Berufsgruppe, die ständig über die Verwendung von Geldern bestimmt, das ihnen nicht selbst gehört - und die außerdem durch geltendes Recht und Gesetz vor Strafe oder Verlust geschützt sind, wenn sie dieses Geld völlig sinnlos verschleudern.

Jeder Unternehmer bezahlt die Folgen seiner finanziellen Fehlentscheidungen selbst und geht daher grundsätzlich behutsam damit um, um Fehlinvestitionen und im schlimmsten Fall den Konkurs zu vermeiden. Politiker können ungestraft Milliardenbeträge verpulvern und sich anschließend auch noch als Manager der durch eigene Fehler entstandenen Krise zu produzieren.

Wider jede Vernunft und die informierte Warnung aller Fachleute hat die europäische Politik aller Couleurs so die Einführung des Euro durchgeboxt, anschließend alle damit verbundenen Regeln gebrochen und lastet auf dem Höhepunkt der Krise den Steuerzahlern die finanzielle Bürde bei der Bewältigung der durch ihr schuldhaftes Versagen entstandenen Krise auf.

Repräsentierten die Repräsentanten tatsächlich die wirtschaftlichen Interessen derjenigen, die sie zu repräsentieren vorgeben - nämlich die Mehrheit der Bevölkerung -, dann könnten und dürften sie das gar nicht tun. Doch die Mehrheit derjenigen, von deren Arbeit die Politiker leben, kommt in ihrem Kalkül überhaupt nicht vor.

Bei allen politischen Entscheidungen, die mit handfesten *wirtschaftlichen, sozialen und auch kulturellen Interessen* zu tun haben, ist es für das demokratische System fatal, dass ein sattes Drittel der Bevölkerung ohne jede Vertretung ist. Da käme es sehr wohl darauf an, dass sich in den Parlamenten die realen Kräfteverhältnisse der Gesellschaft widerspiegeln, sonst nämlich klappt ein krasses Missverhältnis zwischen Repräsentanten und Repräsentierten. Und das klappt ja längst; denn diese Kluft öffnet sich im Verlauf der Zeit immer stärker und stärker, weil sich die Fülle der auf Grund des Missverhältnisses entstandenen Verzerrungen kumuliert.

Die Kluft zwischen den Repräsentanten und denen, die sie repräsentieren sollten, aber nicht mehr repräsentieren, wächst von Jahr zu Jahr und von Legislaturperiode zu Legislaturperiode. Dieser Prozess ist in repräsentativen Demokratien unaufhaltsam und auch unumkehrbar.

Herrschaft der Betonköpfe

Die Strukturen verfestigen sich. Diejenigen, die sich an die Schalthebel der politischen Macht gekämpft haben, verteidigen ihre einmal errungenen Positionen. Und es gibt keine Kraft, die sich dagegen stemmen könnte. Die Herrschaft der politischen Kaste betoniert sich immer stärker ein und ist inzwischen unumkehrbar in Stahlbeton gegossen.

Da hatten sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestags zunächst eine überaus moderate Aufwandsentschädigung gewährt, für die jedermann Verständnis hatte. Nach 1949 bekamen die Bundestagsabgeordneten eine steuerfreie Aufwandsentschädigung von 600 DM, ein Tagegeld von 400 DM, einen Unkostenersatz von 300 und einen Reisekostenersatz von 300 DM. Bescheiden.

Im Laufe der 65 Jahre, die seither vergingen, kamen stattliche Beträge hinzu. Heute bekommen die Abgeordneten als finanzielle Entschädigung für ihr Mandat zunächst einmal 8.252 Euro. Sie soll Verdienstaufschüsse ausgleichen, die dem Abgeordneten durch die Ausübung seines Mandats entstehen, und seine Unabhängigkeit garantieren. Seit 1977 ist die Abgeordnetenentschädigung steuerpflichtig, aber von Rentenbeiträgen befreit. Das ist sozusagen das Grundgehalt. Auch nicht gerade zu viel.

Aber sie dürfen natürlich neben ihrem Mandat noch einen Beruf ausüben. Darüber hinaus sitzen viele Abgeordnete in Aufsichtsräten, Verwaltungsräten und Beiräten und werden dafür reichlich vergütet.

Geld fließt aus vielen Quellen

Im Laufe von Jahrzehnten sind immer neue Beträge hinzugekommen. Zusätzlich zur Diät erhält jeder Abgeordnete eine steuerfreie Kostenpauschale von 4.123 Euro (Stand 2013), die jährlich den gestiegenen Preisen angepasst und unabhängig von den tatsächlichen Kosten gezahlt wird. Anders als jeder Steuerzahler muss ein Parlamentarier seine Kosten also nicht nachweisen. Das ist ein Privileg. Hinzu kommt, dass Abgeordnete schon nach einem Jahr eine monatliche Altersversorgung von 192 Euro erwerben (ein normaler Rentner bekommt nur 26 Euro pro Beitragsjahr).

Jedem Bundestagsabgeordneten stehen 16.019 Euro (seit August 2013) im Monat für die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Berlin und im Wahlkreis zur Verfügung. Bis zu 12.000 Euro werden im Jahr für Büromaterial, Software, technische Ausstattung, Handy, Internet, Briefpapier, etc. gegen Einzelnachweise vom Bundestag bezahlt. Bei Dienstreisen zahlt der Bundestag innerdeutsche Flüge im Rahmen der Abgeordnetentätigkeit, jeder Abgeordnete hat darüber hinaus eine Netzkarte der Deutschen Bahn (1. Klasse) und kann den Bundestagsfahrdienst in Berlin kostenfrei nutzen.

Hat ein Abgeordneter dann auch noch ein Fraktionsamt und ist zum Beispiel stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Fraktionsvorsitzender, parlamentarischer Geschäftsführer oder Vorsitzender eines der vielen Ausschüsse, zahlt ihm die Partei zusätzlich ein Gehalt. Die Partei greift alles Geld natürlich auch bei den Steuerzahlern ab. Die Beträge unterscheiden sich von Fraktion zu Fraktion und werden öffentlich meist nicht bekannt gegeben. Ein stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion bekommt im Monat beispielsweise zusätzlich 3.713 Euro, der Vorsitzende 3.906 Euro.

Auf diese wundersame Weise wächst die Zahl der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden ständig. Im 17. Bundestag hat die CDU-Fraktion zehn, die SPD neun stellvertretende Vorsitzende. Darüber hinaus hat die CDU-Fraktion 42 Vorstandsmitglieder, darunter Arbeitskreisvorsitzende und weitere Würdenträger, die allesamt unzulässige Zulagen kassieren. In manchen Landtagen hat fast die Hälfte aller Abgeordneten irgendein Amt und kassiert damit Zulagen.

In den Länderparlamenten gelten grundsätzlich ähnliche Regelungen. So bekommt ein Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg zum Beispiel monatlich 7.199 sowie eine Pauschale von 1.507 Euro für die private Altersvorsorge, die die steuerfinanzierte Pension ablöst. Der Landtagspräsident sowie die einzelnen Fraktionschefs bekommen zusätzlich das 1,25-fache der Abgeordnetendiät, also rund 15.000 Euro im Monat.

In Nordrhein-Westfalen haben die Abgeordneten beispielsweise geradezu schamlos hingelangt. So verdoppelten sie 2005 ihre Diäten von monatlich 4.807 Euro auf 9.500 Euro und erhöhten im Januar 2012 noch einmal auf 10.726 Euro. Das ist besonders deshalb skandalös, weil Landtagsabgeordneter sein bestenfalls ein Halbtagsjob ist, keinesfalls aber eine hauptberufliche Tätigkeit.

Wenn es darum geht, mal eben großzügig hinzulangen, kennen Abgeordnete aller Ebenen keinerlei Hemmungen. Einige Zeit nach der Wende wurde den Abgeordneten im neuen Landtag von Sachsen-Anhalt schmerzlich bewusst, dass viele von ihnen in der nächsten Legislaturperiode nicht wiedergewählt werden würden. Anspruch auf eine Abgeordnetenpension, so bestimmt es das Abgeordnetengesetz, besteht erst nach sechs Jahren Zugehörigkeit. Und so beschloss der Landtag im April 1993 eine Regelung, die den nicht wiederkehrenden Mitgliedern eine Altersentschädigung ab dem 55. Lebensjahr sicherte.

Über die "Diäten" wird in der Öffentlichkeit meist völlig irreführend diskutiert. Viele Beobachter kritisieren, dass die Abgeordneten sich ihr "Gehalt" gewissermaßen selbst bewilligen können - das verdient auch jede Kritik, ist aber nicht das Hauptproblem. Die Abgeordneten selbst halten dem stets entgegen, dass ihre Aufwandsentschädigung sich im Vergleich zu Managergehältern im unteren Bereich bewegt, und das stimmt sogar. Aber was managen die schon? Doch absolut gar nichts.

Es stimmt eben auch, dass mit allen zusätzlichen Einnahmen denn doch ein ordentlicher Gesamtbetrag zusammenkommt. Alles in allem verfügen die Abgeordneten im Schnitt über Geld und geldwerte Vorteile in Höhe von gut 30.000 Euro im Monat. Das verdient nicht unbedingt sehr viel Mitgefühl der arbeitenden Menschen, die mit wesentlich weniger über die Runden kommen müssen.

Politik in der Hand von "beknackten" Berufspolitikern

Tatsächlich haben die Berufspolitiker in Bundestag, Landtagen und im Europaparlament durch mieseste Trickserie die Dinge auf den Kopf gestellt. Die "Diäten" sollten ja ursprünglich einmal für den aufreibenden Aufwand der Parlamentstätigkeit entschädigen. Sie waren und sind noch immer als Entschädigungen für ihren Aufwand gedacht. So lautet auch die offizielle Bezeichnung. In Wahrheit jedoch entschädigen sich die Abgeordneten für ihren Aufwand heute vollständig aus anderen Töpfen. Und die Diäten sind nichts anderes als das Berufspolitiker-Grundgehalt, von dem sie unter anderem ihren Lebensunterhalt bestreiten.

Die Verteilung der Gelder auf die einzelnen Abgeordneten nach dem Gleichheitsprinzip generiert große Ungleichheit: Für die vielen Abgeordneten, die im Hauptberuf Beamte und Angestellte im unteren und mittleren Dienst sind, läuft das mitunter auf eine Verdoppelung und Verdreifachung ihrer Einkünfte hinaus.

Für sie bedeutet der Eintritt in ein Parlament einen deutlichen Einkommensgewinn, von dem sie zuvor nicht einmal träumen durften. Daher kleben sie auch so sehr an ihrem Abgeordnetensitz. Der Beruf des Politikers bedeutet für sie den Eintritt in eine höhere Einkommensklasse. Und folglich hängen sie an ihrem Posten.

Wer als Abgeordneter seinen ursprünglichen Beruf aufgibt - und das tun die meisten - ist wirtschaftlich abhängig und darauf angewiesen, bei der nächsten Wahl wiedergewählt zu werden. Um wiedergewählt zu werden, braucht er das Wohlwollen seiner Partei und seiner Fraktionsführung, und das erwirbt er sich durch Wohlverhalten.

Für hoch qualifizierte Spitzenkräfte hingegen bedeutet das Abgeordnetenmandat eine einschneidende finanzielle Verschlechterung. Die Folge: Im Bundestag finden sich kaum Spitzenkräfte. Es herrscht Mittelmaß. Spitzenleute tun sich das auf Dauer nicht an, meint der einstige Jungsozialist und wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfgang Roth, nachdem er an die Spitze der Europäischen Investitionsbank (EIB) gewechselt war:

Wer ökonomisch denkt, ist völlig beknackt, wenn er in den Bundestag geht. Das Parlament ist, finanziell gesehen, eine nette Karriere für einen Studienrat, aber sonst ...

Wolfgang Roth [3]

Dass es bei ihrer Parlamentsarbeit auch und vor allem um ihre ureigensten und höchst persönlichen wirtschaftlichen Interessen geht, wissen und praktizieren die Politiker im Bundestag selbst am allerbesten: Es kommt nicht von ungefähr, dass sich besonders viele beamtete Abgeordnete ausgerechnet im Innenausschuss des Bundestags tummeln, zu dessen vornehmsten Aufgaben die Besoldung von Beamten und öffentlichen Angestellten gehört. Und im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten finden sich immer besonders viele Land- und Forstwirte.

Die Begründung lautet natürlich, dass Beamte besonders viel von Besoldungsfragen und Landwirte besonders viel von Landwirtschaft verstehen. Daran besteht auch gar kein Zweifel. Aber außerdem haben sie besonders ausgeprägte und höchst persönliche wirtschaftliche Interessen, die sie in ihrer Ausschussarbeit wirksam vertreten und durchsetzen können.

Jeder Politiker würde den Gedanken sofort begreifen: Wenn in einem Parlament die Partei Die Linke die Mehrheit der Abgeordnetensitze bekäme, obwohl sie in der Bevölkerung noch nicht einmal von zehn Prozent gewählt würde, dann würde der Bundestag nur sehr wenige Entscheidungen treffen, die von der Mehrheit der Bevölkerung akzeptiert werden könnten.

Wenn in einem Parlament jedoch große soziale und berufliche Gruppen überhaupt nicht und stattdessen relativ kleine Gruppen drastisch überrepräsentiert sind, dann soll dieses Parlament ausgerechnet bei Entscheidungen, die soziale, wirtschaftliche, berufliche und kulturelle Interessen betreffen, Entscheidungen fällen, die den entweder gar nicht oder aber unterrepräsentierten Interessen entsprechen? Für wie doof halten die demokratischen Politiker eigentlich das Volk?

Demokratiethoretische Märchenstunden fürs Volk

Das gehört nun eindeutig in die demokratiethoretische Märchenstunde. Und wem, glauben die Politiker, diesen Bären noch aufbinden zu können? Zumal ja wirtschaftliche, berufliche und soziale Interessen ein wesentlich stärkeres Gewicht haben als allgemeine politische Orientierungen an den großen, in der Bevölkerung vorherrschenden Strömungen.

Wen also repräsentieren die Parlamentarier - außer ihre politischen Parteien und sich selbst? Die entwickelten Demokratien unserer Zeit des Niedergangs rekrutieren ihr politisches Personal im Wesentlichen durch Laufbahnen in politischen Parteien und durch Wahlen. Und das bedeutet konkret: Der Bundestag, die Landtage und auch die tausende von Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten spiegeln nicht die breite Bevölkerung, sondern vor allem die Funktionsträger und Aktivisten in den politischen Parteien wider. Und das wiederum ist eine ganz und gar jämmerliche Form der Repräsentation. Es ist eine Form der Repräsentation, an der kaum etwas Demokratisches dran ist.

Längst haben die Parlamente ihre Bestimmung völlig eingebüßt, das Volk zu repräsentieren. Sie sind zu Stätten verkommen, in denen sich Parteifunktionäre treffen und Entscheidungen registrieren, die Parteigremien ausgekungelt haben. Ein Parteipolitiker wirft nicht im Moment seiner Wahl sein Wolfsfell ab und mutiert zu einem friedlichen Schaf, das die Parlamentswiese auf der Suche nach der blauen Blume des Gemeinwohls abgrast. [4]

Mit der wachsenden Professionalisierung politischer Laufbahnen kommt es zunehmend zu einem wechselseitigen Durchdringungsprozess von Behördenmitarbeitern, Beschäftigten und Amtsträgern aller politischen Ebenen von der Gemeinde bis hin zum Bund. Beamte und Angestellte begegnen einander in den politischen Parteien, in den Behörden und den politischen Ämtern. Die "politische Kaste" aller Ebenen bleibt weitgehend unter sich, ihre Angehörigen tauschen sich untereinander aus und geben einander die Klinken in die Hände.

Die Machtelite und die Idioten im Volk

Über Fluch und Segen des Systems der repräsentativen Demokratie wird meist nur gar zu theoretisch diskutiert. Es hat Vorteile und es hat Nachteile. Darin liegt nicht das Problem. Das repräsentative System im Stadium der entwickelten Demokratie ist etwas grundsätzlich anderes als das in den jungen Jahren einer sich kraftvoll entwickelnden Demokratie.

Im Endstadium haben sich die Strukturen so verfestigt und verhärtet und die Oligarchien sich festgefressen, dass das gesamte System nur noch Chaos gebiert und *die herrschende Machtelite sich gegen die Bevölkerung zusammenrottet und ihr Schaden zufügt*.

Mit dem System der repräsentativen Demokratie verbinden sich zwei Ansprüche: (1) Es will die soziale und politische Struktur der Bevölkerung widerspiegeln und (2) es will so dem Gemeinwohl besonders erfolgreich dienen, indem es den wesentlichen Strömungen in der Bevölkerung Gehör verschafft.

Das politische System der Bundesrepublik - wie auch das System aller anderen repräsentativen Demokratien - leistet weder das eine noch das andere. Es behandelt große Teile der Bevölkerung als *quantité négligeable*, und es dient nicht dem Gemeinwohl sondern partikularen Interessen.

Die Interessen der Repräsentanten und der Repräsentierten - einfacher: der Politiker und der breiten Bevölkerung - sind im Laufe der Jahrzehnte kontinuierlich auseinander gedriftet, und zwar zu Gunsten der Interessen der Politiker und zu Lasten und auf Kosten der Bevölkerung. Die Bevölkerung weiß das längst. Die Politiker streiten das noch vehement ab.

Die Politiker eint der Blick von oben herab auf die Bevölkerung und ein ausgeprägtes Eigeninteresse an Positionen, Karrieren und Pfründen. Sie empfinden eine gehörige Verachtung für das gemeine Volk: "Die Überzeugung, dass er es draußen im Lande mit Millionen von Idioten zu tun hat, gehört zur psychischen Grundausstattung des Berufspolitikers", soll Hans Magnus Enzensberger einmal gesagt haben.

Mehr noch: Weil die Beziehung zwischen den Repräsentanten und denjenigen, die sie repräsentieren sollten, nachhaltig gestört ist und die Repräsentanten ganz und gar andere Interessen verfolgen als die Repräsentierten, hat sich ein Sumpf aus Korruption und Kungelei ausgebreitet, der die politische Szenerie weitgehend beherrscht.

Wenn jedoch die Repräsentanten andere Interessen vertreten als diejenigen, die sie repräsentieren sollen, ist der innere Friede des Landes gefährdet. Denn auf einer Interessengleichheit von Repräsentanten und Repräsentierten, von Vertretungsmacht und politischem Volk beruht der demokratische Frieden. Dessen ernsthafte Gefährdung drückt sich vorerst noch nur in herrschender Politikverdrossenheit und verbreiteter Politikerschelte aus. Doch es ist damit zu rechnen, dass die Kluft sich weiter öffnet und in nicht allzu ferner Zukunft zu offener Demokratiefeindlichkeit auswächst.

Wolfgang J. Koschnick 28.12.2013

In dieser Folge seiner demokratiekritischen Artikelreihe analysiert der Allensbacher Politologe und Wissenschaftsjournalist Wolfgang J. Koschnick die unselige Rolle der politischen Parteien beim Abwürgen demokratischer Entscheidungsprozesse. Er weist nach, dass die politischen Rekrutierungsmechanismen der repräsentativen Parteiendemokratien nicht geeignet sind, ein besonders qualifiziertes Politikerpersonal zu gewinnen. Im Gegenteil: Während in Wirtschaft, Justiz und Verwaltung Führungspositionen traditionell nach Qualifikation und Leistungsfähigkeit besetzt werden, verlaufen Karrieren in der Politik schleppend. Sitzfleisch garantiert eine Parteikarriere eher als Qualifikation. Der Grundstein für eine Parteikarriere wird mit dem Arsch gelegt, nicht mit dem Kopf.



Die meisten Leute haben längst erkannt, dass es trotz der vielfach vorgetragenen Heilsversprechen der Redner bei den Versammlungen nicht um das Heil der Welt geht, sondern doch nur darum, dass sich ein politisches Würstchen um ein Amt müht. Was soll man dem bei seinen rhetorischen Verrenkungen zuhören?

Die Ochsentour durch die Parteigremien tötet jede Kreativität

Und eine wachsende Zahl von Leuten im Wahlvolk hat längst begriffen, dass Wahlkämpfe ein von PR-Experten inszeniertes Theater sind, bei dem das Volk nichts zu entscheiden hat. Es darf nur schlucken, was die Parteizentralen ihnen im Verein mit ihren PR-Managern vorgekaut haben.

Der Weg, den künftige Politiker vom Eintritt in eine Partei bis zu einem ersten Parteiamt oder gar bis zum ersten öffentlichen Wahlamt beschreiten, ist lang und steinig. Man spricht zu Recht von einer "Ochsentour" durch alle Stufen der Parteihierarchie.

Bis einer das erste Parteiamt erhält, vergehen im Durchschnitt sieben Jahre, bis zum ersten öffentlichen Wahlamt sind es sogar neun Jahre. Zwischen dem ersten politischen Amt auf kommunaler Ebene und dem Abgeordnetenmandat liegen im Schnitt neuneinhalb Jahre.^[1]

Doch wer tut sich das an und hockt jahrelang in sterbenslangweiligen Parteiversammlungen, streitet sich über irgendwelche blödsinnigen Personalien, hört sich belanglose Rechenschaftsberichte, Sitzungsprotokolle oder Nachrichten über die mickrige Kassenlage an und nimmt an einfältigen Diskussionen über die Vorbereitung des nächsten Wahlkampfs teil oder beteiligt sich an erbärmlichen Erörterungen darüber, welches arme Schwein der nächste Kassenwart werden soll?

Wer ein Amt anstrebt, braucht einen sehr langen Atem und möglichst auch ein gerüttelt Maß an Immobilität; denn wenn er in eine andere Stadt zieht und in einen neuen Ortsverein kommt, geht die Ochsentour wieder ganz von vorne los. Allein das ist eine unzumutbare Idiotie. Junge Leute, die am Anfang ihres Berufswegs stehen, wechseln nun einmal öfter den Wohnort. Sie sollten das auch tun.

Hohe Mobilität gilt im Berufsleben als Qualifikationsindiz. Das bedeutet auch umgekehrt: Wer schon in jungen Jahren sesshaft an einem Ort festhängt, ist auch sonst wohl ziemlich träge. Und wer von einem Ort zum nächsten zieht, müsste in seinem neuen Ortsverein wieder ganz von vorne anfangen und dort wieder jahrelang in den Sitzungen herumhängen.

Die politischen Parteien sind an der Basis regional organisiert. Die Meinungsbildung vollzieht sich in Ortsvereinen und über Ortsvereine zu Unterbezirken, Bezirken, Landesverbänden und dem Bundesparteitag. Wer sich in einer Partei durchsetzen will, muss zunächst in den unteren Organisationen aktiv sein, eine Anhängerschaft um sich scharen, und dafür braucht er in der Regel viele Jahre. Das hat ganz und gar ungewollte, dem Geist einer lebendigen Demokratie abträgliche Konsequenzen:

Politische Parteien ziehen nur Leute an, die viel Zeit haben und viel Lebensenergie in politische Aktivitäten investieren wollen und können. Doch das wollen immer weniger junge Leute.

Eine solche Organisationsform fördert eine einseitige Auswahl aus der Bevölkerung. Die Rituale und Prozeduren der Parteipolitik begünstigen bestimmte Berufe und soziale Schichten und benachteiligen andere.

Während in Wirtschaft, Justiz und Verwaltung die Führungspositionen traditionell überwiegend nach Qualifikation und Leistungsfähigkeit besetzt werden, verlaufen Karrieren in der Politik schleppend. Sitzfleisch garantiert eine Parteikarriere eher als Qualifikation. Der Grundstein für eine Parteikarriere wird mit dem Arsch gelegt. Wie viel besser wäre es doch um das Ansehen der Politiker bestellt, wenn man sagen könnte, der Kopf spiele dabei die entscheidende Rolle...

Politikerausbildung: Zettelchen kleben und Fähnchen schwenken

Bevor Politiker in kommunal-, landes- oder gar bundespolitische Verantwortung aufsteigen können, müssen sie sich bei den örtlichen Parteimitgliedern durchsetzen und auch deren Sprache sprechen.

Viele Jahre Zettelchen verteilen, Plakate kleben, den Schriftführer oder Kassenwart geben, Sitzungsprotokolle schreiben, Informationsstände aufbauen und betreuen, Fähnchen schwenken, Luftballons aufblasen und Kugelschreiber verteilen, Schirme am Informationsstand aufspannen oder Mitgliedsbeiträge kassieren sind eine geistlose, gleichwohl aber prägende und vor allem so gut wie unvermeidliche Vorbereitung für die politische Arbeit.

Man könnte sich ja mit der Redensart trösten, dass Lehrjahre keine Herrenjahre sind oder - etwas sublimier -, dass die Götter vor den Erfolg den Schweiß gesetzt haben. Mag sein.

Aber die Jahre des Herumsitzens im Ortsverein sind vergeudete Lebensjahre. Ein künftiger Politiker lernt dabei auch nichts, was ihm später nützlich sein könnte - außer vielleicht, wie man einen politischen Gegner im Ortsverein abschießt. Jeder Lehrling in einem Handwerksbetrieb, den der Meister während der Lehrjahre losschickt, um Bier zu holen, den Hof zu fegen oder sein Auto zu waschen, wird am Ende auf seinen künftigen Beruf besser vorbereitet als ein Politiker, der nur ein wenig seine rhetorischen Talente und das Herumtaktieren und Finassieren in niederen Parteigremien einübt.

Derart festgeschriebene Karrieren schrecken Leute ab, die sich für politische Zusammenhänge interessieren und sich auch gern politisch engagieren, aber beispielsweise nicht in der Kommunalpolitik. Und wer sich ernsthaft für politische Themen interessiert, möchte dennoch nicht gleich in die Hahnenkämpfe örtlicher Parteigremien hineingezogen werden und sich auch nicht unbedingt durch die in allen Parteien vorherrschende Kameraderie und die parteipolitischen Machtkalküle vereinnahmen lassen.

Der Zeitadel regiert: Leute mit Zeit für Unfug

Diese Art der Parteiarbeit begünstigt jene, die für so etwas viel Zeit opfern können und auch wollen. Der Politikwissenschaftler Warnfried Dettling spricht vom "Zeitadel" und meint damit Lehrer, Beamte, öffentliche Angestellte und Rentner - also Leute mit mehr Zeit für Unfug als andere.

Das ist eine weitere Erklärung dafür, warum so viele Beamte und öffentliche Bedienstete in den Parlamenten sitzen: Sie haben mehr Zeit als andere, in örtlichen Parteisitzungen zu verbringen. Ein öffentliches Mandat führt bei ihnen auch nicht zu einem Bruch in ihrer Karriere wie beispielsweise bei Selbstständigen, die sich den Luxus einer Tätigkeit im Ortsverein oder gar eines Mandats kaum leisten können, weil sie dann ihren Beruf sträflich vernachlässigen müssten.

Eine Folge ist der Triumph des Mittelmaßes bei Personalentscheidungen. Hochqualifizierte, die am Anfang oder auf dem Höhepunkt ihrer Karriere stehen, Leute, die beruflich viel reisen oder anderweitig stark eingespannt sind, gehören zu den "Zeitarbeitern". Sie können oder wollen keine Zeit für stundenlange und meist auch belanglose Parteisitzungen erübrigen. Ihr Interesse gilt inhaltlichen, konzeptionellen Fragen statt endlosen personellen oder funktionellen Diskussionen.

36 Prozent der Bürger gehören zu den "Zeitarbeitern", ergab 2004 eine Studie der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (GfK). Nur 27 Prozent zählen zu den "Zeitreichen" - die 37 Prozent der "Zeitbefriedigten" bewegen sich in der Mitte. [2]

Die Unterscheidung zwischen Zeitreichen und Zeitarmen geht auf den SPD-Wirtschaftspolitiker Ulrich Pfeiffer zurück:

Man kann kaum etwas gegen (das) System (der politischen Parteien) einwenden. Die Mitgliedschaft ist offen. Man beteiligt sich an einem überschaubaren Ortsverein. Das System geht allerdings stillschweigend von der Annahme aus, dass die Einzelnen über ähnliche Zeitbudgets verfügen, um für die Parteiarbeit präsent zu sein. Genau diese Voraussetzung ist heute immer weniger erfüllt.

Die Arbeitszeiten oder die zeitlichen Beanspruchungen durch Beruf und Familie haben sich extrem aufgefächert. Immer mehr erwerbstätige Mütter verfügen kaum noch über Freizeit. Immer mehr Freiberufliche, Manager, Spitzenbeamte oder Erwerbstätige in technisch anspruchsvollen Berufen, in denen ein ständiges Lernen Voraussetzung des beruflichen Erfolgs wird, können kaum Zeit und Energie aufbringen, um sich ständig am Binnenleben einer Partei zu beteiligen.

Die Gesellschaft lässt sich immer ausgeprägter in zeitreiche und zeitarmer Menschen aufteilen. Zwar hat der Tag für jeden 24 Stunden, doch immer mehr können von einer 40- Stunden-Woche nur träumen und sind ständig bis an ihre Kapazitätsgrenze durch berufliche und familiäre Pflichten ausgelastet. Der Zeitfraß der Parteiarbeit kann nur von denen verkraftet werden, die über viel Zeit verfügen.

Ulrich Pfeiffer. [3]

Folglich bleiben die Zeitreichen - Lehrer, Angestellte der Kommunen, Beamte oder Rentner - in den Ortsvereinen der politischen Parteien unter sich. Selbstständige, Angehörige der technischen Intelligenz, Unternehmer, Freiberufler oder erwerbstätige Mütter trifft man dort selten an.

Der Kommunikationswissenschaftler und einstige SPD-Geschäftsführer Peter Glotz zog daraus die Konsequenz:

Die Bedürfnisse dieser Ausgesperrten (denen man immer entgegenhalten kann, sie könnten sich in den Parteigremien ja engagieren, wenn sie nur wollten) werden in die Kommunikationsprozesse nicht eingespeist. Die Konsequenz ist eben Erfahrungsverdünnung. Das Tempo der Bewältigung neuer Themen wird langsam. Sprache und Themenwahl, Kommunikationsformen und Personalauswahl der Volksparteien genügen der Realität unserer Gesellschaft nicht mehr, weil wichtige Eliten ausgesperrt bleiben. Das, was in der Gesellschaft diskutiert wird, dringt viel zu langsam in die Gremien der Parteien vor.

Die Unfähigkeit der "real existierenden" politischen Parteien, rasch auf neue Entwicklungen zu reagieren, liegt also in einer Verkapselung in ihrer Binnenkommunikation, die wiederum auf einer allzu engen Selektion ihrer Mitgliedschaft bzw. Aktivbürgerschaft beruht. Die Umdenkleistung moderner politischer Parteien ist zu gering. Zwar verfügen die meisten Parteizentralen über Grundlagenforschung, Zeitgeistforschung und Fremdbeobachtung.

Sie können es aber nicht wagen, radikale Konsequenzen zur Debatte zu stellen, weil sie damit in ihrer Binnenkommunikation keinen Erfolg haben. Diese Versäulung wird durch das Wahlsystem verstärkt. Da 50 Prozent der Abgeordneten über feste Listen bestimmt werden, über die nur Parteigremien entscheiden, ist es für viele Kandidaten in der Regel wichtiger, innerparteilichen Pressure Groups zu gefallen als der Mehrheit der Bevölkerung. Das Ergebnis ist eine immer größer werdende Kluft zwischen dem Zeitgespräch in den Parteien und dem Zeitgespräch in der Gesellschaft.

Peter Glotz [4]

Je ähnlicher die Volksparteien einander im Laufe der Jahre wurden, desto stärker wurde der Zwang, die Unterschiede zum jeweiligen Gegner wenigstens rhetorisch zu betonen. Und so kommt es im politischen Basisalltag zu einer fast absurden Verzerrung der Realität: Je mitreißender ein Wahlkämpfer zu reden und die Zuhörer davon zu überzeugen versteht, dass er und seine Partei die besseren Konzepte haben, desto besser sind seine Chancen, als Kandidat aufgestellt zu werden.

Im günstigsten Fall überzeugt er seine Zuhörer von der Überlegenheit von Konzepten, die in Wahrheit gar nicht überlegen sind. Das aber qualifiziert ihn für spätere Ämter. Und er lernt, sich selbst und anderen nach Herzenslust in die Tasche zu lügen. Nicht zwangsläufig durch bewusstes Lügen, sondern oft auch nur in Form des Selbstbetrugs.

In der Demokratie wird Politik zur Kunst der Lüge

Man sollte diese alltägliche praktische Erfahrung von Aktivisten und Parteifunktionären nicht unterschätzen. Mag sein, dass die politische Wichtigtuerei und das gockelhafte Gehabe von Funktionären Außenstehenden albern erscheint. Doch es charakterisiert das Verhalten und das Denken der Aktivisten. Ihre Mentalität ist dadurch geprägt, dass sie mit wichtigtuierischem Auftreten, leichtfertigem Selbstbetrug, verbalem Getöse und pompöser Rhetorik erfolgreich sein können.

In der Demokratie, schreibt der österreichische Journalist Ernst Sittinger [5], wird "die Kunst der Politik zur Kunst der Lüge. Der Politiker hat sein ganzes Leben mit der Lüge zu tun. Er ist professionell auf Tarnen und Täuschen konditioniert. Die politische Karriere beginnt mit Lügen, sie setzt sich mit Lügen fort und sie endet mit Lügen. Wer die Wahrheit spricht, stört das Ritual, man könnte fast sagen: Er stört die öffentliche Ordnung. Die Wahrheit ist der Mehrheit nicht förderlich. Sie kommt vor dem Fall."

Wer sechs, sieben oder noch mehr Jahre in der parteipolitischen Ochsentour unterwegs war, der hält am Ende die milden Formen des Selbstbetrugs und die nicht ganz so milden Formen des Wählerbetrugs für seriöse Politik. Der glaubt vielleicht am Ende selbst, dass die Zukunft des Heimatlandes bei der nächsten Wahl auf dem Spiel steht, wenn nicht die eigene politische Partei obsiegt.

Das perfekte Beispiel für diese Art von Selbst- und Fremdbetrug lieferte Hillary Clinton im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf von 2008, als man sie fragte, warum sie sich das antue, weiter für das Präsidentenamt zu kandidieren, als doch längst klar war, dass sie überhaupt keine Aussicht hatte. Da antwortete sie mit erst tränenerstickter Stimme und dann sogar in echte Tränen aufgelöst, sie liebe ihr Land so sehr und wisse, die Zukunft Amerikas hänge davon ab, wie die Wahl ausgeht.

Dies sei die wichtigste Wahl in der Geschichte Amerikas. Das habe überhaupt nichts mehr mit Politik und öffentlichem Ehrgeiz zu tun, sondern nur mit der grenzenlosen Liebe zu ihrem Land. Das sei etwas sehr Persönliches: "This is very personal."

Spätestens an dem Punkt lag ihr die Hälfte der amerikanischen Bevölkerung und wahrscheinlich zur Hälfte ebenfalls in Tränen aufgelöst zu Füßen. Ihre Beliebtheit schoss in die Höhe. Die Schmierenkomödie kann gar nicht geschmacklos genug sein. Sie funktioniert. [6] Dabei ging's doch bloß um eine von 56 Präsidentschaftswahlen der amerikanischen Geschichte.

Keiner kam auf die Idee, einen Moment innezuhalten und zu fragen: Worum geht's hier eigentlich? Da will doch nur eine auf Biegen und Brechen in ein politisches Amt gewählt werden. Dazu drückt sie larmoyant auf die Tränendrüse und deutet ganz unverhohlen an, die Zukunft des Landes hänge davon ab, ob sie nun gewählt wird. Doch von dieser Wahl hing ja nun wahrhaftig nicht die Glückseligkeit einer ganzen Nation ab.

Das Dilemma liegt auf der Hand: In vielen Programmpunkten vertreten die heutigen Volksparteien vergleichbare Positionen - auf jeden Fall aber Positionen, die sich nicht radikal voneinander unterscheiden. Das ist in einer entwickelten Demokratie eine völlig andere Situation als in den Anfangsjahren der demokratischen Pionierzeit, als es noch um grundlegende Weichenstellungen und fundamentale Orientierungen ging.

Damals ging es um Sozialismus oder Kapitalismus, soziale Marktwirtschaft oder Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, Westorientierung in der Außenpolitik oder Neutralität, Kalter Krieg oder Ostpolitik. Heute geht es um leichtere Themen: Betreuungsgeld, Umwelt, Erbrecht, Gesundheitssystem, Tierschutz, Schulgesetze, Autobahnmaut.

"Im Grunde wollen wir alle das Gleiche"

Die Wahlkämpfer befinden sich da in einer Klemme; denn sie können ihren potenziellen Wählern ja unmöglich sagen: "Im Grunde genommen wollen wir alle so ziemlich das Gleiche und vor allem wollen wir in schöne Positionen gewählt werden."

Also müssen sie mit aufgeblasener Rhetorik das Trennende betonen. Und wo selbst das nicht geht, müssen sie bis zum Überdruß behaupten, dass ihre eigene Partei alles stets viel besser kann als alle anderen: "Wir haben die besseren Konzepte."

Sie haben es allerdings noch nicht kapiert, dass die Wählerinnen und Wähler ihnen schon längst kein Wort mehr glauben und sich diesen Humbug auch nicht länger anhören möchten.

So herrscht eine parteipolitische Rhetorik, die jede ernsthafte Diskussion im Keim erstickt, weil die eine Seite stets ablehnen muss, was die andere fordert. Und so kommt es auch immer wieder dazu, dass Oppositionspolitiker mit größter Leidenschaft Forderungen formulieren, die sie noch kurze Zeit zuvor als Regierungspolitiker energisch abgelehnt haben - oder auch umgekehrt. [7]

Es ist eine Situation wie beim Marketing für Produkte. Die sind in ihrer stofflich-technischen Qualität einander auch meist ziemlich ähnlich. Um die Einzigartigkeit des eigenen Marketingartikels hervorzuheben, kitzeln Marketingleute die "unique selling proposition (U.S.P.)" hervor, das einzigartige Verkaufsargument, das der Marke dann ihre Alleinstellung im Markt gewährleistet und sie für potenzielle Käufer attraktiv macht. Denn nur durch Mordsgetöse lassen sich Marken voneinander unterscheiden, die sich in der Produktqualität eben nicht mehr voneinander unterscheiden.

Dasselbe Ziel verfolgen die Politiker in ihren Wahlkämpfen, den großen Marketingkampagnen der politischen Parteien. Das führt dazu, dass Anhänger einer politischen Partei rhetorisch zu einer großen Gesinnungsgemeinschaft zusammengeschweißt werden und sich auch als solche verstehen, obwohl sie das schon längst nicht mehr sind. Anhänger der SPD halten sich noch immer für ziemlich links, Anhänger der CDU noch immer für christlich-konservativ und Anhänger der FDP noch immer für liberale Vorkämpfer der Bürgerfreiheit.

Doch in der Realität sind die politischen Parteien schon längst keine Gesinnungsgemeinschaften mehr, sondern Allerweltparteien ("catchall parties"), die versuchen, es jedermann recht zu machen und niemandem wehe zu tun. Sie streben danach, durch ein diffuses Erscheinungsbild und ein breit gefächertes Programmangebot die größtmögliche Zahl von Wählern anzusprechen - und das bis weit über die Grenze der totalen Profillosigkeit hinaus.

Die politischen Parteien haben keine Bindekraft mehr

Alle Parteien umwerben die politische Mitte und verzichten auf klare Programmatik. Die Beliebigkeit löst Loyalitäten und Machtgefüge auf. Die tragenden Klassen der Vergangenheit - Arbeiter, Bauern, Bürger - sind dahingeschmolzen und haben an ökonomischer oder kultureller Bedeutung verloren. Sie haben sich gewissermaßen in der nivellierten Mittelstandsgesellschaft aufgelöst.

Als soziokulturelle Einheiten fungieren Parteien schon längst nicht mehr, und selbst ihre politische Bindekraft hat nachgelassen. In den großen Parteien hat jeweils mehr als ein Drittel der Mitglieder schon mal eine andere Partei gewählt. Der Parteienwettbewerb hat sich substantiell entpolitisiert. In ihnen ringen nicht mehr soziale Lebenswelten mit unterschiedlichen Entwürfen für eine gute Politik und Gesellschaft.

Parteien dieses Typs bezeichnete der deutsch-amerikanische Politikwissenschaftler Otto Kirchheimer schon 1965 als "catchall parties" [8]. "Die Umwandlung zu Allerweltparteien ist ein Phänomen des Wettbewerbs. Eine Partei neigt dazu, sich dem erfolgreichen Stil ihres Kontrahenten anzupassen, weil sie hofft, am Tag der Wahl gut abzuschneiden, oder weil sie befürchtet, Wähler zu verlieren." [9]

Um die Mehrheit der Wähler zu erreichen, unterhalten die Allerweltparteien Verbindungen zu verschiedenen Interessenverbänden, die ihnen ein „Massenreservoir leicht zugänglicher Wähler bieten“ [10]. Diese Verbindung ist deshalb notwendig, weil die Wählerschaft in einem Allerweltparteiensystem keine langfristigen Parteibindungen hat und angesichts der bis auf Details und Äußerlichkeiten gleichen Parteiprogramme politisch desillusioniert ist. Die Wähler und Wählerinnen haben "bei der Wahl keine Wahl" und verhalten sich apathisch. Somit wird auch das Wahlergebnis beliebig, die entscheidenden Faktoren "stehen oft in keiner Beziehung zur Leistung der Partei" [11].

Allerweltparteien bluten nach und nach aus

Der Heidelberger Politikwissenschaftler Manfred G. Schmidt beschreibt die Allerweltparteien so: Sie bieten keinen Schutz für gesellschaftliche Positionen, sie fungieren nicht mehr als Anlegeplatz für eine intellektuelle Ambition; ihnen fehlt ein Bild von der Zukunft. Sie bluten normativ allmählich aus - und gefährden dadurch ihren eigenen Bestand. Den Parteimitgliedern mangelt es an ideellen Motivationen für ehrenamtliche Aktivitäten; den Parteiführern fehlen die Maßstäbe und Leitsterne für ihr politisches Handeln.

Noch bis in die 1960er Jahre hinein gingen begabte junge Leute in die politischen Parteien, später in die sozialen Bewegungen. Seit den 1980er Jahren ist Parteipolitik immer uninteressanter geworden. Viele junge Menschen interessieren sich noch für Politik, schrecken aber vor dem Gekugel in den Hinterzimmern der Politik zurück. Doch den politischen Parteien scheint das egal zu sein. Sie füllen auch dann noch die Parlamente, wenn nur wenige Bürger überhaupt noch zur Wahl gehen.

Übrigens auch dies ein Zeichen für die selbstzerstörerische Eigendynamik in entwickelten Demokratien. Im Streben, für möglichst viele Wähler attraktiv zu sein, mutieren die alten Weltanschauungsparteien von einst zu Allerweltparteien und verlieren dadurch ihr klares Profil und mit ihm nach und nach auch ihre Wähler.

Man könnte von politischer Selbstauszehrung sprechen. Während die CDU/CSU in den 1950er Jahren meist rund um 50 Prozent der Stimmen bekam und die SPD meist rund um 40 Prozent, sind beide "großen" Parteien in diesem Jahrhundert zu Miniaturen ihrer selbst geschrumpft: Die CDU/CSU liegt meist bei etwas über 30 und die SPD meist bei etwas über 20 Prozent. Die entwickelte Demokratie frisst auch ihre eigenen Parteien.

Der Abschied von Kernüberzeugungen hat die Parteien keineswegs freier gemacht. Er hat ihnen eher die Orientierungssicherheit genommen, hat Loyalitäten reduziert, ihre Stabilität beeinträchtigt. Die überzeugungs- und lagerlosen Parteien sind abhängiger nach außen geworden: von den Einflüsterungen und Kurzatmigkeiten der Demoskopen, von den Konjunkturen der politischen Leitartikel, von den Launen einer hybriden Kundenmentalität. ... Denn Allerweltpolitik schleift die autonomen Maßstäbe und unzweideutigen Wertvorstellungen, die dafür nötig sind.

So sind Allerweltparteien stets Agenten der obwaltenden Entwicklungsprozesse beziehungsweise der herrschenden Deutungen davon. Und so erscheinen ihnen gegenüber stets solche Parteien ungleich dynamischer und forscher, die ihre Anhänger mit scharfen und eindeutigen Parolen in Stimmung bringen, die den eigensinnigen Zerschnitt des gordischen Knotens zum Programm machen. Die Allerweltpartei und der neue Populismus bedingen einander.

Im Zuge dieser Dialektik verlieren oft gerade Allerweltparteien ihren Charakter als Groß- und Volkspartei. Denn sie verlieren an innerer Kraft, die aber unverzichtbar ist, um nach außen anziehend zu wirken, um kluge und ehrgeizige Mitglieder zu gewinnen, auch um Kraft- und Führungsnaturen zu rekrutieren.

Franz Walter^[12]

Die meisten Mitglieder suchen in und durch Parteien berufliches Fortkommen. Die Parteien bestimmen über die Besetzung zahlreicher, auch außerstaatlicher Führungspositionen. Radio- und Fernsehanstalten, Energieunternehmen, der öffentliche Geld- und Kreditsektor, ein Großteil der Verkehrsbetriebe, Behörden, Ämter und Ministerien sind auch "Versorgungsunternehmen für Parteigänger und -mitglieder"^[13]. Das trägt zusätzlich zur ideologischen Indifferenz bei. Versorgungsdenken und der daraus folgende politische Opportunismus relativieren politische Bekenntnisse und die Verantwortung für das Ganze.

Für die Ochsentour ist Qualifikation nicht gefragt

Entkräftete und ermattete Allerweltparteien sind am Ende dieses ganzen Auszehrungsprozesses Mitte eigentlich nur durch ihre semantischen Ansprüche, nicht durch ihre wirkliche Erdung und Repräsentanz in den elementaren Lebensbereichen der Gesellschaft. Infolgedessen reagiert die Gesellschaft auch zunehmend gleichgültig auf die übervorsichtigen, politisch entleerten Allerweltparteien, ärgert sich einzig über die immensen Kosten, die dafür gleichwohl aufzuwenden sind, empört sich zuweilen über Verfilzung, Kartellisierung, gar Korruption.

Franz Walter^[14]

Alles in allem: Die Ochsentour durch die Partei und den Wahlkampf verlangt von einem Kandidaten keinerlei Fertigkeiten, die ihn für ein politisches Amt und das Tragen von Verantwortung sehr qualifizieren - außer vielleicht einer gewissen Beredsamkeit und der Fähigkeit, in politischen Auseinandersetzungen zu finassieren und zu intrigieren.

Ein fast schon tragikomisches Beispiel dafür, dass die Fertigkeiten, die einen überragenden Wahlsieg überhaupt erst möglich machen, aber nicht für das anschließende Tragen von Verantwortung qualifizieren, ist die Rolle des FDP-Politikers Guido Westerwelle vor und nach der Bundestagswahl 2009. Mit brillanter, wenn auch knüppeldick aufgetragener Rhetorik gelang es ihm, für die FDP einen der größten Wahlsiege in ihrer Geschichte zu erringen. Und mit derselben bombastischen Rhetorik, hat er ihn nach der Wahl binnen kürzester Zeit wieder verspielt.

Am Ende wurde ihm und der FDP genau jene Fertigkeit zum Verhängnis, die ihn zum höchsten Erfolg geführt hatte. Und das ist das Charakteristikum der allgemeinen politischen Konstellation. Um in politische Ämter zu gelangen, braucht man Fertigkeiten, die einen Kandidaten für eine Reihe von Dingen qualifizieren mögen: auf jeden Fall nicht zum Führen eines politischen Amts und schon gar nicht für das Tragen ernsthafter Verantwortung.

Das erklärt, warum so viele Politiker in ihren neuen Ämtern so lange und so hilflos herumhampeln. Sie müssen erst lernen, was sie angeblich schon längst so gut beherrschen.

Damit da kein Missverständnis entsteht: Ich behaupte nicht, dass alle Abgeordneten geschwätzige Luschen sind - obwohl es viele gibt, auf die auch das zutrifft. Es geht darum, dass *die in der repräsentativen Demokratie geltenden Rekrutierungsmethoden so gut wie keine Qualifikation erfordern* außer Zettelchen verteilen, Versammlungen leiten, Plakate kleben, Reden halten und ein bisschen herumzuintrigieren.

Natürlich können dennoch häufig Hochqualifizierte durch die Ochsentour rekrutiert werden. Aber nicht *wegen* der Rekrutierungsanforderungen, sondern *trotzdem*.

Selbst in absoluten Monarchien war das anders. Der Adel wurde ein Leben lang dafür ausgebildet, Führungsaufgaben und Verantwortung wahrzunehmen. Das System war darauf ausgerichtet, ausgebildete Verantwortungsträger zu generieren. Das ist dennoch oft genug auch völlig schief gegangen.

Entscheidend aber ist: *Das System war darauf ausgerichtet. Das System der repräsentativen Demokratie ist es nicht, und das ist seine Crux*, genauer gesagt: Das ist einer der vielen Gründe, warum die Kluft zwischen der Bevölkerung und ihren Politikern immer größer wird.

Wolfgang J. Koschnick 01.01.2014

Wenn schon die Mitglieder der politischen Parteien solch eine zentrale Rolle in der demokratischen Willensbildung spielen, stellt sich die Frage: Wer sind die Mitglieder. In dieser Folge seiner demokratiekritischen Artikelreihe analysiert der Allensbacher Politologe und Wissenschaftsjournalist Wolfgang J. Koschnick die Zusammensetzung der politischen Parteien und kommt zu einem vernichtenden Urteil: Die Parteien haben ein oligarchisches Feudalsystem errichtet. Der Parteienstaat hat die freiheitlich demokratische Grundordnung außer Kraft gesetzt. Er ist in Wahrheit eine Form der milden Funktionärsdiktatur und hat keinerlei Lösungskompetenz für die existenziellen Fragen des Gemeinwohls, weil er Eigensucht, Opportunismus und Korruption zu Prinzipien politischer Herrschaft erhoben hat.



Im Laufe der 1950er, 1960er und 1970er Jahre haben sich die politischen Parteien radikal verändert. Beherrschte davor noch der Gegensatz zwischen Arbeiterparteien und bürgerlichen Parteien die politische Landschaft, so haben sich alle Parteien seither in der Struktur ihrer Mitglieder stark angeglichen. Ein Spiegel der "nivellierten Mittelstandsgesellschaft" (Helmut Schelsky). Die Parteien haben sich von ihren traditionellen sozialen Milieus losgelöst. Unter den Mitgliedern aller Parteien dominieren nun Beamte, Angestellte und Rentner. [2]

Besonders Angehörige des öffentlichen Dienstes sind in allen Parteien so stark überrepräsentiert, dass Beobachter seit langem "eine personale Verschränkung zwischen Mitgliederorganisation der Parteien und Staatsverwaltung" [3] konstatieren. Unter der Dominanz von Staatsbediensteten und Rentnern verschwindet fast das Gewicht von Arbeitern und Angestellten aus der privaten Wirtschaft: In der Bevölkerung machen sie zwar 34 Prozent aus, in den Parteien jedoch nur 20 Prozent.

Die Zahl sinkt weiter und wird weiter sinken. Sie ist *ein* Ausdruck der wachsenden Entfremdung zwischen der Bevölkerung und ihren politischen Vertretern. Und schließlich hatte die CDU nicht deshalb mehr Mitglieder als die SPD, weil sie so attraktiv geworden war. Der höhere Mitgliederstand ergab sich auf Grund der in der SPD grassierenden Schwindsucht. Auf ihrer rasanten Talfahrt raste die SPD mal eben an der traditionell mitgliederschwachen CDU vorbei. Und die CDU rühmte sich nicht etwa der eigenen Attraktivität, sondern der Schwäche der Konkurrenz...

An diesem "historischen Tag" - so der damalige Generalsekretär Roland Pofalla -, dem 30. Juni 2008, hatte die CDU insgesamt 530.755 Mitglieder und damit 761 Mitglieder mehr als die SPD. Doch obwohl im ersten Halbjahr 2008 immerhin 9.600 Menschen neu in die CDU eingetreten waren, hatten auch dann die Christdemokraten etwa 6.000 Mitglieder weniger als noch zu Jahresbeginn.

Der Exodus aus den Parteien hält jedenfalls ungebrochen an. Und da sich an den Bedingungen, die ihn herbeigeführt haben, nichts ändert, wird er sich noch viele Jahre fortsetzen. Die Mitgliederzahlen der Parteien tendieren auf jeden Fall mit hoher Geschwindigkeit gegen Null.

Das Heer der reitenden Karteileichen

data:text/html;charset=utf-8,%3Ch1%20style%3D%22line-height%3A%2030.24px%3B%20clear%3A%20both%3B%20color%3A%20rgb(78%2C%20100... 2/3

Anders als die bürgerlichen Parteien, in denen sich eher das gehobene Bürgertum locker zusammenschloss, war die alte SPD eine straff organisierte Arbeiterpartei, deren Mitglieder die Partei zum größten Teil auch finanzierten. Heute ist sie nur eine von mehreren bürgerlichen Allerweltparteien.

Wie dramatisch die innere Auszehrung der Parteien ist, wird deutlich an der Situation der SPD: Selbst nach dem 2. Weltkrieg und den Jahren des Dritten Reichs hatte die Partei 1949 noch 750.000 Mitglieder. Die Zahl wuchs bis 1976 auf über eine Million und sank von da an in rasanter Talfahrt. Allein von 1991 bis 2011 verlor die SPD rund 450.000 Mitglieder. Das läuft auf über 20.000 Personen pro Jahr hinaus. Und ein Ende ist nicht in Sicht.

Die CDU zählte im August 2013 gerade mal 469.575 Mitglieder und damit wieder weniger als die SPD. Parteiinterne **Schätzungen** gehen davon aus, dass sich die Mitgliederzahl im Osten zum Jahr 2019, diejenige im Westen bis 2024 halbieren wird. Wer von den beiden Volksparteien gerade mehr oder auch weniger Mitglieder hat, ist relativ gleichgültig; denn beide schrumpfen im Eiltempo.

Die CSU, die Schwesterpartei der CDU in Bayern, bewegt sich 2013 bei 150.000 Mitgliedern. Tendenz wie bei allen anderen auch abwärts, und das seit Jahren. Die FDP hat heute unter 59.000 Mitglieder - auch seit Jahren sinkend. Die Linke kam Ende 2012 auf 63.761 Mitglieder. Tendenz sinkend. Das Bündnis 90/Die Grünen hatte Ende 2013 ungefähr 60.000 Mitglieder. Tendenz: mal mehr, mal weniger. Die sind offensichtlich im Nebelreich der unablässig sinkenden Mitgliederzahlen noch nicht ganz angekommen. Bei denen gibt es noch Schwankungen. Mal sehen, wie lange noch...

Das Parlament repräsentiert eine verschwindende Minderheit

Zählt man das zusammen, so ergibt sich: Die Abgeordneten des Bundestags repräsentieren gerade mal etwas über 1,2 Millionen Leute. Bei einer Bevölkerung von über 82 Millionen ist das ein ziemlich mickriges Ergebnis - erst recht wenn man bedenkt, dass längst nicht alle Personen, die formal als Mitglieder geführt werden, auch tatsächlich in ihrer Partei aktiv mitarbeiten. Im Gegenteil: Die überwiegende Mehrzahl ist passiv und nimmt am Parteileben selten, unregelmäßig oder überhaupt nicht teil.

Nach verschiedenen Untersuchungen beteiligen sich rund 40 Prozent aller Parteimitglieder niemals an irgendwelchen Parteiaktivitäten. [4] Doch selbst unter den aktiven Mitgliedern wendet etwa die Hälfte weniger als fünf Stunden im Monat für die Parteiarbeit auf. "Die Organisationswirklichkeit der Parteien teilt sich dabei in zwei voneinander klar abgrenzbare Sphären: Eine Gruppe von Mitgliedern beteiligt sich in erster Linie im Rahmen ämterorientierter Aktivität, bringt sich in den Gremien ein und kandidiert für öffentliche Mandate und parteiinterne Ämter. Andere Mitglieder werden hingegen überwiegend durch gesellige Veranstaltungsformen angesprochen und sind nicht bereit, darüber hinaus Verantwortung zu übernehmen." [5]

Auch die meisten "Aktiven" unter den Parteimitgliedern engagieren sich nicht politisch. Die Partei ist für die meisten eher so eine Art geselliger Verein:

Die Masse der Mitglieder (87 bzw. 77 Prozent) hat in den letzten fünf Jahren Versammlungen bzw. Feste und gesellige Veranstaltungen besucht. Beide Formen sind Ende der 1990er Jahre die wichtigsten Kanäle des Mitgliederengagements.

Auch die zusätzliche Geldspende ist für Mitglieder eine attraktive Beteiligungsform: Zwei Drittel (69 Prozent) haben ihre Partei in diesem Zeitraum über die gezahlten Mitgliedsbeiträge hinaus finanziell unterstützt.

Alle anderen Formen der Mitarbeit folgen mit deutlichem Abstand. Einen mittleren Zuspruch genießen Aktivitäten, bei denen die Mitglieder ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, wie das Kleben von Plakaten und die Verteilung von Flugblättern (56 Prozent) oder aber die Organisation der Parteiarbeit (55 Prozent).

Die Beteiligungsformen mit dem engsten Bezug zu politischen Entscheidungsprozessen schneiden wie in früheren Studien am schlechtesten ab: Für ein Amt in der Partei kandidierten in einem Zeitraum von fünf Jahren lediglich 42 Prozent, und nur noch jedes dritte Parteimitglied (33 Prozent) strebte in dieser Zeit ein öffentliches Amt an.

**Heinrich, Roberto/Lübker, Malte/Biehl, Heiko:
Parteimitglieder im Vergleich [6]**

Ein kleiner Klüngel von Funktionären besetzt alle Ämter

Das Monopol der Parteien bei der Rekrutierung der Politiker wirft Fragen danach auf, wie die Kandidaten parteiintern überhaupt ausgewählt werden. Da die meisten Parteimitglieder inaktiv sind, entscheidet tatsächlich in jeder Partei eine sehr kleine Gruppe von Funktionären und besonders aktiven Mitgliedern über alle Kandidaten.

Die Basis derjenigen, die de facto die Mitglieder des Parlaments bestimmen, ist äußerst klein. Es sind fast ohne Ausnahme Funktionäre, die entweder selbst Mitglied der politischen Kaste sind, danach streben, ihr künftig anzugehören oder aber Leute, die ihre aktive Zeit bereits hinter sich haben.

In ihren Parteien üben die Angehörigen der politischen Kaste starken Einfluss aus. Man kann sagen, dass die quantitativ kleine aber sehr mächtige politische Kaste sich (parteispezifisch differenziert) gewissermaßen selbst reproduziert^[7], und dass die "Macht der Parteien" im Wesentlichen von einer dünnen Schicht von Funktionären ausgeübt wird.

Eine halbe Million Funktionäre repräsentiert das Volk

Es geschieht den politischen Parteien kein Unrecht, wenn man resümiert, dass sie unter Abzug der Inaktiven und Karteileichen im günstigsten Fall vielleicht 500.000 Mitglieder haben. Diese halbe Million Leute "repräsentiert" das Volk der wahlberechtigten Bürger.

Das läuft auf allerhöchstens ein Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung hinaus. Es sind nur diese wenigen Leute, die Einfluss auf die Nominierung von Kandidaten für politische Wahlämter nehmen können. Und das Argument ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass dies eher eine Negativauslese ist.

Die politischen Parteien haben sich seit den 1950er Jahren grundlegend verändert. Ihre Strukturen haben sich verfestigt. Sie sind nicht mehr geprägt durch die Erfahrungen der Weimarer Republik und des Dritten Reichs und durch eine demokratische Aufbruchsstimmung von Menschen, die nach Freiheit und Recht und Demokratie strebten.

Heute prägen Opportunisten und Karrieristen die Szene in den Parteien. Wer in eine Partei eintritt, überlegt, welchen Nutzen das für ihn hat. Wer beruflich auf der Stelle tritt und durch berufliche Leistung nicht weiterkommt, kann es auch ohne fachliche Leistung mit Hilfe einer Partei noch einigermaßen weit bringen und ein gut bezahltes Amt bekommen. Die Führungskräfte der Parteien sind eine Negativauslese.

Urwahlen als reine Akklamation für die Parteiführung

Alle Versuche, nach Jahrzehnten des nachhaltigen Niedergangs daran noch etwas zu ändern, scheitern kläglich, weil die Bürger inzwischen auch nichts mehr mit den politischen Parteien zu tun haben wollen. So hat die SPD 2011 in Gotha einen Feldversuch mit maximaler Bürgerbeteiligung gestartet. Danach sollen alle Kandidaten für politische Ämter durch Wahlen bestimmt werden, an denen sich auch Nichtmitglieder der Partei beteiligen dürfen.

Bei dem Feldversuch im Landkreis Gotha durften die Menschen vier Monate lang darüber entscheiden, wer für die SPD als "Bürgerkandidat" bei der Landratswahl im Frühjahr 2012 antreten sollte. Das Ergebnis war niederschmetternd: Der "Sieger" bekam 14 von 18 abgegebenen Stimmen der insgesamt 120.000 Wahlberechtigten.

Die Parteien können noch so eindrucksvolle Verrenkungen machen: Die Leute gucken noch nicht mal richtig hin. Die Bevölkerung interessiert sich nicht länger dafür, wie die Kandidatinnen und Kandidaten der politischen Parteien aufgestellt werden. Sie trauen den Parteien sowieso nicht mehr. ^[8]

Ähnlich lächerlich sind auch die neuerdings vieldiskutierten Versuche, die Parteimitglieder zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung zu mobilisieren. So hat die baden-württembergische SPD im November 2009 ihren Parteivorsitzenden in einer Urwahl gekürt. Dabei setzte sich Nils Schmid mit 46 Prozent der abgegebenen Stimmen gegen zwei Mitbewerber durch und ließ sich als strahlender Sieger in einer urdemokratischen Veranstaltung feiern, zu der immerhin die 39.275 Mitglieder der SPD in Baden-Württemberg aufgerufen waren. Seine beiden Konkurrenten lagen mit jeweils rund 29 und 23 Prozent weit hinter ihm.

Jedes Parteimitglied durfte mit der Erststimme den Erstwunsch und mit einer Zweitstimme den Zweitwunsch angeben. Da keiner der drei Kandidaten die absolute Mehrheit der Erststimmen erzielen

konnte, wurden die Zweitstimmen der Wähler, die mit der Erststimme also den Drittplatzierten auf den Erstplatzierten Schmid und den Zweitplatzierten aufgeteilt. Nach dieser kunstvollen Rechnung kam Schmid auf 56 Prozent der Stimmen. Das klang noch mehr nach Sieg.

Man muss nur richtig rechnen...

Doch tatsächlich nahmen überhaupt nur 48 Prozent aller SPD-Mitglieder (rund 18.700) an der Abstimmung teil, das heißt, die Mehrheit (fast 21.000) nahm nicht teil. Von den teilnehmenden Parteimitgliedern bekam Schmid 46 Prozent, also weniger als die Hälfte. Das waren etwas über 8.000 Stimmen. Von fünf Parteimitgliedern hat also gerade mal ein einziges ihn gewählt. Vier haben das nicht getan. Die überwiegende Mehrheit.

Und weil das nun einmal mit der fabelhaften Rechnerei so hervorragend funktionierte, hat er's 2011 gleich noch mal ausprobiert. Diesmal wurden die Mitglieder der Partei zum Koalitionsvertrag mit den Grünen befragt. Und wieder dasselbe Spiel: Fast 25.000 Mitglieder gaben erst gar nicht ihre Stimme ab, 14.067 taten es und von denen waren 12.795 dafür.

Damit beteiligten sich an der überwiegend per Brief durchgeführten Befragung gerade mal 37 Prozent der SPD-Mitglieder im Land. 63 Prozent beteiligten sich nicht. Und Schmid **vermeldete** stolz: "Das sind rund 92 Prozent Zustimmung für den Koalitionsvertrag." Erich Honecker hat auch so ähnlich gerechnet. Schmid ist übrigens Wirtschafts- und Finanzminister von Baden-Württemberg, und man mag sich gar nicht vorstellen, was der sonst so zusammenrechnet...

Man erkennt mit einem Schlag: Selbst erz- und urdemokratisch erscheinende Wahlen und Abstimmungen sind nichts weiter als Techniken zur Besetzung von Führungspositionen in den Händen der politischen Machtelite.

Sie haben eine eindeutig akklamatorische Funktion und dienen ausschließlich dazu, längst getroffenen Entscheidungen im Nachhinein auch noch den Segen der Mitglieder zu verleihen und ihnen ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen. Aber mit demokratischer Willensbildung haben sie in Wahrheit nicht das Geringste zu tun. In den Händen der innerparteilichen Seilschaften sind selbst demokratische Formen der Willensbildung nichts als Instrumente der Manipulation von Mehrheiten.

Die Parteien haben ein oligarchisches Feudalsystem errichtet

Schon 1983 erkannte der Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis: Die politischen Parteien haben sich "von der autonomen Willensbildung des Volkes in einer Weise abgekoppelt, dass ihre demokratische Funktion, wenn nicht gefährdet, so in der verschiedensten Weise problematisiert erscheint." [9]

Er hat damals nur noch viel zu nebulös ausgedrückt, was längst klar war: Die Parteien haben ein oligarchisches Feudalsystem errichtet. Der Parteienstaat hat die freiheitliche demokratische Grundordnung außer Kraft gesetzt. Er ist in Wahrheit eine Form der milden Funktionärsdiktatur und hat keinerlei Lösungskompetenz für die existenziellen Fragen des Gemeinwohls, weil er Eigensucht, Opportunismus und Korruption zu Prinzipien politischer Herrschaft erhoben hat.

Halten wir also fest: Politiker repräsentieren eine verschwindend kleine Gruppe von parteipolitischen Aktivisten und werden auf eine Weise rekrutiert, in der es auf Fähigkeiten, die sie für ihre spätere Tätigkeit qualifizieren, nicht wirklich ankommt. Das sind keine guten Voraussetzungen für eine Tätigkeit, die ihnen den Respekt der Bevölkerung einbringen sollte.

Durch Ämterhäufung und Bildung von Seilschaften hat ein kleiner Einflusszirkel seine Macht etabliert. "Als neue Obrigkeit wickelt der innere Kreis dieses politischen Hochadels alle Staatsgeschäfte unter seinesgleichen ab. Von den Gefolgschaften wird bedingungslose Treue verlangt, wofür diese dann allerlei Brosamen erhalten." [10]

Zwischenparteilich entsteht so "eine Gruppe von Eingeweihten, die nur noch Scheingefechte gegeneinander liefern, um das Herz des Wählers zu erfreuen. In Wahrheit sind sie sehr einig, und nur manchmal fechten sie stille, aber erbitterte Kämpfe aus um den Anteil an der großen Futterkrippe, die Macht heißt." [11]

Für den Parteienforscher Heino Kaack war der Lackmustest der Repräsentativität die Frage, ob die Zusammensetzung des Parlaments ein ausreichendes Maß an personeller Mobilität gewährleistet oder ob sie der "Bildung geschlossener Eliten Vorschub leistet" [12]. Und darauf gäbe es eine klare Antwort, wenn nicht der Begriff der Elite so sehr in die Irre führen würde. Sie leistet der Bildung eines geschlossenen Zirkels von Ochlokraten Vorschub, die allerdings weit entfernt von allem sind, was die Bezeichnung Elite verdient.

Der Begriff der "Elite" ist ja auch in der Soziologie überaus doppeldeutig: Einmal bezeichnet er relativ wertfrei die in einer Gesellschaft herrschenden oder einflussreichen Kreise (Machtelite) - das können auch ziemlich finstere Gesellen sein; denn sie sind allein dadurch gekennzeichnet, dass sie an den Schalthebeln der Macht sitzen. Auch mafiöse Organisationen haben eine Elite, und das sind die besonders Bösen. Zweitens bezeichnet er die Gruppe der hochqualifizierten Leistungsträger, die allein auf Grund ihrer Leistungen an der Spitze der Gesellschaft stehen (Funktionselite oder Leistungselite). Das sind die Guten. Wenn wir von den Politikern der Gegenwart sprechen, dann sind also lediglich die Machteliten gemeint. Die Leistungseliten gehören ja gerade nicht dazu.

Wolfgang J. Koschnick 06.01.2014

Diese Folge der demokratiekritischen Artikelreihe des Allensbacher Politologen und Wissenschaftsjournalisten Wolfgang J. Koschnick beschäftigt sich mit der Tatsache, dass die meisten Politiker heute Berufspolitiker sind. Die Vertreter der politischen Parteien in den Parlamenten haben sich als Staat im Staat eingerichtet und den Staat zum Parteienstaat umgebaut. Dieses Machtkartell entscheidet über alles, was im Staat vor sich geht: über die Staatsschulden, das Bildungs- und Gesundheitswesen, über Steuern und Abgaben, Gerichtsstandorte und den Straßenbau. Fast unmerklich hat sich der Parteienstaat zum Machtmonopol entwickelt, das sich dem Volk - immerhin dem Verfassungssouverän - völlig entfremdet hat.



In allen Parlamenten, am stärksten aber im Bundestag, setzt sich der Typus des Berufspolitikers durch. Selbst diejenigen, die es noch nicht sind, streben danach, die Politik zu ihrem Beruf zu machen. 350 der 622 Bundestagsabgeordneten geben als Beruf "Mandatsträger" an. Sie sind bereits Berufspolitiker. Das sind weit mehr als die Hälfte aller Abgeordneten.

Die meisten Abgeordneten des 17. Bundestags, der 2009 gewählt wurde, haben bereits dem 16. Bundestag angehört: 420 von ihnen. Nur 200 Abgeordnete sind erstmals im Bundestag - und das sind im Vergleich zu früheren Legislaturperioden sogar ziemlich viele. Wer einmal im Parlament ist, kommt immer wieder hinein, wenn er will und in der Zwischenzeit keine silbernen Löffel gestohlen oder gegen die Fraktionsdisziplin verstoßen hat. Die Strukturen verfestigen sich von Wahl zu Wahl.

116 Abgeordnete gehören dem Bundestag seit fünf und mehr Legislaturperioden an, das heißt seit 20 und noch mehr Jahren; 184 seit 16 und mehr Jahren, 307 seit 12 und noch mehr Jahren. Mit anderen Worten: Wer einmal im Parlament sitzt, der bleibt dort in aller Regel, wenn er nicht stirbt, freiwillig in den Ruhestand geht oder das Missfallen seiner Fraktionsführung erregt hat. Wer Abgeordneter ist und wiedergewählt werden möchte, kann sich darauf verlassen, dass ihn seine Partei wieder nominiert. Gegenkandidaten gegen Mandatsinhaber gibt es so gut wie nie.

Zur Dominanz der Berufspolitiker hat wesentlich das Wahlsystem aber auch generell das demokratische System der Wahlen überhaupt im Verein mit der Herrschaft der politischen Parteien beigetragen.

Wahlen geben den Bürgern keinen wirklichen Einfluss auf die Politik. Den haben wenige Parteifunktionäre und -politiker, nicht einmal die sonstigen Parteimitglieder. Bei Wahlen ist in der Regel schon vorbestimmt, wer siegt oder verliert: Viele Wahlkreise sind für eine der großen Parteien absolut sicher. Und die kann damit den Bürgern ihren jeweiligen Abgeordneten, so beurteilte es das Bundesverfassungsgericht, "faktisch diktieren" [2]

Hochburgen der Union wie Paderborn, Biberach oder Straubing haben einen besonders hohen Anteil an Katholiken und liegen meist in ländlichen Gegenden. Hochburgen der SPD sind Arbeitermetropolen, insbesondere Ruhrgebietsstädte wie Gelsenkirchen und Duisburg. Hier kann die Mehrheit aus innerer Bindung heraus gar nicht anders, als Kandidaten zu wählen, die "ihre" Partei präsentiert.

Die Wahlergebnisse stehen schon Monate vor der Wahl fest

In ländlichen Gegenden Bayerns bedeutet die Aufstellung eines CSU-Kandidaten in einem Wahlkreis einen so gut wie hundertprozentigen Wahlsieg ebenso wie in einer norddeutschen Großstadt die Aufstellung eines SPD-Kandidaten einen ebenso sicheren Wahlsieg verheißt. Das Ergebnis steht schon vorher fest. Von diesen Regeln gibt es nur wenige Ausnahmen.

Doch darüber hinaus sind durch das konkrete, in Deutschland auf allen Ebenen vorherrschende Misch-Wahlsystem aus Direktwahl in Wahlkreisen und Listenwahl Mechanismen eingebaut, die das Monopol der politischen Parteien bei der Aufstellung der Kandidaten festschreiben.

Die Parteien allein legen fest, wer am Ende gewählt wird; denn allein in ihrer Hand liegt die Entscheidung darüber, wer in sicheren Wahlkreisen oder auf den vorderen Listenplätzen aufgestellt wird, auf denen ihre Wahl auch dann sicher ist, wenn die Partei in der tatsächlichen Wahl nicht so gut abschneidet.

Eine realistische Chance, ins Parlament gewählt zu werden und an politischen Entscheidungen mitzuwirken, besteht nur über die politischen Parteien. Sie stellen die Wahlkreiskandidaten und die Landeslisten auf und entscheiden damit lange vor der Wahl über die personelle Zusammensetzung des Bundestags und der Länderparlamente. Die Parteien kennen ihre "sicheren Wahlkreise" und beugen Überraschungen durch die Landeslisten vor.

Bei Bundestagswahlen kann jeder Wähler mit der Zweitstimme nur starre Parteilisten ankreuzen, auf denen die Reihenfolge der Kandidaten unabänderlich feststeht. Wen die Parteigremien auf einen "sicheren Listenplatz" gesetzt haben, der ist praktisch schon gewählt. Auf den Ausgang der Wahl braucht er nicht zu warten.

Da es bei der Wahl selbst gegenüber der jeweils vorangegangenen Wahl stets nur um Abweichungen um ein paar Prozentpunkte geht und deren genauer Umfang in der Regel auch schon längere Zeit vor der Wahl einigermaßen kalkulierbar ist, steht vor jeder Wahl längst fest, wer gewählt ist und wer nicht.

Selbst wer im Wahlkreis verliert, ist oft auf der Landesliste abgesichert und kommt so dennoch ins Parlament. Und gegen diese Entscheidung der Parteien sind die Wähler machtlos. Sie können nichts dagegen ausrichten. Die Parteien entscheiden, und die Wähler müssen zuschauen.

Analysen zahlreicher Wahlen haben gezeigt, dass gut drei Viertel aller Abgeordneten feststehen, bevor die Wahl überhaupt stattgefunden hat. Durch die "eigentliche Wahl" segnen die Wahlberechtigten nur noch ab, was die inneren Führungszirkel der politischen Parteien längst vor ihnen - und zum überwiegenden Teil hinter verschlossenen Türen - beschlossen haben.

Vox populi - Vox Stimmviech

Die Wähler wissen ja noch nicht einmal, wen sie da wählen, wenn sie ihre Zweitstimme abgeben; denn auf den Stimmzetteln stehen nur zwei, drei Spitzenkandidaten der Parteien. Wer sonst auf der Liste platziert ist, können sie nicht erkennen.

Sie könnten es theoretisch zwar in Erfahrung bringen, wenn sie es denn unbedingt wissen wollen, indem sie Einsicht in die Wahllisten nehmen. Aber das ist umständlich, und wer tut das schon? Selbst dann erfährt er nur, was sowieso unabänderlich ist und er nicht mehr beeinflussen kann. Die Wähler müssen nehmen, was die Parteien ihnen vorsetzen. Die komplette Liste. Das Prinzip ist ganz einfach: Friss' Vogel oder stirb'. Eine Wahl haben sie nicht.

Doch auch mit der Erststimme hat der Wähler meist keine Wahl. Richtig ist zwar, dass die Wahlkreiskandidaten persönlich um die Erststimmen werben. Wer die meisten Stimmen erhält, zieht in den Bundestag ein, sodass die Wähler den Eindruck gewinnen, sie trafen wirklich eine Auswahl.

In Wahrheit haben nur Kandidaten der großen Parteien überhaupt die Chance, einen Wahlkreis zu gewinnen. Aber auch von ihnen sind viele zusätzlich über die Liste abgesichert. Sie kämen auch dann in den Bundestag, wenn sie keine einzige Erststimme erhielten.

Alles Wahlkampfgetöse ist nur Inszenierung, um darüber hinwegzutäuschen, dass der Bürger in Wahrheit gar nichts mehr zu entscheiden hat. Der interne Funktionärszirkel in den Parteien hat festgelegt, wie die Wahlen abgewickelt werden, und vor allem, wer gewählt wird und wer nicht, und so läuft das dann ab.

In der SPD gilt sogar die Regel, dass nur Personen auf die Landesliste kommen, die in einem Wahlkreis kandidieren. Ausnahmen gibt es da so gut wie keine. Nur für sehr exponierte Politiker wie Gerhard Schröder und Franz Müntefering wurde sie gemacht. Einem parteilosen Wirtschaftsminister, der in keinem SPD-Wahlkreis kandidieren wollte, verweigerte die Partei dagegen sogar einen aussichtsreichen Listenplatz. Da sind die kleinen kleinkarierten Funktionäre in den Wahlkreisgremien eisenhart und lassen nicht mit sich handeln.

Lebenslüge des demokratischen Wahlsystems

Es ist also eine grandiose Lebenslüge des demokratischen Wahlsystems zu behaupten, dass die Wähler über den Ausgang von Wahlen bestimmen. Sie bestimmen bestenfalls über ein paar Grenzfälle in "kippeligen" Wahlkreisen oder auf den hinteren Positionen auf Landeslisten.

Die große Mehrheit der Abgeordnetensitze haben die Funktionsträger in den politischen Parteien längst vor den Wahlen und ohne jede Mitwirkung der Wähler verbindlich festgelegt. Durch ihre "Wahl" entscheiden die Wähler nur noch über einige wenige Positionen, die auf der Kippe stehen. Die Wähler dürfen nur gewissermaßen noch ein wenig die Ränder begradigen.

Es ist eine der Absurditäten der demokratischen Systeme, dass - wenigstens dem Anspruch nach - die Meinungsvielfalt der Gesellschaft ausgerechnet durch politische Parteien und Verbände gewahrt wird, die in den eigenen Reihen selbst Spuren von Meinungsvielfalt unterdrücken und abwürgen.

Ihre Kandidaten wählen die politischen Parteien vor allem nach dem Maß ihrer Parteikonformität aus. Wer seiner Partei in der letzten Zeit treu gedient hat, sich im Ortsverein nichts zuschulden kommen lassen hat, nicht unangenehm aufgefallen ist, der hat als Kandidat gute Chancen.

Die Positionen als Abgeordnete sind nicht selten die Belohnung für langjährige Parteiarbeit, für Engagement und Konformität. Die Ämter werden also nicht nach Gesichtspunkten der Leistung oder der Qualifikation vergeben, sondern nach dem Gesichtspunkt des "Verdienstes" aus der Sicht von Parteifunktionären, also der Treue zur Partei - und in günstigen Fällen nach den Aussichten auf einen Wahlsieg mit Hilfe des einen oder anderen Kandidaten.

Abweichler haben geringe oder überhaupt keine Chancen. Die Leistung oder Leistungsfähigkeit eines Kandidaten zählt kaum. Sie ist im Prinzip eher schädlich; denn leistungsfähige Querköpfe ecken in den Parteigremien schon mal an. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht ganz gewiss nicht das Gemeinwohl, sondern der Machterhalt oder Machtgewinn der politischen Partei.

Parteitreue wird mit politischen Ämtern belohnt

Die Entscheidung für die Übernahme von Parteipositionen erfolgt insbesondere dann, wenn die betreffenden Personen individuell die politische Karriereperspektive (und damit zusammenhängende Ziele wie Selbstverwirklichung, Macht, Einkommen, Versorgung etc.) aussichtsreicher einschätzen als die Zielerreichung in ihrer "bürgerlichen Existenz", das heißt in ihrem eigentlichen Beruf, sofern dieser nicht ohnehin im Bereich von Politik, Interessengruppen, Verbänden, Verwaltung etc. angesiedelt ist.

Jörn Kruse [3]

Wer Berufspolitiker werden will, muss sich daher auch relativ früh festlegen. Je später er das tut, desto schlechter sind seine Karrierechancen:

Die personellen Netzwerke und Seilschaften, die für politische Karrieren und Einfluss erforderlich sind, kann man vor allem dann aufbauen, wenn man möglichst schon der Jugendorganisation der Partei aktiv angehört hat.

Jörn Kruse

Um gewählt zu werden, brauchen Kandidaten dann am Ende nicht viel mehr als die Nervenstärke, die Ochsentour durch die Parteigremien zu durchlaufen und die Techniken des Machterwerbs und -erhalts zu beherrschen. Sie müssen ansonsten keinerlei Qualifikation haben.

Qualifikation braucht ein Berufspolitiker nicht

Man muss sich das vor Augen führen. Die Mitglieder eines Gremiums, das - im Falle des Bundestags - im Rahmen seines Haushaltsrechts über mehrere hundert Milliarden Euro zu entscheiden hat und tatsächlich auch darüber entscheidet, brauchen dafür keinerlei spezielle Vorbildung. Sie müssen vor allem über genügend Zeit verfügen - das tun die meisten Angehörigen der Berufe, die in den Parlamenten überrepräsentiert sind - und sie sollten nicht zu oft den Wohnort wechseln. Das schadet bei der Ochsentour.

Richard von Weizsäcker fällt über die Fähigkeiten von Abgeordneten ein vernichtendes Urteil:

Bei uns ist ein Berufspolitiker im Allgemeinen weder ein Fachmann noch ein Dilettant, sondern ein Generalist mit dem Spezialwissen, wie man politische Gegner bekämpft.

Richard von Weizsäcker[4]

Und so ähnlich sieht das auch der Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis:

Die Malaise ist, dass die Politiker nicht mehr die Kenntnisse haben, die sie haben müssten. Sie kommen als Lehrer in den Bundestag und verstehen von nichts etwas - außer davon, wie man im Ortsverein seine Mehrheit organisiert. Zudem mangelt es ihnen an genau jenen Fähigkeiten, die nach Max Weber den guten Politiker auszeichnen: Augenmaß und Urteilskraft, dem "Pathos der Distanz". Wilhelm Hennis [5]

Dementsprechend sieht es auch bei den Ministern mit der fachlichen Qualifikation eher düster aus. Hochqualifizierte kommen bei ihnen so selten wie bei den Abgeordneten vor. "Also sitzen um den Kabinettstisch viele Leute, die außerhalb der Politik eher Mühe hätten, in Spitzenpositionen zu kommen." [6] Berufspolitiker sind Dilettanten der Politik. Das ist leider kein Wortspiel. Dazu schreibt Hans Herbert von Arnim:

Ein Ausbildungsgang für Berufspolitiker scheiterte bisher ... an einem Dilemma: Was für die Karriere von Politikern am wichtigsten ist, kann man offiziell nicht lehren, ohne das sorgfältig abgedunkelte innere Wesen des Systems aufzudecken. Und das, was man lehren könnte, also die Bedingungen und Konsequenzen rationaler, am Gemeinwohl orientierter Politik, ist für das persönliche Fortkommen eines Politikers nicht wirklich wichtig, sondern oft geradezu hinderlich.

Hans Herbert von Arnim[7]

Festzuhalten bleibt: In der Leistungsgesellschaft gilt das Prinzip, dass leistungsfähig sein muss, wer einen Posten besetzt, und dass Voraussetzung für einen hohen Verdienst eine hohe Qualifikation ist. Und ausgerechnet diese Leistungsgesellschaft leistet sich den unerhörten Luxus, ihr vorgeblich vornehmstes Verfassungs- und politisches Entscheidungsorgan mit Leuten zu besetzen, die per se keinerlei fachliche Qualifikation für ihren Beruf zu haben brauchen.

In den entwickelten repräsentativen Demokratien stellt die Art der Auswahl von Berufspolitikern eine von vielen Schwachstellen des politischen Systems dar. Die Personalauswahl wird durch das Instrument der Wahlliste bestimmt, und hier dominieren Einflusscliquen und Seilschaften. Für den Berufspolitiker wird der Kampf um seine Wiederaufstellung zur persönlichen Existenzfrage, und führt er ihn gnadenlos.

Der Staat als Selbstbedienungsladen der Politik

Wolfgang J. Koschnick 13.01.2014

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 7

Diese Folge der demokratiekritischen Artikelreihe des Allensbacher Politologen und Wissenschaftsjournalisten Wolfgang J. Koschnick befasst sich damit, wie der Staat und das Eigentum seiner Bürger zur Beute der Berufspolitiker geworden sind. Ein gigantischer Selbstbedienungsladen, den man ohne Ende und ohne Bedenken schröpfen kann; denn seine Ressourcen sind nahezu unerschöpflich. Die demokratisch gewählten Volksvertreter schrecken vor keinem noch so miesen und noch so verfassungswidrigen Trick zurück, um sich und ihre politischen Organisationen aus den öffentlichen Töpfen mit Geld vollzustopfen.



Wenn den politischen Parteien die Mitglieder in hellen Scharen davonlaufen und die Leute sich von der Politik und den Politikern in Massen abwenden, so macht das gar nichts. Dann greifen die Parteien halt den Steuerzahlern noch etwas tiefer in die Taschen und lassen die ihre Organisationen bezahlen.

In den Gründungsjahren der Bundesrepublik wäre niemand auf die absurde Idee verfallen, dass die Parteien sich von den Steuerzahlern finanzieren lassen dürften, nur weil sie aus eigener Kraft nicht existenzfähig sind. Heute ist das zur Selbstverständlichkeit geworden - obwohl das nie so weit hätte kommen dürfen; denn die politischen Parteien könnten keine zwei Tage überleben, entzöge man ihnen die staatliche Unterstützung, mit der sie sich selbst künstlich am Leben erhalten.

Die Finanzierung der politischen Parteien und der Mandatsträger hat im Spätstadium der Demokratie in Deutschland und in anderen Demokratien ein Ausmaß erreicht, das jede demokratische Spontaneität und Selbstorganisation im Keim erstickt.

Die politischen Parteien und ihre Amts- und Mandatsträger sind so gut wie vollständig staatsfinanziert. Sie haben den Staat usurpiert und nähren sich prächtig von den Tributzahlungen der Steuerzahler. Staatsparteien und staatlich finanzierte Mandatsträger sind meilenweit von allem entfernt, was in den Gründerjahren der Bundesrepublik einmal einen durchaus demokratischen Anfang genommen hat.

Ende der fünfziger Jahre fing das ganz bescheiden an und nannte sich Wahlkampfkostenerstattung. Von 1959 an erhielten die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zum Zwecke der "Förderung der politischen Bildungsarbeit" - wie man das etwas schönfärberisch nannte - direkt Mittel aus dem Bundeshaushalt. Mit politischer Bildung hatte das schon damals nichts zu tun. Es ging um

Wahlkampffinanzierung. Insgesamt wurden damals 5 Millionen Mark an die Parteien verteilt. 1962 stieg der Betrag auf 15 Millionen, 1964 auf 38 Millionen DM. Wenn die Parteien sich selbst Gelder bewilligen, schreiten sie stets mit Siebenmeilenstiefeln voran, ganz kleine Brötchen backen sie immer nur, wenn es um Strukturreformen geht...

Die Bescheidenheit der ersten Jahre verflog schnell, als die Parteien merkten, dass da schier unerschöpfliche Mittel zur Verfügung stehen und es kaum Probleme gibt, die Quellen anzuzapfen. Der Staat und seine vielen Steuermilliarden sind ja für Politiker ein reines Einkaufsparadies - ein riesiger Supermarkt, aus dem man sich alles nehmen kann, was man braucht. Und das Tolle daran ist: Man braucht für nichts zu bezahlen.

Immer fanden sich auch genügend Leute - Staatsrechtler und Politikwissenschaftler und natürlich Politiker selbst -, die in gedrechselten Formulierungen und ausführlichen Abhandlungen - notfalls auch in bestens dotierten Gutachten - erklärten, wie dringend nötig die ständig erhöhten Kontributionen an die politischen Parteien doch seien und wie sehr die Demokratie daraus moralischen und auch sonstigen Nutzen ziehe.

Das mag vielleicht sogar viele Jahre durchaus zutreffend gewesen sein, aber bei einem so reichlich sprudelnden Geldsegen ist - wie bei allen wirtschaftlichen Vorgängen - irgendwann der Punkt erreicht, an dem Quantität in Qualität umschlägt. Der Punkt, an dem die politischen Parteien träge und schwerfällige Machtapparate wurden, deren vorrangiges Interesse darin besteht, sich an den öffentlichen Futtertrögen satt zu fressen.

Durch ein Urteil vom 19. Juli 1966 erklärte schließlich sogar das Bundesverfassungsgericht die Finanzierung der gesamten Tätigkeit politischer Parteien über direkte Zuschüsse aus Haushaltsmitteln für grundsätzlich verfassungswidrig und nur die Erstattung der "notwendigen Kosten eines angemessenen Wahlkampfes" für zulässig.

Man hätte denken können, das sei ein harter Schlag für die Parteien gewesen, von dem sie sich nur schwer erholt hätten. Weit gefehlt.

Die Bundestagsparteien dachten kurz nach und einigten sich schnell auf ein noch viel ergiebigeres Modell des staatlichen Geldsegens. 1967 beschlossen sie ein eigenes "Gesetz über die politischen Parteien", kurz das Parteiengesetz. Seitdem haben Parteien, die sich an Wahlen mit eigenen Vorschlägen beteiligen, und parteiunabhängige Wahlkreisbewerber (die im wirklichen Leben gar nicht vorkommen) einen Anspruch darauf, ihre Wahlkampfkosten erstattet zu bekommen. Das Gesetz wurde im weiteren Verlauf der Zeit oft geändert, weil die Parteien oft neues Geld brauchten.

Staatliche Parteienfinanzierung galt bis vor kurzem als unzulässig

Das Bundesverfassungsgericht vertrat übrigens bis 1992 die Position, staatliche Parteienfinanzierung sei unzulässig. Ob es dafür oder dagegen war, ist eigentlich ziemlich gleichgültig. Brisant war die Begründung. Es meinte nämlich, mit Staatsmitteln bekämen die politischen Parteien die Macht, den Volkswillen zu beeinflussen. Und das dürfe in einer Demokratie nicht sein. Die Demokratie sei ernsthaft in Gefahr, wenn der Staat den politischen Parteien Gelder in die Hand drückt, mit denen sie Propaganda finanzieren, die das Volk beeinflusst - mit der Folge, dass sich das Volk beeinflussen lässt, weil es der staatlich finanzierten Propaganda auf den Leim geht.

Manchmal fragt man sich, wie kacknaiv Verfassungsrichter sein können, wenn sie ernsthaft wähnen, es sei von Übel, dass politische Parteien "den Volkswillen beeinflussen". Ja, was denn sonst? Die machen doch den ganzen lieben langen Tag nichts anderes.

Politische Parteien engagieren dafür heute große Werbe- und PR-Agenturen, die den politischen Prozess und alle Wahlkämpfe von vorn bis hinten durchgestalten und keinen noch so lächerlichen Pfurz

dem Zufall überlassen, wenn es darum geht, die Wähler zu manipulieren.

Egal: Mit dieser Begründung hatte das Verfassungsgericht stets nur die Erstattung der reinen Wahlkampfkosten aus Steuergeldern erlaubt; denn im Wahlkampf um die Staatsorgane nahmen die Parteien eine staatliche Aufgabe wahr.

Geld für einfältige Sprüchekloperei ist immer reichlich da

Die Erstattung von Kosten absurd aufwändiger Wahlkämpfe mit ebenso literarisch anspruchsvollen und geistreichen Parolen wie "Der Mensch steht im Mittelpunkt", "Wir machen's", "Das Land. Die Kraft. Die Zukunft", "Hand in Hand - gemeinsam geht es besser!", "Erfolg und Erfahrung", "Wir sind bereit" oder ähnlichem Quatsch hat jedoch mit den notwendigen Kosten nichts zu tun. Für diese Form von einfältiger Sprüchekloperei bezahlen die Parteien auch noch stolze Beträge an ihre Werbeberater. Beträge, die sie zuvor den Steuerzahlern aus der Tasche gezogen haben.

1992 revidierte das Bundesverfassungsgericht seine Rechtsprechung und erklärte sogar die direkte Finanzierung der Parteien auf Staatskosten für zulässig.^[1] Damit erwarben die politischen Parteien eine staatlich finanzierte Kontrolle und einen staatlich finanzierten Einfluss auf die Meinungsbildung der Wahlbevölkerung.

Seither sind die Parteien längst von dieser Finanzierung abhängig geworden und haben den Staat von innen durchdrungen und usurpiert. Zwischen den Parteien und dem Parlament, zwischen Regierung und Verwaltung bestehen enge personelle Verflechtungen. Staatliche Amtsträger sind oft zugleich Parteifunktionäre.

Der Bundestag verabschiedete 1993 flugs ein renoviertes Parteiengesetz. Auf Grund des Parteiengesetzes erhalten die Parteien jährlich staatliche Mittel. Maßgebend für deren Höhe ist ihre "Verwurzelung in der Gesellschaft", gemessen an den Stimmen, die sie bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen erzielt haben, der Summe ihrer Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge sowie der Höhe der Spenden, die sie bekommen.

Die Summe, die der Staat jedes Jahr an alle Parteien zahlt, sollte eigentlich als "absolute Obergrenze" nicht mehr als 133 Millionen Euro betragen. Damit lässt sich allerdings auch ganz gut über die Runden kommen. Der Innenausschuss des Bundestags hat dann aber im Juli 2011 diese Obergrenze auf 141,9 Millionen Euro (2011) und schließlich auf 150,8 Millionen Euro (2012) erhöht.

Die staatlichen Mittel an eine Partei dürfen insgesamt nicht höher als die Einnahmen der Partei aus anderen Quellen wie Mitgliedsbeiträgen oder Parteispenden. Diese "relative Obergrenze" ist vor allem für Kleinparteien relevant.

Um am System der staatlichen Teilfinanzierung teilzunehmen, muss eine Partei bei der letzten Bundestagswahl oder Europawahl mindestens 0,5 Prozent der gültigen Stimmen oder bei einer der jeweils letzten Landtagswahl 1,0 Prozent der gültigen Stimmen erhalten haben.

Jetzt gibt's Großspenden und Staatsfinanzierung

Als die staatliche Parteienfinanzierung 1959 begann, rechtfertigten blauäugige Politikwissenschaftler wie Theodor Eschenburg das noch mit dem naiven Argument, dadurch werde es möglich, Großspenden zu verbieten, die stets "im Dunstkreis der Korruption stehen". [2] Doch daraus wurde nichts. Heute gibt es beides: *Großspenden und staatliche Parteienfinanzierung*. Hauptsache, es gibt Kohle - woher sie auch kommt. Sie wird stets gern genommen.

Die politischen Parteien haben es sich im System der staatlichen Parteienfinanzierung bequem gemacht. Sie bekommen ihre Millionenbeträge unabhängig davon, wie gut oder schlecht sie im Ansehen der Bevölkerung gerade dastehen. Die einzige Konstante in einer Welt steten Wandels ist: Die Geldbeträge, die politische Parteien, Mandatsträger und Funktionäre kassieren, wachsen unablässig.

Der Staat ist zu ihrem Selbstbedienungsladen geworden, und je mehr sie sich bedienen, desto stärker koppeln sie sich von der Bevölkerung ab. Sie können auch überleben, ohne von der Bevölkerung sonderlich respektiert zu werden.

Die Parteiendemokratie ist zum Parteienstaat heruntergekommen, in dem das Volk keine große Rolle mehr spielt. *Im Parteienstaat liegt die Staatsgewalt im Wesentlichen in den Händen der politischen Parteien und der Interessengruppen*. Und er ist auf dem besten Weg in den totalen Parteienstaat, in dem politischen Parteien die drei Staatsgewalten Legislative, Exekutive und Judikative kontrollieren.

Keine Hemmungen beim Griff in die öffentlichen Kassen

Beim Griff in die Kassen haben die politischen Parteien längst alle Hemmungen fallen gelassen. Jedem Bundestagsabgeordneten stehen 16.019 Euro (Stand Oktober 2013) im Monat für die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Berlin und im Wahlkreis zur Verfügung. Bis zu 12.000 Euro werden im Jahr für Büromaterial, Software, technische Ausstattung, Handy, Internet, Briefpapier, etc. gegen Einzelnachweise vom Bundestag bezahlt. Allerdings sind auch dort dem nackten Betrug Tür und Tor geöffnet.

So befindet sich das Büro eines Abgeordneten in seinem Wahlkreis meist in der Geschäftsstelle seiner Partei. Das ist praktisch; denn so bezahlt der Abgeordnete gleich das Parteibüro aus den Steuergeldern mit, die ihm für den Unterhalt seines Abgeordnetenbüros im Wahlkreis zufließen. Dafür sind die Gelder zwar nicht gedacht, doch wen schert das?

Der von den Steuerzahlern finanzierte Personalapparat von Hilfskräften für die Parlamentarier ist im Laufe der vielen Jahre gewaltig gewachsen. 1952 reichten noch 588 Beschäftigte aus, um die 400 Abgeordneten administrativ zu unterstützen. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Abgeordnetenmitarbeiter von 3.745 im Jahr 2000 auf 6.067 im Jahr 2010 deutlich erhöht. Im Durchschnitt beschäftigt heute jeder Bundestagsabgeordnete rund zehn Mitarbeiter. Es ist sehr wahrscheinlich, dass ihre Zahl in der 18. Wahlperiode noch einmal gehörig anwachsen wird; denn ihre Zahl wächst von Legislaturperiode zu Legislaturperiode - auch dies eine Art ehernes Gesetz der Bürokratie.

Hemmungslos greifen die Abgeordneten aller Parteien auch in die öffentlichen Kassen, um sich *Fraktionszuschüsse* zu bewilligen. Das begründen sie so: Die Fraktionen der politischen Parteien in den Parlamenten, übrigens auch auf Landesebene, können ja nicht als Parteiorgane angesehen werden, oder? Nein, natürlich nicht. Die haben ja mit den politischen Parteien so rein gar nichts am Hut. Sie sind Staatsorgane, und Staatsorgane müssen natürlich mit ausreichendem Geld gefüttert werden - nach dem einleuchtenden Motto: Partei ist Partei, Fraktion ist Fraktion und folglich nicht Partei, und

Schnaps ist Schnaps...

Wenn es darum geht, in die staatlichen Geldtöpfe zu greifen, sind den Politikern und den politischen Parteien die verwegenen logischen Verrenkungen gerade recht. Hauptsache, am Ende fließen die Gelder. Und die fließen...

Nach dieser fadenscheinigen und im Übrigen auch mit dem Grundgesetz nicht vereinbaren Logik haben Fraktionen Anspruch auf öffentliche finanzielle Förderung. Also haben die Fraktionen sich seit Gründung der Bundesrepublik von Jahr zu Jahr wachsende Geldbeträge aus Haushaltsmitteln bewilligt. Und sie haben dabei kräftig hingelangt: Um das Vierhundertfache sind die Fraktionszuschüsse seit 1950 gestiegen. So stark steigen noch nicht einmal die Einnahmen im Drogenhandel...

Und das hat einen zusätzlichen Vorteil: Die Gelder, die sich die Fraktionen selbst zugeschustert haben, fallen nicht unter die Parteienfinanzierung, sondern werden aus den normalen Haushalten des Bundes oder der Länder gezogen. Niemand soll sagen können, dass die Parteienfinanzierung schon wieder aufgestockt worden sei.

Der Grundsatz ist ganz einfach: Wenn man die Gelder aus möglichst vielen Töpfen zieht, steigt erstens kaum noch einer durch und zweitens verteilt sich die Gesamtsumme auf lauter kleinere Einzelbeträge. Und die Kritiker des frivolen Griffs in viele Kassen haben gewiss Schwierigkeiten eins und eins zusammenzuzählen.

Die politischen Parteien schröpfen den Staat wo sie können

Das mag auf den ersten Blick und für den unbefangenen Beobachter zunächst etwas albern und an den Haaren herbeigezogen wirken, hat aber Methode: Die politischen Parteien und die Politiker schröpfen den Staat, wo sie nur können. Sie haben dabei so gut wie keine Hemmungen. Und der Grundsatz lautet: Die partikularen Interessen der Parteien und der Politiker stehen an erster Stelle. Der Staat und die Steuern zahlenden Bürger stehen auf jeden Fall nicht an erster Stelle.

Wo immer man an der Oberfläche kratzt und den Zusammenhängen auf den Grund geht, zeigt sich stets dasselbe Muster: Die Machteliten in den entwickelten Demokratien haben sich seit langem gegen ihre Bevölkerung zusammengerottet.

Dabei gehen die Fraktionen äußerst trickreich vor. Mit den Fraktionszulagen haben sie einen Weg gefunden, die Finanzierung des Politikbetriebs aus Steuermitteln zu steigern, ohne dass kleine Parteien davon profitieren. Seit 1965 stiegen die Fraktionszuschüsse von rund fünf Millionen auf 186 Millionen Euro - eine Steigerung um das 37-Fache. Es sind Wachstumsraten, die noch sehr viel rasanter sind als das Ansteigen der Parteienfinanzierung, die sich "nur" versiebenfacht hat.

Dass es sich nicht um seriöse Finanzierungsmodelle, sondern um verschlagene Taschenspielertricks handelt, zeigt sich nach heftigen Wahlniederlagen: Wenn eine Partei eine Wahl verloren hat, dann müssten die Fraktionszuschüsse sinken, weil die Fraktionen ja kleiner geworden sind. Das wäre nur konsequent.

Doch das Gegenteil ist der Fall. Trotz Stimmenverlusten bleiben die Zuschüsse in der alten Höhe bestehen. Nachdem die CDU bei der Landtagswahl in Thüringen 2010 fast 12 Prozent der Stimmen verloren hatte, blieb der monatliche Zuschuss für die CDU-Fraktion von 120.000 Euro dennoch unverändert, obwohl er an die Zahl der Stimmen oder der Abgeordneten gebunden sein müsste.

Im selben Jahr stiegen die Fraktionszulagen in Bayern, wo die CSU 2008 eine herbe Niederlage erlitten hatte und ihr Stimmenanteil um volle 17 Prozent geschrumpft war. Die Mittel der Fraktion blieben jedoch fast unverändert, dank einer Anhebung der Fraktionszuschüsse um 39 Prozent in einem einzigen Jahr. Das gleiche Bild im Saarland: Erst eine Niederlage der Union bei der Wahl 2009 und ein Stimmenverlust

von 13 Prozent. Dafür belohnte sich die CDU und hob ihre Fraktionszuschüsse um 24 Prozent an.

Jedes Mal zogen in diesen Fällen neue Fraktionen in die Parlamente ein. Im Großen und Ganzen aber bleibt der Aufwand gleich groß; denn die Gewinne der neuen Partei gehen zu Lasten der anderen Parteien, müssten sich also beim Wahlverlierer in niedrigeren Fraktionszuschüssen niederschlagen. Tun sie aber nicht.

Wenn eine Partei nach einer Wahl nicht mehr in einem Parlament vertreten ist, verteilen die übrig gebliebenen Fraktionen die unverhofft frei gewordenen Beträge untereinander auf. Auf die Idee, die unberechtigten Mehreinnahmen den Steuerzahlern zurückzuerstatten, ist noch niemandem gekommen. Prinzip: Was man hat, das hat man und rückt es auch nicht wieder 'raus. Ganovenehre.

Bundesweit kassieren Landtagsabgeordnete darüber hinaus und zusätzlich zu ihren Diäten viele Millionen Euro Steuergeld durch verdeckte Zulagen. Das bestätigte eine im September 2010 durchgeführte Umfrage des ARD-Politikmagazins "Report Mainz" unter allen 63 Landtagsfraktionen der Flächenländer. Danach geben die Fraktionen jährlich rund 4,5 Millionen Euro für Zulagen an Funktionsträger wie Parlamentarische Geschäftsführer, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Arbeitskreisleiter aus.

Das Bundesverfassungsgericht hatte diese Zulagen in einem Urteil vom 21. Juli 2000 für verfassungswidrig erklärt, weil sie "gegen die Freiheit des Mandats und den Grundsatz der Gleichbehandlung der Abgeordneten" verstoßen. Danach gilt: "Ergänzende Entschädigungen für die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden ... und für die Ausschussvorsitzenden sind ... mit dem Verfassungsrecht unvereinbar." [3]

Systematische Verstöße gegen die Verfassung

Doch über dieses Urteil setzen sich der Bundestag und die meisten Landtage einfach hinweg. Wenn ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts den politischen Parteien nicht in den Kram passt, dann gibt's nur eines: ignorieren, ignorieren, ignorieren.

Das Bundesverfassungsgericht hatte am Beispiel Thüringens Zulagen aus Steuermitteln an Funktionsträger wie stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Ausschussvorsitzende für verfassungswidrig erklärt, weil sie "gegen die Freiheit des Mandats und den Grundsatz der Gleichbehandlung der Abgeordneten" verstoßen. Das Urteil gilt auch für den Bundestag und die anderen Landtage. Dennoch werden im Bundestag und in den meisten Landtagen unverdrossen weiter Funktionszulagen gezahlt.

Die Länder mit den höchsten jährlichen Ausgaben für Zulagen sind Bayern (940.000 Euro), NRW (880.000 Euro), Niedersachsen (570.000 Euro), Baden-Württemberg (510.000 Euro), Rheinland-Pfalz (450.000 Euro) und Sachsen-Anhalt (310.000 Euro). Darin sind die Zulagen für Fraktionsvorsitzende noch nicht einmal enthalten.

Der Präsident des Landesrechnungshofs Sachsen-Anhalt und Vorsitzende der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder, Ralf Seibicke, erklärte in Bezug auf den Landtag in Sachsen-Anhalt: "Wir haben festgestellt, dass über die Hälfte der Abgeordneten Zulagen erhalten. Da kommt man ganz klar zu dem Ergebnis, dass das nicht mehr den Intentionen des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird."

Die Landtagsfraktionen veröffentlichen nicht, in welcher Höhe sie Zulagen an einzelne Funktionsträger zahlen. Sie werden wissen, weshalb sie das nicht tun. Von Transparenz halten sie nicht viel, wenn es um die eigenen halbseidenen Einnahmequellen geht.

Viele Fraktionen geben diese Zahlen auch auf Anfrage nicht bekannt. Auf die Umfrage von "Report Mainz" unter den 63 Landtagsfraktionen der Flächenländer antworteten 35 Fraktionen mit konkreten Angaben, welche Funktionsträger welche Zulagen erhalten. 28 Fraktionen verweigerten konkrete Auskünfte. Aus den Rechenschaftsberichten der Fraktionen gehen aber in der Regel die Jahressummen hervor, die Fraktionen für Funktionsträger ausgeben.

Im Reich der reichlichen Zulagen

Auf Grundlage der Antworten der Fraktionen sowie der Rechenschaftsberichte ergibt sich eine Summe von 4,5 Millionen Euro jährlich. Diesen Betrag verteilen die Landtagsfraktionen aus Steuergeldern an ihre Funktionsträger in den Landtagen, obwohl es ein eindeutiges Verfassungsgerichtsurteil gibt, das ihnen das untersagt.

Die Höhe der jeweiligen Zulagen ist von Land zu Land und von Fraktion zu Fraktion unterschiedlich. So erhält ein Arbeitskreisvorsitzender der CSU in Bayern 2.000 Euro pro Monat zusätzlich zu seinen Diäten und Aufwandsentschädigungen, ein Arbeitskreisleiter der Linken in Sachsen-Anhalt bekommt 500 Euro. Ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD in Bayern bekommt 1.900 Euro, ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU Niedersachsen rund 3.000 Euro.

Die Abgeordneten aller Parlamente und ihre Parteien haben sich der repräsentativen Demokratie höchst komfortabel eingerichtet. Sie versorgen sich ungeniert aus dem reichen Füllhorn der öffentlichen Mittel und haben ein lebhaftes Interesse daran, dass ihnen diese Pfründe auch in Zukunft erhalten bleiben.

Den politischen Parteien ist aber auch kein noch so mieser Trick zu billig, wenn es darum geht, von irgendwoher Gelder in ihre Kassen gespült zu bekommen. Nachdem 2002 das Parteispendinggesetz verschärft wurde und Parteispenden von über 50.000 Euro seither unverzüglich beim Bundestagspräsidenten angezeigt und anschließend veröffentlicht werden und Parteispenden über 10.000 Euro in den Rechenschaftsberichten der Parteien veröffentlicht werden müssen, haben die politischen Parteien eine neue Geldquelle entdeckt: das Sponsoring.

Und das geht so: Ein Unternehmen geht mit einem Informationsstand auf eine Parteiveranstaltung wie zum Beispiel einen Parteitag. Dort informiert es über seine Produkte, bietet Kaffee und Kuchen, Brezeln oder sonstige Leckereien gratis an.

Die Parteitagsdelegierten, die sich bei den endlos langen Reden sowieso zu Tode langweilen, können sich dort gratis bedienen. Alle sind glücklich. Die Delegierten wegen des Kuchens und die Unternehmen wegen der Chance, direkten Kontakt zu Entscheidern zu bekommen. So weit, so gut.

Für die Informationsstände allerdings zahlen die Unternehmen horrenden Gebühren. So verlangte und bekam die FDP 2013 auf ihrem Parteitag in Frankfurt am Main pro Quadratmeter Standfläche 250 Euro. Die Internationale Automobilausstellung verlangt nur 150 Euro. Die Grünen verlangten auf ihrem Parteitag sogar 275 Euro, mehr als doppelt so viel wie die "Grüne Woche" (130) in Berlin. Und bei der SPD zahlten die Sponsoren mindestens 320 Euro pro Quadratmeter, fast zweimal so viel wie auf der Internationalen Funkausstellung (Ifa) (184 Euro).

Parteien machen auch Kohle mit Sponsoring

Diese Preise liegen weit über Marktniveau und sind anders als Spenden noch steuerlich absetzbar. Die SPD kassierte auf ihrem Parteitag mit Sponsoring rund eine halbe Million Euro. Es handelt sich in allen Fällen um eine illegale und verdeckte Form der Parteispende.

In den Rechenschaftsberichten kommt Sponsoring erst gar nicht vor. Die Sponsoringeinnahmen werden mit anderen zu einem Mischposten verrührt. Allein bei der SPD standen da 2011 insgesamt rund 18 Millionen Euro.

Nach Recherchen des TV-Magazins "Monitor" sind bei der CDU 250 Euro pro Quadratmeter ein normaler Preis. Für den Volkswagen-Konzern wäre das beim Bundesparteitag 2011 ein Betrag von fast 70.000 Euro. Als Parteispende müsste das sofort veröffentlicht werden, als Sponsoring-Einnahme nicht.

Und dann gibt es da noch Anzeigenwerbung in Parteizeitungen. Die meisten politischen Parteien geben mehrere Parteizeitschriften heraus. Für Anzeigen in ihren Mitgliederpostillen bekommen sie erstaunliche Preise. Zum Vergleich eine der bundesweit größten Mitgliederzeitschriften - die "Mieterzeitung". Pro tausend Exemplare kostet eine ganzseitige Anzeige bei der Mieterzeitung 18 Euro. Beim "Vorwärts" der SPD ist es wieder pro tausend Exemplare das Doppelte. Andere Parteizeitungen nehmen geradezu Mondpreise. Der Vergleichswert bei der CSU: 346 Euro. Das 19-fache der "Mieterzeitung" und immer noch das Sechsfache des "Spiegel".

Da es möglicherweise schlecht aussähe, wenn sich die politischen Parteien alle ihre Gelder aus einem einzigen Topf holen würden, haben sie sich darauf eingerichtet, Geld aus vielen verschiedenen Töpfen zusammenzuklauben. Da fällt es nicht so auf, welche Unsummen sie sich holen.

Das Familienministerium zahlt die Jugendorganisationen der Parteien

So lassen sich die Parteien ihre Jugendorganisationen natürlich aus dem Haushalt des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezahlen. Dabei handelt es sich eindeutig um verkappte Parteienfinanzierung; denn die Gelder werden nicht für fröhliche Jugendförderung mit Lagerfeuerromantik verwendet, sondern für den Nachwuchs der politischen

Parteien. So bekommen allein die Junge Union und die Jungsozialisten jeweils stolze 472.000 Euro, die Jungen Liberalen und die die Grüne Jugend je 164.000 Euro (Zahlen für 2011) und beschenken den politischen Parteien Jahr für Jahr zusätzliche 1,3 Millionen Euro. Lediglich die Jugendorganisation der Linken, Solid, bekommt kein Geld, weil sie im Ruche steht, verfassungsfeindliche Ziele zu verfolgen.

2012 schob das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg einen Riegel vor die rechtswidrige Praxis, nachdem die Jugendorganisation der Linken geklagt hatte. 2006 hatte Solid die Zuschüsse beantragt. Das Ministerium lehnte die Förderung ab, da es an der Verfassungskonformität der Organisation zweifelte.

Im Berufungsverfahren wies das Oberverwaltungsgericht die Klage nun ab, da es generelle Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Finanzierung aller Jugendorganisationen gebe. Wenn politische Jugendorganisationen vom Staat finanziell unterstützt werden, wirke sich das auf die politische Willensbildung aus.

Solid wollte eigentlich auch nur ein ordentliches Stück des Kuchens haben. Und als sie das nicht bekam, klagte sie beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das dann erst einmal die Auszahlung für alle Jugendverbände der Parteien stoppte. Dumm gelaufen.

Nur wer die Trickserei der politischen Parteien beim Staatschröpfen nicht kennt, könnte jetzt meinen, die Jugendverbände der politischen Parteien bekämen nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts überhaupt keine staatlichen Gelder mehr bewilligt. Schließlich lässt der Wortlaut des Urteils keinen Zweifel.

Doch nur wer so kacknaiv ist, noch an die Verfassungs- und Demokratietreue der politischen Parteien zu glauben, kann das ernsthaft annehmen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat natürlich schnurstracks seine Fördermittel zur Unterstützung der Jugendverbände von CDU, CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen um 200.000 Euro gegenüber dem ursprünglichen Regierungsentwurf aufgestockt. Das erklärte die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/5535) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/5339).

Und der linke Jugendverband Solid einigte sich 2013 mit dem Bundesfamilienministerium auf einen Vergleich. Er bekam 160.000 Euro gezahlt. Damit sind sämtliche vom Jugendverband zwischen 2006 und heute gestellten Anträge auf Zuwendungen aus dem Bundeshaushalt erledigt. Anträge des Verbands ab dem Haushaltsjahr 2014 wird das Ministerium auf derselben Rechtsgrundlage behandeln, die es auf Zuwendungsanträge anderer Jugendorganisationen politischer Parteien anwendet. Wer hat etwas anderes erwartet?

Man könnte die politischen Parteien gewissermaßen als Selbstversorger bezeichnen, weil sie darüber, wie sie versorgt werden, selbst entscheiden, wäre da nicht dieser etwas unschöne kleine Haken: Sie versorgen sich aus den Mitteln der Steuerzahler, das heißt, sie leben - gar nicht so schlecht - von "other people's money (OPM)", vom Geld anderer Leute. Und aus lauter Dankbarkeit richten sie dieses Land zu Grunde...

Wolfgang J. Koschnick 21.01.2014

Die entwickelte repräsentative Demokratie ist nichts als "eine Scheindemokratie im Gehäuse einer vollwertigen Demokratie." Ihre Institutionen sind leere Hülsen ohne Inhalt und ohne Substanz. Die Parlamente haben nichts zu entscheiden, was nicht an anderer Stelle und vor ihnen längst entschieden wurde. Die Wahlkämpfe sind zu bombastischen Schaukämpfen verbaler Schaumschlägerei verkommen. Selbst Parteitage - einst zentrale Orte der politischen Willensbildung und Foren der Auseinandersetzung um gesellschaftliche Zukunftsfragen - sind zu nichtssagenden Veranstaltungen geworden, die unter dem Aspekt ihrer medialen Wirksamkeit durchkomponiert werden und auf denen die Parteifunktionäre vor allem für das Fernsehen paradieren.



Der stereotype Vorwurf an die Berufspolitiker in den repräsentativen Demokratien lautet: Die wollen ja doch nur wiedergewählt werden und haben nichts anderes im Kopf. Und diese Kritik trifft ohne jeden Zweifel zu. Den Volksvertretern kommt es in der Tat nur noch auf ihr Mandat und die damit verknüpfte Versorgung an. Die politische Verantwortung ist ihnen erkennbar egal.

Am Mandat kleben sie auf jeden Fall, auch wenn sie nichts mehr zu entscheiden haben; denn die politische Verantwortung liegt heute sowieso bei den Staats- und Regierungsoberhäuptern, bei der Europäischen Kommission, und nicht mehr bei den nationalen Parlamenten oder gar den Landesparlamenten und auch nicht beim Europa-Parlament.

Die Parlamente sind entmachtet und haben die Macht ohne Bedenken abgegeben; denn sie sind ja gut versorgt und können komfortabel davon leben. Solange die Abgeordneten weiter ihr Geld bekommen und in ihrem sozialen Umfeld ein gutes Ansehen genießen, ist alles andere ihnen egal.

Und trotzdem ist das nur die halbe Wahrheit; denn der Drang zu Machterhalt und Machtgewinn ist ja für die politischen Parteien als Organisationen ungleich stärker als für den einzelnen Abgeordneten. Ein einzelner Abgeordneter überlebt auch, wenn er nicht wiedergewählt wird, aber eine politische Partei ist auf Gedeih und Verderb auf Wiederwahl, auf Machterhalt und Machtgewinn angewiesen. Sie ist zu

nichts anderem da als dazu, Wahlen zu gewinnen. Und ihr organisatorischer Apparat richtet sich nicht nur nach außen, also darauf, sich in Wahlen zu behaupten, sondern mit mindestens gleicher Energie nach innen, also darauf, die eigenen Abgeordneten zu disziplinieren, damit die nichts anstellen, was ihren Wahlerfolg gefährden könnte.

Die politischen Parteien spielen in repräsentativen Demokratien eine so zentrale Rolle, dass man zu Recht von einem Parteienstaat spricht. Die Bundesrepublik ist ein Parteienstaat. Regierungen und Parlamente werden in Bund, Ländern, Städten und sogar den Gemeinden von den Parteien beherrscht und zusammengehalten. Ihre Absprachen bestimmen die Regierungspolitik.

Wenn es darum geht, politische Ämter zu besetzen oder politische Entscheidungen zu treffen, spielen die Parteien die vorherrschende Rolle. Sie sind die bei weitem wichtigsten Träger politischer Willensbildung. Das heißt, sie nehmen die in der Gesellschaft bestehenden partikularen Interessen auf und vermitteln sie in die politischen Entscheidungsorgane. Sie haben sich den Zugang zur Macht, zu den Ämtern und zu den Pfründen gesichert. Sie sind längst reine Herrschaftsparteien.

Alle Staatsgewalt geht von der Parteienoligarchie aus

Die politischen Parteien in den repräsentativen Demokratien wie Deutschland haben ein Monopol. Doch wenn die Staatsgewalt nicht vom Volke ausgeht, sondern von der Parteienoligarchie, ist das nicht demokratisch, sondern eine Form der - wenn auch milden - Diktatur.

Bei Parlamentswahlen können die Wähler de facto nur Kandidaten wählen, die ihnen die Parteien anbieten. Daher sitzen in den Parlamenten der Gemeinden, Kreise, Länder und des Bundes ausschließlich Mandatsträger der Parteien. Die eine oder andere Ausnahme - ein einsamer parteiloser Kandidat, der tatsächlich auch noch gewählt wurde -, die mal vorkommt, bestätigt nur die Regel.

Auch die Mitglieder der Regierungen - der Bundesregierung und der Länderregierungen - werden von den Parteien vorgeschlagen. Selbst die leitenden Kommunalbeamten werden von Mandatsträgern der Parteien gewählt. Über ihre Mandatsträger nehmen die Parteien Einfluss auf die Personalpolitik.

Staat und Parteien im Parteienstaat verschmelzen fast nahtlos miteinander. [1] In Deutschland haben sich die Parteien den Staat restlos usurpiert. Es gibt keine parteilosen Machtträger mehr im Staat. Vertreter der Parteien beherrschen alle Staatsorgane und -funktionen, ja selbst den halb- und vorstaatlichen Raum wie gemeinnützige Einrichtungen, Stadtwerke, Gerichte, öffentlich-rechtliche Rundfunksender. Sie haben den Staat unter ihre Kontrolle genommen, lassen sich überwiegend von ihm finanzieren und bezahlen mit staatlichen Geldern ihre eigene Wahlpropaganda.

Die Trennung von Staat und den Regierung und die Gewaltenteilung sind im Laufe der Jahrzehnte immer stärker verwischt, weil der Einfluss der Parteien sich wie ein Pilzgeflecht immer weiter über nahezu alle staatlichen und halbstaatlichen Institutionen ausgebreitet hat. Die Parteien beherrschen nicht nur die gesetzgebenden Körperschaften, sie üben auch den entscheidenden Einfluss auf die Wahl und Kontrolle der Regierung, sowie die Gesetzgebung selbst aus.

Über Exekutive und Legislative hinaus haben die Parteien durch die Wahlausschüsse auch maßgeblichen Einfluss auf die Besetzung der obersten Gerichte. Nicht nur im öffentlichen Dienst handhaben Parteien inzwischen Ämterpatronage und Parteibuchwirtschaft ohne alle Scheu. Direkt oder indirekt beeinflussen sie die Berufungspolitik an den Hochschulen ebenso wie Personalfragen bei öffentlich-rechtlichen Einrichtungen.

Faktisch werden alle im Staat oder im staatsnahen Raum zu besetzenden Stellen und Positionen, zum Beispiel bei Rundfunk und Fernsehen, von den Parteien und Fraktionen besetzt, die dann dafür von den Amtsinhabern durch Parteisatzungen oder Beitragsordnungen in verfassungswidriger Weise abkassiert werden.

Die Parteien haben den Staat fest im (Würge-)Griff

Amtsträger wie Wirtschaftsbürgermeister, Regierungspräsidenten, Landräte, Universitätsrektoren, Schuldirektoren, Verfassungsrichter, Amtsrichter, Geschäftsführer der Gesetzlichen Krankenkassen, Direktoren der Stadtwerke, Vorsitzende des Verwaltungsrats von Landesbanken, die Aufsichtsräte staatlicher Einrichtungen, die Intendanten des öffentlichen Fernsehens und Rundfunks, die Direktoren von Sparkassen, Krankenhausdirektoren etc. werden in aller Regel von den politischen Parteien berufen.

Das faktische Verhalten und der Einfluss der Parteien bestätigen die Beobachtung Richard von Weizsäckers aus den frühen 1980er Jahren, dass "sie sich den Staat zur Beute gemacht haben". [2]

Der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch bezeichnet die permanente Krise der konsolidierten repräsentativen Demokratien als "Postdemokratie". Genauer gesagt behauptet er, dass die bestehenden Demokratien auf einen idealtypischen Zustand zusteuern, den er Postdemokratie nennt. Das ist ein Zustand, in dem Vertrauensverlust, fehlender Glaube an Veränderung und politische Apathie das Bild der Bevölkerung prägen.

Das Wundersame daran ist, dass die institutionellen Grundgerüste der Demokratie - wie freie Wahlen, Parteienwettbewerb, Gewaltenteilung - formal weiterhin funktionieren. Sie haben jedoch jegliche Legitimation verloren, weiterhin die Grundlage der Demokratie darzustellen. Wahlen und demokratische Vorgänge dienen nur noch als Deckmantel, um das Regieren einer kleinen privilegierten Machtelite zu legitimieren.

Dabei sind die demokratischen Institutionen und Verfahren formal, aber auch nur formal, völlig intakt - es gibt einen Wettbewerb der politischen Parteien, regelmäßig werden Wahlen abgehalten und formal funktioniert auch noch die Gewaltenteilung. Aber wahre Demokratie erschöpft sich nicht in Formalismen.

Eine formale Demokratie ohne Substanz ist inhaltslos. Und de facto sind die Institutionen der entwickelten Demokratien entkernt, weil die Bürger nicht länger am politischen Geschehen teilnehmen. Sie sind teilnahmslos geworden. Das liegt nicht an den Bürgern, sondern an der Substanzlosigkeit der politischen Willensbildungsprozesse.

Da die westlichen Demokratien jedoch auf bürgerschaftlichem Engagement und damit auf Legitimation basieren, reißt dort eine Legitimationslücke auf, die das politische System durch Output - Gesetze, Entscheidungen, Verordnungen und sonstige Regelungen - notdürftig füllt.

In der Postdemokratie spielen die Wähler keine Rolle mehr

Die Postdemokratie ist also ein Regierungssystem, in dem die formalen demokratischen Institutionen de facto von privilegierten Wirtschaftseliten kontrolliert werden und nicht mehr von den Bürgern. Galt früher eine Demokratie durch ihren Input, die Partizipation ihrer Bürger, als legitim, so rechtfertigt sie sich in postdemokratischen Zeiten vornehmlich durch ihren Output.

Die Wähler spielen, wenn überhaupt, nur noch eine untergeordnete Rolle und sind für die Entscheidungsfindung nicht mehr wichtig. Das System der politischen Willensbildung löst sich vom einstigen Souverän der Demokratie ab und funktioniert ohne ihn weiter.

Man kann das im Wortsinn beschreiben. Die *Herrschaft* - griechisch: *κρατία* - trennt sich vom Souverän, dem *Volk* - griechisch: *δῆμος* - und macht alleine weiter. Doch eine Volksherrschaft, in der das Volk nicht vorkommt, ist nur noch Herrschaft, keine Volksherrschaft, keine Demokratie. Am Ende also pure Herrschaft ohne demokratische Basis.

Doch es ist an den Haaren herbeigezogen, zwischen formalem Funktionieren und materiellem Nichtfunktionieren zu unterscheiden. Ein demokratisches System lässt sich auf reine Formalismen nicht reduzieren. Wenn es in der Substanz entleert ist, dann funktioniert es auch formal nicht. Dann funktioniert es überhaupt nicht. Der Apparat rattert bloß richtungslos, aber keinesfalls geräuschlos, vor sich hin.

Eine lebendige Demokratie kann nicht ohne den konstruktiven Dialog zwischen Regierenden und Regierten, zwischen Politikern und Bürgern auskommen. Und erst in einem solchen Dialog entfaltet sich gelebte Demokratie. Formale Demokratie ist keine Demokratie. Noch nicht einmal eine leere Hülse. Sie ist überhaupt keine Demokratie.

Nur noch geschmierte Räderwerke im Leerlauf

In den entwickelten repräsentativen Demokratien funktionieren auch die institutionellen Grundgerüste schon lange nicht mehr. Wenigstens nicht mehr auf demokratische Weise. Auch nicht formal. Es sieht wohlgeschmierte Räderwerke, die ineinander greifen und wie ein Uhrwerk ablaufen. Sie sind völlig pervertiert und zu Instrumenten des Machterhalts und der Versorgung der herrschenden Machteliten verkommen.

Wahlkämpfe sind nur noch von PR-Experten inszenierte Schauspiele, die einige politische Themen für die Bevölkerung theatralisch in Szene setzen und ihr dabei vorgaukeln, sie hätte etwas zu entscheiden und etwas auszuwählen. Sie hat aber nichts auszuwählen; denn die Themen haben sich die Parteiführer und ihre PR-Agenten schon vorher herausgepickt, und zwar nicht nach dem Gesichtspunkt, welche Themen der Bevölkerung unter den Nägeln brennen. Ganz im Gegenteil, solche Themen werden absichtlich ausgeblendet.

Ausgewählt werden Themen, mit denen man Wahlen zu gewinnen hofft. In Wahrheit darf die Bevölkerung nur herunterschlucken, was die Parteizentralen ihr vorgekauft haben. Die Bevölkerung ist zum Wiederkäufer der Parteien degradiert worden.

Die Bürger spielen dabei nur noch eine passive oder gar apathische Rolle, unfähig zur eigenen Gestaltung der politischen Auseinandersetzung. Im Rücken dieser Inszenierung des Wahlspiels findet der tatsächliche politische Prozess statt und zwar in Form einer privatisierten Interaktion zwischen gewählten Regierungen und Eliten, die größtenteils die Interessen wirtschaftlich starker Akteure vertreten.

An die Stelle einer durch Wahlen vermittelten Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an den politischen Entscheidungen sind intransparente Verhandlungen getreten, und der demokratische Prozess dient einzig der Erzeugung von Massenloyalität.

Wahlen ohne Sinn und Substanz

Nach Crouch ist eine Postdemokratie "ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden ..., in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben". [3]

Die Einbeziehung der Bevölkerung in Wahlen dient nur dazu, die Loyalität der Massen zu erhalten, da so der demokratische Schein bestehen bleibt. Denn in dem auf die Wahlen folgenden politischen Prozess hat man es mit einer Interaktion der gewählten Regierung und den "Akteuren aus der Wirtschaft" zu tun. Die eigentlich vorausgesetzte Interaktion zwischen den gewählten Repräsentanten im Parlament und der Bevölkerung fehlt. Crouch postuliert [4]:

Je mehr sich der Staat aus der Fürsorge für das Leben der normalen Menschen zurückzieht und zulässt, dass diese in politische Apathie versinken, desto leichter können Wirtschaftsverbände ihn - mehr oder minder unbemerkt - zu einem Selbstbedienungsladen machen. In der Unfähigkeit, dies zu erkennen, liegt die fundamentale Naivität des neoliberalen Denkens.

Durch den Begriff Postdemokratie kann man nach Crouch [5] besser

Situationen beschreiben, in denen sich nach einem Augenblick der Demokratie Langeweile, Frustration und Desillusionierung breitgemacht haben; in denen Repräsentanten mächtiger Interessengruppen ... weit aktiver sind als die Mehrheit der Bürger ...; in denen politische Eliten gelernt haben, die Forderungen der Menschen zu manipulieren; in denen man die Bürger durch Werbekampagnen "von oben" dazu überreden muss, überhaupt zu Wahl zu gehen.

Mit anderen Worten: Die entwickelte repräsentative Demokratie ist nichts als "eine Scheindemokratie im institutionellen Gehäuse einer vollwertigen Demokratie". [6] Alle Institutionen sind leere Hülsen ohne Inhalt und ohne Substanz. Die Parlamente haben nichts mehr zu entscheiden, was nicht an anderer Stelle und vor ihnen längst entschieden wurde. Die Wahlkämpfe sind zu großangelegten Schaukämpfen verkommen, in denen außer Schaumschlägerei nichts passiert.

Selbst Parteitage - einst zentrale Orte der politischen Willensbildung und Foren der Auseinandersetzung um wichtige gesellschaftliche Zukunftsfragen - sind nichtssagende Veranstaltungen geworden, die überwiegend unter medialen Wirkungsaspekten durchkomponiert werden und auf denen vor allem für das Fernsehen paradiert wird. Und der Parteivorsitzende muss immer eine "kämpferische Rede" halten, die überzeugend begründet, warum es nur eine einzige Partei existiert, die alle Probleme der Politik zu lösen vermag, und warum er der nächste Kanzlerkandidat werden muss.

Parteitage wie einst bei den Kommunisten

Der Politikwissenschaftler Arnulf Baring hat für Parteitage nur noch blanke Verachtung übrig. Sie sind nach seinen Worten "streng hierarchisch von oben nach unten durchorganisiert... Es gelingt kaum einem Kritiker, als Delegierter zu einem Parteitag entsandt zu werden." Parteitage sind für ihn gar "Veranstaltungen, wie wir sie aus ehemals kommunistischen Ländern kennen".

Auch Bürger, die sich nicht viel mit Politik befassen, haben den Zirkuscharakter des öffentlichen

Auftretens von Politikern und politischen Parteien längst durchschaut und reagieren mit Verachtung, Desinteresse und Apathie. Man kann ihnen das nicht verübeln. Denn statt Personen und Institutionen, die sich für das Gemeinwohl einsetzen, bekommen sie die rhetorischen Kunststückchen von Zirkusgäulen vorgeführt. Das langweilt. Es ist doch nur konsequent, wenn sie aufhören, sich überhaupt für Politik zu interessieren und immer seltener wählen gehen.

Das große Wuseln: Hektische Betriebsamkeit als Politikersatz

Wolfgang J. Koschnick 27.01.2014

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 9

Die 9. Folge unserer demokratiekritischen Artikelreihe schaut einmal genauer hin, womit Abgeordnete in den Parlamenten ihre Zeit verbringen: Mit dem Parlamentarismus war ja stets die Vorstellung verknüpft, dass eine Regierung durch kultivierte Debatte möglich sei, dass also die Vernunft von Entscheidungen wie einst Phoenix aus der Asche aus Diskussionen emporsteigen könne. Doch selbst in der Frühzeit des Parlamentarismus war das eine reine Utopie. In den hoch ritualisierten Debatten moderner Parlamente ist von vornherein jede Hoffnung darauf begraben, dass aus dem primitiven und dennoch zahnlosen Parteiengebrüll auch nur Rudimente von Vernunft hervorgehen könnten.



Bleibt die Frage: Was tut so ein Parlamentarier den ganzen Tag? Eins ist sicher: Alle Abgeordneten haben dicht gedrängte Terminkalender und lange Arbeitstage. Doch womit verbringen sie ihre Zeit und wie sinnvoll verbringen sie die? Ist das blinde Betriebsamkeit oder leisten sie produktive Arbeit?

Da viele Abgeordnete Wert darauf legen, es den Bürgern zu vermitteln, dass sie ungeheuer viel arbeiten müssen, geben sie gern Einblicke in ihre Tagesabläufe. Und das erleichtert es ungemein, sich ein Bild davon zu machen, was sie leisten oder auch nicht leisten.

Zunächst einmal besteht kein Zweifel daran: Abgeordnete sind pausenlos im Einsatz. Im Schnitt ist jeder Abgeordnete wohl über 70 Stunden in der Woche amtlich beschäftigt. In Sitzungswochen verbringen sie die meiste Zeit in Sitzungen, mit administrativen Aufgaben und mit Routinetätigkeiten. In der sitzungsfreien Zeit informieren sie sich, pflegen Kontakte, arbeiten sich in neue Themen ein und verfassen Manuskripte. ^[1]

Sie arbeiten sehr viel - auch an den Abenden und an den Wochenenden. Sie eilen von Termin zu Termin und von Gremium zu Gremium. Ständig in der Hatz. Wenig oder gar kein Stillstand. Bei den Terminen und in den Gremien treffen sie auf Leute wie sie selbst, die ihrerseits von Termin zu Termin und von Gremium zu Gremium hetzen.

Aus Unternehmen, in denen eine Sitzung die nächste jagt, weiß man, dass bei den meisten dieser Veranstaltungen wenig oder nichts herauskommt. Unternehmen, in denen zu viel getagt wird, sind erfolglos. Wirksames Handeln braucht Entscheidungen, nicht endlose Palaver.

Natürlich hat jeder Abgeordnete seinen eigenen Tagesablauf, und der lässt sich nicht verallgemeinern. Aber es gibt naturgemäß eine ganze Reihe von Tätigkeiten, denen jeder Abgeordnete nachgehen muss. In der Regel ist ein Bundestagsabgeordneter acht bis fünfzehn Stunden pro Tag mit diversen Tätigkeiten beschäftigt. Das fängt mit der Sichtung von Post und Zeitungen an und endet mit meist mehrstündigen Fraktions-, Arbeitsgruppen-, Ausschuss-, Kommissions-, Plenar- und sonstigen Gremiensitzungen. Hinzu kommen Interviews, der Empfang von Besuchergruppen aus dem Wahlkreis und die Vorbereitung von Reden.

Außerhalb der Sitzungswochen stehen neben der Vorbereitung auf die Sitzungswochen Termine im Wahlkreis an: Viele Bundestagsabgeordnete bieten Bürgersprechstunden an, nehmen an örtlichen Veranstaltungen teil und pflegen Kontakte auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Zudem üben einige wenige Abgeordnete auch noch zeitweise einen eigenen Beruf aus, den sie allenfalls in den sitzungsfreien Wochen betreiben können.

Die wilde Hatz von einem überflüssigen Termin zum nächsten

Fasst man die Vielfalt der Aktivitäten kategorisierend zusammen, so ergibt sich: Parlamentarier sitzen entweder mit anderen Parlamentariern in irgendwelchen Gremien und diskutieren, in Plenarsälen und hören zu oder sprechen selbst, oder sie besuchen Veranstaltungen, auf denen sie entweder selbst reden oder aus anderen Gründen anwesend sind.

Viele dieser Termine sind völlig überflüssig und kommen überhaupt nur dadurch zu Stande, dass es viele Amts-, Mandats- und Funktionsträger gibt, die sich gern auf Versammlungen, bei Empfängen oder sonstigen Gelegenheiten mit ihresgleichen treffen, weil sie sonst richtig arbeiten müssten und mit ihrer vielen Zeit sonst kaum etwas anzufangen wüssten.

Es ist die Eigendynamik der Existenz vieler Amts-, Mandats- und Funktionsträger. Allein weil es sie gibt, wird es für sie notwendig, sich mit anderen Amts-, Mandats- und Würdenträgern zum Palaver zu treffen. Man kommt nicht umhin, ihnen zu bescheinigen, dass sie umtriebig sind. Aber Umtriebigkeit hat mit Effizienz nichts zu tun.

Dazwischen telefonieren sie häufig, treffen andere Leute wie zum Beispiel Lobbyisten, besuchen Firmen, Institutionen, Vereine oder Ähnliches und manchmal verreisen sie auch, um sich beispielsweise ein Bild vom Fortschritt des Städtebaus in Kuala Lumpur, auf Hawaii oder auch in anderen warmen Ländern zu machen.

Zu den bevorzugten Zielen ihrer hochamtlichen Dienstreisen zählen auf jeden Fall Länder mit hohem Freizeitwert. Und wie es auf solchen Reisen mitunter zugeht, darüber empörte sich sogar der deutsche Generalkonsul in San Francisco in einem Bericht an das Auswärtige Amt. Danach zeigten sich die Delegationsmitglieder des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag auf einer Kalifornienreise vorwiegend an Freizeitangeboten wie der Golden Gate Bridge, Fisherman's Wharf oder einer Tour mit der Cable Car interessiert. Und als eine Abgeordnete mit ihrem Rollstuhl, den sie wegen eines gebrochenen Fußes beanspruchte, nicht zurechtkam, verlangte ein anderer Parlamentarier barsch: "Wir brauchen einen Neger, der den Rollstuhl schiebt." Der Spiegel-Artikel ist besonders aufschlussreich, weil normalerweise von solchen "Dienstreisen" nichts nach außen dringt. Und anscheinend gehört es auch zum Stil der Abgeordneten, die Zeit im Wesentlichen mit Shopping zuzubringen und sich auf mannigfache Weise lächerlich zu machen, wie die Berichte über eine Reise des Ministers für Entwicklungshilfe und die Vorsitzende des Entwicklungsausschusses im Bundestag nach Burma und Laos zeigen. [2]

Reisen gehen am liebsten in warme Länder mit hohem Freizeitwert

Die Reisetätigkeit nimmt von Jahr zu Jahr gewaltig zu. Bevorzugt sind während der kalten Jahreszeit Fernreisen in wärmere Gegenden. 2010 reisten die Abgeordneten des Bundestags so oft wie nie zuvor

ins Ausland. Der Höchststand aus dem Jahr 2008 wurde um 125 Reisen übertroffen. 2010 standen insgesamt 3,7 Millionen Euro für Reisen zur Verfügung. 2007 umfasste der Reiseetat noch gut eine Million weniger, 2009 lag er schon bei 2,3 Millionen Euro.

725 Mal zog es die Volksvertreter 2010 ins Ausland. Zusätzlich zu diesen Einzelreisen registrierte die Verwaltung 78 Delegationsreisen ins Ausland. Einen vorläufigen Höchststand erreichten die Parlamentarier 2008 mit knapp 600 Auslandsreisen. 2009 reisten Bundestagsabgeordnete einzeln nur 378 Mal ins Ausland. Damals war in Deutschland gerade Wahlkampf. Da konnte man unmöglich weg. Der Kampf um das eigene "Pöschtle" ist denn doch noch ein gehöriges Stück wichtiger als eine schöne Reise in die Südsee.

Damals ermahnte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) die Abgeordneten schriftlich, sich wegen der bis dahin schon hohen Zahl der Reisen "auf unabdingbar notwendige Reisevorhaben zu beschränken".

Er hätte sich zu dieser Aufsehen erregenden Ermahnung gewiss nicht veranlasst gesehen, wenn er davon überzeugt gewesen wäre, dass die viele Reiserei einen höheren Sinn hat und nicht vielfach einfach nur dazu diene, den ach so hart arbeitenden Abgeordneten schöne Fernreisen auf Kosten der Steuerzahler zu verschaffen.

Vor allem die größeren Delegationsreisen mit meist sechs bis acht Abgeordneten verschlingen Riesenbeträge. Der Bundestagsausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung etwa reiste 2010 nach Mexiko und in die Vereinigten Staaten. Überhaupt sind die USA eines der beliebtesten Reiseländer der Abgeordneten: Fünf größere Delegationen weilten dort 2010, die Aufenthalte dauerten in der Regel eine Woche. Auch im Juni, kurz vor der parlamentarischen Sommerpause, packten einige Abgeordnete gern in größeren Gruppen die Koffer: zweimal Russland, zweimal Frankreich und zweimal Belgien, hinzu kamen Delegationstrips nach Norwegen und Litauen.

Doch nur, wer die ausgeprägte Neigung der Damen und Herren Abgeordneten zur Selbstbedienung nicht kennt, kann nicht ahnen, was geschah, nachdem der Bundestagspräsident sie sanft ermahnt hatte, nicht so viel in der Gegend umherzureisen. Genau, sie sagten sich: jetzt erst recht und legten noch einmal eine dicke Schippe drauf - eine richtig dicke Schippe.

Allein von Oktober 2011 bis zum Ende der 17. Legislaturperiode unternahmen sie 1169 Reisen in aller Herren Länder. Gesamtkosten: 6,88 Millionen Euro - gut 2 Millionen mehr als in den ersten beiden Jahren der Legislaturperiode. Eine Zunahme von 41 Prozent.

Am häufigsten gab es Einzeldienstreisen von Abgeordneten (745), Reisen zu Konferenzen von Internationalen Parlamentarierversammlungen (189) und Ausschuss-Reisen (148). Die weitesten Dienstreisen unternahmen einzelne Abgeordnete: Einer musste nach Neuseeland und ins Südsee-Paradies Tonga. Ein anderer Abgeordneter bereiste Fidschi und einer musste nach Australien und Samoa. Insgesamt dreimal reisten Delegationen oder einzelne Abgeordnete nach Kuba.

Kurios sind meist die Begründungen für die Fernreisen. So musste Bundestagsvizepräsident Eduard Oswald (CSU) samt Delegation gleich zweimal dringend nach Südamerika zu "einem Meinungsaustausch über bilaterale Fragen". Ja, worüber denn sonst?

Der Petitionsausschuss des Bundestages, der sich um Beschwerden der Bundesbürger über Behördenwillkür kümmern soll, musste dringend in der Mongolei und in Südkorea nach dem Rechten sehen. Bestimmt auch wieder was enorm Bilaterales. Eine andere Delegation des Ausschusses musste an der Weltkonferenz des Internationalen Ombudsmann Instituts in Neuseelands Hauptstadt Wellington teilnehmen - natürlich im November, dann ist dort gerade Sommer. Bei uns ist Winter.

Reisefleißig waren auch die Mitglieder des Sportausschusses. Sie reisten im November 2011 nach

Besonders eifrig reiste auch der Verkehrsausschuss, der übrigens vom heutigen Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter geleitet wurde. Delegationen flogen nach Brasilien und Singapur, um sich über Verkehrs- und Logistikfragen auszutauschen. Außerdem musste der Ausschuss nach Slowenien, Kroatien und Griechenland, um sich über die griechischen Autobahnen zu informieren. Auch Litauen, Lettland und Estland standen auf dem Besuchsprogramm. Vier Mitglieder des Haushaltsausschusses informierten sich auf Kuba "über den Stand der Reformbemühungen nach dem Rückzug von Fidel Castro aus dem aktiven Regierungshandeln".

Die Abgeordneten: Viel zu tun, wenig zu sagen

Wie immer man das sieht: Ernst zu nehmende Entscheidungsprozesse sind bei den vielen Abgeordnetentätigkeiten kaum dabei. Das hat einen leicht zu erklärenden Grund: Der immens wuselige Aufwand steht in keinem Verhältnis zur Entscheidungsverantwortung eines einzelnen Abgeordneten; denn er hat zwar viel zu tun, aber wenig zu sagen.

Falls Parlamentarier jemals etwas zu sagen gehabt haben sollten, so hat inzwischen eine Verlagerung stattgefunden: Die Masse der Parlamentarier nimmt an Entscheidungen des Parlaments nur noch dadurch teil, dass sie ihrer Fraktionsspitze folgen und deren Wünschen entsprechend abstimmen.

Daran ändern auch die paar Entscheidungen nicht, in denen die Fraktionsspitzen die Abgeordneten vom Fraktionszwang "freistellen". Das tun sie ohnehin nur in Fällen, in denen es nicht darauf ankommt.

Und die wenigen Fälle, in denen es für die Fraktionsspitzen nicht darauf ankommt, geraten unversehens zu Sternstunden des Parlamentarismus. So geschehen im Juli 2011, als der Bundestag über die Zulässigkeit der Prä-Implantations-Diagnostik (PID) entschied und eine der niveauvollsten Debatten geführt wurde, die das Parlament je erlebte.

Während "normale" Bundestagsdebatten vielfach dadurch charakterisiert sind, dass die Abgeordneten verbal jeweils gegen die Kollegen der Gegenfraktion(en) auskeilen, bestand dafür in dieser Debatte keinerlei Notwendigkeit. Es wurde einfach nur auf höchstem Niveau und mit dem größten Respekt vor den Vertretern der Gegenmeinung ein komplexes Thema ausdiskutiert. Kein Geschrei, kein Gebrüll, kein Parteiengezänk, kein aufgeblasenes Getöse. Aber das ist und bleibt die Ausnahme.

Und die Ausnahme zeigt umgekehrt eben auch: Die Abgeordneten sind durchaus intelligente, nachdenkliche Menschen mit Niveau. Der Zwang zu primitiv polarisierender Keilerei liegt im System der parlamentarischen Debatte zwischen Regierung und Opposition, bei der es auf Betonung der Gegensätze und dessen, was beide trennt, ankommt und eben nicht darauf, Sachverhalte klärend zu erörtern.

Dazu fragte der ehemalige Bundestagsvizepräsident Burkhard Hirsch (FDP) im November 1999: "

Warum aber fordern Abgeordnete gelegentlich, etwa bei einer Abstimmung zu § 218 StGB oder beim Waffenexport, eine Abstimmung solle "freigegeben" werden, wenn sie ohnehin frei ist? Es muss schon erstaunen, dass auch große Fraktionen, selbst bei sehr komplizierten Gesetzgebungsvorhaben, fast stets einmütig abstimmen. Bei den namentlichen Abstimmungen, bei denen Namenskarten abgegeben werden und das Stimmverhalten des einzelnen Abgeordneten im Protokoll festgehalten wird, gilt das erst recht.

Die Debattenkultur in den Parlamenten ist tot

In der Frühzeit des Parlamentarismus entstand das Ideal und die Realität der klassischen parlamentarischen Debatte: Hochgebildete und hochintelligente Köpfe der gehobenen Rhetorik tauschten in brillanter Rede geistreich Gedanken miteinander aus.

Es war ein intellektuelles Vergnügen und eine Bereicherung, ihnen zuzuhören. Oft gelang es den Debattenrednern, ihre Zuhörer so eindringlich von ihren Argumenten zu überzeugen, dass diese ihnen am Ende gar zustimmen konnten, ihnen aber auf jeden Fall ihren Respekt entgebrachten.

Diese Form der geistvollen parlamentarischen Debatte gibt es nicht mehr. Sie ist tot. Sie ist

unwiederbringlich auf dem Altar der Parteiendemokratie geschlachtet worden.

Als Instrument der Streitkultur ist die klassische Überzeugungsdebatte unter dem Einfluss des politischen Parteiensystems, der Fraktionsdisziplin und der Verbreitung von Parlamentsdebatten in Funk und Fernsehen für alle Zeiten ausgerottet worden, weil es im Parlament niemanden mehr gibt, den man überzeugen müsste. Da sind ja alle schon willige Parteigänger der eigenen Fraktion.

Die parlamentarische Diskussion und das Aushandeln von Gesetzen und Verordnungen sind de facto nicht mehr als ein Schattenboxen. Ein Schaukampf. Denn die Entscheidungen, um die es geht, sind längst gefallen, bevor die Debatte überhaupt begonnen hat.

Der demokratische Diskurs ist in den heutigen Parlamenten zur bloßen *Eristik* verkommen, zur Kunst, um jeden Preis Recht zu behalten, zur blöden Rechthaberei. "Eristische Dialektik" nannte der deutsche Philosoph Arthur Schopenhauer (1788-1860) ein posthum veröffentlichtes Werk, in dem er 38, nicht immer ganz ernst gemeinte rhetorische Kunstgriffe beschrieb, die es ermöglichen sollen, aus Streitgesprächen als Sieger hervorzugehen und zwar auch dann, wenn Tatsachen gegen die eingenommene Position sprechen. Er verstand die Kunstgriffe als Beispiele für *rabulistische Argumentation*.

Es geht nicht mehr darum, andere Parlamentarier zu überzeugen. Die Fronten bestehen so oder so und können durch noch so überzeugende Rhetorik nicht mehr erschüttert werden. Es geht auch nicht mehr darum, parlamentarische Mehrheiten zu gewinnen oder zu verändern. Auch die stehen längst fest. Die Entscheidungen sind getroffen und sind *vor Beginn der Debatte* unverrückbar.

Eigentlich bräuchte man überhaupt nicht mehr darüber zu reden; denn das Reden wird so oder so an den getroffenen Entscheidungen nichts mehr ändern. Es geht ausschließlich darum, in den Parteien, den Fraktionen oder sonstwo im Vorfeld der Debatte getroffene Entscheidungen vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Das Stichwort lautet nicht mehr "parlamentarische Debatte mit Niveau" sondern "Schlagabtausch".

Parlamente sind Austragungsstätten für leeres Geschwätz

Kritiker werfen den Parlamentariern manchmal vor, dass sie ihre Reden "zum Fenster hinaus" halten. Was für ein Aberwitz! Alle parlamentarischen Reden werden "zum Fenster hinaus" gehalten. Parlamentarische Reden werden nur noch "zum Fenster hinaus" gehalten. Sie brauchen niemanden mehr zu überzeugen. Alle haben schon ihre unerschütterlichen Standpunkte, Überzeugungen kann man das ja kaum nennen. Sie brauchen auch niemanden mehr mit Gedanken und Überlegungen zu beeindrucken, auf die er vorher noch nicht gekommen ist.

Selbst wenn jemand auf neue Gedanken oder Überlegungen käme, würde das nichts ändern. Und sie brauchen auch nicht einen Gedankenaustausch anzuregen. Wozu braucht man noch einen Austausch von Gedanken, wenn die neuen Gedanken am eigenen Handeln doch nichts ändern?

Die Antwort ist eindeutig: Man braucht ihn überhaupt nicht. Als Foren der parlamentarischen Debatte sind Bundestag und Länderparlamente leere Gefäße, Austragungsstätten für aufgeblasenes hohles Geschwätz.

Mit dem Parlamentarismus eng verknüpft war ja stets die naive Vorstellung, dass so etwas wie eine Regierung durch kultivierte Debatte möglich sei, dass also die Vernunft von Entscheidungen wie einst Phoenix aus der Asche aus Diskussionen emporsteigen könne - so wie das aus den geistreichen Debatten im antiken Athen und Rom möglich gewesen zu sein schien. Doch selbst in der Frühzeit des Parlamentarismus war das eine reine Utopie. Auch als die Parlamentarier noch auf weitreichend homogener, sozial privilegierter Basis diskutierten, ging es um handfeste Eigeninteressen.

In den hoch ritualisierten Debatten moderner Parlamente ist von vornherein jede Hoffnung darauf begraben, dass aus dem primitiv-rechthaberischen und dennoch zahnlosen Parteiengebrüll auch nur Rudimente von Vernunft hervorgehen könnten.

Um überhaupt möglich zu sein, müsste eine konstruktive Streitkultur in irgendeiner Weise institutionalisiert sein, also etwa dadurch, dass eine seriöse Debatte wenigstens dazu führen kann, dass einzelne Abgeordnete anders abstimmen und sich womöglich gar die Mehrheitsverhältnisse ändern.

Doch wenn das möglich wäre, bräche unweigerlich das bestehende Gleichgewicht der Kräfte in jedem Parlament zusammen. Das wiederum ist aber durch die Rolle der politischen Parteien und der Fraktionen völlig ausgeschlossen. Jede Änderung der Mehrheitsverhältnisse gefährdet die Regierung. Und weil das so ist, erscheint es ausgeschlossen, und zwar total. Folglich gibt es keinerlei Anreiz zur kultivierten oder auch nur halbwegs zivilisierten Debatte.

Verbaler Schlagabtausch und dröhnende Rhetorik

Deshalb geht es bei parlamentarischen Debatten nur darum, ein bisschen gegen die jeweiligen Gegner zu pöbeln. Und da primitive Pöbelei beim Publikum nicht so gut ankommt, findet im Plenum stets nur ein verbaler "Schlagabtausch" statt. Aber selbst den will das Publikum inzwischen auch nicht mehr hören. Er ist ja auch geistlos und langweilig und führt vor allem zu gar nichts.

Die Debattenredner geben so durch ihr eigenes Verhalten überdeutlich zu erkennen, wie tief sie selbst davon inzwischen davon überzeugt sind, dass sie als Parlamentarier nichts mehr zu sagen und nichts mehr zu entscheiden haben. Sie nehmen sich selbst nicht mehr ernst und überkompensieren diese unbewusste Einsicht durch besonders dröhnende Rhetorik.

Wäre es anders, würden sie in den parlamentarischen Debatten seriöser auftreten. Die primären Adressaten ihrer Reden im Plenum sind nicht mehr die anderen Debattenteilnehmer, sondern

gegenwärtige oder künftige Zuschauer, die überhaupt nicht im Plenum anwesend sind: vor allem das Fernsehpublikum. Das Ritual der parlamentarischen Debatte ist zur billigen Show verkommen.

Und da es überhaupt nicht mehr darum geht, die Debattenteilnehmer der anderen Fraktionen zu überzeugen, zu beeinflussen und sie mit Argumenten zu konfrontieren, die sie beeindrucken könnten, können die Redner der Gegenseite getrost aggressiv attackiert werden - geht es doch vor allem darum, sie möglichst effektiv zu demontieren.

Das Resultat dieses Verfalls der Debattenkultur ist ein niveauloses Schmierentheater, in dem die Beteiligten rabaukenhaft gegeneinander auskeilen - einer der Gründe für die in vielen Jahren gewachsene Politikverdrossenheit großer Teile der Bevölkerung: Das einfältig-rechthaberische und selbstgefällige Gewäsch parlamentarischer Debattenredner ist dem Publikum längst zuwider. Verbale Prügeleien und wechselseitige Schuldzuschreibungen sind das genaue Gegenteil dessen, was ein Volk mit Fug und Recht von einem Parlament erwarten kann.

Geradezu rührend wirkt es da, wenn der Bundestagspräsident Norbert Lammert seine Politikerkollegen ermahnt, ihr Umgang untereinander sei oft ein "wechselseitiger rhetorischer Wettbewerb", der nicht gerade zu einem positiven Bild in der Öffentlichkeit beitrage. Deshalb seien sie zum Teil selbst schuld an ihrem schlechten Image und landeten zu Recht in Umfragen auf dem vorletzten Platz unter 17 Berufen.

Die Kritik ist zwar gerechtfertigt, aber nutzlos; denn in einer parlamentarischen Entscheidungssituation, in der es notwendig nur um Polarisierung und Betonung von Gegensätzen gehen kann, besteht ein objektiver Zwang zur rabulistischen Keilerei, dem sich die Abgeordneten auch dann kaum entziehen können, wenn sie das möchten.

Täten sie nicht wenigstens das und könnten sie nicht wenigstens die Gegenseite mit Unrat überhäufen, müssten sie womöglich erkennen: Diese Debatte hat überhaupt keinen Sinn und auch keinen höheren Zweck. So wollen wir uns doch wenigstens daran erfreuen, dass wir's der Gegenseite mal wieder so richtig gezeigt haben.

Der Niedergang der Debattenkultur in den Parlamenten steht allerdings in eklatantem Gegensatz zu den Notwendigkeiten unserer Zeit. Auch dies *ein*Indiz dafür, dass die Welt der entwickelten repräsentativen Demokratien aus den Fugen geraten ist.

Die parlamentarische Debatten(un)kultur passt nicht mehr

Das Informations- und Kommunikationszeitalter erfordert eine neue Diskurskultur. Der banale Streit darum, wer jetzt gerade Recht hat und schon immer Recht hatte oder die besseren Konzepte verfißt, ist nicht mehr zeitgemäß und verantwortungslos. Gebraucht wird eine Lösungskultur und ein gemeinsamer Lösungsdialog, der Parteigrenzen überwindet, nicht aber sie in Stein meißelt.

Es festigt sich im Lande die Überzeugung, dass unser Parteiensystem, in welcher Farbkombination auch immer, den heutigen Herausforderungen in keiner Weise gewachsen ist und daher von der Krise verschlungen werden wird, wenn es nicht die Kraft zur durchgreifenden Erneuerung findet. Wenn unsere Parteien weder programmatisch noch personell in der Lage sind, die Bevölkerung mit klaren Alternativen zu konfrontieren und damit Richtungsentscheidungen zu erzwingen, ist diese Republik am Ende.

Arnulf Baring^[3]

Aber eine Diskurskultur, die Lösungen für Probleme zu erarbeiten versucht, kann aus einer parlamentarischen Parteiendemokratie aus strukturellen Gründen nicht hervorgehen. Man kann sich das von Herzen wünschen - so wie den Weltfrieden. Aber der wird deshalb auch nicht kommen. Die Struktur der Parlamente in Parteienstaaten mit ihren Regierungsmehrheiten und Oppositionsminderheiten steht einer lösungsorientierten Diskurskultur entgegen und macht sie

unmöglich.

Es hilft nicht, wenn man bloß über die Politiker und ihre nichtssagenden Reden in den Parlamenten schimpft; denn dahinter stehen institutionelle Zwänge, und erst wenn die beseitigt sind, wird eine parlamentarische Redekultur möglich sein, bei der am Ende sinnvolle Ergebnisse herauskommen.

Wolfgang J. Koschnick 03.02.2014

Warum geht aus den Aktivitäten großer Gremien wie Parlamenten, Fraktionen, Kommissionen oder Parteitage so viel kollektiver Blödsinn hervor, obwohl da lauter gescheite Leute versammelt sind. Die Sozialpsychologie kennt seit langem das rätselhafte Phänomen, dass Gruppenentscheidungen oft eklatant leichtsinniger, verantwortungsloser und verböhrter als individuelle Entscheidungen sind. Die Mitglieder unterwerfen sich der Gruppe. Groupthink ist die Tendenz zu kognitiver Gleichschaltung und zur Preisgabe der sachlichen Distanz zur eigenen Gruppe. Der Einzelne verschwindet im Nichts. Die Dissipation der Verantwortung in demokratischen Gremien führt dazu, dass keiner individuelle Verantwortung trägt.



Das leuchtet auf den ersten Blick unmittelbar ein. Selbst sehr kritische Menschen entdecken bei dem einen oder anderen Politiker, wenn sie ihn in einer Talkshow sprechen hören, dass eigentlich ganz vernünftig ist, was er so sagt.

Doch dann betrachtet derselbe unbefangene Beobachter die Resultate dieser Politik in Regierungen, Parlamenten, Fraktionen und Parteitagen, und schon bricht wieder das nackte Entsetzen ob des politischen Alltags über ihn herein.

Die Sozialpsychologie hat sich spätestens in den 1970er Jahren ausführlich mit dieser Frage beschäftigt und kann heute Antworten geben. Sie werfen allerdings kein gutes Licht auf den parlamentarischen Betrieb und stellen seine Leistungsfähigkeit in Frage.

Die Sozialpsychologen haben für das Phänomen einen Begriff geprägt: "Groupthink" oder auf Deutsch "Gruppendenken". Ausnahmsweise einmal ist der englische Ausdruck sehr viel plastischer und aussagekräftiger als der deutsche.

Sozialpsychologen hatten immer wieder dieses rätselhafte Phänomen beobachtet, dass Gruppenentscheidungen oft markant schlechter als individuelle Entscheidungen sind, weil die einzelnen Mitglieder einer Gruppe die Tendenz haben, sich - entgegen ihrer persönlichen Meinung - dem Urteil der Gesamtgruppe zu unterwerfen, um die Einheit der Gruppe zu fördern.

Groupthink ist also die Tendenz von Gruppen zu kognitiver Gleichschaltung und zur Preisgabe der sachlichen Distanz gegenüber der Gruppe und ihren Handlungsplänen.

Die Gefahr des Gruppendenkens besteht in seiner ausgeprägten Starrheit, Verbohrtheit und Irrationalität. Im Extremfall werden die gemeinsamen Denkvorstellungen der Gruppe zum Dogma erhoben, das gegen jede Vernunft dennoch eine hohe Anziehungskraft entfalten kann.

Die Orientierung an einem wirklichkeitsfernen Dogma kann im ungünstigsten Fall bis zum Untergang der Gruppe führen - ganz so wie die Vielzahl der Groupthink-Verirrungen die demokratischen Systeme an den Rand des Abgrunds geführt hat und womöglich auch in den Untergang führen wird.

Sahra Wagenknecht hat das sehr viel plastischer zum Ausdruck gebracht: Wenn man mehrere Monate lang als Berufspolitiker mit nichts anderem als dem Politikbetrieb beschäftigt sei, dann sei es nahezu unausweichlich, dass man nach und nach verblödet. Die politische Tretmühle macht es jedermann schwer, seine geistige Gesundheit zu verteidigen.

Oft tritt das "Groupthink"-Phänomen zusammen mit der Tendenz zum "risky shift" (Risikoschub) auf. Risky Shift bedeutet, dass Gruppen riskantere Entscheidungen als Einzelpersonen treffen, weil die Konsequenzen einer Fehlentscheidung sich auf alle Gruppenmitglieder verteilen. Kein Einzelner ist individuell verantwortlich. Je größer also ein Parlament ist, desto mehr verschwindet die Verantwortung des Einzelnen in der Masse. Etwaige Bedenken fallen der Gruppenstimmung zum Opfer und werden nicht mehr geäußert.

Das ist bei der schlecht durchdachten Einführung des Euros sehr deutlich geworden. Heute gehen alle Politiker, die für diese Entscheidung verantwortlich waren und damit den Völkern Europas schwersten Schaden zugefügt haben, auf seltsame Art und Weise davon aus, dass die Eurokrise so ähnlich wie eine Naturgewalt, wie ein Tsunami, über Europa hereingebrochen ist und nicht etwa durch das verantwortungslose und irrationale Handeln von Politikern.

Noch keiner von denen hat bisher eingeräumt: "Wir haben große Schuld auf uns geladen und gnadenlos geschlampt." Im Gegenteil, sie alle versuchen, sich nun als großartige Manager der Krise zu bewähren, zu der es ohne ihr Fehlverhalten überhaupt nie gekommen wäre.

Und dabei lügen sie sicherlich noch nicht einmal bewusst, sondern glauben offenbar redlich, dass alle möglichen anderen für die Krise verantwortlich sind, nur nicht sie selbst. *Die Dissipation der Verantwortung in demokratischen Gremienentscheidungen führt dazu, dass keiner glaubt, er trage individuelle Verantwortung.*

Die Verantwortung lastet auf vielen, vielen Schultern. Und die eigene Schulter ist wie durch ein Wunder gerade nicht dabei. Die meisten verlassen sich darauf, dass all die anderen schon wissen werden, was sie tun und schließen sich der Mehrheit an. So entstehen Mehrheiten ohne innere Überzeugung und aus reiner Ignoranz.

Dabei spielt offenbar auch die stets wachsende Größe der Entscheidungsgremien eine wichtige Rolle. Je größer die Gremien, desto besser können sich die einzelnen Mitglieder in der Menge verstecken.

Das haben Peter Egger von der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) Zürich und Marko Köthenbürger von der Universität Kopenhagen festgestellt, als sie die Finanzen von rund 2.000 bayerischen Kommunen untersuchten: Je mehr Abgeordnete in einem Stadtrat sitzen, desto höher sind die Ausgaben - unabhängig von der Einwohnerzahl.

In Problemlösungssituationen zeigen sich "hot cognitions". "Heiße Kognitionen" sind hoch emotionale, motivationale Aspekte des Denkens - im Gegensatz zu den rationalen "kalten Kognitionen". Eine "heiße Kognition" führt zu einer schnellen und quasi-automatischen Reaktion auf eine Situation und lädt daher geradezu zu Fehlentscheidungen ein. Heiße Kognitionen werden durch Stress ausgelöst, der durch den Zwang entsteht, eine rasche Problemlösung herbeiführen zu müssen.

TINA herrscht alternativlos

Warnungen werden ignoriert oder mit schwachen Argumenten in den Wind geschlagen. Die Gruppe behauptet, diese Lösung sei "alternativlos" - "There is no alternative". Spötter verkürzten dies rasch auf TINA.

Eine Suche nach besseren Alternativen findet daher erst gar nicht statt. Die Aufmerksamkeit der Gruppe konzentriert sich ausschließlich auf die positiven Aspekte einer Handlung, und die Lösungsvorschläge werden nur bruchstückhaft diskutiert und durchdacht.

Die Gruppe hält hartnäckig an ihren Fehlentscheidungen fest und meint, dass sich das Blatt nach einigen anfänglichen Fehlschlägen rasch zum Besseren wenden werde. Die Auswirkungen können dramatisch sein. Nachdem eine Aktion erst einmal in Gang gesetzt wurde, wird sie bis zum bitteren Ende und ohne Rücksicht auf Verluste durchgefochten.

Die Missgeschicke und negativen Reaktionen werden auf eine schlechte Ausführung der Entscheidung zurückgeführt. Die Entscheidung an und für sich wird aber als weiterhin richtig empfunden und gegenüber Kritikern geradezu mit Zähnen und Klauen verteidigt.

Das ist nicht etwa die Beschreibung der öffentlichen Diskussion über den "Euro-Rettungsschirm". Dies sind sozialpsychologische Erkenntnisse aus den 1970er Jahren. Sie klingen aber wie ein brandaktueller Kommentar zur Bewältigung zur Euro-Schuldenkrise von 2011/2012. Genauso verhalten sich demokratische Gremien, wenn sie sich in Fehlentscheidungen verrannt haben.

Erstmals wissenschaftlich analysiert hat 1972 der amerikanische Psychologe Irving L. Janis (1918-1990) das Groupthink-Phänomen. Er untersuchte Ereignisse in der jüngeren US-Geschichte, die im Rückblick nach der allgemeinen Überzeugung aller verantwortungsbewussten Beobachter auf eindeutigen Fehlentscheidungen beruhten: Pearl Harbor, Koreakrieg, McCarthy-Ära, Invasion in der Schweinebucht und Vietnamkrieg. Er versuchte zu klären, warum Gruppen von höchst kompetenten Beratern diese offensichtlichen Fehlentscheidungen auch noch sehenden Auges vorantrieben.

Den Begriff Groupthink entwickelte Janis, um zu erklären, wie es kommt, dass hoch qualifizierte Gruppen, die zudem Zugang zu den geheimsten Informationen hatten, häufig völlig dumme und verfehlte Entscheidungen treffen.

Zentrale Erkenntnis der Untersuchung war, dass die Beraterstäbe einer starken Gleichschaltung im Denken unterworfen waren. Dieses Phänomen nannte Janis "Groupthink".

Nach Irving L. Janis hat das *Groupthink Syndrome* [2] acht Symptome, die sich in drei Gruppen einteilen lassen:

Überschätzung der Macht und Moral der Gruppe:

1. Illusion der Unverwundbarkeit bei allen oder den meisten Gruppenmitgliedern. Sie führt zu maßlosem Optimismus und verleitet dazu, extreme Risiken einzugehen.
2. Glaube an die der Gruppe eigene Moral. Er führt dazu, dass man die ethischen oder moralischen Folgen seiner Entscheidungen nicht beachtet.

Scheuklappendenken:

3. Gemeinsame Anstrengung, die eigenen Entscheidungen zu rationalisieren, um Warnungen oder andere Informationen zu entwerten, die dazu führen könnten, dass man seine Entscheidungen nochmals überdenkt und gegebenenfalls revidiert.

4. Eine stereotype Sicht der Gegner als zu böse, um mit ihnen echte Verhandlungen zu versuchen, oder als zu schwach oder zu dumm, um den riskanten eigenen Vorgehensweisen zu begegnen.

Uniformitätsdruck:

5. Selbstzensur gegen Abweichungen vom anscheinenden Gruppenkonsens. Die einzelnen Gruppenmitglieder halten deshalb Bedenken oder Einwände zurück.

6. Illusion der Einmütigkeit.

7. Druck auf Gruppenmitglieder, die Einwände vorbringen gegen Stereotype, Illusionen und Engagements der Gruppe. Widerspruch wird als Illoyalität gebrandmarkt.

8. Auftreten von selbsternannten Zensoren, die die Gruppe abschirmen gegen Informationen und Meinungen, die die Gruppe in ihrer Selbstgefälligkeit und Selbstgerechtigkeit erschüttern könnten.

Groupthink führt dazu [3], dass man

Alternativen nur höchst unzureichend erarbeitet;

mögliche Zielsetzungen nur unzureichend erarbeitet;

die Risiken der gefällten Entscheidung mangelhaft überlegt;

einmal verworfene Alternativen nicht mehr in Betracht zieht;

sehr mangelhaft Informationen sammelt;

Informationen tendenziös auswertet;

keine Vorkehrungen für etwaige Hindernisse, Rückschläge oder Versagen trifft.

Die Verantwortlichen verstecken sich in der Masse

Zu den gefährlichsten Einzelphänomenen von Gruppenentscheidungen gehört die *Entindividualisierung*. Die Mitgliedschaft in einer Gruppe bringt es mit sich, dass sich der Einzelne weniger unmittelbar für sein Handeln verantwortlich fühlt. Die Wahrscheinlichkeit, in der Gruppe entdeckt zu werden und zur Rechenschaft gezogen werden zu können, ist sehr gering, daher sinkt das Verantwortungsbewusstsein des Einzelnen für die eigenen Handlungen.

Er versteckt sich in der Gruppe. Folglich tut er als Gruppenmitglied Dinge, zu denen er sich allein nie bereitgefunden hätte. *Der Einzelne verschmilzt jenseits aller Vernunft mit der Emotionalität der Gruppe*. Und tatsächlich kann die Zugehörigkeit zu einer Gruppe dem Einzelnen ein Gefühl nie gekannten Selbstbewusstseins und persönlicher Stärke vermitteln.

Untersuchungen zeigen, dass bei Gruppenentscheidungen häufig die Position der Mehrheit oder der Person mit dem höchsten Status angenommen wird. Groupthink kann zur Folge haben: eine Konformität im Denken, einen Konsens um jeden Preis, ein übersteigertes Wir-Gefühl, kaum einen Blick nach außen, eine Unterdrückung gegenteiliger Meinungen.

Einmal gefällte Entscheidungen werden verteidigt, unabhängig davon, ob sie tatsächlich die erhoffte Wirkung haben oder noch schlimmere Entscheidungen bedingen. Eine Wissensentwicklung und ein Wissenserwerb werden in einem solchen Umfeld kaum erfolgen.

Gruppendenken ist eine Form des kollektiven Irrsinns

Gruppen wie Parteien, Parlamente, Fraktionen haben die Tendenz zum Groupthink. Groupthink prägt immer wieder die Politik demokratischer Systeme. Es ist eine Form des kollektiven Irrsinns, in den sich

Gruppen bis hin zu ganzen Nationen immer wieder hineinsteigern. Und sie wird stets dadurch gefördert, dass die Parlamente immer größer werden: Riesenapparate, in denen der Einzelne sich verliert. Der 1. Bundestag hatte noch 402 Abgeordnete und ist seither ständig gewachsen. Der 18. Bundestag bringt es mit seinen 631 Abgeordneten ein Organisationszyklop.

Auch in der deutschen Politik gab und gibt es solche Phasen des kollektiven Wahnsinns, in denen alle rationalen Kontrollen außer Kraft sind.

Klassisches Beispiel ist die Phase grenzenloser Euphorie nach der Wiedervereinigung, als niemand hören wollte, dass es ökonomischer Unfug war, die Mark der DDR eins zu eins gegen die DM umzutauschen, und die langanhaltende Phase der Einführung des Euro, als niemand sich für die Gegenargumente der Kritiker interessierte, die da lauteten, die Einführung einer gemeinsamen Währung ohne jede koordinierte Wirtschaftspolitik müsse in die Katastrophe führen.

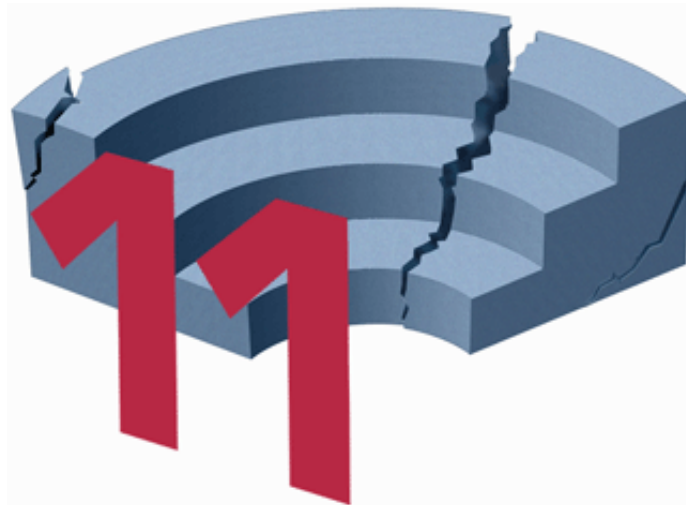
Und das Groupthink-Phänomen setzt sich fort: Eine auf sich gestellte (abgeschottete) Gruppe (die europäischen Politiker und besonders die europäischen Finanzminister) neigt plötzlich zur Kohäsion, weil unter externem Stress und Zeitdruck eine gemeinsame Entscheidung gefragt ist. Ohne große Diskussion, Hauptsache man kommt irgendwie durch und übersteht den Entscheidungsdruck. Dann gibt es keinen mehr, der kritische Fragen stellt, Alternativen werden nicht mehr ausreichend berücksichtigt; denn alle Entscheidungen sind ja absolut alternativlos...

Parlamentarier im Würgegriff des Fraktionszwangs

Wolfgang J. Koschnick 10.02.2014

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 11

Die viel zitierte Freiheit des nur seinem Gewissen unterworfenen Abgeordneten ist eine aufgeblasene Lebenslüge des Parlamentarismus. In der politischen Praxis stimmen die Fraktionen stimmen so gut wie immer geschlossen ab. Wenn sich einzelne Abgeordnete widersetzen, bekommen sie die geballte Macht der Instrumente der Fraktionsdisziplin zu spüren. Abweichler werden nicht geduldet. Ein zweites Mal wagt das so gut wie keiner, der noch etwas werden will. Tatsächlich sind die Abgeordneten aller Parteien nicht viel mehr als die willfährigen Sklaven ihrer Fraktionsführungen: Abstimmviech. Sie können und wollen es sich nicht leisten, einmal aufzumucken, wenn sie ihren Parlamentssitz behalten wollen.



Über die Entscheidungsfreiheit des Abgeordneten wird stets gebetsmühlenhaft die Bestimmung des Grundgesetzes (GG) zitiert: Nach Artikel 38 des Grundgesetzes (GG) sind Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Nach Artikel 46 GG darf kein Abgeordneter in irgendeiner Weise gerichtlich, dienstlich oder sonst außerhalb des Bundestags wegen seiner Abstimmung zur Verantwortung gezogen werden.

Juristisch mag das so sein. Politisch stimmt das ganz sicher nicht. Die Abgeordneten sind so frei, wie sie es sein wollen - wenigstens dann, wenn sie keine Karriere machen wollen. Niemand kann sie zwingen, bei einer Abstimmung die Hand zu heben oder sie unten zu lassen oder eine blaue, rote oder weiße Abstimmungskarte abzugeben.

Soweit die Theorie. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Unbestritten und unbestreitbar ist, dass die Fraktionen so gut wie immer einmütig abstimmen. Das gilt nicht nur bei namentlichen Abstimmungen, bei denen Namenskarten abgegeben werden und das Stimmverhalten des einzelnen Abgeordneten im Protokoll festgehalten wird.

Viele Abgeordnete kommen ja überhaupt erst kurz vor einer Abstimmung ins Plenum und schauen, wann der Stimmführer ihrer Fraktion die Hand hebt oder welche Farbe die Stimmkarte hat, die der Geschäftsführer seiner Fraktion an der Urne hochhält.

Manche kommen nur, weil die "Stallwache" der Fraktion im Plenum über die Rufanlage der Fraktion durchgeben ließ, dass die Mehrheitsverhältnisse im Plenum gefährdet seien und die Kollegen bitte ins Plenum kommen mögen; denn wenn jemand eine namentliche Abstimmung versäumt, wird ihm Geld abgezogen.

Die volle Abgeordnetenentschädigung wird ausgezahlt, wenn ein Abgeordneter an den Pflichtsitzungen des Bundestags teilnimmt und seine Anwesenheit durch meine Unterschrift bestätigt. Üblicherweise gilt in den Sitzungswochen Anwesenheitspflicht von Dienstag bis Freitag. Verpasst jemand einen Sitzungstag oder vor allem eine namentliche Abstimmung, gibt es pro Tag Abzüge zwischen 50 bis 100 Euro.

Immer mal wieder kommt es vor, dass trotz aller Disziplinierungsmaßnahmen und Drohungen ungewiss ist, wie Abstimmungen ausgehen. Und immer wenn die Fraktionsspitzen nicht sicher sind, was passieren könnte, lassen sie es erst gar nicht auf den Versuch ankommen, wie die Mehrheit wohl ausfallen könnte. Das wäre ja auch einfach zu demokratisch-naiv gedacht. Nein, dann wird erst mal geübt, und zwar so lange, bis das Richtige herauskommt.

Die Freiheit des Abgeordneten ist noch nicht einmal eine Illusion

Probeabstimmungen dienen nicht etwa dazu, mal ein bisschen herumzuprobieren, wie die Abgeordneten sich wohl entscheiden könnten. Sie sind ein Instrument der Disziplinierung.

Kommt bei einer Probeabstimmung nicht das gewünschte Ergebnis heraus, nimmt sich die Fraktionsspitze die Wackelkandidaten in der eigenen Fraktion zur Brust und beknet sie unter Einsatz vielfältiger Druckmittel. Wenn sie dann schließlich versprechen, "richtig" abzustimmen, kommt die nächste Probeabstimmung. Und bis alle Abgeordneten zur Raison gebracht sind, können schon mal mehrere Probeabstimmungen nötig werden.

Als im September 2011 nicht ganz sicher war, wie die Abgeordneten von CDU/CSU und FDP über den Euro-Rettungsschirm abstimmen würden und ob die Regierung eine eigene "Kanzlermehrheit" zu Stande bringen würde, führte man so lange Probeabstimmungen durch, bis sicher war, dass sich bei der endgültigen Abstimmung das gewünschte Ergebnis einstellen würde.

Die Abstimmung von September 2011 zeigte auch, dass selbst die bloß*symbolische Fraktionsgeschlossenheit* größere Bedeutung für politische Parteien hat als eine satte Mehrheit.

Damals war ja von Anfang an klar, dass die SPD ihrerseits den Euro-Rettungsschirm unterstützen wollte. Die Regierung hätte sich also entspannt zurücklehnen und sich sagen können: Die Mehrheit haben wir so oder so in der Tasche.

Doch der Druck zur Geschlossenheit der eigenen Reihen war so irrational stark, dass unbedingt eine *eigene Kanzlermehrheit* her musste. Eine Abstimmung mit den Stimmen der politischen Gegner war denn doch nicht ausreichend, um das angestrebte Bild der totalen Geschlossenheit der eigenen Fraktionen nach außen zu transportieren. Man könnte fast von einer Art des demokratischen Stalinismus sprechen.

In der Regel kommt denn auch wirklich das heraus, was dabei herauskommen soll - vor allem wenn bei den ersten Probeabstimmungen noch nicht das Richtige herauskommen ist.

Dann nämlich werden zwischen den Abstimmungen den abweichenden Abgeordneten so lange und so energisch die üblichen Dosierungen von Zuckerbrot und Peitsche verabreicht, bis sie endlich so abstimmen, wie es von ihnen verlangt wird.

Nur ganz selten geht das auch mal schief, wie bei der Wahl des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten im März 2005, als die amtierende Ministerpräsidentin Heide Simonis von der SPD sich viermal zur Wahl stellte, in Probeabstimmungen stets genügend Stimmen bekam, aber am Ende dennoch nicht gewählt wurde.

Das mag erklären, weshalb sie sich freiwillig den Entscheidungen ihrer Fraktionen unterwerfen. Aber es weist zugleich auf ein Dilemma hin: Um zu erreichen, dass Abgeordnete widerstandslos und ungeprüft den Entscheidungen der eigenen Fraktionsspitze folgen, braucht man keine kompetenten und erst recht keine unabhängigen Abgeordneten. Da reicht es völlig hin, wenn man einen gehorsamen Parteisoldaten hat, der brav alles abnickt, was man ihm vorsetzt. Und das ist nun einmal die einzige Qualifikation eines Parlamentariers, die wirklich gebraucht wird. Er muss spüren.

Wer von der Fraktionslinie abweicht, ist ein Verräter

Doch in Wahrheit sind die politischen Parteien und ihre Fraktionen überhaupt keine Gesinnungsgemeinschaften. Sie *verhalten* sich nur so. Sie tun so, als sei der Kitt, der sie alle zusammenhält, eine gemeinsame Gesinnung. Und weil sie das alle glauben, halten sie in den Parlamentsfraktionen zusammen wie Pech und Schwefel.

Wer abweicht, gilt als Verräter. Und er ist es in gewissem Umfang auch; denn wenn eine Regierung einmal bei einer wichtigen Abstimmung keine Mehrheit bekommt, bedeutet das in aller Regel ihr Ende.

Fälle von Abweichung sind außerordentlich selten, ja, sie kommen so gut wie gar nicht vor. Aber wenn sie vorkommen, enden alle ähnlich: Der Abweichler wird gemobbt und isoliert und gibt entweder selbst auf oder wird abgestraft - in der Regel dadurch, dass seine Wiederwahl unmöglich gemacht wird. Wer von der Mehrheit abweicht, darf alle Hoffnungen auf eine Karriere in Partei, Fraktion oder gar Regierung fahren lassen.

Eine freie und unabhängige Meinung kann sich ein Abgeordneter, der auch noch eine Karriere machen möchte nicht leisten - schon gar nicht in Schicksalsfragen für die eigene Partei, Fraktion oder gar Regierung.

Bei anderen Themen mag das anders sein: Wenn er sich den Luxus einer eigenen Meinung zur Lage der Landwirtschaft in der südlichen Mongolei leistet, nimmt ihm das wohl niemand krumm...

Fraktionsdisziplin ist sogar in einem gewissen Umfang durchaus vernünftig, wie Burkhard Hirsch schreibt^[2]:

In einer arbeitsteiligen Organisation ist man darauf angewiesen, den Spezialisten zu vertrauen und danach zu urteilen, was die jeweiligen Spezialisten für das betreffende Arbeitsgebiet in der Fraktion dazu vorgetragen haben. Politik ist nicht nur Einzelleistung, sondern Teamarbeit. Niemand ist Spezialist für alles. Es gibt in jeder Fraktion eine sorgfältige Arbeitsteilung, Sprecher für bestimmte Gebiete, deren Glaubwürdigkeit bei dem politischen Partner wie dem Gegner davon abhängt, dass die Fraktion ihren Verabredungen folgt.

Das ist die eine Seite des Vorgangs. Die andere allerdings ist längst nicht so positiv, wie Burkhard Hirsch schreibt:

"Schwierig und unter demokratischen Gesichtspunkten auch problematisch werden diese Prozeduren jedoch dann, wenn es um Verabredungen der Fraktionsführungen mit dem Koalitionspartner, um Herzensangelegenheiten der von der Fraktion gestützten Regierung oder der eigenen Minister handelt oder wenn es um politische Reizthemen geht, bei denen jeder Abgeordnete seine eigene Meinung haben kann und haben muss.

Es ist ganz offenkundig, dass bei solchen Grundfragen eine massive Hierarchisierung der Meinungsbildung eingetreten ist, also der Versuch der Führungsspitze einer Fraktion, Grundentscheidungen zu treffen, sie gegebenenfalls mit der Führung der anderen Koalitionsfraktion zu verabreden und dann in der Fraktion durchzusetzen.

Typische Vorgänge dieser Art sind die Teilnahme der Fraktionsvorsitzenden in Begleitung eines Geschäftsführers an der Kabinettsitzung oder die Bildung sogenannter Elefantenrunden, an denen neben dem Bundeskanzler und den unmittelbar beteiligten Ministern die Fraktionsvorsitzenden, Generalsekretäre, Fraktionsgeschäftsführer, manchmal sogar (!) der zuständige Fachsprecher der Fraktion teilnehmen, wenn er nicht nur gebeten wird, für den Fraktionsvorsitzenden einen Sprechzettel anzufertigen. Allzu große Nähe zum Detail erschwert eben den Überblick, und da verlässt man sich lieber auf die stets zur Verfügung stehenden Fachbeamten der Minister.

Hat diese Koalitionsrunde ein Projekt beschlossen, dann wird es vor und von den einschlägigen Medien verkündet: 'Die Koalition hat beschlossen... und so weiter.' Die Sache soll entschieden sein, bevor sie das Parlament überhaupt erreicht hat, und meistens ist sie es auch. Wer dann noch Fragen hat, wird zum Bremsklotz am Siegeswagen der Koalition oder Fraktion. Es wird peinlich genau darauf geachtet, dass die entsprechende Tischvorlage den Fraktionen in den Sitzungen zur gleichen Zeit vorgelegt wird. Es wird mit einem gewissen mahnenden Unterton sofort mitgeteilt, dass die andere Fraktion schon entsprechend beschlossen habe und gefragt, was denn die Öffentlichkeit wohl denken solle, wenn es 'bei uns' so lange dauert. Da sei doch die Handlungsfähigkeit und die Geschlossenheit in Gefahr - und so weiter, man kennt das bis zum Überdruß.

Die notwendige Gruppensolidarität wird zum Instrument der Fraktionsführungen, um die Willensbildung unter Druck zu setzen, ja unter den moralischen Zwang, dass sonst der von allen gewünschte langfristige politische Erfolg von den kleinlichen oder individualistischen Bedenken der 'gewissenspolitischen Sprecher' gefährdet wird. Es ist eine tatsächlich gebrauchte Bezeichnung für diejenigen, die ein erzieltes Verhandlungsergebnis problematisieren."

Burkhard Hirsch: Wer wagt es, nein zu sagen. Erfahrungen aus dem Innern. In: Freitag vom 26. November 1999

Der parlamentarische Tiger hat keine Zähne

Tatsächlich herrscht bei den meisten Parlamentsentscheidungen Fraktionszwang. Wenn ein Abgeordneter von der Fraktionssolidarität abweichen möchte, begründet er das in der Regel in der vorangehenden Fraktionssitzung. Wenn das die Mehrheitsverhältnisse nicht tangiert, gilt das meist als mehr oder auch weniger unproblematisch.

Wenn sein Abweichen allerdings die Mehrheitsverhältnisse bei der Abstimmung gefährden sollte, kann sich ein Abgeordneter das nicht leisten. Dann herrscht ein unerbittlicher Fraktionszwang.

Und bei den Abgeordneten, die einer Regierungskoalition oder einer Regierungsfraktion angehören, ist der Fraktionszwang noch unerbittlicher als bei der Opposition. Schon der reine Selbsterhaltungstrieb gebietet es, dass sich die Mitglieder einer Regierungsfraktion dem Zwang zur einheitlichen Abstimmung ohne Wenn und Aber unterwerfen.

Soweit wir Mitglieder der Regierungsfraktion sind, sind wir im Grunde, was Kontrolle und Gesetzgebung anlangt, nicht mehr in der Rolle des Parlaments nach der klassischen Gewaltenteilungslehre.

Hansjörg Häfele [3]

Mit anderen Worten: *Das Parlament verzichtet in seiner Mehrheit freiwillig und ohne wirkliche Not auf seine vornehmste und angeblich wichtigste Aufgabe, die Kontrolle der Regierung, und überlässt das lieber der Opposition.* Doch die ist machtlos und kann eigentlich nur wirkungslos schimpfen. Der parlamentarische Tiger hat keine Zähne, und die Opposition ist nur ein kleiner Rohrspatz...

Diese Erkenntnis übrigens ist in allen ernst zu nehmenden Analysen des Abstimmungsverhaltens von Abgeordneten seit langem wohl bekannt.

So schrieb der Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim 1994 [4]:

Parlamentsmehrheit und Regierung bilden heute in der Praxis eine parteipolitische Einheit, weil die Wiederwahl der Mitglieder der Mehrheitsfraktion wesentlich vom Erfolg der Regierung abhängt. Dieser parteipolitische Monismus bewirkt, dass regelmäßig nur die Opposition wirklich kontrolliert. Sie ist aber in der Minderheit und kann deshalb keine Sanktionen gegen die Regierung und ihre Mehrheit im Parlament beschließen. Es besteht also die missliche Situation, dass die Mehrheit des Parlaments die Regierung zwar kontrollieren könnte, dies aber nicht will, während die Opposition die Regierung kontrollieren will, dies aber - mangels der Mehrheit im Parlament - nicht wirksam tun kann. Ohne wirkliche Gewaltenteilung hängt die Kontrolle, die auf das Gegeneinander von Parlament und Regierung hin konzipiert ist und deshalb Mehrheitsbeschlüsse des Parlaments verlangt, weitgehend in der Luft.

Fraktionsdisziplin ist kein demokratisches Instrument

Das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten im Bundestag und in den Länderparlamenten ist in jeder Legislaturperiode ausgiebig untersucht worden. Das Ergebnis war stets das Gleiche: Sie folgen bei praktisch allen Entscheidungen der Fraktionsdisziplin. Ausnahmen gibt es so gut wie keine.

Wie so oft gibt es auch eine Reihe von nachvollziehbaren Argumenten, die für eine Fraktionsdisziplin sprechen. Das soll hier gar nicht en détail diskutiert werden.

Auf jeden Fall ist die Durchsetzung von Fraktionsdisziplin kein ur- und erdemokratischer Prozess. Die Fraktionsdisziplin allein wäre kein Problem, fügte sie sich nicht in eine Vielzahl von undemokratischen Prozeduren ein, die einander in ihrer Fülle zur Degenerierung der entwickelten Demokratie ergänzen.

Fraktionsdisziplin ist ein hierarchisches Instrument, mit dem Entscheidungen jedenfalls nicht von unten nach oben stattfinden. Die Richtung ist umgekehrt: von oben nach unten. Und wenn Entscheidungen in Parlamenten von oben nach unten stattfinden, dann ist das jedenfalls nicht gerade das Muster gelebter Demokratie.

Im Kinderglauben an das Funktionieren der Demokratie geht alle Macht vom Volke aus, das seine Abgeordneten in die Parlamente wählt. Und die Parlamente bestimmen die Zusammensetzung der Regierung und kontrollieren deren Tun. In Wahrheit laufen die Entscheidungen in umgekehrter Richtung: Alle Entscheidungsprozesse in Parlamenten finden von oben nach unten statt. Dafür sorgen die Fraktionsspitzen. Die gelebte Demokratie in den Parlamenten ist tot. Sie hat sich selbst gemeuchelt.

Die Parlamentarier degradieren sich selbst zum Stimmvieh

Ein System der Willensbildung und Entscheidungsfindung, in dem Parlamentarier permanent darauf achten und sich daran orientieren, wie die Fraktionsspitze oder der "Stimmführer" entscheidet, um sich ebenso zu verhalten, lädt geradezu zum Verzicht auf ein eigenes Urteil ein. Es führt zur Diffusion von Verantwortung und dazu, dass Abgeordnete sich selbst zum Stimmvieh degradieren. Sie geben sich zufrieden damit, dass sie nicht zu sagen haben. Ihre Interessen liegen ganz woanders: ein kommoder Job, eine komfortable Ausstattung, die Illusion der eigenen Wichtigkeit, ein hohes Ansehen, gute Bezahlung und schöne kostenlose Reisen...

Im Parlament geht es für den einzelnen Abgeordneten nur noch darum, ebenso wie die Fraktionsspitze abzustimmen, ohne jede Entscheidung noch auf ihre sachliche Richtigkeit und politische Stimmigkeit zu prüfen. Verantwortungsbewusstes Handeln sieht anders aus.

So kommen immer wieder und in wachsender Zahl Entscheidungen zu Stande, bei denen man sich einige Jahre, Monate oder gar Wochen hinterher fragt, ob die Mehrheit im Bundestag denn vom Wahnsinn geritten gewesen sei. Oder noch wesentlich häufiger: Es kommt zu ausgesprochen schlampig und im Eiltempo durchgeboxten Gesetzen, in denen die Details nicht stimmen und die vom Bundesverfassungsgericht bei der nächsten Gelegenheit wieder gekippt werden müssen.

Wenn die Regierung Gesetze im Eiltempo durch das Parlament peitscht, müssen die Abgeordneten über Dinge entscheiden, die sie nicht verstehen und auch gar nicht verstehen wollen, die aber die Steuerzahler teuer zu stehen kommen könnten.

Der Kreis der wahren Entscheidungsträger in den Fraktionen ist sehr klein. Zwar haben die Fraktionen je nach Größe Vorstände von zwischen 5 und 50 Personen. Doch die einzigen Entscheidungsträger in den Fraktionen sind der Fraktionsvorsitzende und der Fraktionsgeschäftsführer.

Sie bereiten die Sitzungen der Fraktionsvorstände der Sache und den Themen nach vor, sodass sich eine Ausweitung der Meinungsbildung dieses Kreises über den Fraktionsvorstand bis hin zu den Fraktionen ergibt. Die Fraktionsvorstände übernehmen dabei meist die Abschirmung vorbereiteter Entscheidungskonzepte in und gegenüber der Fraktion. Selbst wenn es in den Fraktionsvorständen zu differenten Auffassungen gekommen ist, erfahren die Fraktionsmitglieder davon offiziell keineswegs immer etwas.

Ulrich Lohmar[5]

Martin Hirsch, der mehrere Jahre Mitglied des Fraktionsvorstands der SPD war, betont das Übergewicht des Fraktionsvorsitzenden innerhalb der ohnehin schon oligarchischen Führungsspitze:

Ich würde meinen, der Unterschied zwischen dem Fraktionsvorsitzenden und seinen Stellvertretern ist größer als der zwischen den Stellvertretern und dem Vorstand und viel, viel größer als zwischen dem Vorstand und der Gesamtfraktion.

Martin Hirsch [6]

Und Ulrich Lohmar unterstreicht:

Für diese Einschätzung der Machtverteilung spricht, dass die Amtsdauer der Fraktionsvorsitzenden im Bundestag nie durch einen Beschluss der Fraktion beendet wurde, sondern regelmäßig durch eigenen Entschluss oder durch den Tod begrenzt worden ist.

Ulrich Lohmar[7]

Der eigentliche Partner der Bundesregierung auf Seiten des Parlaments ist also der Fraktionsvorsitzende der Mehrheitspartei im Bundestag.

"Die Abgeordneten sehen sich den hierarchischen Spitzen der Regierung und eigenen Fraktion gegenüber. Sie betrachten, da sie die realen Machtverhältnisse zutreffend einschätzen lernen, ihre Fraktionsführer als ihre eigentlichen Auftraggeber innerhalb des Parlaments. ...

Die Fraktionshierarchien verteilen die konkreten Chancen für die einzelnen Abgeordneten, an der Gesetzgebung, der Willensbildung und der Kontrolle der Regierung beteiligt zu werden - soweit diese Aufgaben tatsächlich von den Fraktionen wahrgenommen werden. Die eingrenzenden Wegmarkierungen durch die Nominierung und die Rückkoppelung der Abgeordneten mit der örtlichen beziehungsweise regionalen Parteibasis werden auf diese Weise ergänzt durch den ihnen eingeräumten Spielraum von Seiten der Fraktionshierarchie. Wollen sie die Beschränkung durch die Fraktionshierarchie überwinden, haben sie nur die Möglichkeit, selbst in diese Hierarchie aufzusteigen. Können oder wollen sie das nicht, bleibt ihnen lediglich die fachliche Mitarbeit in den Ausschüssen und die Beteiligung an den Debatten der eigenen Fraktion. ...

Die Nichttransparenz der Fraktionen und ihre hierarchische Strukturierung - bei den Regierungsfractionen noch verstärkt durch die Funktion einer parlamentarischen Schutztruppe für den Bundeskanzler und das Kabinett - engen aufs Ganze der Meinungsbildung im Bundestag gesehen, den tatsächlichen

Meinungs- und Entscheidungsspielraum für den einzelnen Abgeordneten beträchtlich ein. Neben den Parteipräsidien und dem Kabinett sind die engeren Fraktionsführungen die dritte oligarchische Spitze im Machtgefüge der Parteien, des Parlaments und der Regierung. Diese Oligarchien sind in begrenztem Maße für Aufsteiger von unten offen, aber durch die kollektive oder individuelle Einwirkung von Seiten der Abgeordneten normalerweise politisch nicht zu steuern."

Ulrich Lohmar (1975): Das Hohe Haus. Der Bundestag und die Verfassungswirklichkeit. Stuttgart, S. 155-157.

Zur Karikatur eines demokratischen Parlaments verkommen

Von der naiven Demokratietheorie - alle Macht geht vom Volk aus, das seine Repräsentanten wählt, die wiederum den Volkswillen repräsentieren, die Regierung bestimmen und sie laufend kontrollieren - ist nichts übrig geblieben. Im Gegenteil: Die von einer verschwindend kleinen Minderheit erkorenen Abgeordneten wachsen in eine Oligarchie hinein, die ihnen ihre Entscheidungen vorgibt und abweichendes Verhalten sanktioniert.

Wollen sie politisch überleben, haben sie nur die Wahl, sich der Oligarchie zu unterwerfen. Von dem Idealbild des souveränen Parlaments mit Abgeordneten, die nur ihrem Gewissen folgend verantwortungsvoll handeln und freie Entscheidungen treffen, ist die Realität meilenweit entfernt.

Der Bundestag ist längst zur Karikatur eines demokratischen Parlaments verkommen. Es ist seine Aufgabe, anderswo getroffene Entscheidungen abzunicken, vor allem Regierungsentscheidungen - so wie praktische alle Parlamente in den entwickelten repräsentativen Demokratien der Welt.

Wolfgang J. Koschnick 17.02.2014

Die Parlamente haben einen einzigen Zweck: Sie müssen die Entscheidungen der Regierung abnicken. Sonst gar nichts. Parlamente in den entwickelten repräsentativen Demokratien sind Abnickvereine. Für etwas anderes sind sie gar nicht da. Dafür allerdings kosten sie einen Haufen Geld. Das könnte man billiger haben.

Als auf dem Höhepunkt der Euro-Staatsschuldenkrise 2011 Entscheidungen über die Verwendung von vielen Milliarden Euro im Wesentlichen in Zweiergesprächen zwischen der deutschen Bundeskanzlerin und dem französischen Staatspräsidenten getroffen wurden, beschwerten sich sogar einige Bundestagsabgeordnete der Regierungsfraktion darüber, dass der Bundestag nur noch dazu diene, diese Entscheidungen ergeben "abzunicken".



Selbst der Vizepräsident des Bundestags meinte in einem Interview [1]:

Da werden die Abgeordneten, übrigens auch die eigenen der Koalition, zunehmend als Abnickverein betrachtet.

Und der Präsident des Bundestags hatte sich schon mehrfach zuvor im gleichen Sinne geäußert. Während der Eurokrise empfanden viele Beobachter die geradezu vollständige Unterminierung der Haushaltshoheit des Bundestags als besonders dramatisch. Merkel und Sarkozy beschlossen Ausgaben in Höhe von weit über hundert Milliarden Euro, ohne das Parlament wenigstens auch nur pro forma einzuschalten.

Doch die Konstruktion der repräsentativen Parteiendemokratie lässt überhaupt nichts anderes zu: Würde das Parlament Beschlüsse mit der Regierungsmehrheit am Ende nicht abnicken, wäre der Zusammenbruch der Regierung die unvermeidliche Folge. Also haben die Fraktionen der Regierung sie abgenickt und nicken weiter alles ab, was man ihnen vor die Füße wirft.

Ihre Mitglieder und die Opposition dürfen allenfalls darüber ein bisschen diskutieren - aber schon die Mitglieder der Regierungsfractionen werden das nicht gar zu kritisch tun. Schließlich könnten sie auch dadurch den bloßen Schein der klaren Regierungsmehrheit trüben. Und die Opposition kann reden, was sie mag. Sie hat sowieso keinen Einfluss auf die Entscheidungen und darf nur meckern. Mit der Bildung der Großen Koalition ist das alles nur sehr viel schlimmer geworden, aber schlimm war es schon lange davor.

So oder so ist der Deutsche Bundestag wie jedes andere Parlament auch ein Abnickverein - und das schon seit sehr vielen Jahren. Das ist keine Entwicklung, die sich erst in den letzten Jahren Bahn gebrochen hat.

Mitunter hält sich in der Bevölkerung noch die Illusion, wenigstens in den großen Plenardebatten werde in offener Kontroverse um die beste Lösung gerungen. Doch die Debatte über die Eurokrise im September 2011 hat auch unkritischen Beobachtern diese Illusion geraubt.

Da wird in aller Form eine Scheindebatte mit strikter Rollenverteilung inszeniert, in der jedes Detail von den Fraktionsvorständen im Vorhinein festgelegt ist. Die Fraktionsvorstände bestimmen ohnehin bei jeder Plenardebatte, wer wie lange sprechen darf oder soll und wer gefälligst seinen Mund zu halten hat.

Konkret wird den Fraktionen bei Plenardebatten ein Kontingent an Redezeit zugewiesen. Die Fraktionsvorstände vergeben diese Zeit an ihre Abgeordneten. Die ach so freien Parlamentarier selbst haben das nicht zu entscheiden. Die haben überhaupt nichts zu sagen, was man ihnen vorher nicht ausdrücklich erlaubt hat.

Von einer offenen und freien Debatte, in der die Abgeordneten von ihrem Gewissen getrieben ans Rednerpult drängen, kann überhaupt keine Rede sein. Die hat es im Bundestag nie gegeben.

Kasperltheater statt offener Debatte freier Parlamentarier

Tatsächlich findet dort ein von vorne bis hinten durchgeplantes, durchorganisiertes und durchinszeniertes Kasperltheater statt, in dessen Drehbuch bis ins letzte Detail festgelegt ist, wer wann was und wie lange darf und auch, wer die Klappe zu halten hat.

Wie festgefahren diese Praxis schon seit Jahren ist, wurde deutlich in der Debatte über den Euro-Rettungsschirm vom September 2011. Da gab es in der FDP und in der CDU eine Reihe von Abgeordneten, die gegen die Zustimmung der Regierungsfractionen waren und sich in der Debatte zu diesem Thema äußern wollten. Und der Bundestagspräsident Norbert Lammert besaß tatsächlich die ungeheure Frechheit, zweien dieser Abgeordneten eine Redeerlaubnis zu erteilen und so die kalkulierte Inszenierung zu unterlaufen.

Kleinkarierte Inszenierung der Debatten

Allerdings handelte er sich damit heftigen Ärger aus seiner eigenen Partei, der CDU, ein. Seine Entscheidung, zwei "Abweichler" aus den Koalitionsfraktionen reden zu lassen, sei rechtlich höchst zweifelhaft und das Vorgehen sei außerdem noch nicht einmal mit dem Ältestenrat abgestimmt gewesen, hieß es. Was für eine Unverschämtheit. Da durften zwei Parlamentarier einfach ohne Erlaubnis von oben drei Minuten lang reden.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Bundestags prüfte gar die Rechtmäßigkeit von Lammerts Vorgehen, um ihn disziplinarisch zu maßregeln. Die Fraktionschefs protestierten, und der Ältestenrat erteilte Lammert eine Rüge. So viel zum Thema Redefreiheit für freie Abgeordnete, die nur ihrem Gewissen verantwortlich sind.

Tatsächlich hatte Lammert den Abgeordneten Frank Schäffler (FDP) und Klaus-Peter Willsch (CDU), die beim Thema Euro-Rettungsschirm anderer Meinung waren als die Mehrheit ihrer Fraktionskollegen, Redezeit im Plenum zur Verfügung gestellt. Ihre eigenen Fraktionen hatten sich zuvor nämlich geweigert, sie auf die Rednerlisten setzen. Die hatten den beiden ihren Maulkorb schon vorher umgehängt.

Lammert berief sich in seiner Entscheidung auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1989. Das hatte sich allerdings auf einen fraktionslosen Abgeordneten bezogen, der aus eigenen freien Stücken vor dem Plenum reden wollte und das erst durfte, nachdem das Verfassungsgericht ihm seinen Segen erteilt hatte. Ob das Rederecht also überhaupt auch für Fraktionsabgeordnete gilt, ist danach durchaus noch immer zweifelhaft.

Die Rechtslage ist in diesem Zusammenhang jedoch politisch nicht von Belang. Von Belang ist aber, dass die Fraktionsführungen sich mit Zähnen und Klauen dagegen wehren, wenn jemand auch nur den Versuch unternimmt, ihre Debatteninszenierung zu durchkreuzen, indem er ohne Erlaubnis eine kurze Rede hält.

Doch tatsächlich passen derart kleinkarierte Rederestriktionen für Bundestagsabgeordnete so ganz und gar nicht zu den überlieferten Idealen von Demokratie, Gewissensfreiheit und parlamentarischer Debattenkultur.

Lediglich aus den Reihen der Opposition kamen vereinzelte und auch eher zaghafte Stimmen, die den Bundestagspräsidenten unterstützten. Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) erklärte gar in der "Frankfurter Rundschau", auch *Minderheitsmeinungen* müssten im Parlament zu Wort kommen dürfen. Wenn ein hoher parlamentarischer Würdenträger sich genötigt sieht, so etwas öffentlich zu sagen, zeigt das doch nur, dass im Bundestag noch nicht einmal Minderheitsmeinungen eine Chance haben, zu Wort zu kommen. Ja, wo denn sonst?

Das muss man sich in aller Deutlichkeit vor Augen führen: Die Debatten-Unkultur im Deutschen Bundestag ist bereits so weit heruntergekommen, dass ein Funktionsträger sich veranlasst sieht, leidenschaftlich dafür zu plädieren, auch Minderheitsmeinungen - wie geschehen - wenigstens für fünf Minuten und keine Minute länger Gehör zu verschaffen.

Als ob das im Parlament, der Stätte von freien und offenen politischen Debatten, nicht eine demokratische Selbstverständlichkeit sein sollte.
Kann ein Parlament überhaupt noch tiefer sinken?

In Deutschland war die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gegen den Rettungsschirm für den Euro und die damit verbundenen ökonomischen Risiken. [2] Und im Bundestag wird die Plenardebatte über dieses Thema so stranguliert, dass sich Empörung darüber breitmacht, wenn ein Bundestagspräsident zwei "Abweichlern" - die immerhin die Meinung der Bevölkerungsmehrheit artikulieren - je fünf Minuten Redezeit einräumt.

Einmal abgesehen davon, dass die ja nur reden, ohne etwas bewirken zu können, weil die Entscheidungen längst feststehen: Kann noch deutlicher demonstriert werden, dass sich das Parlament längst von der Bevölkerung, die es angeblich repräsentiert, völlig abgekoppelt hat? Diejenigen, die wenigstens noch die Meinung der Bevölkerungsmehrheit vertreten, gelten im Bundestags-Neusprech inzwischen als "Abweichler". Und diejenigen, die von der Mehrheit der Bevölkerung abweichen, sind die Mehrheit.

Und als ob diese eklatante Manifestation von Demokratiefeindlichkeit nicht schon peinlich genug wäre: Für die Fraktionen von CDU, CSU, FDP und SPD war die missglückte Debatteninszenierung ein willkommener Anlass für einen Vorstoß, das ohnehin beschränkte Rederecht der Abgeordneten noch stärker einzuschränken. Fortan sollten "Abweichler" nur noch in seltenen Ausnahmefällen reden dürfen.

Wer reden darf, sollten allein die Fraktionen entscheiden. Der Parlamentspräsident sollte verpflichtet werden, das Wort nur noch den von der Fraktion eingeteilten Rednern zu erteilen. Und er sollte allen Fraktionen nicht nur die geplante Worterteilung, "sondern auch die konkrete Platzierung in der Rednerfolge" mitteilen. Andere Abgeordnete sollte er nur ausnahmsweise und auf gar keinen Fall länger als drei Minuten lang reden lassen - und auch dies nur "im Benehmen mit den Fraktionen".

Dieser Beschlussempfehlung der vier Fraktionen widersetzte sich allerdings der Bundestagspräsident mit dem Argument, man dürfe gewählte Abgeordnete nicht zum Schweigen bringen.

Eine öffentliche Diskussion über das Thema "Maulkorb für Abgeordnete" war den tapferen Fraktionseinpeitschern denn doch zu riskant. Flugs distanzieren sich selbst jene Politiker von der Empfehlung, die sie selbst mit herbeigeführt hatten, und die Fraktionen verzichteten darauf, sie durchzusetzen.

Damit allerdings folgten die Fraktionsspitzen dem äußeren Druck und nicht dem eigenen Triebe. Und es steht zu befürchten, dass sie es bei der nächsten Gelegenheit wieder versuchen werden. Jetzt erst einmal haben sie sowieso Ruhe in der Kiste. Mit der großen Koalition ist aller Widerspruch im Keim erstickt.

Nur die Bündnis/Grünen und Die Linke dürfen ein paar Minuten lang Kurzsprech absondern. Und auf die hört im Bundestag sowieso keiner. Und im breiten Publikum vor den Fernsehgeräten hat kaum einer die Zeit und die Lust, das stundenlange Palaver der Koalitionäre anzuhören, um dann zwischendrin ein paar Minuten Opposition zu erhaschen.

"Neusprech" war nach George Orwell wenigstens noch eine vom herrschenden Regime vorgeschriebene, künstlich veränderte Sprache, die den Zweck hatte, die Anzahl und das Bedeutungsspektrum der Wörter zu verringern, um "Gedankenverbrechen" unmöglich zu machen. Das Bundestags-Neusprech von heute ist noch nicht einmal eine künstlich geschaffene Sprache. Es ist Bundestags-Originalsprech. Die Welt der entwickelten repräsentativen Demokratien steht längst auf dem Kopf.

Der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele erklärte in der "Mitteldeutschen Zeitung":

Ich habe zehn Jahre lang versucht, Rederecht zu Afghanistan zu bekommen. Das ist mir bis heute nicht gewährt worden.

In den Beiträgen über Afghanistan sagten praktische alle Redner sowieso das Gleiche wie alle anderen - nur mit anderen Worten. Jeder wisse, dass es abweichende Auffassungen gebe, auch bei den Grünen.

Aber die kommen einfach nicht zu Wort. Es wäre interessanter, wenn man die auch reden lässt.

Es wäre ohne jeden Zweifel interessanter, aber darum geht es ja nicht. Niemand in den Führungsgremien der politischen Parteien im Bundestag hat das geringste Interesse daran, interessante und womöglich kontroverse innerfraktionelle Debatten zu fördern.

Kontroversen sind ausschließlich zwischen den Fraktionen erwünscht. Und da geht es um den Nachweis, dass die eigene Fraktion Recht und die anderen Fraktionen Unrecht haben. Sonst gar nichts.

Und wenn diejenigen, die sich dem Fraktionszwang beugten, wenigstens gewusst hätten, worüber sie abstimmen. Viele hatte keine Ahnung, worum es überhaupt im Einzelnen ging. Sie folgten gehorsam und blind den Anweisungen ihrer Fraktionsführung. Das TV-Magazin "Panorama" befragte am 29. September 2011 einzelne Abgeordnete über Details der Erweiterung des Euro-Rettungsschirms, dem sie am nächsten Tag mit großer Mehrheit zustimmen wollten.

Abgeordnete haben keine Ahnung, stimmen aber treudoof ab

Befragt, wie hoch der deutsche Anteil an den Kreditbürgschaften wohl sein könnte, konnten zahlreiche Abgeordnete nicht einmal den genauen Betrag beziffern (211 Milliarden Euro). An welche Länder schon zuvor Kredite ausgezahlt worden waren (Irland und Portugal), wussten manche auch nicht und nannten stattdessen Griechenland. Und vollends ins Schwimmen gerieten die Parlamentarier bei der Frage, ob mit dem Rettungsschirm auch Banken gerettet werden können. So verhält sich tumbes Stimmvieh.

Abgefragt wurden, dem Anschein nach, einfachste Informationen, deren Antworten jedermann schon kennt, der nur ab und an die "Bild"-Zeitung liest. Doch die ach so arbeitsamen, fleißigen Bundestagsabgeordneten wursteln dermaßen schlampig vor sich hin, dass sie nicht einmal primitivste Wissensfragen beantworten konnten. Sie hatten nämlich **keine Ahnung**.

Aber eins wussten sie ganz genau: Wie sie abzustimmen hatten. Offensichtlich reicht es den meisten völlig hin, wenn sie die Entscheidungen ihrer Fraktionsvorsitzenden abnicken dürfen, ohne auch nur zu wissen, was sie da überhaupt abnicken. Und auf verschrobene Weise haben sie ja auch irgendwie Recht: Was sollen sie sich mit dem Zeug auch noch weiter beschäftigen, wenn sie sowieso nur zum Abnicken da sind?

Heribert Prantl schrieb damals über den "demokratischen Pöbel Bundestag" [3]:

"Der Bundestag schluckt - und stimmt zu bei allem, was ihm von der Bundesregierung vorgesetzt wird, so es ihm überhaupt vorgesetzt wird. ... So war und ist es bei allen EU-Gesetzen und Verträgen. So war und ist es bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr; hier mussten Parlamentarier gar ihre Zustimmungsrechte erst einmal im Wege der Organklage beim Bundesverfassungsgericht erstreiten.

Zu konstatieren ist also ein merkwürdiger, demokratiewidriger Striptease der Legislative, der jetzt, in der Finanz- und Wirtschaftskrise, seinen Höhepunkt findet: Der Kaiser der Demokratie, der Bundestag, ist nackt. Er sagt nichts, er will nichts sagen, er hat nichts zu sagen. Das Parlament ... hakt die Multi-Milliarden-Aktionen der Kanzlerin, des Finanz- und des Wirtschaftsministers ab, als handele es sich um die 23. Durchführungsverordnung zum Einkommensteuergesetz. ... Die wichtigsten Wirtschaftsgesetze werden, im Auftrag der Regierung, von internationalen Anwaltskanzleien vorgefertigt. Es wird 'durchregiert'."

Der Verzicht auf eigene Verantwortung selbst in Schicksalsfragen der Nation ist längst so weit gediehen, dass sie sich als gehorsames Stimmvieh verhalten, ohne nur einen Gedanken darauf zu verschwenden, was sie anrichten. Und das wirft ein bedrückendes Bild auf die Volksvertreter: Sie sind vorwiegend damit beschäftigt, sich im täglichen Politbetrieb durchzuschlagen und ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen. Alles andere interessiert sie nicht mehr.

Der Gedanke, dass sie eine Verantwortung für das deutsche Volk tragen (sollten), ist ihnen zutiefst fremd. Und dass sie sich dafür ordentlich vorbereiten, in eine Thematik einarbeiten und dann sachverständig urteilen können müssten, kommt ihnen nicht einmal in den Sinn. Schließlich haben sie ja ihre Einpeitscher, die ihnen rechtzeitig mitteilen, wie sie abstimmen müssen. Wozu braucht man da Sachverstand?

Soll keiner behaupten, dies sei eine rhetorische Überspitzung. Genau so haben die Abgeordneten sich verhalten, als sie einst der Ablösung der Deutschen Mark durch den Euro zustimmten, ohne nur einen Gedanken darauf zu verschwenden, welche Folgen es hat, wenn die Gemeinschaftswährung nicht auch auf der Basis einer gemeinsamen europäischen Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik ruht.

Abgeordnete, die brav das Pfötchen heben

Die Abgeordneten haben sich schon damals einen feuchten Kehrriech darum gekümmert, was da beschlossen wird und welche Folgen das haben kann. Mit dumpfem Fraktionsgehorsam haben sie sich der verordneten Euro-Begeisterung angeschlossen und die Völker Europas in die dramatischste und gefährlichste Krise der Nachkriegszeit katapultiert.

Diese Existenzkrise, bei der es den Völkern Europas buchstäblich und auch ihren einzelnen Mitgliedern höchst individuell an den Kragen geht, ist einzig und allein das Werk verantwortungsloser Politik. Ohne die Gedanken- und Verantwortungslosigkeit demokratischer Politiker wäre es niemals zu dieser Krise gekommen. Sie verhalten sich wie dressierte Hunde, denen man nur zurufen muss "heb's Pfötchen" und schon heben sie gehorsam ihre Pfoten.

Die Entscheidungsinkompetenz von Parlamenten ist allen Beobachtern schon seit einigen Jahrzehnten bekannt. So schrieb der Berliner Politikwissenschaftler Johannes Agnoli bereits 1967 [4]:

"Fraglos ist das Parlament als ‚Legislative‘ und als Körperschaft, in der Volksinteressen gesetzgeberisch Ausdruck finden sollten, gegenüber der ‚Exekutive‘ bis zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Es ist nicht mehr in der Lage, selbständig Entscheidungen zu treffen, da es als Ganzes nicht mehr an den konkreten Vorbereitungen der Gesetze und an der Aufarbeitung des Materials beteiligt wird.

Auch im Parlament bilden sich oligarchische Zentren, die den größten Teil der Abgeordneten aus dem engeren Informationskreis ausschließen und so den Eintritt in den eigentlichen Entscheidungsmechanismus verwehren. ...

Überall in der westlichen Welt kann - hinter der Fassade verfassungsmäßig ausgewogener Gewalten- und Kompetenztrennungen - eine weitgehende Symbiose der Parlamentsführung mit den Spitzen des Exekutivapparates beobachtet werden... Der ‚harte Kern‘ des Parlaments wird jedoch nicht entmachtet. Nicht alle Entscheidungen werden ‚anderswo‘ getroffen, da ein Teil der entscheidenden Gruppen wenn nicht als Parlament, so doch im Parlament wirkt. ...

Und genau das ist für eine erfolgreiche Herrschaftsmethode unerlässlich: dass ein Teil der politischen und gesellschaftlichen Oligarchien sichtbar im Parlament tätig (also dem Schein nach öffentlich kontrollierbar), sichtbar vom Volke gewählt (damit zum Herrschaftsakt demokratisch legitimiert) und sichtbar Träger von Macht (und in der Lage, moralisch verpflichtende Wählerwünsche durchzusetzen) ist.

Wäre dem anders, würde die Bevölkerung sich gar nicht auf das parlamentarische Spiel einlassen, und sie würde die Wahlen nicht mehr als den wesentlichen Ausdruck ihrer politischen Freiheit betrachten. Mit einem Wort: erst die Präsenz der Macht im Parlament (und nicht etwa: die Macht des Parlaments) ermöglicht die Erfüllung der Aufgaben, die ihm als Organ (als Ganzem) zukommen."

Allerdings ist die Untergrabung der Haushaltshoheit und die generelle Selbstentmannung des Bundestags unter dem Einfluss der Euro- und Finanzkrise noch ein paar Schritte weiter fortgeschritten: Der ursprüngliche Entwurf des Gesetzes zum "europäischen Stabilisierungsmechanismus" von 2010 ermächtigte das Bundesfinanzministerium, für Notkredite Gewährleistungen von bis zu 123 Milliarden Euro zu übernehmen. Der Haushaltsausschuss des Bundestages sei davon lediglich zu unterrichten.

Nach Protesten aus dem Parlament verfiel man auf den Zusatz, vor der Übernahme solcher Gewährleistungen "bemühe" sich die Bundesregierung, "Einvernehmen" mit dem Haushaltsausschuss herzustellen: Die Hunderte von Milliarden zur Stabilisierung des Euro sollen nicht ohne maßgebliche Beteiligung des Gesetzgebers beschlossen werden können. Eigentlich völlig egal; denn im Haushaltsausschuss haben natürlich die Regierungsvertreter die Mehrheit.

Inzwischen hat die europäische Politik im Zuge der Euro-Staatsschuldenkrise die nationalen Parlamente ins Abseits gedrückt. Das wäre schon an sich eine einzige Katastrophe. Doch damit nicht genug. Die nationalen Parlamente wehren sich nicht, sie lassen das mit sich geschehen und wirken noch aktiv an der eigenen Entmachtung mit.

Wenn die Parlamente oder gar die Völker - angeblich ja die Souveräne der Politik - nicht "richtig" abstimmen, dann lässt die europäische Politik eben so lange wählen, bis das Richtige dabei herauskommt. So geschah es 2007 beim Lissabon-Vertrag, als die Iren zweimal abstimmen mussten und das französische Parlament dem eigenen Volk die Abstimmung verweigerte.

Immerhin hatten Franzosen und Niederländer 2005 die EU-Verfassung - den praktisch identischen Vorläufer des Lissabon-Vertrags - mit Mehrheit abgelehnt. Also wurde beim Lissabon-Vertrag so getrickst, dass eine Zustimmung der Bevölkerungen nicht mehr notwendig war. Die nationalen Parlamente ließen das ohne ein Wort des Protests mit sich machen.

In Deutschland reagierten die meisten Abgeordneten erst, als das Bundesverfassungsgericht sie darauf hinwies, dass die Beteiligungsrechte des Bundestags durch das deutsche Begleitgesetz zum Lissabon-Vertrag nicht ausreichend gewahrt wurden.

Man könnte das auch so formulieren: Der Bundestag und seine wackeren Abgeordneten wollten ihre Rechte gar nicht wahrnehmen. Sie hatten sich in vielen Jahrzehnten des Abnickens schon so erfolgreich selbst entmannt, dass sie nun nicht einmal mehr merkten, was ihnen fehlte...

2011 bei den Abstimmungen zum Euro-Rettungsschirm wurde das noch deutlicher. Obwohl den Abgeordneten bis zuletzt entscheidende Informationen vorenthalten wurden und die wenigsten überblickten, was sie binnen Stunden entscheiden sollten, beugten sie sich dem Druck der Finanzbranche, des Internationalen Währungsfonds (IWF), der EU-Gremien und der Bundesregierung.

Abermals musste das Bundesverfassungsgericht den Parlamentariern ihre Rechte und Pflichten erklären.

Doch während die Parlamente in Deutschland und Frankreich nur ausgetrickst werden und sich willig austricksen lassen, bestimmen in anderen EU-Ländern IWF und EU direkt, was die Parlamente zu tun und zu unterlassen haben. Ob Griechenland die Mehrwertsteuer erhöhen muss, ob Italien das Renteneintrittsalter senken oder Portugal die Staatsunternehmen privatisieren muss - das entscheiden nicht die gewählten Volksvertreter, sondern die Finanzexperten und Protektoratsverwalter der EU.

Auf das angeblich vornehmste Privileg des Parlaments, die Budgethoheit, verzichten sie ohne ein Wort der Klage. Ja, die nationalen Parlamente scheinen heute sogar Spaß daran zu finden, sich selbst zu entmannen.

Die "Schuldenbremse", die überall in die nationalen Verfassungen eingebaut werden soll, bedeutet ja nichts anderes als die Preisgabe der parlamentarischen Budgethoheit. In Zukunft wird über die Höhe der nationalen Haushalte nicht mehr im Parlament, sondern vor Gericht oder in EU-Gremien entschieden.

Die Parlamente geben mit ihrer Selbstentmachtung zu verstehen, dass sie noch nicht einmal erkannt haben, welche Verantwortung mit ihrer Tätigkeit verbunden wäre, wenn sie denn bereit wären, sie zu tragen. Sie sind völlig damit zufrieden, wenn sie so weiter wursteln können wie bisher.

Ein bisschen weniger Verantwortung ist gar nicht mal so schlecht. Das entlastet ja auch. Hauptsache die Versorgung bleibt gleich oder wird vielleicht sogar ein bisschen angehoben.

Die Strukturen haben sich von Legislaturperiode zu Legislaturperiode verfestigt und verhärtet. Die Oligarchen petrifizieren ihre Macht. Ein deutliches Zeichen, dass eine Besserung der Verhältnisse nicht kommen wird und alles nur noch schlimmer kommt.

Im August 2011 formulierte der Journalist Hans-Ulrich Jörges, selbst das "landläufige Bild von der Herrschaft einer abgelösten Politiker- und Parteienkaste über das Volk" stimme nicht mehr [5]:

Der Verfall der Demokratie, die schleichende Aushöhlung der Verfassung durch eine deprimierende Praxis, ist längst zur Herrschaft auch über die Parteien und, ungleich verheerender, über das Parlament geworden.

Und er schreibt weiter:

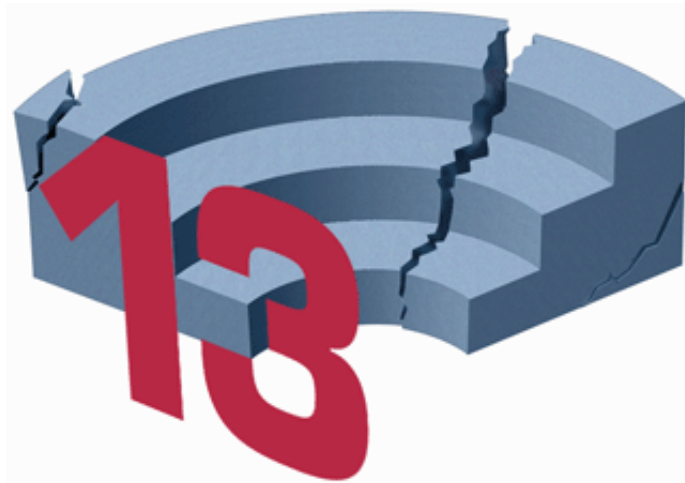
Verfassungs- und demokratiewidriges Regieren zieht sich als kennzeichnendes Element durch den politischen Alltag... An Parlament und Partei vorbei wurden schließlich die diversen Euro-Rettungsaktionen inszeniert. Und als Kritik aufkam am Panzerexport nach Saudi-Arabien, verkündete Fraktionschef Volker Kauder, in Treue zur Kanzlerin, die Selbstentmachtung: Das Parlament, der demokratische Souverän, habe keine Mitsprache....

Nur noch sechs Prozent aller Deutschen und eine erschütternde Restgröße von einem Prozent (!) der Ostdeutschen glauben, dass sie die Politik durch Wahlen in starkem Maße mitbestimmen können. Das ist der Offenbarungseid der repräsentativen Demokratie - und ein Epochenbruch der Politik in Deutschland.

Wolfgang J. Koschnick 24.02.2014

Zentrales Thema aller bisherigen Folgen unserer demokratiekritischen Artikelreihe war der Prozess der politischen Willensbildung in den entwickelten repräsentativen Demokratien. Es zeigte sich, dass diese Demokratien ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht werden. Es geht in ihnen nicht mehr demokratisch zu. Tatsächlich sind sie hierarchische und oligarchische Systeme, in denen demokratisch nicht mehr legitimierte Machteliten ihre undemokratische Herrschaft von oben nach unten ausüben. Die weiteren Folgen rücken nun den wahren Machthabern etwas näher auf den Pelz und untersuchen die Macht der Wirtschaftsverbände und -unternehmen sowie die Macht ihrer organisierten Interessen. Dazu ist zunächst ein rudimentäres Verständnis des Pluralismus und der Pluralismustheorien erforderlich.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelten sich neue Vorstellungen darüber, wie Demokratie funktioniert: die Pluralismustheorien. Sie sind wichtig, damit man besser die Rolle versteht, die Interessenvertreter - die Lobbyisten - in der modernen Gesellschaft spielen.



Einfach gesagt, geht die klassische Demokratietheorie davon aus, das Gemeinwohl sei jeder Gesellschaft *vorgegeben*. Wenn Politiker sich ihm verpflichtet fühlen, müssen sie also nur erkennen, was genau und im Detail das Gemeinwohl ist und ihm dann nach Kräften dienen. Eine einfache Sache...

Doch bei Licht betrachtet, ist das eine ebenso ideologische Position wie der "einzig wahre Glaube" in der Religion. Wenn von vornherein feststeht, was das Gemeinwohl ist, dann ist jeder, der eine andere Vorstellung davon hat, der Feind, muss mit Feuer und Schwert bekämpft und in letzter Konsequenz vernichtet werden; denn dann kann immer nur einer Recht haben - eben derjenige, der genau weiß, was das Gemeinwohl ist. Und alle, die das nicht wissen oder andere Vorstellungen darüber haben, sind Feinde des Volkes und gehören weggesperrt oder gar erschossen. So haben das die Ideologien des 20. Jahrhunderts ja auch praktiziert.

Für die Verfechter des Pluralismus ist deshalb die These zentral, dass in einer Demokratie *nicht* im Vorhinein feststeht, was das Gemeinwohl ist. Es geht erst *im Nachhinein aus dem geregelten Kräftespiel der verschiedenen Interessengruppen* hervor. Gemeinwohl ist danach also das, was aus dem Wechselspiel gesellschaftlicher Kräfte entsteht.

Das übrigens birgt erst recht die Gefahr der ideologischen Vereinfachung; könnte man es doch so interpretieren, dass alles, was beim Wettkampf divergierender Interessen herauskommt - also auch

der nackte Eigennutz einer starken Gruppe, die sich gegen eine schwächere durchsetzt -, nur auf Grund seines Entstehungsprozesses zum Gemeinwohl deklariert wird.

Alle Demokratien unserer Zeit basieren auf dem Pluralismus. Sie sind pluralistisch strukturiert, sie sind *Systeme der Vielfalt und Konkurrenz von Gruppeninteressen*. Die Auflösung ökonomischer und sozialer Zwänge und eine wachsende Autonomie des Individuums in vielen Lebensbereichen führen zu einer großen Vielfalt der individuellen Optionen und der Lebensstile. Vieles von dem, was den Leuten als demokratisch gilt, hat in Wahrheit wenig mit Demokratie, wohl aber mit Pluralismus zu tun.

Alle Pluralismustheorien stießen zunächst auf große Begeisterung, proklamierten sie doch eine Welt der Vielfalt von Lebensformen, des wechselseitigen Miteinanders und Respekts auch divergierender Interessen sowie der Toleranz und Akzeptanz unterschiedlicher Lebenswelten. Eine neue Ära friedvoller Koexistenz ohne gewalttätige Konflikte schien ausgebrochen zu sein.

Doch die Grundfrage in der Auseinandersetzung mit dem Pluralismus ist das *Verhältnis von Partikularinteressen und dem Gesamtinteresse*. Das Gemeinwohl als staatliches Prinzip der Einheit hat einen höheren Rang als das Gruppeninteresse, das gesellschaftliche Prinzip der Vielfalt. Der amerikanisch-deutsche Politikwissenschaftler Ernst Fraenkel (1898-1975) - einer der Pioniere aller Pluralismustheorien - unterscheidet zwischen einem *Gemeinwohl a priori*, das für totalitäre Systeme typisch ist, und einem *Gemeinwohl a posteriori*, das die pluralistische Demokratietheorie kennzeichnet:

"Eine jede totalitäre Diktatur geht von der Hypothese eines eindeutig bestimmbar, vorgegebenen Gemeinwohls aus. Von ihm wird unterstellt, es sei ausreichend detailliert, um von der Einheitspartei als politisches Aktionsprogramm verwertet werden zu können. Der Pluralismus beruht auf der Hypothese, dass in einer differenzierten Gesellschaft im Bereich der Politik das Gemeinwohl lediglich a posteriori als das Ergebnis eines delikaten Prozesses der divergierenden Ideen und Interessen der Gruppen und Parteien erreicht wird."

Fraenkel, Ernst (1974): Deutschland und die westlichen Demokratien [1]

Deshalb ist die politische Vertretung von Partikularinteressen - auch in der organisierten Form von Interessengruppen und Verbänden - notwendig für die Ermittlung des Gemeinwohls in einer modernen, hoch differenzierten Gesellschaft.

Indes "wäre es falsch, ... den Staatswillen schlechthin mit den Resultaten dieses kollektiven Tauziehens identifizieren zu wollen" [2].

So unentbehrlich es für die westlichen Demokratien ist, den in den Interessenorganisationen in Erscheinung tretenden differenzierten kollektiven Interessen freien Spielraum zu gewähren, so unerlässlich ist es zu betonen, dass die Ergebnisse dieser Auseinandersetzungen nur dann als verbindlich anerkannt werden können, wenn die Auseinandersetzung unter Einhaltung der Regeln eines *fair-play* geführt werden und die Ergebnisse der Auseinandersetzungen sich im Rahmen der Mindestanforderungen der sozialen Gerechtigkeit bewegen. [3]

Der Ausgleich zwischen den divergierenden Gruppeninteressen in einer pluralistischen Demokratie soll im Rahmen allgemein anerkannter moralischer und rechtlicher Normen und Werte stattfinden. Der Konflikt in konkreten Einzelfragen soll vor dem Hintergrund eines Konsenses über "allgemeine Rechts- und Sozialprinzipien" [4] ausgetragen werden, die den Interessengruppen "die Grenzen ihrer Betätigungsmöglichkeiten" [5] aufzeigen.

Wenn die politisch handelnden Gruppen Politik als Weltanschauungskampf betreiben und den politischen Gegner als Feind betrachten und bekämpfen, ist der pluralistischen politischen Ordnung jede Grundlage entzogen.

In der Gesellschaft herrschen asymmetrische Interessen

Die Rolle des Staates in einer pluralistischen Gesellschaft besteht im Wesentlichen darin, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass dieser Ausgleich stattfinden kann und die Spielregeln eingehalten werden.

Grundlage des Pluralismus ist die Idee des friedlichen Miteinanders verschiedener Systeme, Interessen, Ansichten und Lebensstile, die in unterschiedlicher Weise zueinander in Beziehungen stehen und deren individuelle Verwirklichung, Vertretung und Artikulation legitim und erwünscht ist.

Was nicht auf der allgemeinen politischen Ebene geregelt werden muss, bleibt gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden überlassen. Das wichtigste Element des Pluralismus ist die Freiheit jedes Einzelnen und die Möglichkeit, Interessen und Auffassungen gemeinsam zu vertreten.

So verband sich also mit dem Pluralismus die frohgemute Hoffnung, im Miteinander divergierender Interessen, die von verschiedenen Organisationen vertreten werden, werde sich eine Balance einstellen und aus der Pluralität divergierender Interessen werde das im Markt des Ausgleichs gereinigte Gemeinwohl emporsteigen.

Doch man hätte gewarnt sein müssen wie bei all diesen schönen Theorien, in denen aus dem schmutzigen Chaos des unordentlichen Durcheinanders auf wundersame Weise eine weichgespülte Welt höherer Ordnung emporsteigt. Das ist einfach ein viel zu harmonisches Idyll, um ideologiefrei und vor allem wahr zu sein.

Das Bild der sich auch politisch selbst organisierenden Gesellschaft erwies sich als ein Trugbild, weil in pluralistischen Demokratien asymmetrische Interessen herrschen. Die Kräfte und Interessen in einer Gesellschaft sind unterschiedlich stark und können sich daher auch unterschiedlich machtvoll durchsetzen.

Manche werden im Wettkampf widerstreitender Interessen regelrecht untergebuttert und manche wiederum errichten ungehindert ihre (Schreckens-)Herrschaft: Finanzkapitalisten, Banken, Großkonzerne und ihre Verbände haben - das lehrt die tägliche Politikpraxis - eine uneinnehmbar starke Position. Sparer, Steuerzahler, Krankenkassenmitglieder, Rentner, alleinerziehende Mütter, Arme und viele andere mehr haben eine sehr schwache Position.

Man kann das auch sehr viel populistischer und dennoch nicht minder korrekt ausdrücken: Einige wenige verfügen über große Macht, die breite Masse des Volks tut das nicht. Sie wird in diesen Demokratien an den Rand der Gesellschaft gedrängt, deren Souverän sie doch angeblich ist.

Der "Markt des Ausgleichs" verhärtet die Machtstrukturen

Die naive Pluralismustheorie nahm an, dass jeder, der ein Interesse an einem Gemeinschaftsgut hat, auch bereit ist, einen Teil der Bereitstellungskosten zu übernehmen. Das setzt eine symmetrische Interessenorganisation voraus: Jedes Interesse muss sich gleich gut organisieren lassen. Tut es aber nicht.

Das ist geradezu beängstigend naiv und weltfremd: Die Interessen von Verbrauchern, Frauen oder Arbeitslosen sind nicht annähernd so gut organisiert wie etwa die von Kapitaleigentümern, Unternehmern, Managern, Ärzten oder Rechtsanwälten. Die reale Asymmetrie der Kräfte zerstört das schöne Bild vom "Markt des Ausgleichs". Auf dem Markt der Interessen wirken höchst unterschiedliche Kräfte.

Die Logik kollektiven Handelns

Ein Wissenschaftler, der sich intensiv mit dem Pluralismus beschäftigte, war der Amerikaner Mancur Olson (1932-1998). In seinen 1965 und 1982 erschienenen Büchern "The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups" (deutsch: Logik des kollektiven Handelns) und "Rise and Decline of Nations" (Aufstieg und Niedergang von Nationen) zeigte er die Schwachstellen des Pluralismus auf.

In seiner Kritik formulierte er **vier Gegenpositionen**, die ein helles Licht auf die Realität moderner pluralistischer Gesellschaften werfen:

(1) Alle Pluralismustheorien basieren auf dem falschen Axiom, dass individuelle und kollektive Interessen zwangsläufig übereinstimmen. [6] Das tun sie eher selten. Zwischen individuellen und kollektiven Interessen klaffen oft unüberbrückbare Gegensätze. Als Zweckverbände haben Gruppen das Ziel, für ihre Mitglieder Kollektivgüter bereitzustellen. Die klassische Demokratietheorie ging davon aus, dass alle Gruppen sich bemühen, den gesellschaftlichen Wohlstand zu mehren, weil alle davon profitieren.

Doch das funktioniert nicht, weil die einzelnen Mitglieder danach streben, ihren individuellen Nutzen bei gleichzeitiger Kostenminimierung zu maximieren. Für ein Individuum ist es rational, von dem Kollektivgut zu profitieren, ohne selbst etwas dafür zu leisten. Dieses "Paradox im Verhalten von Gruppen" [7] bezeichnet man als das *Trittbrettfahrer-Dilemma* ("free-rider problem"):

Der Einzelne macht sich die Segnungen eines Kollektivguts zunutze, leistet aber seinerseits nichts für das gemeine Wohl.

Nach der Theorie des kollektiven Handelns haben kleine Gruppen mit Sonderinteressen einen Vorteil. Ihre Mitglieder erleben die Vorteile der Gruppenaktivitäten gewissermaßen am eigenen Leib, und das Ergebnis hängt unmittelbar von ihrem Beitrag ab. Der Kooperationsertrag bleibt auf die Mitglieder begrenzt, zum Beispiel wenn ein lokaler Verein ein Fest organisiert.

Die Kollektivgüter, die Großgruppen bereitstellen, kommen dagegen meist auch Nichtmitgliedern zugute; beispielsweise wenn eine Gewerkschaft einen Tarifvertrag abschließt, der dann auch für Nichtmitglieder gilt. Der Kooperationsbeitrag eines Einzelmitglieds fällt kaum ins Gewicht. Das sind inklusive Gruppen; sie basieren auf propagandistischen Motiven und sind auf Mitgliederwerbung angewiesen.

Monopolistische Vermachtung führt zum Niedergang der Demokratien

Für das Individuum ist es rational, von einem Kollektivgut zu profitieren, ohne selbst etwas dafür zu tun. In der Konsequenz führt das zur "Ausbeutung" allgemeiner Interessen durch partikulare Sonderinteressengruppen - zu *gesellschaftlichen Verteilungskonstellationen* auf Kosten unorganisierter oder nur schwer organisierbarer Bedürfnisse.

Die monopolistische Vermachtung von Gesellschaften führt zwangsläufig zu ökonomischen Fehlallokationen und institutionellen Verfestigungen und in letzter Konsequenz zum Niedergang von Demokratien.

Formale Organisation und soziale Regelsysteme bieten positive Handlungsanreize oder Sanktionsdrohungen, die Verhalten stabilisieren und opportunistisches "Trittbrettfahren" begrenzen. Gleichzeitig gilt aber das Kollektivgutproblem gerade auch für die Entstehung und Aufrechterhaltung politischer Ordnungen.

Es ist für Individuen nicht rational, sich freiwillig sozialen Regelsystemen zu unterwerfen, deren Einhaltung durch andere nicht garantiert ist. Und selbst unter den Bedingungen legitimer Herrschaft verlangt die kollektive Schutzfunktion sozialer Ordnungen vom Einzelnen eine Unterordnung unter Regeln, die zu umgehen jedoch oft individuellen Nutzenvorteil verspricht.

Den *Widerspruch zwischen individuellem und kollektivem Nutzen* kann man mit etwas weniger theoretischem Aufwand an einleuchtenden Beispielen aus dem Alltag erläutern: Wenn ein Chemieunternehmen seinen Giftmüll im Wald entsorgt, so nützt ihm das individuell ganz enorm (denn es minimiert seine Kosten), aber es fügt dem Gemeinwohl (kollektiver Nutzen) immensen Schaden zu.

Wenn Politik mit Milliardenaufwand Banken rettet, so stiftet das hohen individuellen Nutzen für diese Banken, aber fügt der Gesamtheit der Steuerzahler einen gewaltigen kollektiven Schaden zu. Wenn internationale Konzerne ihren Firmensitz in Länder verlegen, in denen sie minimale Steuern zahlen, so haben sie gewaltigen wirtschaftlichen Nutzen davon, richten aber immensen volkswirtschaftlichen Schaden an.

Nach Olson kann man kleine Gruppen nur schwer dazu bewegen, sich Gemeinwohl fördernd zu verhalten. Sie verhalten sich dezidiert Gemeinwohl schädigend, weil sie keinen Anreiz haben, zum Gemeinwohl beizutragen; denn

ihr Anteil am Sozialprodukt ist sehr gering und die Gruppengröße im Verhältnis zur Masse der anderen Gruppen verschwindend klein;

die Kosten, die durch Gemeinwohl förderndes Handeln entstehen, übersteigen schnell die dadurch zu erzielenden Gewinne; und

sie müssen die negativen Folgekosten ihres Handelns nicht in ihre Überlegungen einbeziehen, weil die Kosten weitaus geringer sind als die, die durch aktives, Gemeinwohl förderndes Verhalten entstehen.

Kleine Gruppen versuchen daher, das Sozialprodukt zu ihren Gunsten umzuverteilen. Das geschieht durch "rent-seeking". Als "rent" bezeichnet man denjenigen Teil des Ertrags einer ökonomischen Aktivität, der über ihren Opportunitätskosten liegt, also über den dadurch entgangenen Erlösen, dass vorhandene Möglichkeiten (Opportunitäten) zur Nutzung von Ressourcen nicht wahrgenommen werden.

In der politischen Praxis bedeutet das, dass die Organisationen durch Bildung von Kartellen, Verknappung von Produkten, künstliches Hochhalten von Preisen und aktives Lobbying beim Staat Vorteile zu erzielen versuchen. Offene Märkte sind für Olson die beste Grundlage für gesellschaftlichen Reichtum.

Kartelle, Marktabspraken, Verteilungskoalitionen und Lobbyismus tragen den Keim einer gesamtgesellschaftlichen Verarmung in sich. Unzählige Verteilungskoalitionen und Heerscharen von Interessengruppen behindern die Wirtschaft einer Nation.

Laut Olson suchen die Menschen in einer realen Welt der Verteilungskoalitionen im Wettbewerb nach Sicherheit. Unternehmen treffen Marktabspraken oder schotten Märkte ab, um hohe Preise zu erzielen, die zu Lasten der Verbraucher gehen. Ein Heer von Verbänden betreibt Lobbyarbeit, Gruppen mit Sonderinteressen setzen sich wirksam durch.

Die Folge: Die Menschen richten ihr Augenmerk verstärkt auf die *Verteilung* und nicht mehr auf die Produktion von Gütern. So entsteht eine Gesellschaft, die ihre Besitzstände zu wahren versucht und so einen stets wachsenden Teil ihres Wohlstands preisgibt.

Rent-seeking verursacht für die Gesellschaft enorme Kosten. Und diese Kosten tragen zur gesellschaftlichen Verschwendung bei, weil sie eben nicht zur Steigerung der Produktivität eingesetzt werden.

Da wirtschaftliches Wachstum durch wissenschaftlichen Fortschritt und technische Innovationen entsteht, führt das Verhalten von Verteilungskoalitionen zur Verringerung der Anpassungsfähigkeit einer Gesellschaft an neue Technologien, weil die Verteilungskoalitionen versuchen, Innovationen zu blockieren und den Status quo für ihre Mitglieder zu erhalten. Folglich stagniert die Wirtschaft, die Produktivität der Gesellschaft geht zurück und langfristig kommt es zu Rezession und Depression.

Entwickelte Demokratien sind fest in der Hand von Verteilungskoalitionen

(2) *Je älter und stabiler eine Demokratie ist, desto mehr verfällt sie.* Olson spricht von der "age-of-democracy hypothesis". Je länger eine Demokratie besteht, desto stärker verhärten sich ihre Strukturen. Bei der Gründung dauert es eine ganze Weile, bis sich wachstumshemmende Organisationen entwickeln und durchsetzen. Im Lauf der Zeit entstehen aber - begünstigt durch politisch stabile Rahmenbedingungen, die Planungssicherheit ermöglichen - immer mehr Interessengruppen, die selbst selektive Anreize bereitstellen müssen, um dem Trittbrettfahrer-Dilemma zu begegnen.

So wächst mit zunehmendem Alter der Demokratie eine nach Zahl und Gewicht größer werdende Gruppe von Verteilungskoalitionen heran, die ihre Sonderinteressen zum Schaden und auf Kosten der Gesamtheit durchsetzen. Bestehende Organisationen überleben wegen der vorhandenen selektiven Anreize sehr lange, auch wenn das Kollektivgut, zu dessen Bereitstellung sie gegründet wurden, gar nicht mehr benötigt wird.

Auch bei steigender Gruppenzahl in alten, stabilen Demokratien bleibt die Asymmetrie zu Gunsten kleiner Gruppen dauerhaft bestehen. Gesamtgesellschaftliche Interessen ("das Gemeinwohl") sind also auch in etablierten Demokratien den Partikularinteressen strukturell unterlegen. Mit anderen Worten:

In einer entwickelten Demokratie ist das, was auf dem "Markt des Ausgleichs" widerstreitender Interessen entsteht, zunehmend das Gegenteil des Gemeinwohls.

Am Ende herrschen mehr und mehr und in kontinuierlich wachsendem Umfang die Partikularinteressen. Mechanismen, die am Anfang durchaus noch den Effekt hatten, dem Gemeinwohl nützlich zu sein, erreichen irgendwann einen Punkt, an dem die Richtung kippt und sie nur noch Sonderinteressen dienen. Das zeigt die Politik der Bundesrepublik im ersten Jahrhundert des 3. Jahrtausends. Das gemeine Wohl ist längst im sich ausbreitenden Sumpf der partikularen Interessen einzelner Gruppen versunken.

(3) Umfassende Organisationen: Die Besonderheit umfassender Organisationen, die einen großen Bevölkerungsteil oder zumindest einen wesentlichen Teil der Mitglieder eines Wirtschaftszweigs umfassen, liegt darin, dass für sie ein Anreiz besteht, zum gesellschaftlichen Wohlstand beizutragen. Denn sie müssen die negativen Folgekosten berücksichtigen, die durch ihr Gemeinwohl schädigendes Verhalten entstehen würden, weil ihre Mitglieder davon in hohem Maße betroffen wären. Folglich lassen sich solche umfassenden Organisationen von der Politik besser einbinden, um eine konsensuale Wirtschaftspolitik zu verwirklichen.

(4) Die Rolle des Staates: Die Beschaffung von Kollektivgütern für Gruppen mit Sonderinteressen ("lobbying") verschlingt einen immensen Teil des Volkseinkommens. Mit der Zeit wächst die Zahl der Verteilungsorganisationen und damit auch die staatliche Komplexität, da der Staat auf die Organisationen reagieren muss.

Dadurch wächst die Staatstätigkeit enorm an, und das politische System ist immer weniger in der Lage, politische Programme auch nur einigermaßen effizient umzusetzen. Es macht sich politische Lähmung breit.

In der Bevölkerung wächst das, was die Politiker gern als "Politikverdrossenheit" diffamieren. Immer stärker und immer öfter sprechen Beobachter von "Reformstau" oder gar von "Reformunfähigkeit". Aus guten Gründen; denn je dringender Reformen gebraucht würden, desto weniger ist "die Politik" überhaupt noch dazu in der Lage, grundlegende Reformen durchzusetzen.

Das Markenzeichen der herrschenden Politik ist die Stagnation an allen Fronten und das Herummurksen an symbolischen Image-Reformchen, die alles beim Alten belassen, aber wegen ihres Symbolcharakters vielleicht ein wenig vorübergehende mediale Aufmerksamkeit erzielen. Die deutsche Politik der letzten zehn, zwanzig Jahre hat unablässig dieses jämmerliche Schauspiel geboten und alle dringend erforderlichen Reformen unterlassen.

Eine stets wachsende Zahl von Institutionen und Instanzen verhindert den Wandel. Vetospieler entscheiden über die Reformierbarkeit der Politik oder Reformstau. Das politische System belohnt Reformschritte nicht. Politiker wollten gewählt werden und richteten ihre Politik nach der zu erwartenden Zustimmung aus. Die Gewinne von Reformen liegen in der Zukunft und sind ungewiss. Die anfänglichen Verluste aus Reformen hingegen sind meist genau bezifferbar.

Als Folge steigen die Staatsausgaben, während die politische Effizienz ständig sinkt. Die im Lauf der Zeit steigende Zahl an Interessengruppen lähmt den Staat, den sie mit immer mehr Input konfrontiert, sodass der Staat nur noch damit beschäftigt ist, dieses Input der Interessengruppen zu bearbeiten, aber keine effektive Politik umsetzen kann.

Es besteht kein Zweifel, dass Olson sich in einigen Aspekten seiner kritischen Pluralismustheorie gründlich verrannt hat. Ganz sicher ist die Betonung des Gegensatzes zwischen großen und kleinen Gruppen nicht wirklich von Bedeutung, und Organisationsmerkmale wie Gruppengröße besagen nicht sonderlich viel über die Organisierbarkeit von Interessen.

Aber dennoch ist seine Kritik überaus verdienstvoll. Die Pluralismuskritiker haben den Finger in die klaffende Wunde moderner Demokratien gelegt und die *selbstzerstörerische Eigendynamik pluralistischer Gesellschaften* überhaupt erst bewusst gemacht.

Sie haben deutlich gemacht, dass pluralistische demokratische Systeme per se höchst instabil sind, weil die Tendenz zur Selbstzerstörung ihnen immanent ist und sich im Zeitverlauf anhaltend und nachhaltig verstärkt. Es ist ein anfangs schleichender Prozess, der stets an Geschwindigkeit gewinnt und am Ende in rasendem Tempo in den Untergang führt.

Das Schattenreich der Seilschaften in Wirtschaft, Verbänden und Politik

Wolfgang J. Koschnick 03.03.2014

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 14

Die Politik aller Ebenen ist fest in der Hand der Lobbyisten. Allein ihre schiere Überzahl erdrückt die Politiker. Sie nehmen Einfluss auf die Bundesregierung, auf Ministerien, die Ministerialbürokratie, die 631 Bundestagsabgeordneten und die 766 Abgeordneten des Europa-Parlaments und erst recht auf die EU-Kommission und ihre gigantische Bürokratie. In allen entwickelten Demokratien schwächen Heerscharen von Lobbyisten Gesetzentwürfe ab und blockieren oder zerstören sie gleich ganz. Sie führen ihre Kämpfe im Dunkeln und jenseits aller Öffentlichkeit und haben immensen Einfluss auf Steuern, Gesundheitswesen, Umweltgesetzgebung - der Teufel steckt in den Details, nur sind es milliardenschwere Details, die den demokratisch gewählten Politikern längst aus der Hand geglitten sind. Eine Politik, die noch am Gemeinwohl orientiert ist, gibt es nicht mehr.

Allein auf Bundesebene und damit in Berlin sind über 5.000 Lobbyisten tätig. In Brüssel, dem Sitz der EU-Kommission sind es sogar 15.000. Sie alle sind zu nichts anderem da, als Einfluss zu nehmen auf die Bundesregierung, auf Ministerien, die Ministerialbürokratie und die 631 Bundestagsabgeordneten und die 766 Abgeordneten des Europa-Parlaments.



Im Wettbewerb um gesetzliche Regelungen und politischen Einfluss treten die Lobbyisten gewissermaßen mit einem Heer von 5.000 Soldaten gegen 631 Abgeordnete an. Die Zahl der Interessenvertreter übersteigt die der Parlamentarier um das Achtfache. Um jeden einzelnen Abgeordneten drängen sich mithin acht Lobbyisten. Man kann das auch etwas deutlicher formulieren:

Jeder einzelne Bundestagsabgeordnete sieht sich von einer Übermacht von acht Lobbyisten umzingelt.

Die Lobbyisten haben Zugang zu Parlament und Ministerien, sie lancieren Informationen in Medien und machen Stimmung für ihre Interessen. Sie nehmen Einfluss auf Politiker und auf die Ministerialbürokratie und bemühen sich, Gesetze möglichst schon in einem Stadium zu verändern, in dem sie gerade entstehen, und man noch die Richtung mit beeinflussen kann.

Dass der Lobbyismus sich längst aus den Vorhallen der Parlamente (den "Lobbys") in die Hinterzimmer der Ministerialbürokratie verlagert hat, zeigt den Wandel und die Gefährlichkeit des heute herrschenden fragwürdigen Lobbyismus.

Seit 1974 werden die beim Deutschen Bundestag offiziell akkreditierten Lobbyisten veröffentlicht. Ihre Zahl ist in all den Jahren und Jahrzehnten geradezu explodiert. Waren in der ersten Liste von 1974 nur 635 Organisationen verzeichnet, so waren es 1998 bereits weit über 1.600, und im Mai 2013 sind es schon 2.140. Die Zahl wird weiter kräftig wachsen.

In der "öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern", wie die Lobbyliste amtlich heißt, finden sich alle jene Organisationen wieder, die offiziell bundespolitisch tätig werden wollen und dafür akkreditiert sein müssen.

Nach einem Beschluss des Deutschen Bundestags erhalten nur diejenigen Interessengruppen Zugang zu parlamentarischen Entscheidungsgremien, die sich in der Liste registrieren lassen und dabei Angaben zu folgenden Punkten machen:

Name und Sitz der Organisation;
Adresse,
weitere Adressen;
Vorstand und Geschäftsführung,
Interessenbereich,
Mitgliederzahl,
Anzahl der angeschlossenen Organisationen,
Verbandsvertreter,
Anschrift am Sitz von Bundestag und Bundesregierung.

Veröffentlicht wird die Liste jährlich in einer Beilage des "Bundesanzeigers" und auf der Homepage des Bundestags im Internet. Wer auf der Liste steht, hat zwar nicht das Recht, aber auf jeden Fall die Möglichkeit, einen Hausausweis für den Bundestag und damit Zugang zu den Abgeordneten zu bekommen.

Im Schnitt ist die Geschäftsstelle eines Lobbyisten mit drei bis vier Mitarbeitern besetzt. Sie verfassen Pressemitteilungen, verhandeln mit Abgeordneten und Ministerialbeamten, planen gemeinsame Aktionen mit Partnerorganisationen, schreiben Briefe und erfüllen Aufgaben für die Mitglieder. Gesellschaftliche Events und festliche Veranstaltungen dienen der Beziehungspflege.

So entstehen stabile und dauerhafte Beziehungen zwischen Lobbyisten, Beamten und Politikern - übrigens grundsätzlich zunächst einmal ohne jeden negativen Beigeschmack; denn viele Lobbyisten sind ausgewiesene Experten und werden von politischen Entscheidern regelmäßig und gerne gehört. Man pflegt Kontakte zu Referenten in den Ministerien, zu Abteilungsleitern und höheren Führungskräften der Ministerien, bei Bedarf auch zu Ministern oder zum Kanzler, aber vor allem zu den Abgeordneten in den Ausschüssen im Bundestag und im Bundesrat.

Lobbying ist besonders effizient, wenn es gelingt, einen Gesetzentwurf bereits in der ersten Phase seiner Entstehung, als Referentenentwurf, zu beeinflussen. In späteren Stadien können Änderungen nur noch in geringem Maße durchgesetzt werden.

Um gegebenenfalls rechtzeitig und erfolgreich intervenieren und zugleich vertrauensvolle Beziehungen aufbauen zu können, ist der permanente Dialog der Interessenvertreter mit der Arbeitsebene in den Ministerien von hohem Wert."

Der politischen Gestaltungsdominanz der Regierung und ihrer Ministerialverwaltung entsprechend, konzentriert sich die politische Einflussnahme deutscher Interessenvertreter primär auf den exekutiven Bereich und erst in zweiter Linie auf den parlamentarischen - und auch dort sind im Regelfall Abgeordnete der Regierungsmehrheit gefragter als solche der Opposition.

Doch die Einflussnahmen der Lobbyisten werden immer raffinierter, immer trickreicher, immer obskurer und rücken immer näher in den Schattenbereich jenseits der Legalität vor. In den letzten Jahren haben sie ihre Netzwerke in die Parlamente, die Regierung und die Ministerialbürokratie beständig ausgebaut und perfektioniert. Sie haben alle Entscheidungsträger längst gut im Griff. Kaum noch einer kann sich ihrem Einfluss entziehen.

Als letzte haben sie sogar die Assistenten der Politiker ins Visier genommen. Sie sind zu einer beliebten Zielgruppe für ihre Einflussversuche geworden - sozusagen die letzte Bastion, die sie bis jetzt noch nicht vollständig eingenommen hatten.

Für Lobbyisten sind die Assistenten eine besonders dankbare Zielgruppe; denn sie genießen das Vertrauen ihrer Chefs und erklären ihnen Zusammenhänge. Oft sind es die Assistenten, die Anträge und Reden von Politikern vor- oder gar ausformulieren. Und was noch viel wichtiger ist: Der Öffentlichkeit sind sie keinerlei Rechenschaft schuldig, sie haben keinen Beamtenstatus und können sich daher von Lobbyisten viel problemloser einladen und bei Bedarf auch beschenken lassen. Politiker müssen da schon ein Stück vorsichtiger sein.

So schließt sich der Kreis. Von den Assistenten über die Parlamentarier, die Ministerialbürokratie bis hin zu den Kabinettsmitgliedern einschließlich des Regierungsoberhauptes reicht der Einfluss der vielen tausend Lobbyisten. Sie haben den Apparat der politischen Willensbildung fest im Griff und ihr Netz über alle Entscheidungsträger gespannt.

Konzerne und Großunternehmen machen heute ihr eigenes Lobbying

Jahrzehntelang hatten die Verbände im politischen System der Bundesrepublik die Aufgabe, die Interessen der Unternehmen zu bündeln und gegenüber der Politik zu vertreten. Doch seit den 1990er Jahren breitet sich in Deutschland und bei der Europäischen Union ein neuer Stil organisierter Interessenvertretung aus, der völlig an den traditionellen Verbänden vorbeiführt.

Neben den Verbänden betreiben nun die Unternehmen selbst ihr eigenes Lobbying. Fachleute sprechen von Public-Affairs-Lobbying. Das ist ein System von Interessenvertretern, die nicht als Verbandsfunktionäre tätig und damit auch nicht dauerhaft mit ihrer Klientele vernetzt sind. Sie werden von Fall zu Fall für Lobbyismusaufgaben engagiert.

Konzerne und andere Großunternehmen haben in Berlin und Brüssel ihre eigenen Vertretungen eingerichtet. Allein in Berlin gibt es heute rund 120 Unternehmensrepräsentanzen. Ihre Zahl wächst rasch.

Auch ausländische Firmen, die auf den deutschen Markt drängen, bedienen sich zunehmend der Public-Affairs-Agenturen, um ihre Interessen gegenüber der Politik durchzusetzen.

Hinzu kommen international tätige Anwaltskanzleien, die in den Markt der politischen Interessenvertretung eingestiegen sind. Die Public-Affairs-Agenturen bieten auch mittelständischen Unternehmen ihre Dienste an, für die eine eigene Repräsentanz in Berlin zu aufwändig wäre.

Lange Zeit hatten Kritiker sich damit abgefunden, dass die Beziehungen zwischen Interessenvertretern in Verbänden auf der einen und dem Parlament sowie der Ministerialbürokratie auf der anderen Seite gar keine so schlechte Sache sind: ein wechselseitiges Geben und Nehmen. Bürokratie und Parlament machen sich den Sach- und Fachverstand der Lobbyisten zunutze, und die Lobbyisten profitieren von der Bereitschaft der Bürokraten und Politiker, ihnen ein offenes Ohr zu leihen.

Doch das Lobbying ist heute kein wechselseitiger Tausch mehr, von dem beide Seiten profitieren. Es ist eine Einbahnstraße geworden. Die Politik ist vor den Interessenvertretern längst in die Knie gegangen.

Politiker fungieren als willige Helfer der Lobbyisten

Basis des direkten Lobbyings durch Unternehmen ist zwar immer noch ein beiderseitiges Interesse. Politik und Ministerialbürokratie brauchen den Sachverstand von Fachleuten aus den Unternehmen, und die Unternehmen profitieren von der Einflussnahme auf die Politik. Das ist der eine Aspekt.

Der andere allerdings ist weit weniger harmlos: Die Politik hat sich ihrer Pflicht zur Unabhängigkeit und zur Neutralität gegenüber den partikularen Interessen auf ewig und alle Zeiten entledigt. Sie hat sich mehr oder weniger widerstandslos den Interessenvertretern ausgeliefert und ist zu ihrem willigen Helfer geworden. Sie hat sich unterworfen. Sie hat das Gemeinwohl auf dem Altar der partikularen Interessen geschlachtet.

Die Pflicht des Staats zur Unabhängigkeit und Neutralität ist aber nicht einfach eine belanglose Verpflichtung, bei der man sagen könnte: Es wäre ganz nett, wenn die eingehalten würde. Die Neutralitätspflicht ist eine der Fundamentalpflichten demokratischer und sogar vordemokratischer Staaten.

Selbst Friedrich der Große hatte vor 300 Jahren schon relativ genaue Vorstellungen von der Neutralitätspflicht des Staates, die heute unter dem Druck des Lobbyismus nach und nach zu Grabe getragen wird.

Es ist keine wirkliche Übertreibung zu sagen, dass der demokratische Staat unter der Knute des Lobbyismus im Begriff steht, hinter den undemokratischen preußischen Staat Friedrichs d. Großen im 18. Jahrhundert zurückzufallen.

Wenn ein Staat nicht einmal seine Neutralitätspflicht gegenüber jedermann erfüllt, ist er mit Sicherheit kein Rechtsstaat und eigentlich noch nicht einmal ein ordentlicher Staat. Ein Staat darf grundsätzlich nicht Partei ergreifen. Und wenn er Partei ist, ist er nicht Staat, und schon gar kein demokratischer, sondern ein diffuses Gebilde, das zur Beute von Interessengruppen und Konzernen geworden ist.

Das Public-Affairs-Lobbying beeinflusst massiv Regierungen, Parlamente, politische Parteien, Behörden, Gemeinden und Verbände ebenso wie die Gesellschaft als Ganze. Ursprünglich ging es mal nur darum, negative Auswirkungen politischer Aktivitäten von Regierungen und Parlamenten in wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten zu kontrollieren, zu beeinflussen oder zu verhindern. Inzwischen geht es vorwiegend darum, das allgemeine wirtschaftliche, soziale und politische Klima für Unternehmen durch Beeinflussung von Politik, Meinungsführern und der Öffentlichkeit zu den eigenen Gunsten zu verbessern.

Dadurch weicht die Trennung von Politik und Wirtschaft immer weiter auf. Politik und Wirtschaft verschmelzen untrennbar miteinander. Und immer seltener behalten Staat und Politik die Oberhand.

Heute sind die Interessenvertreter tief in die Ministerien und die Parlamente eingedrungen - wie tief, kam eigentlich nur durch einen Zufall heraus. Inzwischen ist es gang und gäbe, dass in fast allen Bundesministerien Mitarbeiter aus den wichtigsten deutschen Unternehmen arbeiten und Tür an Tür mit Beamten sitzen, an Gesetzen mitschreiben, massenhaft interne Unterlagen kopieren, an ihre Firmen weiterleiten und dafür von der Wirtschaft bezahlt werden.

Bei einer Überprüfung des Bundesrechnungshofs kam heraus, dass externe Mitarbeiter an der Ausarbeitung von Gesetzesentwürfen beteiligt sind und sogar Führungsfunktionen in den Ministerien wahrnehmen. Sie werden auch in Tätigkeitsfeldern eingesetzt, "die hinsichtlich ihrer politischen Bedeutung, ihres Zugangs zu internen Informationen oder ihrer Nähe zu den Interessenschwerpunkten der entsendenden Stelle eine herausgehobene Position"^[4] haben.

Nach dem Bericht waren allein zwischen 2004 und 2006 bis zu 108 Mitarbeiter aus privaten und öffentlichen Unternehmen sowie Verbänden oder Gewerkschaften bis zu fünf Jahre lang in den Ministerien offiziell tätig. In 60 Prozent der untersuchten Fälle wurden sie von ihrem eigentlichen Arbeitgeber bezahlt.

Die Bezahlung dieser Mitarbeiter durch Unternehmen und Verbänden lasse befürchten, "dass Interessenkonflikte oder zumindest in der Außenwahrnehmung der böse Schein fehlender Neutralität entstehen", beklagten die Prüfer des Bundesrechnungshofs.

So sei ein Externer im Büro eines Bundesministers als Referent eingesetzt gewesen. Das Unternehmen, das ihn entsandte, sei als Auftragnehmer für das Ministerium tätig. In einem anderen Fall wurde ein solcher Beschäftigter im Haushaltsreferat eines Ministeriums mit der Begründung eingesetzt, es stehe sonst niemand dafür zur Verfügung.

Eine Beratungs- und Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die sich um Aufträge bei einem anderen Ressort bemühte, sei von sich aus erfolgreich an das Ministerium mit dem Angebot herantreten, einen Mitarbeiter vorübergehend in ein Referat zu schicken, das sich mit der strategischen Ausrichtung des Ministeriums befasst.

Ein großes öffentliches Kreditinstitut entsandte 2006 durchschnittlich 15 Mitarbeiter in oberste Bundesbehörden. Damit wurden Stellen besetzt, für die ansonsten Personalausgaben von jährlich einer

Million Euro angefallen wären.

Die weitaus meisten Fälle von externen Beschäftigungen gibt es im Bundeswirtschaftsministerium. Dort waren laut einer Antwort der Regierung auf eine parlamentarische Anfrage 2006 etwa 35 Fälle registriert. Dazu gehören Mitarbeiter von Konzernen wie DaimlerChrysler, Bayer, BASF, IBM oder Thyssengas und von Lobbyvertretungen wie dem Verband der Chemischen Industrie, dem Verband Forschender Arzneimittelhersteller oder der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft.

Ein Teil der Fälle geht auf das Personalaustauschprogramm "Seitenwechsel" der Bundesregierung zurück, ein Bestandteil des Regierungsprogramms "Moderner Staat - Moderne Verwaltung". Dieses Regierungsprogramm wurde 2004 verabschiedet. Erste Gespräche zu dem Austauschprogramm fanden im Frühjahr 2004 zwischen dem Bundesministerium des Innern und der Deutschen Bank statt. So sicherte sich die Deutsche Bank einen direkten Einfluss auf die strategische und inhaltliche Ausrichtung der Regierungspolitik.

Ziel des Vorhabens sei ein langfristiger Wissenstransfer, um einen Mentalitätswechsel in der Bundesverwaltung zu erreichen, so die etwas scheinheilige Begründung der Bundesregierung.

Ministeriale Formen der Unzurechnungsfähigkeit, die zum Himmel stinken

Tatsächlich fand diese Praxis lange im Verborgenen statt und stellt nichts anderes als die geplante und organisierte Verflechtung zwischen Bundesregierung, Unternehmen und (Wirtschafts-)Verbänden dar. Dass die Initialzündung zu diesem Programm durch ein Gespräch zwischen einem Bundesministerium und der Deutschen Bank gelegt wurde, lässt tief blicken. Friedrich der Große müsste im Grabe rotieren...

Immerhin stellte der Bundesrechnungshof fest, dass den Ministerien die Bedeutung ihres Handelns oft nicht bewusst sei. Möglicherweise war das ein Versuch, den ganzen Skandal mit besänftigenden Worten etwas zu verharmlosen. Doch ob das gelungen ist? Lädt es doch zu der Frage ein, was schlimmer ist: Wenn die merken, was sie anrichten, oder wenn die selbst das noch nicht einmal mitkriegen?

Ja, zu was sind die Ministerien denn überhaupt gut, wenn denen die Bedeutung ihres eigenen Handelns nicht bewusst ist? In der Psychiatrie spricht man in solchen Fällen von Unzurechnungsfähigkeit.

Schließlich bekommen Lobbyisten so direkten Zugang zu den Schaltstellen der Regierung. Dort wirken sie als Referatsleiter unmittelbar daran mit, Gesetze zu auszuarbeiten, an denen ihre Arbeitgeber großes wirtschaftliches Interesse haben. Und sie bekommen auch unmittelbaren Einfluss darauf, an wen öffentliche Mittel in Ausschreibungen vergeben werden. Ein Unding.

Man muss sich das ganz konkret vorstellen: Ein Ministerium vergibt Mittel, und in der Vergabeabteilung sitzt der Mitarbeiter eines der Unternehmen, die sich um diese Mittel bewerben. Und auf wundersame Weise bekommt das Unternehmen dann auch noch den Zuschlag. Das hat nicht bloß ein Geschmäckle, das stinkt zum Himmel...

Es ist keine große Überspitzung zu sagen, dass in vielen Fällen die Betroffenen sich die Gesetze selbst schreiben, die sie betreffen. Mehr als hundert Beschäftigte von Unternehmen und Verbänden sitzen in Bundesministerien und arbeiten dort im Zweifelsfall an Projekten, die ihrem Arbeitgeber wirtschaftlich nützlich sind. Mitarbeiter von Unternehmen und Verbänden wirken gewissermaßen als Scheinbeamte in den Ministerien und können so Gesetze mitgestalten, deren ursprünglicher Zweck es sein sollte, ihre Unternehmen zu regulieren.

Siemens oder DaimlerChrysler, die Lufthansa oder die Deutsche Bank, fast alle großen Konzerne sind dabei und haben ihre Mitarbeiter in so gut wie allen Ministerien sitzen.

Bekannt wurde das durch einen jungen Politologen, der 2002 als Praktikant im Bundesverkehrsministerium arbeitete. Er [erklärte](#) gegenüber dem ARD-Magazin "Monitor" [5]:

Also ich saß da einem Mitarbeiter von der Firma DaimlerChrysler gegenüber. Der hat sich häufiger Unterlagen kommen lassen. Viele davon nur für den internen Gebrauch bestimmt und auch kopiert. Und offensichtlich auch mit nach Hause genommen.

Bei DaimlerChrysler war der Mann Leiter der Abteilung Konzernstrategie Verkehrspolitik. Bezahlt von DaimlerChrysler saß er ausgerechnet im April und Mai 2002 im Verkehrsministerium, als dort gerade der Milliardenauftrag für die Lkw-Maut vergeben wurde. Zufälle gibt's, die glaubt man nicht; denn DaimlerChrysler gehörte zu einem Bewerberkonsortium, und ausgerechnet dieses Konsortium bekam am Ende auch den Auftrag. Wen wundert's? Eindeutig war, dass der DaimlerChrysler-Mitarbeiter Informationen aus dem Ministerium an seine Firma weitergereicht hatte.

Minister kommen und gehen, aber die Lobbyisten bleiben an der Macht

Auch im Bundesgesundheitsministerium gehen die Lobbyisten ein und aus. Und obwohl die Bundesregierung das bestritt, lagen "Monitor" Informationen über einen externen Vertreter vor, der dort mehrere Monate arbeitete, mit eigenem Büro und Kopierer. Er kopierte streng vertrauliche Dokumente und gab sie an seinen wahren Arbeitgeber - die Deutsche Angestellten-Krankenkasse (DAK) - weiter. Wenigstens musste das Ministerium diesen Lobbyisten am Ende entlassen.

Der Vorgang wäre vielleicht gar nicht so dramatisch, wenn die Bundesregierung nicht so vehement den Einsatz externer Mitarbeiter abgestritten hätte und dann im Laufe der weiteren Auseinandersetzung immer nur zugegeben hätte, was sich sowieso nicht mehr abstreiten ließ.

Das weist darauf hin, dass man ein deutliches Unrechtsbewusstsein hatte und wohl wusste, dass der Staat, der in seinen Ministerien Angestellte von Konzernen beschäftigt, sich in die Hände von wirtschaftlichen Interessen begibt und seine Neutralitätspflicht verletzt. Der wohlwollende Rekurs des Rechnungshofs auf eine mögliche Unzurechnungsfähigkeit großer Teile der Bundesregierung traf wohl doch nicht ganz zu. Erst später gestand die Bundesregierung ein, dass vier externe Mitarbeiter direkt an Gesetzen mitschrieben. Zwei weitere waren sogar als Referatsleiter eingesetzt.

Im Juli 2011 wurde ein internes Papier des just erst einen Monat zuvor zum Bundesminister für Gesundheit gekürten Daniel Bahr bekannt, das vorschlug, Lobbyisten der Pharmabranche aus mehreren Beratungsgremien für Fragen des Arzneimittelrechts auszuschließen. Doch wie so oft hatte der neue Minister sich zu weit und zu schnell aus dem Fenster gelehnt. Neue Besen...

Die sofort einsetzende Kritik aus Industrie und Politik verfehlte ihre Wirkung nicht, und das Papier verschwand ganz schnell wieder in der Versenkung. Vertreter der Pharmaindustrie sitzen seit über 30 Jahren in mindestens fünf Gremien des Gesundheitsministeriums, bei denen es um Fragen der Zulassung und der Verschreibungspflicht von Medikamenten geht. Und die sitzen viel fester im Sattel der politischen Macht als irgend so ein Ministerbürschlein, bei dem sich nach ein paar Monaten im Amt schon bald keiner mehr an den Namen erinnern kann. Minister kommen und gehen, aber die Lobbyisten bleiben.

Wenn es darum geht, über die Zulassung von Medikamenten zu entscheiden, dürfen die Pharmavertreter natürlich nicht fehlen und müssen ein entscheidendes Wörtchen mitreden, sonst käme womöglich noch jemand auf die Idee, man könnte dabei darauf achten, dass die Medikamente den Patienten und nicht etwa den Pharmaunternehmen nützen. Das geht ja nun gar nicht.

Das mag auch erklären, warum so viele Versuche, das bestehende Gesundheitssystem an Haupt und Gliedern zu reformieren und zu modernisieren, so oft und so jämmerlich gescheitert sind: Da sitzen schon an den ersten Hebeln und Stellschrauben Leute aus den potenziell betroffenen Unternehmen und Verbänden und ersticken jeden Reformansatz im Keim.

Inzwischen ist das gängige Praxis: In den Ministerien von Bund und Ländern haben Lobbyisten seit Jahren ihre eigenen Schreibtische im Haus. Beahlt werden sie weiter von ihren Arbeitgebern, zumeist großen Konzernen und Wirtschaftsverbänden. Der Staat ist nicht mehr neutral, er befindet sich fest in der Hand der Industrie.

Eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof ergab, dass die Lobbyisten an Gesetzen mitwirken und sogar in Führungspositionen arbeiten. Da gibt es Beschäftigte von Energieriesen wie Eon oder BP, die ins Außenministerium geschickt werden. Laut einem Bericht des Magazins "Impulse" sind sie in genau dem Referat angesiedelt, das über strategische Energiepolitik entscheidet.

Auch Lufthansa und das Luft- und Raumfahrtunternehmen EADS entsenden Firmenangehörige ins Auswärtige Amt. Im Bundesfinanzministerium waren schon Mitarbeiter der Deutschen Bank und der Dresdner Bank, der Deutschen Börse und der Kreditanstalt für Wiederaufbau beschäftigt. Seit 2007 delegierte die DZ-Bank einen Mitarbeiter als aktuellen Vertreter der kreditwirtschaftlichen Verbände.

Das zentrale Problem: Die Arbeit der Interessenvertreter in den Ministerien findet in einem fast vollständig regel- und kontrollfreien Raum statt. Nur im Bundesgesundheitsministerium kann man sich auf das Sozialgesetzbuch zurückziehen, in dem "personelle Unterstützungen durch Abordnungen von Sozialversicherungsträgern und deren Verbänden" vorgesehen sind.

Nach Angaben des TV-Magazins "Impulse" saß bei den Verhandlungen zur Gesundheitsreform auch ein Vertreter des Bundesvorstands der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) mit am Tisch.

Wenn in Ministerien die Mitarbeiter von Wirtschaftsunternehmen und Konzernen beschäftigt sind, wird die ohnehin schon vielfältig gefährdete Unabhängigkeit und Neutralität des Staates zur reinen Farce.

Artikel 33 des Grundgesetzes schreibt fest, dass Staatsdiener in einem Treueverhältnis zu ihrem Dienstherrn stehen sollen. Doch was im Grundgesetz so alles steht, interessiert in der faktischen Politik kaum noch jemanden.

Von einem Konzernangestellten, der auch noch nur vorübergehend in einem Ministerium arbeitet, kann man Diensttreue gegenüber dem Staat nicht erwarten. Auf ihn ist dieser Verfassungsgrundsatz ja noch nicht einmal anwendbar, schließlich ist er Konzernangestellter und nicht Staatsdiener.

Selbst wenn er die redlichsten Motive hat, ist die Loyalität zu seinem Unternehmen, das ihn entsendet, das ihn bezahlt und in das er nach einiger Zeit zurückkehrt, wesentlich gefestigter als irgendeine mögliche Loyalität gegenüber dem Staat.

Aber die Konstruktion der Staatsdienerschaft mit allen Privilegien und Sonderrechten für Beamte hat überhaupt nur den einen Sinn, die Unbestechlichkeit und Neutralität des Staates zu gewährleisten und gegen alle Anfechtungen zu verteidigen. Und wenn die nicht mehr gewährleistet sind, ist der gesamte Staat zur Beute der Wirtschaft geworden.

So ist eine absolut absurde Situation entstanden: Mitarbeiter von Unternehmen und Verbänden wirken direkt oder indirekt an Gesetzen mit, deren Sinn und Zweck es sein sollte, die Operationsbedingungen dieser Unternehmen oder ihres Wirtschaftszweigs zu regeln.

Wenn die ihre eigenen Regelungen in die eigenen Hände nehmen können, kann niemand auch nur im Traum daran denken, dass dabei etwas herauskommt, das den Interessen der Unternehmen zuwiderläuft oder - andersherum - ausschließlich aus der Perspektive des Gemeinwohls durchgeführt wird.

Es entstehen Gesetzentwürfe, die von vornherein durch partikulare Interessen geprägt sind. Sie haben es eigentlich noch nicht einmal verdient, als Gesetze zu gelten; denn sie sind keine Gesetze von allgemeiner Gültigkeit. Sie regeln die Verhältnisse, unter denen manche Wurstfabriken ihre Rezepturen zusammenrühren dürfen, ohne mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten oder irgendwelche Rabitzhersteller kostengünstig operieren können.

Bundestag und - falls überhaupt erforderlich - auch Bundesrat folgen ihrer vornehmsten Funktion und nicken diese Gesetze durch. Wahrscheinlich erkennen die meisten Abnicker noch nicht einmal, wessen Interessen sie damit dienen. Ihre wesentliche Tätigkeit besteht nun einmal im Nicken: Wenn sie nicht gerade Gesetze oder sonstige Beschlüsse abnicken, dann nicken sie auch schon mal ein...

Natürlich bekommen die Unternehmensvertreter in den Ministerien Einblick in interne Abläufe, sie verschaffen sich Kenntnisse vertraulicher Vorgänge und knüpfen persönliche Kontakte in der Ministerialbürokratie. So entstehen den Unternehmen weitere Vorteile, die weit über die konkrete Tätigkeit im Ministerium hinaus reichen.

Im Juli 2008 trat eine Verwaltungsrichtlinie in Kraft, die der Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien Grenzen setzt. [6] Sie dürfen seither nicht mehr an Gesetzen mitarbeiten und nicht mehr in den Referaten mitwirken, die direkt die Interessen ihrer Unternehmen oder Verbände betreffen.

Das Innenministerium muss halbjährlich über die externen Mitarbeiter berichten, und die bisher erschienen Berichte zeigen, dass die Zahl der beschäftigten Lobbyisten rückläufig ist. Aber es gibt noch genügend Schlupflöcher, unter anderem für Werkverträge und befristete Verträge. Zudem werden öffentliche Unternehmen und Körperschaften gar nicht erfasst, obwohl es auch hier zu Interessenkonflikten kommen kann. Wird irgendwo ein Schlupfloch geschlossen, öffnen sich an einer anderen Stelle zwei neue.

Die innige Verknüpfung der Politik mit den partikularen Interessen der Privatwirtschaft ist auf jeden Fall nicht gebremst. So ließ 2009 der Bundeswirtschaftsminister ein Gesetz zur Bankenrettung von einer großen Anwaltskanzlei und nicht von Mitarbeitern der Bundesbehörde schreiben.

Die Bundesregierung verteidigte dies mit dem Argument, es gelte der Maßstab, das zuständige Ressort habe die klare Verantwortung für ein Gesetzesvorhaben und könne Experten dann für Hilfeleistung einschalten, wenn diese durch die eigenen Beamten nicht erbracht werden könne. Die Experten erhielten dabei inhaltliche Vorgaben und Weisungen durch die Behörde.

Dagegen sprach Hans-Ulrich Benra, Vorsitzender des Verbands der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden, von einer besorgniserregenden Entwicklung:

Wenn Gesetzesentwürfe in Kanzleien angefertigt werden, ist nicht ausgeschlossen, dass diese ihre eigenen Interessen vertreten und nicht die öffentlichen.

Der Text für den Gesetzentwurf aus dem Wirtschaftsministerium zur staatlichen Zwangsverwaltung maroder Banken stammte von der britischen Anwaltskanzlei Linklaters. Große Kanzleien wie Linklaters arbeiten natürlich vorwiegend für Banken und Unternehmen.

Ein Sprecher des Ministeriums bestritt zwar, dass das Gesetz komplett von der Kanzlei erstellt worden sei. Die Bundesregierung hatte mit der Verabschiedung des Banken-Enteignungsgesetzes die Justizministerin und den Wirtschaftsminister Anfang 2009 beauftragt, ein "Restrukturierungs-Modell" zu entwerfen. Beide Häuser hatten daraufhin unterschiedliche Modelle und Vorschläge vorgelegt, sich aber noch nicht auf einen Kompromiss verständigt.

Die Einbindung externer Berater ist allerdings auf allen Ebenen der Politik seit Jahrzehnten gängige Praxis. Auch für das Justizministerium arbeitete ein Partner der Kanzlei Nörr, Stiefenhofer, Lutz an einem im November 2005 in Kraft getretenen Gesetz mit, das Hauptversammlungen beschleunigen soll. Aktionärsschützer hatten das kritisiert, weil die Kanzlei - wie die meisten Großkanzleien - in erster Linie die Interessen von Unternehmen vertritt und nicht die von Kleinanlegern.

Einflüsse auf Gesetze bleiben im Verborgenen wie in einer Bananenrepublik

Tatsächlich wirken externe Berater und Anwaltskanzleien zunehmend an Gesetzen mit. Das zeigte zuletzt die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion zum Thema Mitarbeit von Privaten an Gesetzentwürfen von Oktober 2009. [7]

Demnach arbeiteten allein 2009 externe Mitarbeiter an 16 Gesetzen mit. Von 1990 bis 1999 war es gerade mal ein Gesetz. Nach einem an den Haushaltsausschuss gerichteten Bericht des Bundesrechnungshofs vom Frühjahr 2011 wurden von 2005 bis 2009 bei 33 von 537 Normgebungsverfahren Aufträge an Externe vergeben.

Die Praxis des "Outsourcing von Gesetzen" begann unter Rot-Grün und wurde von der großen Koalition von 2005 bis 2009 fortgesetzt und ausgebaut. Vorher gab es nur 1991 einen einzigen Fall. Insgesamt gaben die Ministerien für externe Beratungsleistungen bei der Gesetzgebung in den drei Jahren von 2006 bis 2009 Honorare in Höhe von 4,1 Millionen Euro aus. Aus der Antwort der Bundesregierung geht hervor, in welchem Ministerium Externe an wie vielen Gesetzen mitwirkten. Besonders oft war dies im Bundesministerium für Umwelt der Fall, gefolgt vom Verkehrsministerium und dem Innenministerium.

Insgesamt bezahlten die Ministerien von 2000 bis 2009 über sechs Millionen Euro für die Mithilfe an Gesetzen an externe Berater. Allerdings sind die Zahlen unvollständig: Nicht öffentlich zugänglich ist, welche Honorare das Bundeswirtschaftsministerium und das Finanzministerium für das Mitwirken an ihren Gesetzen zahlten.

So wirkte beispielsweise die Kanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer am Finanzmarktstabilisierungsgesetz vom Oktober 2008 und dessen Ergänzung im Februar 2009 und Juli 2009 mit. Wie stark das endgültige Gesetz aber letztlich davon beeinflusst wurde, bleibt im Unklaren. Und das ist schlimm genug; denn nun ist nicht einmal mehr der Gesetzgebungsprozess transparent.

Wie in einer Bananenrepublik bleibt im Verborgenen, wer Einfluss auf Gesetze genommen hat und in welchem Umfang er das getan hat.

In der ihm eigenen zurückhaltenden Art schreibt der Bundesrechnungshof in seinem Bericht an den Haushaltsausschuss, es sei "nicht ohne weiteres nachvollziehbar", warum Bundesministerien "Kernaufgaben" auf externe Berater übertragen. Über das Risiko, dass Lobbyisten Einfluss nehmen könnten, dächten die Auftraggeber wohl kaum nach. Es habe kaum Überlegungen zu möglichen Interessenkonflikten oder der Gefahr der Beeinflussung gegeben.

Die Begründung vieler Ministerien, der Beratungsbedarf bei der Arbeit an Gesetzesentwürfen sei dringend und es gebe zu wenig Sachverstand im eigenen Haus, lassen die Rechnungsprüfer nicht gelten

Dass einige Normsetzungsverfahren immer noch nicht abgeschlossen sind, macht deutlich, dass das Argument Dringlichkeit nicht durchweg sachgerecht war.

Man kann das auch ohne die vornehme Zurückhaltung der Diktion des Rechnungshofs sagen: Wenn Ministerien wie beispielsweise das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie unter ihren gut 1.500 Mitarbeitern keinen dabei haben, der einen ordentlichen Gesetzentwurf schreiben kann, dann ist das ein jämmerliches Armutszeugnis für die Personalausstattung der Ministerialbürokratie. Dann hängen in dem Ministerium eben vorwiegend nichtsnutzige Penner 'rum, die ihre Aufgaben nicht erfüllen können. Ja, zu was sind die denn da?

Der gewaltige Staatsapparat ist vorwiegend eine Versorgungseinrichtung für Beamte geworden, auf

deren Qualifikation es nicht mehr wirklich ankommt. Reguläre Qualifikation muss gesondert bezahlt werden. Es ist offenbar geradezu naiv anzunehmen, es sei Aufgabe der Politik, ihre Ministerien auch ordentlich auszustatten...

Ohnehin trifft die Bundesregierung in Geheimsitzungen mit Wirtschaftsvertretern immer öfter Entscheidungen in Hinterzimmern und meidet offene Diskussionen im Parlament, wenn immer das geht. So kam 2010 beispielsweise auch der berühmte Atomdeal zu Stande, der die Grundlage für die von der CDU-FDP-Regierung einst geplante (wegen Fukushima 2011 wieder aufgegebene) Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke bildete.

Damals setzten sich die Chefs der Energieriesen Eon, RWE, EnBW und Vattenfall mit der Kanzlerin und ohne Teilnahme des zuständigen Bundesumweltministers hinter verschlossenen Türen zusammen und handelten einen Geheimvertrag aus, der es gestattete, die Atomkraftwerke durchschnittlich zwölf Jahre länger am Netz zu lassen, als im Gesetz vorgesehen.

Durch den Vertrag schlossen sich die vier Atomkonzerne und die Bundesregierung zum Schaden der Bevölkerung zusammen. Offensichtlich waren der Regierung die wirtschaftlichen Interessen der Energiekonzerne wichtiger als das Gemeinwohl. Und dies zeigt exemplarisch einmal mehr, dass *im fortgeschrittenen Verfallsstadium demokratischer Systeme in wachsendem Maße partikulare wirtschaftliche Interessen größere Bedeutung und höhere Wichtigkeit haben als das Gemeinwohl.*

Es hat eine radikale Umkehr stattgefunden: Die Politik dient nicht länger dem Wohl der Allgemeinheit, sie hat sich zum gefälligen Diener wirtschaftlicher Partikularinteressen degradiert. Das wiederum ist aber nicht einfach nur ein erbärmliches Anzeichen einer Bananisierung der politischen Landschaft.

Es geht an die Substanz demokratischer Politik. Wenn die Politik nur noch Vollstrecker wirtschaftlicher Sonderinteressen ist, dient sie nicht mehr der Mehrheit der Bevölkerung. Die Politik hat sich ins demokratische Aus manövriert. Und dieses Land hat nicht länger ein politisches System, das den Namen Demokratie verdient.

Wenn - wie in diesem Fall - ein bestehendes Gesetz den Oligarchen in Regierung und Wirtschaft nicht passt, dann wird es durch einen Geheimvertrag ausgehebelt. Dass dies gesetz- und verfassungswidrig und darüber hinaus zutiefst undemokratisch ist, interessiert dort keinen. Und dass die Hinterstuben der Politik für die Entscheider längst wichtigere Institutionen als die Parlamente geworden sind, zeigt nur wie heruntergekommen der demokratische Willensbildungsprozess längst geworden ist.

Wolfgang J. Koschnick 10.03.2014

Im Folgenden wird beschrieben, wie die Lobbyisten, die Wirtschaft und ihre Verbände die Gesetzgebung aushebeln. Nur der Staat könnte die Grenzen ziehen, innerhalb derer das Gemeinwohl und damit die Selbsterhaltung der Gesellschaft gesichert bleibt. An dieser Aufgabe ist er jedoch in den entwickelten Demokratien gescheitert. Und deshalb entgleitet ihm die Grundlage, auf der er seine Staatsgewalt ausüben darf. Der Staat gibt vor, im öffentlichen Interesse zu handeln und beansprucht deshalb das Gewaltmonopol. Aber die Legitimität dieses Anspruchs ist erschüttert. Die Bürger entziehen ihm und seinen Repräsentanten das Vertrauen, sie fühlen sich in wachsendem Maße von Staat und Politik verraten und verkauft. Nein, das ist schon nicht mehr wahr: Sie werden von ihm verraten und verkauft. Das ist nicht mehr bloß ein Gefühl, das ja trügen könnte.

Nach wie vor üben Interessenverbände einen machtvollen Einfluss auf die Gesetzgebung aus. Wie das konkret funktioniert, lässt sich exemplarisch an der Gesundheitsreform von 2010 illustrieren. Das Beispiel steht für viele hundert anderer Gesetze, bei denen die Einflussnahme nach ähnlichem Muster verläuft und verlief.



Damals hat der Verband forschender Arzneimittelhersteller (vfa) ein Gesetz direkt mitgeschrieben, das die Beitragszahler mehrere Milliarden Euro kostet. Und nach diesem Muster funktioniert jedes Mal die Einflussnahme der Verbände auf den Staat. Das Gesetz, das am Ende dabei herauskommt, dient einzig und allein den wirtschaftlichen und sonstigen Interessen derjenigen, die der jeweilige Verband vertritt. Und die Verbraucher, Patienten, Beitragszahler und sonstigen Mitglieder der Bevölkerung gucken in die Röhre und werden erbarmungslos zur Kasse gebeten.

Es entsteht und verfestigt sich eine völlige Schieflage in Gesellschaft und Politik. Die einzelne Einflussnahme eines einzelnen Verbands auf ein kleines Gesetz wäre ja keine Tragödie. Aber es ist eine Katastrophe, wenn tausende Lobbyisten auf tausende von Gesetzen über Jahrzehnte hinweg ihre partikularen Interesseneinflüsse durchsetzen.

Dann bricht auf längere Sicht ein ganzes System zusammen und wandelt seinen Charakter. Die Vielzahl der Verzerrungen kumuliert sich über viele Jahre und Jahrzehnte. Und es entsteht ein politisches Gebilde, das fest in der Hand von Sonderinteressen ist und mit dem gemeinen Wohl absolut gar nichts mehr zu tun hat.

In der Zeit vor der Entstehung des absoluten Staats waren die Menschen grundsätzlich Eigentum verschiedener Dynastien. Ein unseliger Zustand, aus dem sie erst der sich allmählich entwickelnde absolute Staat befreite. Heute droht der moderne Staat wieder zu zerfallen, und die in entwickelten Demokratien lebende Menschheit gerät nun in die quasi-dynastischen Hände der Wirtschaftsoligarchen.

Bis Anfang 2011 konnten die Arzneimittelhersteller die Preise ihrer Medikamente selbst festlegen. Gut für die Hersteller, schlecht für die Patienten. Deshalb hat Deutschland die weltweit höchsten Arzneimittelpreise.

Anfang 2011 wurde das Gesetz geändert. Seither gilt der Grundsatz: Je höher der Nutzen eines Medikaments, desto höher sein Preis. Um den Preis festzulegen, muss also zuvor der Nutzen bewertet werden. Nicht ganz einfach. Wie soll man und vor allen Dingen, wer soll bestimmen, wie der Nutzen eines Medikaments festgelegt werden kann?

Die Regierung knickt vor der Pharmaindustrie ein

Wenn man darüber nachdenkt, liegt der Gedanke nahe, dass vor allem Ärzte und Kliniken, aber auch Krankenkassen als Vertreter der Patienten das wohl am besten können. Die sind in ihrer täglichen Arbeit nahe genug an den Patienten und können am verlässlichsten beurteilen, welche Medikamente nützen.

Also sah der erste Diskussionsentwurf zum Arzneimittel-Neuordnungsgesetz (AMNOG) vom 27. Mai 2010 vor, dass ein Gemeinsamer Bundesausschuss (G-BA) von Ärzten, Kliniken und Krankenkassen diese Nutzenbewertung vornehmen sollte, also auf jeden Fall ein Ausschuss von Leuten, bei denen sicher schien, dass sie sich im Interesse der Patienten entscheiden würden.

Das sah auch der Referentenentwurf vom 1. Juni 2010 noch so vor und ein weiterer Kabinettsentwurf vom 24. Juni 2010 und sogar der von CDU/CSU und FDP als Vorlage der Bundesregierung in den Bundestag eingebrachte Gesetzentwurf vom 6. Juli 2010.

Insgesamt war das also in vier nacheinander von verschiedenen staatlichen und politischen Instanzen erarbeiteten Gesetzentwürfen in der gleichen Weise vorgesehen: Ärzte, Kliniken und Krankenkassen als Patientenvertreter bewerten den Nutzen der Medikamente. Praxisnah. Patientennah und überaus sinnvoll.

Doch dann veröffentlichte der Verband der Arzneimittelhersteller vfa am 30. August 2010 seinen eigenen Gesetzentwurf. Der Verband vertritt die wirtschaftlichen Interessen derjenigen Unternehmen, die neue Arzneimittel entwickeln und auf den Markt bringen. Und dieser Entwurf sah nun plötzlich vor, dass ausgerechnet das Bundesministerium für Gesundheit den Nutzen neuer Medikamente bewerten sollte.

Ja, wieso denn ausgerechnet so ein schwerfälliger Apparat mit über 700 Bürokraten, mag man sich fragen. Doch die Überlegungen, die dahinter standen, sind absolut klar: Im Ministerium sitzen Beamte. Und auf die kann man ja viel leichter Einfluss ausüben als auf ein Gremium von unabhängigen Ärzten und Krankenkassenvertretern, zumal ja in dem Ministerium einige Angestellte der Pharmaindustrie als Lobbyisten sitzen. Wenn die den Nutzen neuer Medikamente bewerten, kann man gewiss sein, dass dabei dann das Richtige herauskommt, besonders wenn man vorher noch an den richtigen Stellschrauben gedreht und die richtigen Knöpfe gedrückt hat.

Kaum hatte der Verband seinen Entwurf vorgelegt, da hatte auch die Bundesregierung nichts Eiligeres zu tun, als auch ihren eigenen Gesetzentwurf umzuschreiben. Und es dürfte niemanden wundern, wennman nun konstatiert, dass die Bundesregierung wortgetreu die Formulierung des Verbands der forschenden Arzneimittelhersteller übernahm.

In vier hintereinander entwickelten Entwürfen hatte die Bundesregierung also stets an der für die Beitragszahler günstigen Nutzenbewertung festgehalten. Dann meldeten sich die Lobbyisten nur ein einziges Mal mit einem Gegenvorschlag, der den wirtschaftlichen Nutzen des ganzen Vorgangs von den Beitragszahlern zu den Lobbyisten verschob, und schon kuschte die Koalition. Es ist auch völlig egal,

Sie setzte sich noch nicht einmal zur Wehr - auch noch nicht einmal zur Wahrung des Scheins, und um wenigstens den oberflächlichen Eindruck zu erwecken, sie habe wenigstens tapfere Gegenwehr geleistet. Nein, sie knickte einfach sang- und klanglos ein.

War bis dahin vorgesehen, dass der G-BA eine Verfahrensordnung zur Nutzenbewertung vorgibt und das unabhängige Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) die Nutzenbewertung im Auftrag des G-BA durchführen sollte, so hieß es nun in dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktion:

Das Bundesministerium für Gesundheit regelt durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrats das Nähere zur Nutzenbewertung.

Die Rechtsverordnung des Ministeriums legt fest, "welche Grundsätze für die Bestimmung der Vergleichstherapie gelten, in welchen Fällen zusätzliche Nachweise erforderlich sind sowie unter welchen Voraussetzungen Studien welcher Evidenzstufe zu verlangen sind". Auch weichere Kriterien wie die Patientenzufriedenheit sollen nun eine größere Rolle bei der Nutzenanalyse spielen.

Hinzu kommt eine Quasi-Ausstiegsklausel für die Hersteller aus der Nutzenbewertung. Geplant ist, dass Arzneimittel "mit nur geringer wirtschaftlicher Bedeutung" von der Bewertung ganz befreit werden. Die Einschätzung, wie stark sich ein Medikament verkauft, soll der Hersteller selbst liefern. Und man darf nun ganz sicher sein, dass alle Hersteller der Ansicht sind, dass alle ihre Medikamente von ganz und gar geringer wirtschaftlicher Bedeutung sind...

Im Frühsommer 2010 hatte der Bundesgesundheitsminister noch geprahlt:

Ich breche das Preismonopol der Pharmaindustrie!

Da hatte er wohl den Mund zu voll genommen.

Stattdessen sorgte er dafür, dass die Nutzenbewertung neuer Arzneimittel per Rechtsverordnung festgelegt wurde und die eigentlich zuständigen Kontrolleure, der Gemeinsame Bundesausschuss der Selbstverwaltung von Ärzten und Kassen und das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) entmachtet wurden. Große Klappe, aber nix dahinter...

Die Umkehr der Beweislast in Bezug auf den Nachweis eines Zusatznutzens von Arzneimitteln führt dazu, dass *der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) künftig nachweisen muss, dass ein Arzneimittel keinen Zusatznutzen hat*. Das macht es nahezu unmöglich, Arzneimittel auszuschließen, geht zu Lasten der Arzneimittelausgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen und stellt eine Gefährdung der Patientinnen und Patienten dar.

Die Hersteller können weiterhin wie schon immer die Preise selbst festsetzen. Zur Einführung bedarf es keiner Kosten-Nutzen-Bewertung. Sie spielt erst eine Rolle, wenn die Vertragsverhandlungen zwischen dem Spitzenverband der Krankenkassen und Pharmaherstellern gescheitert sind und ein Schiedsspruch erfolgt ist. Dann kann sie, muss aber nicht erfolgen.

Auch die Ärzte waren entsetzt über diese Regelung. Der Vorsitzende der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft, der Berliner Professor Wolf-Dieter Ludwig, kritisierte gegenüber der Frankfurter Rundschau [1], dass die Pharmaindustrie fortan die Studien selbst liefert, um Medikamente zuzulassen:

Seine Forderung, die Planung, Durchführung und Auswertung dieser klinischen Studien müsse nach der Zulassung unabhängig vom Hersteller erfolgen, verhallte allerdings ungehört in der Lobby des Bundestags...

Da kommt, ganz im Gegenteil, am Ende der Sieg höchst partikularer Interessen der Pharmaindustrie über das Gemeinwohl der Mehrheit der Bevölkerung heraus. Wenn's darauf ankommt, hat das Gemeinwohl, haben die Interessen der breiten Bevölkerung in der angeblich so demokratischen Politik keine Chance.

Klientelpolitik um Wählerstimmen

Im Laufe der Jahrzehnte des praktizierten Pluralismus ist die Schieflage immer markanter geworden. In den 1950er, 1960er und vielleicht noch 1970er Jahren hatte die damals viel diskutierte "Herrschaft der Verbände" [2] etwas geradezu Hausbackenes, ja Beschauliches. Das hat sich grundlegend gewandelt. In stets wachsendem Maße bedienen Gesetze heute fast nur noch partikulare Interessen, mit deren Hilfe politische Parteien sich die Gunst von Interessengruppen erkaufen haben.

Für jedermann nachvollziehbar und erkennbar wurde das 2009 durch ein Gesetz, das dem Hotelgewerbe milliardenschwere Subventionen bescherte. Seit 2010 müssen Deutschlands Hoteliers nicht mehr den vollen Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent, sondern nur noch 7 Prozent zahlen. Durchgeboxt hatte das die FDP, die sich damit zu Recht den Vorwurf einhandelte, sie sehe sich weniger dem Allgemeinwohl verpflichtet als den Vorlieben einzelner Interessengruppen. Meist genau jener Gruppen, in denen die Partei einen Teil ihrer Wählerschaft verortet.

Ausgerechnet der Eigentümer der Mövenpick-Hotelgruppe hatte vor der Wahl der FDP und der CDU über sein Firmennetzwerk auch noch Spenden in Millionenhöhe überwiesen. Die Milliardensubvention ist in der Sache völlig unverständlich; denn niemand außer den Hoteliers findet die neue Subvention vernünftig.

Selbst in der FDP war das Nachwahlgeschenk höchst umstritten. Dass sich der Plan trotzdem durchsetzen konnte, ist auf die Besonderheiten der schwarz-gelben Koalitionsverhandlungen zurückzuführen: Weil sich Union und FDP in vielen Punkten uneins waren, manchmal auch quer durch die politischen Lager, kam am Ende mal ein fauler Kompromiss und oft auch nicht mehr als grober Unfug heraus.

Inzwischen ist ein wenig genauer bekannt, wie es zu diesem Skandal kam. In die Verhandlungsgruppe Wirtschaft der Koalitionsverhandlungen brachte der tourismuspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Ernst Burgbacher, ein Papier seines guten alten Bekannten Ernst Fischer ein. Der ist Präsident des Gastro-Verbands Dehoga und Eigentümer eines Hotels in Tübingen. Verständlich, dass ihm eine kräftige Senkung der Mehrwertsteuer so recht am Herzen lag.

Von der Verhandlungsgruppe wanderte das Papier in die Arbeitsgruppe "Steuern, Haushalt, Finanzen", wo man ausrechnete, dass eine Senkung der Mehrwertsteuer von 19 auf 7 Prozent für das gesamte Hotel- und Gaststättengewerbe zu Steuerausfällen von 4,615 Milliarden Euro pro Jahr führen würde und daher erst einmal dagegen war.

So einigte man sich auf einen ermäßigten Steuersatz nur für Gaststätten und nur für den Verkauf von Speisen. Für den Außer-Haus-Verkauf von Speisen galt nämlich schon vorher der Satz von sieben Prozent. Dadurch sollte der Steuerausfall auf 2,2 Milliarden Euro begrenzt werden.

Dieser Vorschlag ging in die Spitzenrunde der Parteivorsitzenden. Und die reagierte ganz und gar unerwartet: Statt die Mehrwertsteuer auf das Essen zu ermäßigen, subventionierten sie das Schlafen in Hotelbetten.

Die Finanzpolitiker hatten das ausdrücklich abgelehnt, weil sie fürchteten, die Hoteliers könnten versuchen, üppige Pauschalpakete in die Steuerermäßigung zu schmuggeln. Wie berechtigt diese Sorge ist, haben inzwischen auch die Finanzminister von Bund und Ländern erkannt - allerdings zu spät.

Nicht ganz klar ist, wie es dazu kam, dass die Parteivorsitzenden den Steuersatz für Hotels senkten, obwohl die Finanzpolitiker das ausdrücklich abgelehnt und etwas anderes empfohlen hatten. Aber von den logischen Möglichkeiten, die sich als Erklärung anbieten (a: Sie wollten den Hotelbesitzern unter allen Umständen etwas Gutes tun; b: Sie haben nach langen Verhandlungen irgendetwas total falsch verstanden), ist jede einzelne ein politisches Armutszeugnis. Deshalb kommt es nicht wirklich darauf an. So oder so ist die Erklärung eine Schande für den Prozess der politischen Entscheidungsfindung in

einer Demokratie: Ob sie sich nun in schmählicher Unterwerfung zum Handlanger der Hoteliers in ihrer Klientel machen oder aber zu blöd sind, etwas zu begreifen. Wen interessiert das noch?

Vor wenigen Jahren, als die partikulare Interessenpolitik noch nicht so sehr im Vordergrund stand wie heute, wäre eine solche Politnarretei völlig unmöglich gewesen. Die Unterwerfung der staatlichen Politik unter eine partikulare Klientel und unter die Lobbyisten ist weiter vorangeschritten und schreitet unaufhaltsam weiter voran.

So hatte die CDU/CSU-FDP-Koalition lauter Forderungen der Arbeitgeber auf ihre Fahnen geschrieben: kein flächendeckender Mindestlohn, Erleichterung befristeter Arbeitsverhältnisse, Einfrieren des Arbeitgeberanteils in der Krankenversicherung, nachdem die drei Parteien 2007 und 2008 zusammen 2,7 Millionen Euro als Spenden von Arbeitgeberverbänden erhalten hatten. Allein der Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie spendete der CSU 1,4 Millionen Euro. Die Investition hat sich gelohnt.

Im Koalitionsvertrag versprach die schwarz-gelbe Regierung, sie werde "den steuerlichen Abzug privater Steuerberatungskosten wieder einführen", nachdem der Deutsche Steuerberaterverband in seinen "Wahlprüfsteinen" zur Bundestagswahl 2009 den Wunsch nach "Wiedereinführung der privaten Steuerberatungskosten als abzugsfähige Sonderausgaben" formuliert hatte.

Im Wahlkampf noch hatten FDP und CDU noch - wie in jedem Wahlkampf - getönt, sie wollten ein einfaches und gerechtes Steuersystem aufbauen, das Steuerberater für Privatleute überflüssig machen würde. Das hat ja sowieso nie jemand erst genommen, und die Klientel der Steuerberater ist doch für die Parteien viel wichtiger als die Steuerzahler...

Generell fordert die FDP stets Wettbewerb auf allen Märkten. Sie nennt sich halt eine liberale Partei. Nur im Arzneimittelhandel nimmt sie es mit der Liberalität nicht so genau. Da findet sie ebenso wie die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA), mit der Freiheit der Märkte könne man es auch übertreiben und lehnt zum Beispiel den Versandhandel mit Medikamenten ab.

Daher plante die Regierung laut Koalitionsvertrag die Abschaffung der Pick-up-Stellen von Versandhändlern, also der Tankstellen oder kleinen Geschäfte, in denen Kunden von Versandhändlern ihre Medikamente abholen können. Die Kunden haben davon Vorteile. Die Apotheker sehen darin eine unbotmäßige Stärkung der Versandkonkurrenz. Die Koalition wollte laut Koalitionsvertrag "die Auswüchse beim Versandhandel bekämpfen, indem wir die Abgabe von Arzneimitteln in den sogenannten Pick-up-Stellen verbieten". Klientelpolitik nennt man das.

Selbst private Busunternehmer im öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) zählte die Koalition zu ihrer Klientel. Im Koalitionsvertrag hieß es: "Unser Leitbild ist ein unternehmerisch und wettbewerblich ausgerichteter ÖPNV. Dabei werden wir den Vorrang kommerzieller Verkehre gewährleisten." Der Staat stellt die Infrastruktur, die privaten Unternehmen befördern Personen und Güter.

Damit folgte die Koalition den Wünschen der privaten Busunternehmen. Die privaten Busunternehmen wollen unabhängig von öffentlichen Auftraggebern werden. "Das private Busgewerbe muss im öffentlichen Personenverkehr (ÖPNV) eine stärkere Rolle spielen", schrieb der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer auf seiner Internetseite. Daseinsvorsorge im ÖPNV bedeute nämlich "keineswegs, dass Kommunen diese Leistungen selbst erbringen sollten".

Die rot-grüne und auch die große Koalition haben die private Krankenversicherung an den Rand der Bedeutungslosigkeit regiert. Ihre Forderung, die kapitalgedeckte Privatversicherung auszubauen, stieß bei Union und FDP auf offene Ohren. Die privaten Krankenversicherungen (PKV) seien neben der gesetzlichen als "Voll- und Zusatzversicherung ein konstitutives Element in einem freiheitlichen Gesundheitswesen", hieß es im Koalitionsvertrag. Zumindest die FDP wollte einen kompletten Systemwechsel hin zur privaten Absicherung.

Wer führt hier die Verbraucher in die Irre?

Da passt es, dass der damalige FDP-Gesundheitsminister Philipp Rösler den Vizedirektor des Verbands der PKV, Christian Weber, zum beamteten Staatssekretär und Leiter der Grundsatzabteilung seines Ministeriums berief. Er sollte gesetzliche Krankenkassenwesen möglichst schnell zu einer privaten Krankenversicherungs-Organisation umwandeln.

Der PKV-Verband verlangte, dass die 2007 eingeführte "willkürliche Verdreifachung der Wartezeit" für Arbeitnehmer, die die Versicherungspflichtgrenze hinter sich gelassen haben, "zurückgenommen werde". Der Koalitionsvertrag dazu:

Ein Wechsel in die private Krankenversicherung wird zukünftig wieder nach einmaligem Überschreiten der Jahresarbeitsentgeltgrenze möglich sein.

Die Forderung der Privaten ist damit voll erfüllt.

Schon der frühere Verteidigungsminister Helmut Schmidt verstärkte sein Ministerium um einen beamteten Staatssekretär, der zuvor bei einem Rüstungsunternehmen leitend tätig war und der sich mit einem Monatsgehalt von lediglich 1,00 DM besolden ließ, also nicht auf ein staatliches Einkommen verzichten durfte, weil Beamte auf Grund gesetzlicher Verpflichtung nicht auf eine Bezahlung verzichten können.

Der deutschen Lebensmittelindustrie ist die Idee einer Ampelkennzeichnung von Lebensmitteln ein Ärgernis. Zu viel Fett oder Zucker in einem Produkt hätte eine rote Ampel auf der Packung zur Folge gehabt. Botschaft: lieber nicht kaufen. In anderen Ländern ist die Ampelkennzeichnung erfolgreich eingeführt.

Der Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde schrieb an seine Mitglieder, er wolle eine "Informationsinitiative Nährwertkennzeichnung starten" mit dem Ziel, "allen politischen Entscheidungsträgern auf Bundes-, Landes- und vor allem Europaebene deutlich zu machen, dass insbesondere die Ampelkennzeichnung keine Option einer seriösen Verbraucherschutzpolitik ist". Natürlich sollen auch die "wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Unternehmen deutlich gemacht werden".

Dazu der Koalitionsvertrag:

"Eine politische Steuerung des Konsums und Bevormundung der Verbraucher durch Werbeverbote und Strafsteuern für vermeintlich ungesunde Lebensmittel lehnen wir ab. Ein farblich unterlegtes Ampelsystem zur Nährwert-Kennzeichnung führt die Verbraucher in die Irre."

Im November 2001 kündigte der Energiekonzern Eon an, er wolle die Mehrheit an der Ruhrgas AG übernehmen. Schon im Vorfeld hat sich der Konzern bei einem vertraulichen Treffen im Kanzleramt der Unterstützung durch die Bundesregierung versichert. Im Januar 2002 untersagte das Bundeskartellamt die Übernahme, da die Ruhrgas AG bereits mehr als 60 Prozent des deutschen Gasmarkts beherrscht.

Eon beantragte daraufhin eine Ministererlaubnis. Bundeswirtschaftsminister Minister Werner Müller galt als Befürworter und als befangen, da er zuvor beim Eon-Vorgänger Veba tätig war. Also übertrug er die Entscheidung pro forma an seinen Staatssekretär Alfred Tacke. Der unterstand der Weisungsbefugnis

des Ministers und erteilte erwartungsgemäß im Juli 2002 die Erlaubnis. Nach Einspruch und Neuverhandlung erhielt Eon im September 2002 endgültig die Übernahmeerlaubnis.

Wenige Monate später übernahm Müller den Vorstandsvorsitz der Ruhrkohle AG, des Unternehmens, das Eon seine Ruhrgas-Anteile verkauft hatte. Im Dezember 2004 wurde Alfred Tacke Vorstandmitglied der Steag AG, einer Beteiligung der von seinem ehemaligen Minister geleiteten Ruhrkohle und der RWE.

Am Ende der Amtsperiode des Bundeskanzlers Schröder erhielt der russische Gazprom-Konzern noch eine Milliardenbürgschaft und grünes Licht für den Bau seiner Ostsee-Pipeline. Nach seiner Amtszeit wechselte Schröder in den Aufsichtsrat der Gazprom-Pipelinetochter. Die Zahl der Beispiele ließe sich beliebig vermehren.

Niemand sollte sich darüber wundern, dass hier vorwiegend Beispiele aus der Zeit der kleinen CDU/CSU-FDP-Koalition angeführt werden. Die haben halt schon einige Zeit agieren können. Die jetzt regierende große Koalition steht erst am Anfang und hat vorerst alle Kräfte darauf konzentriert, die Abgeordnetendiäten zu erhöhen und sich nach Herzenslust zu blamieren, ist aber noch längst nicht fertig damit. Mit dem Blamieren, versteht sich.

Immerhin verfolgt sie unverdrossen weiter die Politik, alle Lasten der Energiewende auf die Verbraucher abzuwälzen und es den großen, Energie verbrauchenden Unternehmen zu ersparen, ihren eigenen Stromverbrauch zu bezahlen.

Die Kunst des Einknickens praktiziert auch die neue Regierung schon mit imponierender Virtuosität. So hatte das Bundeswirtschaftsministerium ursprünglich vorgesehen, auch die Deutsche Bahn etwas stärker beim Strom zur Kasse zu bitten. Doch ein schneller Warnschuss aus der Hüfte von Bahnchef Rüdiger Grube genügte, um den Superminister Sigmar Gabriel davon zu überzeugen, dass er den Schwanz einziehen sollte: Nach Protesten aus der Verkehrsbranche schont der Minister die Bahnen bei seiner Ökostrom-Reform. Höhere Abgaben für U- und Straßenbahnen sowie die Deutsche Bahn sind im jüngsten Gesetzentwurf für das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nicht mehr vorgesehen.

In früheren Entwürfen war eine deutliche Mehrbelastung vorgesehen, die sich über die Jahre steigern sollte. Für 2018 war so die Zahlung von 30 Prozent der Umlage vorgeschrieben. Das hätte die Deutsche Bahn allein mit über 100 Millionen Euro getroffen. Stattdessen findet sich nun doch wieder die bisherige Regelung, von der vor allem die Deutsche Bahn profitierte, in dem Entwurf wieder. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht Rabatte für die Industrie im Wert von fünf Milliarden Euro jährlich vor. Zahlen müssen das die privaten Haushalte. Die Bundesregierung hält daran unvermindert fest, obwohl die EU-Kommission sie rechtlich für anfechtbar hält.

Wie das Tohuwabohu ausgehen wird, ist noch ungewiss. Gewiss aber ist eines: Wenn die Industrie auf Konfrontationskurs mit der Politik gehen sollte, dann kann man sich hundertprozentig darauf verlassen, dass die Industrie am Ende nicht einknicken wird. Doch die Regierung ist schon in vorauseilender Unterwerfung auf die Knie gegangen...

Dass aber die einfachen Verbraucher in den privaten Haushalten die Investitionen von Industrieunternehmen bezahlen müssen, scheint in der verkümmerten Demokratie unserer Tage niemanden mehr zu wundern. Die Welt der entwickelten Demokratien ist längst völlig aus den Fugen geraten.

Die Asymmetrie bestehender Machtverhältnisse verfestigt sich

Der durch den Einfluss mächtiger Lobbyisten deformierte Staat ist in der politischen Wirklichkeit eine Katastrophe für die breite Bevölkerung. Er ist schon längst nicht mehr eine neutrale, am Gemeinwohl orientierte unabhängige Instanz. Der Staat ist selbst zum Spielball privatwirtschaftlicher Interessen geworden. Er hat in entscheidenden Aspekten seine Existenzberechtigung verloren, weil er nicht mehr neutral und gerecht gegen jedermann ist, sondern Partei gegen die Bürger ergreift.

Die Aufteilung der Macht nach sozialen Gruppen gibt zwar den organisierten Interessen das Recht und auch die Chance, an der politischen Willensbildung mitzuwirken, sie hat aber entscheidend dazu beigetragen, dass sich die Asymmetrie bestehender Machtverhältnisse verfestigen konnte. Es gibt deutliche Machtungleichgewichte. Demokratische Politik müsste diesen Ungleichgewichten entgegenwirken und die Schwächeren unterstützen. Sie tut aber das Gegenteil. Sie rottet sich mit den Starken gegen die Schwächeren zusammen.

Nur in den Wahlen zählen alle Stimmen noch pro forma gleich. Doch darüber hinaus zementiert sich die Pluralität der asymmetrischen Kräfteverhältnisse. Schwächere gesellschaftliche Gruppen gehen im Machtgefüge sang- und klanglos unter. Und dieser schleichende Prozess verhärtet sich im Zeitverlauf stets weiter, weil das pluralistische System nicht flexibel genug ist, um eine Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse aus sich heraus hervorzubringen. Alle Versuche, die bestehende Gesellschaftsstruktur zu verändern, sind gescheitert.

Es ist ein eklatanter Widerspruch zur Grundidee demokratischer Mitbestimmung, wenn der politische Einfluss demokratisch nicht legitimierter Gruppen seit Jahrzehnten unablässig zunimmt. Lobbyismus steht letztlich immer im Spannungsfeld zwischen legitimer Einflussnahme und einer möglichen Gefährdung demokratischer Grundprinzipien.

Die Orientierung der Volksparteien an den vorherrschenden gesellschaftlichen Interessen hat die Entideologisierung der Parteien beschleunigt, für die Politik nur noch dem Ausgleich der pluralen Machtansprüche dient. Die Regierungen tendieren dazu, das Gemeinwohl im Machtausgleich der stärksten Interessen zu suchen. Die Politik versteht sich nur noch als Vermittler von Interessen in einem erstarrten Herrschaftssystem.

Ein Gruppenpluralismus, dem man keine regulierenden Grenzen oder Schranken zu setzen vermag, ist ein Pluralismus der sozialen Verantwortungslosigkeit. Das Versagen der Politik ist die bittere Konsequenz der Defizite und Funktionsprobleme der pluralistisch-repräsentativen Demokratie.

In Ländern der ersten Welt wurden die demokratischen Mechanismen wirksam unterwandert. Politiker, Medienzaren, Richter, mächtige Konzern-Lobbys und Regierungsbeamte pflegen untereinander diskrete, clever verzahnte wechselseitige Beziehungen und unterminieren dadurch die laterale Balance der Gewaltenteilung zwischen Verfassung, Gerichten, Parlament, Regierung und den unabhängigen Medien als struktureller Basis der parlamentarischen Demokratie. Zunehmend wird bei dieser Verzahnung auf Subtilität oder sorgfältig erdachte Verschleierung verzichtet."

Arundhati Roy: Auf dem Weg zur imperialen Demokratie, 2003

Wolfgang J. Koschnick 17.03.2014

Das Überleben aller entwickelten Demokratien von den USA über Westeuropa bis hin nach Japan ist bedroht. Die weitaus meisten dieser existenzbedrohenden Herausforderungen wurden überhaupt erst durch das System der repräsentativen Demokratie erzeugt. Die größte existenzielle Krise ist die totale Verschuldung der Staaten. Sie ist eine Kreatur der repräsentativen Demokratien. *Nur die repräsentativen Demokratien sind so grenzenlos verschuldet. Aber sie sind es so gut wie alle.* Das muss man sich sorgsam vor Augen führen: Wir haben es nicht nur mit Misswirtschaft und Korruption zu tun. Es sind die Systeme der entwickelten repräsentativen Demokratien, die sich selbst und damit auch ihre Völker in den Abgrund führen.

Alle entwickelten Demokratien von den USA über Westeuropa bis hin nach Japan stehen am Rande des Kollapses. Die Verschuldung ihrer öffentlichen Institutionen hat längst existenzbedrohende Dimensionen angenommen.



Viele entwickelte Demokratien stehen kurz vor dem Staatsbankrott, allen voran die USA. Dort kann man das am besten verfolgen. Alle paar Monate droht der totale Zusammenbruch, der "shutdown", die Zahlungsunfähigkeit der öffentlichen Hand. Und jedes Mal findet die Politik dieselbe zweifelhafte "Lösung" des Problems: Man erhöht einfach die Obergrenze für die Verschuldung des Staats, um den drohenden Staatsbankrott abzuwenden, und wurstelt dann so weiter wie bisher.

2013 wurde die Schuldenobergrenze wieder einmal - diesmal auf 17 Billionen Dollar - angehoben. Aber ewig geht das nicht weiter. Irgendwann kommt der Punkt, an dem eine weitere Erhöhung der Schuldenobergrenze wirtschaftlich nicht mehr zu verkraften sein wird.

Noch nie in der Geschichte der Menschheit stand eine politische Ordnung auf Grund ihres *systemimmanenten Zwangs zur Selbstzerstörung* so nahe und schon so lange am Rande des Abgrunds. Und es ist durchaus möglich - sogar ziemlich wahrscheinlich -, dass die Vielzahl der Krisen mit dem Untergang des Systems der repräsentativen Demokratie endet.

Es gilt zu prüfen, ob Demokratien in der Lage sind, ihre selbst geschaffenen Existenzkrisen zubewältigen, ob sie überhaupt in der Lage sind, mit größeren Herausforderungen fertig zu werden oder ob es systemimmanente Hindernisse gibt, an denen ihre Bewältigung scheitern muss.

Die bei weitem größte existenzielle Krise der entwickelten Demokratien ist die totale Verschuldung der Staaten. Sie ist eine Kreatur der repräsentativen Demokratien. Nur die repräsentativen Demokratien sind so grenzenlos verschuldet. Aber sie sind es so gut wie alle. Es fragt sich, ob sie das wieder zurückdrehen können.

Die Verschuldung der demokratischen Staaten ist systemimmanent

Genauer genommen fragt sich, ob die Verschuldung der demokratischen Staaten systemimmanent ist oder nicht? Denn es ist schon merkwürdig: *Von den zehn oder zwanzig am stärksten verschuldeten Staaten der Welt sind alle entwickelte repräsentative Demokratien.* Das kann man nicht bagatellisieren und als einen absonderlichen Zufall bezeichnen.

Es gibt offensichtlich einen eindeutigen Zusammenhang zwischen dem Hang öffentlicher Institutionen, sich permanent und unbrembar zu verschulden, und dem System der repräsentativen Demokratie. Und die bis an den Rand des Zusammenbruchs führende Verschuldung aller öffentlichen Hände ist der Preis, den die Völker für die Bequemlichkeiten der repräsentativen Demokratien zahlen. Alles deutet darauf hin, dass dieser Preis viel zu hoch ist.

In den 64 Jahren von 1950 bis heute ist die Staatsverschuldung in Deutschland jedes Jahr gestiegen. Kein einziges Mal ist sie - und sei es nur ein wenig, um wenigstens die Unkenrufer Lügen zu strafen - gesunken.

Sie stieg von bescheidenen (umgerechnet) 10 Milliarden Euro auf zwei Billionen und 72 Milliarden Euro (im IV. Quartal 2012). Sie stieg übrigens nicht nur in Deutschland, sondern in allen anderen entwickelten demokratischen Staaten. Das spricht sehr dafür, dass die über viele Jahrzehnte wachsende Staatsverschuldung systembedingt ist.

Staatsverschuldung ist nicht grundsätzlich und unter allen Umständen etwas Schlechtes. Wenn ein Staat einen Überschuss erwirtschaftet und spart, kann er ihn später in einer Rezession wieder sinnvoll einsetzen, um die Konjunktur zu beleben. Durch "deficit spending" können so Flauten überwunden werden. So die Theorie.

Allerdings besteht in der Praxis die Gefahr, dass in der Rezession zwar die Staatsverschuldung steigt, aber bei Belebung der Konjunktur nicht wieder abgebaut wird.

Dies ist nicht bloß eine Gefahr, die eintreten oder auch nicht eintreten kann - wie ein plötzliches Unwetter. *Sie gehört zur Realität der entwickelten repräsentativen Demokratien in aller Welt, weil die Repräsentanten in ihrer gnadenlosen Verantwortungslosigkeit alle Gelder mit vollen Händen auszugeben pflegen, derer sie habhaft werden.*

Genauer gesagt, ist diese Gefahr nicht einfach nur ziemlich groß. Sie ist allgegenwärtig. Die Repräsentanten stehen stets mehr oder weniger kurz vor einer Wahl. Und deshalb streuen sie ständig Wahlgeschenke unters Volk.

In Wahrheit war das "deficit spending" immer nur eine schöne, ziemlich einleuchtende Theorie für die volkswirtschaftlichen Lehrbücher. In der Praxis hat es jedoch so gut wie nie funktioniert, weil ein an sich vernünftiges konjunkturpolitisches Instrument in den Händen von unvernünftigen Politikern einer repräsentativen Demokratie nichts taugen kann.

Wenn ein Staat jedoch den Schuldenberg zu jeder Zeit wachsen lässt, egal ob im Wirtschaftsboom oder in der Rezession, zerstört er selbst dieses Instrument der Konjunkturpolitik und diesen Staat auf Dauer gleich mit. Und das haben praktisch alle entwickelten demokratischen Industrienationen geschafft.

In den meisten Demokratien ist die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in gut einem halben Jahrhundert ohne Sinn und Verstand in astronomische Höhen getrieben worden. Und die Demokratien sind damit immer handlungsunfähiger und zum Spielball der Finanzmärkte geworden.

Fritz Schäffer (CSU), der erste Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland, war der Einzige, der es in seiner Amtszeit von 1949 bis 1957 schaffte, einen Überschuss zu erwirtschaften. Natürlich kam Schäffer zugute, dass die Währungsreform 1948 Westdeutschland einen fiskalischen Neustart beschert

hatte.

Das alte Geld war kaum noch etwas wert: Die Voraussetzungen waren günstig, solide zu wirtschaften. Die Demokratie in Deutschland war noch jung, man nahm die Verantwortung noch ernst. Das ist über ein halbes Jahrhundert her. Alle anderen Bundesregierungen und ihre Finanzminister lebten und leben noch immer auf Pump.

Sechs Finanzminister später hatten sich der Zeitgeist und die Zahlungsmoral radikal geändert. Die Wirtschaft florierte. Es gab mehr Arbeit als Kräfte, in der sozial-liberalen Koalition schien alles finanzierbar.

Zwei Finanzminister, Alex Möller (SPD) und sein Nachfolger Karl Schiller, traten 1971 und 1972 zurück, weil sie die leichtfertige Ausgabenpolitik der sozialliberalen Regierung nicht verantworten wollten.

Mit einer Haushaltslücke von über vier Milliarden Mark für das Jahr 1971 (bei einem Haushaltsvolumen von 100 Milliarden) und von etwa zehn Milliarden Mark für 1972 könne er nicht mehr Bundesfinanzminister bleiben, erklärte Möller und gab das Amt an Karl Schiller weiter.

Er sei nicht bereit, eine Politik zu unterstützen, sagte Schiller, "die nach außen den Eindruck erweckt, die Regierung lebe nach dem Motto: Nach uns die Sintflut".

Danach ging es mit den Schulden nur noch steiler aufwärts. Auch Schiller trat schließlich unter Protest zurück. Sein Nachfolger hatte noch viel weniger Skrupel bei der Schuldenaufnahme. Der hieß Helmut Schmidt, machte zehn Milliarden Mark neue Schulden - und wurde zwei Jahre später Kanzler.

Dabei stand der Aufbruch ins Uferlose überhaupt erst noch bevor. Die Konjunktur trübte sich ein, vor allem nach den Ölpreisschocks von 1973 und 1979, die Zahl der Arbeitslosen stieg kontinuierlich.

Doch die Regierung unter Kanzler Helmut Schmidt (SPD) tat unverdrossen weiter so, als befände sich Deutschland noch immer im Wirtschaftswunder: Sie gab bei weitem mehr aus, als sie einnahm. Unter der Kanzlerschaft des großen Staatsmanns Helmut Schmidt wuchs die Verschuldung des Bunds von 39 Milliarden auf 160 Milliarden Euro. 1982 zerbrach die sozial-liberale Koalition auch daran.

Doch das sind Geschichten aus längst vergangenen Zeiten. Heute würde kein Finanzminister mehr zurücktreten, nur weil er einen Haushalt versauert hat. Selbst als 2010 die Haushaltslücke über 80 Milliarden Euro betrug und durch Neuverschuldung gedeckt werden musste, sah sich der Finanzminister nicht veranlasst zurückzutreten. Das ist inzwischen zu einem festen Bestandteil der politischen Folklore geworden. Niemand fand, er sollte zurücktreten, noch nicht einmal die Opposition.

Früher hatte die Kreditaufnahme den Sinn, temporäre Engpässe zu überwinden, Zeit gewinnen und eventuell auch noch die Wirtschaft anzukurbeln. Das gehört in die sagenumwobene graue Vorzeit der Schuldenaufnahme.

Heute machen die Staaten neue Schulden, um die Zinsen für alte Schulden zu bezahlen

Bis in die 1980er Jahre hinein machte der Staat neue Schulden, um Straßen, Autobahnen, Krankenhäuser und Altersheime zu bauen. Heute macht er im Wesentlichen neue Schulden, um die Zinsen für die alten Schulden zu bezahlen. Die Neuverschuldung dient nur noch dazu, sich von einem Krisenjahr ins nächste Krisenjahr zu hangeln. Allerdings ohne die geringste Aussicht darauf, dass sich im nächsten Jahr das Blatt zum Guten wendet.

Alle Bürger bürgen für die Schulden ihres Staates. Folglich sind gegenwärtige Schulden eines Staates auf Grund der Tilgungspflicht und der Zinszahlungspflicht künftig zu zahlende Steuern. Die Schulden werden also langfristig von mehreren Generationen in Form von Steuern gezahlt.

Wie gewaltig der objektive Zwang zur finanzpolitischen Kurzatmigkeit ist, zeigt das dramatische Anwachsen der Staatsverschuldung seit 1969. Egal, welche politische Partei(en) gerade regierte(n): Stets wuchs mit einer wachsenden Zahl von Wahlgeschenken die Staatsverschuldung.

Schuldenkanzler war jeder Kanzler schon mal

Es war auch völlig egal, wie erbittert sich die Parteien in der Öffentlichkeit als knallharte Sparkommissare zu profilieren versuchten oder die jeweilige Gegenseite im Brustton der Überzeugung als "Schuldenpartei" oder gar als "Kanzler der Schulden" beschimpften: Da wurde bisher noch keiner verschont: Schuldenkanzler Willy Brandt, Schuldenkanzler Helmut Schmidt, Schuldenkanzler Helmut Kohl, Schuldenkanzler Gerhard Schröder und Schuldenkanzlerin Angela Merkel... jeder hat da bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit schon sein Fett wegbekommen.

Die meisten Finanzminister, die in der Regel mit dem hehren Vorsatz ihr Amt antraten, die Verschuldung oder wenigstens die Neuverschuldung drastisch zu senken, standen am Ende ihrer Amtszeit ebenso als Schuldenmacher da wie alle anderen vor ihnen und alle anderen nach ihnen. Und jeder hatte den Titel auch verdient. Nur: Keiner von denen, die da laut über die anderen schimpften, hatte das Recht, aus seinem eigenen Glashaus heraus mit Steinen zu werfen.

Am Ende wuchs in den meisten demokratisch regierten Ländern der Welt stets die Staatsverschuldung. Von den USA über Europa und bis nach Japan sind die meisten entwickelten demokratischen Staaten bis über beide Ohren verschuldet. Und daran lässt sich leicht erkennen, dass es sich um einen fundamentalen Strukturfehler der repräsentativen Demokratien handelt. Länder wie Italien und Japan oder Frankreich und die USA haben sonst nur wenige kulturelle, soziale und politische Gemeinsamkeiten - außer eben, dass sie demokratische Systeme und über alle Maßen verschuldet sind.

Die jahrzehntelang wachsende Staatsverschuldung ist ein Phänomen entwickelter demokratischer Staaten. Das schließt nicht aus, dass der eine oder andere nichtdemokratische Staat sich auch verschuldet. Aber eine hohe Staatsverschuldung gehört nicht zu ihren konstituierenden Merkmalen. Dagegen ist die Mehrheit der entwickelten Demokratien systembedingt durchweg hochverschuldet.

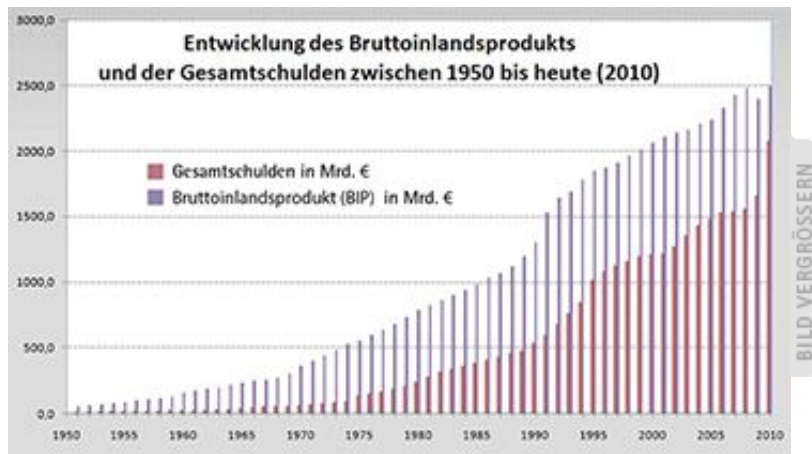


Bild: Tull, Christoph: Die dynamischen Wirkungen der Staatsverschuldung und ihre Konsequenzen

Die Gesamtschulden aller öffentlichen Haushalte in Deutschland betragen 2,072 Billionen Euro (Stand Ende 2013). In der Praxis ist ein Haushaltsüberschuss in der Bundesrepublik seit den 1950er Jahren nicht mehr vorgekommen.

Die zur Bedienung der öffentlichen Schulden notwendigen Zinsausgaben waren 2011 sogar der zweitgrößte Posten der Bundesausgaben. Nur für Arbeit und Soziales wird noch mehr Geld ausgegeben. Nicht einmal die Verteidigung kostet so viel wie der Schuldendienst.

Allein der Bund hat in den vergangenen 40 Jahren einen Schuldenberg von 1,3 Billionen Euro angehäuft. Dafür werden rund 40 Milliarden Euro an Zinsen fällig. Jeder sechste Euro der Steuereinnahmen des Bundes floss 2011 direkt in den Schuldendienst. Das muss man sich in aller Dramatik vor Augen führen: Mit den Beträgen, die allein der Bund in Deutschland für Zinsen zahlt, kann man eine ganze moderne Armee unterhalten. Pro Sekunde erhöht sich die deutsche Staatsschuld um 1.556 Euro.

Von 1965 bis 2010 betrug auf der Ebene des öffentlichen Gesamthaushalts die Summe aller Neuverschuldungen beziehungsweise Defizite 1,480 Billionen Euro und die Summe aller Zinsausgaben 1,642 Billionen Euro. Die Blöcke Kreditaufnahmen und Schuldendienst halten sich also im langfristigen Mittel die Waage. Die Neuverschuldung dient im Wesentlichen dazu, die alten Schulden zu bezahlen. Ein ökonomischer Aberwitz: Man nimmt Kredite auf, um Schulden zu zahlen.

Die Rückzahlung der jeweils neuen Kredite samt Zinsen und Zinseszinsen wird in eine ferne Zukunft verschoben: Ein ewiger Kreislauf der Umschuldung. Es ist das klassische Schneeballsystem, wie es sonst Anlagebetrüger praktizieren. Dabei kommen Schneebälle ins Rollen, die immer größer und immer mächtiger werden, bis eine Lawine entsteht, die alles mit sich reißt.

Allein im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts haben die demokratischen Staaten ihre Gesamtverschuldung mehr als verdoppelt, auf über 55 Billionen Euro. Und das war immerhin das Jahrzehnt der großen Sparanstrengungen.

Doch die Spirale dreht sich allen ebenso hehren wie leeren Versprechungen der Politiker zum Trotz unablässig und unaufhaltsam immer weiter und immer weiter. 2011 kam es zu einer historischen Sensation: Erstmals seit über einem halben Jahrhundert sank die Neuverschuldung des Bundes, und zwar beachtlich von 80,2 Milliarden im Jahr 2010 auf nur noch 22 Milliarden Euro. Grund zum Jubeln? War damit nicht doch der Nachweis erbracht, dass konsequente Haushaltspolitik die ständig wachsende Verschuldung ausbremsen kann?

Denkste.

Mit erbitterten Sparanstrengungen und einer gezielten Haushaltspolitik hatte das nicht das Geringste zutun. Die wirtschaftliche Entwicklung verlief gerade recht günstig, die Arbeitslosenzahlen gingen zurück, die Steuereinnahmen sprudelten. 2011 erzielte Deutschland das höchste Wirtschaftswachstum seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosigkeit war so niedrig wie seit 20 Jahren nicht mehr. Die sozialen Sicherungssysteme schwammen im Geld.

Der Geldsegen zwang die Rentenversicherung gar, ihren Beitragssatz zu senken, die Arbeitslosenversicherung schlug Hilfskredite des Bunds aus, im Gesundheitssystem sammelten sich Reserven von 16 Milliarden Euro, und sogar die Pflegeversicherung schloss wider Erwarten ohne Defizit ab. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik hatte der Staat mehr eingenommen als 2011.

Das erklärt auch, warum alle Politiker alle Hoffnungen stets auf das Wirtschaftswachstum setzen. Wenn die Wirtschaft wächst, besteht Aussicht auf höhere Einnahmen. Dass sie das durch eine vernünftige ökonomische Planung nicht hinkriegen, ist ihnen auch längst bewusst. Der Wachstumsfetischismus der demokratischen Politik hat noch eine ganz andere Ursache: Sie sind entschlossen, die Staatsausgaben weiter zu steigern.

Nur eine Scheinlösung: Wirtschaftswachstum um jeden Preis

Die Obergrenze für weitere Kreditaufnahmen ist längst erreicht, wenn nicht überschritten. Folglich haben sie nur noch eine einzige Hoffnung, ihre Macht durch weitere Ausgaben zu erhalten und zu stabilisieren: Die Wirtschaft muss wachsen. Da können all die braven Anhänger nachhaltigen und umweltschonenden Wirtschaftens so viel schwärmen wie sie mögen. Das schert die demokratischen Politiker einen feuchten Kehrriech. Sie brauchen brutales Wirtschaftswachstum um jeden Preis, um wenigstens die nächsten paar Jahre zu überleben.

Der Geldsegen von 2011 war halt ein unverhoffter Glücksfall, sonst gar nichts. Die Politik hatte nicht den geringsten Anteil daran. Ja, die Bundesregierung rühmte sich sogar, sie habe ja ursprünglich eine viel höhere Neukreditaufnahme von 48,4 Milliarden Euro geplant. Hatte sie in der Tat. Doch selbst dafür konnte sie nichts. Das zusätzliche Geld war - wie gesagt - ganz unerwartet hereingesprudelt...

Deshalb stieg die Neuverschuldung auch im nächsten Jahr, 2012, auch gleich wieder auf 26,1 Milliarden Euro an. Weil er 2011 - im Boomjahr - nicht genügend gespart hatte, musste der Bund schon 2012 wieder mehr Kredite aufnehmen. Die sich selbst als fiskalisches Vorbild für Europa preisende Bundesrepublik blähte ihr Defizit inmitten der schlimmsten Schuldenkrise seit den dreißiger Jahren wieder deutlich auf.

Die Konjunktur hatte sich wieder abgeschwächt, zusätzliche Risiken waren durch die Euro-Schuldenkrise und durch die ausgabensteigernden Beschlüsse der Koalition entstanden - darunter Verkehrsinvestitionen und zusätzliche Ausgaben für das Weihnachtsgeld für Beamte.

Im Oktober 2011 hatte die Koalition die Rückkehr zum vollen Weihnachtsgeld für Beamte des Bundes beschlossen. Und das Betreuungsgeld für Eltern, die ihre Kinder zu Hause selbst erziehen und dafür keine Kindertagesstätten in Anspruch nehmen, schlägt mit 1,5 Milliarden Euro im Jahr zu Buche.

Das Geld wird wieder wie bisher zum Fenster hinausgeworfen. Das mit Getöse verkündete Ziel, den Haushalt nachhaltig und dauerhaft zu konsolidieren, hat die Bundesregierung bereits wieder aufgegeben, bevor die Verkündung richtig verhallt war.

Um die Schuldenquote von derzeit 83 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) innerhalb einer vernünftigen Frist auf die vorgeschriebenen 60 Prozent zu senken, reicht ein gerade mal ausgeglichener Haushalt sowieso nicht aus. Dazu braucht man Etatüberschüsse. Doch die bleiben aus.

Um Überschüsse zu erzielen, braucht ein Haushalt einen positiven *Primärsaldo*. Das ist die Differenz von Staatseinnahmen ohne Neuverschuldung und Staatsausgaben ohne Kosten für Zinsen und Zinseszinsen. Ist dieser Saldo im Plus, kann ein Land seine laufenden Ausgaben decken und wenigstens einen Teil seiner Schulden zahlen. Ist er im Minus, muss das Land seine alten Schulden vollständig durch Aufnahme neuer Kredite bedienen. Und wenn das geschieht, wächst der Schuldenberg rasant.

Vor allem die Erhöhung des Weihnachtsgelds für Beamte auf dem Höhepunkt der europäischen Staatsschuldenkrise zeigt, dass alle politischen Parteien mittlerweile zu Klientelparteien verkommen sind. Es ist ihnen wesentlich wichtiger, ihre diversen Klientele zufrieden zu stellen, als etwa verantwortungsbewusste Haushaltspolitik zu treiben.

Primäres Ziel aller Haushaltsentscheidungen ist und bleibt der Machterhalt der eigenen Parteien - nicht eine vernünftige Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Und solange sich daran nichts ändert - und in repräsentativen Demokratien kann sich allein mit gutem Willen nach dem Motto "ab morgen wird gespart" niemals etwas ändern -, dreht sich die Verschuldungsspirale immer weiter und immer weiter.

Im Boomjahr 2010 wäre es möglich gewesen, die als Konjunkturpaket verteilten Milliarden wieder einzusparen. Doch das großmäulig angekündigte Sparvorhaben der Koalition verpuffte - so wie immer. Auch das ist eine Konstante demokratischer Politik: Mit großspurigen Ankündigungen kommt man in die Medien und kriegt eine wohlwollende Presse. Was man dann anschließend in der wirklichen Wirklichkeit tut, ist nicht so wichtig. Damit beschäftigt sich sowieso kaum noch jemand.

Die mittelfristige Etatplanung steckte ohnehin voller Finanzlöcher und Risiken und wurde nun durch Steuersenkungen, Betreuungsgeld und Pflege-Riester zusätzlich belastet. Aufgabe der Bundesregierung wäre es gewesen, in der Zeit des konjunkturellen Booms einen radikalen Sparkurs vorzulegen. Doch sie ließ die Gelegenheit wie so viele andere ungenutzt verstreichen.

Das Defizit wächst also wieder wie in all den Jahrzehnten zuvor. Statt den Bundeshaushalt zu konsolidieren, zeigt sich die Bundesregierung grimmig entschlossen, auch in Zukunft so weiterzuwursteln wie schon immer. Trotz der zurzeit hohen Steuereinnahmen steckt sie die Mehreinnahmen - wie in der Vergangenheit - sogleich in neue Ausgabenprogramme.

Dem eigenen Anspruch, alle staatlich übernommenen Aufgaben auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen, wird die Regierung noch nicht einmal im Ansatz gerecht. Allen vollmundigen Ankündigungen zum Trotz wird auch die derzeit herrschende große Koalition aus CDU/CSU und SPD die Politik der verantwortungslosen Verschuldung ohne Bedenken fortsetzen. Schon jetzt ist erkennbar, dass sie die Bürger mit Rentengeschenken und heimlichen Steuererhöhungen wie kaum eine Regierung vor ihr weiter schröpfen wird. Bis 2017 wird die Belastung um gut 100 Milliarden Euro steigen.

Das ist übrigens völlig unabhängig davon, welche Parteien gerade die Regierung bilden. Kommen andere Parteien an die Regierung, geht es mit der Neuverschuldung dennoch weiter. Ein überdeutliches Indiz dafür, dass die Verschuldungsversessenheit der Politiker ein parteienübergreifendes, systembedingtes Strukturproblem der Demokratien ist.

Der Beschluss zur erneuten Erhöhung der Neuverschuldung fiel auf dem Höhepunkt der europäischen Staatsschuldenkrise, als die Bundesrepublik harsche Kritik an total überschuldeten Ländern wie Griechenland, Irland, Portugal, Italien und Spanien übte und sich zum obersten Sparkommissar Europas aufschwang. Dabei wird gern verdrängt, dass auch Deutschland gnadenlos verschuldet ist.

Doch bis dahin hatte die Bundesregierung dennoch eine gewisse Legitimation, mit dem Finger auf die anderen zu zeigen und ihnen extreme Sparanstrengungen abzuverlangen. Aber wie will man das jetzt noch rechtfertigen, nachdem die Bundesregierung im eigenen Land ihre Glaubwürdigkeit verspielt hat?

Man tröstet sich in der deutschen Politik allen Ernstes damit, dass die Verschuldung noch nicht das Ausmaß wie in Griechenland, Portugal, Spanien, Italien oder auch in Japan oder gar den USA erreicht hat, wo alle paar Monate der totale Stillstand droht, nur weil bis in die letzte Minute hinein ungewiss ist, ob die Gehälter der Beamten und öffentlichen Angestellten noch gezahlt werden können. Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Laurence Kotlikoff meint gar:

Die Vereinigten Staaten sind vermutlich in einer schlechteren fiskalischen Verfassung als Griechenland.

Aber das bedeutet ja nun nicht, dass die Last der Schulden des Bundes, der Bundesländer und der Städte und Gemeinden hierzulande nicht an der Grenze dessen stünde, was überhaupt noch zu verkraften ist. Denn in Wirklichkeit ist die Lage in Deutschland höchst bedrohlich. So liegt die Staatsverschuldung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei 83 Prozent. Und in der Europäischen Union ist das alles andere als vorbildlich. Es ist gerade mal durchschnittlich. Selbst der "Schuldenstaat" Spanien schneidet mit 73,8 Prozent ein gutes Stück besser ab.

Doch um den Schuldenstand innerhalb von zehn Jahren auf 60 Prozent zu drücken, bräuchte

Deutschland dauerhaft jedes Jahr mindestens einen Primärüberschuss von zwei bis drei Prozent. Und um das Ziel in nur fünf Jahren zu erreichen, bräuchte man einen Primärüberschuss von rund fünf Prozent. Deutschland hat derzeit aber gerade mal ein Prozent. Die selbstgesetzten Ziele sind also viel zu weit von allem entfernt, was in der Realität je zu erreichen wäre. Sie sind weltfremd.

Die einzige Form von Haushaltsplanung, die Deutschland betreibt, ist vom "Prinzip Hoffnung" getrieben: Hoffnung auf künftiges Wirtschaftswachstum.

Alle optimistischen Kalkulationen der Bundesregierung brechen in sich zusammen, wenn die wirtschaftliche Wirklichkeit sich nicht an die frohe Prognose künftigen Wachstums hält. Und das hat die Wirklichkeit nun mal so an sich. Sie schert sich nicht im Geringsten um die schönen Prognosen. *Das Prinzip Hoffnung ist kein Planungsinstrument, sondern nicht mehr als einfältiger Zweckoptimismus.*

Wolfgang J. Koschnick 24.03.2014

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 17

Im Mittelpunkt dieses Teils unserer demokratiekritischen Artikelreihe stehen die schwerwiegenden Folgen des leichtfertigen Umgangs der entwickelten repräsentativen Demokratien mit dem Geld ihrer Bürger. Die Gelder, die für den Schuldendienst gebraucht werden, fehlen an anderen Stellen. Besondere Not herrscht in den Ländern, Städten und Gemeinden: Deutschlands Infrastruktur zerfällt rapide: Schulen und Kindergärten verrotten, Jugendhäuser, Schwimmbäder, öffentliche Bibliotheken, Theater, Museen, Zoos und Mütterberatungsstellen werden geschlossen - die Kommunen stehen vor dem Bankrott. Es fehlt Geld für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zu konkurrenzfähigen Fahrpreisen. Schon heute reichen die vorhandenen Gelder nicht mehr aus, alle notwendigen öffentlichen Ausgaben zu leisten. Die Staatsschulden sind so unvorstellbar hoch, dass ihr Abbau in wachsendem Umfang unmöglich wird. Das Elend ist übrigens in den meisten entwickelten Demokratien ähnlich: Die Infrastruktur verkommt fast überall, in Deutschland ebenso wie in Frankreich oder in den USA.

Anfang der 1990er Jahre dämmerte es der Wissenschaft, dass die nackten Zahlen über den Stand der Staatsschulden längst nicht das volle Ausmaß des Elends erkennen lassen. Also begannen sie, Rechenmodelle zu entwickeln, die den ganzen Eisberg und nicht bloß seine Spitze zeigen; denn die realen Zahlen über die Verschuldung der entwickelten Demokratien verharmlosen die wahre Dramatik. Sie zeigen nicht, welche gewaltigen Lasten auf diese Staaten schon in Kürze zukommen.



Grundlage für die Modelle sind Erkenntnisse über die Bevölkerungsentwicklung: Wenn die Menschen immer älter werden, weniger Kinder als je zuvor bekommen, wenn die Zahl der Rentner von Jahr zu Jahr wächst und kaum oder nur viel zu wenige Zuwanderer kommen, dann ist damit zu rechnen, dass die Wirtschaftskraft eines Landes in naher Zukunft immer schwächer wird.

So entwickelten drei amerikanische Wirtschaftswissenschaftler - Alan J. Auerbach, Jagadeesh Gokhale und Laurence J. Kotlikoff - die Methode des "generational accounting", der Generationenbilanzierung. Parallel dazu erarbeitete der in den USA lehrende französische Volkswirtschaftler Olivier Blanchard die OECD-Methode der finanzpolitischen Nachhaltigkeit - der "fiscal sustainability". Sie unterscheidet sich nur unwesentlich von der Generationenbilanzierung.

Beide Ansätze berücksichtigen alle künftigen Ausgaben eines Staats sowie die Zinslasten für die bestehende Staatsschuld und setzen sie in Beziehung zu den künftigen Einnahmen. Sie rücken den Einfluss des demografischen Wandels auf die öffentlichen Finanzen in den Mittelpunkt, damit Maßnahmen ergriffen werden können, um die Fiskal- und Sozialsysteme *dauerhaft finanzierbar* zu machen.

Dazu rechnet die Generationenbilanzierung die Daten über den demografischen Wandel eines Landes und seine wirtschaftlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen in die kommenden Jahre fort. Wie wird sich die Zahl der Rentner entwickeln? Wie die Zahl der Erwerbstätigen? Welche Verpflichtungen hat der Staat auf Grund der geltenden Gesetze gegenüber Arbeitslosen, sozial Schwachen, Pflegebedürftigen, etc.?

Ausgangspunkt ist immer die aktuell bestehende Staatsschuld - die *explizite Staatsschuld*. Das ist gewissermaßen diejenige Staatsschuld, die für jedermann sofort zu erkennen ist.

Errechnet werden muss sodann die *implizite* oder *verdeckte Staatsschuld*. Sie gibt an, welche zusätzlichen Staatsschulden in absehbarer Zukunft auf das Land zurollen. Die verdeckte Staatsschuld zeigt also, wie Einnahmen und Ausgaben künftig auseinander driften werden.

Wenn an den Rahmenbedingungen nichts geändert wird, sieht man sofort, wie stark die Staatsverschuldung zwangsläufig wachsen wird. So erkennt man, welche staatlichen Leistungen nicht durch künftige Einnahmen gedeckt sind.

Die Summe der expliziten und impliziten Staatsschuld ergibt die *Nachhaltigkeitslücke*. Will ein Staat sein bestehendes Leistungsniveau beibehalten, müsste er *in Höhe der Nachhaltigkeitslücke Rücklagen bilden*. Oder er müsste seine Leistungen reduzieren, wenn er das nicht will.

Das Einzige, was überhaupt nicht geht, ist: So weiterwurschteln wie bisher. Die beiden Methoden - die Generationenbilanzierung und die OECD-Methode der finanzpolitischen Nachhaltigkeit - helfen so dabei zu erkennen, dass die politischen Repräsentanten aller entwickelten Demokratien genau das tun, was sie auf gar keinen Fall tun sollten: Ohne Sinn und Verstand weiterwurschteln wie schon immer.

Mit Spritzpistolen auf Polit-Safari

Die offiziellen Zahlen zeigen ja nur einen kleinen Teil aller Staatsschulden. Die Politiker laden dem Staat Jahr für Jahr neue Zahlungsverpflichtungen auf - vor allem in Form von Renten- und Pensionszusagen oder Gesundheits- und Pflegeleistungen. Auch da schrecken sie vor keinem Taschenspielertrick zurück.

So wird zum Beispiel die von der großen Koalition 2014 geplante Rentenreform die Rentenversicherung bis 2020 gut 60 Milliarden Euro kosten. Vorgesehen sind höhere Renten für Mütter mit vor 1992 geborenen Kindern, eine abschlagsfreie Rente für langjährig Versicherte mit 45 Beitragsjahren, verbesserte Erwerbsminderungsrenten für nicht mehr Arbeitsfähige und ein höheres Budget für Rehabilitationsausgaben.

Dabei entstehen schon im ersten halben Jahr Mehrausgaben für die gesetzliche Rentenversicherung von insgesamt 4,4 Milliarden Euro. Sie steigen 2015 auf neun Milliarden Euro. 2030 belaufen sich die Kosten auf elf Milliarden Euro. Am teuersten ist die Aufwertung der Renten für Mütter mit Kindern, die vor 1992 geboren wurden. Die Mehrausgaben dafür betragen 2015 bereits 6,7 Milliarden Euro. 9,5 Millionen Versicherte werden davon profitieren.

Doch es ist völlig klar, dass die künftigen Steuer- und Beitragseinnahmen nicht ausreichen werden, um alle staatlichen Leistungen und Leistungszusagen zu finanzieren. Selbst nachdem der Höhepunkt der Krise längst überschritten ist, bremst das die demokratisch gewählten Politiker kaum in ihrem vom Verlangen nach Wiederwahl getriebenen Drang zum Verteilen von Wählergeschenken.

Man kann die Generationenbilanzierung als eine Art dynamisches Buchhaltungssystem begreifen, das die künftigen Zahlungsströme zwischen dem Staat und seinen Bürgern erfasst.

Kriterium für die Beurteilung ist die im Vertrag von Maastricht 1992 festgelegte Schuldenobergrenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Eine auf Dauer tragbare Finanzlage der öffentlichen Hand ist nur dann gegeben, wenn das Haushaltsdefizit unter 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und der

Kriterium für die Beurteilung ist die im Vertrag von Maastricht 1992 festgelegte Schuldenobergrenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Eine auf Dauer tragbare Finanzlage der öffentlichen Hand ist nur dann gegeben, wenn das Haushaltsdefizit unter 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und der Schuldenstand unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegt. In vielen europäischen Staaten liegt er seit vielen Jahren weiter darüber. Selbst im wirtschaftlich ach so gesunden Deutschland liegt er bei brenzigen 83 Prozent.

Tatsächlich besteht in den meisten entwickelten Demokratien eine wachsende Finanzierungslücke in den Systemen der sozialen Sicherung, die sich aus den künftigen Zahlungsverpflichtungen ergibt. In der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie bei den Beamtenpensionen wurden und werden Leistungszusagen gemacht, für die keine Einnahmen zu erwarten sind. Der demografische Wandel verschärft dieses Problem noch einmal. Die so entstehenden Belastungen machen die implizite Staatsverschuldung aus.

Nachhaltigkeitsranking 2010 der 12 Gründungsstaaten der Eurozone

(in Prozent des Bruttoinlandsprodukts)

		Explizite Staatsschuld	Implizite Staatsschuld	Nachhaltigkeits lücke	Konsolidierungs bedarf
1	Italien	118,4	27,6	146,0	2,4
2	Deutschland	83,2	109,4	192,6	4,0
3	Finnland	48,3	146,9	195,2	2,7
4	Österreich	71,8	225,9	297,7	4,8
5	Frankreich	82,3	255,2	337,5	4,3
6	Portugal	93,3	265,5	358,8	6,5
7	Belgien	96,2	329,8	426,0	5,3
8	Niederlande	62,9	431,8	494,6	8,1
9	Spanien	61,0	487,5	548,5	7,0
10	Griechenland	144,9	872,0	1.016,9	17,6
11	Luxemburg	19,1	1.096,5	1.115,6	12,0
12	Irland	92,5	1.404,7	1.497,2	10,4

Quelle: Moog/Raffelhüschen (2011), S. 19

Dabei kommen erstaunliche Erkenntnisse heraus: Das vielgescholtene Italien steht von allen Euro-Ländern am allerbesten da - besser noch als Deutschland -, weil seine implizite Staatsschuld bei weitem am geringsten ist. Es ist also für die Zukunft besser gerüstet als alle anderen.

Demokratische Manifestation ökonomischer Extrem-Idiotie

Um sowohl die offene wie die verdeckte Schuld langfristig zu tilgen, müsste der deutsche Staat entweder die Einnahmen aus Steuern und Abgaben dauerhaft um 12 Prozent erhöhen oder sämtliche Transfers um fast 11 Prozent senken.

Doch kein demokratischer Politiker würde es je wagen, daran Hand anzulegen und etwa auf einen Schlag alle Sozialleistungen um 11 Prozent zu kürzen. Also dürfte alles wohl so weitergehen wie bisher: Die Strategie heißt Wursteln bis zum bitteren Ende mit der unvermeidlichen Folge, dass die Schuldenlast unablässig weiter wächst.

Vor allem die Beamtenpensionen in Deutschland laufen auf eine Belastung von zusätzlichen 800 bis 900 Milliarden Euro hinaus. Schon in wenigen Jahren verdoppelt sich die Alterslastquote, das heißt, die niedrige Geburtenrate und die steigende Lebenserwartung werden dazu führen, dass die Zahl der Erwerbstätigen sinkt, die Zahl der Rentner steigt und die Rentner immer älter werden.

Die Rentenreform der großen Koalition hat zu allem Überflus ausgechnet durch die Einführung der Rente mit 63 auf diese ohnehin schon bedrohliche Entwicklung auch noch eins draufgesetzt: Die neue Regel dürfte Jahr für Jahr hunderttausende von Fachkräften in den vorzeitigen Ruhestand locken. Demokratische Wirtschafts- und Sozialpolitik ist ein Manifest ökonomischer Extrem-Idiotie.

Heute versorgen zwei Erwerbstätige einen Rentner. Schon 2035 wird das ein Erwerbstätiger allein schaffen müssen. Der Anteil der über 75-Jährigen wird sich sogar verdreifachen. Die Rentenausgaben wachsen überproportional, und die Gesundheits- und Pflegekosten werden geradezu sprunghaft zunehmen.

Bis 2060 wird sich der Altenquotient, das heißt die Anzahl der über 65-Jährigen je 100 Personen im Alter zwischen 15 bis 64 Jahren, in etwa verdoppeln. In ganz Europa wird die Zahl der Erwerbstätigen sinken. Nur in Belgien, Frankreich, Irland und Luxemburg wird die Zahl wegen ihrer relativ hohen Geburtenrate und Zuwanderung bis 2060 noch zunehmen.

Insgesamt beläuft sich die Nachhaltigkeitslücke, das heißt, die *tatsächliche Staatsverschuldung* der 12 Euro-Gründungsstaaten auf 340 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Bei einer Wirtschaftsleistung von 9 Billionen Euro - dem Wert für das Jahr 2010 - entspricht das 31 Billionen Euro.

Mit 86 Prozent des BIP ist allerdings nur gut ein Viertel dieses Schuldenbergs bereits in Form expliziter, in der Vergangenheit aufgenommener Schulden sichtbar. *Den Löwenanteil trägt mit 254 Prozent des BIP oder knapp drei Vierteln die heute noch unsichtbare Staatsschuld zur Nachhaltigkeitslücke bei.*

Neben Deutschland, Finnland, Österreich tragen auch Frankreich und Italien nur unterdurchschnittlich zur Nachhaltigkeitslücke bei. Mit einer Nachhaltigkeitslücke von nur 146 Prozent des BIP führt Italien noch vor Deutschland (193 Prozent) und Finnland (195 Prozent) das Ranking an.

Das ist darauf zurückzuführen, dass Italien nach Frankreich den geringsten Anstieg der Renten-, Gesundheits- und Pflegeausgaben zu erwarten hat, zwar aktuell unter einem hohen Schuldenberg von 118 Prozent des BIP und entsprechend hohen Zinsausgaben von knapp 4,4 Prozent des BIP leidet, sich gemessen am Primärsaldo (dem um die Zinsausgaben bereinigten Haushaltssaldo) jedoch eine sehr positive Entwicklung abzeichnet.

Wohl am erstaunlichsten ist, dass Luxemburg so miserabel abschneidet, obwohl doch die aktuelle Staatsverschuldung mit weniger als 20 Prozent des BIP geradezu vorbildlich ausfällt. Danach würden sich die meisten anderen Staaten heute schon die Finger lecken.

Doch mit einer Nachhaltigkeitslücke von 1.116 Prozent des BIP liegt Luxemburg praktisch gleichauf mit Griechenland (1.017 Prozent) und Irland (1.497 Prozent). Das rührt daher, dass Luxemburg eine extrem starke Zunahme der Renten-, Gesundheits- und Pflegeausgaben zu erwarten hat.

Mit einer Nachhaltigkeitslücke von 193 Prozent des BIP liegt Deutschland nach Italien (146 Prozent) an zweiter Stelle, knapp vor Finnland (195,2 Prozent) und noch vor Österreich (298 Prozent) und Frankreich (338 Prozent) im Nachhaltigkeitsranking.

Deutschland müsste seine Staatsausgaben dauerhaft um 4,0 Prozent des BIP verringern, um seine Nachhaltigkeitslücke von 193 Prozent des BIP auf null zu reduzieren.

Das entspräche einem Einsparvolumen von rund 100 Milliarden Euro.

Im Vergleich dazu sind die von der Bundesregierung im Rahmen des Zukunftspakets anvisierten Einsparungen für Bund, Länder und Gemeinden von jährlich knapp 27 Milliarden Euro lediglich ein Klacks.. [1]

Und selbst bei einem jährlichen Einsparvolumen von 27 Milliarden Euro, wäre eine anhaltende Rezession so gut wie unvermeidlich.

Die Politik der demokratischen Gremien ist - wie üblich - auf die Zukunft miserabel vorbereitet. Kurzatmigkeit ist ihr einziges Instrument - und die gilt in der Medizin oft als Symptom eines bevorstehenden Infarkts. Möglicherweise gilt das in der Politik erst recht.

Die demokratischen Politiker stehen hilflos vor gigantischen Problemen, weil sie sich die Größenordnung der Staatsverschuldung nicht bewusst machen oder nicht bewusst machen wollen. Und so wird die Entwicklung ohne jedes Erbarmen über sie hinwegrollen; denn mit Spielzeuggewehren lässt sich Großwild nun einmal nicht erlegen.

Die Kunst des Umtopfens

Die Wissenschaft hat allen Ernstes eine "Theorie der Staatsverschuldung" entwickelt, die sich mit den ökonomisch positiven und auch den negativen Aspekten der Verschuldung beschäftigt.

Damit braucht man sich in der aktuellen Situation der entwickelten demokratischen Staaten nicht weiter auseinanderzusetzen. Denn heute ist die Verschuldung der Staaten längst völlig aus dem Ruder gelaufen.

Die Theorie ist nichts weiter als eine hübsche Theorie für volkswirtschaftliche Seminare. Mit der politischen Wirklichkeit hat sie nichts mehr zu tun. Die ist ihr davongaloppiert.

Man braucht auch nicht Vorteile und Nachteile gegeneinander abzuwägen. Es gibt keinen einzigen Vorteil mehr. Man kann schlicht davon ausgehen, dass die Katastrophe schon da ist, wenige Chancen bestehen, sie in weniger als zehn, zwanzig Jahren - wenn überhaupt jemals - in den Griff zu bekommen und längst eine *destruktive Eigendynamik* entfaltet hat, die den Untergang der betroffenen Staaten immer wahrscheinlicher macht.

Die Kreditfinanzierung der öffentlichen Haushalte ist zum fiskalisch nutzlosen Selbstzweck degeneriert. Sie dient schon längst nicht mehr der Haushaltsdeckung, sondern der Finanzierung der von der demokratischen Politik selbst erzeugten Tilgungs- und Zinsausgaben.

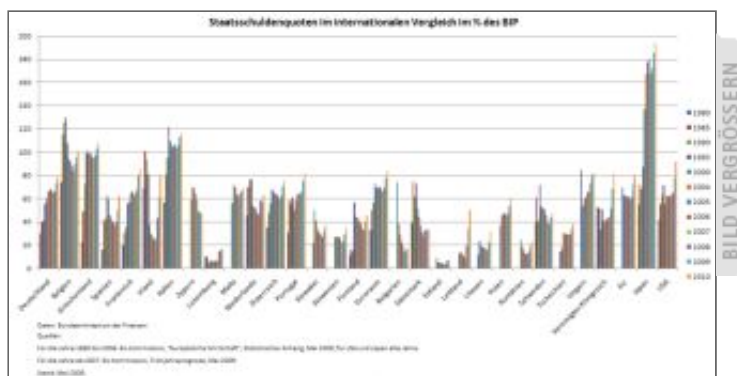
Wenn mit der Neuverschuldung fortgefahren wird wie in den vergangenen Jahrzehnten, wird der Schuldenberg zu Lasten der nachfolgenden Generationen eigendynamisch immer schneller und steiler wachsen.

Nicht nur der Schuldenberg wird wachsen, sondern die Wachstumsraten der Schulden werden wachsen. Die durch Reformen, Einsparungen und Steuererhöhungen neu gewonnenen Mittel versickern sofort in neuen Haushaltslöchern, die von den schneller und steiler als die Steuereinnahmen wachsenden Zinseszinsausgaben gegraben werden.

Mehrere europäische Demokratien stehen teils näher, teils nicht ganz so nahe am Rande des Bankrotts - ebenso wie übrigens auch die USA und noch dramatischer Japan. Man kann das gar nicht oft genug betonen: *Es handelt sich um eine existenzielle Bedrohung, die sich alle entwickelten repräsentativen Demokratien selbst eingebrockt haben.*

Die politische Kaste kann sich nur mit ständigen Wahlgeschenken selbst am Leben erhalten. Wenigstens glaubt sie das und hält an ihrem irregeleiteten Glauben ebenso unerschütterlich und verbohrte wie einst die katholische Kirche an ihrem geozentrischen Weltbild.

Ob dabei die von ihr regierten Völker am Ende vor die Hunde gehen, ist ihr auch ziemlich gleichgültig - zumindest nicht so wichtig wie das eigene Überleben. Niemals ist das deutlicher geworden als bei der verkorksten Einführung des Euro und dem krampfhaften Festhalten an der einmal getroffenen Entscheidung.



Staatsschuldenquote im internationalen Vergleich in Prozent des Bruttoinlandsprodukt (BIP); Quelle: Bundesfinanzministerium

Bei den wenigen politischen Projekten, die überhaupt noch geplant - wenigstens geplant - werden können (durchgeführt geht oft schon nicht mehr, dazu müsste Geld vorhanden sein), herrscht schon im Diskussionsstadium der nackte ökonomische Irrsinn.

Gegenfinanzierung als nichtsnutzige Wurschtelwirtschaft

Bei jedem neuen Projekt wirft der politische Gegner sogleich die Totschlag- und Schicksalsfrage nach der "Gegenfinanzierung" auf: Wie soll denn das kostspielige neue Unterfangen gegenfinanziert werden?

Kommt dieses Argument, ist das Projekt meist schon tot. Dabei bedeutet es doch nur: Es ist kein Geld mehr dafür da. Man muss also einen Topf finden, aus dem sich noch Geld holen lässt.

Wenn irgendwo etwas gekürzt werden kann, kann man das Geld aus der Kürzung nehmen. Man legt das eine Projekt auf Eis und steckt die dafür vorgesehenen Mittel in das neue Projekt. Das ist dann gegenfinanziert. Doch wem ist damit geholfen? Doch wohl niemandem. Es wird doch nur viel Geld hin- und wieder hergeschoben.

Wirtschafts- und Sozialpolitik in den entwickelten Demokratien ist zur Kunst des Umtopfens geworden: Man nimmt Gelder aus dem einen Topf, stopft sie in den anderen Topf und nennt das Gegenfinanzierung. *Das aber ist keine Politikgestaltung sondern nichtsnutzige Wurschtelwirtschaft.*

Rein theoretisch könnte man - außer durch - vorzugsweise verdeckte - Steuererhöhungen (sehr beliebt) - nur noch durch Kürzung von Subventionen neue Haushaltsmittel gewinnen.

Das jedoch ist wiederum nichts als weltfremde Theorie; denn Subventionen sind eines der wichtigsten Instrumente der Klientelpolitik in den entwickelten Demokratien. Und deshalb scheuen sich die Politiker, sie auch nur anzutasten. Sie plagt die Furcht, sie könnten sich selbst so den Ast absägen, auf dem sie so gemütlich sitzen...

Was ist eigentlich an der Staatsverschuldung so schlimm?

Schlimm daran ist vor allem, dass die Handlungsfähigkeit der politischen Akteure auf allen Ebenen einschneidend eingeschränkt wird und sich die gesamte politische Landschaft vollständig verdüstert - und das ist unzweifelhaft eine dramatische Verschlechterung.

Lähmung macht sich breit. Politische Reformen - und seien sie auch noch so dringlich - müssen unterbleiben. Um sie durchführen zu können, braucht man Handlungsfähigkeit. Aber die ist für immer verban.

Übrig geblieben ist nur noch die Fähigkeit, Scheindebatten über Scheinprobleme - vorzugsweise in den Medien und dort vor allem in Talkshows - zu führen. Spiegelgefechte ohne Ergebnisse. Aufgeregtes

Gequatsche über alberne Affären und Skandale.

Deshalb spielen in den entwickelten Demokratien die Skandale eine so beherrschende Rolle: Ob nun ein Politiker Bilder von nackten Knaben gekauft oder ein Sportvereins-Manager Steuern hinterzogen, ein Präsident sich beim Oktoberfest eine Wurst und eine Maß bezahlen ließ oder ein Fußballer sich als Homosexueller geoutet hat. Darüber wird allerorten ohne Ende gequackelt, bloß nicht über die wirklich drängenden Probleme.

Heute klagen auch die Politiker etablierter Parteien gern wortreich über die unselige Rolle der Banken und des Finanzkapitals und ihr Übergewicht über die Politik aller Länder. Dabei war es ausschließlich die Politik der entwickelten Demokratien, die es vollverantwortlich herbeigeführt hat.

Bis in die 1980er Jahre hinein war die Staatsverschuldung in den meisten entwickelten Demokratien eine beschauliche Angelegenheit. Ab und zu musste man bei Engpässen Kredite aufnehmen, um über die Runden zu kommen. So eine Art Überziehungskredit, um nicht über mehrere Wochen oder gar Monate auf dem Schlauch zu stehen. Keine große Sache.

Doch inzwischen hat die Verschuldung aller entwickelten Demokratien in der Welt eine derart gigantische Dimension angenommen, dass daraus ein unauflösbares Abhängigkeitsverhältnis geworden ist.

Im beständigen Streben, gewählt und wiedergewählt zu werden, haben die Politiker und die politischen Parteien sich und ihre Regierungen in eine nicht mehr auflösbare Abhängigkeit von Finanzkapital und Banken hineinmanövriert. Sie kommen daraus nicht mehr heraus. Schon gar nicht aus eigener Kraft, schon gar nicht durch das Gelöbnis "ab morgen wird gespart" und schon gar nicht durch das Kinderspielzeug "halbherzige Bankenregulierung".

Wie sollen auch diejenigen, die den Banken diese Macht über die Politik verliehen haben, jetzt eben diese Banken in die Schranken verweisen können? Da überschätzen Politiker ihre eigenen Fähigkeiten und ihre eigene Machtvollkommenheit mal wieder großmäulig selbst.

Nichts illustriert die Idiotie, aber auch den Aberwitz demokratischer Politik dramatischer als die totale Verschuldung der Staaten: Erst haben die Politiker die entwickelten Demokratien über Jahrzehnte hinweg in die totale Verschuldung und Abhängigkeit von Banken getrieben. Und nun produzieren sie sich allen Ernstes als die großen Krisenbewältiger, die von einem Krisengipfel zum nächsten eilen, um sich wichtigtuerisch aufzuplustern und mit politischen Kinkerlitzchen wie Bankenregulierung und ähnlichen Kindereien "Lösungen" vorzuschlagen, die keine sein können.

Die Gelder, die für den Schuldendienst gebraucht werden, fehlen an anderen Stellen. Besondere Not herrscht seit vielen Jahren in den Bundesländern, in Städten und Gemeinden: Deutschlands Infrastruktur verfällt rapide: Die öffentlichen Straßen und Brücken verkommen und werden zur Gefahr für ihre Nutzer, Schulen und Kindergärten verrotten, Jugendhäuser, Schwimmbäder, Krankenhäuser, öffentliche Bibliotheken, Theater, Museen, Zoos und Mütterberatungsstellen werden geschlossen - die Kommunen stehen vor dem Bankrott.

Es fehlt Geld für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zu konkurrenzfähigen Fahrpreisen. Schon heute reichen die vorhandenen Gelder nicht mehr aus, alle notwendigen öffentlichen Ausgaben zu leisten. Über 10.000 Brücken in Deutschland sind so marode, dass sie eine ernste Gefahr darstellen, wenn sie nicht bald repariert werden. Dafür aber fehlt das Geld. Die Staatsschulden sind so unvorstellbar hoch, dass ihr Abbau in wachsendem Umfang unmöglich wird.

Und man sollte nicht denken, das sei das Ergebnis von gnadenloser Misswirtschaft und Korruption in Deutschland. Die gibt's auch. Doch das ist in fast allen entwickelten Demokratien der Welt das gleiche Elend. Es ist ein durch die Politik demokratisch gewählter Repräsentanten verursachtes und zu

verantwortendes Elend. Es ist der Preis, den die Völker für den Luxus der repräsentativen Demokratien zahlen.

Überall haben die politischen Repräsentanten die öffentliche Infrastruktur zu Grunde gerichtet. Es ist das zentrale Merkmal der entwickelten Demokratien, dass sie ihren eigenen Handlungsspielraum zerstört und ihre Gemeinwesen zu Grunde gerichtet haben. Und da fragt sich denn doch, ob das nicht ein viel zu hoher Preis ist, den die Völker für ein politisches System zahlen, das den Namen Demokratie sowieso schon längst nicht mehr verdient hat.

Die Politik ist zur Getriebenen geworden, weil sie außer zu Überlegungen über Möglichkeiten des Schuldenabbaus kaum noch zu etwas in der Lage ist. Was früher einmal "Politikgestaltung" hieß, bedeutet heute: Eine Krisensitzung jagt die nächste. Früher gab es alle paar Jahre einmal einen Krisengipfel. Heute gibt es fast jede Woche mindestens einen. Kaum ist der vorbei und hat nichts Wichtiges gebracht, kommt der nächste und bringt auch nichts.

Der Handlungsspielraum der Politik ist auf ein Minimum geschrumpft. Sie kann gar nicht mehr gestalten, sie wird getrieben von den Katastrophen, die sich auf Grund des Mangels an allen Ecken und Enden auftun. Politik als proaktive, auf wohl durchdachten Konzepten beruhende und womöglich gar von Visionen geprägte Aktivität gibt es nicht mehr.

Es gibt nur noch das hektische Gehampel von einer Krisensitzung zur nächsten Krisensitzung, ob das in den USA gerade die Dauerkrise ist, durch die mit Mühe und Not alle paar Wochen eine Staatspleite abgewendet werden soll oder die Dauerkrise in Europa, bei der es um eine neue Rettungsmaßnahme für den Euro oder für einen der unter all den hoch verschuldeten Staaten besonders hoch verschuldeten Staat geht, ist eigentlich ziemlich egal.

Diese Krisen gehören im Endstadium der repräsentativen Demokratien zum politischen Alltag und sind einzig und allein das Werk der demokratischen Politik. Die demokratisch gewählten Repräsentanten haben die Krisen selbst herbeigeführt und hasten nun von Gipfel zu Gipfel, um unter dem Applaus der Medien Krisen aus der Welt zu schaffen, die ohne sie überhaupt nicht bestehen würden.

Es gibt immer noch Menschen, die ihnen für ihren unermüdlichen Einsatz Respekt entgegenbringen. Dabei hätten sie nichts als Verachtung verdient; denn sie sind es schließlich, die den Karren selbst an die Wand gefahren haben. Und da sie keine Lösungen parat haben, schaffen sie ständig neue Krisen und halten sich selbst so auch noch in Brot und Arbeit. Absurdes Theater ist im Vergleich dazu ein Ausbund an Vernünftigkeit und kühler Rationalität.

Wolfgang J. Koschnick 31.03.2014

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 18

Der demokratische Staat ist ein Leviathan. Die Politiker maximieren ihre Macht mit der Menge des Gelds, das sie ihren Steuerbürgern abknöpfen, und müssen mit demselben Geld wieder die Gruppen umwerben, die ihre Wiederwahl sichern. So schaffen sie ständig neue Schlupflöcher und erhöhen Steuern, um die daraus entstehenden Finanzlöcher zu stopfen. Ein Teufelskreis und darüber hinaus der nackte ökonomische Irrsinn.

Wenn das Wirtschaftswachstum langsamer als die jährliche Nettoneuverschuldung steigt und die über Jahrzehnte akkumulierten Staatsschulden nicht getilgt werden, hat das dramatische Folgen für eine Volkswirtschaft, von denen die meisten in Deutschland auch längst, mit unterschiedlicher Intensität, eingetreten sind.



Die öffentlichen Haushalte sind so stark mit immer höheren Zinszahlungen in Anspruch genommen, dass sie ihre öffentlichen Aufgaben nicht mehr erfüllen können, weil das Geld dafür fehlt. Bildung, Verkehrswesen, Straßenbau, öffentliche Einrichtungen geraten ins Hintertreffen wegen des Zinsdienstes und der stets steigenden Zinszahlungen.

Damit der Staat seiner Pflicht zur Zahlung von Zinsen und zur Tilgung seiner Schulden nachkommen kann, müssen die Steuerzahler anteilig an ihrem Gesamteinkommen immer mehr Steuern zahlen. Private Investitionen und privater Konsum gehen wegen der immer höheren Steuern zurück. Politiker klagen öfter mal über die schwache Binnenkonjunktur in Deutschland und tun dabei so, als seien sie nicht selbst einer ihrer Hauptverursacher. Der Staat muss investieren und konsumieren und dafür neue Staatsschulden aufnehmen. Die Eigendynamik der Staatsverschuldung setzt eine unselige Spirale in Gang, die sich immer schneller dreht.

Durch den immer größer werdenden Zinseszinsseffekt bei der Umschichtung von wachsenden Staatsschulden über Bundesschatzbriefe und andere Finanzinstrumente werden die Staatsschulden nicht mehr getilgt. Die Eigendynamik der Staatsverschuldung ist ein Teufelskreis, aus dem es so gut wie kein Entrinnen gibt.

Die hohe Nachfrage des Staats nach Geld führt zu steigenden Zinsen auf dem Kapitalmarkt und zu höheren Finanzierungskosten der Unternehmen. Auch für Unternehmen werden Kredite teurer, Investitionen unterbleiben, ihre Wettbewerbsfähigkeit sinkt ebenso wie das Wirtschaftswachstum.



"Spiralwirkung". Die Grafik zeigt, dass der Zinseszinsseffekt die Spirale immer schneller drehen lässt. Eine Konsolidierung der Staatsschulden ist daher eine nahezu unlösbare Aufgabe.
Quelle: "Staatsverschuldung" von Thomas Kraus, Evelyn Schöppe, Eva Spohr, Universität Kassel, VWL III

An dieser Grundtendenz ändert sich erst einmal gar nichts, wenn - wie in Deutschland geschehen - die Staatsschulden tatsächlich einmal vorübergehend sinken. 2013 sank die Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden um 44 Milliarden Euro. Es dürfte sich auch für das Gesamtjahr ein Rückgang ergeben.

Das ändert allerdings nichts daran, dass der Hang zur Aufnahme hoher Staatsschulden eine säkulare Tendenz ist, die fast allen entwickelten Demokratien seit gut einem halben Jahrhundert immanent ist. Da macht es kaum etwas aus, wenn mal ein gutes Jahr für etwas optimistische Stimmung sorgt, zumal die frohe Aufbruchstimmung schon recht bald auch wieder eine wachsende Ausgabenfreudigkeit nach sich ziehen wird. Das wird bereits nach nur 100 Tagen große Koalition an deren Rentenplänen und ihren Plänen zur Stützung der Versicherungsunternehmen klar; denn mit ihren Rentengeschenken und heimlichen Steuererhöhungen schröpft die große Koalition die Bürger wie kaum eine Regierung zuvor.

Bis 2017 wird die Last um rund hundert Milliarden Euro wachsen. Ausgerechnet Union und SPD setzen zu einer hemmungslosen Plünderung ihrer Klienteles an. Um die Koalitionsabsprachen bezahlen zu können, wird die Steuer- und Abgabenlast der Beschäftigten steigen wie unter kaum einer anderen Regierung zuvor.

Die Verbesserungen für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, und die Rente mit 63 sollen, zusammen mit einer verbesserten Erwerbsminderungsrente, bis zum Ende des Jahrzehnts 60 Milliarden Euro kosten.

Die Demokratie schafft Krisen am laufenden Band, die sie anschließend nicht mehr lösen kann

Dabei vergessen auch sehr kritische Beobachter leicht, dass jeder Aspekt dieser mannigfachen Krisen von demokratischen Politikern erzeugt wurde. Nicht ein bisschen mitverursacht, sondern allein von ihnen verursacht.

Es wird immer viel darüber diskutiert, dass es gute und schlechte Staatsanleihen gibt und dass die Märkte voll von schlechten Staatsanleihen sind. Doch die Staatsanleihen an sich sind überhaupt nicht das Problem.

Wären die demokratischen Staaten nicht durchweg über alle Maßen verschuldet, hätten die Staatsanleihen auf den Finanzmärkten überhaupt nicht das Gewicht, das sie heute haben.

Staatsanleihen sind ja keine neue Erfindung. Es gab sie schon immer. Früher nannte man sie öfter Staatsobligationen. Sie sind kurz-, mittel- oder langfristige Anleihen (Schuldverschreibungen), die von der öffentlichen Hand und anderen staatlichen Körperschaften ausgegeben werden.

Früher galten Staatsanleihen als besonders sichere Geldanlagen; sie warfen keine großartigen Gewinne ab, aber bei ihnen war das angelegte Geld wenigstens sicher, weil Staaten - so dachte man damals - nicht Pleite gehen können. Heute schwebt der Pleitegeier über sehr vielen Staaten, und viele Staatsanleihen sind nichts mehr wert. Die Politik hat ganze Märkte ruiniert.

Aber die Märkte sind voll von Staatsanleihen, und die Finanzwirtschaft hat dadurch inzwischen ein deutliches Übergewicht über die Politik bekommen. Die Folge: Jetzt klagen die Politiker lauthals über die außer Rand und Band geratenen Finanzmärkte mit ihren Ratingagenturen.

Der Zauberlehrling in Johann Wolfgang von Goethes Ballade wenigstens wusste: "Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los." Die demokratischen Politiker sind ein gutes Stück tumber. Sie wissen nicht einmal, woher das Elend überhaupt kommt...

Denn niemand weist mehr darauf hin: Hätten die demokratischen Systeme nicht die Verschuldung der Staaten in diese schwindelnden Höhen katapultiert, gäbe es das Problem gar nicht.

Dann würden Ratingagenturen weithin unbeachtet die Bonität von Unternehmen und das Risiko von Kapitalanlagen bewerten. Für Staaten würden ihre Bewertungen kaum eine Rolle spielen. Erst die von der Politik zu verantwortende Verschuldung der demokratischen Staaten hat die Rolle der Ratingagenturen über alle Maßen aufgewertet.

Derzeit unternimmt die Politik möglicherweise Versuche, die Finanzmärkte zu regulieren. Wahrscheinlich schwafelt sie auch nur darüber in Talkshows und anderen publikumswirksamen Veranstaltungen und macht am Ende nichts. Dabei hätten die Politiker nur einige Jahrzehnte zuvor sich selbst "regulieren" müssen...

Ökonomischer Unfug in Hochpotenz

Finanzwirtschaftlich ist die Staatsverschuldung in der in den Demokratien bestehenden Höhe ökonomischer Unfug in Hochpotenz.

Der Widerspruch zwischen den kurzfristigen Anreizen der repräsentativen Demokratie und den langfristigen Erfordernissen der öffentlichen Finanzwirtschaft scheint ein Politikversagen auszulösen, in dessen Schlepptau sich die öffentlichen Schulden in einem bisher nicht gekannten Ausmaß aufgetürmt haben.

Robert K. von Weizsäcker

In den repräsentativen Demokratien sind zwei Dinge über Jahrzehnte hinweg unaufhörlich gestiegen: die *merklichen Subventionen an Unternehmen, direkte Transfers an private Haushalte und die unmerklichen Einnahmen* (indirekte Steuern und eben die Staatsverschuldung).

Die Unterscheidung zwischen merklichen und unmerklichen Ausgaben geht auf den Münchner Finanzwissenschaftler Robert K. von Weizsäcker zurück. Sie wirft ein grelles Schlaglicht auf die miesen

Tricks der demokratischen Politiker bei der Verschleierung ihrer gezielten und sehr raffiniert ausgedachten Geldverschwendung.

Die Sache ist einfach: Merklich sind Subventionen und Transferzahlungen, die alle Betroffenen sofort spüren, wie beispielsweise das Elterngeld. Das merkt jeder sofort, wenn das Geld bei ihm eintrifft.

Unmerklich sind alle Staatseinnahmen wie zum Beispiel Steuern auf Lebensmittel oder eine vermehrte Kreditaufnahme. Davon merken diejenigen, die das am Ende bezahlen müssen, zunächst einmal gar nichts. Und genau deshalb wachsen die Subventionen und Transferzahlungen besonders vor Wahlen stets deutlich an, während die unmerklichen Ausgaben wie indirekte Steuern und Neuverschuldung zunehmen.

Heimliche Belastungen der Bevölkerung als Politik

Und da wird mit einem Schlag deutlich, dass die politischen Parteien und die demokratisch gewählten Regierungen sich gegen die Bevölkerung regelrecht verschworen haben: Anders ist es nicht zu erklären, dass die *merklichen Ausgaben* über Jahrzehnte hinweg ständig wachsen, weil die politischen Parteien Wahlen gewinnen müssen und dies mit *unmerklichen Einnahmearten* - vorzugsweise der Staatsverschuldung - finanzieren.

Es ist nackter, unverhohlener Machtmissbrauch zum eigenen Nutzen der politischen Parteien und zum Schaden und auf Kosten der gesamten Bevölkerung.

"Die öffentliche Kreditaufnahme wurde auf diese Weise als Spezialfall der unmerklichen Besteuerung zu Zwecken des politischen Machterhalts missbraucht. Hierbei nutzte die jeweilige Regierung neben dem Umstand unvollständiger und asymmetrischer Information einen Aspekt der Staatsverschuldung besonders nachdrücklich aus: den der Lastenverschiebung. Denn mit Hilfe der öffentlichen Kreditaufnahme können die Staatsausgaben heute erhöht, gleichzeitig aber die Kosten der zusätzlichen Wohltaten jenen zugeschoben werden, die für die heutige Regierung als Wähler keine Rolle spielen. Denn diejenigen, die die Zins- und Tilgungslasten der gegenwärtigen Schuldenpolitik schließlich zu tragen haben, sind heute zum Teil noch gar nicht geboren."

Robert K. von Weizsäcker: Repräsentative Demokratie und öffentliche Verschuldung: Ein strategisches Verhängnis

In die gleiche Richtung schamloser Trickserie weisen die Befunde des Berliner Wirtschaftswissenschaftlers Gerrit Köster, der in seiner Dissertation konstatierte, dass die Finanzminister zwischen 1964 und 2004 sämtliche Steuerentlastungen so hinbogen, dass sie in Wahljahren wirksam wurden. Da erfreuten sie die Herzen der Wähler, und die Politiker zeigten zugleich einmal mehr, wie zutiefst gleichgültig ihnen das allgemeine Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger ist.

Durch ihr Handeln des kurzen Atems stiftet die demokratische Politik nicht nur einfachen Murks. Das wäre ja noch irgendwie ganz rührend. Irren ist ja menschlich, Murksen auch.

Sie fügt der Bevölkerung ganz gezielt, wohl überlegt und hinterhältig kalkuliert wirtschaftlichen Schaden in Milliardenhöhe zu. Sie hat schon jetzt ganze Länder an den Rand des Ruins getrieben und wird sie wohl auch endgültig in den Ruin treiben, wenn niemand sie daran hindert.

data:text/html;charset=utf-8,%3Chtml%20style%3D%22line-height%3A%2030.24px%3B%20clear%3A%20both%3B%20color%3A%20rgb(78%2C%20100... 5/5

Staatsschulden sind das fundamentale Strukturproblem der Demokratien

Das zeigt sich nicht nur an der absolut verantwortungslosen Staatsverschuldung auf allen politischen Ebenen und in (fast) allen entwickelten Demokratien. Die demokratisch gewählten Politiker sind für ihre Länder längst zu den größten Schadenstiftern geworden. Nicht weil sie schlechte Charaktere sind. Das steht überhaupt nicht zur Debatte.

Es ist ein fundamentales Strukturproblem repräsentativer Demokratien. Das System der repräsentativen Demokratie lädt sie ein, Probleme jedweder Art auf dem Rücken der Bevölkerung auszutragen. Also tun sie es. So geht es ihnen gut, solange die Bevölkerung das mit sich machen lässt. Und die lässt... leider.

Eine plausible Erklärung für die ständig steigende Staatsverschuldung in Demokratien stammt von den beiden amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlern Gordon Tullock und James Buchanan. Beide haben in den frühen 1960er Jahren die ökonomische Analyse der Politik und der Bürokratie entwickelt. Buchanan erhielt dafür den Nobelpreis für Wirtschaft.

Die grundlegenden Annahmen der ökonomischen Theorien der Politik sind ebenso wie die der allgemeinen ökonomischen Theorie Annahmen über individuelles Verhalten. Sie gehen davon aus, dass Individuen in einer gegebenen Situation immer diejenige Verhaltensalternative wählen, von der sie den größten Nutzen erwarten, oder die bei nicht unterscheidbarem Nutzen mit den geringsten Kosten verbunden ist.

Zentrales Axiom der Public-Choice-Theorie ist das Rationalitätsprinzip - genau wie in der klassischen ökonomischen Theorie. Der "homo politicus" verhält sich also im Prinzip genauso wie der "homo oeconomicus".

Der "homo politicus" mehrt vor allem seinen eigenen Nutzen

Der Theorie liegt die Erkenntnis zu Grunde, dass auch ein Politiker, ebenso wie jeder andere Mensch, seinen eigenen Nutzen zu maximieren versucht. "Erwarten Sie von Politikern einfach nicht, dass sie sich anders verhalten, als es ihren Interessen entspricht", sagt Buchanan.

In der Politik und in der Bürokratie besteht der Nutzen indes nicht in Geld, sondern in Macht, Wiederwahl, Medienapplaus, Pfründen, Privilegien, der Zahl der Untergebenen und höherem Budget.

Weil der Staat weniger effizient ist als die Privatwirtschaft, halten Buchanan und Tullock Staatsversagen für ein wesentlich größeres Problem als Marktversagen.

Die Logik der Politik führt zu immer höheren Staatsausgaben. Vom Ziel der Wiederwahl getrieben, blähen die politischen Akteure die Staatshaushalte immer weiter auf. Politiker sind machtfixiert und nur an ihren Eigeninteressen orientiert. Um gewählt zu werden, verteilen sie geradezu wahllos Steuergeschenke.

Auch Milton Friedman, seinerseits Nobelpreisträger für Wirtschaft, formulierte einst^[1]:

Den Regierungen ist jede Entschuldigung recht, um neues Geld auszugeben.
Geldausgeben ist das Lebenselixier von Politikern. Und zugleich die Grundlage ihrer Macht.
Der einzige Weg, das Verhalten von Politikern zu verändern, ist es, ihnen das Geld wegzunehmen.

Doch selbst leere Kassen halten sie davon nicht ab.

Die Public-Choice-Theorie sieht das Entscheidungsverhalten von Politikern und Beamten als das

Produkt einer Summe von nutzenmaximierenden Individuen. Beamten versuchen, ihr Budget, Politiker ihre Wählerstimmen zu maximieren, um bei der nächsten Wahl wiedergewählt zu werden.

Für die Beamten steht nicht die effiziente Versorgung des Bürgers mit öffentlichen Gütern und Leistungen im Vordergrund, sondern ein möglichst hoher Output. Nur so können sie das Budget maximieren, um dann persönliche Ziele wie Macht, Einkommen, Prestige und Aufstiegschancen zu erreichen. Gelingt es den Beamten dagegen, durch die Optimierung von Organisationsstrukturen oder Arbeitsprozessen Einsparungen zu erzielen, müssen sie in der nächsten Planperiode mit einem kleineren Budget auskommen. Also lassen sie lieber die Finger davon.

Die gleichen Bedingungen gelten für das Verhalten der Politiker, da die Bürger hohe Informations- und Kontrollkosten in Kauf nehmen müssten, falls sie die Politiker kontrollieren wollten. Die Politiker nutzen daher den sich auf Grund fehlender Kontrolle ergebenden Handlungsspielraum aus, um ihre eigenen Interessen zu verfolgen und so ihren persönlichen Nutzen zu maximieren.

In Buchanans Welt ist der demokratische Staat ein Leviathan: ein macht- und geldgieriges, nimmersattes Monstrum. Die Politiker maximieren ihre Macht mit der Menge des Gelds, das sie ihren Steuerbürgern abknöpfen, und müssen zugleich jene Gruppen umwerben, die ihre Wiederwahl sichern. So schaffen sie ständig neue Schlupflöcher und erhöhen anderswo die Steuern, um die daraus entstehenden Finanzlöcher zu stopfen. Ein Teufelskreis.

In der demokratischen Politik sind Defizite die Regel

In der Diskussion mit der haushaltspolitischen Theorie des Keynesianismus, wonach der Staat regelnd in den instabilen Wirtschaftskreislauf eingreifen und durch Haushaltsüberschüsse und -defizite Schwankungen in der privaten Wirtschaft kompensieren soll, kritisiert Buchanan, dass John Maynard Keynes irrigerweise annahm, das politische Überleben von Amtsinhabern werde entweder durch diese Vorgehensweise gestärkt oder aber die Herrschenden hätten kein Interesse an ihrem eigenen politischen Erfolg:

Der Schlüssel zum ‚public choice‘ ist praktische Vernunft. Und die praktische Vernunft sagt uns, dass ein Politiker so ziemlich wie wir alle ist. Ein Politiker, der sich um ein öffentliches Amt bemüht oder im Amt zu bleiben versucht, ist verantwortlich gegenüber seinen Wählern, und sollte das auch sein. Er möchte wieder vor seine Wähler treten und ihnen erklären, dass er entweder ihre Steuern gesenkt oder ihnen sonst irgendwelche Vorteile erkämpft hat. Wenn man das in die Politik überträgt, dann hat man eine natürliche Neigung, Defizite zu schaffen.

James Buchanan

Defizite sind also die Regel, während es politisch nur schwer durchzusetzen ist, in wirtschaftlichen Wachstumszeiten einen Haushaltsüberschuss zu schaffen. Dass dies keine haltlose Übertreibung ist, sondern eine adäquate Beschreibung der Wirklichkeit, zeigt die Politik aller entwickelten Demokratien in der ganzen Welt.

Während der Käufer in der freien Marktwirtschaft einigermaßen genau weiß, worauf er sich durch seinen Kauf einlässt oder was er sich anschafft, "kauft" sich im Gegensatz der Kunde im politischen Wettbewerb durch seine Wahl einen Service von einem Politiker, der gegenüber dem Kunden kaum Rechenschaft schuldig ist und dem er ein weitaus höheres Ausmaß an Entscheidungsfreiheit einräumen muss.

Politiker haften nun einmal nicht für ihre Versprechungen und Zusagen wie private Verkäufer.

James Buchanan[2]

Deshalb ist der politische dem marktwirtschaftlichen Wettbewerb hoffnungslos unterlegen. Tatsächlich ist die ständig wachsende Staatsverschuldung ein Systemproblem, das auch nicht aus der Welt zu schaffen ist, wenn sich die Politiker auf einem europäischen Gipfeltreffen nach dem anderen vornehmen: "Wir müssen den Gürtel enger schnallen."

Gute Absichten nützen überhaupt nichts

Der Kern des Problems besteht ja darin, dass das politische System den Parteipolitikern vielfältige Anreize bietet, besonders hohe Ausgaben durchzusetzen. Auch wenn sie grundsätzlich verstanden haben, dass eine überhöhte Staatsverschuldung ein schier unlösbares Problem darstellt, ist kurzfristig eine weitere Verschuldung für sie immer noch das kleinere Übel. Die große Koalition in Berlin demonstriert das aktuell auf eindrucksvolle Weise.

Mehr als deutlich zeigt sich das auch am Beispiel Barack Obamas in den USA. Er hatte die allerbesten Absichten, als er sein Amt antrat. In seiner Antrittsrede hatte er versprochen, er werde die Zahl der damals 11 Millionen Arbeitslosen senken. Doch Anfang 2012 waren es bereits drei Millionen mehr: 14 Millionen. Anfang 2014 sind es mit 10,5 Millionen Personen fast genauso viele wie bei Amtsantritt.

Von seinem Vorgänger erbte Obama eine Staatsverschuldung von 11 Billionen Dollar. Doch keine vier Jahre später, Anfang 2012, lag sie bereits bei 15 Billionen: um vier Billionen höher. Jedes Jahr war mehr als eine Billion dazugekommen. Heute liegt sie bei 17,3 Billionen (Stand Januar 2014).

Da kann einer noch so edle Absichten haben. Das nützt überhaupt nichts; denn die Staatsverschuldung ist in allen demokratischen Staaten über viele Jahrzehnte hinweg unabhängig davon gewachsen, ob gerade ein gutherziger oder ein böswilliger, ob gerade ein linker oder ein rechter, ein liberaler oder ein konservativer, ein verschwenderischer oder ein sparsamer, ein gescheiter oder ein einfältiger Präsident oder Regierungschef regierte. Da liegt nicht der Kern des Problems.

Die Staatsverschuldung wächst unaufhörlich auf Grund systemimmanenter Zwänge und völlig unabhängig davon, wer oder was gerade regiert.

Im Frühjahr 2012 war die gesamte Weltwirtschaft mit 45 Billionen Dollar verschuldet. Die 15 am höchsten verschuldeten Länder trugen dazu knapp 35 Billionen Dollar bei. Im Frühjahr 2014 ist die Weltwirtschaft mit fast 53 Billionen Dollar verschuldet, und dieselben Länder trugen dazu über 39 Billionen bei.

Die Schuldenlast der entwickelten Demokratien wächst ohne Ende

Sie sind *ausnahmslos entwickelte repräsentative Demokratien*. Die Global Debt Clock des Economist, also die Weltschuldenuhr, zeigt ein eindeutiges Bild: Als höchstverschuldet sind dort einzig und allein die entwickelten repräsentativen Demokratien tiefrot eingefärbt: Nordamerika, Westeuropa, Japan, Australien. Die übrigen 13 Billionen verteilen sich auf die verbleibenden 185 Staaten der Welt. Der Rest der Welt ist im grünen Bereich. Jeder einzelne Staat kleckert im Schnitt ein paar Euro hinzu. Nicht mehr.

Rang	Land	Verschuldung in Mrd. Dollar 2012	Verschuldung in Mrd. Dollar 2014
1.	USA	11 917	13 321
2.	Japan	11 059	12 371
3.	Deutschland	2 384	2 794
4.	Italien	2 313	2 415
5.	Frankreich	2 261	2 409
6.	Großbritannien	2 026	2 478
7.	Kanada	1 378	1 617
8.	Belgien	449	484
9.	Griechenland	395	336
10.	Singapur	230	298
11.	Portugal	191	276
12.	Irland	178	244
13.	Libanon	58	61
14.	Jamaika	19	21
15.	Island	13	15
Σ		34 871	39 140
	Rest (185) Staaten	10 233	13 755
Σ		45 104	52 895

BILD VERGRÖßERN

Staatsschulden weltweit Anfang 2012 und 2014;
Quelle: Global Debt Clock des Economist

Die Erfahrungen aus vielen demokratischen Ländern machen in institutioneller Hinsicht mehreres deutlich:

"Die kurzfristige politische Opportunität setzt sich allzu häufig gegen die längerfristige Rationalität der Gesellschaft durch. Die Politiker sind in einer Konkurrenzdemokratie, die von Interessengruppen und der Logik audiovisueller Medien geprägt ist, kurzfristige Volksbeglucker. Ihre Anreizstrukturen führen zu nicht nachhaltigen und langfristig schädlichen Ergebnissen („nach mir die Schulden-Sintflut“).

Die theoretisch und empirisch fundierten Ratschläge professioneller Ökonomen finden bei der Politischen Klasse kein Gehör, wenn sie deren eigener Opportunität nicht dienlich sind. Die Politiker können die Urteile von Experten auch dann ohne inhaltliche Begründungen ignorieren, wenn diese fachlich gleichlautend sind.

Die Politiker finden bei bestehenden Verschuldungsregeln, ohne die die Defizite der öffentlichen Haushalte sicher noch weit größer wären, fast immer gangbare Hintertüren, um die Restriktionen zu umgehen. Dies ist nicht verwunderlich, da sie diese erstens (ein paar Jahre früher) bewusst so formuliert haben und zweitens auch im konkreten Fall selbst über ihre Anwendbarkeit entscheiden."

Jörn Kruse: Staatsverschuldung ist ein Problem des politischen Systems. [3]

Mit anderen Worten; Die Hauptursachen der Staatsverschuldung liegen *in den fundamentalen Macht- und Anreizstrukturen des politischen Systems der repräsentativen Demokratien* begründet. Systemfehler lassen sich nicht durch gute Absichten aus der Welt schaffen. Sie gehen erst weg, wenn das System grundlegend geändert wird.

Wolfgang J. Koschnick 07.04.2014

Die überstürzte und völlig verkorkste Einführung des Euro ist ein Paradebeispiel dafür, wie demokratisch gewählte Politiker einander im emotionalen Überschwang in wirtschaftspolitischem Irrsinn bestärken und eine gigantische Fehlentscheidung treffen, für die einige Generationen der Völker Europas den Preis zahlen. Heute hat man sich damit abgefunden, dass damals eine Fehlentscheidung getroffen wurde. Aber jetzt haben wir nun einmal den Schlamassel und man muss versuchen, das Beste daraus zu machen, heißt es immer.

Es bleibt einem auch gar nichts anderes übrig. Aber wer sagt denn, dass ähnliche Formen von Groupthink-Irrsinn nicht immer wieder vorkommen? Immerhin haben ja damals an der paneuropäischen Irrsinnstat einige tausend Politiker mitgewirkt und alle Bedenken sehr zum Schaden der Völker in den Wind geschlagen. Mag sein, dass Schwarmintelligenz mal vorkommt, aber Groupthink-Wahnsinn ist nun einmal das Charakteristikum demokratischer Gremienentscheidungen. Die Völker in den entwickelten Demokratien sehen also herrlichen Zeiten entgegen...



Daran besteht überhaupt kein vernünftiger Zweifel: Den Ausbruch der "Euro-Schuldenkrise" verantworten einzig und allein die Politiker in den Demokratien Europas - wenigstens diejenigen in den Ländern, die dem Euro am Ende beitraten.

Die Einführung des Euro zeigt die grenzenlose Verantwortungslosigkeit der demokratischen Politiker und ihren erschreckenden Mangel an Sachverstand. Er charakterisiert auch hochrangige Politikvertreter bei wirtschaftspolitischen Problemstellungen und ist oft gepaart mit der Neigung, die Öffentlichkeit über die wahren Probleme hinwegzutäuschen, und überhaupt den Hang, Einsicht in ökonomische Zusammenhänge durch einfältiges, aber hoch emotionales Gefasel zu ersetzen.

Als die Politiker den Euro einführten, wollten sie das gemeinsame Europa per Schnellschuss vorantreiben. Dabei schlugen sie alle wohl begründeten und längst bekannten währungspolitischen Einwände ignorant in den Wind.

Zunächst einmal sollte klar werden, was überhaupt gemeint ist, wenn so leichthin die Rede von der "Euro-Krise" ist. Als er eingeführt wurde, war der Euro weniger als einen US-Dollar wert. Im Oktober 2000 bekam man dafür gerade mal 82 US-Cents. Seitdem ist er fast kontinuierlich gestiegen, bis hin zu einer Spitze von 1,5379 Dollar 2009.

Im Vertrag von Maastricht einigten sich die EU-Mitgliedstaaten 1992 auf "Konvergenzkriterien", die Staaten erfüllen mussten, um den Euro als Währung einzuführen. Sie umfassen im Einzelnen die Stabilität des Preisniveaus, der öffentlichen Haushalte, der Wechselkurse zu den übrigen EU-Ländern und des langfristigen Nominalzinssatzes.

Die EU-Konvergenzkriterien ("Maastricht-Kriterien") finden sich in Artikel 140 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEU-Vertrag). Im Einzelnen handelt es sich dabei um folgende Kriterien:

Preisstabilität: Die Inflationsrate darf nicht mehr als 1,5 Prozentpunkte über derjenigen der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten liegen.

Stabilität der öffentlichen Haushalte: Der staatliche Schuldenstand darf nicht mehr als 60 Prozent, die jährliche Nettoneuverschuldung nicht mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen.

Wechselkursstabilität: Der Staat muss mindestens zwei Jahre lang ohne Abwertung am Wechselkursmechanismus II teilgenommen haben. Dabei darf die Währung des Landes nur in einer bestimmten Wechselkursbandbreite (meist 15 Prozent) vom Eurokurs abweichen; bei größeren Abweichungen muss die Zentralbank des Landes intervenieren.

Langfristige Zinssätze: Der Zinssatz langfristiger Staatsanleihen darf nicht mehr als 2 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten liegen.

Der Stabilitätspakt ist völlig wirkungslos, da er als Sanktionen lediglich Geldbußen vorsieht. Und die würden die Haushaltslage der betroffenen Staaten noch weiter verschlechtern. Es wäre ausgesprochen blöd, das zu tun. Und deshalb hat auch der Rat Verstöße gegen den Pakt wiederholt nicht geahndet. Das spricht zwar für den Rat, ändert aber nichts daran, dass der Pakt ein blinder Papiertiger ist.

Man fragt sich manchmal, wie viele Gedanken Politiker auf Maßnahmen verschwenden, die sie beschließen: Da verletzt ein Staat Stabilitätsvereinbarungen, weil er sich in einer finanziellen Notsituation befindet. Ihm fehlt es an Geld. Und die Politiker sehen für diesen Fall Geldstrafen für den Staat vor, die nur dazu führen können, dass sich die Notsituation noch verschärft. Sind die denn völlig verblödet? Die Antwort lautet: ja.

Die innereuropäische Solidarität wird begrenzt durch die No-Bailout- oder Nichtbeistands-Klausel. Sie schließt es ausdrücklich aus, dass die EU als Ganze oder auch nur einzelne Mitgliedstaaten für die Schulden anderer Mitgliedstaaten haften (Artikel 125 AEU-Vertrag).

Dadurch sollte verhindert werden, dass Mitgliedstaaten ihre Haushaltsautonomie nutzen, um sich auf Kosten anderer Mitgliedstaaten zu verschulden und dafür dann auch noch mit zusätzlichen Geldern belohnt werden. Der Grundsatz lautet: Jeder Staat trägt die alleinige Verantwortung für sein Defizit.

Auch dies blieb Theorie; denn kaum hatten die Staaten das beschlossen, taten sie das Gegenteil und spannten "Rettungsschirme" auf. Seit 2010 Kredite an Griechenland beschlossen worden, die Euro-Staaten Bürgschaften füreinander übernommen und weitere Kredite an Irland (2010), an Portugal (2011) und an Griechenland (2011) gezahlt worden waren, ist die Nichtbeistands-Klausel ausgehöhlt.

Ein Grundgedanke war die Unabhängigkeit aller nationalen Zentralbanken, um zu verhindern, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten ihre Wirtschaftspolitik durch die Vermehrung der Geldmenge und damit durch Inflation finanzieren. Die Artikel 123 und 124 AEU-Vertrag verbieten daher jede Art von Kreditgewährung der Europäischen Zentralbank oder der nationalen Zentralbanken an die Mitgliedstaaten und jeden bevorrechtigten Zugriff öffentlich-rechtlicher Institutionen auf die Banken. Selbst der unmittelbare Erwerb von Staatsanleihen durch die Zentralbanken war ursprünglich verboten. Darüber hat sich die EZB indes längst hinweggesetzt.

Die Politik verteidigt den Euro mit allen Mitteln und ohne Rücksicht auf wirtschaftliche Realitäten. Das kann auf Dauer nicht gut gehen. Der Euro ist so konstruiert, dass jedes Mitgliedsland unbegrenzt Schulden machen darf. Der Maastricht-Vertrag formuliert zwar das genaue Gegenteil, aber wenn sich die Politik nicht daran hält, ist das gleichgültig.

Der Grundsatz "Pacta sunt servanda" mag früher einmal gegolten haben. Heute gilt er offenbar nicht mehr. Auch dies ein Charakteristikum des Umgangs demokratischer Staaten miteinander. Wenn eine internationale Vereinbarung gerade nicht in den Kram passt, wird sie missachtet. Da kann ja nichts passieren. Niemand hat damit gerechnet, dass Luxemburg seine Truppen gen Osten in Bewegung setzen würde, als Deutschland den Stabilitätspakt verletzte.

Es zeigt sich ein für das Spätstadium der entwickelten Demokratien typisches Verhalten: Man verabschiedet die fabelhaftesten Gesetze, schließt die spektakulärsten Verträge und fasst die ausgefeiltesten Beschlüsse - aber wenn die erst einmal gefasst sind, hält sich keiner daran.

Der in den Medien breit dargestellte, spektakuläre Akt des Beschließens und vielleicht auch noch in diversen Talkshows ausgiebig bekakelte Akt des Verkündens ist Sinn der Veranstaltung, nicht die Einhaltung dessen, was da beschlossen wurde. Wenn die Beschlüsse dann ein paar Monate später nicht eingehalten werden, interessiert das kaum noch jemanden. Ansonsten geht die politische Kaste immer stärker davon aus, dass sie selbst über dem Gesetz und auch über der Verfassung steht.

Schon als der Euro eingeführt wurde, warnten Wirtschaftswissenschaftler eindringlich vor den Gefahren einer Einheitswährung für eine so große und vor allem so heterogene Wirtschaftszone. Eine gemeinsame Währung ohne gemeinsame Wirtschafts-, Finanz-, Arbeits- und Sozialpolitik sei zum Scheitern verurteilt. Bei asynchronen Konjunkturzyklen stehe die Gemeinschaftswährung vor einer Zerreißprobe.

155 Wirtschaftsprofessoren verlangten in einem Manifest vom Februar 1998, die Währungsunion wegen der unzureichenden Konsolidierung der öffentlichen Haushalte um einige Jahre zu verschieben, weil der Stabilitätspakt nicht das Papier wert war, auf das er geschrieben war.

Eine nicht wirklich unabhängige Europäische Zentralbank, eine unsolide Haushaltspolitik von hochverschuldeten Mitgliedsländern sowie der steigende Bedarf an Finanzhilfen ärmerer Länder wie Italien, Spanien, Portugal, Irland und Griechenland auf Kosten der reicheren Länder wie Deutschland und Frankreich, müssten in der Zukunft zwangsläufig zu einer Geldmengenausweitung und einem schwachen Euro führen. Um die Maastrichter Stabilitätskriterien einzuhalten, hatten einige Länder ohnehin haushaltspolitisch getrickst.

Auch die großen Unterschiede zwischen den Volkswirtschaften in Europa sprachen gegen die rasche Einführung des Euros. Die Produktivitätsniveaus waren und sind noch immer sehr unterschiedlich und auch die Arbeitsmärkte, Steuer- und Sozialsysteme unterscheiden sich stark. Mit dem Wegfall des Wechselkursmechanismus als Pufferinstrument mussten diese Unterschiede im Konkurrenzkampf um Investitionen an Bedeutung gewinnen und zu europaweitem Sozialabbau und zu Steuerdumping führen.

Die Göttinger Professorin für Wirtschaftspolitik, Renate Ohr, **betonte**:

Für die Vervollkommnung des einheitlichen Europäischen Binnenmarktes ist der vollständige Abbau nationaler Regulierungen und Diskriminierungen nicht-nationaler Anbieter sowie die Harmonisierung von Mehrwertsteuern, Verbrauchsteuern und Kfz-Steuern sehr viel wichtiger als die Einführung einer einheitlichen Währung.

Gefühlstriefende Bekenntnisse zum Euro

Kritisiert wurde auch die "Wirtschaftslastigkeit" des Jahrhundertprojekts. Die Geschichte hat gezeigt, dass nur Währungsunionen, die auf eine politische Union hinausliefen, auf Dauer überleben können. Die Währungsunion ist primär ein politisches, kein ökonomisches Projekt - das betonte auch der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker.

Statt über all diese - wie sich inzwischen herausgestellt - völlig berechtigten Argumente wenigstens nachzudenken, beeilte sich die Bundesregierung und übrigens auch die Opposition, sich gefühlstriefend zum Euro zu "bekennen".

Solche "Bekenntnisse" sind ja stets bei politischen Repräsentanten höchst beliebt, haben sie doch den Charakter nibelungenhafter Treueschwüre und schwülstiger Verbundenheit mit dem Objekt des Bekennens. Man fühlt sich heute an das terrierhafte Geifern von Markus Lanz gemahnt, als er in seiner Talkshow Sahra Wagenknecht auf Biegen und Brechen ein "Bekenntnis" zu Europa abzwängen wollte.

Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) erklärte, der Euro werde wie vorgesehen kommen. Deutschland werde selbstredend alle in der EU getroffenen Abmachungen, insbesondere die Stabilitätskriterien, klar einhalten. Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) sagte, es werde keinerlei "Tricks" bei den Teilnahmekriterien geben. Ein Aufschub hätte aber "verheerende Wirkung" auf die Finanzmärkte. Bundesaußenminister Klaus Kinkel (FDP) betonte gar, der Euro komme nicht zu früh. Er werde dringend gebraucht und werde kommen, "so sicher wie das Amen in der Kirche".

1998 stimmte eine überwältigende Mehrheit des Bundestags für die Einführung des Euro, nur 35 Abgeordnete stimmten in namentlicher Abstimmung dagegen. Ein stabiler Euro sei nützlich für die Stabilisierung deutscher Arbeitsplätze, sprach der SPD-Fraktionsvorsitzender Rudolf Scharping.

Das alles war nichts als dummes Geschwätz und eine Ansammlung einfältiger Plituden, wie man heute weiß und schon damals hätte erkennen können. Man kann der Politik den Vorwurf nicht ersparen, dass sie sehenden Auges und im geschwellenen Brustton der Überzeugung in die europäische Schuldenkrise gesteuert ist, ohne sich Gegenargumente überhaupt nur durch den Kopf gehen zu lassen. Ein klassischer Fall von besonders penetrantem Groupthink, wie er in demokratischen Gebilden immer wieder vorkommt.

Es ist ein Beispiel einer ganzen Kette besonders dumpfer Fehlentscheidungen, das ganz deutlich zeigt: Die Repräsentanten der demokratischen Politik sind zu verantwortungsbewusstem Handeln nur selten in der Lage, vor allem dann nicht, wenn sie von der Vernünftigkeit ihres eigenen Handelns so felsenfest überzeugt sind, dass sie aus ihren überdimensional aufgeblähten Brustkörben schier herauszuplatzen drohen.

Immer wieder wurde auch die Forderung nach einer europäischen Wirtschaftsregierung laut. Sie allein könnte eine gemeinsame Fiskal- und eine aktive Konjunkturpolitik in der EU möglich machen. Die Begründung leuchtet ein: Wenn die Euro-Staaten alle eine gemeinsame Wirtschafts-, Sozial und Finanzpolitik verfolgen, besteht für Europa und den Euro keine Gefahr. Tun sie es aber nicht, driften die Länder weit auseinander, und der Euro als Gemeinschaftswährung gerät in Gefahr.

Allerdings sind auch die Vorstellungen über eine gemeinsame Wirtschaftsregierung weltfremd und ziemlich naiv. Die EU kann selbst keine Steuern erheben und verfügt auch nicht über genügend Eigenmittel für eine aktive Konjunkturpolitik. Konjunkturpolitik ist Sache der einzelnen Staaten, und die können sich nur freiwillig miteinander koordinieren. Das gilt auch für die Lohnpolitik, da Tarifregelungen national begrenzt sind, und erst recht für die Arbeits- und Sozialpolitik. Bis auch nur eine lockere Koordination der Politiken von 18 heterogenen Staaten gelingt, vergehen Jahre, wenn nicht Jahrzehnte.

Die vorgesehenen Sanktionen gegen Euroländer mit überhöhtem Defizit wurden noch kein einziges Mal angewandt. 2011 verabschiedete das Europaparlament strengere Vorgaben zur Haushaltsdisziplin in den EU-Staaten, einschließlich halb-automatischer Strafen in Milliardenhöhe für notorische Defizitsünder und Volkswirtschaften mit starken Ungleichgewichten ihrer Leistungsbilanz. Doch wenn schon die schwächeren Sanktionen nicht angewandt wurden, fragt sich, weshalb sich das ausgerechnet bei den stärkeren zum Besseren wenden sollte?

Verstößt ein Land gegen die mittelfristigen Budgetziele für eine gesunde Fiskalpolitik, kann es von einer qualifizierten Mehrheit der Euroländer aufgefordert werden, seinen Haushaltsplan binnen fünf Monaten (bei schwerwiegenden Fällen binnen drei Monaten) zu ändern. Kommt es zu keiner Nachbesserung, so hat die Europäische Kommission in letzter Instanz die Möglichkeit, Sanktionen von 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts des Defizitsüners (0,1 Prozent bei Nichtumsetzung der EU-Empfehlungen zur Verbesserung makroökonomischer Ungleichgewichte) zu verhängen, sofern eine Mehrheit der Eurozone dagegen kein Veto einlegt.

Nun können Sanktionen bereits beschlossen werden, wenn sich ein Haushaltsdefizit der Obergrenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts nähert. Zudem soll es eine schärfere Kontrolle der Staatsverschuldung geben. So werden Ländern mit einer Schuldenquote von über 60 Prozent aufgefordert, drei Jahre hindurch die über der Grenze liegende Verschuldung jährlich um ein Zwanzigstel zu reduzieren.

Vor und nach der Euro-Einführung kam es immer wieder zu Verstößen der Mitgliedstaaten gegen diese Regelungen. Die Angaben über die Vertragsverletzungen schwanken. Manche sprechen davon, die Regelungen seien gut hundert Mal gebrochen worden, andere sprechen von 68 Mal.

Welche Zahl genau stimmt, ist auch ziemlich egal. Entscheidend ist: Die europäischen Politiker haben ein fabelhaftes Werk von Stabilitätsregeln ausgedacht und eingeführt und diese Regeln bei der ersten besten Gelegenheit entweder missachtet oder gebrochen und dann immer wieder und immer wieder gebrochen, und zwar viele Male.

Das Volk ist Geldquelle und Stimmviech - sonst nichts

Griechenland konnte den Euro überhaupt nur mit Hilfe von schamlos gefälschten Statistiken einführen, und zahlreiche Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland und Frankreich, verstießen mehrfach gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt. Belgien bekam den Euro überhaupt nur, weil die EU-Kommission ihren Sitz in Brüssel hat und es ganz schlecht ausgesehen hätte, wenn ausgerechnet dort der Euro nicht eingeführt worden wäre. Kosmetik ist in den Mediendemokratien stets wichtiger als verantwortungsvolle Politik.

Heute ist mehr darüber bekannt, mit welchen schäbigen Tricks viele Politiker bei der Einführung des Euro gearbeitet haben. Aus politischen Gründen bekamen einige Länder den Euro, die dafür überhaupt nicht reif waren - und das kostet die Bevölkerungen heute Milliardenbeträge. Aus einst geheimen Dokumenten geht hervor, dass Italien niemals hätte in die Währungsunion aufgenommen werden dürfen. Aber Helmut Kohl wollte unbedingt beweisen, dass auch das geeinte Deutschland europäisch ausgerichtet sei und wischte alle Bedenken seiner Fachleute mit einer Handbewegung weg.

Die Bundesregierung war genauestens über die prekäre Haushaltslage Italiens im Bilde. [1] Sie kann sich nicht damit herausreden, dass sie keine Kenntnis hatte und aufs Kreuz gelegt wurde. Sie wollte die Fakten nicht zur Kenntnis nehmen.

Es war ihr völlig egal, dass dies die Bevölkerung gigantische Geldsummen kosten würde. Und dies wiederum ist eine Konstante demokratischer Politik: Ob ihr Handeln der Bevölkerung nützt oder schadet, ist den Politikern gleichgültig. Es macht ihnen überhaupt nichts aus, der Bevölkerung Schaden zuzufügen.

Helmut Kohl spürte die "Wucht der Geschichte". Und was schert ihn das doofe Volk, wenn ein Mann im Begriff steht, Weltgeschichte zu schreiben? In der Politik demokratisch gewählter Repräsentanten kommt das Volk nur als Geldquelle und als Stimmviech vor, aber ganz gewiss nicht als Souverän.

Man muss sich das emotionslos vor Augen führen. In einer Vielzahl von großangelegten Sitzungen, internationalen Konferenzen und zahllosen Gipfeltreffen entwickeln tausende Politiker vieler europäischer Nationen mit gigantischem Aufwand ein Regelwerk, mit dem sie die neugeschaffene Gemeinschaftswährung für fast 335 Millionen Menschen in Europa vor Verfall und Zerstörung schützen wollen. Und kaum haben sie das getan und sich auch gehörig vor lauter Stolz auf diese großartige Leistung vor die Brust geklopft, da kommen dieselben Politiker daher und missachten diese Regeln oder brechen sie sogar: zwischen 68 und 100 Mal.

Fragt man, warum sie das tun, so wird deutlich: Sie reizen immer wieder aufs Neue ihren Spielraum aus, um noch mehr Kredite aufzunehmen und den Staat weiter zu verschulden, weil sie nur noch so ihre politische Macht erhalten können.

Die Staatsverschuldung ist für die demokratischen Politiker nun einmal das bewährteste Instrument des Machterhalts. Der Handlungsspielraum wird für die Politiker mit wachsender Verschuldung zwar immer kleiner, aber noch ist er nicht gänzlich ausgeschöpft. So lange er das noch nicht ist, wird weitergewurstelt wie bisher. Und in dieser Konstellation kann nur noch gewurstelt werden. Die Möglichkeiten großer Entwürfe sind längst verspielt. Was bleibt, ist kleinkariertes Herumdoktern an kosmetischen Details.

Wenn Ökonomie und Politik aneinander vorbeireden

Man kann daran sehen, dass die Finanzen der europäischen Bürger bei diesen Politikern in den allerschlechtesten Händen sind. Und man kann auch sehen, dass der Druck zu ständig steigender Staatsverschuldung so stark ist, dass die Politiker ihm auch dann nicht widerstehen können, wenn sie es wirklich wollen und selbst Regeln geschaffen haben, die das verhindern sollen.

Sie schaffen es noch nicht einmal, ihre selbst entwickelten Regeln einzuhalten. Und da gibt es wirklich noch Leute, die glauben, die immense Verschuldung aller demokratischen Staaten sei tatsächlich zurückzuschrauben. Aber doch nicht mit diesem Politpersonal!

Man kann darüber schimpfen, wie vertrags- und wortbrüchig Politiker sind, und darüber, dass man ihren Versprechungen nicht glauben und ihnen ganz allgemein nicht über den Weg trauen darf. Das ist im Fall des Euro auch durchaus gerechtfertigt. Aber der europaweite Bruch aller gerade erst getroffenen Regelungen zeigt auch, wie stark die destruktiven Kräfte wirken, die Politiker in repräsentativen Demokratien veranlassen, die Finanzen ihres Staates immer wieder und gegen jede Vernunft zu ruinieren.

Die wirtschaftlichen Bedenken der Ökonomen gegen die überstürzte Einführung des Euro wischten die Politiker rasch beiseite. Wer sich die öffentlichen Reden von damals genauer anschaut, erkennt, dass Politiker und Ökonomen in der Sache eklatant aneinander vorbeiredeten.

Die Ökonomen kritisierten die *Währungsunion ohne eine gemeinsame oder wenigstens eine koordinierte Wirtschafts-, Finanz-, Arbeits- und Sozialpolitik*. Die Politiker schwärmten mit bombastischer Pathetik von einem großen Schritt in Richtung auf ein *gemeinsames Europa in Frieden und Freiheit*.

Das Problem war allerdings: Die Einführung des Euro ist ein Akt der Währungspolitik, also der Wirtschaftspolitik. Doch die Politiker jubilierten, dass es in Europa keine Schlagbäume mehr gibt, der 2. Weltkrieg vorbei ist und sich daran eine lange Ära des Friedens angeschlossen hat. Sie tunkten den währungspolitischen Vorgang in einen Bottich mit larmoyant-emotionaler Soße. Und damit schätzten sie völlig falsch ein, was da geschah.

Währungssysteme sind technische Einrichtungen, die helfen sollen, die wirtschaftliche Entwicklung und den gegenseitigen Austausch zu erleichtern. Nicht mehr und nicht weniger. Sie sind kein Instrument der Friedensstiftung, und an ihnen entscheidet sich weder das Schicksal der Menschheit noch das Europas. *Der Frieden in Europa hängt objektiv nicht von seiner Währungsordnung ab.*

Man kann das auch so sehen: Die Politiker schwelgten und schwelgen noch heute in einer ziemlich einfältigen Schwärmerei von einem friedfertig-freiheitlichen Europa ohne Waffen und ohne Schlagbäume, während sie eine Währungsunion begründeten. Sie wussten offensichtlich nicht, was sie taten. Genauer: Sie wollten es nicht wissen. Sie sahen sich selbst als historische Protagonisten eines in Frieden und Freiheit vereinten Europas, während sie sich anschickten, seine Währung und seine Finanzen zu ruinieren und große Teile seiner Jugend in die Arbeitslosigkeit zu schicken...

So betonte Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) in der Bundestagsdebatte, es handele sich "nicht nur um eine währungspolitische Entscheidung", sondern um eine, die in die "historische Dimension der europäischen Einigung" gehöre. Und Helmut Kohl wird noch heute nicht müde zu wiederholen:

Die europäische Einigung ist eine Frage von Krieg und Frieden und die Einführung des Euros ein Stück Friedensgarantie.

Zu ähnlich blumiger Europaromantik verstieg sich Kohl in der Bundestagsdebatte vom April 1998:

"Die Verwirklichung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist in ihren Konsequenzen die bedeutendste Entscheidung seit der deutschen Wiedervereinigung. Sie ist die tief greifendste [er meinte: "tiefst greifende" - so viel Grammatik muss sein] Veränderung auf unserem europäischen Kontinent seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Imperiums."

Angela Merkel erklärte gar, bei der Rettung des Euro gehe es "um etwa Großes", um die "Friedensidee Europas". Das werde leicht vergessen, "wenn nur von Krisenmechanismus, Stimmrechten, Verträgen, Stabilitätskultur, Rettungsschirmen, IWF, Währung, EZB und vielem mehr die Rede ist". Und auch EU-Kommissar Günther Oettinger betonte:

Die Währung ist auch ein Garant für Frieden. Es geht nicht nur um Haftung, es geht auch um die Friedensordnung. Die Europäische Union insgesamt und ihre Währung sind zwei Garanten für dauerhaften Frieden, für Partnerschaft und Freundschaft.

Doch die Völker Europas scheinen der Friedensrhetorik nicht auf den Leim gehen zu wollen. Denn seit der Einführung des Euro breitet sich Unfrieden in Europa aus - und zwar *wegen* des Euro.

In Griechenland herrschen bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Medien in Italien, in Spanien, den Niederlanden und Großbritannien verbreiten Hass gegen Deutschland und die Deutschen. Die italienische Zeitung "Il Giornale" zitierte Silvio Berlusconi, der die Bundeskanzlerin als "unfickbaren Fettarsch" (culona inchiavabile) bezeichnete. Angela Merkel wird in Zeitungen als Nazi-Schlampe bezeichnet oder mit Hitler-Schnurrbart abgebildet.

Hemmungslos schlagen sich die europäischen Völker wieder alte Zerrbilder um die Ohren, die man lange nicht gehört hat. Die Deutschen sind wieder die Nazis, während Südländer faule Säcke und Betrüger genannt werden. In der Presse der EU-Staaten fehlt kein Klischee, im Internet erst recht nicht und im Fernsehen auch nicht. Manche Sätze, die da in jüngster Zeit zu lesen waren, erinnern an die Jahre vor und zwischen den Weltkriegen.

Der raue Ton ist eine Niederlage für den europäischen Friedensprozess. Die europäische Einigung scheitert auf genau dem Feld, das immer ihr Hauptanliegen war: der Aussöhnung von Völkern, die einander in einer sehr langen gemeinsamen Geschichte mit Argwohn und Feindseligkeit begegneten.

Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit spricht man in Griechenland vom drohenden Einmarsch der Wehrmacht. Die Spitzenverbände von Ärzten, Rechtsanwälten und Bauingenieuren einigten sich Anfang 2012 in Athen auf einen gemeinsamen Boykott von Waren aus Deutschland.

Die Mehrheit der Griechen sieht die EU inzwischen als das "Vierte Deutsche Reich" an. Der Lack der Völkerfreundschaft ist hauchdünn und schon zerkratzt. Und schnell bricht der alte Hass hervor. Vor der Einführung des Euro ging es in Europa deutlich friedvoller zu.

In der europäischen Politik hat sich eine unwirkliche Form des orwellschen Newspeak als offizielle Sprachregelung etabliert. Während die politische Klasse gebetsmühlenartig davon schwärmt, Frieden und Freiheit in Europa hänge vom Wohlergehen des Euro ab, herrscht zwischen den Staaten und den Völkern so viel Unfrieden und mitunter gar Hass wie kaum je zuvor.

Man kann die Augen nicht davor verschließen, dass mehr als zehn Jahre nach Einführung des Euro zwischen den Ländern der Eurozone sich eine eher unfriedliche, friedlose, ja feindselige Atmosphäre

festzusetzen droht. Längst begrabene nationale Vorurteile und Klischees werden wieder lebendig - und je primitiver sie daherkommen, desto beliebter sind sie.

Noch ist nicht sicher, ob sich diese mitunter gar hasserfüllte Atmosphäre auf Dauer festsetzen wird. Aber es ist sicher, dass sie den Turbulenzen der Staatsschulden- und Eurokrise zu verdanken ist. Mit der Eskalation der Schuldenkrise haben auch die Konflikte zwischen den Mitgliedsländern und Institutionen der Eurozone wie auch innerhalb einzelner Eurostaaten an Intensität und Irrationalität gewonnen. Diese eskalierenden politischen Auseinandersetzungen, deren Frontverläufe quer durch politische Gruppierungen wie internationale Allianzen verlaufen, resultieren gerade aus dem Unvermögen der Politik, die Systemkrise zu überwinden.

Und je feindseliger die Stimmung zwischen den Nationen und inzwischen auch den Völkern wird, desto verbockter beharren die politischen Repräsentanten auf der Behauptung, der Euro sei der Garant des Friedens und der Freiheit in Europa.

Wer das hört, fragt sich verwundert, ob die Politiker und die Völker auf ein- und demselben Kontinent leben oder ob die einen gar von einem ganz fernen Planeten entlaufen sind. Auf jeden Fall ist ihre Wahrnehmung nachhaltig gestört. Die wirkliche Wirklichkeit ähnelt in keiner Weise dem, was die Politiker als politische Wahrheit proklamieren.

Auf dem Höhepunkt der Eurokrise ist die allgemeine Stimmung der Bevölkerung in eine tiefe Europaskepsis umgeschlagen, die es vorher nicht gab. In allen EU-Staaten hat die Euroskepsis in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Tatsächlich bewerten viele Menschen den Einigungsprozess grundsätzlich neu. Die Zeiten der andauernden Europaeuphorie sind vorüber.

Vor wenigen Jahren noch verstanden sich viele Menschen zuerst als Europäer und dann als Angehörige ihrer Nation. Heute tun das nur noch wenige. Die Menschen stehen Europa im günstigsten Fall noch gleichgültig gegenüber, wenn nicht inzwischen gar feindselig. Das ist eine unmittelbare Folge des Euro und der Eurokrise. Europas Wähler entgleiten der Politik. Der Anteil der Deutschen, die dem Euro vertrauen, lag 2013 bei nur noch 38 Prozent. Für eine Währung, deren wichtigstes Kapital Vertrauen ist, ein katastrophales Ergebnis.

Die Bürger sollten endlich begreifen, dass die Politik dieses Landes in den Händen einer Bande schwülstig daher schwadronierender Politgockel liegt, die primitivste Zusammenhänge nicht begreifen und ihre Ignoranz unter einem gewaltigen Schwall leerer, aber tönender Redensarten kaschieren.

Besonders wenn es darauf ankäme, Zusammenhänge wirklich zu begreifen, reden sie meist nur dumm daher. Es ist aber auf Dauer unmöglich, ganze Länder mit blödem Gesülze zu regieren oder gar durch Krisen zu führen.

Das Urteil des französischen Historikers und Sozialwissenschaftlers Emmanuel Todd ^[2] ist eindeutig: "Der Euro geht in die Geschichte ein als der Meister-Irrtum der herrschenden Eliten in Europa. Sie wussten nicht, was sie schufen - einen Zombie -, und können sich deshalb auch nicht davon lösen."

Und weiter:

Tatsache ist, dass die Währungsunion Spannungen und Gegensätze in Europa auf das Äußerste verschärft hat. Der Euro bringt die Europäer gegeneinander auf. Die nationalen Währungen waren ein Instrument der Regulierung im gemeinsamen Markt, um Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit auszugleichen. Um das zu erkennen, braucht man keinen Nobelpreis für Ökonomie.

In einer Situation, in der es entscheidend auf eine fach- und sachgerechte Analyse von Vorteilen und Nachteilen einer folgeschweren währungspolitischen Entscheidung angekommen wäre und nicht auf

eine romantische Heraufbeschwörung blühender Landschaften, verstiegen sich die Politiker zu ebenso emotionaler wie banaler Europa-Euphorie, beschworen Schreckensvisionen vom 2. Weltkrieg und zelebrierten feierlich und in gestelzten Reden die allgemeine Hoffnung auf Friede, Freude und auch besonders viel Eierkuchen.

Originalton Bundeskanzler Helmut Kohl im Bundestag [3]:

Der Euro stärkt die Europäische Union als Garanten für Frieden und Freiheit. Von der heutigen Entscheidung - ich meine das nicht pathetisch - hängt es wesentlich ab, ob künftige Generationen in Deutschland und in Europa in Frieden und Freiheit, in sozialer Stabilität und auch in Wohlstand leben können.

Übrigens betonte Kohl in derselben Debatte auch:

Meine Damen und Herren, nach der vertraglichen Regelung gibt es keine Haftung der Gemeinschaft für Verbindlichkeiten der Mitgliedstaaten und keine zusätzlichen Finanztransfers.

Es war von Anfang an klar, dass auf derartige Versprechungen nicht viel zu geben ist. Und so hampelt die Eurozone seither von einer Krise in die nächste und von einem Rettungsschirm für den Euro zum nächsten.

Auch dies ein Charakteristikum der auf Medien- und Publikumswirkung um jeden Preis zielenden demokratischen Politik: Öffentliche Angelegenheiten und Beziehungen zwischen Staaten begreifen sie vorwiegend in privaten Kategorien. In der Euro-Staatsschuldenkrise sehen sie sich stets in der Pose des edlen "Retters", der den "in Not" geratenen europäischen "Freunden" in entschlossener "Solidarität" zur Hilfe eilt. "Freunde" lässt man nun einmal nicht "im Stich".

Viele Befürworter des Euro setzen nun einmal die Befürwortung des Euro mit der Begeisterung für die europäische Einigung gleich und verstehen ihre eigene Rolle als die einer Avantgarde. Doch sie sind keine Avantgarde einer europäischen Friedensordnung. Sie sind eher ihre Totengräber. Und die Politik, die sie betreiben, ist klar gegen die Interessen breiter Bevölkerungsschichten gerichtet.

Viele Menschen in vielen Ländern Europas müssen einschneidende Einbußen an Einkommen hinnehmen. Einige Länder leiden unter Massenarbeitslosigkeit. Parlamentarier, Abgeordnete, Parteifunktionäre, Regierungsbeamte und Regierungsmitglieder zählen allerdings nicht zu diesen Menschen.

Die Behauptung, der Euro sei eine "Friedenswährung" oder gar der "Garant für den Frieden in Europa" ist nichts weiter als hanebüchener Unsinn. Sachlich ist an der Euro-Friedens-Euphorie noch nicht einmal ein Körnchen Wahrheit. Zwischen den westlichen Staaten herrscht seit 1945 Frieden - auch ohne eine gemeinsame Währung.

Auch in den Jahrzehnten vor Einführung des Euro beherrschte die deutsch-französische Freundschaft die europäische Szene. Die Briten kämpften nicht gegen Deutsche und auch nicht gegen Franzosen, obwohl die Briten noch immer nicht den Euro haben. Die USA haben keine militärischen Konflikte mit Kanada, und Japan hat keine mit den USA, auch Südkorea nicht mit Japan. Nach 1945 zog Frieden ein in der westlichen Welt und zwar völlig unabhängig von der Währungsordnung. Der Friede in Europa und in der westlichen Welt steht auf einer sehr viel solideren Basis als der europäischen Gemeinschaftswährung.

Im Sumpf der Subventionen

Wolfgang J. Koschnick 14.04.2014

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 20

Die Machtstrukturen im politischen System der repräsentativen Demokratie mit all ihren Verzerrungen und Verkrustungen haben sich Verlauf vieler Jahrzehnte verfestigt: Eine Reform an Haupt und Gliedern scheint nicht mehr möglich. Denn die Selbstzerstörungstendenzen der repräsentativen Demokratien sind so übermächtig, dass sie sich auch dann gegen das System wenden, wenn alle Akteure von dem edlen Willen beseelt sind, sich ihnen mit Macht entgegenzustemmen. Der gute Wille und hehre Absichten allein können die selbstzerstörerische Eigendynamik nicht mehr aufhalten.

Längst ist das politische System der entwickelten repräsentativen Demokratien in aller Welt völlig aus dem Ruder gelaufen. Es befindet sich in einer dauerhaften Schiefelage, aus der es kein leichtes und womöglich überhaupt kein Entrinnen gibt. Das wird deutlich an der Gesamtentwicklung ebenso wie an jedem Detail.



Natürlich lassen sich für jedes beliebige Land viele Dinge aufzählen, die aus dem Ruder gelaufen sind. Sich daran festzubeißen, wäre banal. Doch bei den entwickelten repräsentativen Demokratien laufen so viele Dinge so gnadenlos schief, weil das politische System als Ganzes aus den Fugen geraten ist und nichts mehr so demokratisch funktioniert, wie es funktionieren könnte oder sollte.

Geldverschwendung pur: Klientelepolitik mit Subventionen

Eines der fast schon lächerlichen Beispiele ist die Subventionspolitik der öffentlichen Hände. Ein Paradefall für Realsatire. So authentisch komisch wie die Realität der Subventionspolitik in repräsentativen Demokratien kann politisches Kabarett gar nicht sein. Kaum sonst irgendwo verpulvern die demokratisch gewählten Repräsentanten so sinnlos das Geld der Steuerzahler für dermaßen absurde Projekte wie bei den Subventionen.

Es ist eine wirtschaftspolitisch völlig nutzlose Geldverschwendung, die nur den gerade regierenden politischen Parteien nützt, der Bevölkerung, der Wirtschaft und dem gesamten Staatswesen jedoch immens schadet.

Man könnte sich trösten und sagen: Das kann passieren. Wo Menschen zusammenwirken, geht öfter mal etwas in die Binsen. Und sicher kann es ein funktionierendes politisches System auch verkraften, wenn ab und zu mal Gelder an politische Freunde verschoben werden. So was passiert nun mal.

Aber darum geht es nicht. Die gewählten Repräsentanten verpulvern Milliardenbeträge für Subventionen, weil sie damit *den Gewinn und den Erhalt der eigenen Macht* finanzieren. Und dieses strukturelle Problem haben nur die repräsentativen Demokratien. Die sozialen Kosten des Systems sind

Die Gründe liegen auf der Hand: Nirgendwo sonst haben die Politiker ein - allein aus ihrer Sicht - so geschmeidiges Instrument, mit dem sie Klientelpolitik treiben, ihre Wähler bei der Stange halten und relativ unkontrolliert das Geld der Steuerzahler verprassen können - und das alles unter dem Deckmantel von Maßnahmen, die angeblich den Benachteiligten und Unterprivilegierten Nothilfe und Unterstützung angedeihen lassen sollen. Die schnöde Verschwendung tarnt sich auch noch als Hilfe in der Not für die Armen, Entrechteten und Unterprivilegierten.

Dabei können Staaten nur Gelder "verschenken", die sie zuvor den Steuerzahlern abgeknöpft haben. Sie verfügen nun einmal über keine eigenen Geldquellen und benutzen die Steuereinnahmen als Instrumente, um mit Hilfe von Subventionen Wahlgeschenke über Land und Leute zu verstreuen.

Ohne die Reform hätten die Rentenbeiträge im Januar von 18,9 auf 18,3 Prozent des Bruttolohns sinken müssen. Um die neuen Wohltaten zu finanzieren, setzte die Regierung die Entlastung einfach aus.^[2]

Es ist das Dauerdilemma der Politik. Indem der Sozialstaat Löcher schließen will, die er selbst geschaffen hat, reißt er neue Gräben auf. [3]

Moderne Raubritter ohne jede Ritterlichkeit

Oft wird sogar den gleichen Personenkreisen das Geld an der einen Stelle aus der Tasche gezogen, denen es an der anderen Stelle und in anderer Form wieder hineingestopft wird. Man könnte darüber lachen, wenn das wenigstens Spuren von Situationskomik hätte.

Wieso sich manche der auf diese krumme Tour Beschenkten auch noch darüber freuen und dankbar erweisen, ist ganz und gar unverständlich; denn die Vorgänge, bei denen den Leuten das Geld an einer Stelle aus der Tasche gezogen und an der nächsten Stelle wieder hineingestopft wird, sind nicht wirklich schwer zu durchschauen.

Solche Wahlgeschenke sind ein gigantischer Etikettenschwindel. Niemand bekommt etwas geschenkt. Die Politiker und der Staat haben überhaupt nichts zu verschenken. Sie haben es nur anderen genommen und meinen, sie hätten dafür auch noch den Applaus des Publikums verdient. Sie sind kaum mehr als moderne Raubritter ohne jede Ritterlichkeit, und die Finanzämter sind ihre willigen Vollzugsgehilfen.

Die Gesamtheit der in Deutschland pro Jahr gezahlten Subventionen beläuft sich auf 164 Milliarden Euro. [4] Das ist Geld, das die Steuerzahler zunächst einmal in Form von Steuern gezahlt haben. Die Einnahmen aus Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer belaufen sich auf rund 159 Milliarden Euro. [5]

Wenn die Subventionen wegfielen, stünde der Bevölkerung also ein höherer Betrag als das Gesamteinkommen der Steuerpflichtigen als zusätzliches Einkommen zur Verfügung, das Land hätte eine blühende Wirtschaft, und das Geld könnte zudem auch noch in ökonomisch sinnvolle Aktivitäten fließen und alle Wettbewerbsverzerrungen aus der Welt schaffen.

Natürlich ist das so gesehen eine Milchmädchenrechnung. Aber die könnte wohl doch den Blick dafür öffnen, dass vorhandene Gelder sinnvoller als für wirtschaftlich unsinnige Subventionen eingesetzt werden könnten: Die 164 Milliarden Euro werden ja allesamt in wirtschaftlich nicht rentable Objekte gesteckt.

Wenn man diese immensen Summen stattdessen den Steuerzahlern erst gar nicht abknöpfen würde, wäre der Wirtschaft viel besser gedient. Das Land würde aufblühen, und marode Firmen würden nicht künstlich und krampfhaft am Leben erhalten.

Allerdings verlören die Politiker und Politbürokraten damit auch die Möglichkeit, sich als großmütige Mäzene notleidender Wirtschaftszweige zu produzieren. Und deshalb ist das nur eine schöne, aber kindlich-naive Utopie.

Die Realität sieht anders aus: Die Vertreter in den politischen Entscheidungsgremien der repräsentativen Demokratien werden auf diese Waffe im Kampf um politische Macht nicht freiwillig verzichten. Und unter Druck auch nicht; denn es gibt niemanden, der sie ihnen aus der Hand schlagen könnte. Also wird es beim Unfug der massiven und von Jahr zu Jahr wachsenden Subventionen bleiben.

Alle Wirtschaftsfachleute sind sich indessen einig darüber, dass Subventionen grundsätzlich von Übel sind, weil sie den Wettbewerb verzerren. Übrigens völlig unabhängig davon, ob sie eher dem linken oder eher dem rechten Lager zuzurechnen sind. Da gibt es keine einzige Ausnahme und keinen, der anderer Ansicht ist. Und das hat gute Gründe.

In einer Marktwirtschaft werden alle wirtschaftlichen Aktivitäten über den Mechanismus der relativen

Preise gesteuert und koordiniert. Daher ist grundsätzlich alles schädlich, was die Informations-, Lenkungs- und Anreizfunktion der relativen Preise verzerrt.

Dennoch können Subventionen - rein theoretisch - für eine begrenzte Zeit auch ökonomisch sinnvoll sein. Nämlich dann, wenn es darum geht, vorübergehende Engpässe und Notsituationen zu überwinden. Aber eben wirklich nur für einen sehr eng begrenzten Zeitraum und nicht als Dauereinrichtung.

Doch genau zu dieser zeitlichen Begrenzung von Subventionen ist die parlamentarische Parteiendemokratie nicht in der Lage. Das ist ein klassisches Problem aller entwickelten repräsentativen Demokratien. In anderen politischen Systemen existiert dieses Problem in dieser Form und Ausprägung nicht. Die Politiker, die mit der Geld-Gießkanne übers Land ziehen und Subventionen vergießen, müssten fürchten, dass sie Wähler verlieren, wenn sie Subventionen nach einer Weile wieder stoppen würden.

Subventionen sind jedoch ökonomisch nur sinnvoll, solange ein Markt unvollkommen funktioniert und eine realistische Chance besteht, dass vorübergehende Hilfszahlungen zu einem besseren wirtschaftlichen Ergebnis führen. Aus genau diesem Grunde führen Subventionen, die von demokratisch gewählten Repräsentanten gewährt werden, zwangsläufig in das ökonomische Desaster: Sie perpetuieren sich selbst.

Darüber hinaus jedoch verzerren Subventionen die Marktpreise und bringen das Marktgeschehen aus dem Gleichgewicht. So entstehen gigantische Verluste. Ökonomisch sinnvoll wirtschaftende Unternehmen werden demotiviert, weil sie ihre unwirtschaftlichen Konkurrenten über Steuern auch noch mitfinanzieren müssen.

Und es soll keiner behaupten, dies sei eine marktradikale Argumentation von Anhängern eines enthemmten Kapitalismus. Auch in einer sozialistischen Wirtschaft könnten Subventionen nur für einen begrenzten Zeitraum einen ökonomischen Sinn haben. Über einen längeren Zeitraum hinweg, würden sie der sozialistischen Wirtschaft ebenso schaden.

In der DDR hat man das exemplarisch am Verfall der Bausubstanz verfolgen können. Die Mieten wurden durch politische Entscheidung gezielt auf niedrigstem Niveau gehalten. Dadurch konnten Häuser nicht erhalten werden. Die Bausubstanz in der gesamten DDR verfiel von Jahr zu Jahr. Am Ende waren die meisten Gebäude genau so marode wie das politische System.

Wer Subventionen bekommt, hat keinen Anreiz, wirtschaftlich zu arbeiten. Er bekommt sein Geld ja sowieso - wenigstens so lange, wie er unwirtschaftlich operiert. Warum sollte er da seine wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt in Ordnung bringen?

Durch die gesunkenen Marktpreise werden die Gewinne wirtschaftlich arbeitender Unternehmen kleiner und der Subventionsbedarf zur Erhaltung ohnehin schon unwirtschaftlicher Unternehmen am Markt zusätzlich auch noch erhöht.

Da die nicht subventionierten Unternehmen zum gesunkenen Preis nicht oder nur weniger anbieten können, werden darüber hinaus Arbeitsplätze vernichtet. Im Gegenzug werden dafür in den subventionierten Unternehmen Arbeitsplätze künstlich am Leben erhalten, die im ordentlichen Marktwettbewerb keine Chance hätten.

Subventionen helfen, Unternehmen am Leben zu halten, die auf dem freien Markt nicht lebensfähig wären. Steuergelder werden verschwendet. Es kommt zur Überproduktion stark subventionierter Güter. Subventionen verhindern, dass veraltete Industrien absterben und moderne Industrien wachsen können.

Der Schaden geht weit über die reinen Geldbeträge hinaus, die da verpulvert werden. Subventionen bringen das ganze Wirtschaftssystem in eine Schieflage. Sie sind eines der am verheerendsten wuchernden Krebsgeschwüre demokratischer Systeme.

Es gibt kaum einen größeren wirtschaftlichen Unsinn, als Subventionen über ein Land zu verteilen. Und man könnte hinzufügen: Genau deshalb sind sie ja so beliebt bei demokratischen Politikern und Politbürokraten, weil die nämlich vor keinerlei Unfug zurückschrecken, wenn man denen gestattet, mit dem Geld der Steuerzahler herumzufuhrwerken...

Eine anfangs einmal sinnvolle Subvention kann sich im Laufe der Zeit als ökonomisch nicht mehr notwendig erweisen. Aber angesichts der Trägheit der politischen Prozesse oder infolge des Einflusses von Interessengruppen bleibt sie dennoch bestehen.

Das ist ein gerade in repräsentativen Demokratien virulentes Problem: Nach einigen Jahren haben sich ganze Wirtschaftszweige darauf eingerichtet, auf immer und ewig subventioniert zu werden.

Der ursprünglich vielleicht sogar ernsthaft geplante Wegfall von Subventionen würde dann einen politischen Sturm auslösen: Politiker haben den Betroffenen in Wahlkämpfen zugesagt, dass die Subventionen nicht zurückgenommen werden. Vertreter der subventionierten Wirtschaftszweige und ihre Lobbyisten haben sich in den politischen Parteien und den Parlamenten eingenistet und können nun ihren Einfluss dafür geltend machen, dass die Subventionen weiter fließen. Und den Politikern fällt es ohnehin viel leichter, Subventionen in Millionenhöhe zu verteilen, als sie wieder zurückzudrehen.

Es bereitet der Politik ja keine Mühe, irgendeiner Personengruppe eine Subvention zu bewilligen, wenn man die nicht aus der eigenen Tasche bezahlen muss. Auch dann nicht, wenn es um Millionen- oder gar Milliardenbeträge geht. Aber es ist so gut wie unmöglich - politisch unmöglich -, den Geldsegen wieder abzustellen, wenn die Subvention zurückgenommen werden soll.

Dann wehrt sich die betroffene Klientel nach Kräften gegen die Kürzung ihrer Bezüge. Sie mobilisiert ihre Lobbyisten und ihre Repräsentanten und Fürsprecher in den politischen Parteien. Die betroffenen Personen kommen womöglich in wirtschaftliche Bedrängnis, weil sie mit dem Geld gerechnet haben, und können damit drohen, dass sie die Partei der Subventionskürzer nicht mehr wählen werden.

Das alles ist sehr schwer, und es fällt den politischen Repräsentanten viel leichter, den Steuerzahlern weiter tief in die Taschen zu greifen und deren Gelder auch in Zukunft zu verschleudern.

So dreht sich eine gefährliche Spirale. Subventionen in der Hand von demokratisch gewählten Repräsentanten haben die Tendenz, von Jahr zu Jahr zu wachsen. Politiker haben zwar die Angewohnheit, in publikumswirksamen Veranstaltungen immer und immer wieder zu "fordern", Subventionen sollten wieder abgebaut werden. Aber das bleibt in der Regel nur leeres Politgeschwätz ohne Substanz. Macht sich gut in Talkshows - den neuzeitlichen Stätten haltlosen Geschwafels ohne Sinn, Verstand und Verbindlichkeit.

Subventionen sind *erstarrte Instrumente der Klientelpolitik*. Und deshalb fummeln die Politiker im Extremfall mal ein bisschen an der einen oder anderen Subvention herum, um Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit vorzutäuschen. Aber im Großen und Ganzen ändert sich jedoch nichts daran, dass die Subventionen in der Regel von Jahr zu Jahr steigen.

Würde die Regierung tatsächlich eine größere Zahl von Subventionen streichen, müsste sie bei der nächsten Wahl mit einer bedrohlichen Zuspitzung ihrer eigenen Lage rechnen. Womöglich würden die Betroffenen sogar dazu aufrufen, die Regierungsparteien nicht wiederzuwählen. Selbst wenn sie es nicht täten, würden die (noch) regierenden Parteien damit rechnen, dass sie die nächste Wahl verlieren könnten. Dieses Risiko werden sie nicht eingehen. Also läuft alles weiter wie bisher. Eine Besserung ist nicht in Sicht.

Subventionen bremsen das Wirtschaftswachstum, vernichten Wohlstand und Arbeitsplätze. Sie kosten viel Geld, das den Steuerzahlern selbst nicht mehr zur freien Verfügung steht, sondern vom Staat verpulvert wird.

Werden Subventionen hingegen gekürzt oder abgeschafft, werden bisher gebremste Marktkräfte gelöst und tragen zu einem höheren Wohlstand für alle bei. Ein nachhaltiger Subventionsabbau würde viel Energie freisetzen und neuen finanziellen Spielraum schaffen, um die Verschuldung zu reduzieren. Und es ergäben sich neue Chancen, die Bürger und Unternehmen steuerlich zu entlasten.

Ein Skilift für die Ostsee

Subventionen streichen, weniger Schulden machen, Steuern senken. Das könnte eine sinnvolle und auch populäre Politik sein. Doch dazu müssten Politiker bereit sein, auf Subventionen als Instrument des Machterhalts zu verzichten. Und das sind sie nicht.

Manche der absurdesten Verirrungen zeigen, wie die Verantwortlichen ohne jede Verantwortung mit den Geldern wirtschaften, die ihnen noch nicht einmal gehören.

Man mag es nicht glauben, aber die folgende Geschichte hat sich wirklich zugetragen: Da hat ein dänischer Bauer 2009 aus lauter Jux eine Subvention für einen Skilift auf der Badeinsel Bornholm in der Ostsee beantragt. Wer Bornholm kennt, der weiß: Die Insel ist so flach wie eine Flunder.

Um die Subvention bewilligt zu bekommen, musste der lustige Landwirt sich mit dem für die Insel zuständigen Berater von Europe Direct, dem zentralen Beratungsdienst der EU, zusammensetzen. Der unterstützte den Antrag. Europe Direct beschäftigt in ganz Europa 474 Berater, die Anträge auf EU-Gelder für lokale Projekte abwickeln.

Man muss sich das nur einmal vor Augen führen: Da hocken in ganz Europa fast 500 festangestellte Mitarbeiter, zu deren wesentlichen Aufgaben es gehört, anderen Leuten, Firmen und Unternehmen dabei zur Hand zu gehen, Geld aus den riesigen Töpfen der EU für Subventionen loszueisen.

Ein Erfolgsmaßstab für ihre Tätigkeit ist es, dass es ihnen gelingt, möglichst viele Subventionen durchzuboxen. Allein schon deshalb besteht keinerlei Hoffnung, dass der Sumpf der Subventionen jemals trockengelegt wird. Die Mitarbeiter von Europe Direct müssten um ihren Job fürchten. Also sorgt jeder Einzelne von ihnen dafür, dass in seinem Bereich möglichst viel subventioniert wird, damit er auch im nächsten Haushaltsjahr wieder viel zu subventionieren bekommt.

Auf jeden Fall gewährte die EU-Kommission dem ski-begeisterten Inselbauer eine Subvention von 100.000 Euro. Und so bekam die Badeinsel tatsächlich einen Skilift auf einem hundert Meter langen Hügel, dazu ein Pistengerät und eine Schneekanone für im Schnitt eineinhalb Tage Skibetrieb im Jahr. Mehr gibt das milde Klima auf der Insel nicht her.

Die Schneekanone war dringend erforderlich, weil es dort so gut wie nie schneit. Das versteht jeder aufgeklärte Mensch sofort: Ohne Schnee kann man ja schließlich gar nicht Skifahren. Man muss also Kunstschnee auf die Piste streuen. Wer dafür kein Verständnis aufbringt, ist ein völlig uneinfühlsamer Klotz.

Und weil das so hervorragend funktioniert hatte, beantragte der lustige Landwirt von Bornholm 2011 gleich noch einmal 150.000 Euro für seine Skianlage. Die muss ja nun regelmäßig gewartet werden. Skianlagen auf Ostseeinseln verschleifen nun einmal leicht. Die raue See und die feuchte Luft zehren am Gestänge.

Auch das wird niemand glauben, ist aber ebenfalls wahr: Der Landwirt bekam tatsächlich noch einmal 150.000 Euro bewilligt. Und nun hat er ja sogar eine Art Präzedenzfall geschaffen. Wenn der Verschleiß der Anlage der EU-Kommission 2011 so viel Geld wert war, dann wird er ja in den kommenden Jahren wieder mit einem steten Geldfluss rechnen dürfen.

Dabei gilt Bornholm als Dänemarks Sonneninsel, weil es dort recht warm ist. Im Winter 2011/2012 konnte die Skianlage sogar noch nicht einmal einen einzigen Tag in Betrieb genommen werden, weil es zu warm war...

Die Praxis sieht so aus, dass staatliche Subventionen in Deutschland und in Europa seit Jahrzehnten gewährt werden und seit Jahrzehnten wachsen. Die Politiker plädieren pro forma immer wieder mal leidenschaftlich für den radikalen Abbau von Subventionen und sorgen anschließend dafür, dass im nächsten Haushalt noch mehr Geld für Subventionen bereit steht.

Solchen Quatsch produzieren die Brüsseler Bürokraten am laufenden Band. So hat die EU in Griechenland rund 80 Prozent der Kosten getragen, die zur Ermittlung von Wehrpflichtigen-Listen anfielen. Welchen Sinn das haben könnte, bleibt schleierhaft. EU-Fördergelder flossen auch in das Training von TV-Showgirls in Neapel, in die Ausbildung von "City Clowns" im finnischen Tampere oder in die bessere Verständigung zwischen dänischen und schwedischen Komponisten in der Öresund-Region.

Imaginäre Rasenmäher können Subventionen auch nicht kürzen

Da nimmt es nicht wunder, dass 2010 wie schon in den Jahren davor ein neuer Höhepunkt der Ausgabenfreudigkeit erreicht wurde. Der Staat und die Europäische Union (EU) haben noch nie zuvor so viel Geld an Subventionen in der Gegend verstreut. Auch in kommenden Jahren dürfte sich daran kaum etwas ändern.

Das geht aus einem Gutachten des Instituts für Weltwirtschaft Kiel (IfW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) hervor. Beim Bund, den Ländern, den Gemeinden und der Europäischen Union summierten sich alle 2011 gezahlten Subventionen für Deutschland auf 164 Milliarden Euro.

Der gesamte Bundeshaushalt ist gerade mal doppelt so hoch. Das kann man gar deutlich genug hervorheben: Ein Betrag, der halb so hoch ist, wie die Gesamtausgaben des Bundes, wird aus politischen Gründen in marode Unternehmen, Organisationen und Wirtschaftszweige gesteckt.

Das IfW-Gutachten analysiert auch, welche Finanzhilfen und Steuervergünstigungen durch den Bund und im Schulterschluss mit den Ländern gekürzt werden können. Als "realistisches Kürzungspotenzial" ermittelten die Wissenschaftler Subventionen über 58 Milliarden Euro pro Jahr und empfahlen, den Subventionsabbau zeitlich gestreckt mit der "Rasenmähermethode" zu realisieren.

Dabei werden alle Subventionen in gleichem Maße um denselben Prozentsatz gekürzt und nicht einzelne Programme völlig gekippt. Es ist dann nicht mehr notwendig, sich mit den betroffenen Interessengruppen auseinanderzusetzen, da die Kürzung alle in gleichem Maße trifft.

Das wäre sogar eine Methode, die aus politischen Gründen scheinbar einigermaßen leicht durchsetzbar sein könnte. Denn dann müssten alle Betroffenen in gleichem Maße mit Kürzungen rechnen. Da könnte sich keiner beschweren, er werde diskriminiert und schmerzhafter als andere zur Ader gelassen.

Doch in Wahrheit scheint das nur so zu sein; denn dazu müssten die gewählten politischen Repräsentanten das Instrument der Subventionen - und damit einen Teil ihrer politischen Macht - aus der Hand geben. Und das werden sie nicht tun.

Nach einer anderen Studie des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Universität Köln (Fifo Köln) können die öffentlichen Hände in Deutschland kurzfristig 22,4 Milliarden Euro einsparen. 14,6 Milliarden würden auf den Bund entfallen, der übrige Betrag auf Länder und Gemeinden. Mittelfristig wäre gar ein vielfach höheres Sparpotenzial möglich, wenn die Staatsaktivitäten effizienter organisiert würden.

Insgesamt nennt das Fifo Köln zwei Dutzend Posten, deren "soziale beziehungsweise ökonomische Rechtfertigung oder Leistungsfähigkeit sehr fraglich" sind - und die schnell gestrichen werden könnten. Da allerdings lachen die Hühner; denn es fällt nicht schwer, hunderte von absolut absurden Subventionen aufzuzählen, die wesentlich überflüssiger als so mancher Kropf sind...

Nach der Rechnung des Fifo könnte der Staat noch einmal 60 Milliarden Euro jährlich durch effizienteren Mitteleinsatz sparen. Bei der Verwaltung, der Armutsabsicherung, der Infrastruktur, der Schulbildung, der Gesundheit gibt es laut Fifo noch Effizienzreserven, wenn die Regierung als Maßstab die erfolgreichsten Länder in den jeweiligen Bereichen zu Grunde legte.

Allein in der öffentlichen Verwaltung beträgt die deutsche Effizienzreserve im Vergleich zur wesentlich effizienter operierenden Schweiz rund 30 Prozent. Umgerechnet bedeutet dies ein Einsparpotenzial von über 20 Milliarden Euro für den Steuerzahler.

Würde Deutschland in der Armutssicherung dem Beispiel Japans folgen, könnte der Staat rund 21 Milliarden Euro sparen. Weitere vier Milliarden wären in der Infrastruktur möglich, wenn Deutschland es dem Vorreiter Dänemark gleichtun würde. Etwas unklarer ist das Einsparpotenzial in Gesundheit und Schulbildung. Hier schwankt die Summe jeweils deutlich - zwischen drei und 21 beziehungsweise sechs und 21 Milliarden Euro.

Doch so sehr diese Rechenkunststücke auch einleuchten mögen, sie sind von vornherein in den Wind geschrieben. Denn sie sind weltfremd und gehen an der politischen Realität vorbei.

Solche mehr oder auch minder wissenschaftlichen Untersuchungen dienen vorwiegend zum Gaudium des kritischen Publikums. Sie sind vor allem dazu da, die Öffentlichkeit zu unterhalten und ihr etwas Stoff zum Diskutieren vorzuwerfen. Da können die Leute dann trefflich die Vor- und Nachteile der einen oder anderen Maßnahme erörtern und sich so in der Illusion wälzen, es gehe doch alles ziemlich demokratisch zu. Schließlich praktiziert man ja Meinungsfreiheit in Onlineforen, Leserbriefspalten und Talkshows.

Doch politisch haben solche Studien keinerlei Wirkung; denn die Subventionen dienen ja gar nicht der Förderung notleidender Wirtschaftszweige und sind keine wirtschaftspolitischen Instrumente. Es geht auch in Wahrheit nicht um Einsparungspotenziale.

Ein konkreter Blick auf die tatsächlich gewährten Subventionen zeigt: Die Realität hat mit der volkswirtschaftlichen Theorie der Subventionen überhaupt nichts zu tun. Subventionen bekommen Bierbrauereien ebenso wie globale Lebensmittelkonzerne, Großgrundbesitzer, Reedereien, Speditionen, Schnapshersteller, Zirkuswagenfahrer, Landwirte, Matrosen und Betreiber von Biogasanlagen.

Der Staat subventioniert vom Freibier bis zur Zahnprothese fast alles, was ihm vor die Geldspritze kommt. Da werden riesige Summen ohne Sinn und Verstand übers Land verstreut. In zäher Lobbyarbeit haben sich viele Branchen milliardenschwere Vorteile erkämpft, die sie nun nie mehr aufgeben werden.

Das Delirium Subventionorum - Gruselgeschichten aus dem Irrenhaus

Wolfgang J. Koschnick 22.04.2014

Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 21

In Deutschland und Europa gibt es für die irrsinnigsten Projekte üppige Subventionen. Viele sind so aberwitzig, dass der unbefangene Betrachter nicht wissen kann, was die Politiker ritt, als sie die Gelder verstreuten: Schamlosigkeit beim Umgang mit Steuergeldern oder nackte Blödheit. Viele Subventionen sind so absurd, dass man sich entgeistert fragt, ob man nicht doch im Kabarett oder gar im Gruselkabinett sitzt. Doch der Irrsinn hat Methode.

Im Laufe der Jahrzehnte sind ganze Wirtschaftszweige unter die Fuchtel der Subventionsbürokratien gefallen. Am dramatischsten ist das bei der Landwirtschaft. Sie ist so gut wie vollständig in der Hand der Agrarbürokratien. Kein Wirtschaftszweig wird so stark subventioniert und muss zugleich so viele bürokratische Auflagen erfüllen. Bürokratenherrschaft und Klientelepolitik wirken zusammen, um ein politisches Irrenhaus zu unterhalten.



Die Landwirtschaft ist in Deutschland und Europa komplett durchsubventioniert und bis ins letzte Detail durchbürokratisiert. Es handelt sich um eine faktische Form der Verstaatlichung, die sich zu totaler Misswirtschaft und zu einer bizarren Bürokratenherrschaft ausgewachsen hat - mit verheerenden Folgen; denn nun kämpfen zu allem Überflus auch noch tausende von Agrarbürokraten um die Erhaltung ihrer Jobs, indem sie das krakenhafte Subventionsnetzwerk verteidigen.

Jahr für Jahr verteilen die Staaten der Europäischen Union (EU) Subventionen in Höhe von 100 Milliarden Euro an die Landwirtschaft, davon 60 Milliarden direkt über Brüssel. Gut ein Drittel aller EU-Ausgaben fließt in die Agrarsubventionen.

Das führt dazu, dass mit der Landwirtschaft eine Branche in einer Größe künstlich am Leben erhalten wird, die am Markt keine Überlebenschance hätte. Aus ökonomischer Sicht müssten diese Subventionen eingestellt werden. Aber die EU ist einer der größten Subventionszahler überhaupt und wird sich den riesengroßen Geldtopf mit Sicherheit nie aus den Händen reißen lassen - und zwar schon deshalb nicht, weil dann auch viele tausend Agrarbürokraten ihren Job verlören. Das werden die zu verhindern wissen.

Dabei hatte das alles mal so richtig vernünftig und eher hausbacken angefangen. Als 1957 die Römischen Verträge abgeschlossen wurden und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) entstand, war es unter dem Eindruck der Nahrungsmittelknappheit in Kriegs- und Nachkriegszeiten ihr Hauptziel, die Ernährung der Bevölkerung zu sichern. Es sollte sichergestellt sein, dass niemand mehr

Hunger leiden muss und immer genügend Nahrungsmittel zur Verfügung stehen - auch wenn mal eine Ernte nicht so ergiebig ausfällt. Damals war das ja noch längst keine Selbstverständlichkeit. Da gab es noch Hungerwinter. Die Subventionierung hatte da noch einen wirklich vernünftigen ökonomischen Sinn.

Die Landwirtschaft ist nun einmal von natürlichen Faktoren wie Klima und Boden abhängig. Dadurch ist sie gegenüber anderen Wirtschaftszweigen benachteiligt - mit der Folge, dass die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln starken Schwankungen unterworfen ist. Um sicherzustellen, dass die Bevölkerung immer gut versorgt ist, wurde die Landwirtschaft subventioniert. Nahrungsmittel sollten nie mehr knapp werden.

Doch was ist aus diesen bescheidenen Anfängen geworden? Ein bürokratischer Wasserkopf-Zyklop in Brüssel, der Jahr für Jahr Milliardenbeträge um sich schleudert und alles daran setzt, diese Summen jedes Jahr noch weiter erhöht zu bekommen. Dabei sind die Kosten für den Betrieb der Brüsseler Bürokratie wahrscheinlich um ein Vielfaches höher als die Agrarsubventionen selbst.

Denn das ist der Fluch demokratischer Entscheidungsprozesse: Wenn erst einmal bürokratische Apparate eingerichtet wurden, können sie nicht einfach wieder abgeschafft werden. Politiker würden das nicht wagen. Die mögen keine unpopulären Maßnahmen. Also bleibt im schlimmsten Fall der bürokratische Wasserkopf selbst dann bestehen, wenn die Subvention wegfallen sollte. Wahrscheinlich aber wachsen beide: die Bürokratie und die Subventionen.

Die Entartung der Subventionen vom Ausgleich von Versorgungsengpässen zur Aufblähung einer gigantischen Agrarbürokratie ist ein Paradebeispiel dafür, wie politisch am Anfang vielleicht einmal sinnvolle Projekte sich verselbstständigen und zur Hydra auswachsen: Sollte es tatsächlich einmal gelingen, einen ihrer Köpfe abzuschlagen, so wachsen gleich zwei neue nach.

Inzwischen ist das vielköpfige Ungeheuer zum Monster geworden. Man kennt das vom einstigen Britischen Kolonialministerium: Obwohl das britische Empire nach Ende des Zweiten Weltkriegs erheblich geschrumpft war und am Ende überhaupt keine Kolonien mehr hatte, wuchs die Anzahl seiner Beamten zwischen 1935 und 1957 auf mehr als das Sechsfache an.

Die Faustformel für die Verteilung der Agrarsubventionen ist vor allem der Umfang der bewirtschafteten Fläche. Ein Aberwitz. So werden nicht einmal dem Anschein nach Kleinbetriebe gefördert, die es noch am ehesten brauchen könnten, sondern Großunternehmen und Großkonzerne, denen es auf Grund von Skaleneffekten ("economies of scale") sowieso besser geht.

Ein Landwirt in Deutschland erhält im Durchschnitt 340 Euro pro Hektar (ha), den er bewirtschaftet. Wenn er also 10 ha bewirtschaftet, bekommt er 3.400 Euro. Hat er hingegen einen großen Ackerbaubetrieb von 500 ha, erhält er jedes Jahr 170.000 Euro. In anderen Ländern - speziell in den neuen Mitgliedsstaaten - ist der Betrag pro Hektar deutlich geringer.

Tatsächlich dient nur ein verschwindend geringer Teil der Subventionen der nachhaltigen Landschaftspflege. Mit fast 40 Milliarden Euro stützt der Staat durch die pauschale Direktzahlung pro Hektar vor allem die Massentierhaltung.

20 Prozent der Betriebe erwirtschaften 80 Prozent der gesamten Produktion. Sie bekommen auch ungefähr 80 Prozent der Direktzahlungen. Die 20 Prozent drücken wegen ihrer Größenvorteile in der Produktion die Preise. Das ist eines der Grundprobleme der Subventionspolitik.

In Deutschland profitieren die Empfänger von Zuwendungen in Höhe von über 7 Milliarden Euro. Spitzenreiter beim Einstreichen des Geldsegens aus den Agrartöpfen sind Frankreich (10 Milliarden) und Spanien (7,5 Milliarden). Dafür zahlt jeder Bürger und jede Bürgerin in der EU pro Jahr etwa 100 Euro in den Agrarhaushalt der Gemeinschaft.

So ist einer der größten Bezieher von Agrarsubventionen der Essener Energiekonzern RWE, der mit Schaufelradbaggern Braunkohle fördert und die Flächen danach wieder begrünt. Mit 10.000 ha, die nach Abbau der Bodenschätze zu Landwirtschaftsfläche mutiert sind, zählt RWE zu den größten Bauern Deutschlands (Jahresgewinn 6,8 Milliarden Euro). Die EU-Zahlungen summierten sich von 2002 bis 2006 auf über 2,1 Millionen Euro.

Wir kriegen Geld von der EU, damit wir auch weiterhin europäische Milch, europäischen Zucker kaufen können. Diese beiden Produkte sind auf dem Weltmarkt entschieden billiger. Und wenn die europäischen Bauern, deren Verarbeiter wir sind, diese Produkte weiter verkaufen wollen, dann muss jemand dafür sorgen, dass wir einen Rohstoff einkaufen können, der auf irgendeine Art verbilligt wird.

Ganz ohne Subventionen funktioniert alles viel besser

Dass eine Landwirtschaft auch ganz ohne Subventionen auskommen kann, zeigt das Beispiel Neuseelands. Dessen Agrarsektor wurde jahrzehntelang hoch subventioniert. Eine Wirtschaftskrise machte Mitte der 1980er Jahre eine radikale Agrarreform notwendig.

Die hohen Subventionen und eine protektionistische Außenwirtschaftspolitik hatten die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft erschüttert. So wie die Landwirte in Europa das noch heute tun, hatten die neuseeländischen Landwirte alle Marktsignale missachtet und richteten ihre Produktion danach aus, wo sie die üppigsten staatlichen Fördergelder bekamen. Fast 40 Prozent ihres Einkommens bezogen die Landwirte aus öffentlichen Mitteln.

Die nackte Angst vor dem Staatsbankrott veranlasste die Regierung in Wellington 1984, rund 30 Subventionen und Exportstützen zu komplett zu streichen. Es gab nur noch flankierende staatliche Hilfen bei Um- oder Entschuldungen, und in einem drei Jahre dauernden Prozess orientierte sich die Landwirtschaft neu.

Die Produktion wurde an die Marktanforderungen angepasst und von Schafzucht auf Milchwirtschaft umgestellt. Betriebe vergrößerten sich, arbeiteten effizienter und profitierten von den Wirtschafts- und Steuerreformen.

Offizielle Schätzungen rechneten damit, dass zehn Prozent der rund 80.000 Agrarbetriebe Neuseelands dicht machen müssten - und das in einem Land, in dem die Landwirtschaft schon Mitte der 1980er Jahre mehr als 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beisteuerte und jeden zehnten Arbeitsplatz stellte. Aber am Ende mussten nur 800 Höfe schließen. Die Zahl der Landbevölkerung blieb stabil.

Heute erwirtschaftet die Landwirtschaft zwölf Prozent des neuseeländischen Bruttoinlandsprodukts. Die Wirtschaftsleistung der Landwirtschaft liegt achtzig Prozent über dem früheren Niveau. Die Produktivität der gesamten Landwirtschaft hat sich verdoppelt. Neuseeland kann es sich leisten, neunzig Prozent seiner Agrarprodukte zu exportieren.

Was in Neuseeland möglich war, dürfte in Deutschland und Europa ein schöner Traum bleiben, weil es von vornherein bei den Agrarsubventionen nicht um Marktkorrekturen geht, sondern um den Erhalt der Verteilungsmacht einer wuchernden Politbürokratie, die an ihren Pfründen hängt und diese mit Zähnen und Klauen verteidigt.

Das neuseeländische Beispiel zeigt, dass Subventionen eben nicht Unebenheiten einer Wirtschaft ausgleichen helfen und erhaltenswerte Branchen am Leben erhalten. Im Gegenteil. Es zeigt, dass Subventionen einer der größten Krebschäden einer jeden Wirtschaft sind und die Produktivität einer Volkswirtschaft einschneidend schwächen - und zwar in einem solchen Maße, dass man sich fragen könnte, welcher Teufel denn die europäischen Politiker treibt, Europa immer tiefer im Sumpf der Subventionspolitik versinken zu lassen. *Die Völker der demokratischen Welt zahlen einen hohen Preis dafür, dass sie sich den Luxus parasitärer Politiker leisten.*

Doch leider liegt auch die Antwort auf der Hand: Nur so können die demokratisch gewählten Politiker ihre Klienteles bedienen, den Erhalt ihrer Macht gewährleisten und Wahlen gewinnen. Die gigantische Bürokratie des europaweiten Subventionssumpfs hat im Vergleich zum relativ bescheidenen Volumen der neuseeländischen Wirtschaft mit ihren gerade mal viereinhalb Millionen Einwohnern auf einer Fläche, die nicht sehr viel kleiner als die Deutschlands ist, geradezu gewaltige Ausmaße. Da sind effiziente Maßnahmen nicht mehr durchsetzbar.

In Deutschland stehen für die irrsinnigsten Projekte üppige Subventionen bereit. Viele davon sind so

aberwitzig, dass der unbefangene Betrachter nicht entscheiden kann, was die Politiker ritt, als sie die Gelder verstreuten: Schamlosigkeit beim Umgang mit Steuergeldern oder nackte Blödheit. Viele Subventionen, die der deutsche Staat gewährt, sind so absurd, dass man sich entgeistert fragt, ob wirklich nicht im Kabarett sitzt:

Nur Fliegen ist wirklich schön

Vorige Seite

Die Bundesregierung fördert den Bau von Flugzeugen und Triebwerken. 244 Millionen Euro betrugen 2010 die Hilfen für den Verkauf ziviler Flugzeuge. Davon profitierte vor allem Airbus. Letztlich verbilligt die Förderung die Preise für Flugzeuge. Das wiederum schlägt sich am Ende in günstigen Flugticketpreisen nieder. So werden umweltbelastende Flugreisen begünstigt. Und das hat international einen Subventionswettbewerb entfacht. Dem Bundeshaushalt entgehen so Jahr für Jahr 680 Millionen Euro.

Schnaps vom Staat

Die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein (BfB), Offenbach, kauft und verwertet Produkte der Brennereien, die aus Kartoffeln, Getreide oder Obst hochprozentigen Agraralkohol herstellen. Sieben Prozent der deutschen Alkoholerzeugung werden über die Branntweinmonopolverwaltung auf den Markt gebracht. Die Behörde verkauft den Alkohol mit Verlust. Der Fehlbetrag wird durch einen Bundeszuschuss aus Steuermitteln gedeckt. Der Steuerzahler stellt dafür jährlich 80 Millionen Euro bereit. Ein Branntweinmonopol wie in Deutschland gibt es sonst nirgendwo in der Welt.

Elterngeld für akademische Paarungsmuffel

Deutschland ist kein kinderfreundliches Land. Mit statistisch gerade noch 1,38 Kindern pro Frau rangiert Deutschland 2012 im Europa-Vergleich weit abgeschlagen auf dem vorletzten Platz. Weniger zeugungswillig sind nur noch die Portugiesen mit 1,32 Kindern pro Frau. Um die Paarungsfreudigkeit besonders von Akademikern zu erhöhen, führte die große Koalition aus SPD, CDU und CSU 2007 das Elterngeld ein. Maximal 1.800 Euro im Monat zahlt der Staat bis zu 14 Monate lang: Gesamtkosten 2010: 4,58 Milliarden Euro.

Gebracht hat das gar nichts: Die Zahl der Neugeborenen sank weiter. Das Elterngeld hat keinen Einfluss auf die Entscheidung für ein Kind. Es wird zur Mitgenossen, um die Familienkasse aufzufüllen. Es ist eine Subvention für begüterte Akademiker.

Kampf gegen Juristenkauderwelsch

Das Bundesjustizministerium will das Amtsdeutsch und die Gesetzessprache verständlicher machen. Und obwohl in den Bundesministerien über 18.000 Personen beschäftigt sind - eine Kleinstadt -, fand sich dort offenbar niemand, der ausreichend Deutsch schreibt und spricht. Deshalb wurde dafür ein externer Redaktionsstab gegründet. Kosten: 632.000 Euro.

Morgengabe für Hotels

Die Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelübernachtungen von 19 auf 7 Prozent hat die Städte und Gemeinden viel Geld und die FDP im Gegenzug viele Sympathien und sehr viele Stimmen gekostet. Manchmal wenigstens gehen Subventionsschüsse nach hinten los. Kosten trotzdem: 1,6 Milliarden Euro. Doch obwohl inzwischen die FDP nicht einmal mehr im Parlament vertreten ist, bleibt die günstige Mehrwertsteuer weiterhin nach dem Motto unangetastet: Geschenkt ist geschenkt.

Pflügen fürs Vaterland

Manche Landwirte messen sich in Wettbewerben in der Kunst des Pflügens, und zwar im Dreh- und Beetpflügen. Zu diesem Zweck haben sie sich im Deutschen Pflügerrat zusammengeschlossen. Der ist Mitglied im Weltpflügerrat. Das kostet Geld. Daher zahlt das Bundeslandwirtschaftsministerium dem Verein jedes Jahr 3.000 Euro.

Millionen für die schönen Ferien wackerer Staatsdiener

Jedes Jahr verpulvert die Bundesregierung Millionenbeträge für Urlaube ihrer Ministerialbeamten. Allein die bittere Not leidenden Beamten des Bundesverkehrsministeriums bekamen dafür satte 3,9 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II zugeschossen. Dank dieser Zuschüsse an die Sozialwerke der verschiedenen Ministerien - natürlich gibt es auch ein Sozialwerk für die Angehörigen des Bundeskanzleramts, eines für die Angehörigen des Auswärtigen Amts und selbstredend auch des Bundesfinanzministeriums - können die sowieso schon fürstlich bezahlten Ministerialbeamten Urlaub auf Kosten der Steuerzahler machen - in Häusern, die niemand außer den Staatsdienern nutzen darf und die mit öffentlichen Geldern errichtet wurden und erhalten werden.

Allein das Sozialwerk der Inneren Verwaltung hat mehr als 22.000 Mitglieder. Die Arbeitsgemeinschaft der Sozialwerke betreut 190.000 Mitglieder und deren Familienangehörige, insgesamt 475.000 Personen in deutschen und ausländischen Dienststellen des Bundes.

Den Sozialwerken stehen Ferieneinrichtungen im Eigentum des Bundes, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und auch eigene Gebäude zur Verfügung. Übrigens auch im fernen Ausland. Der Staat lässt sich nun mal nicht lumpen, wenn es um die Privilegien seiner treuen Diener geht. Wie viele Millionenbeträge da insgesamt zusammenkommen, ist schwer zu ermitteln, weil das in den einzelnen Ministerien über verschiedene Haushalte gestreut und geschachtelt ist.

Beratungen über Baumwolle tun not

Deutschland ist Mitglied im Internationalen Baumwollberatungsausschuss (ICAC). Zwar wird hierzulande überhaupt keine Baumwolle angebaut, trotzdem zahlt das Bundeswirtschaftsministerium jährlich 17.000 Euro an den ICAC, damit der sich über Baumwolle beraten kann. Tatsächlich ein Zuschuss für die Urlaubskasse.

Guter Bioökonomierat ist teuer

Das Bundesforschungsministerium rief 2009 den "BioÖkonomieRat" ins Leben. Die ersten drei Ratsjahre kosteten die Steuerzahler 2,1 Millionen Euro. Dafür "erarbeitete" der Rat Empfehlungen an die Bundesregierung. Die erste Empfehlung lautete: Das Ministerium solle die Forschungsaktivitäten stärker zusammenzufassen. Könnte man billiger kriegen.

Steuergelder fürs Rauchen

7 Millionen Euro zahlt der Bund jedes Jahr für die "Befreiung für Tabakwaren, die der Hersteller an seine Arbeitnehmer als Deputate ohne Entgelt abgibt". Rauchen ist tödlich, aber steuerfrei.

Freiheit fürs Freibier

Auch die Mitarbeiter von Brauereien bekommen jährlich eine Million Euro für Freibier, das heißt, für die "Befreiung von Haustrunk, den der Hersteller an seine Arbeitnehmer als Deputat ohne Entgelt abgibt".

Rote Lippen aus Torf

Für die Entwicklung eines Lippenstifts aus Torf stiftet die Bundesregierung 260.000 Euro. Torf soll vor UV-Strahlen schützen und Entzündungen hemmen. Doch warum schafft die Kosmetikindustrie nicht selbst die Erforschung des Lippenpflegestifts? Sie zählt ja nicht gerade zu den notleidenden Branchen.

Zirkuswagen für Löwen- und Tigertransporte

Schausteller erhalten für ihre Zugmaschinen, Wohnwagen und Packwagen Steuerbefreiungen. Wohnwagen müssen ein zulässiges Gesamtgewicht von mehr als 3.500 kg aufweisen, Packwagen mindestens 2.500 kg. Wohnwagen müssen als Anhänger mitgeführt werden. Als Packwagen gelten Einrichtungen zur Beförderung von Betriebseinrichtungen wie Verkaufs-, Schieß-, Verlosungs- oder Gerätewagen. Kosten: 1 Million Euro.

Sicherheit für Weihnachtsbäume im Haus

Das Bundessozialministerium unterstützt die Aktion "Das sichere Haus", die zahlreiche Broschüren produziert. Dort steht zu lesen, dass man die Wassertemperatur prüfen sollte, bevor man sein Kleinkind in die Wanne setzt. Oder dass trockene Weihnachtsbäume schneller Feuer fangen als frische. Solch' kluger Rat ist schon eine Menge Geld wert. 2011 kostete das die Steuerzahler 70.000 Euro.

Kohle für Privatschulen

Eltern können Schulgeld steuerlich zu 30 Prozent als Sonderausgaben absetzen, wenn sie ihr Kind auf eine private oder kirchliche Schule schicken. Der maximale Sonderausgabenabzug für Schulgeld für deutsche und ausländische Schulen stieg von 3.000 auf 5.000 Euro.

Schöner Wohnen für Staatsdiener

Der Staat fördert den Bau von Wohnungen für Bundesbedienstete. Die Mittel sind auf Grund der Verlagerung des Dienstsitzes des Parlaments und der damit verbundenen Umzüge einiger Bundesbediensteter erforderlich. Die Subvention hat zur Folge, dass durch den verminderten Kostendruck die Kosteneffizienz beim Bau der Wohnungen beeinträchtigt wird. Daher sind subventionierte Wohnungen teurer als die frei finanzierten Wohnungen. Kosten: 6 Millionen Euro.

Viel Kohle für wenig Kohle

330 Milliarden Euro Kohlesubvention flossen zwischen 1950 und 2008. Die Förderung setzt sich aus Finanzhilfen, Steuervergünstigungen und budgetunabhängigen staatlichen Hilfen zusammen. Ursprünglich sollte die Steinkohlesubvention die Energieversorgung sicherstellen und das Wirtschaftswachstum in Deutschland fördern.

Ab 1960 diente sie zur Erhaltung des Bergbaus sowie später zur "sozialverträglichen Beendigung". Da die Leistungen über Jahre hinweg bezahlt wurden, sind die Subventionen mitverantwortlich für den hohen Anteil der Steinkohle am Verbrauch von Primärenergie.

Mit einer geringeren Förderung wäre ein früherer Wechsel zu umweltfreundlichen Technologien möglich gewesen. Der Bund und die beteiligten Länder haben sich darauf verständigt, die Kohlesubventionen bis 2018 auslaufen zu lassen. Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle werden noch als Absatzhilfe für die unverkäufliche deutsche Steinkohle gezahlt: Kosten: 1,554 Milliarden Euro.

Wozu sollen Versicherungsvertreter auch Steuern zahlen?

Bausparkassen- und Versicherungsvertreter sind vollständig von der Umsatzsteuer befreit. Kosten: 5 Millionen Euro.

Handwerk hat goldenen Boden

Für handwerkliche Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in privaten Haushalten können 20 Prozent von maximal 6.000 Euro als Bonus von der Steuerschuld abgezogen werden, also bis zu 1.200 Euro pro Jahr und Haushalt. Kosten: 3,035 Milliarden Euro.

Schöner Glotzen

2,2 Millionen Euro zahlt das Bundesforschungsministerium den sieben Teilnehmern des Projekts "Gesund Wohnen mit Stil". Es soll für ältere Menschen einen Bewegungssessel entwickeln, der Gesundheitsdaten misst und mit dem Fernseher verbunden ist. Das Gerät soll die Daten auswerten und Bewegungstipps geben.

Spaß mit Computerspielen

Pädagogisch wertvolle Computerspiele werden mit dem Deutschen Computerspielpreis ausgezeichnet. Er ist mit 385.000 Euro dotiert. Das Bundeskanzleramt zahlt davon 300.000 Euro.

PC-Spiele für künftige Bauarbeiter

Das Bundesbildungsministerium möchte Azubis im Baugewerbe mit einem Computerspiel fortbilden. Es fördert mit 1,44 Millionen Euro ein Projekt, das "spielerisch IT-Kompetenzen" vermitteln soll, obwohl es davon schon viele auf dem Markt gibt.

Dialog mit der Immobilienbranche

Das Bundesverkehrsministerium betreibt ein Gesprächsforum mit Verbänden aus der Immobilienbranche, die ja bekanntlich zu den Ärmsten der Armen gehören. 2010 ließ sich der Bund den

Dialog 250.000 Euro kosten, 2011 sogar 750.000 Euro.

Entlastung für reiche Reeder

Die 1999 eingeführte Tonnagesteuer stellt de facto eine Steuerbefreiung für Reeder dar. Die deutsche Handelsflotte schrumpft von Jahr zu Jahr. Dennoch wächst die Zahl der Schiffe, die im deutschen Schiffsregister geführt werden, geradezu explosionsartig. Die Flotte der deutschen Reedereien gehört mittlerweile zu den größten der Welt. Das ist nur scheinbar ein Widerspruch.

Mehr als 3.000 der rund 3.600 Schiffe in deutschem Besitz fahren nicht unter deutscher Flagge, sondern unter der Flagge eines fremden Landes. Meist sind dies Bananenrepubliken aus der Dritten Welt. So fuhren 2008 insgesamt 933 Schiffe deutscher Reeder unter der Flagge Antiguas und 811 Schiffe unter der Flagge Liberias.

Bei der Tonnagesteuer entfällt die Besteuerung auf die tatsächlichen Gewinne aus dem Reedereigeschäft und wird durch eine lächerlich geringe Pauschalsteuer ersetzt, die sich auf die Tonnage der Schiffe bezieht.

Da die Flotte der deutschen Reeder zum Großteil nicht den Reedern, sondern vermögenden Investoren gehört, die sich über geschlossene Fonds an Schiffen beteiligen, stellt die Tonnagesteuer eine Steuerbefreiung für wenige sehr reiche Bürger dar. Da diese Einnahmen eigentlich zum regulären Einkommenssteuersatz oder wenigstens in Höhe der Kapitalertragssteuer versteuert werden müssten, entgeht dem Staat durch diese Subvention, je nach konjunktureller Lage, jährlich bis zu einer Milliarde Euro.

Weitere Subventionen im Schiffbau sind: (1) Zinszuschüsse für Aufträge an deutsche Werften als Abwehrmaßnahme gegen koreanische Konkurrenz: 1 Million Euro. (2) Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft. Noch einmal 0,5 Millionen Euro. (3) Anpassung an internationale Marktbedingungen durch Zinszuschüsse, d.h. Staatshilfe für erfolglose Firmen: 2 Millionen Euro. (4) Innovationsbeihilfen zu Gunsten der deutschen Werftindustrie. Kosten: 11 Millionen Euro.

Mach Dir ein paar schöne Stunden im Kino

Den Film "Inglourious Basterds" von Quentin Tarantino (Produktionskosten 70 Millionen Dollar) förderte die Bundesrepublik mit 6,8 Millionen Euro. Schon am ersten Spieltag spielte der Film die Produktionskosten wieder ein. Doch die Steuerzahler bekamen keinen Cent zurück. Auch Roland Emmerichs profitabler Film "Anonymous" wurde 2010 mit 4,4 Millionen Euro subventioniert.

Insgesamt stehen jährlich 90 Millionen Euro für Kinofilme bereit. Ziel der Filmförderung ist es, eine "Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, Erhalt und Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der filmwirtschaftlichen Unternehmen, Erzielung nachhaltiger Impulse für den Wirtschaftsstandort Deutschland sowie weiterer volkswirtschaftlicher Effekte, Stärkung des Kulturguts Kinofilm" zu erreichen. Die Filmförderung führt zur Diskriminierung anderer Sektoren und zu Kostenineffizienz in der Produktion.

Geld für die notleidenden Zahnärzte

Wird eine Zahnprothese zum Teil von einem fremden Zahntechniker gefertigt und stellt der Zahnarzt eigene Materialien wie selbst hergestellte Zähne bereit, so zahlt er für die Leistung der im eigenen Unternehmen gefertigten Materialien ermäßigte Steuern. Bezieht er die komplette Zahnprothese von einem fremden Zahnlabor oder Zahntechniker, ist die Lieferung dieser Zahnprothese insgesamt steuerfrei. Kosten: 415 Millionen Euro.

Wer seine Firma verkauft, kriegt Geld vom Staat

Freibetrag für Einkommen- und Körperschaftsteuer. Wer seine Firma verkauft, wird belohnt. Kosten: 30 Millionen Euro.

Hilfe für den verarmten Landadel

Freibetrag für alle alleinstehenden Land- und Forstwirte mit Einkünften unter 30.700 Euro und für Verheiratete mit weniger als 61.400 Euro. Mit anderen Worten: Hilfe für den verarmten Landadel. Kosten: 75 Millionen Euro.

Rabatte für die eigene Belegschaft

Ein Belegschaftsrabatt bietet Arbeitgebern die Möglichkeit, Arbeitnehmern steuerbegünstigt Arbeitslohn zu gewähren, indem er ihnen Waren und Dienstleistungen kostenlos oder verbilligt überlässt. Es ist ein Personalrabatt, der nur für Waren oder Dienstleistungen gilt, mit denen der Betrieb gegenüber normalen Kunden handelt. Er kann die Form von leih- oder mietweiser Überlassung von Grundstücken, Immobilien und Kraftfahrzeugen oder anderen beweglichen Wirtschaftsgütern haben. Kosten: 50 Millionen Euro.

Bonus für Spesenritter

Pauschalierung der Lohnsteuer für Verpflegungsmehraufwendungen, das heißt, ein Bonus für Spesenritter. Kosten: 50 Millionen Euro.

Gelder für Dinosauriermodellierer und andere Künstler

Erklärtes Ziel der Künstlersozialkasse war es, selbstständige Künstler und Publizisten unter den Schutz einer Kranken- und Rentenversicherung zu stellen. Die Versicherten zahlen etwa die Hälfte des Beitrags. Die andere Hälfte wird teilweise vom Bund getragen sowie von einer Abgabe, die Unternehmen, die künstlerische Leistungen in Anspruch nehmen, leisten müssen.

Für das Jahr 2010 zahlte der Bund rund 160 Millionen Euro. Die Zuschüsse verursachen einen "Künstlerboom". Ende der 1990er Jahre zählte die Künstlersozialkasse rund 47.500 Versicherte. 2013 waren es fast 180.000 freischaffende Künstler. Es entstehen fragwürdige "Kunstberufe" wie "Dinosauriermodellierer". Offensichtlich ruft die Subvention vor allem eines hervor: Mitnahmeeffekte.

Die endlose Geschichte vom Umzug von Bonn nach Berlin

Wohnungsfürsorge aus Anlass des Regierungsumzugs nach Berlin. Maßnahmen für Angehörige der Verwaltung des Bundes und der Bundeswehr, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundestagsfraktionen und Bundestagsabgeordneten ebenso für Bedienstete von mittelbaren Bundeseinrichtungen und von Zuwendungsempfängern des Bundes. Kosten: 2 Millionen Euro - und das über 20 Jahre nach dem Umzug der Bundesregierung nach Berlin.

Steuerermäßigung für haushaltsnahe Dienstleistungen

Für die Inanspruchnahme von haushaltsnahen Dienstleistungen kann eine Steuerermäßigung geltend gemacht werden. Ziel der Subvention: die Eindämmung der Schwarzarbeit und die Schaffung von offiziellen Arbeitsplätzen sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf. Die Mindereinnahmen auf Grund der Steuerermäßigung belaufen sich auf etwa eine Milliarde Euro. Ob die Subvention die Schwarzarbeit wirklich eindämmt, ist zweifelhaft.

Ein Binnenschiff wird kommen

Schweröle sind als Betriebsstoffe für die gewerbliche Binnenschifffahrt von der Mineralölsteuer befreit. Ziel dieser steuerpolitischen Maßnahme ist es, die Wettbewerbsverhältnisse der auf anderen

Wasserstraßen verkehrenden Schifffahrt an die auf Grund internationaler Verträge für das Rheinstromgebiet geltende Abgabenbefreiung anzugleichen.

In der Diskussion um die steuerlichen Rahmenbedingungen des Verkehrsträgerwettbewerbs in Deutschland entstehen indes der Deutschen Bahn durch die Befreiung der Binnenschifffahrt von der Mineralölsteuer erhebliche Wettbewerbsnachteile. Kosten: 120 Millionen Euro.

Mineralölsteuerbefreiung für Inlandsflüge

Während Bus und Bahn Mineralöl- und Stromsteuer zu zahlen haben, ist der vielfach klimaschädlichere Flugverkehr ist der Flugverkehr vollständig von der Mineralölsteuer befreit und auf internationalen Strecken sogar von der Mehrwertsteuer. Im innerdeutschen Flugverkehr könnte die Bundesregierung eine Kerosinsteuer problemlos einführen. Kosten: 680 Millionen Euro.

Sonderprämie für Bürokraten

Die Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung setzt sich für die Gestaltung und Optimierung von Dienstleistungstätigkeiten in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung; die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit durch Verbesserung der Kommunikation zwischen Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung; die Effizienzsteigerung durch Verwaltungsvereinfachung und Bürokratieentlastung; die Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen; die praxisgerechte Auslegung von Rechtsvorschriften; Förderung und Weiterentwicklung des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnologien ein und bekommt dafür Geld. Kosten: 1 Million Euro.

Hausherrenmodell für Immobilien

Verschonungsabschlag von zehn Prozent für vermietete Wohnimmobilien, also ein Steuerbonus für Hausherren. Kosten: 210 Millionen Euro.

All dies sind deutliche Anzeichen dafür, dass das ganze System völlig aus den Fugen geraten ist; denn die Subventionen sind in Wahrheit überhaupt keine Subventionen im volkswirtschaftlichen Sinn. Es sind Tributzahlungen an die politische Klientele. Sie können aus genau diesem Grunde auch nicht mehr so leicht rückgängig gemacht werden. Die Situation ist festgefahren. Es gibt kein Vor und kein Zurück und auch kein Ausweichen nach links oder rechts.

Rationale Ignoranz als Hemmklotz von Veränderungen

Das gleiche Bild zeigt sich in jedem denkbaren Politikfeld. Die Repräsentanten haben den Karren mit großem verbalem Aufwand an die Wand gefahren und hampeln hilflos umher. Bloß: Lösungen finden sie nicht.

Wie hat es überhaupt je dazu kommen können, dass die Wähler dies alles so widerstandslos, apathisch, ja gelangweilt über sich ergehen lassen?

Die Wissenschaft hat dafür den Terminus "rationale Ignoranz" geprägt - eine etwas widersprüchliche Angelegenheit; denn in Wahrheit ist diese Ignoranz höchst irrational. Sie scheint nur rational.

Jeder Wähler weiß, dass er mit seiner Stimme nur einen minimalen Einfluss auf das Wahlergebnis hat. Könnten die Wähler eine Wahl entscheiden, wäre das gewissermaßen der Nutzen, den die Entscheidung ihnen bringen könnte.

Um ein solches äußerst unwahrscheinliches Ergebnis erzielen zu können, müssen Wähler aber unendlich viel Zeit investieren, bis sie sich tatsächlich zu jedem entscheidungsrelevanten Thema eine fundierte Meinung bilden könnten. Das wären die Kosten ihres politischen Engagements.

Daher entscheiden sich die meisten Wähler dafür, die Kosten zu drücken, und informieren sich erst gar nicht. Sie entscheiden sich also ziemlich rational dafür, ignorant zu bleiben. Das mögliche Ergebnis rechtfertigt den hohen Aufwand nicht.

Weil die eigene Stimme in der repräsentativen Demokratie fast gar keinen Einfluss auf das Wahlergebnis und die daraus folgende Politik hat, lohnt es sich für den "homo oeconomicus" nicht, hohe Informationskosten in Kauf zu nehmen. Was er an Informationen aufnimmt, hängt eher vom *Unterhaltungswert* der Nachricht als von deren politischer Bedeutung ab. Wenn die eigene Stimme in einem Millionenmeer von anderen Stimmen versinkt, dann ist diese Ignoranz auch ganz vernünftig, wenn es politisch um das große Ganze geht.

Völlig anders stellt sich das bei partikularen Interessen dar. Da geht es um die ganz persönlichen Vorteile. Da kann sich keiner Ignoranz erlauben. Landwirte wissen über Agrarsubventionen, Bergarbeiter über Steinkohlesubventionen, Unternehmer über steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten und Studenten über Studiengebühren bestens Bescheid.

Wenn aber nur Leute mit Partikularinteressen halbwegs informiert sind, die Masse der nur indirekt als Steuerzahler oder Konsumenten betroffenen Bürger aber fast gar nicht, dann lohnt es sich für Politiker, die ja gewählt werden wollen, sich weitgehend den Wünschen der betroffenen und informierten Minderheiten zu unterwerfen und für diese spürbare und möglichst große Vorteile durchzusetzen - auch und gerade zu Lasten schlecht oder gar nicht informierter Mehrheiten.

Wer nichts weiß, kann nicht intelligent wählen. Die Kosten der Umverteilung können für viele wenig Belastete zwar einzeln gering, aber in der Summe doch sehr hoch werden. Ineffizienz ist in dem Sinne möglich, dass die Summe der Verluste die Summe der Vergünstigungen weit übertrifft. Rationale Ignoranz der Wähler führt in der Konsequenz zu einer Wirtschaftspolitik, die sich gegen das Gemeinwohl und gegen die Interessen der Gesamtbevölkerung richtet.

Wolfgang J. Koschnick 30.04.2014

Das System der entwickelten repräsentativen Demokratien ist so gut wie zu überhaupt keiner Reform mehr fähig. Es wird immer nur am bestehenden Chaos herumgedoktert. Jede tief greifende Reform, die ein Problem an der Wurzel anpackt und grundlegende Veränderungen nach sich ziehen würde, scheitert am allumfassenden Konsensstreben der politischen Parteien, dem Widerstand der Vetogruppen und der Lobbyisten. Jeder Eingriff in das fragile Gleichgewicht des Status quo gefährdet die Machtbasis und wird um jeden Preis vermieden. Und je mehr das vermieden wird, desto drängender wächst der Reformbedarf. Und desto hartnäckiger wird die Resistenz gegen alle Reformen. Ein Teufelskreis...

Wie festgefahren die Lage ist, kann man selbst an Kleinigkeiten sehen. Das zeigt selbst die politische Behandlung einer scheinbaren Marginalie: der Sommerzeit. 1980 führte Deutschland die Sommerzeit als Nachwirkung der Ölkrise von 1973 ein. Zur Begründung hieß es, dass man mit der Regelung durch bessere Nutzung des Tageslichts Energie sparen könne. In der Ölkrise der 1970er Jahre setzte sich die Idee in ganz Europa durch. 1996 wurden alle Sommerzeiten in Europa vereinheitlicht.



Eigentlich hätte man das auch damals schon als Unsinn erkennen können: Wenn es morgens früher hell wird, wird es abends auch früher dunkel. Doch der Hang demokratischer Gremien, sich per Groupthink an absurden Schnapsideen festzubeißen, setzt sich immer wieder machtvoll durch.

Heute jedenfalls ist sicher, dass das zweimalige Hin und Her im Jahr viel schadet und überhaupt nichts nützt; denn die innere Uhr des Menschen hängt vom Sonnenaufgang und nicht von der Uhrzeit ab. Der Chronobiologe Till Roenneberg von der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität **nennt** die Sommerzeit einen "von oben diktierten Eingriff in unser biologisches Zeitsystem"¹ und behauptet gar, Folgen des "sozialen Jetlags" seien mehr Rauchen, mehr Alkohol und Kaffee trinken, Depressionen und Fettleibigkeit. Dies sind die Kernerkenntnisse aus Untersuchungen des Schlafverhaltens von 120.000 Menschen in Mitteleuropa.

Nachweise gibt es für einen Anstieg von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Unfallraten infolge der Zeitumstellung. Die Forderung nach Abschaffung der Sommerzeit ist berechtigt. Es geht nicht nur um die Vermeidung von Aufwand. Es geht um die Vermeidung von Schaden. Es ist auch längst belegt, dass die Sommerzeit keine Stromeinsparungen, dafür aber mehr Bürokratie bringt.

Neue Untersuchungen zeigen, dass sich die Zeitumstellung nicht nur kurzfristig schädlich für die Gesundheit ist, etwa in Form von Schlafstörungen oder vermehrten Herzinfarkten. Vielmehr stört sie sieben Monate lang bis zum Anfang der Winterzeit die innere Uhr einer Mehrheit der Bevölkerung. Das kann zu gesundheitsschädlichem Schlafmangel führen.

Das ursprüngliche Ziel, Energie einzusparen, wurde durch die Sommerzeit sowieso nicht erreicht. Tatsächlich ist die Energiebilanz sogar negativ, da durch das verschobene Aufstehen die Heizperiode verlängert wird. So haben Wissenschaftler in Kalifornien 2008 durch dreijährige Beobachtung des Stromverbrauchs von sieben Millionen Haushalten in Indiana, wo die Sommerzeit erst 2006 eingeführt wurde, festgestellt, dass der Stromverbrauch nach der Umstellung auf die Sommerzeit um ein bis drei Prozent anstieg.

Die Autoren der Studie, die Wirtschaftswissenschaftler Matthew Kotchen und Laura Grant von der Universität von Kalifornien in Santa Barbara, berechneten zudem die Kosten der stärkeren Umweltverschmutzung für die Gesellschaft auf jährlich 1,6 bis 5,3 Millionen Dollar.

Die Sommerzeit schadet der Bevölkerung. Na und?

Dass die erwünschte Energieeinsparung auch in Deutschland nicht erreicht wurde, bestätigte am 18. Mai 2005 sogar die Bundesregierung auf eine Anfrage der FDP-Fraktion. Das Umweltbundesamt stellte keine positiven Energiespareffekte fest, da die Einsparung an Strom für Beleuchtung durch den Mehrverbrauch an Heizenergie durch die Vorverlegung der Hauptheizzeit "überkompensiert" werde. Der zunehmende Einsatz von Energiesparlampen würde diesen Effekt in Zukunft zudem weiter verstärken. Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft.

Mediziner haben negative Auswirkungen der Zeitumstellung festgestellt, da sich der Organismus mit der Anpassung seines Rhythmus schwer tut. Physiologische Studien haben ergeben, dass einige zirkadian schwankende Hormonspiegel, ähnlich dem des Stresshormons Kortisol, bei einstündiger Zeitumstellung gegen die natürliche Rhythmik, also nach Art der gängigen Sommerzeit, bis zu viereinhalb Monate brauchen, um sich vollständig den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Besonders Menschen mit Schlafstörungen oder organischen Erkrankungen haben größere Probleme. Auch kommt es in der Umstellungsphase messbar zu mehr Autounfällen, meist durch Übermüdung oder durch Wild, das sich natürlich auch nicht an die früher einsetzenden Stoßzeiten gewöhnt.

Kinder gewöhnen sich so gut wie überhaupt nicht an die Umstellung. Wie sollen sie auch? Aus der Landwirtschaft ist bekannt, dass die Milchkühe ein bis zwei Wochen benötigen, um sich an die neuen Melkzeiten anzupassen. Bei der Frühjahrsumstellung ist sogar ihre Milchleistung einige Tage lang geringer.

Die Zeitumstellung stellt viele öffentliche Einrichtungen vor große Probleme. Bei der Deutschen Bahn erfolgt der Wechsel am Ende der Sommerzeit, indem die verkehrenden Nachtzüge eine Stunde an geeigneten Bahnhöfen halten. Auch Einrichtungen mit nächtlichem Bereitschaftsdienst haben mit dem Problem zu kämpfen, dass entweder der Dienst eine Stunde länger, oder aber die Ruhezeit eine Stunde verkürzt ist und somit eventuell nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen genügt.

Es spräche also überhaupt nichts dagegen, die zweimalige Zeitumstellung im Jahr wieder abzuschaffen.

Im Gegenteil: Es spricht überhaupt nichts dafür, sie weiterhin beizubehalten. Doch das wird nicht geschehen. Und das hat einen einfachen Grund: Die umständliche Gesetzgebungsapparatur und der aufwändige parlamentarische Diskussionsapparat müssten sich in Bewegung setzen, um Schaden von der Bevölkerung abzuwehren.

Man kann in einem derart schwerfälligen System einen Fehler nicht einfach wieder gutmachen. Man kann wahrscheinlich noch nicht einmal zugeben, dass man einen Fehler gemacht hat. Wahrscheinlich würden die Parteien streiten. Und wenn die Regierungsfractionen dafür wären, wären die Oppositionsfractionen dagegen. Schon aus Prinzip.

Endlose Debatten wären die Folge. An dem Thema würden sich Politiker und "Experten" wochenlang in Talkshows im Fernsehen die Köpfe heiß reden. Und wie üblich bei dem bombastischen Gequatsche wären viele dafür, sich dagegen auszusprechen, und manche wohl auch dagegen, sich dafür zu äußern. Sicherlich gäbe es auch viele, die weder dafür noch dagegen sprechen mögen...

Und dann haben die europäischen Nationen sich ja überhaupt erst 1996 darauf geeinigt, die Sommer- und die Winterzeit zu synchronisieren. Da kann doch Deutschland nicht einfach aus der Reihe tanzen - nur weil es sich ausnahmsweise mal für das Wohlbefinden der eigenen Bevölkerung entscheiden würde. Ja, wo kämen wir da hin?

Also wird alles beim Alten bleiben, obwohl schon seit vielen Jahren bekannt ist, dass die Sommerzeit nur schadet und nichts nützt. Der parlamentarisch-bürokratisch-politische Aufwand wäre einfach viel zu hoch.

Die Abschaffung der Sommerzeit hätte den unabweisbaren Vorteil, dass sie nichts kostet. Man müsste sich nur dazu entschließen, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden. Doch dazu ist der Apparat längst viel zu antriebsarm geworden. Das Parlament und einige Ausschüsse müssten tagen und darüber beraten.

Ein endloses Palaver würde einsetzen, und am Ende käme doch nichts dabei heraus. Und in allen europäischen Demokratien müssten alle Parlamente und die in ihnen agierenden politischen Parteien auch noch gleichzeitig und gleichsinnig die gleichen Beschlüsse fassen. Ein Ding der Unmöglichkeit.

Ein einfacher Akt, der nur den Zweck hätte, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden, würde im parlamentarischen Diskussionsdickicht versacken. Wenn es den politischen Repräsentanten um nicht mehr als darum geht, Schaden abzuwenden, ist ihnen der Aufwand viel zu hoch. So viel ist ihnen die Bevölkerung denn doch nicht wert. Ja, wenn man damit Wahlen gewinnen könnte, dann wäre das vielleicht eine Überlegung wert. Aber dazu ist das Thema denn doch wieder nicht gewichtig genug.

Es ist relativ einfach, einen Fehler zu begehen und ihn zu institutionalisieren. Aber es ist in den entwickelten repräsentativen Demokratien so gut wie unmöglich, ihn einzugestehen und dann auch noch zu korrigieren.

Dazu müsste ein ziemlich schwerfälliger und höchst umständlich agierender Apparat in Gang gesetzt werden, der überhaupt nur schwer in die Gänge kommt. Und außerdem wäre es höchst ungewiss, wie die Leute darauf reagieren: Man würde damit keine Klientele bedienen, und womöglich kann man dabei sogar Wähler verlieren. Denn bei allen politischen Themen gibt es immer welche, die dagegen sind. Und möglicherweise sind ausgerechnet unter den eigenen Wählern welche, die dagegen sind. Wer kann schon ahnen, wie viele das sind?

Das Risiko, dass vielleicht sogar wahlentscheidend viele dagegen sind, ist viel zu groß und vor allem viel zu unkalkulierbar. Am besten also lässt man alles so, wie es gerade ist. Dann ist man auf der sicheren Seite. Das System der repräsentativen Demokratie ist selbst zu einfachen Reformen nicht mehr fähig.

Nur das Herumdoktern an Oberflächensymptomen ist noch möglich

Was sich bei eher marginalen Problemen wie der Zeitumstellung zeigt, ist bei wirklich wichtigen Großvorhaben wie der Gesundheitsreform oder der Steuerreform unabweisbar. Das System sperrt sich gegen einschneidende Reformen.

Die Strukturen der Wege der politischen Entscheidungsfindung sind längst so schwerfällig geworden, dass grundlegende Reformen nicht mehr auf den Weg gebracht und durchgesetzt werden können. Das Einzige, was wirklich noch funktioniert, ist das oberflächliche Herumdoktern am bestehenden Chaos. Die Prozesse der politischen Willensbildung sind so verstockt in ihren Sackgassen festgefahren, dass kein geordnetes Vor und kein geordnetes Zurück mehr geht. Es bleibt nur, sich in den diversen Sackgassen gemütlich einzurichten.

Reformpolitik in entwickelten Demokratien bastelt nur noch mit ganz kleinen Karos. Das Einzige, was einigermaßen funktioniert, ist die nichtsnutzige Wurstelwirtschaft. Jede tief greifende Reform, die ein Problem an der Wurzel anpackt und grundlegende Veränderungen nach sich ziehen würde, scheitert am allumfassenden Konsensstreben der politischen Parteien und dem Widerstand der in jeder entwickelten Demokratie reichhaltig vorhandenen durchsetzungsstarken Vetogruppen.

Jeder Eingriff in das fragile Gleichgewicht des Status quo gefährdet die Machtbasis und wird daher um jeden Preis vermieden. Doch je mehr das vermieden wird, desto drängender wächst der Reformbedarf. Und desto hartnäckiger wird die Resistenz gegen alle Reformen. Ein Teufelskreis...

Im Vordergrund steht bei der Wurstelei niemals die Verbesserung des *Steuersystems*, sondern stets nur die Erhöhung des *Steueraufkommens*. Und das hat einen einfachen Grund: Die politischen Parteien haben in jahrzehntelanger Kärnerarbeit die öffentlichen Finanzen so gnadenlos heruntergewirtschaftet und durch hohe Verschuldung an den Rand der Handlungsunfähigkeit gebracht, dass sie nur noch den Blick darauf richten, wo sie neues Geld abschöpfen können. Ihnen bleibt da ja auch längst überhaupt keine Wahl mehr.

Die totale Resistenz der Politik gegen jede grundlegende Steuerreform hat ihren tieferen Grund darin, dass über die Besteuerung viele Arten von Politik betrieben werden: Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Verkehrspolitik, Wohnungspolitik, Vermögensbildungspolitik, Strukturpolitik, Beschäftigungspolitik, Konjunkturpolitik. Die Liste ließe sich endlos verlängern.

Reformen führen unweigerlich zu neuen Be- und seltener auch Entlastungen verschiedener sozialer Schichten, Branchen, Berufs- und Wirtschaftszweige mit der Folge, dass die Politik davor zurückschreckt, den Status quo anders als mit Samthandschuhen anzutasten.

Das fragile Gefüge der Wählerpräferenzen könnte durcheinander geraten und damit der Erhalt der politischen Macht gefährdet werden. Das kann man nicht riskieren. Beim Wursteln ist noch am ehesten gesichert, dass die Grundstrukturen erhalten bleiben. Also wird bis in den Ruin weitergewurstelt.

So werden bei einzelnen Einkunftsarten spezifische Freibeträge gewährt: zum Beispiel zunächst einmal der Grundfreibetrag, dann der Kinderfreibetrag, der Freibetrag für Landwirte, der Sparerfreibetrag, der Alleinerziehendenentlastungsbetrag, der Altersentlastungsbetrag, der Ausbildungsfreibetrag, der Freibetrag für Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, der Übungsleiterfreibetrag, der Rabattfreibetrag, der Versorgungsfreibetrag, der Zukunftssicherungsfreibetrag - und was es da sonst noch so an Feinheiten gibt. Auch können Verluste bei einer Einkunftsart nur eingeschränkt mit Gewinnen oder Überschüssen bei anderen Einkunftsarten derselben oder einer anderen Periode verrechnet werden. Und für unterschiedliche Aktivitäten sind die Steuersätze verschieden.

Der Staat versucht wiederum, die Schlupflöcher durch neue Regeln zu schließen, damit das Steueraufkommen nicht sinkt. Das lässt die Bürger und ihre Berater stets nach neuen Wegen suchen und neue Vergünstigungen verlangen, um sich vor der Ausbeutung durch den Staat zu schützen. So geht das Spiel ohne Ende immer weiter.

Viele wirtschaftliche Entscheidungen werden auf Grund steuerlicher Regeln verzerrt, beispielsweise Spar-, Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen oder die Wahl der Rechtsform eines Unternehmens.

Der nämlich könnte es wirtschaftlich wesentlich besser gehen, wenn die politischen Parteien Steuerreformen nicht systematisch blockieren würden. Die Politik der demokratisch gewählten Entscheider richtet sich gegen die Wohlfahrt und den Wohlstand der Bevölkerung.

Besonders benachteiligt werden ausgerechnet Alleinerziehende mit mehreren Kindern und Geringverdiener - also wie immer diejenigen, die in den Parlamenten keine Vertreter haben, die sie repräsentieren könnten, und die deshalb straflos geschöpft werden dürfen.

Danach tragen deutsche Gering- und Durchschnittsverdiener die höchste Steuer- und Abgabenlast in ganz Europa. Auch Singles und Doppelverdienerhaushalte werden in Deutschland stärker besteuert als in den meisten anderen der 30 OECD-Staaten. Bei Spitzenverdienern sinkt dagegen die Belastung.

Laut OECD greift der Staat bei einem alleinstehenden Geringverdiener 47,3 Prozent des Einkommens für Steuern und Sozialabgaben ab. Nur in Belgien ist die Belastung noch höher. Bei Besserverdienern dagegen sinkt die Belastung ab einer gewissen Einkommensgrenze. Während ein Single mit 63.000 Euro Jahreseinkommen in Deutschland die höchsten Abzüge hat (53,7 Prozent), zahlt ein Single mit 110.000 Euro Jahreseinkommen nur noch 50 Prozent für Steuern und Sozialabgaben.

Das liegt daran, dass für alle über eine bestimmte Grenze ("Beitragsbemessungsgrenze") hinausgehenden Einkünfte keine Sozialversicherungsbeiträge mehr anfallen. Auch bei Paaren und Familien unterscheidet sich die Verteilung der Abgabenlast in Deutschland von der in anderen OECD-

Ländern.

Wenn beide Partner arbeiten, liegt Deutschland bei der Abgabenlast an der Spitze. Die deutschen Sozialsysteme sind auf die vierköpfige Standardfamilie mit zwei Kindern und einem Alleinverdiener zugeschnitten. De facto gibt es jedoch immer mehr Alleinerziehende und Singlehaushalte.

Hinzu kommt: Das Dickicht der Gesetze, Verordnungen und sonstigen Bestimmungen ist längst undurchschaubar geworden. So gibt es in Deutschland 118 Steuergesetze, 96.000 Steuerverordnungen und 180 Einkommensteuerparagraphen, von denen ein einziger Paragraph allein 64 Ausnahmen vorsieht. Insgesamt gibt es 60 verschiedene Steuer- und Abgabenarten. Das jetzige System ist so kompliziert, dass niemand es komplett kennen und verstehen kann.

Zwei Drittel der Steuerliteratur des gesamten Planeten Erde (Gesetze, Verordnungen, Dienstanweisungen, Finanzgerichtsurteile, Kommentare, Fachliteratur) beziehen sich auf Deutschland. Eine Reform ist dermaßen sinnlos, dass man das gesamte deutsche Steuerrecht nur auf den Müll werfen kann. Theoretisch wäre das möglich und wünschenswert. Aber an dem Papierwust hängen viele Berufe und von ihm leben viele Bürokraten, Beamte, Steuerberater und sonstige Schmarotzer. Und weil der ganze undurchschaubare Apparat viele hunderttausend Nutznießer hat, die allesamt von seiner Kompliziertheit profitieren, ist eine grundlegende Reform für alle Zeiten zum Scheitern verurteilt.

Dieses verästelte und unvernünftig komplizierte Steuersystem ist ein hervorragendes Machtinstrument in der Hand der politischen Kaste; denn sie kann mit Steuergeldern Wählerstimmen gewinnen und politisch gewolltes Verhalten fördern. Ein solches Machtinstrument gibt sie nicht leichtfertig aus der Hand. Deshalb besteht keinerlei Hoffnung darauf, dass es jemals zu einer grundlegenden Reform des Systems kommen wird.

Aber der Bevölkerung reden die politischen Parteien diesen Unsinn von Wahl zu Wahl stets von neuem ein, als ob nicht alle längst wüssten, dass dies nichts als politische Show ist. Pompöses Gesabbel ohne jede Verbindlichkeit, das am Wahltag längst wieder Makulatur ist. Erstaunlich ist dennoch, dass die breite Bevölkerung diese verlogenen Wahlversprechen seit Jahrzehnten immer wieder aufs Neue erzählen lässt...

Mindestens vor jeder Bundestagswahl wird in Deutschland eine bombastische Debatte über die Notwendigkeit einer großen, einschneidenden Steuerreform an Haupt und Gliedern geführt. Und anscheinend gibt es noch immer Leute, die glauben, diese Debatten könnten irgendwann einmal dazu führen, dass es tatsächlich zu einer Steuerreform kommt. Diejenigen, die sich davor fürchten, können beruhigt sein: Das ist und bleibt alles nur hohles Geschwätz.

Die politischen Parteien und ihre Vertreter in den Parlamenten haben die öffentlichen Finanzen in einem Maße ruiniert, dass sie eine grundlegende Reform auch dann nicht mehr durchsetzen könnten, wenn sie das tatsächlich wollten. Sie können vielleicht noch versuchen, irgendwo irgendwelche unerschlossenen Geldquellen aufzutun - wiewohl auch dafür ihr Handlungsspielraum erschöpft ist -, aber zu mehr reicht es schon längst nicht mehr.

Dabei hat es an bedenkenswerten Reformvorschlägen nie gemangelt. Im Gegenteil. Viele Vorschläge für sinnvolle Reformen hat es gegeben. Nur sollte niemand glauben, dass daraus jemals richtige Reformen werden könnten. Ein paar Beispiele aus der jüngsten Zeit:

1994 stellte eine Kommission um den Steuerwissenschaftler Peter Bareis von der Universität Hohenheim ein Modell vor, das 85 Steuervergünstigungen abschaffen wollte. Der damalige Bundesfinanzminister Theo Waigel lehnte das Konzept brüsk ab. Damit war das erledigt.

1996 stellte der CDU-Bundestagsabgeordnete und Wirtschaftssprecher der Fraktion Gunnar Uldall die Abschaffung von Ausnahmetatbeständen und einen dreistufigen

Einkommensteuertarif von 8, 18 und 28 Prozent bei einem Grundfreibetrag von 12.000 DM zur Diskussion. Wurde nichts. 2003 klagte Uldall in einem "Spiegel"-Interview, man habe seit seinen Vorschlägen sieben Jahre ungenutzt verstreichen lassen. Jetzt sind es schon 18 Jahre, und es werden mit Sicherheit noch viele mehr.

1996 entwickelte Helmut Pelzer am Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Ulm ein mögliches Einkommensteuermodell, das ein bedingungsloses Grundeinkommen realisieren sollte. Es sah eine aufkommensneutrale Grundsicherung für alle Bürger vor. Steuerschuld und Grundeinkommen sollten gegeneinander aufgerechnet werden. Ist die Steuerschuld höher, ist der Betrag als Steuer zu zahlen. Ist sie niedriger, wird der Betrag als staatlicher Zuschuss zum Einkommen ausgezahlt (negative Einkommensteuer). Auch dieses Modell verschwand sang- und klanglos im Nirgendwo.

2001 präsentierte die Forschungsgruppe Bundessteuergesetzbuch unter Leitung von Paul Kirchhof dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestags und der Fachpresse ihren Vorschlag einer Steuerreform mit dem Titel "Einkommensteuergesetzbuch". Das Modell sah nur eine Einkunftsart und eine Einheitssteuer ("Flat Tax") vor.

Das Konzept unterscheidet also nicht mehr zwischen sieben verschiedenen Einkunftsarten, sondern behandelt alle Einkunftsquellen (Gehälter, Zinsen, Mieteinnahmen oder Unternehmensgewinne) unabhängig von ihrem Ursprung gleich.

Damit entfallen Unterschiede in den Abzugsmöglichkeiten bei unterschiedlichen Steuerobjekten (horizontale und vertikale Verrechnung). Das Modell war vor der Bundestagswahl von 2002 ein ausgiebig diskutiertes Thema, blieb in der politischen Wirklichkeit indes völlig folgenlos; denn es ging von vornherein nur darum, Material für gelenktes Gequatsche bereit zu stellen.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung schlug im Jahresgutachten 2003 die Einführung einer dualen Einkommensteuer vor. Im April 2006 präzisierte er diese Vorschläge.

Danach sollte eine Spaltung in Kapital- und Erwerbseinkommen vorgenommen werden. Kapitaleinkommen sollte mit 25 Prozent besteuert werden, der Rest unterliegt dem linear-progressiven Tarif der Einkommensteuer.

Mit der Abgeltungsteuer wurde dies ab 1. Januar 2009 teilweise realisiert, sodass nun Arbeitseinkommen über 47.500 Euro höher als Zinseinnahmen besteuert werden.

Der CDU-Politiker Friedrich Merz stellte 2003 unter dem Schlagwort "Bierdeckelsteuer" sein viel gerühmtes und viel diskutiertes Konzept zur Abschaffung von Ausnahmeregelungen und Einführung eines Stufentarifs in der Einkommensteuer vor.

Das Konzept würde nach Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zu dauerhaften Mindereinnahmen von etwa 26 bis 27 Milliarden Euro pro Jahr führen. Wurde nie etwas. Völlig klar. Denn Mindereinnahmen sind für die demokratische Politik das rötteste aller roten Tücher. Die brauchen Mehreinnahmen um jeden Preis.

Im Februar 2005 präsentierte eine Arbeitsgruppe um den Kölner Steuerrechtsprofessor Joachim Lang den "Kölner Entwurf eines Einkommensteuergesetzes", der das geltende Einkommensteuerrecht entschlacken und auf seine systematischen Wurzeln zurückführen sollte. Einzelne Steuervergünstigungen sollten gestrichen, grundlegende Rechtsprechung, die das Recht weiterentwickelt hat, in den Gesetzestext aufgenommen werden. Auch dieses Modell verschwand im großen Archiv der ungezählten unbeachteten Steuermodelle.

2005 schlug der Unternehmer Götz Werner das Modell "Bedingungsloses Grundeinkommen und Konsumsteuer" vor. Es hat die Abschaffung aller Steuerarten zum Ziel - ausgenommen die Umsatzsteuer (Konsumsteuer). Die soll zum Ausgleich auf 50 Prozent angehoben werden.

Aus den Steuereinnahmen soll ein bedingungsloses Grundeinkommen finanziert werden. Wurde und wird noch immer viel diskutiert, wird aber niemals in politischen Gremien irgendeine Rolle spielen.

2009 übergab der Finanz- und Steuerausschuss der IHK für München und Oberbayern dem Bayerischen Staatsminister für Finanzen eine Broschüre "25 Vorschläge für ein wettbewerbsfähiges Steuerrecht". Sie schlug unter anderem vor, den "Mittelstandsbauch" konsequent abzubauen und die kalte Progression zu bekämpfen. Ziel müsse sein, Leistungsträger zu fördern und zu stärken.

Auf Basis der "25 Vorschläge" wurden nach der Bundestagswahl 2009 noch einmal fokussiert "12 zentrale Steuerreformvorschläge für die Legislaturperiode 2009 - 2013" an die Regierungsparteien versandt. Auch dieser Vorschlag landete unbeachtet irgendwo auf einem großen Aktenberg.

Die kalte Progression wurde sogar in Kreisen der politischen Entscheider viel diskutiert. Naive Demokraten schlossen daraus, die kalte Progression könne irgendwann einmal abgeschafft werden. Doch auch die große Koalition von 2013/14 ließ natürlich die Finger davon. Das hätte nämlich zur Verringerung ihrer Einnahmen geführt. Und die Politik braucht Mehreinnahmen, sonst nix.

Man kann mit Sicherheit voraussagen, dass der nächste Vorschlag für eine grundlegende Steuerreform schon bald kommt. Und man kann schon jetzt mit derselben Sicherheit vorhersagen, dass in allen Talkshows wortreich darüber bramarbasiert werden wird. Aber geschehen wird auch nichts.

Wie immer begeistert oder auch skeptisch man diese durchdachten Vorschläge auch bewerten mag, es lohnt die Mühe nicht, sich damit zu beschäftigen. Man kann daraus im Extremfall ersehen, wie man es besser machen könnte. Doch im Prozess der politischen Willensbildung interessiert das niemanden.

Alle diese Vorschläge sind teils mehr, teils weniger weltfremd - weltfremd sind sie auf jeden Fall; denn sie entwerfen jeweils ein "vernünftiges, praktikables Modell". Und vernünftig geht in der Politik entwickelter Demokratien nun mal gar nicht. Je vernünftiger sie sind, desto weltfremder sind sie; denn es geht nicht um Vernunft, sondern um die Erhaltung der Machtbasis der politischen Kaste.

Die Anwendung von praktischer Vernunft auf das Steuerrecht würde mit einem Schlag das verschrobene System von klienteleorientierten Vergünstigungen und Sondertatbeständen zusammenkrachen lassen, auf dem die Politiker ihre politische Basis aufgebaut haben. Das können sie unter gar keinen Umständen zulassen.

Daher werden sie weiter vor Wahlen eine große Steuerreform befürworten, lautstark in Talkshows und bei anderen publikumswirksamen Auftritten dafür eintreten und sich nach der Wahl an nichts mehr erinnern.

In den repräsentativen Demokratien der Endzeit wird nur noch zum Schein nach vernünftigen Lösungen für vertrackte Probleme gesucht. Die Diskussionen über solche Modelle sind inszenierte Shows, in denen sich meist etwas naive Professoren verheizen lassen, die ernsthaft glauben, dass sich irgendein Politiker dafür interessiert, wenn sie ein gründlich durchdachtes Reformmodell präsentieren. Doch niemand denkt auch nur im Traum daran, die Modelle in die Tat umzusetzen. Der Sinn des Spektakels ist das Spektakel...

Es geht nur noch um das im Rahmen der festgefahrenen Verhältnisse politisch Machbare. Und das ist ganz einfach festgelegt:

(1) Auf Mehreinnahmen verzichten können die öffentlichen Hände angesichts der bestehenden Staatsverschuldung sowieso nicht.

(2) Einzelne Gruppen ihrer potenziellen und tatsächlichen Klienteles können die politischen Parteien auch nicht noch stärker als bisher belasten.

(3) Also bleiben eigentlich nur die ohnehin schon stark belasteten Steuerzahler, selbst wenn bei denen inzwischen auch längst die Schmerzgrenze erreicht ist.

Man kann sich also drehen und winden, wie man will: Für eine Steuerreform an Haupt und Gliedern ist keinerlei politischer Spielraum vorhanden. Selbst dem Herummurksen am bestehenden Chaos sind nur noch enge Grenzen gesetzt. Das System verharrt in absoluter Starre, es gibt kein Vor und kein Zurück. Und das bezieht sich nicht bloß auf die Steuerreform, sondern auf alle politischen Vorhaben der kommenden Jahre.

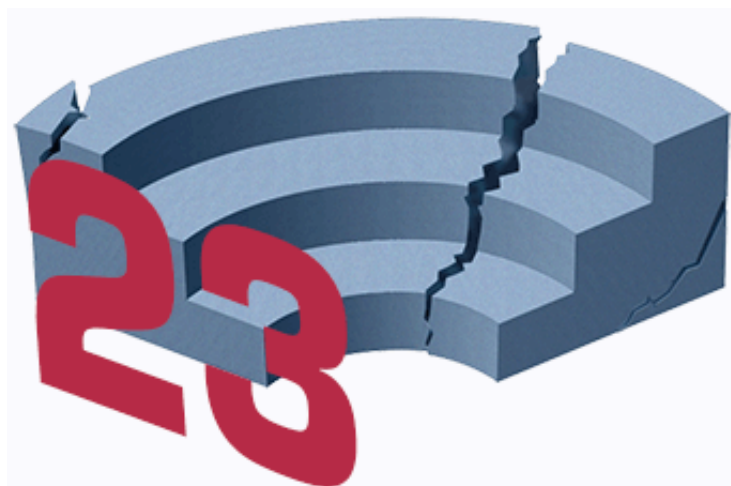
Je tiefer der Karren sich festgefahren hat, desto drängender wird der Bedarf an Reformen - und zwar an großen Würfeln, nicht an Herummurkserei an belanglosen Details -, desto unfähiger ist aber das System, etwas anderes zu leisten als Kleinkleingefummel. Der Niedergang ist unausweichlich.

Wolfgang J. Koschnick 05.05.2014

Das Gewicht der Vetogruppen in den entwickelten Demokratien ist längst so stark geworden, dass vernünftige Entscheidungen kaum noch zu Stande kommen. Für die Situation hat der frühere SPD-Politiker Bodo Hombach den Ausdruck "Malefiz-Gesellschaft" geprägt: eine Gesellschaft, in der das Verhindern Vorrang vor dem Gelingen hat und in der immer nur alles blockiert wird, und in der es wichtiger erscheint, anderen Barrieren in den Weg zu legen, als selbst zum Zuge zu kommen. Der Einfluss von Vetogruppen führt dazu, dass über Reformen nur noch geredet wird. Mit Reformen befasst sich das öffentliche Geschwätz, nicht das politische Handeln der demokratischen Repräsentanten. Sollte jemand versuchen, Reformen wirklich durchzusetzen, werden die Vetogruppen das verhindern. Die Parole heißt dann: unter angestrengter Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner durchwursteln.

Dass die entwickelten Demokratien der Welt kaum noch in der Lage sind, dringend erforderliche Reformen durchzusetzen, hat die letzte Folge dieser Artikelreihe gezeigt. Doch wie konnte es überhaupt dazu kommen?

In den etablierten Demokratien haben sich die Interessenverbände, Organisationen und Unternehmen im Verlauf der Jahrzehnte immer nachhaltiger festgesetzt und mit den bestehenden Machtverhältnissen arrangiert. Zwischen Staat, Verbänden und Unternehmen hat sich ein Netzwerk wohlgeordneter und dauerhafter Verknüpfungen herausgebildet.



Dieses Gemisch der Beziehungen von Verbänden und Unternehmen mit dem Staat und dem politisch-administrativen System bezeichnet man als "Korporation". Im politischen System einer Demokratie agiert eine Vielzahl von Interessengruppen, die Zugang zum politisch-administrativen System haben und darin ihre Interessen artikulieren, abstimmen und natürlich auch durchsetzen.

Diese Interessengruppen sind in weitläufige Beratungs- und Entscheidungsnetzwerke eingebunden, die von Regierungen geschaffen wurden und gefördert werden. Das hat Konsequenzen für das politische System und für die Verbände und Unternehmen.

Große Verbände und Unternehmen können ihren Interessen im politischen Prozess stärkeren Nachdruck verleihen und haben gegenüber anderen Akteuren eindeutige Privilegien. Im Gegenzug übernehmen sie staatliche Aufgaben, erleichtern so Konsensfindung und Normsetzung, werden also für Steuerungsleistungen instrumentalisiert; denn der Staat kann seine Integrations- und Steuerungsfunktion ohne nichtstaatliche Akteure gar nicht mehr ausüben.

Allerdings ist gegen diese Interessengruppen, die fest im Sattel des Systems sitzen, schwer anzukommen, wenn sie Entscheidungen nicht mittragen wollen - was nur allzu häufig vorkommt. Interessengruppen, die durch die Mobilisierung der öffentlichen Meinung ihre Sonderinteressen verfechten, nennt man *Vetogruppen*. Vetogruppen können staatliche Reformpläne effektiv verhindern oder wenigstens behindern.

Das Gewicht der Vetogruppen in den entwickelten Demokratien ist längst so stark geworden, dass vernünftige Entscheidungen kaum noch zu Stande kommen. Für die Situation hat der frühere SPD-Politiker Bodo Hombach den Ausdruck "Malefiz-Gesellschaft" geprägt: eine Gesellschaft, in der *das Verhindern Vorrang vor dem Gelingen* hat, in der immer nur alles blockiert wird und in der es wichtiger erscheint, anderen Barrieren in den Weg zu legen, als selbst zum Zuge zu kommen. [1]

Gesellschaftliche, technologische und institutionelle Innovationen bleiben im Gestrüpp organisierter Interessen und der vielen Zuständigkeiten der Institutionen und in unzähligen Kommissionen stecken. Wer mit einer unkonventionellen Idee aus dem Glied tritt, wird schnell Opfer von Interessengruppen, wenn die um ihre Interessen fürchten.

Der Einfluss von Vetogruppen führt dazu, dass über Reformen nur noch geredet wird. *Mit Reformen befasst sich das öffentliche Geschwätz, nicht das politische Handeln der demokratischen Repräsentanten*. Sollte jemand versuchen, Reformen wirklich durchzusetzen, werden die Vetogruppen das verhindern. Die Parole heißt dann: unter angestrengter Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner durchwursteln.

Durchwursteln ist das oberste Politikprinzip der entwickelten Demokratien. Und das geht stets nach dem Muster der Großen Gesundheitsreform. Sie wird jedes Jahr als Jahrhundertwerk und größte Reform aller Zeiten angekündigt. Dann wird monatelang geredet und geredet, und am Ende passiert gar nichts - aber die Beiträge der Versicherten werden wieder mal erhöht; das Einzige, was laut Ankündigung diesmal eigentlich nicht passieren sollte, aber trotzdem immer wieder passiert. Die Folge: Reformstau und der Verlust der großen Perspektive.

Doch im Windschatten der Reformresistenz hängen sich immer klobigere bürokratische Klötze ans Bein des Systems: Bürokratien, deren einziger Sinn und Zweck es ist, ihre Bürokraten auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung in Brot und Arbeit zu halten. So hat eine Anfang 2012 veröffentlichte Studie der Unternehmensberatung A. T. Kearney ergeben, dass 23 Prozent der 176 Milliarden Euro Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung 2010 auf bürokratische Abläufe entfielen. Fast ein Viertel aller Gesamtausgaben. In der produzierenden Wirtschaft liegt dieser Anteil aber nur bei 6,1 Prozent.

Die Krankenkassen verursachen nicht nur bei sich selbst überflüssige Bürokratie, sondern in der gesamten Branche: bei Apotheken, Arztpraxen und Krankenhäusern. Zu den offiziellen Verwaltungskosten von 9,5 Milliarden Euro kommen so weitere 18 Milliarden Euro hinzu. So müssen Krankenhausärzte 37 Prozent ihrer Arbeitszeit auf Verwaltungsaufgaben verschwenden. Auch die komplizierten Abrechnungsverfahren bei niedergelassenen Ärzten oder die Praxisgebühr sind reine Kostentreiber.

Durch schlankere Strukturen ließe sich der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung deutlich senken, schlussfolgerte die Studie in ihrer weltfremden und doch so sympathischen Naivität.

Wissenschaftliche Studien wie die von Kearney haben nur noch den Zweck, dem Publikum zu zeigen, was sein könnte, wenn wir eine funktionierende Demokratie hätten, die dem Gemeinwohl verpflichtet ist. Die aber haben wir schon lange nicht mehr. Und auch aus diesen Gründen gibt es seit vielen Jahren eine wahre Schwemme von Studien aus den verschiedensten Bereichen der Politik, die akribisch zeigen, was verkehrt läuft und wie es richtig laufen könnte. Das Publikum empört sich kurz darüber, was alles schief läuft. Und dann gehen alle wieder zur Tagesordnung über...

In Deutschland gibt es heute eine besonders große Zahl von starken Vetogruppen

Vorige Seite

In Deutschland gibt es heute eine besonders große Zahl von starken Vetogruppen. Dadurch ist die Handlungsfähigkeit des politischen Systems extrem eingeschränkt. Das Nebeneinander starker Verbände und Unternehmen mit einer großen Zahl von Vetogruppen führt bei sinkenden Mehrheiten im Parlament zu einer Lähmung der politischen Entscheidungs- und Innovationsprozesse.

Für Politiker lohnt es sich nicht, sich überhaupt mit Reformen der bestehenden Verhältnisse zu befassen; denn *das politische System der parlamentarischen Demokratie belohnt Reformen nicht*. Politiker wollen gewählt werden und richten ihre Politik danach aus. Politische Parteien sind zu nichts anderem als dem Machtgewinn und dem Machterhalt da.

Die möglichen Gewinne von Reformen liegen in der Zukunft und sind "in ihrer Höhe und dem betroffenen Personenkreis nach ungewiss; die anfänglichen Verluste aus diesen Reformen sind jedoch meist genau bezifferbar, und der betroffene Personenkreis weiß genau, was für ihn auf dem Spiel steht." Deshalb ist von Politikern "systematisch praktizierte Weitsicht oder Mut" nicht zu erwarten.

Auf der anderen Seite sind die Reformgegner oft besser organisiert als die Befürworter, und daher ist die politisch wirksame Opposition gegen notwendige Reformen oft stärker als die Reformkräfte. Das zeigt sich bei den gescheiterten Bemühungen zum Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen, zur Gesundheits-, zur Steuerreform und zu den meisten anderen Reformen.

Wenn das politische System aber Reformen nicht belohnt, dann meiden die Politiker schon den Versuch. Das bedeutet aber auch: Der Reformstau ist etwas grundsätzlich anderes als ein Verkehrsstau. Der löst sich nach einer Weile auf, und dann fließt der Verkehr wieder wie zuvor. Der Reformstau indes löst sich nicht auf. Er ist chronisch; denn er ist ein Systemfehler.

Der Reformstau gehört zu den entwickelten Demokratien wie Skabies und die Krätzemilbe. Da kann man sich lange aufregen, über das Ausbleiben notwendiger Reformen schimpfen und leidenschaftliche Kommentare schreiben. Sie verpuffen im Nichts. Wenn das System Reformen nicht belohnt, werden Politiker sich daran erst gar nicht die Finger daran verbrennen. Und genau das tun sie denn ja auch nicht.

Dass so ziemlich alles, was demokratische Politiker anfassen, in wirtschaftlichem Murks und sozialem Chaos endet, demonstriert kein Wirtschaftszweig so krass wie die Hartz-IV-Industrie, von der viele noch gar nicht wissen, dass es diesen Industriezweig überhaupt gibt. Doch er blüht und gedeiht, während es den Hartz-IV-Empfängern eher immer schlechter geht.

Eigentlich soll ja mit Hilfe der Hartz-IV-Reform die Arbeitslosigkeit bekämpft werden, doch tatsächlich werden dafür Milliardenbeträge sinnlos verpulvert. Wer sich die Einzelheiten anschaut, glaubt, er sei Zeuge einer besonders bizarren Variante des absurden Theaters. Aber er schaut nur dem nackten Grauen der bitteren Realität ins hässliche Gesicht.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand und sind ein Systemproblem der repräsentativen Demokratie: Wenn die Fraktionen im Parlament über Gesetzesprojekte beraten, spielen vorwiegend sachfremde Überlegungen eine zentrale Rolle, und ganz am Ende erst geht es vielleicht auch noch um die Lösung von Sachproblemen. Zentral sind Fragen wie

"Können wir mit unserem Plan die nächsten Wahlen gewinnen oder riskieren wir Verluste?"

"Wie wirkt sich das auf unser Image aus?"

"Wie können wir uns deutlich von unseren politischen Gegnern absetzen?"

"Was können wir gegen unseren Koalitionspartner durchsetzen?"

"Kann man die Überlegungen hinter diesem Plan überhaupt den Wählern 'rüberbringen?"

"Besteht Gefahr, dass wir mit dieser oder jener Maßnahme unseren politischen Gegnern in die Hände arbeiten?"

"Wie wirkt sich das Vorhaben auf die Arbeitslosenstatistik aus? Kriegen wir dadurch bessere Zahlen?"

Und ganz allgemein:

"Nützt oder schadet uns das etwas?" (die Betonung liegt auf *uns*) Aber ganz sicher geht es so gut wie niemals um die Frage: "Ist das, was wir tun, für die Mehrheit der Bevölkerung nützlich?"

49 Milliarden Euro gaben der Bund und die Kommunen allein 2010 für Hartz-IV-Empfänger aus. Man könnte sich sagen: Prima, dass so gut und reichlich für die Armen und Bedürftigen gesorgt wird. Die haben es ja auch bitter nötig. Doch dann kommt der Schock: Weniger als die Hälfte dieses Geldes, nämlich gerade mal 24 Milliarden Euro, kommt überhaupt bei den Hartz-IV-Empfängern an. Den Rest, 25 Milliarden Euro, pumpen Bund und Kommunen in eine Branche, die mit den Arbeitslosen prächtig verdient.

Allein der Verwaltungsaufwand kostet den Bund 4,4 Milliarden Euro. Am Rande bemerkt: Um 24 Milliarden Euro unter die Leute zu bringen, sind Kosten von 4,4 Milliarden unverhältnismäßig hoch. Sie machen über 18 Prozent aus. Die Bürokratie arbeitet ineffizient und frisst einen viel zu großen Happen auf.

Hartz IV und die Nutznießer der sozialen Misere

Rund um Hartz IV haben sich nämlich alle möglichen Nutznießer der sozialen Misere in diesem Lande bequem breitgemacht: Fortbildungseinrichtungen, private Arbeitsvermittler, Jobcenters, Rechtsanwälte und Wohlfahrtsunternehmen. Es gibt Hartz-IV-Supermärkte, Hartz-IV-Kleiderkammern und Hartz-IV-Tafeln.

Hartz IV hält eine vor wirtschaftlicher Gesundheit schier aus den Nähten platzende Armutsindustrie am Leben, die auf jeden Fall mehr öffentliche Gelder einstreicht als die Hartz-IV-Empfänger selbst. Auf dem Korpus der Armen und sozial Geschwächten schwärzt eine riesige Pestbeule. Und die Hartz-IV-Empfänger sind die unschuldigen Wirtstiere, mit deren Hilfe sich die Pest ausbreitet.

Je mehr Menschen auf staatliche Hilfe angewiesen sind, desto besser geht es dem Hartz-IV-Business. Klar, dass denen nichts wichtiger ist, als sich diese Einnahmequelle zu erhalten. Nach den Erfahrungen mit besonders hartnäckigen Bürokratien ist es nicht einmal abwegig zu vermuten, dass die Hartz-IV-Wirtschaft selbst noch weiter wachsen und gedeihen würde, nachdem der letzte Hartz-IV-Empfänger gestorben ist.

Zu den Ausgabeposten zählen auch virtuelle Supermärkte, die Langzeitarbeitslosen angeblich das geregelte Arbeiten im Einzelhandel beibringen. Menschen, die seit mehr als einem Jahr keinen festen Job haben, sollen sich auf eher spielerische Weise mit den Berufsmöglichkeiten in Ladengeschäften vertraut machen. Wie Kinder lernen Langzeitarbeitslose, im Kaufmannsladen mit Spielgeld einkaufen und verkaufen.

Abwechselnd spielen sie Kunden, Lageristen oder Kassierer. "Was darf's denn sein?" - "Ich hätte gern ein Glas saure Gurken und eine Zitrone." - "Darf's auch noch bisschen Wurst sein?" - "Nein, danke." - "Das macht dann zwei Euro dreißig." Das Gemüse, das sie abwechselnd kaufen und verkaufen, ist aus Gummi, der Käse aufblasbar, die Salami aus Papier, der Wein besteht aus gefärbtem Wasser. An der Kasse zahlen sie mit Spielgeld, ganz wie im richtigen Kinderzimmer. Welcher Hirnamputierte hat sich diesen niederträchtigen Schwachsinn ausgedacht?

Dahinter steht die Überlegung, so könne man ernsthaft Langzeitarbeitslose zurück in die menschliche Zivilisation holen. Ja, haben die denn bisher im Urwald gelebt? Arbeitslose sollen lernen, wie es in Supermärkten zugeht und was dort gearbeitet wird - ganz so als ob sie von einem fremden Stern kämen. Die virtuellen Kaufmannsläden verdienen mit dem hirnrissigen Quatsch ordentlich Geld; denn für jeden Kursteilnehmer zahlt die Bundesagentur für Arbeit 500 bis 800 Euro pro Monat - das sind pro Jahr mehrere hunderttausend Euro.

Hartz-IV sollte nach den ursprünglichen Plänen eigentlich auch die Sozialgerichte entlasten. Doch das Gegenteil ist eingetreten. Die Reform bescherte den Gerichten eine wahre Prozesslawine. Allein das größte deutsche Sozialgericht in Berlin verzeichnete 2010 rund 32.000 neue Klagen gegen das Arbeitslosengeld II.

Davon profitieren am meisten die Rechtsanwälte. Die Hartz-IV-Empfänger stellen für sie eine munter sprudelnde Geldquelle dar. Pro Klage bekommen sie mehrere hundert Euro, die natürlich der Steuerzahler zahlt; denn Hartz-IV-Empfänger können zum Nulltarif klagen. Sie müssen nämlich keine Prozesskosten erstatten - und zwar völlig unabhängig davon, ob sie den Prozess gewinnen oder verlieren.

Eine sichere Einnahmequelle ist beispielsweise die Untätigkeitsklage, wenn eine Behörde mit der Arbeit nicht hinterherkommt. Eigentlich sollen Untätigkeitsklagen verhindern, dass Behörden Verfahren absichtlich verschleppen. Bei Hartz IV zieht sich die Vielzahl der Fälle allerdings dadurch in die Länge,

dass die Behörden hoffnungslos überlastet sind. Also klagt man wegen Untätigkeit. Ein Anwalt verdient daran auf die Schnelle gut hundert Euro extra. Dem Hartz-IV-Empfänger bringt das dagegen in der Regel wenig oder gar nichts. Aber darauf kommt das ja auch gar nicht an.

Auch die mangelhafte Ausstattung der Arbeitsagenturen mit Computersoftware bringt den Anwälten stete Einnahmen. Das Gesetz schreibt vor, dass alle Zahlungen an Hartz-IV-Empfänger auf glatte Eurobeträge gerundet werden müssen. Doch die Software macht das häufig nicht ordentlich. Und so klagen Hartz-IV-Anwälte gegen alle ungeraden Beträge in den Bescheiden. Die Hartz-IV-Empfänger bekommen so vielleicht ein paar Cent mehr im Monat, die Juristen hingegen mehrere hundert Euro pro Klage. Der Steuerzahler zahlt.

Auch die privaten Arbeitsvermittler profitieren satt und haben sich zu einem florierenden Gewerbe entwickelt, dem es auf jeden Fall besser als den Arbeitssuchenden geht. Sie arbeiten auf Provisionsbasis. Gelingt es, einen Hartz-Empfänger an ein Unternehmen zu vermitteln, bekommt der Vermittler einen Gutschein über 2.500 Euro.

Dabei schien das zunächst eine gute Idee zu sein: Private Vermittler bringen Arbeitslose in Jobs, die Arbeitsagentur bezahlt sie dafür, durch einen Vermittlungsgutschein. Doch die Wirklichkeit sieht - wie so oft - völlig anders aus.

Die privat Vermittelten werden nach kurzer Zeit schon wieder entlassen. Nach einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) bleiben Arbeitslose, die privat vermittelt wurden, zu nur 47 Prozent mindestens sechs Monate lang im vermittelten Job. Und das IAB sieht Mitnahmeeffekte bei Betrieben, die Stellen über private Vermittler mit Einlösung des Vermittlungsgutscheins vergeben, die sie sonst auch besetzt hätten.

Private Arbeitsvermittler und Unternehmer machen mit dem Vermittlungsgutschein trotzdem Kasse, teilweise auch illegal. Die privaten Arbeitsvermittler gehören zu den zwielichtigsten Erscheinungen im Hartz-IV-Business. Laut Statistik der Bundesagentur werden pro Jahr etwa 45.000 Gutscheine abgerechnet. Viele durch Scheinvermittlungen an Scheinfirmen.

In einem bekannt gewordenen Fall funktionierte das so: Eine Gruppe von Leuten betrieb neben ihrer Vermittlungsfirma auch eine angebliche Leiharbeitsfirma. Die Vermittlungsfirma vermittelte an die "Leiharbeitsfirma" und kassierte dafür eine Prämie von der Arbeitsagentur. Sobald das Geld da war, wurde den Betroffenen gekündigt. Und obwohl die Behörden die Masche durchschauten, konnten sie nichts dagegen tun. Formal war alles in Ordnung. Die vier Männer hatten ihre Frauen zu Geschäftsführerinnen ernannt, um die Wechselbeziehung zwischen ihren Unternehmen zu verschleiern. Erst als die Bande begann, die Unterschriften von Langzeitarbeitslosen zu fälschen, konnte das kriminelle Treiben beendet werden.

Wer naiv ist, könnte glauben, die Politik würde der Branche auf die Finger klopfen. Doch das tut sie nicht. Sie hält unverdrossen weiter daran fest. Privatinitiative und so. Den Parteien der Regierungskoalition kommt das entgegen; denn die privaten Vermittler sind gut für die Statistik. Jeder Erwerbslose, den die privaten Vermittler unter ihre Fittiche nehmen, verschwindet aus den offiziellen Arbeitslosenzahlen.

Wohlgemerkt, nicht jeder, der erfolgreich vermittelt wird. Schon jeder, den der private Vermittler zu vermitteln versucht, auch wenn ihm das nicht gelingt. Der ist dann zwar so arbeitslos wie eh und je, aber laut Statistik ist er in Brot und Arbeit.

Nochmal ganz langsam zum Mitschreiben: Jemand, der als Kunde bei der Agentur für Arbeit registriert ist, gilt als arbeitslos und bekommt Arbeitslosengeld. Jemand, der bei einem privaten Arbeitsvermittler gemeldet ist, bekommt auch Arbeitslosengeld von der Agentur für Arbeit, aber er ist nicht arbeitslos. In der Statistik kommt er nicht als Arbeitsloser vor.

Lügen mit Statistik ist eine hochamtliche Angelegenheit. Wenn sich ein Kabarettist einen solchen hanebüchernen Unsinn als Plot für einen Sketch ausgedacht hätte, würde jeder sagen: Das ist viel zu dick aufgetragen.

Man sagt der offiziellen Statistik nichts Übles nach, wenn man ihr bescheinigt, sie sei eine einzige Fälscherwerkstatt. Sie fälscht die offizielle Arbeitslosenstatistik. Und sie ist auch noch unvorstellbar plump und dumm dabei. Warum? Weil sie es kann. Weil sie sich gar keine Mühe mehr dabei geben muss, wenn sie Zahlen und Daten fälscht. Was die Bevölkerung oder gar die Betroffenen dazu sagen, ist ihr sowieso egal. Das interessiert die Politik schon lange nicht mehr.

Die einst allein für den guten Zweck gegründeten, fast tausend "Tafeln" in Deutschland, in denen ein paar ehrenamtliche Rentner altes Brot und dünne Suppen verteilten, haben sich dank Hartz IV zum Riesengeschäft entwickelt, das mit gutherziger Wohltätigkeit nur noch wenig zu tun hat. Das Prinzip ist bekannt: Die großen Supermärkte geben an die "Tafeln", was sie nicht mehr verkaufen können: Fleisch, Gemüse, Brot.

Mit Hartz IV wurde aus der karitativen Suppenküchen-Bewegung ein Fürsorgekonzern mit mehr als einer Million Stammkunden und einem Filialnetz, von dem viele Discounter nur träumen können. "Tafel" ist als Markenname sogar patentamtlich geschützt. Die Tafeln betreiben einen Fuhrpark mit 4.700 Fahrzeugen, die abholen, was sonst weggeworfen würde.

Bei den meisten Spendern steht nicht Mildtätigkeit, sondern Renditekalkül im Vordergrund. Durch ihre Spenden sparen die Händler Abfallgebühren in Millionenhöhe und können darüber hinaus auch noch jede abgegebene Ware als Spende von der Steuer absetzen. Die Berliner Tafel hat ausgerechnet, dass sie selbst im Jahr noch etwa 40.000 Euro zahlen muss, um Biomüll - Gemüse, das auf dem Weg zur Tafel welk geworden ist - zu entsorgen. Dabei werden längst nicht alle gespendeten Waren an Bedürftige weitergegeben. Selbst für welches Gemüse stellen die Tafeln eine Spendenquittung aus, die dem Verkaufswert von frischer Ware entspricht.

Bei Vermietern sind Hartz-IV-Empfänger richtig beliebt. Pünktlich zum Monatsersten zahlt die Bundesagentur für Arbeit ihre Miete. Darauf ist Verlass. Im Idealfall unterschreibt der Bedürftige eine Abtretungserklärung. Dann kann der Vermieter sicher sein, dass das Amt ihm die Miete direkt aufs Konto überweist. So summieren sich die von der Arbeitsagentur gezahlten Mietkosten auf über eine Milliarde Euro.

Eine Studie des Bundesministeriums für Arbeit fand, so werde eine Mietkostenspirale in Gang gesetzt. Hartz-IV-Empfänger treten in Konkurrenz zu Niedrigverdienern wie Studenten und Rentnern, die sich höhere Mieten nicht leisten können. Und eine vom Bundesbauministerium geförderte Studie kam zu dem niederschmetternden Resultat, Hartz IV habe "Potenziale für Miet- und Erlössteigerungen" eröffnet, "die häufig auch genutzt werden". Die Konkurrenzfähigkeit der Bezieher von Niedrigeinkommen gegenüber Langzeitarbeitslosen könne sich verschlechtern. Und so muss am Ende wieder der Staat einspringen, damit sich auch Geringverdiener eine Hartz-Wohnung leisten können - in Form von Wohngeld oder Hartz IV für Aufstocker. Es ist eine absurde Welt.

2009 legten die zuständigen Behörden in Berlin fest, dass einem alleinstehenden Hartz-IV-Empfänger eine Monatsmiete von bis zu 378 Euro grundsätzlich erstattet werden sollte. Vorher hatte die Grenze bei 360 Euro gelegen. Die in der Stadt regierende Koalition aus SPD und Linkspartei rühmte sich einer sozialen Wohltat.

Tatsächlich stiegen auf geheimnisvolle Weise von einem auf den anderen Tag die Mieten, oft um genau den Betrag, der durch die neue Erstattungsgrenze möglich geworden war. Es kam wie so oft: Bei den wirklich Bedürftigen blieb nichts hängen. Der Geldsegen aus Steuermitteln kam anderen zugute.

So oder so brummt das Geschäft mit der Arbeitslosigkeit. Milliardenbeträge verschwinden für sinnlose

Ein-Euro-Jobs und eine monströse Bürokratie. Während die Arbeitslosigkeit unter qualifizierten Beschäftigten im Konjunkturaufschwung stark zurückgeht, sinkt die Zahl der Hartz-IV-Empfänger kaum. Wer länger als zwölf Monate arbeitslos ist, den sortiert das System offenbar aus. Die Hartz-IV-Reform hat ihr wichtigstes Ziel verfehlt. Sie hat keine deutliche Verkürzung der Arbeitslosigkeitsperioden gebracht.

Langzeitarbeitslose - Augenwischerei und geschönte Zahlen

Arbeitslose durch niedrigere Sozialleistungen und Sanktionen, schneller wieder in Jobs zu bringen, war die Rechtfertigung für die Hartz-IV-Reform. Doch die Dauer von Erwerbslosigkeit hat sich auch nach der Reform nicht verändert.

In einer Untersuchung mit Hilfe von repräsentativen Daten des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) verglichen Leipziger Wissenschaftler die Dauer von Arbeitslosigkeit vor und nach der Einführung von Hartz IV. Danach dauerte die Erwerbslosigkeit im alten Arbeitslosen- und Sozialhilfesystem durchschnittlich 12 Monate. Nach einem Jahr hatten 49 Prozent der Arbeitslosen wieder einen Job oder standen aus anderen Gründen - Rente, Aus- und Weiterbildung - dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. In den Folgejahren sank die Arbeitslosigkeit noch einmal um 20 und um 11 Prozentpunkte. Nach vier Jahren waren noch 13 Prozent arbeitslos.

So ähnlich fallen die Zahlen für die Zeit nach der Hartz-IV-Reform aus. Arbeitslosigkeit dauerte im Mittel 13 statt 12 Monate. Nach einem Jahr war für 50 Prozent der ALG-II-Bezieher die Arbeitslosigkeit vorbei. In den Jahren danach sank die Erwerbslosigkeit noch einmal um 20 beziehungsweise 10 Prozentpunkte. Nach vier Jahren waren 16 Prozent weiterhin arbeitslos.

Das Fazit der Wissenschaftler: Bereits die Diagnose für die Hartz-Reform war grundfalsch. Armut und Bezug von Sozialhilfe sind überhaupt kein Langzeitphänomen. Die Verweildauer im Transferleistungsbezug war vor und ist nach der Hartz-Reform "überwiegend relativ kurz".

Das Problem, um das es der Hartz-Reform zentral ging, existierte überhaupt nicht oder es ist nicht gelungen, die Arbeitslosigkeitsdauer weiter zu reduzieren. Stattdessen verweisen sie auf die Folgekosten der Reform: die Zunahme von sozialer Ungleichheit und Armut trotz Arbeit. Wenn aber dadurch gegen "gesellschaftlich breit geteilte Gerechtigkeitsvorstellungen" verstoßen worden sei, stehe den Kosten der Reform kein Nutzen gegenüber.

Um die Sparpläne der Bundesregierung einzuhalten, kürzen die Jobcenter ausgerechnet bei den halbwegs erfolgreichen Förderinstrumenten, etwa bei der Weiterbildung. Dafür fließt sehr viel mehr Geld in Maßnahmen, die den Betroffenen wenig bringen, aber viele Arbeitslose vorübergehend aus der Statistik verschwinden lassen, beispielsweise die "AktivCenter".

Theoretisch erhalten die Teilnehmer in Aktivcentern die Gelegenheit, Handlungskompetenzen aufzubauen, die eine Beschäftigungsaufnahme oder Qualifizierung erleichtern sollen. In der Praxis werden sie nach übereinstimmenden Berichten von Teilnehmern mit sinnlosen Tätigkeiten gelangweilt, damit sie über einen längeren Zeitraum nicht in der Arbeitslosenstatistik erscheinen.

Wiederum geht es - wie so oft - um Augenwischerei und geschönte Zahlen. Und das ist eigentlich eine Ungeheuerlichkeit: Für wirklich Bedürftige ist wenig Geld da, dafür aber umso mehr für das Fälschen von Statistiken, mit denen die Politik bella figura zu machen glaubt.

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als würde für eine Menge für Langzeitarbeitslose getan. Insgesamt 6,6 Milliarden Euro gab der Bund 2010 aus, um Hartz-IV-Empfänger fortzubilden. Es gibt den "Kommunal-Kombi" und die "Mobilitätsförderung", die "Bürgerarbeit" und die "Arbeitsgelegenheit", die "Eignungsfeststellung" und das "Einstiegsgeld". Doch Fachleute wie Jens Regg, Geschäftsführer bei der Bundesagentur für Arbeit in der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg, konstatieren ernüchtert: "Wir haben zu 80 Prozent Blödsinn finanziert." [2]

Auch das System der Ein-Euro-Jobs ist längst aus dem Ruder gelaufen. Ursprünglich waren die dafür gedacht, Langzeitarbeitslose unter "weicheeren Umständen" wieder an den Rhythmus des Arbeitstags

und die Erwartungen des Arbeitsmarkts an ein gewisses Maß an Arbeitsdisziplin gewöhnen und so die Verwertbarkeit der Arbeitskräfte für Arbeitgeber wieder herstellen. So sollten die Betroffenen Personen für eine Einstellung auf dem ersten Arbeitsmarkt wieder attraktiver gemacht werden.

Doch heute gibt es rund 320.000 Ein-Euro-Jobs. Auch für die gilt, dass sie vorübergehend die amtliche Statistik aufbessern, weil sie nicht als arbeitslos geführt werden. Doch nach ein paar Monaten stehen die meisten wieder beim Jobcenter. Und auch hier gilt das eherne Prinzip der Problemlösung in entwickelten Demokratien: Der Schein ist wichtiger als das Sein, die Kosmetik wichtiger als die dahinter stehende Wirklichkeit. Das politische Handeln ist Teil des Showgeschäfts.

Die Bundesagentur für Arbeit konstatierte selbst, dass 2010 nur noch 14,3 Prozent der Ein-Euro-Jobber hinterher in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis unterkamen. 2009 hatte die Eingliederungsquote noch bei 16,8 Prozent gelegen. Der Bundesrechnungshof in einem Prüfbericht: "Messbare Integrationsfortschritte waren nicht erkennbar."

Als Hartz IV in Kraft trat, sollte es den Fürsorgestaat schlanker und effizienter machen. Doch das Gegenteil trat ein. Die Bundesagentur für Arbeit ist heute Europas größte Behörde mit fast 120.000 Beschäftigten.

Man sollte die grundsätzliche Reformunfähigkeit der Politik im Spätstadium der Demokratie nicht unterschätzen. Da steht nicht irgendein entlegenes und relativ bedeutungsloses Sachgebiet zur Diskussion, bei dem es ganz nett wäre, wenn sich daran ein wenig ändern ließe. Zur Debatte steht die Zukunftsfähigkeit dieses Landes, und die ist schon seit Jahren extrem gefährdet.

Doch im Endstadium der repräsentativen Demokratien hat sich das Klima des Umgangs der Politiker mit den Steuerzahlern verändert. Die Politiker haben die öffentlichen Hände in einem so dramatischen Maße zu Grunde gewirtschaftet, dass die breite Bevölkerung sie nur noch als anzapfbare Geldquelle interessiert und nicht etwa als Menschen, deren gemeines Wohl sie mehren sollten. So rotten sich die Politiker immer entschlossener gegen die eigene Bevölkerung zusammen.

In Deutschland sterben die Leut' aus...

Wolfgang J. Koschnick 12.05.2014

...und die Volksvertreter schlafen vor sich hin. Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 24

Die Bevölkerung schrumpft, und die Menschen werden immer älter. Die ganze Gesellschaft altert. Bald gibt es viel mehr alte als junge Menschen, bald mehr Rentner als Erwerbstätige. Die Politik in allen Industrienationen muss sich eingehend damit beschäftigen, was da an vielfältigen Problemen auf Staat, Gesellschaft und Bevölkerung zukommt. Damit hätte sie schon vor Jahrzehnten anfangen müssen. Hat sie aber nicht. Das rächt sich. Sie kann zwar gegenüber der Unzahl an Problemen einfach weiter die Augen verschließen. Doch dann rollt die Entwicklung auch so über sie hinweg. Die Politik des Wurschtelns in entwickelten repräsentativen Demokratien kann fundamentale Herausforderungen nicht bewältigen. Dem stehen die machtvollen Eigeninteressen der Repräsentanten entgegen. Die haben anderes im Kopf. Ihr Horizont reicht von einer zur nächsten Wahl. Das halten sie für strategische Weitsicht.

Die wohl größte Herausforderung aller entwickelten Gesellschaften ist das, was so harmlos als "demografischer Wandel" daherkommt: Die Bevölkerung schrumpft rapide, die Menschen werden immer älter. Bald gibt es viel mehr alte als junge Menschen, bald mehr Rentner als Erwerbstätige.



Das hat weitreichende Folgen für das Leben eines jeden Einzelnen und für die Gesellschaft als Ganze. Die Politik in allen Industrienationen muss sich eingehend damit beschäftigen, was da an vielfältigen Problemen auf Staat, Gesellschaft und Bevölkerung zukommt.

Damit hätte sie schon vor Jahrzehnten anfangen müssen. Hat sie aber nicht. Das rächt sich. Sie kann zwar gegenüber der Unzahl an Problemen einfach weiter die Augen verschließen. Doch dann rollt die Entwicklung auch so über sie hinweg.

Der demografische Wandel ist nicht bloß ein fashionabler Gesprächsstoff, über den man auf Partys neunmalklug smalltalken kann. Und er ist auch nicht einfach nur eines von mehreren möglichen Zukunftsszenarien. Er ist eine unverrückbare Tatsache. Die wesentlichen Eckpunkte der Entwicklung sind längst festgeschrieben und können auch nicht mehr zurückgedreht werden. Er rollt auf alle Industriegesellschaften zu - ob sie nun darauf vorbereitet sind oder nicht.

Die alles entscheidende Frage ist: Werden die demokratischen Gesellschaften mit den immensen Problemen besser oder schlechter fertig? Werden Sie überhaupt damit fertig? Und sind sie wenigstens dazu bereit, sich damit auseinanderzusetzen?

Die Fakten: Deutschland hat 81,89 Millionen Einwohner. Schon heute ist fast jeder Vierte über 60 Jahre alt. Die Bevölkerung altert und schrumpft rasant. Würden die Grenzen heute geschlossen, gäbe es 2050 nur noch 58 Millionen Einwohner in Deutschland. 40 Prozent von ihnen wären über 60. Der Zeitpunkt ist nicht mehr allzu fern, an dem die Mehrheit der Bevölkerung älter als 60 Jahre ist.

Seit den 1970er Jahren bringen die Frauen in Deutschland nicht mehr genügend Kinder zur Welt, um die Elterngeneration zu ersetzen. Erstmals 1973 starben in der Bundesrepublik mehr Menschen als im selben Jahr geboren wurden.

Seither sinkt die Bevölkerungszahl beständig. Wenn es so weiter geht, dann werden schon 2050 nur noch halb so viele Menschen in Deutschland geboren, wie jährlich sterben. Und es gibt so gut wie keine Möglichkeit, etwas daran zu ändern, dass es so weiter geht.

Während in der Müttergeneration der jungen Frauen von heute nur jede Zehnte kinderlos blieb, bleibt heute schon jede dritte Frau kinderlos. Bei den Akademikerinnen bleiben sogar 40 Prozent ihr Leben lang kinderlos. Für eine Umkehr dieses Trends ist es längst viel zu spät.

Deutschland verliert bis 2030 ein Sechstel seiner Einwohner, die Bevölkerungszahl schrumpft in weniger als 20 Jahren von 82 auf 68 Millionen. Unausweichlich. Egal, was sonst geschieht. Das ist nicht mehr aufzuhalten und schon gar nicht umzukehren.

- Um die Bevölkerung in einem Land konstant zu halten, müsste jede Frau in ihrem Leben im Schnitt 2,1 Kinder zur Welt bringen. Sie ersetzt damit sich selbst und ihren Partner. Hinzu kommt noch eine "Sicherheitsreserve" für Kinder, die sich später selbst nicht fortpflanzen oder vorher sterben. Das letzte Jahr, in dem dieser Wert in Deutschland erreicht wurde, war 1970. Ihren höchsten Wert seit dem zweiten Weltkrieg erreichte die Fruchtbarkeit der Frauen 1964 mit durchschnittlich 2,54 Kindern. Danach sank die Kinderzahl nur noch. Die Antibabypille begann zu wirken.

Durch den Geburtenrückgang verliert Deutschland in jeder Generation ein Drittel der Bevölkerung. Bis 2050 wird sich die Zahl der 20-Jährigen fast halbieren, der Anteil der Menschen im aktiven Alter zwischen 20 und 60 Jahren wird auf etwa 40 Prozent sinken. Selbst wenn die Geburtenrate in den nächsten 20 Jahren wieder von 1,6 (heute)^[1] auf 2,0 Kinder pro Frau anstiege - was sehr unwahrscheinlich ist -, würde es bis 2080 dauern, bevor die Zahl der Geburten- und Todesfälle wenigstens wieder gleich hoch wäre.^[2]

Noch verschleiert Zuwanderung die volle Dramatik des Schwunds. In den letzten 50 Jahren kamen im Schnitt jährlich 253.000 Zuwanderer mehr ins Land, als Abwanderer es verließen - nur deshalb ist Deutschlands Einwohnerzahl bis dato noch nicht geschrumpft, sondern sogar leicht gewachsen.

Auch Maßnahmen, die wieder zu einer höheren Geburtenrate führen würden, könnten nur bewirken, dass eine Umkehr erst nach Jahrzehnten eintritt. Da aber bisher keine dieser Maßnahmen auch nur in die Wege geleitet wurden, geht es weiter abwärts wie bisher. Unausweichlich, unvermeidlich und unaufhaltsam.

Die Geburtenziffern sinken in allen Industriestaaten - in Deutschland seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Damals brachten Frauen durchschnittlich 4,6 Kinder zur Welt. Bereits 1915 war das Geburtenniveau auf 2,9 Kinder je Frau gefallen. Für Bevölkerungswachstum reichte das allemal aus. Erst mit der Erfindung der empfängnisverhütenden Pille stürzte die Geburtenziffer steil ab.

Über 200 Milliarden Euro mal eben in den Sand gesetzt

An fehlender Förderung kann das nicht liegen: Dank Kindergeld, Elterngeld, Erziehungsprämie, Steuervorteilen und Anrechnung der Erziehungszeiten in der Rente geht es deutschen Eltern vergleichsweise gut. Im Umkehrschluss bedeutet das auch: Selbst mit groß angelegten Sozialprogrammen und massiven Steuererleichterungen ist der Bevölkerungsrückgang nicht zu bremsen.

Vier Jahre lang ließ das Bundesfamilienministerium rund 100 Wissenschaftler an einer Studie arbeiten, die den höheren Nutzen der deutschen Familienförderung akribisch untersuchte. Deutschland gibt dafür so viel Geld wie kaum ein anderes Land aus. Die rund 150 verschiedenen Zuschüsse - darunter Elterngeld, Kindergeld oder Steuerfreibeträge - lässt sich der Staat über 200 Milliarden Euro kosten. Jeden Euro stellten die Wissenschaftler auf den Prüfstand. Fazit: Der Nutzen ist gleich null.

Doch was noch viel schlimmer ist: Drei Viertel aller Leistungen sind gesetzlich so festgezurrt, dass sie nicht verändert werden könnten. Auch fallen beispielsweise Witwenrenten für Staatsdiener unter die Regelungen, wenngleich sie mit Familienpolitik wenig zu tun haben. Zugleich sind Leistungen wie das Kindergeld und das Ehegattensplitting bei den Empfängern äußerst beliebt. Man kann sie aus politischen Gründen nicht einfach abschaffen, auch wenn sie nichts taugen, heißt es in der Studie selbst.

Das sollte man sich schon einmal auf der Zunge zergehen lassen: Der Staat verpulvert über 200 Milliarden Euro und stellt in einer von ihm selbst in Auftrag gegebenen Studie fest, dass die verpulvert sind. Schon das ein Skandal. Doch dann sagt er auch noch: Kann man nix machen. Die Leute haben sich an den Geldsegen gewöhnt. Den kann man jetzt nicht einfach abstellen. So funktioniert verantwortungsvolle Politik.

- Nur um die ohnehin schon stark gealterte Bevölkerung bis 2050 wenigstens konstant zu halten, bräuchte Deutschland nach einer Studie der Vereinten Nationen eine jährliche Nettozuwanderung von mindestens 344.000 Menschen. Damit wäre aber nur erreicht, dass die Bevölkerung nicht weiter schrumpft. Sonst gar nichts.
- Um auch die Wirtschaftskraft des Landes dauerhaft auf dem bestehenden Niveau zu erhalten und die Zahl der 15- bis 64-Jährigen, also der Rentenzahler, wenigstens konstant zu halten, müssten jährlich 458.000 Zuwanderer nach Deutschland kommen - also rund eine halbe Million. Diese Einsicht scheint nun allmählich - wenn auch mit ungebührlicher Verspätung - der Bundesregierung zu dämmern, wenn auch noch nicht abzusehen ist, welche Konsequenzen sie daraus ziehen wird oder ob sie überhaupt eine einzige Konsequenz daraus ableiten wird.

Nach dem Demografiebericht 2011 der Bundesregierung ist jedenfalls damit zu rechnen, dass die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter von heute rund 50 Millionen bis 2050 auf fast die Hälfte sinkt: auf 26,5 Millionen. Ohne wesentlich höhere Einwanderung droht in Deutschland ein dramatischer Rückgang an Arbeitskräften und damit Rentenzahlern; denn selbst wenn von 2020 an jährlich 200.000 Menschen nach Deutschland zögen, würde die Zahl der Erwerbsfähigen bis 2050 auf 39 Millionen sinken. Um das Beschäftigungspotenzial auf dem Stand von 2004 zu halten, sind nach dem Bericht jährlich 500.000 Zuwanderer nötig.

- Mit anderen Worten: Nur um die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland auf der Höhe zu halten, auf der sie sich jetzt befindet, müssten ab sofort jedes Jahr 500.000 Einwanderer nach Deutschland kommen. Die kommen aber nicht. Und es fragt sich, ob die Bundesregierung nun ihrer eigenen Einsicht folgt und die Zuwanderung gezielt und systematisch fördert. Bislang gibt es dafür keinerlei Zeichen; denn die Politiker aller Richtungen tönen noch immer, Deutschland sei kein Einwanderungsland.

Ab 2015 verliert die deutsche Wirtschaft jedes Jahr rund 250.000 Mitarbeiter, und Deutschland droht ein massiver Fachkräftemangel. Dann fehlen aber bereits drei Millionen Arbeitskräfte am Markt. Ohne Zuwanderung wird der Wohlstand sinken, und die Lebensarbeitszeit müsste auf mindestens 70 Jahre verlängert werden.

Da die Lage in den meisten europäischen Ländern ähnlich ist, kann man mit einer Zuwanderung aus Europa kaum rechnen. Das Gros der Zuwanderer müsste von weiter her kommen. Und allein bei dem Gedanken stehen jedem ordentlichen Fremdenfeind und Rassisten schon heute die Haare zu Berge...

- Um den Altenquotient auf demselben Niveau wie heute zu halten - also das Verhältnis der Anzahl älterer Menschen zur Anzahl jüngerer Menschen - wären sogar über drei Millionen Zuwanderer pro Jahr nötig. Dann allerdings müsste die deutsche Bevölkerung bis 2050 auf 300 Millionen Menschen wachsen, von denen dann bereits die meisten, 80 Prozent, Zuwanderer oder Nachkommen von Zuwanderern wären.

Diese Rechenbeispiele zeigen das Ausmaß der Herausforderung, die Deutschland schon in Kürze bewältigen muss: Nur um die Altersstruktur des Landes auf dem gleichen Niveau wie heute zu halten und dafür zu sorgen, dass in einem halben Jahrhundert den Heerscharen von Rentnern genauso viele Erwerbsfähige gegenüberstehen wie heute, wäre eine Zuwanderung in astronomischen Dimensionen vonnöten. In Deutschland müsste der Immigrantenüberschuss jedes Jahr netto 3,63 Millionen Zuwanderer betragen. Doch dann läge der Ausländeranteil in 50 Jahren nicht mehr bei 9, sondern bei 80 Prozent.

Das sind zwar Zahlenspielereien, aber leider keine lustigen. Denn diese geradezu absurd hohen Zahlen zeigen eines ganz klar: Das kann und wird so nicht gehen. Deutschland braucht zwar dringend Zuwanderung junger qualifizierter Arbeitskräfte. Und es besteht auch kein Zweifel, dass Zuwanderung helfen kann, die Rentensysteme zu stabilisieren. Aber sie wird das niemals in dem Maße leisten können, das zu einer vollständigen Abwendung des Alterungsprozesses nötig wäre. Man wäre ja schon froh, wenn wenigstens das Minimum einer geordneten, durchdachten und organisierten Einwanderung möglich wäre. Aber selbst das haben die demokratischen Politiker mit ihren billigen Wahlkampfparolen verbockt.

Das Renten- und Gesundheitssystem hält dem Druck des demografischen Wandels schon heute nicht mehr stand; denn die Sozialversicherungen sind umlagefinanziert und für eine *stabile Bevölkerung und Altersstruktur* ausgelegt. Doch die Bevölkerung hält sich nicht an die Erfordernisse der Sozialversicherungen und ist instabil. Und die demografischen Herausforderungen der Zukunft betreffen längst nicht mehr nur die längerfristige Funktionsfähigkeit der umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme. Sie werden die gesamte gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Realität ebenso wie den konkreten Lebensalltag jedes Einzelnen einschneidend verändern.

Das Wachstum der Bevölkerung hängt von drei Faktoren ab: (1) der Zahl der Geburten, (2) der Lebenserwartung und (3) dem Saldo zwischen Zu- und Abwanderung.

Die Möglichkeiten des Staats, darauf Einfluss zunehmen, sind begrenzt. Auf die Lebenserwartung der Menschen hat er keinen Einfluss. Sie hängt von der Lebensweise der Leute und vom medizinischen Fortschritt ab. Würde etwa der Krebs in den nächsten Jahrzehnten vollständig besiegt, könnte sich die durchschnittliche Lebensdauer um bis zu fünf Jahren verlängern. So absurd das klingen mag, aber im Hinblick auf die demografische Entwicklung der nächsten Jahrzehnte käme das einer Katastrophe gleich.

Ob die Gebärfreudigkeit mit familienfreundlichen Maßnahmen wie Elterngeld, besserer Kinderbetreuung oder günstigeren Arbeitsbedingungen für Eltern erhöht werden kann, ist inzwischen nicht einmal mehr zweifelhaft. Es gibt keine Hinweise darauf, dass Familienpolitik die Geburtenentwicklung beeinflussen kann. Das Elterngeld hat sich in Deutschland auf jeden Fall nicht positiv ausgewirkt. Die Zahl der Geburten sank trotz Elterngeld unverdrossen weiter.

Mit Fremdenfeindlichkeit ist eine geordnete Zuwanderung nicht zu kriegen

Wirklich beeinflussen kann die Politik nur den Zuzug von Ausländern. Sonst so gut wie nichts. Er ist das einzige Instrument, das der Politik überhaupt zur Verfügung steht, um den demografischen Wandel zu beeinflussen. Deshalb ist es so wichtig, dass gegen eine Zuwanderung nicht fremdenfeindliche Stimmung gemacht wird, sondern die pragmatische Suche nach Lösungen - wenn auch mit Verspätung - beginnt.

Da unter den drei demografischen Größen allein die Zuwanderung am nachhaltigsten und leichtesten beeinflussbar ist, sollte man meinen, dass die Politiker aller Couleurs dieses Instrument im Vollbewusstsein ihrer hohen Verantwortung virtuos einsetzen, um die Zukunft dieses Landes proaktiv zu gestalten.

Doch weit gefehlt. Sie lehnen es ab, sich damit auch nur zu beschäftigen. Sie pflegen stattdessen eine dumpfe Ignoranz. Dabei könnte Zuwanderung sowieso nicht viel mehr als eine Hilfe bieten, die Belastungsspitzen für kommende Generationen zu brechen - mehr aber auch nicht.

Für ein Volk, das so wenige Kinder wie die Deutschen bekommt, wäre eine erhebliche Zuwanderung ein Segen, und es sollte sich Einwanderung dringend wünschen und sie vor allen Dingen ordentlich organisieren und nicht einfach passieren lassen. Es braucht sie dringend, um das eigene Überleben und den eigenen Wohlstand zu sichern.

Doch stattdessen wurden bisher immer mehr Barrieren aufgebaut. Und die breite Bevölkerung gefällt sich in dumpfer Fremdenfeindlichkeit. Die deutsche Baby-Baisse ist längst offenkundig, nur geschehen ist nichts. Die Problemignoranz der Politik hat den demografischen Wandel ausgeblendet, obwohl dessen Konsequenzen für Familien, Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme und Wanderungen schon seit Jahrzehnten bekannt und bis ins Detail dokumentiert sind.

Bei dem bisschen Zuwanderung, das Deutschland in den zurückliegenden Jahren hatte und noch heute hat, besteht das Hauptproblem allerdings darin, dass sie *viele Jahrzehnte lang nicht über den Arbeitsmarkt gelenkt* wurde. Zuwanderung ist einfach so passiert, ohne dass sie von der deutschen Politik her in irgendeiner Weise gelenkt oder gar organisiert war. Da die Politiker aller Richtungen sich mit der Situation nicht befasst haben, konnten sie die Verhältnisse auch nicht gestalten. Sie rollte über sie hinweg.

Wenn immer langfristige Perspektiven und Planungen gefordert sind, greifen die Politiker auf die altbewährten "Strategien" des Durchwurstelns zurück. Das jedoch ist verantwortungslos gegenüber der eigenen Bevölkerung und ein folgenschwerer Fehler, den allerdings immer noch die Migranten mehr ausbaden müssen als die eingeborenen Deutschen; denn denen werfen manche Leute mangelnde Integration und gar ihre Herkunft aus Anatolien vor.

Dabei wäre es von Anfang an so wichtig gewesen, den Zustrom von Migranten zu steuern und zu kontrollieren, um zu erreichen, dass vor allem Personen zuwandern, die der deutsche Arbeitsmarkt wirklich braucht. Doch in einer politischen Landschaft, in der es für die Politik einfacher ist, sich ignorant an Problemen vorbei zu schummeln, statt sie aktiv in Angriff zu nehmen, ließ sich das nicht machen. Dieses Land braucht aber - wie jedes andere Land - eine lösungsorientierte Politik und kein albernes Wahlkampfgetöse.

Mal gab es massenhaft Familienzusammenführung aus der Türkei, mal kamen wahre Scharen von Spätaussiedlern aus Kasachstan. Dynamik und Ausmaß des Familiennachzugs wurden lange unterschätzt. Heute ist er noch immer die stärkste Säule der Zuwanderung.

Da die verantwortungslose Bande von Politikern bis in das 3. Jahrtausend hinein nichts Besseres wusste, als stets aufs Neue die alte Leier abzunudeln, Deutschland sei kein Einwanderungsland, brauchte man sich ja vermeintlich auch gar nicht um die Zuwanderer zu kümmern. Die gab's ja gewissermaßen gar nicht. In einem Land, das kein Einwanderungsland ist, gibt's ja auch keine Einwanderer, oder?

Tatsächlich sind seit 1955 insgesamt 31 Millionen Menschen nach Deutschland eingewandert. 22 Millionen Menschen verließen das Land. Die Nettozuwanderung liegt im Schnitt bei rund um 200.000 Personen jährlich.

Deutschland nimmt de facto, bezogen auf die Einwohnerzahl, zwei bis drei Mal mehr Einwanderer auf als die USA. Mit neun Prozent der Wohnbevölkerung ist der Ausländeranteil in Deutschland doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt.

Die Bundesrepublik ist ein Einwanderungsland, weigert sich aber seit Jahrzehnten, daraus die politischen Konsequenzen zu ziehen. Das Land geht dabei Stück für Stück vor die Hunde, aber der politischen Kaste geht es weiterhin bestens...

Deutschland ist seit Jahrzehnten Zuwanderungsland

Darüber schreibt der deutsche Historiker Hans-Ulrich Wehler in seiner monumentalen "Deutschen Gesellschaftsgeschichte 1949-1990" [3]:

Im Gesamteffekt weist die Bundesrepublik zwischen 1950 und 2000 - in relativer Größenordnung - die weltweit höchsten Zuwanderungsraten auf. Um 1990 besaß sie - erneut relativ - mehr im Ausland geborene Einwohner als die USA. In den ersten vierzig Jahren ihrer staatlichen Existenz übertraf sie damit den klassischen Einwanderungsrekord, den die ‚New Immigration‘ in die Vereinigten Staaten zwischen 1910 und 1913 bisher markiert hatte.

Die konstante Entwicklung der Migration nach Deutschland zeigt, wie absurd die Latrinenparole "Wir sind kein Einwanderungsland" ist. Bei der Einwanderung nimmt Deutschland in jeder Hinsicht einen vorderen Platz ein: Nach den USA leben in Deutschland auch in absoluten Zahlen weltweit gemessen die meisten Migrantinnen und Migranten. Erst in den letzten Jahren ging die Migration nach Deutschland stark zurück.

Die Alterung führt dazu, dass immer weniger Beitragszahler einer wachsenden Zahl von Rentnern gegenüberstehen. Nachdem die Politik dieses Problem jahrzehntelang einfach geleugnet hatte (Norbert Blüm: "Die Rente ist sicher!"), ergriff sie in den 1990er Jahren wenigstens einige Maßnahmen, die das Rentenniveau für künftige Rentnergenerationen senkten: Einführung der Rente mit 67, eines demografischen Faktors, der die Rentensteigerungen senkt und die Einführung kapitalgedeckter Altersvorsorgeangebote wie der Riester-Rente.

Jedoch ohne eine tief greifende Reform an Haupt und Gliedern wird das Rentensystem die vor ihm liegenden Jahrzehnte nicht überleben. Dasselbe gilt für das Gesundheitswesen und die Altenpflege.

Sie müssen sich auf wachsende Zahlen pflegebedürftiger Menschen und sinkende Zahlen von Betreuern für deren Pflege einstellen. Auch bei der Pflegeversicherung wird der demografische Wandel zu steigenden Beitragssätzen führen. In der Gesetzlichen Krankenversicherung bestehen im Gegensatz zur Privaten Krankenversicherung keine Alterungsrückstellungen. Folglich sind Beitragssteigerungen unvermeidlich.

Schon heute entfallen 15 Prozent der Steuern, die die Bundesländer einnehmen, auf die Versorgung ihrer Ruheständler. Der Anteil wird nach Prognosen des Freiburger Ökonomen Bernd Raffelhüschen

erheblich wachsen. Mitte der 2020er Jahre sieht er eine wahre Welle auf Deutschland zurollen. Dann nämlich verabschieden sich all jene Beamten in den Ruhestand, die der Staat in den 1970er und 1980er Jahren eingestellt hat. Allein zwischen 1970 und 1980 rekrutierten Bund, Länder und Gemeinden so viele, dass sich in diesen zehn Jahren die Personalausgaben auf rund 75 Milliarden Euro verdreifachten.

Raffelhüschen ermittelt regelmäßig für die industrienähe Stiftung Neue Soziale Marktwirtschaft, welche finanziellen Verpflichtungen der Staat und die Sozialversicherungen eingehen, ohne dafür irgendwelche Rücklagen für den Zeitpunkt zu bilden, an dem die Leistungen fällig werden. Es ist die Bilanz der wahren Schulden, die auf Deutschland lasten.

Zu den über 2 Billionen Euro Schulden, die die deutsche Finanzstatistik bereits heute ausweist, kommen weitere 4,6 Billionen Euro, die Rentnern, Kranken und Pflegebedürftigen in Zukunft zustehen - und die nirgendwo erfasst sind. Die tatsächliche Verschuldung der Bundesrepublik entspricht demnach gar nicht 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, wie es offiziell heißt, sondern 276 Prozent.

Ausgerechnet für die Baby-Boomer-Generation haben die Sozialkassen keinen Cent zurückgelegt, sie leben von der Hand in den Mund. Dadurch entstehen künftigen Generationen erhebliche finanzielle Lasten. Neben der Rente nimmt die Krankenversicherung den größten Posten in dieser Rechnung ein. Hier allein fehlen zwei Billionen Euro. Die unabwendbare Alterung der Gesellschaft wird das Problem noch verschärfen. Mit dem Alter, genauer: mit der Zahl der Alten, steigen nämlich die Ausgaben für Gesundheit dramatisch an.

Ein unter 65-jähriger Erwerbstätiger kostet die gesetzliche Krankenkasse monatlich im Schnitt 134 Euro. Wer älter ist, kommt mit 379 Euro auf fast dreimal so hohe Ausgaben. Die Konsequenz: Auf jedem Bundesbürger lastet ein unsichtbarer Berg von Sozialversicherungsschulden. Um ihn abzutragen, müsste er zeit seines Lebens jeden Monat 307 Euro an den Staat überweisen. Alles nur, weil der Staat finanzielle Versprechungen macht, die er nicht erfüllen kann. Er preist seine Versprechungen sogar noch als Wohltaten, doch aufkommen müssen die Bürger dafür. Die Methode hat System, seit Generationen schon.

Der demografische Wandel führt dazu, dass die staatliche Infrastruktur der geänderten Nachfrage angepasst wird. In Kindergärten und Schulen gehen die Kinderzahlen zurück. Zwar gibt es kleinere Klassen, aber zugleich auch höhere Kosten für immer weniger Steuerzahler. Schulen und Kindergärten müssen verkleinert und zusammengelegt werden. Auf dem Lande verringert sich das Angebot an Bildungseinrichtungen. Umgekehrt besteht der Bedarf an zusätzlichen Einrichtungen und Kapazitäten in Altenarbeit und Altenpflege.

Mit einer schrumpfenden Bevölkerung und sinkender Zahl der Erwerbstätigen muss sich das Wirtschaftswachstum zwangsläufig verringern. Der demografische Wandel betrifft alle Ebenen der Gesellschaft und der Politik: die europäische, die bundes- und die landespolitische Ebene ebenso wie die Kommunen, Unternehmen und Familien.

Schon 2020 werden die 50- bis 65-Jährigen mit knapp 20 Millionen die stärkste Gruppe in der arbeitsfähigen Bevölkerung sein, während die 35- bis 50-Jährigen dann nur noch 15 Millionen Menschen umfassen werden. In den nächsten vier Jahrzehnten sinkt die Zahl der Erwerbstätigen um rund 10 Millionen Menschen.

Ohne Zuwanderung aus dem Ausland würde Deutschlands Bevölkerung bereits seit langem rapide schrumpfen. Jährlich kommen im Mittel etwa 800.000 Menschen nach Deutschland, während 600.000 das Land verlassen; bleiben also 200.000. Aber sie können den Bevölkerungsrückgang nur aufhalten, nicht auffüllen. Ohne sie würden in Deutschland 2050 sogar nur noch höchstens 55 statt 68 Millionen Menschen leben.

In den letzten Jahren ging der Wanderungsgewinn zurück und reichte nicht einmal mehr aus, den Überschuss der Sterbefälle über die Geburten auszugleichen. Erst 2011 erzielte Deutschland wieder einen Überschuss um 0,1 Prozent. Wahrscheinlich eher ein statistischer Ausreißer; denn die Bevölkerungszahl sinkt seit 2003 kontinuierlich.

Langfristig wird die sich immer weiter öffnende Schere zwischen der Zahl der Geborenen und Gestorbenen nicht durch Zuwanderung zu schließen sein; dazu wären weit höhere Wanderungsüberschüsse nötig als in der Vergangenheit. Dieser Effekt wird durch die zunehmende Lebenserwartung der Älteren noch verstärkt.

Deutschland braucht dringend Zuwanderung aus dem Ausland

Die gesamte Wanderungsbilanz war in Deutschland seit 1991 mit Ausnahme einzelner Jahre positiv und bewegte sich in unterschiedlichen Zeiträumen zwischen 129.000 Personen und 354.000 Personen jährlich. Von 2003 bis 2007 ging der jährliche Saldo aus Zu- und Fortzügen auf durchschnittlich 74.000 Personen deutlich zurück. Dies war auf höhere Fortzüge der Deutschen, das Versiegen der Zuzüge von deutschen Aussiedlern und die abgeschwächten Zuzüge von Ausländern zurückzuführen.

Vor allem die Zuzüge nach Deutschland schwanken stark, während die Fortzüge im Zeitverlauf relativ stabil bleiben. Da die zuziehenden Menschen in der Regel jünger als die fortziehenden sind, wird die Bevölkerung durch die Außenwanderung quasi "verjüngt".

Die seit 2011 geltende volle Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den Staaten, die 2004 der Europäischen Union (EU) beitraten, wirkt sich augenscheinlich nur kurzfristig aus. Immerhin stieg die Zuwanderung nach Deutschland im ersten Halbjahr 2011.

Die Finanz- und Schuldenkrise ließ insbesondere viel mehr Einwanderer aus Griechenland und Spanien nach Deutschland kommen, und der Wegfall der letzten Beschränkungen für den freien Zugang zum Arbeitsmarkt für EU-Bürger führte dazu, dass deutlich mehr Menschen aus Ländern wie Polen, Ungarn, der Slowakei, Bulgarien und Rumänien nach Deutschland zogen. Allein 2012 und 2013 wanderten mit rund 368.000 und 400.000 Menschen mehr Menschen nach Deutschland ein, als das Land verließen.

Der Geburtenrückgang in Deutschland und anderen Ländern ist von epochalem Ausmaß. Ohne Zweifel ist die Alterung der Bevölkerung die bei weitem größte Herausforderung für die Politik der kommenden Jahrzehnte. Nur hat sie selbst das noch nicht begriffen und stellt sich der Herausforderung nicht.

Wenn es darum geht, Maßnahmen zu ergreifen, die den Wohlstand der Bevölkerung und die Renten sichern, fällt ihr außer "Elterngeld" und "Herdprämie" nichts ein. Das Prinzip ist einfach: Es geht darum Gelder in der Gegend zu verstreuen, über das sich möglichst viele Angehörige der eigenen Klienteles freuen. Ob die irgendeinen vernünftigen Sinn oder Zweck haben, ist zweitrangig.

Das hängt in starkem Maße mit der generellen Kurzatmigkeit von Politik in repräsentativen Demokratien zusammen, die sie wirksam daran hindert, vorausschauend zu planen oder nur zu denken.

Ziel und Zweck der Veranstaltung ist es, Gelder zu verteilen, um als guter Onkel und gute Tante des demokratischen Provinzialismus ein hübsches Image zu bekommen und bald wiedergewählt zu werden. So fährt die Politik der entwickelten repräsentativen Demokratien nach und nach jedes Land an die Wand.

Wolfgang J. Koschnick 19.05.2014

Deutschland verschwendet ein Potenzial menschlicher Fähigkeiten durch Beharren auf dem völkischen Mantra "Wir sind kein Einwanderungsland". Ein wachsender Teil der nach Deutschland zugewanderten Menschen lebt in problematischen Verhältnissen. Überdurchschnittlich viele von ihnen sind auf staatliche Unterstützung angewiesen. Das ist ein Versagen der Politik, die nicht rechtzeitig die richtigen Weichen gestellt hat, und nicht etwa der genetisch minderbemittelten, bildungsfernen Araber und Türken - wie Thilo Sarrazin das gern behauptet. Die Politiker aller Parteien haben die Dramatik der Situation nicht einmal verkannt. Sie haben sie ignoriert. Sie wollten nichts davon wissen. Helmut Kohl hat noch 1983 allen Ernstes die Forderung formuliert: "Die Zahl der Ausländer in Deutschland muss halbiert werden." Dabei brauchen die Konservativen, die Sozialdemokraten und die Liberalen einander - wie so oft - nichts vorzuwerfen. Sie sind alle auf derselben dummlich-populistischen Welle geschwommen und schwimmen dort noch immer.

Erst 2004 kam es zur Verabschiedung eines Zuwanderungsgesetzes mit der offiziellen Bezeichnung "Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern". 2005 trat es in Kraft.



Das Gesetz erhebt zwar den Anspruch, die Einwanderung zu regeln, tatsächlich enthält es jedoch kaum neue Möglichkeiten dafür. Noch nicht einmal der Begriff "Einwanderung" kommt darin überhaupt vor. Es ist die übliche Mogelpackung, mit der sich die Politik seit den 1970er Jahren bisher aus jeder Verantwortung gestohlen hat.

Vor allem lässt das Zuwanderungsgesetz die Zuwanderung qualifizierter Arbeitnehmer nicht zu. Hier wirkt die "Zuwanderungspolitik" seit den 1970er Jahren nach, als nach dem Anwerbestopp statt qualifizierter Arbeitnehmer überwiegend geringer qualifizierte Zuwanderer aus humanitären Gründen in das Land gelassen wurden (Familienzusammenführung, Bürgerkriegsflüchtlinge, Asylbewerber).

Das hätte man sinnvoll mit Zuwanderung von Arbeitskräften ergänzen können. Hat man aber nicht. Das hätte auch die spätere Zuwanderungsdebatte entschärft, weil die positive Wirkung von Zuwanderung deutlicher geworden wäre. Auch diese Chance wurde verpasst.

Bis in die frühen 1990er Jahre hinein lag die jährliche Bruttozuwanderung zum Teil über einer Million, und die Nettozuwanderung übertraf 600.000 Menschen. Dennoch leierten die Politiker immer dieselbe Redensart herunter, dass Deutschland kein Einwanderungsland war und deshalb auch kein Einwanderungsgesetz brauchte.

Angesichts der realen Zahlen wäre das ein - wenn auch primitiver - Witz gewesen, wenn daran irgendetwas gewesen wäre, worüber man lachen könnte. Aber es fehlte eine Pointe. Denn es war nur ein besonders bestürzendes Zeichen einer gnadenlosen, ja geradezu barbarischen Verbohrtheit, die darauf zurückzuführen ist, dass der "Weitblick" demokratischer Politiker immer nur bis zum nächsten Wahltermin reicht.

Seit 2010 ziehen nach Angaben des Statistischen Bundesamts (Destatis) wieder deutlich mehr Menschen nach Deutschland zu. 2013 lag der Saldo von Zu- und Abwanderern nach einer Hochrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sogar bei plus 400.000. Das entspricht einem Plus von mehr als zehn Prozent im Vergleich zu 2012 und ist der höchste Zuwanderungssaldo seit 1993.

Zu- und Abwanderung 1993 bis 2012			
Jahr	Zugezogene	Fortgezogene	Saldo
2012	1.080.936	711.991	368.945
2011	958.299	678.969	279.299
2010	798.241	670.606	127.635
2009	721.000	734.000	-13.000
2008	682.000	738.000	- 56.000
2007	680.766	636.854	43.912
2006	661.855	639.064	22.791
2005	707.352	628.399	78.953
2004	780.175	697.632	82.543
2003	768.975	626.330	142.645
2002	842.543	623.255	219.288
2001	879.217	606.494	272.723
2000	841.158	674.038	167.120
1999	874.023	672.048	201.975
1998	802.456	755.358	47.098
1997	840.633	746.969	93.664
1996	959.691	677.494	282.197
1995	1.096.048	698.113	397.935
1994	1.082.553	767.555	314.998
1993	1.277.408	815.312	462.096

Quelle: Deutsches Bundesamt für Statistik

Während Politiker und die breite Bevölkerung sich noch in dumpfer Fremdenfeindlichkeit die Köpfe über die Bedrohung der deutschen Integrität aus dem Ausland heiß reden, war die Zuwanderung nach Deutschland teilweise sogar rückläufig.

Anders als für die USA, die sich als Schmelztiegel begreifen, in dem jeder Einwanderer eine Chance bekommt, ist die Migrationsbilanz für Deutschland nicht sehr positiv. Während in den USA Zuwanderer mit einer besonderen Dynamik zur Wirtschaftskraft beitragen und die Wissensgesellschaft bereichern, profitiert Deutschland von einem großen Teil seiner Zuwanderer längst nicht so, wie es möglich wäre.

Das Land verschwendet ein Potenzial menschlicher Fähigkeiten. Ein wachsender Teil der nach Deutschland zugewanderten Menschen lebt in problematischen Verhältnissen. Überdurchschnittlich viele von ihnen sind auf staatliche Unterstützung angewiesen. Das ist ein Versagen der Politik, die nicht rechtzeitig die richtigen Weichen gestellt hat, und nicht etwa der genetisch minderbemittelten, bildungsfernen Araber und Türken - wie Thilo Sarrazin das gern behauptet.

Die Zahl der Ausländer in Deutschland muss halbiert werden.

Ausländerfeindlichkeit schlug sich Anfang der 1980er Jahre in Bürgerinitiativen für einen "Ausländer-Stopp" nieder. Unter Androhung von Anschlägen und mit Parolen "Deutschland den Deutschen!" versuchte beispielsweise 1982 in Baden-Württemberg eine ausländerfeindliche Gruppe, Firmen zu erpressen. Sie verlangte die Entlassung ausländischer Arbeitnehmer.

"Ausländer 'raus" als Devise der offiziellen Politik

Nach dem Wechsel zur CDU/CSU/FDP-Koalition nahm die Ausländerpolitik in den Koalitionsvereinbarungen 1982 einen breiten Raum ein. In seiner Regierungserklärung am 13. Oktober 1982 nannte Bundeskanzler Helmut Kohl die Ausländerpolitik sogar einen der vier Schwerpunkte seines "Dringlichkeitprogramms", gleichberechtigt mit der Wirtschafts- und Außenpolitik.

Die Bundesregierung setzte eine Kommission "Ausländerpolitik" ein. Nach zahlreichen Ankündigungen beschloss die Bundesregierung am 22. Juni 1983 einen "Gesetzentwurf zur befristeten Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern".

Und so kommt eine tragische Verkettung von Politikerignoranz und dumpfer Fremdenfeindlichkeit von Teilen der Bevölkerung ins Spiel. Die Politiker verstanden instinktiv schon früh, dass die breite Bevölkerung alles Fremde und Fremdartige dumpf ablehnt und begriffen das als einmalige Chance. Es bildete sich eine unheilige Allianz zwischen breiten Schichten der Bevölkerung und Politikern, die vor allem in Demokratien als Herrschaftsinstrument taugt.

So mobilisierten sie in den 1970er, 1980er, 1990er und auch noch 2000er Jahren eine tumbe Ablehnung gegen Ausländer und insbesondere gegen Türken und gegen Moslems. Das wäre bloß primitiv, wenn dadurch nur niederträchtige Emotionen und latenter Rassismus mobilisiert worden wäre. Aber auf dem Spiel steht diese Zukunft dieses Landes, und die hat ohne eine stärkere und intelligent organisierte Zuwanderung als heute überhaupt keine Chance.

Regierungsamtliches Sprücheklopfen gegen Ausländer

Bundeskanzler **Ludwig Erhard** 1965 bei nur 1,2 Millionen Ausländern:

"Der deutsche Arbeitsmarkt ist erschöpft. Die Heranziehung von noch mehr ausländischen Arbeitskräften stößt auf Grenzen. Nicht zuletzt führt sie zu Kostensteigerungen und zusätzlichen Belastungen unserer Zahlungsbilanz."

Bundeskanzler **Willi Brandt** in seiner Regierungserklärung 1973:

"In unserer Mitte arbeiten fast 2,5 Millionen Menschen anderer Nationen. Es ist aber notwendig geworden, dass wir sehr sorgsam überlegen, wo die Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft erschöpft ist und wo soziale Vernunft und Verantwortung Halt gebieten. Wir dürfen das Problem nicht dem Gesetz des augenblicklichen Vorteils überlassen!"

Bundeskanzler **Helmut Schmidt** gegenüber Zeitungsverlegern:

"Mit weit über 4 Millionen Ausländern ist die Aufnahme der deutschen Gesellschaft erschöpft, wenn nicht ganz große Probleme entstehen sollen....Mehr als 4,5 Millionen Ausländer können wir mit Anstand nicht verdauen..."

Und 1975:

"Beim Zuzug von Gastarbeiter-Angehörigen ist die zulässige Grenze inzwischen erreicht und in manchen Fällen bereits überschritten. Ich warne vor einem Nationalitäten-Problem in der Bundesrepublik

Deutschland!"

1980: "Die Bundesrepublik soll und will kein Einwanderungsland werden!"

Und: "Wir haben 4 Millionen Ausländer, wir wollen keine 6 Millionen!"

In der "Zeit" vom 5. Februar 1982: "Mir kommt kein Türke mehr über die Grenze!"

In einer DGB-Veranstaltung seines Hamburger Wahlkreises vom November 1981:

"Wir können nicht mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag!"

Auf dem SPD-Wahlparteitag in Hessen:

"Es ist ein Fehler gewesen, so viele Ausländer ins Land zu holen!"

SPD-Fraktionschef **Herbert Wehner**:

"Wir müssen aufpassen, dass wir nicht die Prügelknaben der Nation werden, im Hinblick darauf, dass die SPD für die zunehmenden Ausländerprobleme verantwortlich gemacht werden könnte."

CSU-Vorsitzender **Franz-Josef Strauß** in einem Brief an die Bundesbeauftragte für Ausländerfragen, Lieselotte Funke, im Sommer 1982:

"Die Bevölkerung eines Landes, das kein Einwanderungsland ist, muss erwarten dürfen, dass alle nach der Verfassung zulässigen Maßnahmen ergriffen werden, damit der Zuzug von Ausländern in engsten Grenzen gehalten wird."

Bundeskanzler **Helmut Kohl** in einem ZDF-Interview vom 3. Oktober 1982, dem ersten Tag seiner Kanzlerschaft:

"Aber es ist auch wahr, dass wir die jetzige vorhandene Zahl der Türken in der Bundesrepublik nicht halten können, dass das unser Sozialsystem, die allgemeine Arbeitsmarktlage, nicht hergibt. Wir müssen jetzt sehr rasch vernünftige, menschlich sozial gerechte Schritte einleiten, um hier eine Rückführung zu ermöglichen."

Und an anderer Stelle:

"Das Problem ist, dass wir offen aussprechen müssen, dass wir mit der Zahl der türkischen Gastarbeiter bei uns, wie wir sie jetzt haben, die Zukunft nicht erreichen können. Die Zahl kann so nicht bleiben. Sie muss verringert werden."

Indem sie dumpfe Stimmungen organisiert, unterstützt und selbst mobilisiert, trägt die Politik aktiv dazu bei, die Zukunft dieses Landes zu verspielen und dem ganzen Land zu schaden. Ohne eine stärkere Zuwanderung hat Deutschland überhaupt keine Chance. Das bedeutet allerdings auch: Mit stärkerer Zuwanderung ist die Zukunft noch längst nicht gesichert.

1990 und in den folgenden Jahren wiederholte sich die Diskussion um die Zuwanderung nach

Deutschland, wenn auch mit veränderten Rollen. Die Debatte konzentrierte sich nun auf die Asylbewerber, deren Zahl 1992 mit rund 440.000 im Bundesgebiet ihren Höhepunkt erreichte.

Wiederum schien es der CDU/CSU und den unionsregierten Bundesländern zu gelingen, das "Ausländerthema" gegenüber der SPD zu dominieren. Schließlich stimmte auch die SPD - mit dem Rücken offensichtlich zur Wand - der Grundgesetzänderung im "Asylkompromiss" zu. Das "Superwahljahr 1994" und die Befürchtung, die Legitimationsbasis in der Bevölkerung zu verlieren, spielten eine entscheidende Rolle.

Im Landtagswahlkampf von 1996 in Baden-Württemberg wiederholte sich die Einwanderungsdebatte, die früher um Türken und Asylbewerber geführt wurde. Angesichts hoher Arbeitslosigkeit, so argumentierten diesmal die Sozialdemokraten, sei es unverantwortlich, über 200.000 Aussiedler ins Land hereinzulassen.

Im schlimmsten Extrem haben Politiker latente oder auch ganz manifeste Fremdenfeindlichkeit mobilisiert, weil sie - wohl zu Recht - meinten, dass sie damit Wahlen gewinnen können. Im hessischen Landtagswahlkampf 1999 funktionierte das auf jeden Fall. Die CDU führte wegen der Reform des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts eine ausländerfeindliche Unterschriftenaktion gegen die damalige rot-grüne Bundesregierung durch und erklärte die Landtagswahl zur Volksabstimmung gegen die doppelte Staatsangehörigkeit. Bis zum Wahltag sammelte die Union nach eigenen Angaben in Hessen rund 300.000 Unterschriften unter den sechs Millionen Hessen und gewann die Wahl.

Ob Rot oder Schwarz - Alle profitieren von Fremdenhass

Der Erfolg gab ihr Recht. Mit der Unterschriftenaktion konnte Roland Koch die Stimmung im Wahlkampf polarisieren. Ihm gelang der Wahlsieg über die von Hans Eichel geführte SPD in Hessen. Koch wurde Ministerpräsident von Hessen. Im Landtagswahlkampf 1999 setzte Hessens CDU mit ihrer Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft ein für den Sieg letztlich entscheidendes Zeichen.

Zu diesem Ergebnis kam seinerzeit auch das Wahlforschungs-Institut infratest dimap:

Durch das Ausländerthema wurde die positive Bilanz der damaligen rot-grünen Landesregierung in den Hintergrund gedrängt und der in den letzten Wochen gewachsene Unmut über die neue Bundesregierung kanalisiert.

Und weil das in dem Fall so hervorragend funktioniert hat, versucht man es immer mal wieder. Als die Bundesregierung den Versuch unternahm, mit Hilfe einer Green Card ausländische Computerexperten speziell aus Indien anzuwerben, verfiel der nordrhein-westfälische CDU-Spitzenkandidat für die NRW-Landtagswahl 2000 Jürgen Rüttgers auf die verwegene Idee, im Wahlkampf mit dem Slogan "Kinder statt Inder" zu werben. In Stammtischmanier empörte er sich:

Statt sich um die Integration der hier lebenden Ausländer zu kümmern, sollen jetzt noch Hindus hinzukommen.

Ausgerechnet aus seinen eigenen Versäumnissen - bis Ende 1998 war Rüttgers als Zukunftsminister für Bildung zuständig - entwickelte er einen ausländerfeindlichen Slogan. Ausländerfeindlich, denn allerdings impliziert "Kinder statt Inder" eindeutig, dass Inder den deutschen Kindern Chancen wegnehmen.

Nur über diese Behauptung, dass die "fremden" Menschen statt der "eigenen" bevorzugt werden, erreicht der Slogan seinen Zweck. Am Ende scheiterten beide, Rüttgers verlor die Wahl und die Green Card wurde 2004 abgesetzt, doch eins blieb ungelöst: die Problematik der unzureichenden Zuwanderung.

Die Landtagswahlkämpfe in Hessen 1999 und in Nordrhein-Westfalen 2000 waren keine einsamen Ausreißer. Wie fruchtbar der Boden noch immer ist, auf dem Ausländerfeindlichkeit gedeiht, zeigt sich nicht nur an den hitzigen Debatten über die größtenteils absurden Thesen des sozialdemokratischen Ex-Bundesbankers Thilo Sarrazin über türkische und arabische Einwanderer.

Die dumpfe Ablehnung weiterer Einwanderung erlebte ja in den Jahren 2008 und 2009 einen neuen Höhepunkt, und das ausgerechnet in zwei Jahren, in denen mehr Menschen aus Deutschland auswanderten als einwanderten. Ausgerechnet während Deutschland *Auswanderungsland* war, diskutierten breite Teile der Öffentlichkeit darüber, wie schädlich doch die *Einwanderung von Ausländern* aus fremden Kulturen sei.

Das ist schon eine ziemlich absurde Situation; denn die Auswanderung tatendurstiger junger Leute aus Deutschland verschärft noch alle schon bestehenden Probleme des demografischen Wandels: Die Deutschen schaffen sich allmählich ab und klagen über ein Phantom: den Zuzug von Leuten aus fremden Kulturen, die gar nicht mehr kommen.

Natürlich darf im Chor der Zuwanderungsgegner der gerade amtierende bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef nicht fehlen. In einem Interview mit der Zeitschrift "Focus" proklamierte Horst Seehofer, die Integrationsfähigkeit von Zuwanderern hänge auch von ihrer Herkunft ab:

Es ist doch klar, dass sich Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen wie aus der Türkei und arabischen Ländern insgesamt schwerer tun. Daraus ziehe ich auf jeden Fall den Schluss, dass wir keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen brauchen.

Damit löste Seehofer zwar einen Sturm der Entrüstung aus, selbst CDU- und CSU-Politiker waren empört. Aber genau das ist ja das Ziel solcher Stürme im Wasserglas. Es geht nicht darum, in der Öffentlichkeit einen Gedanken zu lancieren, der dann nach Pro und Contra erörtert werden kann. Es geht darum, eine im Land verbreitete ausländerfeindliche Stimmung am Kochen zu halten. Da kann man auch schon mal ordentlich draufhauen. Es ist billige Stimmungsmache und üble Hetze. Hauptsache der Biertisch wird bedient.

Selbst plumpe Hetze wäre ja nur unmoralisch. Aber bei den Fragen, die der demografische Wandel über die Notwendigkeit von Zuwanderung in einer dramatisch schrumpfenden Bevölkerung aufwirft, geht es um die Zukunft Deutschlands und um die Zukunftsfähigkeit dieses Landes.

Es ist höchst einfältig und zutiefst verantwortungslos, die epochalen Probleme mit Latrinenparolen abzubügeln. Nicht weil Multi-Kulti-Begeisterung und Gutherzigkeit gegenüber Ausländern so viel edler wären. Die sind genauso verbohrte wie der dumpfe Fremdenhass.

Wenn man der deutschen Bevölkerung politisch einzureden versucht, sie könne die nächsten Jahrzehnte ohne Einwanderung wirtschaftlich, sozial und politisch überstehen, dann schadet das niemandem mehr als den Deutschen selbst. Ihnen entsteht dadurch der größte Schaden. Sie müssen vor der Verantwortungslosigkeit der Politiker am meisten geschützt werden. Sonst schaffen sich die Deutschen am Ende noch wirklich ab...

Die List der Unvernunft: Wahlen gewinnen mit Ausländerhass

Doch in der Mechanik der politisch geschürten Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit liegt eine doppelte List. Indem die Politik aller Parteien eine sinnvolle Zuwanderung und Integration von Zuwanderern aktiv behindert, schafft sie die Voraussetzungen dafür, dass viele Zuwanderer schlecht oder gar nicht integriert sind. Darüber wiederum macht sich in der Bevölkerung Unmut und Unruhe breit - wenn auch eher in Gestalt von Unmut über die Ausländer. Und damit wiederum lassen sich Wahlen gewinnen.

Wenn je das Bild vom *circulus vitiosus*, vom tückischen Teufelskreis, berechtigt war, dann in genau dieser Situation. Teuflich daran ist, dass die auf Mobilisierung dumpfen Fremdenhasses basierende Politik der primitiven Rückständigkeit und Fortschrittsfeindlichkeit in Demokratien auch mit Wahlsiegen belohnt wird. Welche List der Unvernunft! In demokratischen Systemen kann Politik, die sich gezielt jeder Vernunft entgegenstemmt und groben Unsinn erzeugt, auch noch erfolgreich sein. Was für eine bodenlose Schweinerei!

Vor dem Hintergrund dieser Stimmungslage sind bisher so gut wie alle vernünftigen Vorschläge für ein geregeltes System der Zuwanderung wie übrigens auch die meisten Vorschläge für eine geregelte Integration der bereits in Deutschland lebenden Ausländer gezielt und planmäßig vereitelt worden.

Klassische Einwanderungsländer wie Kanada und Australien haben ausgeklügelte Punktesysteme entwickelt, um qualifizierte Ausländer ins Land zu holen. Die Punkte werden nach Kriterien wie Alter, Familienstand, Sprachkenntnisse, Berufserfahrung vergeben. Auch die Bereitschaft zu Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen wird bewertet.

Die USA haben für die Einwanderung ein Fünf-Klassen-System geschaffen. An der Spitze rangieren "Hochqualifizierte" aus Wissenschaft, Kunst, Bildung, Wirtschaft oder Sport. Professoren und Forscher müssen einen erstklassigen internationalen Ruf vorweisen. Facharbeiter, Geistliche und Ordensmitglieder haben in Klasse drei und vier noch eine Chance. Unternehmensgründer sind erwünscht, wenn sie bereit sind, zwischen einer halben und einer Million Dollar zu investieren, und damit mindestens zehn Arbeitsplätze für Einheimische schaffen.

Nach diesem Muster hatte die Zuwanderungskommission der Bundesregierung, die Süßmuth-Kommission, schon 2001 ein Punktesystem vorgeschlagen, wonach Einwanderer ins Land gelassen werden sollten, die zumindest 65 bis 70 Prozent einer Höchstpunktzahl erreichten, etwa für Berufsqualifikation, Alter - die Bewerber sollten nicht älter als 45 Jahre alt sein - und für die Sprachkenntnisse der Kandidaten.

Die 21 Experten der Süßmuth-Kommission forderten damals in einer rund 300 Seiten starken Studie die "langfristige Öffnung Deutschlands" mit Hinweis auf zwingende "demografische Gründe". Das Punktesystem sollte die jährliche Zuwanderung regeln. Seitdem ist die Politik keinen Schritt vom Fleck gekommen.

Obwohl die Kommission überaus zaghaft vorschlug, das Ganze in einer Testphase zu erproben und das Schlupfloch kontrollierter Einwanderung vorerst für 20.000 Ausländer zu öffnen, hatte der Vorschlag keine Chance: Ein Jahr vor der Bundestagswahl fürchtete der tapfere SPD-Innenminister Otto Schily schon die bloße Möglichkeit, dafür zur Zielscheibe im Wahlkampf zu werden. Wenn es in der demokratischen Politik einmal darauf ankäme, Führungsstärke und mannhafte Durchsetzungsfähigkeit auch vor Wahlen zu zeigen, dann ziehen noch alle Helden der Politik lieber tapfer den Schwanz ein.

Die Zukunft des Landes ist nur noch eine Nebensache

Man muss sich das vor Augen halten: Die Aussicht darauf, die Zukunftschancen Deutschlands durch Zuwanderung von gerade mal 20.000 Ausländern wenigstens symbolisch und auch nur versuchsweise zu sichern, ließ den Bundesminister des Inneren - sonst eher der Typ Großmaulheld - verzagt einknicken, weil ihm der Wahlkampf denn doch wichtiger war. Und auch das ist typisch für die Einfalt der demokratischen Politik im Spätstadium: Der Wahlkampf bestimmt die Politik. Die Zukunft des Landes ist Nebensache.

In den Diskussionen um die Anwerbung von ausländischen Fachkräften bleibt zumeist unberücksichtigt, dass bereits Migranten in Deutschland leben, die über Qualifikationen verfügen. Fehlende Anerkennung und berufliche Integrationsprogramme führen dazu, dass sie arbeitslos oder weit unterhalb ihres Qualifikationsniveaus beschäftigt sind. In der Konsequenz arbeiten begehrte Fachkräfte wie Ingenieure als Hausmeister oder Müllmänner.

Nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums arbeitet sogar jeder zweite beschäftigte Einwanderer mit ausländischem Abschluss unterhalb seiner Qualifikation. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse ist kompliziert und undurchsichtig.

Die Bürokraten in den Ämtern behindern jede pragmatische Lösung und reiten irgendwelche nichtsnutzigen Paragraphen. Die Regeln und die zuständigen Behörden sind in jedem Bundesland verschieden. Auch die Bürokratie rottet sich mit der Politik zusammen, um den Fortschritt des eigenen Landes zu behindern.

Die CSU pflegt die fremdenfeindliche Stimmung praktisch immer in der Öffentlichkeit. Strafen für Integrationsverweigerer, restriktiver Umgang mit Familiennachzug, Förderung hier lebender Migranten, Zuzug von Hochqualifizierten: So stellt sich die CSU eine neue Integrationspolitik vor. 2010 präsentierte sie einen Sieben-Punkte-Plan, mit dem sie schärfere Restriktionen für die Einwanderung nach Deutschland erreichen will.

Ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem mehr Menschen aus Deutschland aus- als einwandern, kam der fabelhafte Plan akkurat zur rechten Zeit. Rund 800 Delegierte stimmten während des CSU-Parteitags in München dafür. "Deutschland ist kein klassisches Zuwanderungsland", heißt es in dem Papier. Wer die Integration seiner Familienangehörigen behindert, solle in Zukunft ebenso bestraft werden wie bei eigener Verweigerung. Beim Nachzug von Familienangehörigen soll das Alter, von dem an Kinder die deutsche Sprache beherrschen müssen, von 16 auf 12 Jahre sinken.

Auch der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) stellte sich gegen die Auffassung, Deutschland sei ein Einwanderungsland: "Wir waren nie ein Einwanderungsland und wir sind's bis heute nicht", sagte Schäuble zur Eröffnung des Integrationskongresses 2006 des Deutschen Caritasverbands.

So auch der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt im Oktober 2010:

Die USA ist ein Einwanderungsland, Deutschland ist kein Einwanderungsland. Wir haben eine gewachsene Kultur über Jahrhunderte.

Wirtschaftliche Probleme und Facharbeitermangel müsse man lösen, "ohne dass wir uns die Probleme der letzten Zuwanderungswellen wiederum reinholen, die wir heute noch nicht mal behoben haben".

Im November 2010 bestritt der neue CDU-Vize Volker Bouffier, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei. "Wir haben Einwanderung, aber Deutschland ist kein Einwanderungsland", sagte der hessische Ministerpräsident im Interview gegenüber dem "Hamburger Abendblatt".

Der demografische Wandel ist keine Naturkatastrophe, die ohne Vorwarnung über die entwickelten Länder hineingebrochen ist, Er gleicht nach den Worten des Rostocker Bevölkerungsforschers Professor James W. Vaupel vielmehr dem Gezeitenwechsel an der Nordsee:

Die Flut steigt zwar langsam, aber stetig und unaufhaltsam. Die zentrale Gefahr stellt dabei nicht der demografische Wandel an sich dar, sondern vielmehr die demografische Ignoranz.

Fast schon ein halbes Jahrhundert lang hat die Politik in Deutschland den demografischen Wandel verschlafen. Die Versäumnisse dieser Zeit sind nicht mehr aufzuholen. Mit dieser Politik wird sich Deutschland in einigen Jahrzehnten zur Wüste entwickelt haben.

Die Problematik des Systems "repräsentative Demokratie" stellt sich beim Thema "demografischer Wandel und Zuwanderung" wie bei jedem anderen politischen Thema auch auf stets die gleiche Weise. Vor den Entscheidungsträgern baut sich immer wieder die Alternative zwischen vernünftiger Problemlösung auf der einen Seite und Machterhalt beziehungsweise Machtgewinn auf der anderen Seite auf.

Das ist keine subjektive Entscheidung der Politiker. Die können sich die Entscheidung in die eine oder andere Richtung auch nicht aussuchen. Individuell ginge das vielleicht noch, aber die kollektiven Entscheidungsgremien haben nicht wirklich die Wahl. Ihr Zweck sind Machterhalt und Machtgewinn. Das politische System stellt sie vor diese Alternative - ob sie das nun wollen oder nicht.

Andere politische Systeme konfrontieren ihre Entscheider nie oder so gut wie nie, auf jeden Fall aber nicht bei jeder Einzelentscheidung mit dieser Alternative. Das ist eine Besonderheit, die demokratische Herrschaft charakterisiert und auch paralyisiert.

Politiker in repräsentativen Demokratien haben ständig zwischen diesen Alternativen zu wählen. Und sie entscheiden sich in aller Regel und in so gut wie allen Einzelfällen für Machterhalt oder Machtgewinn und gegen vernünftige Problemlösungen. Heute stehen fast alle entwickelten demokratischen Systeme aus eben diesem Grund am Rande des Abgrunds.

So rieselt über Jahrzehnte hinweg stets von neuem und immer mehr Sand ins Getriebe der politischen Entscheidungsprozesse. Bei keiner einzigen politischen Entscheidung in repräsentativen Parteiendemokratien geht es einfach nur darum, eine Lösung für ein wie immer geartetes Problem zu finden. Es geht vielfach vorrangig darum zu erkennen, wie man über ein Thema Wähler beeinflussen, Wahlen gewinnen, und politische Macht erhalten oder erringen kann.

Jede politische Entscheidung hat diesen Doppelcharakter, und jede einzelne politische Entscheidung wird dadurch in ihrer Substanz verzerrt. Niemals entscheiden die Politiker und ihre Organisationen in repräsentativen Demokratien einfach nur über die Sache. Im Gegenteil, meist haben sachfremde Überlegungen einen höheren Stellenwert. Es geht stets auch um die Opportunität der Entscheidung für die Entscheidungsträger.

Die Entscheidungsprozesse in demokratischen Parteienstaaten basieren so auf Strukturen, die im Prinzip jede politische Entscheidung irrational verzerren: irrational sind sie im Sinne einer Problemlösung, rational bestenfalls im Sinne der politischen Herrschaft. Das ist der tiefere Grund, warum so viele Reformpläne nicht zu Stande kommen: Es bei ihnen nicht um die Sache. Es geht um ihre Opportunität.

Beim Thema "Einwanderungsland" hat das über Jahrzehnte hinweg dazu geführt, dass es für die politischen Parteien immer einfacher war, sich gegen pragmatische Lösungen und für Wahlgewinne zu entscheiden. Man kann das den einzelnen Politikern und selbst der politischen Kaste als Kollektiv gar nicht einmal zur Last legen. Sie haben diesen Zwang ja nicht erfunden. Er ist dem System des repräsentativen parlamentarischen Parteienstaats immanent.

Es gibt kein anderes politisches System, in dem die Zwänge zum Machterhalt in dieser destruktiven Weise auf Dauer perpetuiert sind. Und die Systemimmanenz der Zwänge zu Machterhalt oder Machtgewinn macht die repräsentativen Demokratien auf Dauer zum größten Obstakel ihrer selbst. Ist die Herrschaft der politischen Kaste erst einmal etabliert, ist der Zwang zu ihrer permanenten Verteidigung für die Herrschenden unüberwindlich. Es ist ein neues politisches Phänomen: Die permanente Stagnation bedroht die Zukunft der entwickelten Demokratien in aller Welt.

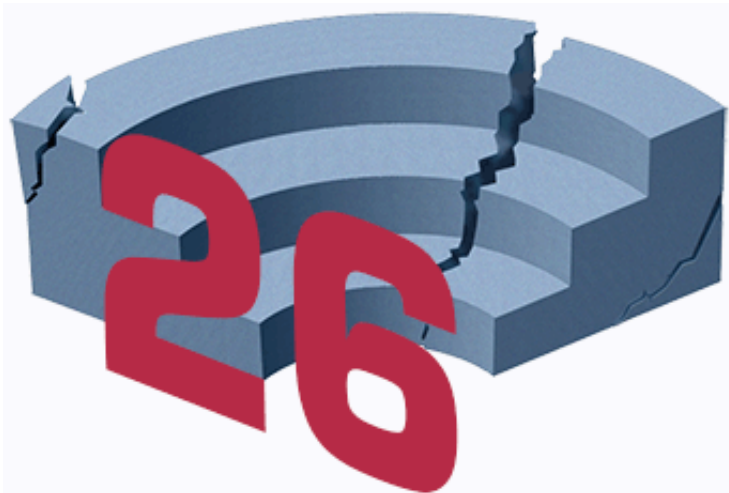
Der geschmierte Pleitegeier

Wolfgang J. Koschnick 26.05.2014

Städte und Gemeinden stehen am Abgrund. Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr - Teil 26

Die repräsentativen Demokratien vertreten nicht mehr die Interessen ihrer Völker. Das hat übrigens auch eine aktuelle Studie der Princeton University für die USA festgestellt. Ihr politischer Apparat entfaltet eine Eigendynamik, bei der die Bevölkerung nur noch als Anzapfquelle taugt. Am schmerzhaftesten ist das in den Städten und Gemeinden spürbar. Wenn deren Finanzen ruiniert sind, spürt das jeder einzelne Bürger: Schulen und Kindergärten verfallen, Schwimmbäder müssen schließen, marode Straßen und Brücken werden nicht mehr repariert, Museen, Theater, Bibliotheken werden geschlossen, Sportanlagen kommen herunter. Das Personal schrumpft, dafür aber steigen die Gebühren. Der Alltag aller Bürger wird bei sinkender Leistungsqualität immer teurer.

Die meisten der 13.378 Gemeinden, Städte und Kreise in Deutschland stehen am Rande des Abgrunds. Ihre Finanzen sind völlig ruiniert. In einem der reichsten Länder der Welt können Städte und Gemeinden inzwischen selbst ihre einfachsten Pflichtaufgaben kaum noch erfüllen.



Das gespenstische Schauspiel spielt sich in ähnlicher Weise in den meisten entwickelten Demokratien ab. Die Städte und Gemeinden in den USA, in Frankreich, Italien, Spanien und in vielen anderen demokratischen Ländern sind pleite oder stehen kurz davor. Ihre Infrastruktur verkommt. Die gewählten Volksvertreter haben sie zu Grunde gerichtet.

Man mag sich fragen: Wie kann es kommen, dass ausgerechnet im reichsten Land Europas, das sich doch so hervorragend durch alle Krisen gekämpft hat und sich selbst als leuchtendes ökonomisches Fanal für alle Nationen Europas versteht die öffentlichen Einrichtungen marode und kaputt sind: Fast jede zweite Brücke muss dringend repariert werden, wenn man verhindern will, dass sie bald zusammenbricht. Andere können nur noch eingeschränkt benutzt werden.

Die Verkehrswege sind in einem jämmerlichen Zustand und stellen längst mit ihren Schlaglöchern eine ernste Verkehrsgefährdung dar. Und das alles nur, weil Politiker es besser fanden, sich bei der Eröffnung neuer Brücken und Straßen fotografieren zu lassen. Die Pflege der bestehenden Verkehrswege gibt fotografisch nichts her. Kann etwas lächerlicher sein als praktische Infrastrukturpolitik?

Eigentlich ein beispielloser Vorgang: Die Politiker des Systems, das die meisten Menschen in der Welt wohl noch immer für *die* ideale Regierungsform halten, haben die Länder, in denen sie regieren, von der nationalen bis hinunter auf die lokale Ebene erbarmungslos zerrüttet. Und die meisten Menschen glauben immer noch, etwas Besseres als die Demokratie gebe es nicht.

Dabei geschieht in allen entwickelten repräsentativen Demokratien und auf allen Ebenen stets dasselbe: Im Verlauf vieler Jahrzehnte verfestigt sich die Herrschaft der politischen Kaste. Sie entwickelt dabei zunehmend eigene Interessen, die sie immer weiter von der Gesamtbevölkerung entfernen. Und es entsteht ein Geflecht von Seilschaften und Beziehungen mit der lokalen Wirtschaft - bis zu dem Punkt, an dem das System "kippt" und sich gegen die Gesamtbevölkerung richtet. Und am Ende ist der Bürger nur noch der Staatsfeind Nummer eins.

Die politische Kaste löst sich von denen, die sie vertreten sollte, immer weiter ab und ist vorwiegend mit dem Erhalt der eigenen politischen Macht, mit der eigenen Versorgung, der Pflege des eigenen Images und des eigenen Prestiges beschäftigt. Das ist ihr vorrangiges und im Prinzip einziges Interesse.

Den Machterhalt organisiert sie vorwiegend durch Kreditaufnahme. Da sie die wachsenden Millionen- und Milliardenkredite nur bekommt, indem sie die öffentlichen Haushalte belastet, sind diese progressiv und auf allen politischen Ebenen bis an die Oberkante verschuldet.

Die destruktive Eigendynamik des politischen Apparats

Dieser Punkt ist in den meisten entwickelten Demokratien seit langem erreicht. Die repräsentativen Demokratien vertreten nicht mehr die Interessen der Bevölkerungen - sie sind nicht länger Diener des Gemeinwohls. Der politische Apparat auf allen Ebenen - der internationalen, der europäischen, der nationalen und der lokalen - entfaltet eine Eigendynamik, bei der die Bevölkerung nur noch als Anzapfquelle taugt.

Nirgendwo ist das schmerzhafter als in den Städten und Gemeinden spürbar; denn die unterste Ebene ist nun einmal näher an der Bevölkerung als alle anderen. Und wenn deren Finanzen ruiniert sind, wirkt sich das unmittelbar auf den einzelnen Bürger aus: Schulen und Kindergärten verfallen, Schwimmbäder müssen schließen, marode Straßen und Brücken werden nicht mehr repariert, Museen, Theater, Bibliotheken werden geschlossen, Sportanlagen kommen herunter, das Personal schrumpft, dafür aber steigen die Gebühren. Der Alltag aller Bürger wird bei sinkender Leistungsqualität immer teurer.

Mittlerweile haben die Menschen in vielen Kommunen das Heft in die eigenen Hände genommen und bessern die Schule ihrer Gemeinde selbst aus, damit ihre Kinder nicht Schulen besuchen müssen, in die es hineinregnet.

So respektabel solche Eigeninitiativen sind, werfen sie doch ein betrübliches Bild auf die Realität: Erst haben die Politiker die öffentlichen Haushalte ruiniert, und dann übernehmen die Bürger - die das nicht zu verantworten haben - dafür auch noch die Verantwortung und finanzieren die ruinöse Wurstelei der Politiker, indem sie leisten, was die Politiker nicht zu leisten im Stande sind; denn deren Hauptbeschäftigung besteht ja mittlerweile nur noch darin, das Chaos zu verschärfen, das sie selbst angerichtet haben.

Da auf allen politischen Ebenen demokratisch gewählte Repräsentanten agieren, ist eine ihrer Lieblingsbeschäftigungen die öffentliche Schuldzuweisung: Wer ist schuld an dem ganzen Schlamassel?

Natürlich immer die anderen: Aus Sicht der Kommunalpolitiker gibt es da nicht einen Hauch des Zweifels. Natürlich ist es die Bundespolitik und die Politik des jeweiligen Bundeslandes. Und aus der Sicht der gescholtenen Landes- und Bundespolitiker ist die Sache nicht minder klar. Natürlich haben die Städte und Gemeinden völlig über ihre Verhältnisse gelebt, viel zu hohe Schulden gemacht und viel zu viele protzige Lokalprojekte in die Landschaft gestellt, die keiner braucht.

Und der unbefangene Beobachter kann sich die Sache auch ganz einfach machen: Alle sind sie verantwortlich. Ohne Ausnahme.

Die haben einander gegenseitig nichts vorzuwerfen; denn für die Zerrüttung der Finanzen in den Kommunen tragen alle - Europapolitik, Bundespolitik, Landespolitik und Kommunalpolitik - die Verantwortung.

Jeder hat seinen Teil dazu beigetragen. Und jeder hat nach Kräften versucht, die Schulden von der eigenen Ebene auf eine der anderen Ebenen zu schieben. Der Bundespolitik ist das ohne Zweifel am besten gelungen.

Die Gewissen- und Verantwortungslosigkeit der politischen Repräsentanten auf Bundes- und Länderebene ist so grenzenlos, dass sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten damit angefangen haben, die Finanzen der Städte und Gemeinden systematisch zu ruinieren, nachdem sie damit bei den Finanzen der Länder und des Bundes schon so erfolgreich waren, dass da nur noch wenig zu holen ist.

Die Städte und Gemeinden sind durch die Misswirtschaft der politischen Parteien und ihrer Repräsentanten inzwischen so heruntergewirtschaftet, dass Kommunalpolitiker händeringend auf der Suche nach neuen Geldquellen sind und auch vor nacktem Missbrauch nicht zurückschrecken.

Schließlich wursteln auch in den Kommunen nur Politiker vor sich hin, die ihre Finanzen zum Teil selbst in den Ruin gewirtschaftet haben oder aber durch die Entscheidungen ihrer Amtskollegen auf Länderebene oder Bundesebene zerrüttet wurden und nun öffentliche Leistungen nicht mehr erbringen können, für die sie eigentlich da sind.

Das ist nach allem, was über die politische Willensbildung und Entscheidungsfindung in repräsentativen Demokratien bekannt ist, auch nicht weiter verwunderlich; denn in den Entscheidungsgremien der Kommunen agiert ja im Prinzip die gleiche Mischpoke von Politikern wie auf Länder- und Bundesebene.

Der Bund und die Länder verplempern Geld, das vor Ort dann fehlt. Trotz boomender Konjunktur und reichlich fließender Steuereinnahmen sind die Haushaltslöcher der deutschen Kommunen so groß wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik. Und riesig waren sie schon immer.

Die Verschuldung der Kommunen hatte schon in den 1980er Jahren atemberaubende Ausmaße. Und am Rande der Pleite standen schon damals **viele Städte**. Die verantwortlichen Politiker können sich also auch nicht mit den Lasten der Wiedervereinigung herausreden. Das Elend reicht viele Jahre weiter zurück in die Vergangenheit.

Wirtschaftspolitik nach dem Prinzip des Verschiebepbahnhofs

Aber in den letzten Jahren hat die Verschuldung noch einmal eine ganz neue Dimension erreicht, seit nämlich die Politik des Bundes und der Länder sich darauf verlegt hat, den Städten und Gemeinden systematisch neue Aufgaben aufs Auge zu drücken, ohne auch dafür zu sorgen, dass diese Aufgaben finanziert werden können.

Nach dieser Methode haben Bund und Länder die eigenen Lasten bequem weitergewälzt. Nachdem die Politik der gewählten Repräsentanten die Finanzen der Länder und des Bundes erfolgreich zerrüttet hat, hat sie in den Kommunen ein neues Opfer ihrer Verantwortungslosigkeit gefunden.

So sind den Städten und Gemeinden gewaltige neue Aufgaben auferlegt worden, mit denen sich der Bundeshaushalt aus der eigenen Schuldenkrise zu schummeln versucht. Die belasten nun den Bundeshaushalt nicht mehr.

Aber die Städte und Gemeinden müssen diese neuen Aufgaben leisten, bekommen dafür aber kaum zusätzliche Mittel. Wie sie das bewerkstelligen sollen, ist völlig schleierhaft. Den verantwortlichen Politikern geht das schlichtweg am Rücken vorbei. Tatsächlich hat vor allem der Bund den Gemeinden gigantische finanzielle Bürden aufgehalst und lässt sie bei der Bewältigung der zusätzlichen Lasten allein im Regen stehen.

So hat beispielsweise das Wachstumsbeschleunigungsgesetz von Dezember 2009 den Eigentümern von Hotels zusätzliche Einnahmen von über einer Milliarde Euro beschert. Aber die Städte und Gemeinden verlieren dadurch pro Jahr 1,6 Milliarden Euro. Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise flossen allein 2009 sieben Milliarden Euro weniger in die Gemeindekassen, während zugleich die Sozialkosten für die Unterbringung von Langzeitarbeitslosen dramatisch stiegen.

Da kann eine Stadtverwaltung noch so sparen, wenn die Bundespolitik dann ein neues Gesetz beschließt oder sich die konjunkturelle Lage ändert, dann gehen alle Einsparungen wieder flöten. Städte und Gemeinden haben keine vollständige Autonomie über ihre Finanzen. Bundes- und Landesgesetze können ihnen jederzeit einen Strich durch ihre Rechnungen machen.

So versuchte beispielweise 2010 die Stadt Ludwigshafen, durch Erhöhung der Grundsteuer und die Schließung eines Schwimmbads ihr dreistelliges Millionendefizit wenigstens um einen kleinen einstelligen Millionenbetrag zu vermindern.

Doch dann kam das Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Die daraus folgenden Steuersenkungen und einige andere Regelungen der Bundesregierung, etwa zur Gewerbesteuerumlage, belasteten den städtischen Haushalt mit zusätzlichen 15 Millionen Euro. Die Bundesregierung vereitelte so das Sparprogramm einer Stadt, ohne dass die Stadt sich dagegen wehren konnte.

Die Bundespolitik rühmt sich auch dafür, dass sie seit 2013 Eltern einen gesetzlichen Rechtsanspruch ihrer dreijährigen Kinder auf einen Platz in einer Kindertagesstätte garantiert. Was für eine großartige Sozialtat. Bauen müssen aber die Städte und Gemeinden die neuen Kitas. Doch zusätzliches Geld kriegen die nicht. Da haben sich die fabelhaften Bundespolitiker rasch aus dem Staub gemacht...

Bundesgesetze sorgen auch dafür, dass große Konzerne immer weniger Gewerbesteuer zahlen müssen. Aber die Landeszuweisungen reichen nicht für die Aufgaben, die den Kommunen zum Beispiel im Zusammenhang mit Hartz IV übertragen wurden.

Betreuung von Kindern, Jugendhilfe, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Eingliederungshilfe für Behinderte - die Ausgaben summieren sich inzwischen auf mehr als 40 Milliarden

Euro. Die über die Jahre gestiegenen Soziallasten machen bei den Kommunen heute 50 Prozent der Ausgaben aus, unter anderem Leistungen für Unterkunft und Heizung für Hartz-IV-Empfänger, Eingliederungshilfe, Grundsicherung.

Die Städte und Gemeinden fühlen sich dadurch ungerecht behandelt. Sie beharren auf dem *Konnexivitätsprinzip*. Das klingt etwas komplizierter, als es ist. Es ist so eine Art Anwendung des Verursacherprinzips auf die Politik.

Bund und Länder können Gesetze erlassen, mit denen sie die Kommunen verpflichten, bestimmte öffentliche Aufgaben zu erfüllen. Allerdings müssten sie ihnen auch das Geld zur Verfügung stellen, das dafür gebraucht wird. Sonst kann das nicht funktionieren.

Doch genau das tun Bund und Länder nicht. Sie übertragen den Kommunen gezielt Aufgaben, ohne ihnen dafür auch die erforderlichen Mittel bereit zu stellen. Der Grundsatz lautet also: Wer bestellt, muss auch zahlen. Wer ein Gesetz erlässt, trägt die dadurch entstehenden Kosten.

Konnexität zwischen Aufgaben und Ausgaben nach dem Grundsatz der Gesetzeskausalität würde dementsprechend bedeuten, dass der Gesetzgeber die Kosten der durch seine Gesetzgebung beschlossenen Aufgaben auch selbst zu tragen hat.

Das ist sehr vernünftig und auch für jedermann nachvollziehbar. Schließlich kann ja auch keine Stadt beschließen, dass ihre eigenen Ausgaben fortan aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden. Aber der Bund kann umgekehrt beschließen, dass bisherige Bundesausgaben aus den Stadtsäckeln bezahlt werden müssen.

Die Debatte über das Konnexivitätsprinzip wird erbittert geführt. Der Deutsche Städtetag wehrt sich vehement dagegen, dass den Städten und Gemeinden laufend neue Kosten aufgehaut werden. Die Debatte ist - wie so viele öffentliche Debatten in den demokratischen Systemen - relativ müßig; denn der Effekt, Belastungen von der Landes- und der Bundesebene auf die kommunale Ebene abzuwälzen, ist ja durchaus nicht unbeabsichtigt.

So wird in demokratischen Systemen Politik gemacht: Schuldenberge werden aufgetürmt und verschoben - egal wohin, Hauptsache weg und Hauptsache, man findet noch einen, bei dem man das machen kann. Noch beliebter als zu den Kommunen ist die Verschiebung von Lasten zu den Steuerzahlern. Die zahlen inzwischen ja sogar die Stromrechnungen der viel Energie verbrauchenden Konzerne...

Dass Bundes- und Länderpolitik die Kommunen belasten, bedeutet ja nun allerdings nicht, dass die Stadt- und Gemeindepolitiker Gründe hätten, ihre Hände in Unschuld zu waschen. Denn die hohe Kunst der Misswirtschaft und Verschwendung von Steuergeldern beherrschen die Provinzpolitiker mindestens ebenso gut wie ihre Kollegen in den Bundesländern und im Bund.

Amigos beherrschen das lokale Baugeschäft

Die Vielzahl der kommunalpolitischen Narreteien und Anwandlungen von Großmannssucht füllt jedes Jahr große Teile des "Schwarzbuchs", das der Bund der Steuerzahler herausgibt. Die Kommunalpolitiker sind sich ebenso wie alle anderen politischen Repräsentanten nicht ihrer Verantwortung bewusst. Auch ihr vorrangiges Ziel ist es, wiedergewählt zu werden. Und in den Stadt- und Gemeinderäten sitzen hauptsächlich Leute, die eher noch weniger von wirtschaftlichen Zusammenhängen verstehen.

Die Städte und Gemeinden haben einen gehörigen Anteil an ihrer eigenen Misere. Misswirtschaft gehört bei allen Bauprojekten zum Alltag. Die schleichende Balkanisierung Deutschlands hat inzwischen dazu geführt, dass ganze Städte fest in der Hand der örtlichen Bau-Mafia sind.

Auch dies ist ein sehr langwieriger Prozess, der sich bis hin zur Spätphase der repräsentativen Demokratie ständig verstärkt hat. Im Laufe vieler Jahrzehnte haben sich zwischen den lokalen Klüngeln und Seilschaften auf der einen und den von der Vergabe öffentlicher Aufträge lebenden Firmen Amigo-Beziehungen etabliert, die im doppelten Sinn des Worts wie "geschmiert" funktionieren.

So ist es zur absoluten Regel geworden, dass Bauunternehmen bei örtlichen Bauvorhaben und die Mitarbeiter in der Kommunalverwaltung einander die Hände reichen und sich regelrecht gegen die Interessen der Steuerzahler und Bürger zusammenrotten.

Bei öffentlichen Ausschreibungen hat der Betrug Methode. Da legen Anbieter bei öffentlichen Ausschreibungen Angebote im Niedrigstbereich vor, von denen jeder der Beteiligten von Anfang an weiß, dass sie nie gehalten werden können.

Da in der Praxis meist nur der zum Zuge kommt, der das billigste Angebot abgibt - und nicht das günstigste oder gar das wirtschaftlichste -, ist der Betrieb, der vernünftig und qualitätsorientiert kalkuliert, zwangsläufig im Nachteil.

Es gibt Ausschreibungen, in denen der Abstand vom teuersten zum billigsten Angebot bis zu 50 Prozent beträgt. Vom Mittelfeld zum billigsten sind es immer noch 20 bis 30 Prozent. Solche Unterschiede sind wirtschaftlich nicht zu begründen. Dadurch sind auch die Baupreise abgeglitten, und die Qualität ist den Bach 'runtergegangen.

Dabei muss sich die öffentliche Hand bei der Vergabe eines Bauauftrags nicht zwangsläufig für den billigsten Anbieter entscheiden. Vielmehr soll sie das "wirtschaftlichste" Angebot wählen. So wenigstens steht es in der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), dem Werk, das die Regeln für die Vergabe öffentlicher Bauaufträge formuliert.

Das wirtschaftlichste Angebot ist aber in Wahrheit auch das billigste Angebot; denn rechnet man eventuelle spätere Schäden ein, werden alle anderen Angebote viel teurer.

Solange das System der öffentlichen Ausschreibungen nicht so umgestellt wird, dass derjenige den Auftrag erhält, der vernünftig kalkuliert, ist mit einer Besserung nicht zu rechnen. Wenn dann der Zuschlag erteilt ist, wird überhaupt erst richtig gerechnet, und dann schnellen die tatsächlichen Preise aufs Doppelte, Dreifache, Fünffache und auch schon mal das Zehnfache in die Höhe.

Um bei Bauprojekten an Aufträge zu kommen, wird häufig geschmiert und anschließend gefuscht. Betrügereien, illegale Preisabsprachen und Bestechung bei Bauvorhaben kosten die öffentliche Hand mindestens zehn Milliarden Euro im Jahr, schätzen Branchenbeobachter.

So nimmt es auch nicht wunder, dass die Medien alle paar Wochen ausgiebig über lokale Bau- und Betrugsskandale berichten. Die öffentliche Debatte erhitzt sich zurzeit stets an der Handvoll Milliardengräber wie BER, Elbphilharmonie und Stuttgart 21, bei denen das Totalversagen der öffentlichen Auftraggeber offensichtlich ist. Doch die Konzentration auf diese drei Beispiele pompösen Versagens lenkt davon ab, dass grundsätzlich bei allen öffentlichen Aufträgen Milliardensummen verschleudert werden. Und was hat es da in letzter Zeit nicht alles an Skandalen gegeben?

► Am Anfang waren sich alle politischen Parteien in Hamburg einig: Die Elbphilharmonie sollte ein Prachtstück und ein Touristenmagnet werden. Doch dann explodierten die Kosten. Inzwischen ist das Prestigeprojekt zum Lieblingsthema der Kabarettisten und Komiker geworden. Wann wird es fertig? Wer kann das schon wissen? Was wird es die Steuerzahler am Ende kosten? Wer soll das ahnen?

Ursprünglich war für die Stadt ein Kostenanteil von 77 Millionen Euro veranschlagt worden. Auch der Eröffnungstermin wurde seit der Grundsteinlegung im April 2007 stets verschoben. Die Kosten für die "Gläserne Welle" auf einem alten Kaispeicher stiegen auf mittlerweile 789 Millionen Euro. Mehr als das Zehnfache. Die Eröffnung wurde mehrmals von 2010 auf 2017 verschoben. Aber da ist das letzte Wort bestimmt noch nicht gesprochen.

► Der Bau der LTU-Arena in Düsseldorf mit 51.484 Sitzplätzen verschlang 218 Millionen Euro. Im Vergleich kostete das Mönchengladbacher Stadion im Borussia-Park, das etwa gleichzeitig - 2004 - entstand und mit rund 54.000 Plätzen sogar größer ist, kaum 90 Millionen Euro. Der Bau kostet den Düsseldorfer Steuerzahler pro Jahr zwischen 8,5 und 12 Millionen Euro.

► Völlig unberührt von den eigenen Sparappellen und der objektiv bestehenden Notwendigkeit zu maßvollem Haushaltsgebaren versenken die Lokalpolitiker derzeit immense Summen in protzige Fußballstadien für Vereine der Dritten und der Vierten Liga - Vereine, deren Anhängerschaft auf einen harten Kern von wenigen lokalen Fans zusammengeschrumpft ist.

Ein geradezu morbider Baurausch hat einige Städte und ihre Fußballvereine übermannt. Sie klotzen - besonders vor Wahlen - auf Kosten der Steuerzahler überdimensionierte Fußballpaläste in die Landschaft, die niemand braucht und niemandem nützen; schon beim Bau verschlingen die Protzpaläste zwar schon stattliche Millionenbeträge und in Zukunft kommen noch laufende Kosten von mehreren Millionen für unausgelastete Stadien hinzu. Fehlinvestitionen sind ein teurer Luxus.

So plant die Pleitestadt Essen für 43 Millionen Euro ein neues Stadion mit über 20.000 Plätzen, obwohl der Verein Rot-Weiß Essen gerade erst in die 4. Liga abgestiegen ist, die Stadt Essen mit einer Verschuldung von über 3,1 Milliarden Euro zu den am höchsten verschuldeten Kommunen Deutschlands zählt und überhaupt nur mit 100 Millionen Euro an Hilfgeldern des Landes Nordrhein-Westfalen künstlich am Leben gehalten wird.

In einer dritten Baustufe soll das Stadion auf 35.000 Zuschauerplätze aufgestockt werden. Dabei können Vereine der 4. Liga schon froh sein, wenn sie ab und zu einmal um 5.000 Besucher in ihre Stadien bringen.

Ähnlich verschwenderisch geht die Stadt Saarbrücken mit Steuergeldern um und baut zu Anfangskosten von 28 Millionen Euro ein neues Fußballstadion mit 22.000 Plätzen, obwohl sie mit über 1 Milliarde Euro verschuldet ist. Allerdings ging es bei der Planung gerade darum, eine Wahl zu gewinnen, und da ist nun einmal jedes Mittel recht. Dabei ist der 1. FC Saarbrücken erst 2011 in die 3. Liga abgestiegen und dürfte mit seiner müden Kickerei kaum ein Drittel der Zuschauerplätze gefüllt bekommen.

Die Stadt Chemnitz beschloss 2011 den Bau eines neuen Fußballstadions mit 15.000 Plätzen für 23 Millionen Euro, obwohl der Chemnitzer FC seit Jahren in der 3. Liga spielt. Wer die kommunale Praxis

kennt, weiß, dass die zu Beginn von Projekten angesetzten Kostenschätzungen oft um ein Vielfaches übertroffen werden.

Der kommunale Großmannsprotz feiert ungeachtet aller Finanzkrisen weiterhin fröhliche Urständ'. Es ist einfach viel zu schön für wackere Kommunalpolitiker, sich im Wahlkampf mit Schutzhelm und Spaten als großartige Macher und Männer der Tat abgebildet in den lokalen Medien abgebildet zu sehen. Das sind Siegerposen, die etwas hermachen. Was kümmert einen da kleinkarierte Pfennigfuchseriei wegen der läppischen paar Millionen?

► Der über viele Jahre verschleppte Schürmann-Bau in Bonn, ein Bürogebäude, gilt mit Baukosten von etwa 700 Millionen Euro als eines der teuersten Gebäude der deutschen Nachkriegsgeschichte. Es beherbergt heute die Zentrale der Deutschen Welle, nachdem es ursprünglich als Abgeordnetenbüro geplant war und 1993 durch ein Rheinhochwasser schwer beschädigt wurde.

► Pfusch am Bau führte im März 2009 zum Einsturz des Kölner Stadtarchivs. Schaden mehr als 700 Millionen Euro.^[1]

Zwei Menschen starben. Beim Bau der Kölner U-Bahn waren in einer Außenwand, die den U-Bahntunnel sichern sollte, zu wenig Eisenbügel eingeflochten worden. Die nicht verwendeten Eisenbügel waren an einen Schrotthändler verkauft worden.

► Bei den Arbeiten für das U-Bahn-Projekt Wehrhahnlinie in Düsseldorf wurden 2010 Vermessungsprotokolle für Stütz- und Schutzwände nicht ordnungsgemäß erstellt. Außerdem waren, wie üblich, die Kosten davongerannt. Statt der budgetierten 650 Millionen kostet die Wehrhahnlinie mindestens 750 Millionen Euro.

► Beim Bau des Saarland-Museums in Saarbrücken explodierten die Kosten trotz großer Baumängel. 2009 ging man in Saarbrücken an den Bau des vierten Pavillons der Modernen Galerie. Die Kosten waren ursprünglich auf 9 Millionen Euro geplant. Nach kurzer Zeit stiegen sie auf 30 Millionen, obwohl der Bau noch nicht fertig war. Längst sind Dokumente aufgetaucht, die nachlegen, dass die Kosten anfangs gezielt kleingerechnet wurden. Danach wurden Kosten "auf Wunsch nicht berücksichtigt".

► Ein dubioser Investor aus Korea wollte in Bonn ein großzügiges Kongresszentrum bauen. Doch das World Congress Center wurde bis 2010 nur ein Rohbau. Der Investor flüchtete, und die Kommunalpolitiker hatten sich über den Tisch ziehen lassen und wohl auch mit dem Investor kollaboriert.

► Einen ganz normalen Disput um explodierende Kosten gab es 2011 bei der Restaurierung des Technischen Rathauses in Greifswald. Ursprüngliche Umbaukosten von rund 6 Millionen Euro stiegen 2007 auf 8,5 Millionen und dann 2010 auf 13,5 Millionen Euro.

► Dies ist der ganz normale kommunale Bau-Alltag: In Konstanz am Bodensee wurde ein alter Radfahrer- und Fußgängerübergang über die Bahngleise abgerissen und 2009 neu gebaut. Aus bescheidenen Planungskosten von 1,2 Millionen Euro wurden am Ende 4,1 Millionen.

Es ist völlig unproblematisch, noch hunderte, ja tausende von weiteren Beispielen anzuführen. Man braucht auch erst gar nicht auf Milliardengräber wie den Hauptstadtflughafen BER in Berlin-Schönefeld oder Stuttgart 21 zurückzugreifen; denn im Prinzip wiederholt sich stets dasselbe abenteuerliche Schauspiel: Die örtliche Bau-Mafia trickst bei der Vergabe kommunaler Aufträge und findet entweder willige Helfer in den kommunalen Behörden oder aber, die Kommunalpolitiker und ihre Behörden lassen sich gnadenlos über den Tisch ziehen.

So oder so sind die Steuerzahler die Betrogenen - und da ist es relativ gleichgültig, ob sie den Betrug der Unfähigkeit oder der Korruption der Lokalpolitiker zu verdanken haben.

Wenn ein Anbieter einen Kostenvoranschlag vorlegt und sich anschließend nicht daran hält, kann man ihn verklagen. Jeder Privatmann kann sich mit sehr guter Aussicht auf Erfolg vor Gericht dagegen zur Wehr setzen.

Kein Anbieter darf einen Kostenvoranschlag um mehr als zwanzig Prozent überschreiten. Doch bei Städten und Gemeinden gilt dieser Grundsatz offensichtlich nicht. Die lassen das betrügerische Spiel, fast ohne zu murren, mit sich treiben. Warum?

Die Antwort fällt leicht: Das Niedrigangebot am Anfang, bei dem alsbald das gnadenlos überteuerte dicke Ende nachkommt, ist Teil des politischen Spiels, das lokale Wirtschaft und lokale Politiker auf Kosten der Bürger treiben. Da herrscht ein klammheimliches Einverständnis zwischen Kommunalpolitikern und örtlicher Wirtschaft.

Es ist eine insgeheime Amigo-Kumpanei aus gemeinsamem Interesse: Die Kommunalpolitiker wollen ihre Großprojekte durchboxen, und die kommunale Wirtschaft will satte Gewinne machen.

Das Kalkül der Politiker ist ebenso klar wie durchtrieben: Es sähe ja ganz schlecht aus, wenn sie für große Bauprojekte von Anfang an realistische Preise ansetzen müssten. Man kann der eigenen Bevölkerung doch unmöglich reinen Wein einschenken. Dann würden die schönen Großprojekte gleich abgelehnt und fänden in der Öffentlichkeit keine Befürworter. Es ist halt am besten, man fängt erst einmal ganz bescheiden an und gaukelt den Leuten vor, dass sie da ein Schnäppchen bezahlen dürfen. Kostet ja kaum 'was.

Also bieten die örtlichen Baufirmen von vornherein weltfremde Niedrigstpreise. Es ist auch den Kommunalpolitikern von vornherein klar, dass diese Preise nicht zu halten sind. Macht aber nichts; denn die Preise sollen ja auch gar nicht gehalten werden.

So werden die Aufträge durch den Stadt- oder Gemeinderat durchgeboxt und finden wegen der moderaten Preise auch in der breiten Öffentlichkeit Akzeptanz. Und wenn man das Projekt dann erst einmal in der Realisierung hat, kann man ja immer noch die richtigen Preise ansetzen und die später öfter noch ein paar Mal anheben.

Begründungen kann man ja nach Bedarf nachliefern: Die Preise sind gestiegen. Die Rohstoffe werden immer teurer. Es hat sich zusätzlicher Bedarf ergeben. Es wurde erhebliche Mehrarbeit erforderlich. Und überhaupt und sowieso...

Der kreativen Phantasie beim Erfinden von Ausreden sind da keine Grenzen gesetzt. In der Umsetzungsphase ist ein Ausstieg aus einem laufenden Bauprojekt in aller Regel sehr viel teurer als vorher und für die Stadt oder Gemeinde kaum noch möglich. Also kriegt man das sicher durchgeboxt. Darauf kann man sich verlassen.

Wolfgang J. Koschnick 02.06.2014

Städte und Gemeinden pfeifen auf dem allerletzten Loch. In den meisten repräsentativen Demokratien. Alle Quellen der Geldbeschaffung haben sie bis zur Neige ausgeschöpft. Jetzt bleiben nur noch die Steuern zahlenden Bürger zum Schröpfen übrig. Wieder einmal werden Gebühren und Steuern angehoben. Aber selbst das hat Grenzen. Die Gemeinden können ihre Einnahmen auch nicht über hohe Müllabfuhrgebühren oder Strafzettel für Falschparker aufbessern. Denn damit dürften sie nach Recht und Gesetz gar keine Gewinne machen. Tun sie trotzdem. Über höhere Gebühren, neue Steuern und eingeschränkte kommunale Leistungen kommt die Krise auch bei den Bürgern an. Die krampfhaften Versuche der Kommunalpolitiker, neue Geldquellen anzuzapfen, offenbaren die Hoffnungslosigkeit der Lage vor Ort.

Der kommunale Korruptionssumpf ist in Deutschland tiefer als in manchem Schwellenland. Vor allem bei öffentlichen Bauaufträgen sorgt Korruption immer wieder für Schlagzeilen. Wenn Unternehmen bei ihren Angeboten gnadenlos die Preise drücken, um sich gegen die Konkurrenz durchzusetzen und zugleich Schmiergelder an den Auftraggeber zahlen, muss dieses Geld andernorts wieder hereingeholt werden. Bei vielen Bauprojekten verschwinden Jahr für Jahr Millionenbeträge auf unerklärliche Weise in dunklen Kanälen.



Die Baukosten bei kommunalen Projekten laufen regelmäßig aus dem Ruder, und offensichtliche Defizite in der Planung und beim Controlling scheinen in den Städten und Gemeinden niemanden mehr sonderlich zu beunruhigen. Es wäre ja albern anzunehmen, dass in den Kommunalvertretungen und -behörden grundsätzlich lauter Deppen herumsitzen, die nicht bis drei zählen können. Das wäre zwar lustig, aber eben auch völlig lebensfremd. Tatsächlich ist das gezielte Politik.

Zwischen örtlicher Wirtschaft und örtlicher Politik herrscht eine regelrechte Kumpanei, die immer wieder dazu führt, dass größere Bauvorhaben die kommunalen Kassen über alle Gebühr strapazieren. Bei kommunalen Megaprojekten laufen die Kosten nach bescheidenen ersten Kostenschätzungen so gut wie immer aus dem Ruder.

Bei allen öffentlichen Ausschreibungen ist Betrug weit verbreitet und durchaus branchenüblich. Er kann in aller Regel aber nur dann reibungslos funktionieren, wenn die lokalen Politiker und die lokalen Firmen bei den Mauscheleien unter einer Decke stecken. Und das wiederum gehört zum Alltag bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Der Bund fördert den Korruptionssumpf nach Kräften

In der Kommunalpolitik ist die Vergabe öffentlicher Aufträge, vor allem die Bauvergabe, besonders korruptionsaffin. So schätzen Brancheninsider, dass die Schäden durch Preisabsprachen bei öffentlichen Baumaßnahmen sich auf jährlich mehr als zehn Milliarden Euro belaufen.

Die hohen Auftragssummen und die Komplexität des Vergabeverfahrens, die vielfältige Manipulationsmöglichkeiten bietet, laden geradezu dazu ein. Im Umfeld der Baubranche boomt die Korruption. Hohe Summen bei Bauaufträgen verführen zu Schmiergeldzahlungen. Im öffentlichen Sektor fällt das öfter auf. Im privaten Sektor wird härter kalkuliert. Leidtragende sind stets die Steuerzahler.

Ausgerechnet auf dem Höhepunkt der Finanzkrise lockerte der Bund 2009 das Vergaberecht. Seither können Ämter Aufträge bis 100.000 Euro ohne jede öffentliche Ausschreibung und bis zu einer Million Euro mit beschränkter Ausschreibung vergeben. Damit handelte man den Städten und Gemeinden die Affären und Bauskandale von morgen in einer wahren Hülle und Fülle ein.

Beliebt ist es zum Beispiel, im Leistungsverzeichnis Positionen aufzuführen, die gar nicht auszuführen sind. Darüber wird dann nur ein einziger Bieter informiert. Der kann diese Positionen dann in seinem Angebot unterbewerten und die anderen überhöht bewerten. So kommt am Ende ein günstiger Gesamtpreis heraus, und der Auftrag ist ihm sicher. Funktionieren kann das allerdings auch nur, wenn in der Baubehörde jemand mit ihm unter einer Decke steckt.

Hat ein Auftrag mehrere Bauabschnitte, werden bereits im vorangegangenen Abschnitt ausgeführte Arbeiten in der nachfolgenden Ausschreibung erneut abgefordert. Das geht ohne Probleme, weil ja die Bewerber nicht wissen können, welche Arbeiten im vorangegangenen Abschnitt durchzuführen waren. Die Arbeit wird dann zwar nicht noch einmal gemacht, wohl aber noch einmal berechnet. Auch das erfordert eine Kumpanei zwischen jemandem in der Baubehörde und der Baufirma.

Wenn die Angebote eröffnet sind, müssen bei betrügerischen Machenschaften zumindest der günstigste Bieter und die für die Prüfung der Angebote zuständigen Personen zusammenarbeiten. Das Grundprinzip besteht darin, einen Preis anzusetzen, der so niedrig ist, dass der Zuschlag garantiert ist. Während die Angebote überprüft werden, erfolgt dann eine Preiskorrektur nach oben bis kurz unterhalb des Preises des nächstniedrigen Bieters.

Die Korruption bei der Vergabe kommunaler Bauaufträge wird noch dadurch gefördert, dass die allgemeine Finanzmisere auch die Baubehörden zum Sparen zwingt. Folglich gibt es in den Ämtern kaum noch Fachleute, die Baufortschritte überprüfen können. Die Vielzahl der engagierten Subunternehmer ist bei großen Bauprojekten für Außenstehende fast unüberschaubar. Das macht Kontrollen schwierig, und die Bauaufsicht ist schlichtweg überfordert.

Die öffentliche Hand hat ihre Kompetenz als Bauherr längst abgegeben, oft an private Firmen oder im schlimmsten, aber keineswegs seltensten Fall sogar an die Auftragnehmer selbst. Das ist fatal; denn nun sind die Macher der Bauwirtschaft unter sich, in der windige Methoden schon immer zum Alltag gehörten.

Für kommunale Haushalte gilt die Faustregel: Die laufenden Einnahmen sollten stets höher als die laufenden Ausgaben sein. Aus dem Überschuss kann ein Teil der Investitionen finanziert werden.

Wenn aber die *laufenden Ausgaben höher als die Einnahmen* sind, muss die Lücke durch Kassenkredite gedeckt werden. Ein Kassenkredit ist so etwas wie ein Dispokredit für eine Kontoüberziehung.

Kassenkredite dürfen deshalb haushaltsrechtlich nur kurzfristig genutzt und müssen kurzfristig wieder abgebaut werden. Schon weil sie wesentlich teurer als langfristige Kredite sind. Doch das gelingt in vielen Kommunen schon seit zehn, zwanzig Jahren nicht mehr, und jedes Jahr kommen neue Kassenkredite zur Finanzierung der aktuellen Fehlbeträge und Zinsleistungen hinzu.

Die Kassenkredite werden längst schon dauerhaft zur Finanzierung der laufenden Ausgaben verwendet. Anders als den Schulden für Investitionen stehen den Kassenkrediten jedoch keine realen Werte wie Schulen, Straßen oder Kanalisation gegenüber.

In wenigen Jahren haben sich die Kassenkredite der deutschen Kommunen bis 2014 auf über 45 Milliarden Euro vervielfacht, weil die Lücke zwischen laufenden Einnahmen und Ausgaben bei einer wachsenden Zahl von größeren Kommunen immer weiter auseinander klafft.

Auch Land- und Stadträte verteilen lieber großzügige "Geschenke" an die Wähler, als sich keusch in Sparsamkeit zu üben. Selbst in den Boom-Jahren 2007 und 2008 haben nach einer Untersuchung des Bundes der Steuerzahler von 425 Städten und Gemeinden in Niedersachsen nur zwei Drittel die sprudelnden Steuereinnahmen genutzt, um einen Teil ihrer Schulden zu tilgen. 131 Kommunen nahmen sogar zusätzliche Kredite auf.

Und als die Bundesregierung 2009 mit dem Konjunkturpaket II mit vollen Händen auf Pump finanziertes Geld an die Kommunen verteilte, griffen fast alle beherzt zu - oft ohne Rücksicht auf den damit verbundenen, bis zu 25-prozentigen Eigenanteil, der später die Stadtkasse belasten würde.

Auch nutzten längst nicht alle Kommunen das Geld so klug, dass sie beispielsweise Schulen und Turnhallen wärmedämmen ließen, um im Winter Heizkosten zu sparen. Lokalpolitiker wollen lieber etwas Vorzeigbares - und spendierten ihren Vereinen neue Kunstrasenplätze oder schicke Sportanlagen mit hohen Folgekosten, bei denen sie dann pompös als großzügige Spender paradiere konnten.

Und auch wenn's um Wahlgeschenke für gute Freunde geht, stehen manche Kommunalpolitiker den gern kritisierten Kollegen in Berlin an Dreistigkeit nicht nach. Ausgerechnet die hessische Pleitestadt Offenbach verzichtete 2010 auf Einnahmen von rund einer Million Euro aus der Getränkesteuer. Die mitregierende FDP hatte den Wirten vor der Kommunalwahl versprochen, dass diese Steuer verschwinden werde.

Städte wie Braunschweig, die ihre Versorgungsbetriebe fast vollständig privatisiert haben, können nicht einmal mehr an der Gebührenschraube drehen. Und hunderte Kommunen, die mit Nothaushalten regieren, sind sowieso längst nicht mehr Herr in der eigenen Stadt.

Obwohl es der Wirtschaft wieder besser geht, ist die Finanzlage der Städte und Gemeinden weiter katastrophal. Trotz anziehender Konjunktur und sinkender Arbeitslosigkeit stiegen die Sozialausgaben 2010 auf 42,2 Milliarden Euro, 2011 erneut auf über 43 Milliarden Euro. Auch die kurzfristigen Kassenkredite erhöhten sich dramatisch auf 40,5 Milliarden Euro. Damit verfestigt sich von Jahr zu Jahr die strukturelle Unterfinanzierung.

Den Kommunen droht der Verlust der Handlungsfähigkeit. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben stieg 2010 auf ein Rekorddefizit von 9,8 Milliarden Euro, 2011 auf 12 Milliarden Euro. Allein die Neuverschuldung der Gemeinden und Städte belief sich über sieben Milliarden Euro. Wenn die Zinsen für Anleihen steigen, kann das schnell zu einer Schuldenspirale werden.

Fast alle Städte sind hoch verschuldet. Besonders dramatisch ist die Lage in Nordrhein-Westfalen. Von 427 Städten und Gemeinden schafften überhaupt nur 39 einen ausgeglichenen Haushalt. Die anderen

müssen Rücklagen aufzehren - oder neue Schulden aufnehmen. 17 weitere Städte sind bereits überschuldet oder stehen kurz vor der Pleite.

Mehr als 130 Städte und Gemeinden stehen bereits unter verschärfter Aufsicht der Regierungspräsidenten. Oberhausen, das gerade mal 200.000 Einwohner zählt, gehört mit 1,8 Milliarden Euro Schulden zu den am höchsten verschuldeten Kommunen Deutschlands. Städte wie Hagen oder Duisburg haben bereits ihr Eigenkapital aufgebraucht und gehören faktisch den Banken.

Die Geldnot der Städte und Gemeinden ist inzwischen so groß, dass ihre Mittel zu fast 90 Prozent durch ihre Pflichtaufgaben aufgezehrt werden. Es ist nicht im Traum daran zu denken, dass man mit Sparen bei den restlichen 10 Prozent freiwilliger Leistungen die Schulden reduzieren könnte.

Nach einer Studie der Deutschen Bank können die Kommunen im Schnitt nur 25 bis 30 Prozent der Einnahmen selbst regeln, etwa über die Festsetzung der Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuer oder über Gebühren. Sie haben also selbst nur in ganz geringem Maße Einfluss darauf, wie ihre Einnahmen sich entwickeln. Wollen sie Steuern und Gebühren, bei denen sie noch Einfluss haben, nicht dramatisch anheben, stecken sie im strukturellen Defizit fest.

Einnahmen und Ausgaben der Kommunen sind durch ein enges Korsett festgelegt, das lässt ihnen wenig Spielraum für Eigenverantwortung - doch ohne diese Eigenverantwortung kommen die Vorteile eines dezentralen Staatsaufbaus nicht zum Tragen.

Frank Zipfel, Analytiker bei Deutsche Bank Research

Ein Gutteil der Einnahmen kommt über die Beteiligung der Kommunen an Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer herein. Als Ausgleich müssen sie die Gewerbesteuerumlage an Bund und Länder abführen. Und zwischen den Kommunen gibt es mit der Kreisumlage und dem kommunalen Finanzausgleich zwei weitere Umverteilungsmechanismen. Weil sie so vielfältig verflochten sind, können die einzelnen Kommunen nicht autonom agieren.

An der kommunalen Basis rächt sich die traurige Realität des nationalen Protzes zuerst durch die Zerrüttung von Städten und Gemeinden und dann an den Bürgern. Die Gebühren für Kindergärten steigen und können dennoch nicht so sehr in der Höhe getrieben werden, dass sie wenigstens die Betriebskosten decken.

Städte und Gemeinden sind so ebenso wie Bund und Länder in die Enge getrieben. Alle Möglichkeiten der Geldbeschaffung haben sie bis zur Neige ausgeschöpft. Jetzt bleiben nur noch die Steuern zahlenden Bürger zum Schröpfen übrig. Und wieder einmal werden Gebühren und Steuern angehoben.

Aber selbst das hat Grenzen. Die Gemeinden können ihre Einnahmen auch nicht über hohe Müllabfuhrgebühren oder Strafzettel für Falschparker aufbessern. Denn damit dürfen sie nach Recht und Gesetz gar keine Gewinne machen. In ihrer grenzenlosen Not reagieren Städte und Gemeinden dennoch mit drastischen Gebührenerhöhungen. Ein anderes Mittel steht ihnen kaum noch zur Verfügung.

Über höhere Gebühren, neue Steuern und stark eingeschränkte kommunale Leistungen kommt die Krise auch bei jenen Menschen an, die von Kurzarbeit, leeren Auftragsbüchern oder Vermögensschwund noch nicht gebeutelt wurden. Doch bestehende Schäden nicht zu reparieren ist ebenso eine Verschiebung von finanziellen Lasten auf künftige Generationen wie Neuverschuldung.

Die Gegenmaßnahmen wirken hilflos: Die Verwaltung spart Papier, Radiergummis, Büroklammern und Bleistifte. Die Hundesteuer soll erhöht werden und die Grundsteuer auch. So werden die Steuergeschenke vor Ort wieder bei den Steuerzahlern eingesammelt. Die krampfhaften Versuche der Kommunalpolitiker, neue Geldquellen zu erschließen, offenbaren, wie hoffnungslos die Lage vor Ort bereits ist.

Viele Gemeinden bereiten sich darauf vor, nach der Hundesteuer auch eine Katzensteuer zu erheben, in manchen ländlichen Gemeinden kommt vielleicht bald eine Pferdesteuer. Bestimmt gibt es in so mancher Stadt inzwischen Überlegungen über die Einführung einer Fahrradsteuer oder einer Rasenmäherabgabe. Wo könnte man die Bürger denn sonst noch schröpfen?

Eine Lösung allerdings bitten auch total bekloppte und krass abgefahrene Steuerkreationen nicht. Bestenfalls ein bisschen Medienaufmerksamkeit. Aber dafür kann man sich bekanntlich auch nicht viel kaufen.

Die politische Idiotie des ewigen 'Rein und 'Raus

Hannover hat viele Steuern und Gebühren um etwa zehn Prozent aufgeschlagen: Hundesteuer, Eintrittsgelder, Parkgebühren, Abschleppkosten. Im thüringischen Suhl wird über eine höhere Pacht für Garagen auf städtischem Gelände nachgedacht.

Die Idiotie der Politik leerer Kassen wird wohl durch nichts durchsichtiger als durch die kommunalen Bettensteuern, die schon gelten oder noch geplant sind. Durch die Senkung der Mehrwertsteuer für Hotels von 19 auf 7 Prozent durch die christlich-liberale Bundesregierung, an der die große Koalition übrigens nichts geändert hat, sind den Kommunen 1,6 Milliarden Euro an Einnahmen weggebrochen. Die versuchen sie nun, mit aberwitzigen Formen der Besteuerung wieder hereinzuholen, ob die nun Bettensteuer, City Tax, Tourismussteuer, Matratzen-Maut oder sonst wie genannt werden.

Es ist das alte Lied der Politik in repräsentativen Demokratien: In die eine Tasche wird es 'reingestopft und aus der anderen wieder 'rausgeholt. Es sind Akte der Umdekoration, mit denen sich die Repräsentanten stolz in Szene setzen. Bloß: Mit verantwortungsbewusster Politik hat das ewige 'Rein und 'Raus nichts zu tun.

Der Aberwitz daran ist, dass die Bürger höhere Gebühren und Steuern für dramatisch verschlechterte Leistungen zahlen müssen. Wen wundert's, wenn sie nicht verstehen und erst recht nicht akzeptieren, dass sie immer stärker zur Kasse gebeten werden und dafür im Gegenzug immer weniger bekommen.

In Westdeutschland haben manche Kommunen so viele Schulden, dass Banken ihnen kein Geld mehr leihen. Leidtragende sind die Bürger. Schwimmbäder, Sportanlagen und Bibliotheken werden geschlossen, Straßen nicht mehr repariert, städtisches Eigentum wird verkauft, Schulen verfallen, Theater stehen vor dem Aus.

Fast zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen werden von den Kommunen getätigt. Dennoch nehmen sie nicht die Summen ein, die sie für die Finanzierung ihrer Projekte brauchen würden. Die bedrohliche Schieflage vieler Gemeindehaushalte gefährdet nicht nur den Standard im öffentlichen Leben. In den Kommunen fürchtet man, dass die Finanznot das politische System aushöhlt. Das Beschwören der "Kommunalen Selbstverwaltung" wird zum leeren Gerede, wenn Stadtverordnete und Bürgermeister fast nichts mehr entscheiden können.

Das wirkt auch nicht anziehend auf politische Nachwuchstalente. Schon jetzt finden die Parteien kaum noch begabte Kandidaten für ihre Listen. Ehrgeizige junge Leute in anspruchsvollen Berufen nehmen immer seltener nebenher ein ehrenamtliches Mandat in der Kommunalpolitik wahr. Stellten Unternehmen und Kanzleien früher wichtige Mitarbeiter ab, um einen Draht ins Rathaus zu haben, ist eine solche Nebentätigkeit heute fast schon ein Karrierehindernis.

Die Politik - und auch die Kommunalpolitik - hat sich in den entwickelten Demokratien immer weiter von den Bürgern losgelöst und bekommt nun auf allen Ebenen die Quittung: Die Bürger wollen von Politik und Politikern nichts mehr wissen und nichts mehr damit zu tun haben.

Das Elend der Public-Private Partnerships (PPP)

Dass sich die Lebensverhältnisse in den Städten und Gemeinden in Zukunft stark auseinander entwickeln werden, scheint vorgezeichnet.

Hilfe erwarten die verschuldeten Städte und Gemeinden ausgerechnet von den noch wesentlich höher verschuldeten Bundesländern und vom Bund. Doch woher sollten die das Geld nehmen? Sollen sie etwa Steuern erhöhen oder sich neu verschulden? Viele Bundesländer und auch der Bund selbst sind

hoch verschuldet, Nordrhein-Westfalen etwa mit 172 Milliarden Euro, der Bund sogar mit 2 Billionen und 27,5 Milliarden Euro. Die Katze beißt sich da in den Schwanz...

Das Elend der Zerrüttung kommunaler Finanzen zieht längst weitere Kreise. In vielen Städten und Gemeinden haben die Lokalpolitiker in ihrem grenzenlosen Mangel an wirtschaftlichem Sachverstand überdimensionierte Protzbauten hingestellt, die sich nicht rechnen. Selbst in kleinsten Gemeinden haben sie im ruhmsüchtigen Streben, sich selbst ein weithin sichtbares Denkmal zu setzen, geradezu großstädtische Schwimmbäder und Wellness-Oasen in die Landschaft geklotzt.

Die hatten von Anbeginn an keinerlei wirtschaftliche Zukunft, rutschten in die Verlustzone und brachten den betroffenen Gemeinden über Jahre hohe Betriebskosten. Jahrelang schossen die Gemeinden Millionenbeträge aus ihren ohnehin schon ausgezehrten Kassen zu, um den kommunalen Protz am Leben zu erhalten.

Am Ende mussten sie die Monumente ihrer eigenen Gigantomanie wieder verkaufen. Doch da die Dinger auf dem Markt keinen angemessenen Preis erzielen können, ging das nur zum symbolischen Preis von einer Mark oder - später - einem Euro.

So hat sich um die unökonomisch wirtschaftenden Gemeinden inzwischen eine ganze Branche herum etabliert, die von deren betriebswirtschaftlichem Dilettantismus profitiert. Sie kaufen beispielsweise riesige Schwimmbäder, Freizeitzentren und Wellness-Zentren für den Preis von so gut wie überhaupt keinem Geld auf, bauen sie professionell komplett um und entwickeln für sie hochprofitable Geschäftsmodelle.

Das Problem ist nur: Die Kommunen haben die Protzbauten zuvor für Millionenbeträge gebaut und verkaufen sie nach oft vielen verlustreichen Jahren wieder für weniger als einen Apfel und ein Ei.

Die Firmen, die diese Bauten kaufen, bekommen also auf Kosten der Steuerzahler wahre Prachtobjekte zu praktisch überhaupt keinen Kosten, bauen sie hochprofessionell um, gestalten sie hochrentabel und lassen sich dann weiterhin von der Gemeinde üppige Geldbeträge als Zuschüsse zum Unterhalt zahlen.

Den Betreiberunternehmen ist daraus kein Vorwurf zu machen. Sie retten wirtschaftlich ja noch, was die Kommunalpolitiker versaubeutelt haben.

Aber warum muss sich eine Gemeinde diesen Luxus leisten, dass ihre Politiker erst einmal Projekte mit Millionenkosten in den Sand setzen, die dann von freien Unternehmen - oft in Public-Private-Partnerschaft (PPP) - wieder saniert werden müssen und trotzdem noch ohne kommunale Zuschüsse nicht betrieben werden können?

Die Antwort fällt leicht: Es ist der sattsam bekannte Systemfehler. Die repräsentativen Demokratien leisten sich den Luxus, als Entscheider absolut ignorante Dilettanten mit Hang zur Großmannssucht zu halten, die regelmäßig Steuergelder verprassen.

Um diesen Mangel wieder auszubügeln, setzen sie neuerdings entweder private Unternehmen oder PPP-Partnerschaften ein, die immer noch viel kosten, aber etwas von betriebswirtschaftlichen Zusammenhängen verstehen.

Bleibt die Frage: Warum der Luxus der dilettantischen Entscheider, wenn die nichts taugen? Und warum muss man erst Millionenverluste machen, die dann nochmal öffentliche Zuschüsse erfordern?

Doch die Finanznot der Kommunen greift noch tiefer in das politische System ein, als es auf den ersten Blick scheint. Es geht nicht in erster Linie darum, dass die Städte und Gemeinden knapp bei Kasse sind. Das ließe sich ja doch irgendwie verkraften. Es ist auch noch das allergeringste Problem, dass alles teurer wird, wenn die Städte und Gemeinden viele Leistungen streichen müssen und die Gebühren für andere Leistungen drastisch erhöhen, um sich an den eigenen Haaren aus der Klemme zu ziehen.

Eine *Gebühr* ist ja nicht einfach ein Preis, den eine Verwaltung nach Belieben festsetzen kann, also zum Beispiel danach, wie viel Geld sie gerade braucht. *Sie ist vielmehr ein Geldbetrag, der eng an die Kosten der Leistung geknüpft ist, die eine Stadt- oder Gemeindeverwaltung erbringt.* Sie soll nämlich die Kosten für diese Leistung ganz oder teilweise decken.

Das ist von fundamentaler Bedeutung für das Funktionieren der Verwaltung. *Gebühren sind nicht Preise, mit denen Kommunen Geld verdienen und Gewinne erwirtschaften.* Preise, die deutlich über den wirklichen Kosten liegen, dürfen nur private Wirtschaftsunternehmen berechnen. Öffentliche Behörden dürfen das nicht. *Das ist ein guter Grundsatz demokratischer Gemeindepolitik.*

Schließlich ist es Sinn und Zweck des Bestehens von Verwaltungen, öffentliche Leistungen zu so günstigen Preisen wie möglich zu erbringen. Eine öffentliche Verwaltung, die mit ihren Leistungen auch noch Profite erwirtschaftet - und seien es auch nur ganz bescheidene -, wäre für eine Demokratie ein Unding. Denn profitorientiertes Wirtschaften ist Aufgabe und Privileg der Privatwirtschaft und nur dort überaus sinnvoll.

Die öffentlichen Verwaltungen sind dazu da, *Leistungen zu kostendeckenden Gebühren* zu erbringen. Deshalb existieren sie überhaupt. Wenn Wirtschaftsunternehmen das besser und billiger machen könnten, müssten sie sofort abgeschafft werden. Verwaltungs- und Benutzungsgebühren sollen die Kosten der in Anspruch genommenen Leistungen decken, aber nicht übersteigen.

Das demokratische System wendet sich gegen die Bevölkerung

Das Verwaltungskostengesetz des Bundes und die Verwaltungskostengesetze der Länder schreiben deshalb vor, dass Gebühren grundsätzlich angemessen sein müssen. Der Grundsatz der *Angemessenheit* (Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne) verlangt, dass neben dem berechtigten Interesse der Allgemeinheit auf Kostenerstattung für individuell abgegebene staatliche Leistungen auch der wirtschaftliche Wert oder sonstige Nutzen, den der Leistungsempfänger erhält, in angemessener Weise berücksichtigt wird. Zwischen beiden Interessen ist ein ausgewogenes Verhältnis herzustellen.

Gebühren dürfen also nicht einfach nach Lust und Laune oder dem Geldbedarf der Gemeinde festgesetzt werden. Da muss zwischen dem Verwaltungsaufwand und dem wirtschaftlichen oder dem sonstigen Nutzen der Leistung ein angemessenes Verhältnis bestehen (*Äquivalenzprinzip*).

Primärer Gesichtspunkt ist der durchschnittliche Aufwand einer Amtshandlung. Im Prinzip darf für eine Amtshandlung nicht mehr berechnet werden, als sie die Behörde selbst kostet. Zusätzlich darf eine Behörde beim Preis aber auch den durchschnittlichen Wert oder Nutzen und die Bedeutung der Amtshandlung für den Bürger abschätzen.

Das wird - leider - häufig im Baurecht so gehandhabt: Da werden Gebühren beispielsweise an der Höhe des Kaufpreises von Grundstücken orientiert. Für ein und denselben Verwaltungsakt wird ein hoher Preis berechnet, wenn das Grundstück sehr viel Geld kostet, und ein niedrigerer Preis, wenn es nicht so viel kostet.

Beide Größen, Verwaltungsaufwand und wirtschaftlicher Wert oder Nutzen der Amtshandlung für den Empfänger, sind bei der Gebührenfestsetzung zu berücksichtigen und in ein angemessenes Verhältnis zu setzen.

Und an diesem Punkt *kippt die finanzielle Misere der Städte und Gemeinden in den entwickelten Demokratien zur Systemkrise*. Denn wenn die Kommunen nun unter dem Druck ihrer Finanznot nach und nach Gebühren und Steuern so anheben, dass sie mit den höheren Einnahmen aus der eigenen Schuldenkrise herauskommen und sich aus demselben Grund laufend weitere Einnahmequellen ausdenken, dann dreht sich das System der kommunalen Verwaltung um 180 Grad und verliert seine Existenzberechtigung.

Schlimmer noch: Das politische System wendet sich gegen die eigene Bevölkerung; denn die Bürger sehen sich nun in wachsendem Maße mit Kosten, Steuern und Gebühren für Leistungen konfrontiert, die sie in der Privatwirtschaft günstiger und besser bekommen könnten, wenn sie dort erbracht werden würden.

In einer milden Diktatur mag das gerade noch so hingehen. In einer Demokratie jedoch ist es völlig unerträglich. *Wenn sich in einer Demokratie das politische System gegen die eigene Bevölkerung wendet, dann ist die Demokratie pervertiert und am Ende*. Sie hat ihren Sinn verloren. Das Volk herrscht nicht mehr. Es wird beherrscht.

Die Bevölkerung ist dann nur noch dazu da, die zerrütteten Finanzen von Städte- und Gemeindeverwaltungen mit zweifelhafter Existenzberechtigung zu überteuerten Preisen zu sanieren, ohne etwas dafür zurückzubekommen.

Der Apparat von Gemeinde- und Städteverwaltungen ist damit zum überflüssigen, schmarotzenden Moloch ohne Nutzen und Funktion außer seiner Selbsterhaltung mutiert - ein autopoietisches System, das sich laufend selbst reproduziert, ohne noch einen über es selbst hinaus weisenden Sinn und Zweck zu haben.

Schon längst erheben die Kommunen eine ganze Reihe von Gebühren, die in Wahrheit überhaupt keine Gebühren sind, weil sie in keinerlei Beziehung zu den tatsächlichen Kosten stehen und auch den Angemessenheitsgrundsatz in geradezu sträflicher Weise missachten. Speziell im Baurecht und bei Grundbucheinträgen werden die Gebühren längst weit über die Grenzen der Prinzipien der Kostendeckung und der Äquivalenz ausgereizt.

Auch die maroden Städtefinanzen werfen Systemfragen auf. Wenn in vielen Städten Schwimmbäder, Bibliotheken, Jugendhäuser und andere öffentliche Einrichtungen geschlossen werden, fragt es sich doch, wozu kommunale Verwaltungen überhaupt noch existieren, wenn sie kaum noch etwas von dem leisten, wofür sie da sind.

Das Elend ist in vielen Städten und Gemeinden so weit verbreitet, dass nun die Bürger wieder Dinge in die Hand nehmen, die zu den Aufgaben der Kommunen gehören. Wenn Bürger marode Schulen und Jugendhäuser in freiwilliger Arbeit selbst sanieren, dann ist das ein schlagender Beweis dafür, dass die ursprünglich dafür verantwortlichen Verwaltungen überflüssig geworden sind. Die Willensbildungsprozesse in den entwickelten Demokratien haben angefangen, die Substanz ihres eigenen Systems aufzubrechen.

Sehr beliebt: Abzocken der Bürger mit Radarfallen

Ein schlagendes Beispiel für die Pervertierung kommunaler Politik ist die Verkehrsüberwachung. Sie ist in Deutschland längst ein Milliardengeschäft geworden und hat mit Verkehrssicherheit nur noch wenig zu tun. Es wird geschätzt, dass die Behörden bundesweit jährlich rund vier Milliarden Euro an Verwarn- und Bußgeldern einnehmen.

Großstädte wie Berlin oder Hamburg kassieren im Jahr zweistellige Millionensummen von geblitzten Autofahrern. Und selbst eine Stadt wie Leipzig bringt es im Jahr auf Bußgeldeinnahmen von über 8 Millionen Euro.

Die Einnahmen aus den Radarfallen sind auch längst fest in den Etats der Kommunen eingeplant. Vom eigentlichen Ziel, die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen, ist man weit entfernt. Selbst nach Angaben der Polizei sind bis zu zehn Prozent der Anlagen an Stellen installiert, an denen eine Geschwindigkeitsbegrenzung überhaupt nicht sinnvoll ist.

In Deutschland hat sich die Radarfallenabzocke so nachhaltig durchgesetzt, dass man sich gar nicht mehr vorstellen kann, es könnte auch anders gemacht werden. Doch das geht.

In Großbritannien werden Radargeräte nicht als Fallen eingesetzt. Vor Gefahrenstellen werden dort die Autofahrer ausreichend und deutlich durch grelle Fahrbahnmarkierungen und Schilder vor Geschwindigkeitskontrollen gewarnt. Wenn dann jemand immer noch zu schnell fährt, blitzt es natürlich auch. Aber das Hauptaugenmerk liegt eindeutig darauf, zu hohe Geschwindigkeiten zu vermeiden und nicht darauf, die Autofahrer abzuzocken.

Die Radarfallen in Deutschland dagegen sind nur dazu da, Geld in die leeren Kassen der Städte, Landkreise und Gemeinden zu spülen und die Autofahrer abzuzocken. Und so zeigt sich auch hier: Das demokratische System hat erst seine eigenen Finanzen ruiniert und sich selbst in eine solche Bredouille gebracht, dass es nun offen gegen die eigenen Bürger vorgeht.

Eine wachsende Zahl von Kommunen stellt Radarfallen an Stellen auf, an denen Autofahrer sie schlecht oder jedenfalls zu spät sehen können. Jeder Autofahrer kennt das und musste das schon zähneknirschend hinnehmen.

Es kann kaum dazu dienen, Gefahren zu vermeiden und Unfälle zu verhindern, wenn Radarfallen am Ortsende an einer Stelle postiert wird, an der man bereits beschleunigt, weil keine Häuser mehr da stehen und auch sonst kein vernünftiger Grund zu langsamem Fahren erkennbar ist und nur das Ortsschild noch in einiger Entfernung steht.

Im Laufe der Jahre und der wachsenden finanziellen Not haben immer mehr Gemeinden Radarfallen als Einnahmequelle entdeckt. Sie gehen dabei nach dem Grundsatz vor: *Eine für die Sicherheit und vier für die Kasse.*

Inzwischen fehlt den Kommunen völlig das Unrechtsbewusstsein beim Abzocken. So ließ der niedersächsische Städte- und Gemeindebund unverblümt erklären, Radarfallen im Straßenverkehr seien zur Aufbesserung der Haushaltslage in den Kommunen schlicht **unverzichtbar**.

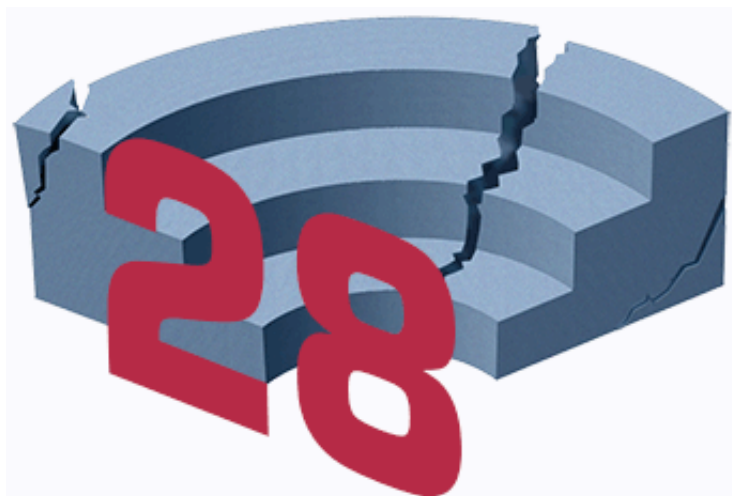
Er gab sich nicht einmal mehr die Mühe, wenigstens den oberflächlichen Eindruck zu erwecken, es gehe um Verkehrssicherheit...

Dieses System ist verrottet, weil es mit betrügerischen Fallen gegen das eigene Volk arbeitet. In den Kommunen zeigt sich zuerst und auch am deutlichsten, dass die demokratischen Institutionen gescheitert sind. Ihr weiterer Verfall ist unaufhaltsam.

Wolfgang J. Koschnick 09.06.2014

Um die Finanzen der Bundesländer steht es ebenso schlecht wie um die der Städte und Gemeinden und des Bundes. Um ab 2020 keine neuen Schulden zu machen, müssten sie zu sparen anfangen, solange die Steuereinnahmen steigen. Doch die meisten tun das nicht. Sie geben erst mal nach altbewährter Manier Geld aus, solange noch welches da oder zu kriegen ist. Doch obwohl die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert ist, für Bund und Länder seit 2011 verbindliche Vorgaben zur Senkung des Haushaltsdefizits bestehen und die Länder spätestens ab 2020 nicht mehr auf Pump leben sollen, ist das Ziel schon heute in Gefahr. Mehrere Länder geben weiter fröhlich Gelder aus, so als ob ihre Verschuldung nicht schon jetzt längst viel zu hoch wäre.

Kaum einen Deut besser als in den Städten und Gemeinden steht es um die Finanzen der Bundesländer. Auch sie haben sich verpflichtet, ab 2020 keine neuen Schulden zu machen. Doch schon jetzt ist ziemlich sicher, dass daraus nichts wird; denn um das zu schaffen, müssten sie zu sparen anfangen, solange die Steuereinnahmen steigen. Doch genau das tun die meisten von ihnen nicht. Sie geben erst mal nach altbewährter Manier Geld aus, solange noch welches da oder zu kriegen ist.



Doch das Ziel ist schon heute in Gefahr. Mehrere Länder geben weiter fröhlich Gelder aus, so als ob ihre Verschuldung nicht schon jetzt längst viel zu hoch wäre. Und sie werden damit wohl auch nicht aufhören, solange sie noch Geldquellen anzapfen können. Besonders in Wahljahren sind sie durch nichts und niemanden zu bremsen.

Am höchsten ist der Bund verschuldet. Auf ihn entfallen 63 Prozent aller Staatsschulden. Danach folgen die Bundesländer mit 31 Prozent. Die Schulden der Gemeinden schlagen mit 6 Prozent zu Buche. Der Gesamtschuldenstand der öffentlichen Haushalte in Deutschland liegt bei 81,0 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP). Nach den Maastricht-Kriterien sollte er indes 60 Prozent nicht überschreiten.

Der Mechanismus, der in die Staatsschuldenkrise hineingeführt hat, wirkt unvermindert weiter, als ob es nie eine Krise gegeben hätte. Die Regierungen müssten längst mit dem Sparen anfangen. Doch gerade weil die Einnahmen aus Lohn- und Einkommensteuern seit 2011/2012 so hoch sind wie fast noch nie, geben viele Länderregierungen lieber noch mal ordentlich Geld aus, statt zu sparen und Schulden abzubauen.

Und so nimmt die Schuldenlast der Länder insgesamt weiterhin kräftig zu. Das Grundproblem ist überall das gleiche wie in den Städten und Gemeinden: Auch die Bundesländer können ihre Einnahmen so gut wie überhaupt nicht beeinflussen. Sie haben praktisch keine Autonomie über ihre eigenen Steuereinnahmen. Und aus der Sicht der Steuerzahler ist das sogar ein wahrer Segen; denn wäre es nicht so, würden die Politiker der Länder wohl nach Herzenslust hinlangen.

Autonom entscheiden sie praktisch nur über die Grunderwerbsteuer. Und die fällt nicht sonderlich üppig ins Gewicht. 2013 nahmen die Länder insgesamt 8,39 Milliarden Euro an Grunderwerbsteuer ein. Das sind gerade mal 1,4 Prozent des gesamten Steueraufkommens in Deutschland und 3,8 Prozent der Steuereinnahmen der Länder.

Auch bei den Ausgaben ist der Spielraum der Bundesländer minimal. Sie sind für Schulen, Universitäten, Kultur, Justiz und Polizei zuständig. Die sind alle höchst personalintensiv. Manche Bundesländer geben jeden zweiten Euro aus den Steuereinnahmen für Personal aus, beim Bund beträgt der Anteil nur rund zwölf Prozent.

Da Lehrer, Professoren, Staatsanwälte, Richter und Polizisten in der Regel Beamte sind, lassen sie sich auch nicht einfach von der Gehaltsliste streichen und kosten selbst im Ruhestand noch eine Menge Geld. Die Personalausgaben der Bundesländer werden in den nächsten Jahren sogar noch kräftig steigen, weil die Zahl der Pensionäre wächst.

Strukturell unterfinanziert sind alle politischen Ebenen

Und in der Landespolitik proklamieren die politischen Parteien weiterhin, dass die Zahl der Lehrer massiv und die Zahl der Polizisten im Interesse der öffentlichen Sicherheit drastisch erhöht werden soll. Und da dafür gar keine Mittel mehr zur Verfügung stehen, wird das nur durch Neuverschuldung zu finanzieren sein. Es bleibt alles beim Alten. Die Misere ist schon jetzt absehbar.

Nach einer Analyse der Haushaltsplanungen von 2011, die das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) 2012 durchführte, haben alle Länder, außer Sachsen, einen *strukturell unterfinanzierten Haushalt*. Das bedeutet, dass sie nicht bloß ein bisschen klamm sind, sondern dass keine Aussicht auf bessere Zeiten besteht, wenn nicht eine grundlegende Reform an Haupt und Gliedern in die Tat umgesetzt wird.

Überhaupt ist "strukturell unterfinanziert" das Schlüsselwort der politischen Wirklichkeit. Nach verschiedenen Analysen ist nämlich der Bund strukturell unterfinanziert. Die Bundesländer sind strukturell unterfinanziert und die Städte, Gemeinden und Kreise sind auch strukturell unterfinanziert.

Mit anderen Worten: Alle Ebenen der Politik sind strukturell unterfinanziert. Und weil das so ist, kommen alle zusammen aus dieser Strukturkrise auch nicht mehr heraus.

Die meisten Länder verschieben das Sparen in die Zukunft – ganz so wie schon seit Jahrzehnten. Sie praktizieren dieselbe Politik, die das Land in die Krise geführt hat und behaupten nun, das werde das Land aus der Krise wieder herausführen. Bloß, wie soll das gehen?

Seit 2010 gibt es einen Stabilitätsrat für Bund und Länder. Er soll Haushaltsnotlagen vermeiden und darauf achten, dass alle Länder schuldenfrei wirtschaften. Der Stabilitätsrat fasst seine Beschlüsse mit der Stimme des Bundes und der Mehrheit von zwei Dritteln der Länder. Bei Entscheidungen, die einzelne Länder betreffen, ist das betroffene Land nicht stimmberechtigt.

Auch bei diesen Entscheidungen ist die Mehrheit von zwei Dritteln der Länder bei mindestens elf Ländern gegeben. Entscheidungen, die den Bund betreffen, fasst der Rat mit der Mehrheit von zwei Dritteln aller stimmberechtigten Mitglieder. Egal wie, im Stabilitätsrat sind diejenigen, die den ganzen Schlamassel verursacht haben, unter sich und beschließen weiterhin nach alter Väter Sitte.

Unter den verschuldeten Bundesländern sind fünf besonders hoch verschuldet und befinden sich in einer akuten Haushaltsnotlage. Berlin, Bremen, Saarland, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt bekommen deshalb bis 2019 jedes Jahr 800 Millionen Euro als Übergangshilfen. Dafür müssen sie darlegen, dass sie ihre Neuverschuldung jedes Jahr ein bisschen mehr abbauen. Anfang 2014 lag die Verschuldung aller Bundesländer bei 629 Milliarden Euro.

Doch die Planungen sind lebensfremd. So sieht das Sanierungsprogramm Berlin vor, dass die Nettokreditaufnahme von 1,27 Milliarden Euro (2011) bis 2016 schrittweise auf 253 Millionen Euro gesenkt werden soll – ohne dass sich an der Bevölkerungs- und Beschäftigungsstruktur das Geringste ändert.

Die wirtschaftliche und finanzielle Situation Berlins hat sich im Laufe der Jahre stetig verschlechtert: Hatte die Hauptstadt 1990 noch Schulden in Höhe von 9 Milliarden Euro, sind es heute rund 65 Milliarden Euro. Man braucht kein Experte zu sein, um beurteilen zu können, dass daraus nichts wird. Die Aussichten auf Besserung sind düster.

Insgesamt gesehen bauen immerhin einige Bundesländer ihre Verschuldung ab, aber einige auch nicht. 2013 haben insgesamt sechs Länder sich noch tiefer verschuldet. Insgesamt sank die Verschuldung der Länder um fast 3,6 Milliarden Euro.

Bayern, Brandenburg, Hessen und Niedersachsen haben immerhin jeweils mehr als eine Milliarde Euro abgetragen. Selbst das Krisenland Berlin stand am Jahresende mit einer um 960 Millionen Euro niedrigeren Kreditlast da. Bei einer Gesamtverschuldung von 65 Milliarden Euro ist das allerdings noch nicht einmal ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Ausgerechnet Baden-Württemberg verschuldete sich 2013 mit fast 1,8 Milliarden Euro von allen Ländern am höchsten neu. Es steht in einer Reihe mit Nordrhein-Westfalen, das sich 980 Millionen Euro gepumpt hat, Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg und dem Saarland.

2013 gaben acht Länder im Laufe des Jahres mehr aus als ein. Die anderen acht Länder nahmen mehr ein, als sie ausgaben. Der gesamte Finanzierungssaldo aller Bundesländer ist jedoch negativ. Sie gaben zusammen 485 Millionen Euro mehr aus, als sie einnahmen.

Das ist sogar ein ziemlich spektakuläres Ergebnis; denn bei der Haushaltsplanung ging man noch davon aus, dass die Finanzlücke insgesamt rund 12 Milliarden Euro betragen würde. Ende 2012 hatte das Defizit noch 5,6 Milliarden Euro betragen. In ihrer Gesamtheit hat sich die Finanzlage der Bundesländer also sogar verbessert.

Mit einem Defizit von rund 2,5 Milliarden Euro drückt Nordrhein-Westfalen das Länderergebnis am heftigsten nach unten. Der Finanzierungsüberschuss Bayerns ist mit 2,1 Milliarden Euro der größte. Mit einer Kredittilgung von knapp 1,7 Milliarden sind die Bayern auch da führend. Und das haben sie hinbekommen, obwohl sie für 2013 mit 4,3 Milliarden Euro mit Abstand am meisten ihrer Einnahmen in den Länderfinanzausgleich abführen mussten. Baden-Württemberg musste wegen der günstigen Einnahmesituation 2,4 Milliarden Euro in den Finanzausgleich abgeben, Hessen 1,7 Milliarden.

Zwar könnten die Steuereinnahmen auch der Bundesländer in den nächsten Jahren steigen – vorausgesetzt die Wirklichkeit hält sich an die optimistischen Prognosen, was nicht unbedingt zu den verlässlichsten Eigenschaften der Wirklichkeit gehört –, doch irgendwann werden auch die derzeit günstigen Zinsen wieder höher sein und damit auch die Zinsausgaben.

Das trifft die Hochverschuldeten härter – also den Bund und die schwachen Länder. Zudem werden auch die Ausgaben nicht geringer werden. In den Ländern wachsen nicht zuletzt die Pensionslasten, zudem wollen alle Seiten wieder mehr in die Infrastruktur investieren.

Das alles ist ohnehin nur eine Momentaufnahme. Es kann bald auch wieder umgekehrt kommen. Wenn die Zinsen steigen und die Steuereinnahmen sinken, geraten die Länderhaushalte erneut unter Druck. Dauerhafte Stabilität gibt es nur, wenn durch weiteres Wirtschaftswachstum die Steuerbasis solider wird. Und die Politik setzt nun einmal blind auf wirtschaftliches Wachstum. Nachhaltigkeit ist ihr zuwider. Aber wenn das Wirtschaftswachstum ausbleibt, schaut sie einfach nur blöd drein.

Auf den ersten Blick sieht bei den meisten Bundesländern außer Bremen und dem Saarland derweil alles einigermaßen positiv aus. Schließlich sollen überall die Defizite sinken. Doch bei genauerem Hinsehen ist die Lage weit weniger rosig.

Berechnet man die konjunkturbereinigten, also strukturellen Defizite, entsteht ein weitaus ungünstigeres Bild. Ungewiss ist auch, ob ein weiterer Anstieg der Staatschulden verhindert werden kann. Mit der Schuldenbremse, die ab 2020 für die deutschen Bundesländer verbindlich wird, dürfte das wohl eher nicht gelingen. Denn es sind noch nicht einmal Sanktionen für diejenigen Länder vorgesehen, die sich nicht an die Schuldenbremse halten.

Man hat bei den Maastricht-Kriterien gesehen, dass selbst Sanktionen nichts nützen. An die Kriterien hat sich trotzdem keiner gehalten. Wie soll das da bei der Schuldenbremse besser klappen, wenn noch nicht einmal Sanktionen vorgesehen sind?

Der Brandstifter als Feuerwehrmann

Nicht minder weltfremd sind die Planungen im Stadtstaat Bremen. Die Sanierungsplanung sieht vor, die Nettokreditaufnahme von 948 Millionen (2011) bis 2016 auf 231 Millionen Euro zu reduzieren. Da sich aber an der wirtschaftlichen Gesamtsituation Bremens bis dahin nichts ändern wird, sind diese Zahlen einfach nur illusorisch.

Über 19 Milliarden Euro Schulden hat Bremen über die Jahre angehäuft. Die Pro-Kopf-Verschuldung Bremens ist sogar weit höher als die von Griechenland. Spötter sprechen nur von Bremens "Tsatsiki-Haushalt". Allein 2011 gab die Stadt über 900 Millionen Euro mehr aus, als sie einnahm. Für Zinsen zahlt der Stadtstaat bereits halb so viel wie für Lehrer, Polizisten und alle anderen öffentlich Beschäftigten zusammen.

In den Finanzplanungen der Länder steht denn auch besonders häufig der Posten "globale Minderausgaben". Haushaltsexperten drücken so ihre Ratlosigkeit aus: Man weiß zwar, dass man seine Ausgaben stark kürzen müsste, hat aber noch nicht die geringste Vorstellung, wo und wie.

Sollte eines der Notlagenländer sein Sparziel verfehlen, kann der Stabilitätsrat die Übergangshilfen streichen. Sonst nichts. Doch genau dies ist wieder so ein stumpfes Schwert wie die meisten finanziellen Sanktionen. Ist ein Bundesland schon so pleite, dass es die Sparauflagen nicht erfüllen kann, wäre es ausgesprochen idiotisch, auch noch die Übergangshilfen zu streichen; denn dann rutscht es noch tiefer in die Pleite. Also wird der Stabilitätsrat tunlichst auf Sanktionen verzichten, zumal 16 der 18 Mitglieder des Stabilitätsrats Länderfinanzminister sind. Das ist so, als würde man einen notorischen Brandstifter zum obersten Feuerwehrhauptmann berufen.

Laut Schuldenbremse müssen alle Bundesländer bis 2020 strukturell ausgeglichene Haushalte vorlegen. Vier Länder haben das schon 2012 geschafft: Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen. Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Berlin sind bereits nahe dran und können in absehbarer Zeit ebenfalls Haushalte ohne strukturelles Defizit aufstellen. Die meisten anderen Länder werden jedoch bis zum Ende der Dekade zusätzliche Einschnitte machen müssen, um ihre noch bestehenden Defizite schrittweise abzubauen.

Die hohen Schuldenstände in einigen Ländern schnüren die Handlungsspielräume in den Haushalten enorm ein. Denn ein hoher Schuldenstand bedeutet grundsätzlich hohe Zinszahlungen. Nicht zufällig sind die fünf Länder, bei denen die Zinsausgaben den größten Ausgabenanteil ausmachen, auch diejenigen, die Konsolidierungshilfen erhalten. Bei diesen Ländern prüft der Stabilitätsrat, ob die Konsolidierung in ausreichendem Maße erfolgt.

Doch bei einigen anderen Ländern wie Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, denen keine Sanktion in Form gestrichener Konsolidierungshilfen droht, ist Skepsis angebracht, ob die bisher eingeleiteten Sparmaßnahmen für den notwendigen Konsolidierungserfolg ausreichen.

Dort ist zu befürchten, dass die Aufgabe, eine klare Konsolidierungsstrategie zu formulieren, die zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt in 2020 führt, in die Zukunft verschoben wird. Angesichts der umfangreichen noch bestehenden Defizite erscheint dieses Vorgehen als äußerst gefährlich.

Gerade von den großen Flächenländern wäre wünschenswert, dass die Finanzpolitiker alles unternehmen, um ihre Haushalte in Ordnung zu bringen. Der Normalzustand, den die Schuldenbremse zu Recht formuliert, ist nämlich, dass ein Land nur so viel ausgibt, wie an Einnahmen zur Verfügung steht. Sollte ein Land aus konjunkturellen Gründen oder einer Notlage heraus von dieser Regel abweichen müssen, ist dies in vertretbarer Zeit wieder auszugleichen.

Denn die Zeche für die ausufernde Verschuldung muss irgendwann bezahlt werden. Dass dies nicht erst in ferner Zukunft relevant wird, zeigt die Schuldenkrise in vielen südeuropäischen Staaten. Deshalb ist es entscheidend, dass alle Bundesländer die neuen Defizitregeln tatsächlich ernst nehmen und ihre Haushalte entsprechend aufstellen. Dazu müssen die in die mittelfristige Finanzplanung eingestellten Konsolidierungsschritte mit konkreten Maßnahmen unterlegt werden.

Andernfalls könnte die Schuldenbremse zum zahnlosen Tiger verkommen. Dann müssen Landesverfassungsgerichte über die Einhaltung der Schuldenbremse und möglichen Konsequenzen bei Verfehlungen entscheiden; mit unklaren Folgen für die Haushaltspolitik.

Deshalb sollte es im Interesse der Landesregierungen liegen, selbst das Heft des Handelns in der Hand zu behalten. Dazu gehört es, die grundgesetzlichen Regelungen der Schuldenbremse auch in Landesrecht umzusetzen, sich verbindliche Rückführungspfade aufzuerlegen und einen glaubwürdigen Defizitabbau in den Haushalts- und Finanzplänen zu betreiben.

In der aktuellen Betrachtung profitieren die Bundesländer von hohen Steuereinnahmen auf Grund der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt. Sie können zu sehr niedrigen Zinsen neue Kredite aufnehmen. Und von dramatischen demografischen Umwälzungen ist aktuell noch wenig zu spüren. Was passieren wird, wenn die Länder ab 2020 trotz aller Schwüre neue Schulden machen, ist derzeit noch völlig ungeklärt. An die Maastricht-Kriterien hat sich ja auch niemand gehalten. Wahrscheinlich passiert also auch 2020 nichts, wenn sich niemand an die Vorgaben hält. Es gab ja schließlich schon immer Regelungen im Grundgesetz, die darauf zielten, die Verschuldung einzudämmen.

Bund und Länder durften sich auch früher nur so viel Geld leihen, wie sie für Investitionen ausgaben. Doch auch daran haben sich viele Ländern schon nicht gehalten. Bremen hat beispielsweise seit 1992 in jedem einzelnen Jahr mehr Geld ausgegeben, als es durfte. Die Regierung brauchte nur eine "Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts" zu konstatieren. Und schon war eine höhere Neuverschuldung möglich, um die Konjunktur zu stützen. So einfach geht das.

Die Schuldenbremse hat mehr Löcher als ein Schweizer Käse

Selbst wenn sich erwies, dass die angebliche Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts ein Scheinargument war, rügte das zuständige Verfassungsgericht den Taschenspielertrick nur im Nachhinein. Und das tat niemandem weh.

Auch die Schuldenbremse bietet vielfältige Ausnahmen. Die Politiker der Parteien haben in die Regelungen mit Bedacht zahlreiche Schlupflöcher eingebaut. Und man kann sicher sein, dass sie jede einzelne davon intensiv nutzen werden. So sind zum Beispiel Kreditaufnahmen erlaubt, wenn bei einer schwachen Konjunktur die Steuereinnahmen einbrechen. Bei Aufnahme neuer Schulden müssen die Finanzminister lediglich einen Tilgungsplan vorlegen. Auch bei Naturkatastrophen oder "außergewöhnlichen Notsituationen" dürfen sich die Länder neu verschulden.

Dabei war doch genau dies in all den zurückliegenden Jahrzehnten der Kern des Problems: Wenn nicht genügend Steuern hereinkommen, dann wurden neue Schulden aufgenommen. Genau deshalb ist die wirtschaftspolitische Misere überhaupt entstanden. Und nun geht es weiter wie bisher.

Die Schuldenbremse ist nicht viel mehr als reine Augenwischerei, eine gigantische PR-Show, die verschleiern soll, dass sich auch in Zukunft nichts ändern wird. Und das ist heute bereits einwandfrei zu erkennen.

Darüber hinaus dürfen sich die Länder ihre eigenen Regeln dafür formulieren, wie sie Einnahmeausfälle aus Konjunkturkrisen berechnen; denn das Grundgesetz erlaubt es, solche Ausfälle durch Aufnahme neuer Schulden auszugleichen.

Da aber schon minimale Änderungen der Parameter in den Berechnungsverfahren großzügige Möglichkeiten für weitere Schuldenaufnahme eröffnen, gibt es auch in Zukunft vielfältige Tricks, um Haushaltslöcher auf Pump zu stopfen.

Nach wie vor beliebt ist die altbewährte Methode, neue Schulden in Neben- und Schattenhaushalte, in Zweckgesellschaften oder in landeseigene Unternehmen auszulagern. Auch Partnerschaften mit privaten Unternehmen, etwa die Public-Private Partnerships (PPPs) bei Bauprojekten, sind weit verbreitet.

Häufig werden landeseigene Immobilien an Investoren verkauft und dann über langfristige Verträge gemietet. Auch dies ist oft nichts anderes als eine verdeckte Kreditaufnahme. Und so treiben viele Landespolitiker nicht den Schuldenabbau voran, sondern wursteln unablässig weiter wie bisher.

Das Weiterwursteln auf allen politischen Ebenen indes hat Methode. Es ist das stets und überall wiederkehrende Problem. Die politischen Parteien und ihre einzelnen Repräsentanten wollen wiedergewählt werden. Sie glauben – wohl zu Recht –, dass die Wähler sie nicht wiederwählen werden, wenn sie ihnen zu starke Belastungen zumuten. Also entscheiden sie sich dafür, den Bürgern Wahlgeschenke zu machen. Das wiederum geht nur mit dem Geld der Steuerzahler und durch Neuverschuldung. Also gerät die Schuldenspirale in immer schnellere Fahrt.

Es ist im Zuge der verbreiteten Politikverdrossenheit beliebt geworden, ganz allgemein über die Politiker zu schimpfen – als ob das besonders schlechte und verschlagene Menschen seien. Vielleicht ist das auch gar nicht gar so abwegig, aber darin liegt nicht der Kern des Problems.

Und – da sich im Telepolis-Forum so viele Leute so grundlos aufblasen – halte ich fest: Die Lösung der Probleme liegt ganz sicherlich *nicht in der Privatisierung öffentlicher Leistungen*. Ich hänge nämlich keineswegs neoliberalen Überzeugungen an. Im Gegenteil.

Die Lösung läge bestenfalls darin, dass die öffentlichen Hände ihre gesetzlichen und grundgesetzlichen Aufgaben ordentlich erfüllen, statt sich gegen ihre eigene Bevölkerung zusammenzuroten, sie weiter auszunehmen und genuine öffentliche Aufgaben in die Hände von Privatunternehmen zu geben.

Es besteht allerdings nur wenig Hoffnung, dass sie das auch tun werden; denn die politische Mischpoke, die bisher schon die öffentlichen Finanzen ruiniert und die demokratische Willensbildung detruiert hat, sitzt weiterhin an den Hebeln der politischen Macht und hat kaum Gründe, nun eine Kehrtwende zu vollziehen. Ihr geht es ja gut.

In die Struktur der politischen Willensbildung in repräsentativen parlamentarischen Demokratien ist der demokratisch legitimierte Missbrauch der öffentlichen Finanzen durch die Politik integral eingebaut. Die repräsentative Demokratie befürworten und verteidigen heißt, diesen Missbrauch verteidigen und zu befürworten.

Wolfgang J. Koschnick 16.06.2014

Seit Jahrzehnten geht es den Völkern nur noch schlechter. Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer. Das politische System der entwickelten repräsentativen Demokratien verschwendet massenhaft Ressourcen. Die politische Kaste verbraucht für sich selbst große Geldmengen und verantwortet eine immense Fehlleitung von Steuereinnahmen und eine immense Staatsverschuldung. Die Zeche zahlt die Bevölkerung. Das Herrschaftssystem ist nur noch formal eine Art Demokratie. Das "Schrumpfen der Mittelschicht", die "Erosion des Leistungsprinzips" und die "Refeudalisierung" der Gesellschaft sind Standardthemen der Soziologie demokratischer Länder. Was hat die vermeintliche Volksherrschaft dem Volk gebracht? Ein in reinen Formalismen erstarrtes politisches System, in dem das Volk nichts zu sagen hat und das in Wahrheit eine Herrschaft über das Volk darstellt, hinter deren scheindemokratisch polierter Fassade soziale Ungerechtigkeit, Chancenungleichheit, Armut und soziales Elend sich ständig und unaufhaltsam weiter ausbreiten. Dem breiten Volk in allen entwickelten Demokratien geht es von Jahr zu Jahr immer schlechter.

Ihren Zenit haben die entwickelten repräsentativen Demokratien auf jeden Fall längst überschritten. Ihre Anziehungskraft auf Menschen, die in den entwickelten Demokratien leben, lässt rapide nach. Enttäuschung macht sich seit Jahrzehnten breit. Die Menschen wenden sich in Scharen von der Politik ab - von der demokratischen Politik. Gut die Hälfte aller Wahlberechtigten geht in vielen Ländern nicht einmal mehr wählen. Nahezu in allen Demokratien ist ein Trend zur Wahlenthaltung festzustellen. Tendenz steigend.



Wesentlich war nicht die formal einwandfreie Abwicklung von Wahlen und Prozeduren der politischen Willensbildung. Darüber herrschten durchaus unterschiedliche Vorstellungen. Wesentlich war, dass es der Mehrheit der Menschen gut gehen sollte - besser als je zuvor.

Die Folge ist: Nur wenigen geht es gut, der breiten Bevölkerung geht es zunehmend schlechter. Die untere Schicht der Bevölkerung wächst und wächst und wächst, und die mittlere Schicht schrumpft und schrumpft...

In allen entwickelten repräsentativen Demokratien wächst die Armut

Die Kluft zwischen Arm und Reich ist tiefer geworden und wird weiter immer tiefer. Große Teile der Bevölkerung leben in bitterer Armut. Selbst in relativ reichen Ländern wie Deutschland.

In allen entwickelten Demokratien wächst die Armut. Kinder aus armen und bildungsfernen Schichten haben deutlich schlechtere Chancen als Kinder aus bürgerlichen Familien. Eine wachsende Zahl von Bürgern kann sich und ihre Familien von ihrer Hände Arbeit nicht oder kaum noch ernähren. Altersarmut breitet sich aus, weil viele Rentner von ihren Renten nicht mehr leben können.

Die gestern und heute lebenden Generationen haben die Einkünfte künftiger Generationen schon heute aufgezehrt und zehren sie ungerührt weiter auf. Der Mittelstand wird in einem sich über Jahrzehnte erstreckenden Prozess buchstäblich zwischen den Fronten zerrieben - als direkte Folge des demokratischen Systems; denn er ist die einzige verbliebene große Sozialschicht, die einstweilen noch ohne gar zu großes Risiko ausgesaugt werden kann. Doch wie lange noch?

Die Unterschicht ist weitgehend zerschöpft und muss sogar vom Staat alimentiert werden. Und die oberste Oberschicht lässt sich nicht ohne ein für die politische Kaste viel zu hohes Risiko anzapfen. Davor schreckt die ach so demokratische Politik zurück. Die wahren Herrscher im System bleiben unangetastet.

Der Abstand der wirklich Reichen vom Rest der Bevölkerung ist in den letzten Jahrzehnten in geradezu exponentiell gewachsen. Er hat längst Ausmaße erreicht, die alle Vorstellungen sprengen.

Damit kein Missverständnis aufkommt: Dies kann man ausnahmsweise nicht den demokratischen Systemen der entwickelten Welt zur Last legen. Aber man kann ihnen zur Last legen, dass sie der Ausbreitung einer Plutokratie nicht Einhalt gebieten.

Die entwickelten Demokratien tun nichts dagegen, dass die Herrschaft der Superreichen die fromme Mär widerlegt, wir lebten in einer Leistungsgesellschaft; denn die wirklich Reichen aller Länder haben ihre Vermögen nicht durch Leistung und schon gar nicht durch Arbeit, sondern durch Erbschaft erworben. Und sie erhalten und mehren es auch nicht durch Leistung und Arbeit. Ihr Kapital erhält und mehrt sich ganz von selbst - wenn auch mit tatkräftiger staatlicher Förderung. Die demokratische Politik ist nicht viel mehr als ein williger Helfer der Plutokratie.

Noch 1970 gehörten dem reichsten Zehntel der bundesdeutschen Gesellschaft 44 Prozent des gesamten Volksvermögens. 2012 gehören ihm über 66 Prozent.

Einem einzigen Prozent der Bevölkerung gehören heute 35,8 Prozent des Vermögens, das heißt, sie besitzen mehr als die ärmeren 90 Prozent der Menschen. Denen gehören zusammen nämlich nur 33,4 Prozent des gesamten Vermögens.

Die entwickelten Demokratien sind keine Leistungsgesellschaften

Die Superreichen des Geldadels arbeiten nicht und sie leisten nichts. Sie lassen ihr Kapital arbeiten. Sie sind keine Unternehmensgründer und auch keine Unternehmenslenker. Sie sind Anleger und verwalten das Vermögen, das ihre Väter und Großväter geschaffen haben.

Doch Geldvermehrung durch Vermögensverwaltung ist keine Leistung. Die Geldelite ist auch keine Leistungselite. Die demokratische Politik hat diese gigantische Umverteilung von unten nach oben auf jeden Fall nicht verhindert. Im Gegenteil, sie hat nach Kräften mitgeholfen, sie wachsen und gedeihen zu lassen.

Die entwickelten Demokratien sind keine Leistungsgesellschaften mehr. Sie haben sich selbst von Leistungsgesellschaften zu ergebenden Dienern und Handlangern des Kapitals gewandelt.

Wer mit seinem Vermögen Geld verdient, zahlt pauschal 25 Prozent Kapitalertragssteuer. Wer sein Einkommen durch Arbeit erzielt, zahlt hingegen bis zu 45 Prozent.

Das demokratische System schafft keine Gerechtigkeit. Es schafft krasse Ungerechtigkeit und lässt sich davon auch durch nichts abbringen. Im Gegenteil: Es perpetuiert sie. Die entwickelten Demokratien bestreiten inzwischen gar, dass sie überhaupt dafür zuständig sind, soziale Ungerechtigkeiten aus der Welt zu schaffen.

Die Superreichen tragen in immer geringerem Maße zum Gemeinwohl bei, obwohl sie für sich selbst doch so gern das Bild von der Lokomotive in Anspruch nehmen, die den Zug des allgemeinen Wohls in Fahrt bringt. Doch sind sie noch nicht einmal ein Bummelzug, sondern nichts als eine Riesenbremse.

1960 trugen die Gewinnsteuern der Kapitaleigentümer etwa 35 Prozent zu den Einnahmen des Staats bei, während die Massensteuern der arbeitenden Menschen nur ein bisschen mehr aufbrachten, nämlich 38 Prozent. Zwischen Kapital und Arbeit herrschte damals noch so eine Art fragiles Gleichgewicht.

Die Zeiten sind längst vorüber. Das Gleichgewicht ist gekippt. Die fortschreitende Entwicklung der Demokratien hat überall den gleichen Prozess in Gang gesetzt: Die Reichen werden reicher. Alle anderen werden ärmer.

Heute zahlt das Gros der Bevölkerung mit seinen Massensteuern 71 Prozent des gesamten Steueraufkommens. Die Gewinnsteuern liegen unter 20 Prozent. Also wächst der Reichtum des Geldadels ganz von selbst. Er braucht nicht einmal selbst etwas dafür zu tun. Er kann sich hinsetzen und dabei zuschauen, wie sein Vermögen blüht und unaufhörlich wächst. Und das wächst schneller als das Gras im Sommerregen.

Die oberste Oberschicht ist fein 'raus. Den Staat finanzieren die arbeitenden Menschen aus der Mittelschicht. Die Angehörigen der obersten Oberschicht tragen noch nicht einmal richtige Peanuts dazu bei. Doch wie lange wird das noch möglich sein, wenn die Mittelschicht weiter schrumpft? Denn deren Wohlstand sinkt.

Hier zeigt sich einmal mehr die selbstzerstörerische Eigendynamik der entwickelten Demokratien. Die einzige Bevölkerungsschicht, auf der das politische und wirtschaftliche System dauerhaft ruht, wird nach und nach von den Rändern her angefressen und aufgezehrt. Und das wird so lange gehen, bis die Mittelschicht im Kern vernichtet ist.

2010 jedenfalls hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einer Studie festgestellt, dass der Anteil der Mittelschicht an der Bevölkerung allein in den zehn Jahren von 2000 zu 2010 um vier Prozentpunkte geschrumpft ist. Nach den DIW-Zahlen aus dem Sozioökonomischen Panel - einer Langzeitbefragung von rund 11.000 Haushalten in Deutschland - sank der Anteil der Mittelschicht seit 2000 von 64 bis auf 60 Prozent der Bevölkerung mit einem Nettoeinkommen zwischen 860 und 1.844 Euro.

Zugleich stieg der Anteil der unteren Einkommensschicht von 18 auf 22 Prozent. Die Schere öffnet sich langfristig und auf Dauer. Die preisbereinigten Nettoeinkommen aller Beschäftigten in Deutschland gingen zwischen 2000 und 2010 um 2,5 Prozent zurück.

Besonders drastisch sanken die Einkommen von Geringverdienern. Sie verdienten 2010 zwischen 15,6 und 21,9 Prozent weniger als noch zur Jahrtausendwende. Von den Zuwächsen bei der

Wirtschaftsleistung der zehn Jahre zwischen 2000 und 2012 ist bei den Erwerbstätigen nichts angekommen.

Sehr deutlich stiegen hingegen die Einkommen aus Gewinnen und Kapitalvermögen. Der Mehrheit der Bevölkerung in den entwickelten Demokratien geht es in jeder Hinsicht immer ein bisschen schlechter. Die demokratischen Systeme von den USA über Europa bis hin nach Japan schaffen es nicht, die Wohlfahrt der Menschen zu verbessern.

Auch nach einer 2012 veröffentlichten Studie der Bertelsmann-Stiftung schrumpft die Mittelschicht in Deutschland seit 1997 dramatisch. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ging in 15 Jahren um 5,5 Millionen Menschen zurück. Damit gehören statt 65 nur noch 58 Prozent der Deutschen dem Mittelstand an.

Besonders stark ist der Rückgang in der unteren Hälfte der Einkommensmittelschichten, deren Anteil sogar um 15 Prozent sank. Umgekehrt gibt es knapp vier Millionen Menschen mehr, die zu den unteren und untersten Einkommensschichten zählen.

Zur Mittelschicht zählen die Forscher Ein-Personen-Haushalte mit einem monatlich verfügbaren Einkommen von 1.130 bis 2.420 Euro. Für einen Vier-Personen-Haushalt mit zwei Kindern unter 14 Jahren liegen die Grenzen bei 2.370 und 5.080 Euro. Die Zahlen basieren auf dem Sozio-Ökonomischen Panel für 2010, für das 20.000 Erwachsene befragt wurden.

Danach macht sich in den Mittelschichten inzwischen jeder Vierte Sorgen, seinen Status zu verlieren. Das sind deutlich mehr Deutsche als noch vor zehn Jahren. Außerdem gelingt immer weniger Menschen der Aufstieg aus den unteren Einkommen in die Mittelschicht. Selbst eine gute Ausbildung ist kein Garant mehr für ein Leben in gesichertem Wohlstand. Hingegen sind die unteren Einkommen der Mittelschicht gefährdet, in einkommensschwache Bereiche abzurutschen.

"Aufwärtsmobilität auf breiter Front ist eine Grundvoraussetzung für die Soziale Marktwirtschaft und den Zusammenhalt der Gesellschaft", betont der Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann-Stiftung Aart De Geus. "Alle müssen eine realistische Chance haben, durch eigene Anstrengung die ökonomische Leiter hinaufzuklettern."

Die Studie zeigt auch: Nach dem Abstieg aus der Mittelschicht, fällt es heute schwerer, wieder in höhere Einkommensschichten aufzusteigen. 70 Prozent der unteren Einkommen finden sich nach drei Jahren immer noch in der gleichen Schicht wieder (2000: 67 Prozent). Eine ähnliche Tendenz ist für hohe Einkommen zu erkennen (2000: 66 Prozent, 2010: 74 Prozent). Das Risiko, eine hohe Einkommensschicht wieder zu verlassen, hat sich also verringert.

Auch die Steuerpolitik ist den Forschern zufolge dafür verantwortlich, dass die Mittelschicht schrumpft. Von den Steuerreformen der 1990er Jahre haben vor allem Reiche profitiert. Die Mittelschicht wurde deutlich weniger entlastet. Arbeitsmarktreformen und der Rückgang normaler Arbeitsverhältnisse seien eine weitere Ursache. Die entstandenen atypischen Beschäftigungsverhältnisse sind in der Regel durch eine unterdurchschnittliche Entlohnung gezeichnet.

Die großen demokratischen Hoffnungen, die einst gegen Ende der Diktaturen des 20. Jahrhunderts in die Demokratien gesetzt wurden, sind zutiefst enttäuscht worden. Eine scheindemokratische Oberfläche verdeckt nur notdürftig undemokratische Strukturen.

Wir leben längst wieder in einem Herrschaftssystem, das nur noch formal eine Art Demokratie ist.

Soziologen wie Sighard Neckel befassen sich seit langem mit der Thematik. Das "Schrumpfen der Mittelschicht", die "Erosion des Leistungsprinzips" und die "Refeudalisierung" der Gesellschaft sind Standardthemen der Soziologie demokratischer Länder.

Was hat die vermeintliche Volksherrschaft dem Volk gebracht? Ein in reinen Formalismen erstarrtes politisches System, in dem das Volk nichts zu sagen hat und das in Wahrheit eine Herrschaft über das Volk darstellt, hinter deren scheindemokratisch polierter Fassade soziale Ungerechtigkeit, Chancenungleichheit, Armut und soziales Elend sich ständig und unaufhaltsam weiter ausbreiten.

Die gewählten Repräsentanten des Volks sehen dem unwürdigen Schauspiel hilflos zu. Sie sind nicht in der Lage, etwas dagegen auszurichten; denn sie haben nicht die Macht und auch nicht das Interesse, grundlegende Veränderungen durchzusetzen.

Doch dem breiten Volk in allen entwickelten Demokratien geht es immer schlechter. Es ist ein Skandal, dass in einem der reichsten Länder der Welt jedes siebte Kind unter 15 Jahren, in Ostdeutschland sogar jedes vierte Kind von Hartz IV leben muss. In Berlin ist jedes dritte Kind auf Hartz IV angewiesen.

Im Ruhrgebiet liegt die Kinder-Armutsquote bei steigender Tendenz mit 25,6 Prozent sogar noch deutlich höher als in Ostdeutschland. Trauriger Spitzenreiter im Städtevergleich ist Gelsenkirchen mit einem Anteil von 34,4 Prozent armer Kinder. In Städten wie Mülheim oder Hamm wuchs die Kinderarmut in den fünf Jahren von 2007 auf 2012 um bis zu 48 Prozent. Die Demokratie beschert dem Volk die nachhaltige Pauperisierung ganzer Generationen.

Die Armutsquote beträgt im Bundesdurchschnitt 14,9 Prozent. Für eines der reichsten Länder der Welt ist das eine Schande. Es ist dies aber nicht das Werk eines finsternen Diktators, der sein Volk aussaugt.

Es ist das Werk einer durch das System des repräsentativen Parteienstaats ermöglichten, teils gewissenlosen, teils gleichgültigen und teils einfach auch nur hilflosen und unfähigen Politikerkaste, die sich ständig mehr mit sich selbst beschäftigt und der das eigene luxuriöse Hemd näher als die verschlissenen Hosen der breiten Bevölkerung ist.

Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer

Zuletzt hat der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty in seinem Buch "Le capital au XXI^e siècle" (Das Kapital im 21. Jahrhundert) so etwas wie die Weltformel des Kapitalismus postuliert: Return on Capital ist größer als Economic Growth ($r > g$). Die Rendite aus Vermögen übertrifft stets das Wirtschaftswachstum. Das allerdings haben alle Analytiker und Kritiker schon immer gesagt, die erkannten, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden.

Pikettys Weltformel erschüttert den von Milton Friedman geprägten Volksglauben, dass Kapitalismus, Marktfreiheit und Demokratie sich komplementär zueinander verhalten. Er bestätigt einmal mehr: Der Kapitalismus erdrückt die Demokratie:

Die Kapitalanhäufung führt zu immer größeren Ungleichheiten in der Gesellschaft, die als Ungerechtigkeit empfunden werden und deshalb destabilisierend wirken. Wenn die Rendite des Kapitals vier bis fünf Prozent beträgt, ... die Wirtschaft aber nur mit einem Prozent im Jahr wächst, nimmt die anfängliche Ungleichheit rasend schnell zu. Unsere demokratischen Gesellschaften stützen sich jedoch auf das Leistungsprinzip oder zumindest auf die Hoffnung darauf, dass Leistung gerecht belohnt wird.

Thomas Piketty [1]

Und weiter:

Der Demokratie liegt der Glaube an eine Gesellschaft zu Grunde, in der die soziale Ungleichheit vor allem auf Leistung und Arbeit beruht, nicht auf Abstammung, Erbe und Kapital. In der Demokratie gerät sonst die proklamierte Gleichheit der Rechte aller Bürger in schreienden Gegensatz zur real existierenden Ungleichheit der Lebensverhältnisse. Ohne rationale Rechtfertigung lässt sich diese Ungleichheit nicht ertragen. ...

Die Dynamik des Kapitalismus kennt keine Moralität. Sie entfaltet sich endlos weiter, solange die Institutionen der Demokratie sie nicht regulieren, wenn nötig radikal.

Und genau das haben sie bis jetzt nicht geschafft. Und es sieht nicht danach aus, dass sie es jemals in der Zukunft schaffen werden.

Unter dem Einfluss der in den meisten demokratischen Staaten explodierten Staatsverschuldung haben sich die wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse in der Welt völlig verschoben.

Noch zu Beginn der 1990er Jahre betrug die gesamte Wertschöpfung der Weltwirtschaft 15 Billionen Euro. Davon waren gerade mal 1,5 Billionen spekulative Produkte der Finanzwirtschaft. Zu Beginn der 2010er Jahre beträgt das weltweite Wirtschaftsaufkommen rund 50 Billionen Euro, die spekulativen Produkte der Finanzbranche aber betragen über 500 Billionen Euro. Die Realwirtschaft hat sich in zwanzig Jahren verdreifacht, die Spekulationswirtschaft aber verdreihundertfacht.

Als Folge dieser gigantischen Umverteilung wirtschaftlicher und politischer Macht hat sich auf der ganzen Welt die Einkommens- und noch viel mehr die Vermögensverteilung zu Gunsten der Reichen und Superreichen und zum Nachteil der restlichen Bevölkerung massiv verschoben. Schulden machen reich. Genauer: Sie machen einige wenige enorm reich und die meisten anderen arm.

Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Kenneth Rogoff spricht davon, dass heute längst wieder Vermögensmacht wie zu Zeiten der rücksichtslosen "robber barons" im 19. Jahrhundert, des entfesselten Raubtierkapitalismus und auf dem Höhepunkt der Ungleichheit herrscht.

Die sozialen Kosten der repräsentativen Demokratien sind viel zu hoch

Jedes Jahr wächst die Zahl der Millionäre allein in den USA um rund 15 Prozent. Die Kluft zwischen arm und reich geht weltweit rasant auseinander. Die entwickelten Demokratien feiern die Wiederauferstehung des unkontrollierten Frühkapitalismus in abgewandelter, moderner Form.

Die demokratisch gewählten Entscheidungsträger tragen die Hauptverantwortung für diese unheilvolle Entwicklung. Sie haben die entscheidenden Weichenstellungen durchgesetzt und die Unternehmenssteuern und die Steuern auf Kapitaleinkünfte und Vermögen radikal gesenkt. Sie sind eben nicht die Vertreter der Interessen ihrer Wähler, sondern die Handlanger der Plutokraten.

Die resultierende Strukturveränderung ist eine unmittelbare Folge fehlender Besteuerung von Unternehmen und Superreichen sowie der immensen Staatsverschuldung. Sie hat dazu geführt, dass heute viel zu viel Geld in der Welt im Umlauf ist. Und je mehr Geld zirkuliert, desto wichtiger wird es. Heute beherrscht die Geldwirtschaft die Realwirtschaft, statt ihr zu dienen.

Der Wert aller Aktien, die 2011 gehandelt wurden, betrug 45 Billionen Euro. Doch alle Arbeitnehmer der Welt verdienten im selben Jahr nur 42 Billionen Euro. Und das sind die Märkte von Optionen und anderen Geldwetten: gigantische 1.500 Billionen Euro.

Etwas kann nicht stimmen mit dem Finanzsystem, wenn mit Geldgeschäften ein Vielfaches von dem verdient wird, was Milliarden Arbeitnehmer und Maschinen erwirtschaften.

Ohne das Geld derjenigen, die von der Staatsschuldenkrise profitiert haben, lässt sich die öffentliche Verschuldung nicht abbauen. Aus der heutigen Verschuldung von 81 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) werden in nur einer Generation 130 Prozent bei einem realistischen Wachstum von nur einem Prozent und bei niedrigen Zinsen. Und wenn die Zinsen nur auf drei Prozent ansteigen, explodieren die öffentlichen Schulden auf 250 Prozent des BIP. Es bestehen kaum Chancen, auf herkömmlichen Wegen aus den Schulden herauszukommen.

Doch nicht nur, dass es breiten Kreisen der Bevölkerung immer schlechter geht und ihnen immer tiefer in die Taschen gegriffen wird, um die Herrschaft der politischen Kaste aufrecht zu erhalten. Die *sozialen Kosten des Systems "repräsentative Demokratie"* sind viel zu hoch. Sie übersteigen bei weitem seinen Gewinn.

Das politische System mit seinem umfangreichen Apparat und der Notwendigkeit für die politischen Parteien, Wahlen zu gewinnen und das mit Wahlgeschenken zu finanzieren, haben die Finanzen der entwickelten Demokratien in aller Welt und auf allen Ebenen ruiniert.

Auf Dauer kann sich kein Volk und kein Staat der Welt einen solchen Luxus leisten. Die Zeiten, in denen es den Völkern in den Demokratien immer besser ging, sind unwiederbringlich vorüber. Seit Jahrzehnten geht es den Völkern nur noch schlechter.

Das politische System der entwickelten repräsentativen Demokratien verschwendet massenhaft Ressourcen, die dringend gebraucht werden. Die politische Kaste mit ihren zehn- bis zwanzigtausend Personen verbraucht nicht nur für sich selbst große Geldmengen. Sie verursacht vor allem eine immense Fehlleitung von Steuereinnahmen und eine immense Staatsverschuldung.

Das kostet das Volk weit mehr, als die Gegenleistung wert ist. Politische, wirtschaftliche und soziale Entscheidungen, deren Inhalt vom Primat des Machterhalts und Machtgewinns von Parteien bestimmt ist, können der breiten Bevölkerung nicht nützen. Sie schaden ihr immens.

Die demokratische Politik mit ihren unzähligen Fehlleistungen ist das Geld nicht wert, das sie fehlleitet und verprasst. Eine einfache Kosten-Nutzen-Rechnung der entwickelten Demokratien muss zwangsläufig zu dem Ergebnis kommen, dass ihr Nutzen gering ist und ihre Kosten immens sind.

Wozu überhaupt soll das System der demokratischen Repräsentation noch gut sein, wenn das Volk in ihm nur noch eine untergeordnete Rolle spielt und die Entscheidungsprozesse ein ständiges Ärgernis sind?

Etwa um den staatlich finanzierten, aus eigener Kraft gar nicht lebensfähigen Apparat der politischen Parteien am Leben zu erhalten? Der Parteienstaat ist doch das Problem, nicht die Lösung.

Um die in kurzen Abständen stattfindenden Wahlkämpfe mit ihren Schaugefechten und Scheinalternativen auf Kosten der Steuerzahler bis in alle Ewigkeit fortzuführen? Sie sind ein weiteres Problem, aber keine Lösung.

Um möglichst viele Parlamentarier in Bund, Ländern und Kommunen in Brot und Arbeit zu halten? Sie sind das Problem, nicht die Lösung.

Um möglichst viele Parlamente mit vielen hundert Abgeordneten zu unterhalten, in denen permanent Scheindebatten fürs Fernsehen geführt und am Ende Regierungsentscheidungen doch nur gehorsam abgenickt werden? Sie sind ein Riesenproblem und ganz gewiss nicht die Lösung.

Oder gar um wegen der alle paar Monate stattfindenden Wahlen damit zurechtkommen zu müssen, dass die Politik monatelang paralysiert und entscheidungsunfähig ist, weil sie im Wahlkampf steht und keine Entscheidungen trifft? Genau darin liegt ja eines der vielen Probleme, aber nicht die Lösung.

Um die öffentlichen Finanzen vollends zu ruinieren und die Staatsschulden weiter ständig zu erhöhen? Sie sind eines der Hauptprobleme und ganz sicherlich keine Lösung. Wahrscheinlich können die öffentlichen Schulden in repräsentativen Demokratien überhaupt nicht nachhaltig reduziert werden.

Um marode Wirtschaftszweige mit Hilfe von Subventionen künstlich und gegen jede wirtschaftliche Vernunft am Leben zu erhalten? Sie sind eines der Beispiele sinnloser Ressourcenverschwendung in entwickelten repräsentativen Demokratien. Aber gewiss keine Lösung.

Um dafür zu sorgen, dass viele tausend Lobbyisten auch unter den Parlamentariern stets einen Ansprechpartner zu finden? Die finden die auch so.

Um den demografischen Wandel über uns hinwegrollen zu lassen und die dringend benötigte Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland weiterhin mit populistischen Latrinenparolen zu bewältigen? Nein, man braucht ja auch keinen Fußpilz.

Um die Städte, Gemeinden und Landkreise endgültig in den Ruin zu treiben? Natürlich nicht.

Um weiterhin jede wirklich dringend erforderliche Reform in endlosen Gremiensitzungen und überflüssigen Palavern bereits im Keim zu ersticken und die Politik des haltlosen Wuschtelns bis ans Ende aller Tage fortzuführen? Sicherlich nicht.

Ja, wozu denn dann?

Es ist der Zeitpunkt gekommen, an dem die Menschen in den entwickelten Demokratien der Welt darüber nachdenken müssen, ob es Alternativen zu den erstarrten und verkrusteten Herrschaftsformen gibt, die sich ohne Fug und Recht noch immer als Demokratien bezeichnen.

Sie verfügen ja im besten Fall überhaupt nur noch über Spurenelemente der Demokratie-Ideale von einst und nennen sich nur Demokratien, sind es aber längst nicht mehr. Sie schmücken sich mit einem Namen, den sie längst nicht mehr verdienen. Sie sind leere Hülsen im Gewande einer Demokratie.

Wolfgang J. Koschnick 23.06.2014

Selten waren sich Menschen so einig wie darüber: Die Demokratie ist eine der größten Errungenschaften der Menschheitsgeschichte. Und in vielen Gegenden der Welt träumen Menschen davon, dass bei ihnen zu Hause endlich demokratische Verhältnisse einkehren.

A blue, 3D-rendered ring with a cracked, weathered texture. The number '30' is prominently displayed in the center of the ring in a large, bold, red font.

Könnte es sein, dass die Mehrheit der Bevölkerung es einfach nicht mehr zu schätzen weiß, welche Kostbarkeit ihr da einst in den Schoß gefallen ist? Dass die Menschen nach Jahren demokratischer

Eindeutig: nein. Das politische System in allen etablierten Demokratien ist "gekippt" - und mit ihm die Stimmung der Menschen. Ein über Jahrzehnte schleichender Prozess des Verfalls einst lebendiger Demokratien hat dazu geführt, dass sich eine volksfeindliche Herrschaft von Berufspolitikern, die in politischen Parteien organisiert sind und ihre Macht mit ihrer Hilfe gewinnen und erhalten, über das Volk verfestigt hat.

Es ist eine politische Kaste mit eigenen Gewohnheiten, Ressourcen, Interessen und klarer Abgrenzung vom Rest der Bevölkerung. Sie dient auch nicht der Mehrheit der Bevölkerung, sondern nur der verschwindend kleinen Minderheit der Reichen und Superreichen. Sie sind die willigen Helfer und Helfershelfer des Kapitals.

Und so herrscht allenthalben ein merkwürdiger Gegensatz: Alle Menschen lieben die Demokratie als Prinzip und Ideal. Aber über den demokratischen Alltag sind sie entsetzt, ja angewidert. Doch der politische Alltag ist die wahre Realität, nicht die Utopie.

Von demokratischen Wahlen halten die Zeitgenossen nicht viel. Die politischen Parteien finden sie primitiv. Abgeordnete machen sowieso, was sie wollen, wenn sie erst einmal im Amt sind. Wahlkämpfe, in denen Kandidaten sich landauf, landab zeigen, bombastische Sprüche klopfen, von Plakaten aufs doofe Volk gieren, Hände schütteln, Kinder küssen und billige Redensarten verbreiten, verabscheuen sie. Über Parlamentarier, die komfortable Diäten und sonstige Vergünstigungen kassieren, Plenarsitzungen schwänzen, mit den Lobbyisten kungeln und sich nebenher zusätzliche Geldquellen auftun, denken die Bürger nichts Gutes.

Aus dem einstigen Ideal ist ein Herrschaftssystem geworden, in dem eine besonders üble und unfähige Spezies von Berufspolitikern sich an den Schalthebeln der politischen Macht bequem eingerichtet hat, ihre eigenen und eigennützigen Interessen verfolgt und sich aus staatlichen Mitteln komfortabel versorgt.

Das politische System ist so weit erstarrt, dass die von der Bevölkerung losgelösten Berufspolitiker noch nicht einmal mehr so zu tun brauchen, als verträten sie das Gemeinwohl. Sie leben in ihrer eigenen Welt. Sie sind eine politische Kaste für sich, die sich weitgehend von der breiten Bevölkerung losgelöst hat.

Die entwickelten Demokratien der Endzeit sind eine gigantische Fehlkonstruktion, die laufend Krisen und Katastrophen erzeugt und nicht in der Lage ist, auch nur einfache Probleme pragmatisch und nachhaltig zu lösen. Sie richten sich in stets wachsendem Maße gegen die eigene Bevölkerung.

Selbst für den sehr unwahrscheinlichen Fall, dass es den vereinten Anstrengungen der Politik in den entwickelten Demokratien gelingen sollte, die Staatsschulden noch einmal so weit unter Kontrolle zu bringen, dass die Demokratien nicht an die Wand gefahren werden, bleibt die Herrschaft von unfähigen und eigennützigen Berufspolitikern unangetastet. Und die sind außer Stande, eine Volkswirtschaft vernünftig zu organisieren und verstehen sich nur darauf, die ihnen anvertrauten Gelder der Steuerzahler zum Fenster hinauszuerwerfen. Und weil das so ist, kommt die nächste Strukturkrise noch sicherer als das Amen in der Kirche.

Dass dies überhaupt so lange möglich war, ist nur dem Umstand zu danken, dass die Ochlokraten sich an sehr stabilen und höchst leistungsfähigen Wirtschaftssystemen vergehen. Aber der Leistungsfähigkeit der arbeitenden und wirtschaftenden Menschen steht eine politische Kaste von nichtsnutzigen, absolut unfähigen Schmarotzern gegenüber, die das stabile Wirtschaftssystem mit vereinten Kräften ruinieren.

In der Entwicklung praktisch aller demokratischen Systeme in der Phase ihres Niedergangs offenbart sich immer deutlicher ein Systemdefizit der Demokratien. Wenn Demokraten sich diesem Systemdefizit noch nicht einmal stellen, wird die Entwicklung erbarmungslos über sie hinwegrollen. Und dann werden die entwickelten Demokratien in den Abgrund stürzen, an dessen Rand sie heute längst stehen.

Es hat keinen Zweck, vor den Strukturproblemen demokratischer Systeme die Augen zu verschließen, nur weil man sich nicht nachsagen lassen will, man sei kein ordentlicher Demokrat. *Die Ursache der Vielzahl von Krisen und Katastrophen der Gegenwart ist das System der politischen Willensbildung in den entwickelten parlamentarisch-repräsentativen Demokratien.*

Sie stehen heute am Rande des Zusammenbruchs. Möglich, dass der sich noch eine Weile hinzieht und dass es auch wieder mal gelingen wird, mit einer Serie von Krisengipfeln einen Aufschub zu bewerkstelligen.

Aber die Strukturkrise lässt sich durch Gipfelkosmetik nicht aus der Welt schaffen. Der Zusammenbruch der entwickelten repräsentativen Demokratien ist unvermeidlich, weil die Eigendynamik der demokratischen Systeme unausweichlich auf den Kollaps zusteuert.

In den Worten der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy geht es "nicht um das Thema der Demokratie als Utopie, die alle ‚sich entwickelnden‘ Gesellschaften anstreben sollten....":

Vielmehr richtet sich die Frage nach dem Leben *nach* der Demokratie an diejenigen von uns, die in demokratischen Gesellschaften leben oder in Ländern, die vorgeben, demokratisch zu sein, und sie impliziert keineswegs den Rückgriff auf ältere, zweifelhafte Modelle totalitärer oder autoritärer Herrschaft. Allerdings verweist sie auf die Notwendigkeit einer gewissen strukturellen Anpassung des Systems repräsentativer Demokratie, in dem es zu viel Repräsentanz und zu wenig Demokratie gibt.

Der österreichisch-britische Philosoph Karl Popper meinte einst, die Frage, wer herrschen solle - ein Diktator, eine Elite oder das Volk - sei falsch gestellt. Stattdessen müsse man fragen: Gibt es Regierungsformen, die es erlauben, eine verwerfliche oder auch nur inkompetente Regierung loszuwerden?

Demokratien sind moralisch überlegen, weil man schlechte Regierungen abwählen kann.

Demokratien sind also nicht Volksherrschaften, sondern sie sind in erster Linie gegen eine Diktatur gerüstete Institutionen. Sie erlauben keine diktaturähnliche Herrschaft, keine Akkumulation von Macht, sondern sie versuchen, die Staatsgewalt zu beschränken. Entscheidend ist, dass eine Demokratie in diesem Sinn die Möglichkeit offen hält, die Regierung ohne Blutvergießen loswerden zu können, wenn sie ihre Rechte und Pflichten verletzt; aber auch sonst, wenn wir ihre Politik als schlecht oder verfehlt beurteilen. [1]

In den entwickelten Demokratien herrscht das Volk nicht mehr

In den entwickelten Demokratien haben wir heute ein ganz und gar anderes Problem. Eindeutig kann keine mehr Rede davon sein, dass dort das Volk herrscht. Aber ebenso eindeutig haben die meisten Demokratien keine verwerfliche Tyrannenherrschaft. Im Gegenteil, es sind sogar Regierungsformen, die es im Prinzip möglich machen, eine verwerfliche oder auch nur inkompetente Regierung ohne Blutvergießen loszuwerden.

Aber das nützt nichts; denn was kommt danach? Eine ähnliche Regierung, die im Prinzip kaum einen Deut besser ist, als die vorangegangene, weil sie aus demselben Personenkreis rekrutiert wird. Ihre Mitglieder sind durch die gleichen Rekrutierungsmechanismen gelaufen, haben die gleichen Ochsentouren in den politischen Parteien hinter sich und sind ähnlich inkompetent wie ihre Vorgänger.

Auf die jeweilige Regierung in den entwickelten Demokratien kommt es kaum noch an. Das politische System ist marode. Die Regierungen sind eingebettet in ein System der politischen Herrschaft, das sich zunehmend gegen die gesamte Bevölkerung wendet.

Da hilft es kaum, wenn man eine Regierung abwählen kann. Die nächste wird nicht besser. Das ganze System muss grundlegend geändert werden und vom Kopf auf wirklich demokratische Füße gestellt werden.

Der US-Politikwissenschaftler Yascha Mounk [vergleicht](#) die gegenwärtige Endzeit der Demokratie mit dem Ende des Mittelalters:

Damals gab es keinen Gottesbeweis mehr, auf den sich die meisten Gelehrten hätten einigen können. Aber es gab noch ein Restvertrauen darin, dass es Gott geben muss. So ähnlich geht es uns heute mit der Demokratie. Wir wissen nicht mehr so richtig, warum Demokratie als einzige Regimeform legitim sein soll. Aber wir glauben irgendwie noch immer daran, dass die Demokratie das einzig Gute und Wahre ist. Demokratie ist zu einem leeren Slogan verkommen, an den wir quasireligiöse Gefühle binden.

Gibt es eine Lösung in lebendiger Demokratie?

Außer den Politikern, für die das System der entwickelten repräsentativen Demokratien einfach eine fabelhafte Sache ist, in der sie geschäftig paradieren und die eigene Versorgung organisieren können, spricht so gut wie niemand mehr ernsthaft davon, dass wir eine lebendige, funktionierende Demokratie haben.

Ist also im Umkehrschluss alles Heil in der direkten Demokratie zu finden?

Zunächst einmal bleibt festzuhalten: Eine direkte Demokratie in Reinkultur gibt es nirgends und hat es nirgends je gegeben. Ob es die bei den in der Steinzeit streunenden Jäger- und Sammlerhorden je gab, ist irrelevant und wohl auch unwahrscheinlich. Auch die vielzitierte Attische Demokratie war keine Demokratie im modernen Sinn. Ja, selbst wenn sie eine gewesen wäre, war sie die Erscheinung eines fernen Zeitalters und ohne Relevanz für die heutige Zeit.

Starke Elemente direkter Demokratie gibt es heute nur in einigen amerikanischen Bundesstaaten wie Oregon und vor allem in der Schweiz. Aber auch dort herrscht ein Mischsystem: Das politische System der Schweiz ist bestenfalls eine halbdirekte Demokratie, in der das Volk zu einem gehörigen Teil auch durch das gewählte Parlament repräsentiert wird.

Die Schweizerinnen und Schweizer wählen alle vier Jahre ihr Parlament und stimmen seit gut 150 Jahren im Schnitt drei- bis viermal pro Jahr als letzte politische Instanz über diverse Sachfragen auf allen Ebenen ab - in der Gemeinde, im Kanton und auf Bundesebene.

Das bedeutet konkret: Die Vielzahl der Nachteile von repräsentativen Demokratien und das Übergewicht der Eigeninteressen und des Eigenlebens der Repräsentanten sind in der Schweiz zwar abgemildert, aber gleichwohl vorhanden. Die politische Kaste, die in den entwickelten repräsentativen Demokratien vom Volk losgelöst ihr Eigenleben führt und ihre Eigeninteressen durchsetzt, wird in der Schweiz wirksam in Schach gehalten.

Eine Mehrheit des Volks und der Kantone muss jede Verfassungsänderung durch ein obligatorisches Referendum gutheißen (Volks- und Ständemehr). Darüber hinaus gibt es Volksreferendum und die Volksinitiative. Durch ein Referendum können die Schweizer aktiv in den Gesetzgebungsprozess eingreifen. Sie haben das Recht, über Parlamentsbeschlüsse nachträglich abzustimmen.

Volk und Stände müssen obligatorisch abstimmen über Änderungen der Bundesverfassung; den Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften; für dringlich erklärte Bundesgesetze, die keine Verfassungsgrundlage haben und deren Geltungsdauer ein Jahr übersteigt. Über diese Bundesgesetze müssen die Stimmberechtigten innerhalb eines Jahres nach deren Annahme durch die Bundesversammlung entscheiden.

Viele Bestimmungen in der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft müssen regelmäßig angepasst werden wie zum Beispiel die Zinssätze der Mehrwertsteuer. Auch Vorschläge zum Beitritt der Schweiz zu supranationalen Strukturen müssen dem Stimmvolk vorgelegt werden und die doppelte Mehrheit von Volk (Volksmehr) und Kantonen (Ständemehr) erhalten, um überhaupt in Kraft zu treten.

Das fakultative Referendum kann gegen alle Gesetze oder Gesetzesänderungen ergriffen werden. Damit das Volk nachträglich über einen Entscheid des Parlaments entscheiden kann, müssen das mindestens 50.000 Personen bis spätestens 100 Tage nach Publikation des entsprechenden Textes mit ihrer Unterschrift bei der Bundeskanzlei verlangen. Dafür braucht ein fakultatives Referendum nur

eine einfache Mehrheit des Stimmvolks. Mit ihrer Unterschrift können 100.000 Stimmberechtigte mit einer Volksinitiative innerhalb von 18 Monaten verlangen, dass die Verfassung in einzelnen Punkten geändert wird.

Bevor die Änderungen in Kraft treten, durchläuft jede Volksinitiative einen mehrstufigen Prozess. Wird das Begehren für gültig erklärt, berät zuerst der Bundesrat über dessen Inhalt, danach die eidgenössischen Räte. Handelt es sich um eine umstrittene Vorlage, die das Parlament spaltet, kann sich dieser Prozess über einige Jahre hinziehen.

In manchen Fällen erarbeiten die Räte einen direkten Gegenvorschlag, der als Alternative zur ursprünglichen Forderung der Initiative gemeinsam mit dieser zur Abstimmung kommt. Das Stimmvolk kann dann entscheiden, welche Version umgesetzt werden soll. Um angenommen zu werden, benötigen sowohl Volksinitiative wie der Gegenvorschlag das doppelte Mehr (Volk und Stände).

Das Parlament kann sich aber auch für einen indirekten Gegenvorschlag aussprechen, der auf Gesetzesebene geregelt wird. Dann kommt lediglich die Volksinitiative zur Abstimmung. Wird sie abgelehnt, kommt automatisch der Gegenvorschlag zum Zug. Es sei denn, gegen diesen wird erfolgreich das Referendum ergriffen. Es kann aber auch vorkommen, dass das Initiativkomitee mit dem Gegenvorschlag einverstanden ist und seine Volksinitiative zurückzieht.

Seit ihrer Einführung in die Bundesverfassung 1891 wurden bis 2014 insgesamt 426 Volksinitiativen ergriffen. Von den 310 formell zu Stande gekommenen Volksinitiativen kamen 186 an die Urnen. 4 wurden für ungültig erklärt, 2 wurden abgeschrieben und 93 zurückgezogen. 19 Initiativen sind gegenwärtig anhängig.

Volk und Stände haben insgesamt nur 20 Volksinitiativen angenommen. Die allererste war 1893 übrigens die antisemitische Volksinitiative "für ein Verbot des Schlachtens ohne vorherige Betäubung" (Schächtverbot).

Die jüngsten sechs Volksinitiativen haben auch über die Schweiz hinaus Aufsehen erregt: die Eidgenössische Volksinitiative "gegen den Bau von Minaretten" (2009), die Initiative "für die Ausschaffung krimineller Ausländer" (2010), die Initiative "Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen" (2012), "gegen die Abzockerei" (2013), die Initiativen "gegen die Masseneinwanderung" und die Volksinitiative "Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen" (beide 2014).

Die Zahl angenommener Volksinitiativen hat in den letzten Jahren zugenommen. Während zwischen 1891 und 2003 nur 13 Initiativen angenommen wurden, waren es zwischen 2004 und 2014 sogar 9.

Zwischen 1848 und 2014 wurden in der Schweiz insgesamt 176 fakultative Referenden zur Abstimmung zugelassen. 98 wurden angenommen, das Stimmvolk lehnte das bekämpfte Gesetz also ab. Die anderen 78 Referenden wurden abgelehnt. Im selben Zeitraum wurden von 217 obligatorischen Referenden 162 von Volk und Ständen angenommen, während die restlichen 55 abgelehnt wurden.

Referenden und Volksinitiativen erzeugen eine eigentümliche Wechselwirkung im politischen System der Schweiz. Referenden fungieren eher als Bremser von Parlamentsentscheiden, die Volksinitiativen dagegen als Beschleuniger bei allen Fragen, die das Parlament nicht behandeln will. Die Volksinitiativen bieten politischen und sozialen Bewegungen die Möglichkeit, Mehrheiten für ihre Anliegen zu gewinnen.

Mit der Gefahr eines Referendums vor Augen arbeiten Regierung und Parlament meist auf einen möglichst breiten Konsens hin, wenn sie ein Gesetz durchbringen wollen. Man muss immer damit

rechnen, dass die Unzufriedenheit über einen beschränkten Kreis hinausgeht und dann besteht die Gefahr, dass das Volk ein Projekt ablehnt.

Angelegt in diesem System ist eine Kultur des Konsenses und des Kompromisses, die sich in dem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen "Kuhschweizern" und "Sauschwaben" (= Deutschen) niederschlägt. Die Sauschwaben hauen drauf, setzen sich aggressiv durch und drohen immer gleich mit dem Einmarsch der Kavallerie. Die Schweizer suchen stets den Konsens und Kompromiss und verhalten sich konziliant im Umgang auch mit Vertretern entgegengesetzter Standpunkte. Beide verstehen nicht wirklich, was in den Köpfen der anderen vorgeht.

Volksinitiativen bringen Themen zur Sprache, die im Parlament gar nicht erörtert werden. Und mitunter bekommen einige Initianten ihre Ideen oder Teile davon durch einen Gegenvorschlag des Parlaments erfüllt. Im Idealfall ergänzen Volk und Parlamentarier einander.

In seltenen Fällen erhält eine Volksinitiative, die von der Mehrheit des Parlaments abgelehnt wurde, aber auch in der Abstimmung das doppelte Mehr. So die von dem parteilosen Unternehmer Thomas Minder eingereichte "Abzocker-Initiative", die es Aktionären erlaubt, die Gehälter von Topmanagern zu begrenzen. Sie wurde 2013 mit 68 Prozent der Stimmen und von allen Kantonen angenommen.

In einer Demokratie nach Schweizer Muster sind neue Gesetze im Allgemeinen breit abgestützt, aber sie verlangsamt mitunter auch die Prozesse der politischen Willensbildung durch den eingebauten Zwang zum Kompromiss. Alle Beteiligten verzichten deshalb darauf, auf umstrittenen Punkten zu beharren, damit nicht die ganze Gesetzesvorlage scheitert. In dem System werden auch Minderheiten oder gar die politischen Gegner nicht einfach untergebuttert.

Die Gegner kritisieren das System mitunter als langsam und schwerfällig. Bis aus einer erfolgreichen Volksinitiative ein Gesetz wird, können mehrere Jahre vergehen. Auch Referenden können politische oder soziale Veränderungen ungebührlich hinauszögern.

Als in der Schweiz das Frauenstimmrecht eingeführt werden sollte, stimmte das Parlament der Vorlage bereits 1959 zu. Aber eine Mehrheit der Männer lehnte sie in einem Referendum ab. Erst 12 Jahre später, 1971, ließen sich die Schweizer Männer dazu herab, ihren Frauen das Stimmrecht zu gewähren.

Auch das verfassungsgemäß gebotene "doppelte Mehr" begünstigt oft die kleineren eher konservativen Kantone. Eklatant geschah das 1992, als die Schweizerinnen und Schweizer über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) zu befinden hatten.

Gegner und Befürworter erzielten zwar nahezu die gleiche Stimmenzahl, eine erdrückende Mehrzahl der Kantone (16 zu 7) lehnte jedoch den Beitritt ab. Jede Reform des Systems muss auch von den kleinen Kantonen gutgeheißen werden. Und die sind kaum geneigt, auf diese Gleichbehandlung bei Abstimmungen zu verzichten.

In einer direkten Demokratie haben die politischen Parteien gewöhnlich deutlich weniger Macht als in einer repräsentativen Demokratie. Volksentscheide über Sachfragen laufen weder zeitlich noch thematisch parallel zu den Wahlen der Repräsentativorgane.

Die Bestechung von Politikern oder die Ausnutzung von persönlichen kommt in der direkten Demokratie kaum vor, da das Volk Entscheidungen leicht aufheben kann. Die undemokratischen Auswirkungen der 5-Prozent-Hürde auf die Regierungsbildung werden unwichtiger. Gegenseitige Blockademöglichkeiten von Bundestag und Bundesrat sind ebenfalls wegen der Möglichkeit von Volksentscheiden stark eingeschränkt.

Sicherlich ist es ein großer Vorteil, dass die Bevölkerung wesentlich effektiver und schneller über

aktuelle Gesetzesentwürfe mitentscheiden kann. Für Lügen und haltlose Versprechungen im Wahlkampf, die in allen repräsentativen Demokratien fester Bestandteil der politischen Kultur sind, ist in einer direkten Demokratie kaum Platz; denn die Bürger können Gesetzesentwürfe jederzeit ablehnen. Die Politik ist gut beraten, auf lügenhafte leere Versprechungen zu verzichten.

Die politische Kultur der direkten Demokratie bestärkt ihre Bürger in der Gewissheit, dass sie bei Entscheidungen ein gewichtiges Wort mitzureden haben und ihre Meinung Gewicht hat. Das ist schon etwas sehr grundlegend anderes als die Erkenntnis, dass man alle vier Jahre zur Wahl gehen darf.

Der Schweizer Bundesrat Arnold Koller beschreibt die Situation so:

Ihr (unserer direkten Demokratie; Einf. d. Red.) kommt meines Erachtens eine wachsende Bedeutung zu für unsere nationale Identität. Durch Volksabstimmungen über wichtige Sachfragen erlebt sich die Schweiz fast permanent als politische Gemeinschaft und Nation. Selten nehmen wir die Stimmung in den anderen Landesteilen so deutlich wahr wie an Abstimmungswochenenden. Die direkte Demokratie ist also weit mehr als ein Verfahren zur Entscheidungsfindung, sie macht die Schweiz für die Bürgerinnen und Bürger erfahrbar. Sie verhindert auch, dass politische Konflikte unter den Teppich gekehrt werden. Nichts hält unser Land mehr zusammen als unsere direkte Demokratie.

Die direkte Demokratie führt vor allem auch dazu, dass die breite Bevölkerung die politischen Entscheidungen akzeptiert, in die Entscheidungsprozesse eingebunden ist und sich auch aktiv mit den Argumenten der Gegenseite vertraut macht. Grundsätzlich dürfte es auch für unterlegene Minderheiten leichter sein, das Urteil einer Mehrheit der Bürger zu akzeptieren als nur das Urteil der Mehrheit von 200 National- und 46 Ständeräten.

Da die Bürger verantwortliche Entscheidungen mittragen, sind sie eher bereit, sich in der Politik zu engagieren. Eigenverantwortung in überschaubaren Räumen ist die beste Voraussetzung für politisches Engagement.

Die Schweizerinnen und Schweizer kontrollieren über die Steuern sogar die Staatsfinanzen und verhalten sich dabei wider Erwarten und allen Unkenrufen über die Unfähigkeit der Bürger erstaunlich verantwortungsbewusst. In repräsentativen Demokratien ist ja die Überzeugung weit verbreitet, das Wahlvolk sei zu blöd, verantwortungsbewusst über öffentliche Finanzen zu entscheiden. Das Gegenteil ist wahr: Die gewählten Repräsentanten hantieren verantwortungslos mit den ihnen anvertrauten Geldern.

Während die Repräsentanten in den repräsentativen Demokratien halt- und schamlos das Geld der Bürger fehlleiten und verprassen, erlegt sich das Schweizer Volk Zurückhaltung auf: In den Worten des früheren Nationalrats Heinz Allenspach:

Politiker denken zu oft nicht in Generationen; ihr Gesichtsfeld umfasst höchstens eine vierjährige Legislaturperiode. Deshalb fordern sie trotz düsterer Zukunftsperspektiven den weiteren Ausbau des Sozialstaates (...). Die Beispiele zeigen, dass es viele Politiker und auch Bundesräte kaum groß kümmert, wie groß das Defizit (...) im Jahre 2010 sein wird. Wichtiger ist ihnen das Heute und die Zeit bis zu den nächsten Wahlen. [2]

Das ist die Erfahrung, die man mit dem verantwortungslosen Ausgabegebaren der Politiker in allen repräsentativen Demokratien macht.

Die beiden Schweizer Experten für ökonomische Glücksforschung, Bruno S. Frey und Alois Stutzer, lieferten 1999 erstmals empirische Belege für ihre These, dass direkte Demokratie nicht nur eine

Reihe politischer und demokratiebezogener Vorteile hat, sondern eine viel umfassendere positive Wirkung mit sich bringt. Aus einem Vergleich der 26 Kantone schlussfolgerten sie: Direkte Demokratie macht die Leute glücklich!

Frey und Stutzer führen die höhere Lebenszufriedenheit - ihr Indikator für individuelles Glück - in stark direkt-demokratischen Kantonen auf zwei Faktoren zurück. Erstens erhöht die direkte Demokratie die Kontrolle über den politischen Prozess. Deshalb liegen die politischen Ergebnisse näher an den Präferenzen der Bevölkerung. Die Zufriedenheit mit den demokratischen Resultaten steigert auch das persönliche Glücksgefühl. Zweitens erhöht die pure Tatsache, dass Bürgerinnen und Bürger direkt am politischen Prozess teilnehmen können, deren Lebenszufriedenheit.

Kein Zweifel: Auch das Schweizer Mischsystem ist keine Insel der Seligen. Aber es ist ein Modell, das viele Schwächen der repräsentativen Demokratien nicht hat. Es gibt darin auch viele Fehlentscheidungen. So hat gerade dieser Tage eine Volksinitiative im Aargau durchgesetzt, dass fortan die Kinder in den Kindergärten nur noch Mundart und kein Schriftdeutsch sprechen dürfen. Ein Rückfall in finsterste Provinzialität und für Kinder, die später einmal den Aargau verlassen werden, eine Garantie für Rückständigkeit.

Allerdings sollten die Völker in repräsentativen Demokratien nicht gar zu viel Hoffnung in Elemente der direkten Demokratie setzen. In der Schweiz sind diese Modelle in kleinen Räumen und über einen jahrhundertelangen Prozess sehr organisch gewachsen. Man kann sie einem repräsentativen System nicht einfach aufpropfen.

Das geht auch deshalb nicht, weil jede Variation von direkter Demokratie die Macht der politischen Repräsentanten einschränkt. Das werden die nicht freiwillig mit sich machen lassen. Und wenn sie doch Formen der direkten Demokratie einführen, dann nutzen sie die als reine Akklamationsveranstaltungen - so wie die SPD das in verschiedenen Fällen gemacht, zuletzt bei der Abstimmung über den Koalitionsvertrag.

Das war ein Riesenkontrakt mit 134 Druckseiten. Die SPD-Mitglieder hatten nur die Möglichkeit dafür oder dagegen zu sein, so wie auch sonst bei politischen Wahlen in repräsentativen Demokratien: eine pauschale Zustimmung zu einer Partei, egal was die später macht. So funktioniert direkte Demokratie eben nicht.

Elemente einer direkten Demokratie sind in repräsentativen politischen Systemen entweder gar nicht oder nur als Farce, als Karikatur ihrer selbst durchsetzbar. Das ist die traurige Realität. Es bleibt nur, weiter sehnsüchtig in die Schweiz zu schauen und zu hoffen, dass wenigstens Minimalelemente der direkten Demokratie sich in repräsentativen Gebilden durchsetzen lassen. Groß ist die Hoffnung nicht.

Man wird ja wohl noch träumen dürfen

In seiner Parabel "Die Stadt der Sehenden" entwirft der portugiesische Literaturnobelpreisträger José Saramago die utopische Vision einer wirklich demokratischen Wirklichkeit.

An einem verregneten Sonntag gehen die Bürger der Hauptstadt eines demokratischen Landes nicht zur Wahl. Die Wahlhelfer werden nervös, die Politiker telefonieren wild umher, im leeren Wahllokal macht sich eine verzweifelte Stimmung breit. Doch dann, am späten Nachmittag, klart das Wetter auf, scharenweise strömen Wähler herbei, die Politiker atmen auf.

Es lag wohl am schlechten Wetter. Die Wahlurnen sind plötzlich voller Stimmzettel, die Welt scheint wieder in Ordnung - bis die Stimmen ausgezählt werden: Über 70 Prozent der Stimmzettel sind weiß. Ungültig.

Saramago schildert das friedliche Aufbegehren mündiger Bürger und die Weigerung der Regierenden, ihre Niederlage zu akzeptieren.

Politik in Demokratien ist ein bloßes Mittel zum Machterhalt. Die Minister in der Stadt der Sehenden sind demokratisch gewählte Herrscher mit absolutistischen Allüren, kritikunfähig und korrupt. Um das Ergebnis des Wahltags vergessen zu machen und zur Normalität zurückzukehren, ordnet die Regierung Neuwahlen an.

Doch nun sind sogar 83 Prozent der Zettel weiß. Je offensichtlicher die Handlungsunfähigkeit der Politik, desto stärker das Wissen der Bürger, dass sie keine wirkliche Wahl haben und sie nur noch aus dem Gefühl heraus wählen, man müsse sein Bürgerrecht wenigstens pro forma wahrnehmen.

Jetzt sieht sich die Regierung "gezwungen", den Ausnahmezustand zu verhängen. Seinen "lieben Mitbürgerinnen und Mitbürgern" empfiehlt der Premierminister Zerknirschung und Reue. Die aufständische Stadt wird abgeriegelt. Das Militär rückt ein, Panzer fahren durch die Straßen. Schon bald sind die ersten Todesopfer zu beklagen. Verhaftungen, Gewalt und Folter gehören rasch zum Alltag. Die Regierung ist unwirsch über das freche Volk.

Schließlich verlässt die Regierung mit all ihren Behörden die Stadt und ihre Terroristen. Was tut man nicht alles, um die Demokratie zu schützen?

Die Selbstherrlichkeit einer demokratisch gewählten Regierung führt zur Abschaffung der Demokratie. Wenn das Volk die Herrschenden nicht mehr wählt, dann müssen diese es zu seinem eigenen Schutz bekämpfen.

Vorbei sind auch die Zeiten, in denen noch das Brecht-Wort galt: Das Volk hat das Vertrauen der Regierung verscherzt. Wäre es da nicht doch einfacher, die Regierung löste das Volk auf und wählte ein anderes?

Doch die Hoffnung der Regierung, es werde Chaos ausbrechen und die reumütigen Bürger kämen auf allen Vieren in den sicheren Hafen der bestehenden Verhältnisse zurückgekröchen, trügt; denn in der Stadt ohne demokratische Regierung geschieht Unerwartetes: Das Chaos bleibt aus. Die Wähler und die Nichtwähler arrangieren sich friedlich miteinander und ohne Staatsapparat.

Offensichtlich ist das Volk fähig zu einem Frieden ohne Regierung und Polizei, zu Ordnung und

Organisation ohne Politiker. Als die Hauptstadtbewohner, die nicht weiß gewählt haben, aus der Stadt fliehen wollen, jedoch an der Grenze verdächtigt werden, "Weiße" zu sein, und zurückgeschickt werden, helfen ihnen die echten "Weißen", ihre Sachen wieder in die Wohnungen zu tragen: "Ein jeder hatte es für sich entschieden, es gab keine Anzeichen für einen Aufruf von höherer Stelle..."

Als die Müllmänner in einen vom Innenminister angeordneten Streik treten, reinigen die Hausfrauen ihre Straßen selbst. Das Fehlen der Polizei führt nicht zu erhöhten Unfallzahlen, die Verbrechensquote sinkt eher - und die politische Meinung wird in ebenso spontanen wie friedlichen Demonstrationen vorgebracht, was den Präsidenten zu dem entsetzten Ausruf veranlasst: "Demonstrationen haben noch nie etwas gebracht, sonst hätten wir sie doch niemals genehmigt."

Und so lautet wohl Saramagos Utopie: Der Mensch kann sich mehrheitlich und direkt für das Gute entscheiden, ohne den Umweg über die Politik und ihre Repräsentanten. Wahre Freiheit braucht keinen Staatsapparat - und sei er noch so demokratisch -, sondern die moralische Integrität der Bürger, und Toleranz ist die Mutter der Ordnung, nicht die Staatsgewalt.

Es ist wahrscheinlich eine viel zu naive, allzu weltfremde Utopie. Ein schöner Traum. Aber man wird ja wohl noch träumen dürfen...



Über Wolfgang J. Koschnick

In Danzig geboren, in Bremen aufgewachsen, an den Universitäten in Kiel, Houston (Texas) und West-Berlin ausgebildet, ging der gelernte Volkswirt und Politikwissenschaftler (Diplom-Politologe) Wolfgang J. Koschnick zunächst in Deutschland und dann in

den USA in den Journalismus, wo er unter anderem für den "Boston Globe" und den "San Francisco Chronicle" tätig war. Wieder in Deutschland schrieb er als Korrespondent für amerikanische und britische Zeitungen und Zeitschriften, bevor er in den 1970-er Jahren enger Mitarbeiter von Elisabeth Noelle-Neumann im Institut für Demoskopie in Allensbach wurde. Seit damals lebt er mit seiner Familie in Allensbach am Bodensee und behielt dort seinen Wohnsitz, auch nachdem er das Institut wieder verlassen hatte, um Chefredakteur von Medien- und Marketing-Fachzeitschriften in Frankfurt am Main und Düsseldorf zu werden.

Seit Ende der 1980-er Jahre lebt und arbeitet er wieder als Unternehmensberater, Journalist und Buchautor am Bodensee. Koschnick hat über 50 wissenschaftliche Nachschlagewerke aus dem weiten Feld von Marketing, Medien, Sozial-, Markt- und Mediaforschung geschrieben, aber auch eine viel beachtete Biografie des Medienunternehmers Rupert Murdoch.